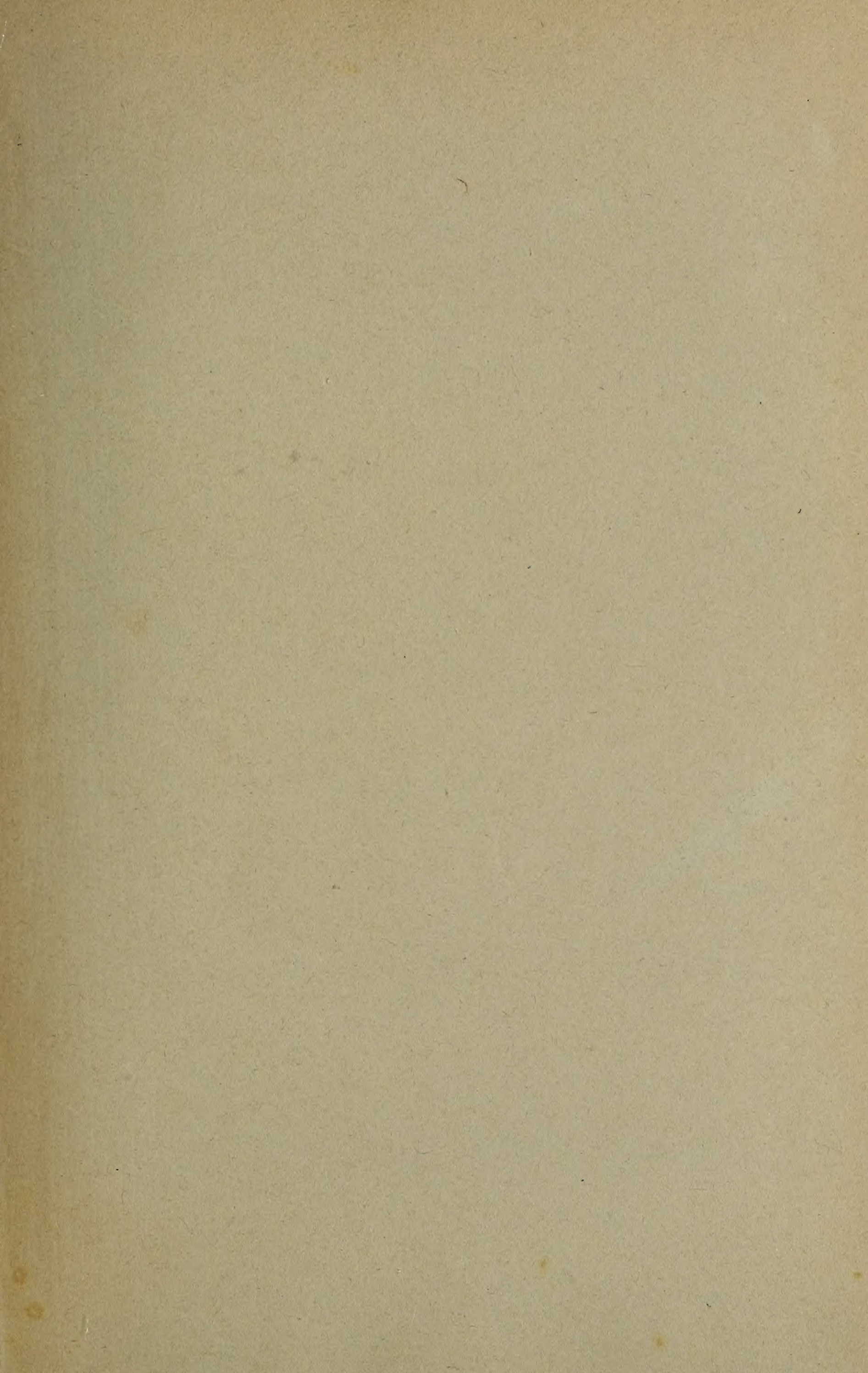
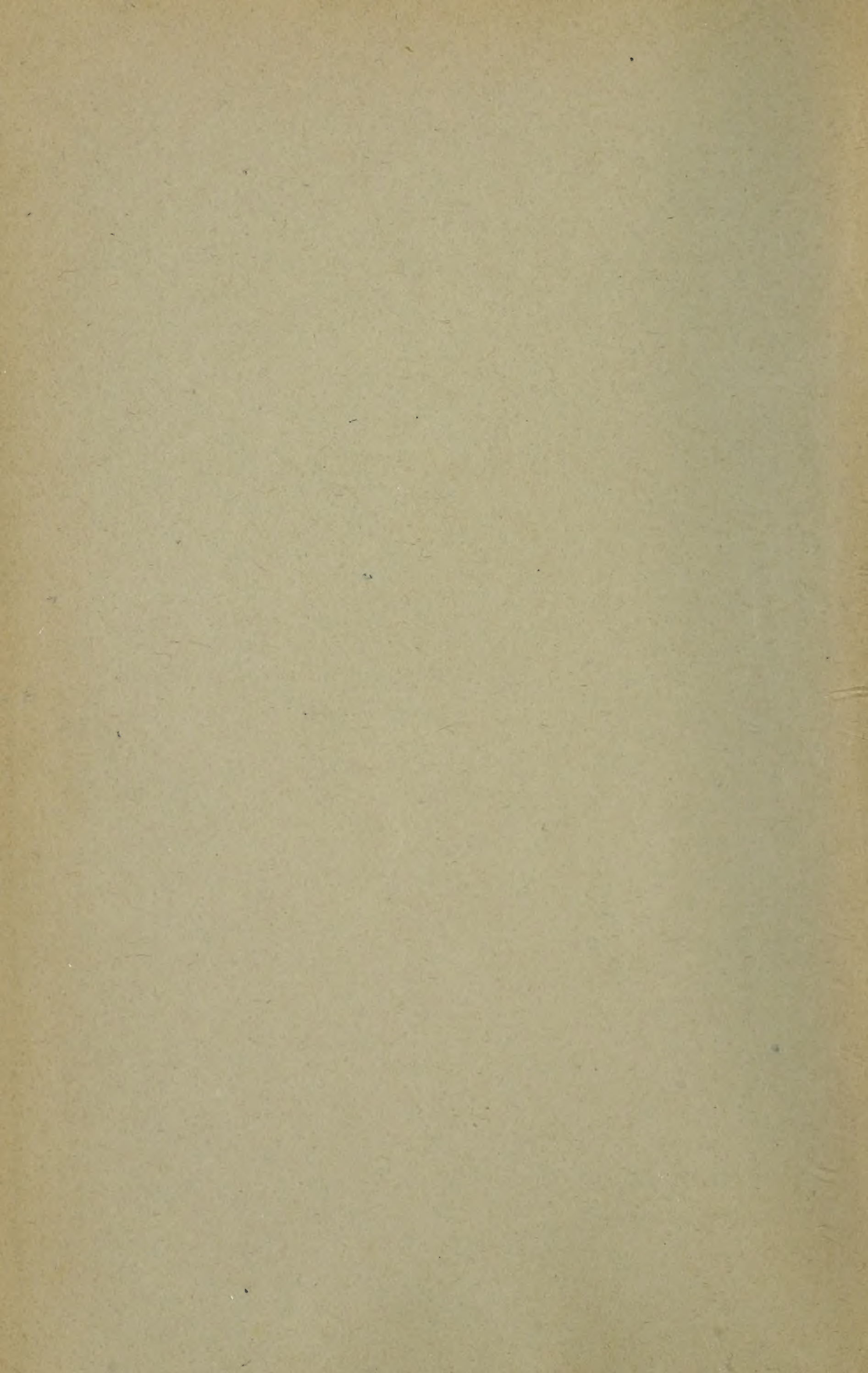
GESCHICHTE DER NEUESTEN ZEIT

VON GOTTLOB EGELHAAF

ZWEITER BAND


LIBRARY
University of California
IRVINE





Geschichte der neuesten Zeit

vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart

Zweiter Band



Geschichte

der neuesten Zeit

vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart

von

Gottlob Egelhaaf

Achte Auflage

(Einundzwanzigstes bis dreiundzwanzigstes Tausend)

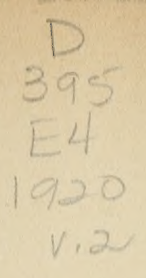
Zweiter Band

Stuttgart

Carl Krabbe Verlag

Erich Gußmann

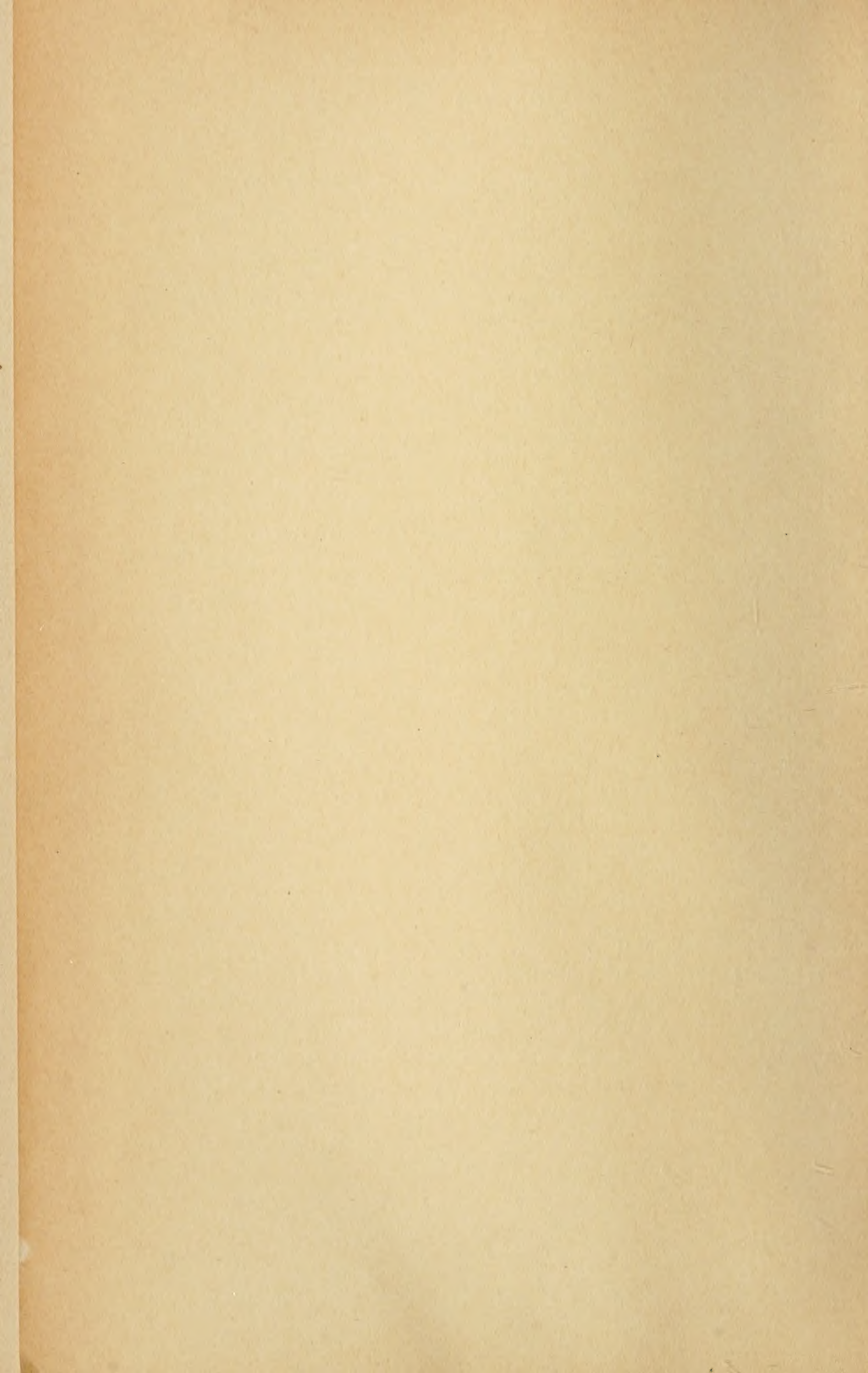
1920



Carl Sommer Hofbuchdruckerei (Inh. Wilh. Herget), Stuttgart

Inhalt des zweiten Bandes

Zweites Buch. Die nachbismarckische Zeit: Verschiebung der Machtverhältnisse in Europa



Zweites Buch

Die nachbismarckische Zeit: Verschiebung der Machtverhältnisse in Europa

---

Elftes Kapitel

Der russisch-japanische Krieg 1904—1905

Aus den chinesischen Wirren des Jahres 1900, welche zu der eben erzählten Entwicklung den Anstoß gaben, erwuchs noch ein anderes gewaltiges Ereignis: der Zusammenstoß zwischen Rußland und Japan.

Während, wie wir sahen, die andern Mächte bald nach dem Friedensschluß den chinesischen Boden räumten, machten die Russen keine Anstalt aus der Mandschurei wieder herauszugehen. Zwar hatten sie dieses Land angeblich nur besetzt, um im Namen des Kaisers von China die Ordnung herzustellen; aber sie verfuhren ganz wie Engländer in Ägypten, welche dort seit 1882 die Ruhe aufrecht erhielten und ihr nie so weit trauten, daß sie das Land zu räumen sich entschließen konnten. Da die Mandschurei an Korea grenzte und Japan Korea, wie ein flüchtiger Blick auf die Karte zeigt, niemals ohne Kampf in andere Hände übergehen lassen durfte, so liegt auf der Hand, daß Japan auch das Schicksal der Mandschurei nicht gleichgültig sein konnte; es mußte wünschen, daß sie nicht in der Hand des mächtigen Rußland blieb, sondern dem schwachen China zurückgegeben wurde. Natürlich suchte Japan nach einer Unterstützung, und England, dessen Interessen die Vertiefung des russisch-japanischen Gegensatzes wünschenswert machten, zögerte nicht dem Reich, das seine Kraft schon 1894 und auch 1900 betätigt hatte, wo die japanischen Regimenter namentlich durch ihre außerordentlichen Marschleistungen sich hervor-

taten, die Hand zur Hilfe zu bieten. Aus diesem Anlaß erwuchsen aber weitergreifende Erwägungen. Bisher hielten die englischen Staatsmänner an dem Grundsatz der, wie Chamberlain am 24. Oktober 1900 im Zunfthaus der Londoner Fischhändler sich ausdrückte, splendid isolation, der „glänzenden Vereinsamung" ihres Landes fest, das im Besitz großer überseeischer Tochterländer auf sich allein stehen könne, an niemand gebunden völlig Herr seiner Entschlüsse sei und sein Gewicht je nach Gutbefinden heute in diese Wagschale werfen könne, morgen an jene. So hat Lord Salisbury 1887 Bismarcks Anpochen überhört, und wie es um sein von Baron v. Eckardstein*) berichtetes Angebot an Kaiser Wilhelm II. vom 8. August 1895 stand, die Türkei unter England, Österreich und Deutschland zu teilen, ist schwer zu sagen, so lange nicht mehr und aktenmäßiges darüber vorliegt. Allmählich aber fand man doch in London, daß die glänzende Vereinsamung zwei Seiten habe, und die Erfahrungen des Burenkriegs lehrten das Bestehen der Gefahr eines großen Bündnisses gegen England erkennen (I 409). „Allgemeiner Haß trifft diese anmaßenden Despoten, rief die revue hebdomadaire vom 28. Dezember 1901 aus, seitdem sie nicht mehr glücklich sind." Infolge solcher Erwägungen wurden schon um Ostern 1898, wie Kaiser Wilhelm am 30. Mai dieses Jahres an seinen „liebsten Nicky", den Zaren Nikolaus II., schrieb, durch einen „berühmten Politiker" (Chamberlain) — aber „ohne Rückendeckung durch den Premierminister Lord Salisbury" (Bülow, deutsche Politik S. 38) — dem deutschen Botschafter Grafen Hatzfeldt „ungeheure Anerbietungen gemacht, welche Deutschland eine weite und große Zukunft eröffneten". Der Kaiser fragte den Zaren im tiefsten Vertrauen, was er ihm bieten könne, wenn er das englische Gesuch ablehne. Die Antwort des Zaren kennen wir nicht; aber offenbar hat er es an schönen Worten nicht fehlen lassen. Am 17. November 1899 erklärte sodann Chamberlein dem deutschen Botschaftsrat Freiherrn v. Eckardstein, der an Stelle des auf den Tod kranken Grafen Hatzfeldt die Geschäfte führte, daß er vollständig von dem Gedanken durchdrungen sei, daß ein deutsch-englisches Bündnis zum Zwecke der Kultur und der Erhaltung des Weltfriedens und für die beiderseitigen Interessen von unschätzbarer Bedeutung sein würde. Er war der Ansicht, daß auch die Vereinigten Staaten an diesem Bündnis irgendwie be-

*) Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten Leipzig 1919, I. 212 f.

teiligt werden sollten. In einer öffentlichen Rede zu Leicester bezeichnete Chamberlain am 30. November als die für England natürlichste Allianz die mit dem deutschen Reiche. Der Kaiser und Bülow wollten aber davon nichts wissen, weil sie nicht von Rußland abrücken wollten, was die notwendige Folge eines englischen Bündnisses sein mußte, und weil sie England nicht trauten. Sie waren der Ansicht, daß England nur ein festländisches Heer für seine Zwecke zu gewinnen versuche, daß Deutschland ihm die Kastanien aus dem russischen Feuer holen und als englischer Landsknecht ihm die in Ostasien unbequemen Russen vom Halse schaffen solle (Bülow, deutsche Politik S. 35. 38). Aus diesen Gründen blieb auch der sog. Yangtse-Vertrag (I 463) wirkungslos und hinterließ in England nur eine nicht unverständliche Verstimmung. Trotzdem fanden vom 12. bis 17. Januar 1901 auf dem Landsitz des Vorsitzenden des „Geheimen Rats", des Herzogs von Devonshire, auf Schloß Chatsworth, zwischen dem Herzog, Chamberlain und Eckardstein Aussprachen über sämtliche Weltprobleme und die Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen statt. Am 16. Januar erklärten beide Minister, daß England alle noch offenen Fragen mit einer der beiden Staatengruppen zu lösen beabsichtige, daß im Kabinett sich zwar Stimmen für das Zusammengehen mit dem Zweibund (Rußland und Frankreich) erhöben, daß sie selbst aber den Anschluß an Deutschland vorzögen.*) Sollte sich freilich dieser Anschluß als unmöglich herausstellen, so würden auch sie ein Zusammengehen mit dem Zweibund selbst unter den schwersten Opfern (wie z. B. in Marokko und Persien) ins Auge fassen. Eckardstein telegraphierte alle diese Äußerungen nach Berlin; Bülow verbot ihm aber auf die Bündnisfrage zurückzukommen, obwohl die russische und französische Diplomatie sich sehr rührig zeigte den Deutschen das Wasser in London abzugraben. Eckardstein solle abwarten, ob die Engländer auf die Sache zurückkommen würden. Eckardstein hielt das „für überaus töricht und gefährlich"; er kehrte sich einfach nicht an die Weisung — was für die Zustände im Auswärtigen Amt zu Berlin sehr bezeichnend ist — und betrieb im Gedankenaustausch mit dem japanischen Botschafter Grafen Hayashi den Abschluß eines Bündnisses mit England und Japan. Er begegnete bei dem Japaner großer Bereitwilligkeit, wie auch Lord

*) Nach Otto Hammann, zur Vorgeschichte des Weltkriegs, Berlin 1918, S. 85, wollte England direkte kriegerische Hilfe für den Fall eines Doppelangriffs festsetzen.

Lansdowne die Sache eifrig förderte. Allein in Berlin wollte man den Deutschland angesonnenen Schritt nicht tun. Der Kaiser ritt damals ein von vielen belächeltes Steckenpferd, über das man vielleicht in hundert Jahren anders urteilen wird. Er entwarf schon 1895 ein Bild, auf dem die Germania die Genien der anderen Völker auf einen herannahenden Brand, in dessen Mitte ein Buddha war, warnend hinwies, und ließ es von dem Maler Knackfuß ausführen. Es trug die Umschrift: „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!“ Die Gefahr, gegen die der Kaiser aufrief, war die „gelbe Gefahr“ seitens der mongolischen Rasse — eine Gefahr, die die Russen, Amerikaner und Engländer jedenfalls sehr viel näher anging als die von ihr sehr entfernten Deutschen, die der Kaiser aber, so scheint es, mit Absicht aufbauschte, um die gesamten europäischen Völker, die jetzt in feindlichen Lagern sich gegenüberstanden, unter einer Fahne zu einigen. Es gelte die christliche europäische Kultur gegen die große gelbe Rasse, gegen Heidentum, Buddhismus und Barbarei zu verteidigen und nicht *in* Europa, sondern gegen den Osten *für* Europa zu fechten (Brief an Nicky vom 26. September 1895 aus Rominten). „28—30 Millionen ausgebildete Chinesen, heißt es am 2. September 1902, unterstützt von ½ Dutzend japanischen Divisionen und geführt von tüchtigen, unerschrockenen japanischen Offizieren, voll Christenhaß — das ist ein Zukunftsbild, das sich nicht ohne Besorgnis betrachten läßt, und nicht unmöglich.“ Der Kaiser schrieb Rußland vor allem die Aufgabe zu, sich nach dem fernen Osten hinzuwenden — also Europa hübsch in Ruhe zu lassen — und dort für das Christentum Wache zu halten. Tue es das, so wolle er ihm in Europa den Rücken decken: „das sei so sicher wie das Amen in der Kirche“! (Brief vom 10. Juli 1895). Im Lauf der Verhandlungen mit England verletzte der Kaiser die englischen Staatsmänner, die ihm als einem unverbesserlichen Russenfreund mit Recht nicht trauten, indem er Salisbury nach dessen Äußerung wie einen preußischen Minister behandelte und die sämtlichen Minister in einem Brief an seinen Oheim König Eduard VII. „Erzschafsköpfe“ nannte. „Ich will das als einen Witz betrachten, sagte der König zu Eckardstein; aber leider habe ich vom Kaiser schon sehr viele und noch schlimmere „Witze“ erlebt, und viele andere werden wohl noch folgen.“ Bülow bat damals den britischen Botschafter Sir Frank Lascelles, dem Kaiser nichts über die schwebenden Verhandlungen zu sagen — er ging dabei offenbar von ähnlichen Sorgen aus wie Bismarck 1890 (I 226); aber was

war das für ein Zustand! Der geheime Rat im auswärtigen Amt, Herr v. Holstein, wirkte auch dem Abschluß mit England entgegen; er hielt die englische Drohung, eventuell mit unsern Gegnern sich zu verständigen, für bloßen Bluff und verlangte, daß auch Österreich-Ungarn und Italien einbezogen werden müßten, damit nicht unsere Feinde diese angreifen und uns zur Hilfe zwingen, ohne daß England den Bündnisfall als gegeben erachten müsse. Von einer solchen Ausdehnung ihrer Pflichten wollten aber die Engländer nichts wissen.*) Schließlich gelangten die Engländer, wie Eckardstein in seinen Denkwürdigkeiten (1919, S. 27) sagt, zu der Ansicht, daß Deutschland unter dem bestehenden Regiment (das nach dem Urteil des Barons Alfred Rothschild nicht wußte, was es wolle) überhaupt nicht bündnisfähig sei, und so trat ein, was in Chatsworth angekündigt worden war: England ergriff die Partei des Zweibundes und verglich sich mit Rußland und Frankreich, da es mit Deutschland zu keinem Einvernehmen gelangte. Die Politik der „Einkreisung Deutschlands“ hat damals ihren Ursprung genommen. Es ist dem Kaiser vorgeworfen worden, daß er daran die Hauptschuld trage. Der bayrische Gesandte in Stuttgart Graf Moy hat mir erzählt, daß er zu Anfang Juli 1914 im Bad Salzschlirf in Hessen mit dem Grafen Witte zusammen war und dieser ihm sagte: „l' histoire fera une grande reproche à votre souverain, de n'avoir su se décider entre la Russie et l'Angleterre“. Ihr seid, wollte Witte sagen, mit eurer Unentschlossenheit am Ende glücklich zwischen zwei Stühlen niedergesessen. Liest man die (von Professor Götz 1920 in Berlin bei Ullstein herausgegebenen) Briefe des Kaisers an den Zaren, so kann man diesen Vorwurf nicht eigentlich aufrecht erhalten. Der Kaiser hat ganz entschieden gewählt, hat bestimmt für Rußland und gegen England sich entschieden; nicht ein einziges Wort begegnet, das etwas anderes besagte. Freilich hat er bei seinen Besuchen in England, die 1890—95 alljährlich, zur Zeit der Regatten, erfolgten, und vielleicht auch später in seiner burschikosen und unvorsichtigen Art sich öfters geringschätzig und schnauzig über die Russen geäußert, und diese Äußerungen blieben natürlich in St. Petersburg nicht unbekannt. Sein Hauptirrtum war aber doch der, daß er glaubte, wenn er den Zaren habe, so habe er Rußland, und er bedachte nicht, daß der Zar ein willensschwacher Mann war und

*) S. Otto Hammann, zur Vorgeschichte des Weltkrieges, Berlin 1918, S. 85.

man Rußland stärker fesseln mußte: durch den Verzicht auf die engen Beziehungen zur Türkei, für die dann England sorgen mochte. Insbesondere der Bau der Bagdadbahn erschien dem Zaren, wie er 1900 dem Fürsten Ernst von Hohenlohe-Langenburg (nach dessen Aussagen gegen mich) sagte, als ein Versuch, die Türkei von Deutschland abhängig zu machen, den er nicht hinnehmen könne; vergebens suchte der Kaiser die Bahn dem Zaren dadurch schmackhaft zu machen, daß er ihm am 3. Januar 1902 vorstellte, Rußland könne auf dieser Bahn Truppen nach Mesopotamien gegen England werfen. Man kann schließlich wohl fragen, ob das englisch-deutsche Bündnis bei der Volksstimmung hüben und drüben (I 412) und bei dem sehr scharfen wirtschaftlichen Wettbewerb beider Nationen durchführbar war. Aber die Gegensätze zwischen Rußland und England und bis zu einem gewissen Grade auch die zwischen England und Frankreich waren kaum minder tief als die zwischen England und Deutschland, vielleicht noch tiefer, und sie sind doch überwunden worden. Was dort möglich war, wäre auch hier möglich gewesen, und das Bündnis der stärksten See- und der stärksten Landmacht hätte, entschlossen und ehrlich durchgeführt, beiden und dem Weltfrieden die vollste Bürgschaft der Sicherheit geboten. War der Kaiser aber für Rußland — was sich auch hören ließ — traute er dem englischen Liebeswerben nicht, dann mußten auch die Mittel ergriffen werden, die der Zweck erforderte. Das hat der Kaiser nicht erkannt; er wollte den Zweck, nicht aber die Mittel.

Da Deutschland sich zurückhielt, so kam am 30. Januar 1902 kein dreifaches, sondern nur das Bündnis zwischen England und Japan zustande — ein übrigens in den englischen Annalen seit 1854 nicht mehr vorgekommener Fall. Die beiden Mächte vereinbarten die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes in Ostasien; sollte der Schutz ihrer Interessen, der englischen in China, der japanischen in Korea, zum Krieg mit einem dritten Staat führen, so versprachen sie einander wohlwollende Neutralität; sollte aber einer von den beiden den Vertrag schließenden Teilen durch zwei Gegner angegriffen werden, so sollte der andere zur Hilfeleistung verpflichtet sein. Das Bündnis sollte auf fünf Jahre gelten. Da es offenbar den Fall eines gemeinsamen Kriegs der in Europa verbündeten Russen und Franzosen gegen Japan ins Auge faßte, so veröffentlichten Rußland und Frankreich am 16. März 1902 eine Gegenerklärung, daß auch sie an dem bestehenden Zustand in Ostasien, also an der Unab-

hängigkeit Chinas und Koreas, festhielten, und, wenn diese Staaten bedroht werden sollten, gemeinsam die geeigneten Maßnahmen treffen würden. Es war „die Ausdehnung des Zweibundes von Europa auf Asien", oder es schien wenigstens das zu sein.

Nun ließ sich Rußland auf das Drängen Englands, Japans und der Vereinigten Staaten zu einer Erklärung vom 8. April 1902 herbei, daß es die Räumung der Mandschurei binnen 18 Monaten, also bis zum 8. Oktober 1903, vollenden werde. Allein diese Frist verstrich, ohne daß das Versprechen erfüllt wurde; Rußland zog nur seine Truppen näher an die mandschurische Bahn heran und wollte mindestens an dem Cassinivertrag (I 463), der ihm die militärische Bewachung der Bahn einräumte, unter allen Umständen festhalten; dann aber war die angebliche Räumung nichts als eine Komödie. In den Verhandlungen, welche Japan am 12. August 1903 mit bestimmten Vorschlägen eröffnete, stellte sich der russische Minister des Auswärtigen, Graf Lambsdorff, auf den Standpunkt, daß Japan kein besonderes Recht habe Forderungen bezüglich der Mandschurei zu stellen; diese sei ein Teil Chinas, woran der Zar keineswegs rütteln wolle; folglich könne nur der Kaiser von China und dann weiterhin alle diejenigen Mächte, welche Handelsinteressen in China hätten, über die Mandschurei Bestimmungen fordern und treffen. Aber nicht bloß die Mandschurei stand in Frage; noch wichtiger war, daß Rußland anfing auch nach Korea die Hand auszustrecken. Hierbei waren, ähnlich wie bei dem französischen Kriegszug nach Mexiko 1862, Privatinteressen im Spiel. Der General Kuropatkin und der Fürst Esper Uchtomski (in seinem Blatt Raßwet) haben es ausgesprochen, daß eine Gesellschaft russischer Kapitalisten, zu denen der Staatssekretär Besobrasow und der wirkliche Staatsrat Balaschow Beziehungen unterhielten, Wälder auf der linken Seite des Grenzflusses Yalu, also auf koreanischem Gebiet, ankaufte, wodurch die wirtschaftliche Beschlagnahme Koreas seitens der Russen eingeleitet wurde. Dazu kam das Verlangen, daß Rußland eine Eisenbahn vom Yalu bis Söul solle bauen und den an der Südküste Koreas gelegenen Hafen Masampo solle besetzen dürfen. „Das Holzunternehmen am Yalu kann uns," sagte Kuropatkin zu Anfang 1903, wo er eine Reise nach Japan antrat, warnend, „in einen Krieg mit Japan hineintreiben, wenn der „Statthalter des fernen Ostens" (Generaladjutant Alexejew) nicht Einhalt tut; die Stimmung in Japan ist über die Sache äußerst erregt." In Verfolgung seiner Absicht Rußland nach dem fernen

Osten abzulenken ließ Kaiser Wilhelm II. seinen Vetter Nikolaus II. wissen, daß Rußlands Streben nach Ausdehnung daselbst, nach einem eisfreien Hafen, nach dem dazu gehörigen Hinterland (der Mandschurei), nach Korea als der zwischen Wladiwostok und Port Arthur liegenden Landzunge in Deutschland vollauf gebilligt worde. Er unterstützte auch das Ansinnen an Christian IX., daß Dänemark sich im Kriegsfall als neutral erklären und der englischen Flotte, die infolge des Vertrags von 1902 voraussichtlich Japan unterstützen werde, das Einlaufen in die Ostsee untersagen solle (Brief vom 3. Januar 1904). In dem Verlauf der Verhandlungen erklärte Lambsdorff, daß Rußland Japans Vorzugsstellung in Korea in Beziehung auf Handel und wirtschaftliche Unternehmungen anerkenne, ihm auch das Recht dort bei Unruhen die Waffen zu brauchen nicht bestreiten wolle; aber es werde nicht zugeben, daß Japan dort strategische Stellungen besetze und dadurch die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Koreas antaste; auch müsse die Fahrt durch die Meerenge zwischen Korea und Japan (d. h. die Verbindungslinie zwischen Wladiwostok und Port Arthur) frei bleiben. Man sieht: für beide Staaten handelte es sich um Lebensinteressen; Rußland konnte Korea nicht an Japan fallen lassen, ohne seine beiden Kriegshäfen in Ostasien für immer durch einen Keil trennen zu lassen und sich dadurch ein kraftvolles Auftreten zur See dort sehr zu erschweren; noch weniger konnte Japan sich dauernd von Rußland von zwei Seiten her umklammern lassen und Korea auch nur mit Rußland teilen. Darauf lief das äußerste Zugeständnis hinaus, das Rußland am 3. Oktober anbot; es sollte eine neutrale Zone geschaffen werden, jenseits deren im Norden Rußland, im Süden Japan Vorrechte haben sollte; sie sollte durch den 39. Grad nördlicher Breite laufen. Japan verlangte, daß diese Zone viel weiter nördlich, nahe der Nordgrenze der Mandschurei, laufen sollte; am 11. Dezember 1903 aber hielt Rußland am 39. Grad fest. Als Japan am 13. Januar 1904 nochmals seine Forderungen zusammenfaßte, Herausgabe der Mandschurei, freien Handel dort für alle, Vorherrschaft in Korea, gab Graf Lambsdorff weder eine Antwort noch wollte er eine Frist bezeichnen, bis zu der er antworten werde. Gelegentlich ward sogar ein Ohrenleiden der russischen Kaiserin als Grund dafür vorgeschützt, daß man den Kaiser nicht sprechen und eine Entscheidung von ihm nicht erlangen könne. Es war ersichtlich, daß der Worte genug gewechselt waren: nach Angabe des früheren französischen Kriegsministers Chanoine

in der Revue hebdomadaire vom 27. April 1907, S. 472, „klopfte der japanische Minister des Auswärtigen, Marquis Ito, an die Pforte Frankreichs, um ein ehrenhaftes Abkommen mit Rußland durch französische Vermittlung zustande zu bringen"; aber „die französischen Staatsmänner ließen einen Zusammenstoß zu, der den Zweibund unterhöhlte; sie waren nicht so geschickt wie ihre englischen Kollegen". Man erkannte in Japan wohl die Schwere des Krieges gegen eine Macht, welche den 48 Millionen Japanern 128 Millionen Menschen entgegenzustellen hatte. Aber die Japaner hatten seit 1894 Landheer und Flotte mächtig verstärkt; sie waren sich ihrer Kraft bewußt, und vor allem: die Nation begriff, daß sie in die Lage versetzt war für ihre Zukunft fechten zu müssen. Es war wie mit Preußen, das nach den zwei schlesischen Kriegen und Siegen den siebenjährigen Krieg wagen mußte. Die Anwartschaft, welche das Jahr 1894 gegeben hatte, mußte nun zehn Jahre nachher in dem größten Krieg behauptet werden, den Japans Geschichte kennt. Vom ersten bis zum letzten Mann, vom Kaiser bis zum Packträger, war die Nation entschlossen alles an alles zu setzen. Am 5. Februar, nachdem er drei Wochen auf Antwort gewartet hatte, überreichte der Gesandte Kurino in St. Petersburg das Schriftstück, wodurch seine Regierung die nutzlosen Verhandlungen für abgebrochen erklärte: das vertrat die Stelle einer förmlichen Kriegserklärung, deren Notwendigkeit in solchen Fällen das Völkerrecht nicht unbedingt vorschreibt.

Die überwiegende Meinung in Europa war die, daß die Russen aus diesem Krieg als Sieger hervorgehen würden; waren sie doch der Zahl nach weitaus die Stärkeren, und an sich glaubte man an die Überlegenheit der weißen Rasse über alle farbigen, die gelbe nicht ausgenommen, wie an einen mathematischen Lehrsatz. Sehr bald sollte man sich aber überzeugen, daß die gewohnten Maßstäbe diesmal versagten. Schon in der Nacht vom 8. zum 9. Februar griffen zehn japanische Torpedoboote die sorglos vor Port Arthur liegende russische Flotte an und brachten den Schlachtschiffen Retwisan und Cäsarewitsch und dem Kreuzer Pallada solche Beschädigungen bei, daß sie sofort in Ausbesserung gegeben werden mußten. Am 9. Februar erschienen 16 japanische Schiffe, von dem Admiral Togo geführt, vor Port Arthur und beschossen diese Festung eine Zeitlang. So war die Vorhand im Krieg bei Japan, und sie blieb bei ihm bis zum Schluß. Zunächst schafften die Japaner Truppen nach Korea und zwangen den Herrscher des „Landes der Morgenröte" Yi

Höng, der 1897 auf russisches Zureden zum Zeichen seiner neuen Unabhängigkeit (I 444 f.) den Königstitel sehr zur Unzeit mit dem Kaisertitel vertauscht hatte*), am 23. Februar 1904 zu einem Vertrag, kraft dessen er in der Verwaltung seines Reiches den Rat des Tenno annehmen, d. h. sich dessen Anordnungen fügen sollte; am Kriege mußte er nicht teilnehmen, was bei dem Mangel eines geschulten und irgendwie zahlreichen koreanischen Heeres auch ohne Wert gewesen wäre. Während der Zar den Kriegsminister Kuropatkin, einen Mann, der als sehr erfahren und besonnen galt, zum Oberbefehlshaber des mandschurischen Heeres ernannte und so rasch als möglich auf der freilich nur eingeleisigen und durch den Baikalsee unterbrochenen sibirischen Bahn**) große Truppenmassen nach der Mandschurei geschickt wurden, bildete Japan drei Heere unter Kuroki, Oku und Nodzu; den Oberbefehl über das Ganze erhielt der 1894 bewährte Marschall Oyama. Die japanischen Geschütze stammten zum Teil aus der französischen Gießerei Schneiders in Creusot. Die Schwierigkeit der Beförderung über See und das noch sehr rauhe Wetter (anfangs März hatte man am Baikalsee noch 32°, am Meer noch 19° Celsius Kälte) verhinderten einen ebenso raschen Landvorstoß der Japaner, wie sie zur See schnell am Feind gewesen waren. Erst Ende April hatte Kuroki so beträchtliche Streitkräfte am Yalu vereinigt, daß er eine Schiffbrücke über den Strom schlagen und am 1. Mai unterhalb Widschu den Übergang mit Geschütz und Bajonett erzwingen konnte; die Russen, an Zahl den Japanern weit nicht gewachsen, verloren 28 Kanonen, 8 Maschinengewehre und 2400 Mann. Im Verfolg dieses Sieges besetzte Kuroki am 6. Mai die „Stadt der Winde", Föngwangtscheng, und schnitt die russische Besatzung in Port Arthur vom Hauptheer ab. Der Statthalter des fernen Ostens, Alexejew, verließ die Festung noch rechtzeitig und rettete sich nach Mukden. Nun ward Oku mit dem zweiten japanischen Heer beauftragt Port Arthur einzuschließen; er eroberte am 26. Mai nach fünftägigen Kämpfen südlich von Kintschou die schmalste Stelle der Halbinsel Liaotong; die Russen ließen 68 Kanonen in seinen Händen, und die Japaner, welche große Verluste er-

*) Seine Gemahlin, welche von den Japanern als ihre Feindin betrachtet wurde, war im Februar 1896 von ihnen ermordet worden.

**) Sie ist 1891—1904 mit dem Aufwand von 932 Millionen Mark erbaut worden und hat von Tscheljabinsk bei Orenburg bis Wladiwostok eine Länge von 7609 Kilometern, nahezu das dreifache der Donau (2780 Kilometer).

litten, aber nicht nachgelassen hatten zu stürmen, schliefen auf dem blutgetränkten Schlachtfeld. Am 30. Mai besetzten sie Dalny, das von den Russen mit einem Aufwand von 18 Millionen Rubel nahe bei Port Arthur neu geschaffene ostasiatische Handelszentrum, und gewannen damit einen vorzüglichen Landungsplatz, wo sie ihre Nachschübe bequem ausschiffen konnten; kurz nachher ritt eine Schwadron japanischer Reiter auch durch die Tore von Niutschwang. Kuropatkin beauftragte nun den General Stackelberg Port Arthur zu entsetzen; dieser ward aber am 15. und 16. Juni bei Wafangu mit einem Verlust von 2000 Mann und 20 Geschützen zurückgeschlagen. Die russische Flotte in Port Arthur lief Gefahr samt der Stadt selbst von aller Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten zu werden; sie machte deshalb am 10. August den Versuch sich durchzuschlagen, was aber nur drei Schiffen gelang; sie wurden in den neutralen Häfen, welche sie aufsuchten — Schanghai, Tsingtau und Saigon — zwar eingelassen, aber sofort dem Völkerrecht gemäß entwaffnet. Zur See waren die Japaner nunmehr allmächtig, vollends, seit auch das in Wladiwostok liegende Geschwader von drei Schiffen durch Admiral Kamimura am 14. August besiegt, der „Rurik" zum Sinken gebracht und die beiden andern Schiffe zur Rückkehr nach Wladiwostok gezwungen waren. Ein Beweis von der verheerenden Wirkung der verwendeten Geschosse ist, daß eine 20 cm-Granate des Rurik in diesem Gefecht in die Kasematte des japanischen Panzerkreuzers Iwate schlug und hier ein Geschütz zerstörte und 40 Mann tötete, 37 verwundete.

Der Krieg hatte noch kein halbes Jahr gedauert, und schon hatten die Japaner, von kleineren Erfolgen abgesehen, drei Landschlachten und zwei Seeschlachten gewonnen und die Russen vom Meer abgedrängt. Die Kette ihrer Siege wurde durch kleinere Unfälle unterbrochen, so durch das Auffliegen des Schlachtschiffes Hatsuse, das auf zwei schwimmende russische Minen auflief, das gleiche Schicksal des Kreuzers Miyako und den Untergang des Kreuzers Joschimo durch den im Nebel erfolgten Zusammenstoß mit einem andern Schiff. Die japanischen Erfolge waren nicht zufällig, sondern verdient durch den hoch und nieder erfüllenden Geist unbedingter patriotischer Hingabe, die Genügsamkeit, Leistungsfähigkeit und Mannszucht der Truppen, die strategische Befähigung der, wie selbst der Berichterstatter der deutschfeindlichen Times zugab, von General Meckel (I 442) in Moltkes Heerführung eingeleiteten Feldherren. In Umfassungsbewegungen und in der Anwendung des Nachtmarsches haben sie besonders

Großes geleistet. „Meine Kinder," sagte der Admiral Kamimura vor einem Gefecht, „ich schicke euch an den gefährlichsten Ort, wo ihr dem entsetzlichsten Feuer des Feindes ausgesetzt seid. Glaubt mir aber, wenn ich Kinder hätte, so würden sie mit Neid auf euch blicken, und ich würde mich keinen Augenblick bedenken sie mit euch auszusenden. Geht, geht, meine Kinder, und beweist dem Feind den Mut der Söhne des Landes der aufgehenden Sonne. Verliert ihr die rechte Hand, so arbeitet mit der linken; verliert ihr auch die linke, so arbeitet mit den Füßen. Seid dessen eingedenk, daß ihr nur 70 Mann seid und auf jeden von euch eine ungeheure Arbeit und Verantwortung entfällt. Noch ist es nicht zu spät — trete der zurück, der sich der großen Aufgabe nicht gewachsen fühlt. Zurückzutreten ist keine Schmach; wohl aber ist es eine Schmach sich an dem Unternehmen zu beteiligen, wenn einer auch nur den Schatten des Zweifels daran hegt, daß seine Kräfte ausreichen werden." Die Rede wurde mit brausendem Bansai! (Hurra!) aufgenommen, und die 70 gingen alle in den fast gewissen Tod. In einem in meinem Besitz befindlichen Schreiben des Generalstabschefs der ersten japanischen Armee, des Generals Fujii, an Meckel vom 10. Juli 1905 tritt auch der religiöse und sittliche Gesichtspunkt hervor. Am Yalu war nichts auszurichten, wenn Regen fiel und die Flüsse anschwollen: „sollte Gott uns verlassen? Er liebt das Rechte! Ich war die ganze Nacht in beständiger Andacht, und als der Tag zu dämmern anfing, klärte sich der Himmel auf; das Wetter war ganz schön und heiter, und der Angriff lief, wie geplant, glatt her." Es heißt die Japaner nicht in unstatthafter Weise verherrlichen, wenn man vor solchen Kriegern Ehrfurcht empfindet. Verglichen mit ihnen war der russische Soldat gewiß tapfer und zuverlässig; aber die Feldherren, auch Kuropatkin selbst, der in seinem dreibändigen Werk über den Krieg die Schuld vorwiegend bei andern sucht, entbehrten fast durchgängig des kühnen Wagemuts und der überlegenen Umsicht, und während die japanischen Offiziere sich beständig ihrer Mannschaften annahmen und genau wie sie von Reis, Tee und Wasser lebten und keine Frau ihnen folgte, bezeugen selbst die russenfreundlichen französischen Berichterstatter, daß die russischen Offiziere dem Vergnügen nachjagten und oft in Kneipen, Tingeltangeln und Bordellen zu finden waren, wo sie hätten bei ihren Leuten sein sollen. Im Verpflegungswesen wurde unter Mitschuld von Offizieren ungeheuerlich betrogen; es wird versichert, daß das westlich vom Baikalsee bei den sibirischen Bauern gekaufte Heu östlich vom See dem Staat

um das Dreifache abgegeben wurde. Endlich ist nicht zu übersehen, daß die Japaner den Krieg in seiner schweren Notwendigkeit für ihr Land begriffen, während den russischen Massen das Verständnis für einen Krieg abging, der dem Anschein nach nur dem ohnehin ungeheuren Reich des Zaren eine ihrem Wert nach fragliche Provinz hinzufügen sollte, die man von Moskau erst nach zwei bis drei Wochen Eisenbahnfahrt erreichte. Die Panslawisten, die zahlreichste und einflußreichste Partei, beklagten den Krieg, weil er Rußland von seiner historischen Aufgabe die slawische Welt in Europa zu leiten und zu schützen ablenke, und schalten über die „Panasiaten" vom Schlage des Fürsten Esper Uchtomski, welche Rußland für eine mehr asiatische als europäische Macht ansahen und seinen Beruf in der Herrschaft über Asien erblickten; eine Herrschaft, die übrigens nicht sowohl durch den Krieg als durch Staatskunst und Kultur zu erstreben sei.

Kuropatkin hatte um die Mitte August etwa 220000 Mann und 600 Kanonen in einer befestigten Stellung bei Liao Yang am Taitseho versammelt. Oyama griff ihn hier am 24. August 1904 an, obwohl er bloß 190 000 Mann und 500 Geschütze hatte; während Port Arthur durch ein viertes Heer unter Nogi belagert ward, standen die drei ursprünglichen Heere hier nun geschlossen dem Feind gegenüber, Oku auf dem linken, Kuroki auf dem rechten Flügel, Nodzu in der Mitte. Nach zwölftägigem Ringen bei einer Hitze, welche 40° Celsius im Schatten erreichte, mußten die Russen wieder weichen, wenn sie nicht überflügelt und abgeschnitten werden wollten. Beide Teile hatten einen Verlust von 20—30000 Mann. Kuropatkin zog sich, eine Katastrophe abwendend, gegen Mukden zurück und verstärkte sich so, daß er am 9. Oktober mit 237000 Mann gegen den gleich starken Oyama am Fluß Schaho angriffsweise vorgehen konnte. Aber seine Ankündigung, daß er Port Arthur Luft schaffen werde, erfüllte sich nicht; nach zehntägigem Kampf kam sein Vormarsch zum Stehen; es war zwar keine Niederlage, aber noch weniger ein Sieg. Immer größer ward die Unwahrscheinlichkeit, daß der eigentliche Hauptgegenstand des Krieges, Port Arthur, an dem für Rußland der Anteil am chinesischen Meer hing, seinem Schicksal entgehen werde; unter ungeheuren Verlusten gewann Nogi allmählich den Verteidigern, an deren Spitze General Stössel getreten war, Boden ab. Um der Stadt von der See aus zu helfen, beschloß der Zar die Flotte des baltischen Meeres unter Admiral Roschdestwensky (1848—1909) aus Libau nach Ostasien zu entsenden, obwohl ihre Kriegsfähigkeit bei einer größeren

Anzahl veralteter Schiffe mangelhaft war. Die für diese Flotte nötigen Kohlen bestellte die russische Admiralität bei deutschen Firmen, welche auch den erforderlichen Vorrat aus deutschen und englischen Kohlenbergwerken über neutrale Häfen beschafften. Als dies in Tokio bekannt wurde, entstand dort große Verstimmung, und die Japaner erklärten das Verhalten der Deutschen für Verletzung der Neutralität — mit Unrecht: das Völkerrecht ist bekanntlich so mangelhaft entwickelt, daß es selbst, wie wir 1870 und 1914 erfahren mußten, die Lieferung von Waffen und Schießbedarf seitens Neutraler an Kriegführende zuläßt. Auf japanische Beschwerden in London sagte der Minister des Auswärtigen im Ministerium Balfour, Lord Lansdowne: wenn Japan wegen dieser Sache den Deutschen Krieg ankündige, so werde England den Fall seines Bündnisses von 1902 für gegeben erachten, also den Japanern bewaffnete Hilfe leisten. Die deutsche Regierung teilte dies in St. Petersburg mit; der Zar fragte, wie sich Deutschland dazu verhalten werde, und nun schlug Wilhelm II. dem Zaren ein Bündnis zum Schutz der beiderseitigen Interessen vor. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, welche — auf eine von St. Petersburg aus begonnene Aktenveröffentlichung — am 10. September 1917 an diese Dinge durch Abdruck des Schriftwechsels der beiden Herrscher authentisch ins Licht gesetzt hat, gab als Beweggrund des Kaisers — abgesehen vom nächsten Anlaß — den Gedanken an, durch das Bündnis mit Rußland auch auf Frankreich, dessen Verbündeten, Einfluß zu gewinnen und es in das Bündnis hineinzuziehen, womit der deutsch-französische Gegensatz überwunden worden wäre. Der Zar war dem Vorschlag geneigt; offenbar erhob aber die deutschfeindliche Richtung in St. Petersburg Schwierigkeiten, so daß eine deutsche Note vom 11. Dezember 1904 erging, welche besagte, falls Rußland keine Zusage des Beistandes gegen England abzugeben vermöge, so werde sich Deutschland anders entschließen. Die Note setzte die Frist, bis zu der sich Rußland bestimmt entscheiden müsse, auf die (nach Neujahr zu erwartende) Ankunft der russischen Flotte auf Madagaskar fest. Der Kaiser und der Zar verhandelten dann über die Fassung des Bündnisses. Es lagen zwei Entwürfe vor, vom 17. November ein erster, deutscher, der dann auf Wunsch des Zaren etwas abgeändert wurde. Der so gestellte Entwurf enthielt drei Artikel; als Ziel wurde angegeben, den europäischen Frieden zu erhalten. Wird (Art. 1) eine der beiden Mächte von einer dritten europäischen Macht angegriffen, so wird ihr die andere mit allen

Streitkräften zu Wasser und zu Land beistehen; Se. Maj. der Kaiser aller Reußen wird die nötigen Schritte unternehmen, um Frankreich in dieses Abkommen einzuweihen, und es verpflichten sich als Verbündeter anzuschließen (was britische Zettelungen zu verhindern suchten). Ein Sonderfrieden soll nicht geschlossen werden (Art. 2). Der Vertrag bleibt in Kraft, solange er nicht ein Jahr im voraus gekündigt wird (Art. 3). Ein Geheimartikel besagt: Falls Handlungen während des Kriegs wie z. B. Kohlenlieferung an eine kriegführende Macht seitens einer dritten Macht als Neutralitätsverletzung bezeichnet würden und Reklamationen hervorrufen, so soll die Hilfeleistung ebenfalls erfolgen. Die Hoffnung Wilhelm II. Frankreich herbeizuziehen ging aber nicht in Erfüllung. Frankreich hatte sich bereits am 8. April 1904 mit England verständigt (I 391); die Hoffnung auf einen mit englischer Hilfe gegen Deutschland zu führenden Rachekrieg wurde dadurch aufs neue belebt, und die französische Politik richtete sich darauf, nicht an die Seite Rußlands und Deutschlands zu treten, sondern im Gegenteil Rußland mit England auszugleichen und es so von Deutschland abzuziehen und in ein Bündnis mit direkter Spitze gegen Deutschland zu verwickeln. Zunächst hatten diese Bemühungen allerdings noch keinen Erfolg.

Mitte Oktober 1904 verließ die russische Flotte Libau, und ihre erste Tat war, daß sie mitten in der Nordsee in der Nacht des 24. Oktober bei der Doggersbank (östlich von Hull) englische Fischerfahrzeuge beschoß, welche sie für japanische Torpedoboote hielt, die ihr in die Nordsee entgegengesandt seien; dabei wurden 6 Fischer verwundet und 2 getötet, ein Fischerboot zum Sinken gebracht. Die Erbitterung in England, wo die Stimmung ohnehin den Russen abgeneigt war, erreichte einen hohen Grad; doch wurde der Fall einer 1899 im Haag (I 407) vorgesehenen „gemischten Untersuchungskommission", an der Deutschland teilnahm, überwiesen; von ihr ward Rußland zum Schadenersatz an die Betroffenen verurteilt. Gerüchte, nach denen der ganze Zwischenfall nicht so harmlos gewesen sein sollte, den Russen vielmehr wirkliche Gefahr gedroht hätte, wollten freilich nicht verstummen.

Während in der Mandschurei der gewöhnliche strenge Winter dem Krieg vorerst ein Ziel setzte und die beiden Heere Kuropatkins und Oyamas großenteils in Erdhöhlen einander gegenüberliegend überwinterten, ging die Belagerung von Port Arthur ihren Gang fort. Am 30. November 1904 erstürmten die Japaner nach verzweifelten

Kämpfen, wobei die Krieger sich mit Felsblöcken warfen und mit Fäusten und Zähnen bearbeiteten, den Firdisan, den die Russen den 203-Meterberg nannten; von ihm aus konnten die Sieger die ganze Stadt und den Hafen überblicken und die dort eingeschlossene russische Flotte völlig zusammenschießen. Weitere Erfolge im Lauf des Dezember beraubten die Festung ihrer äußeren Verteidigungslinie; sie konnte sich noch einige Zeit halten, aber nur unter Hinopferung der Besatzung, ohne Aussicht auf Rettung. Es wird wohl so sein, wie der Augenzeuge Nörregaard (die Belagerung von Port Arthur, Leipzig 1906) meint, daß vom menschlichen Standpunkt aus die Übergabe gerechtfertigt war, vom militärischen noch nicht; indessen hat im August 1907 der Major Tesunada bei der japanischen Botschaft in London, der 1905 als erster Japaner Port Arthur betrat, die Frist, während welcher die Festung noch hätte widerstehen können, mit aller Bestimmtheit auf 1—2 Wochen begrenzt. So bot Stössel, als am 1. Januar 1905 auch noch das Fort Wangtai von den Japanern genommen wurde und ein neuer großer Sturm bevorstand, abends um 9 Uhr die Übergabe an, und am 2. Januar abends 10 Uhr ward sie unterzeichnet. Durch die Kapitulation wurden 878 Offiziere, 23491 Soldaten und Unteroffiziere, 4500 Schiffsmannschaften und etwa 15000 Kranke und Verwundete kriegsgefangen; an Geschützen erbeuteten die Japaner 546, ferner 83000 Granaten und 3000 Kilogramm Pulver; die Flotte ward entweder versenkt oder gefangen. Die Japaner haben den Erfolg mit etwa 50000 Toten und Verwundeten erkauft; er war aber nicht zu teuer bezahlt. „Der Fall von Port Arthur," sagte der Pariser Temps, „ist von niederschmetternder Wirkung; für die gelbe Rasse ist er ein Sinnbild und fast eine Prophezeiung. Das Zurückweichen Europas vor ihr ist nicht mehr bloß eine Möglichkeit; es ist eine Tatsache." Stössel und Nogi erhielten vom deutschen Kaiser sofort beide den Orden pour le mérite, die höchste Auszeichnung, über welche Preußen verfügte, obschon der Krieg direkt Preußen nichts anging und eine Auszeichnung fremder Heerführer, die Verdienste um Preußen weder hatten noch der Sachlage nach haben konnten, sehr auffällig war. Der anfängliche Glaube an Stössels Verdienste wurde überdies nachträglich dadurch umgestoßen, daß Stössel nach dem Krieg 1907 amtlich in Untersuchung gezogen, unter Angabe zahlreicher Einzelheiten der sträflichen Pflichtvergessenheit beschuldigt und am 20. Februar 1908 von dem obersten Militärgericht zum Tode verurteilt wurde, weil er Port Arthur über-

geben habe, bevor alle Mittel zur weiteren Verteidigung erschöpft waren. In Anbetracht aber der heldenmütigen Verteidigung der Feste unter seinem Oberbefehl, sowie seiner persönlichen Tapferkeit erkannte das Gericht ihm die Ehrenrechte nicht ab und empfahl ihn der Gnade des Kaisers mit der Bitte, die Todesstrafe in zehn Jahre Festungshaft zu verwandeln. Der Kaiser erkannte demgemäß. Der Ruhm Nogis, eines Mitglieds der früheren Kriegerkaste der Samurai, der schon bei dem Bürgerkrieg von 1867 dem Tenno gedient hatte, blieb unangetastet; er hatte zwei Söhne in diesem Krieg verloren und litt nicht, daß sie mit besonderen Ehren begraben würden, weil aller Leben vom Anfang des Kriegs an dem Kaiser dargebracht sei.

Sofort nach der Einnahme von Port Arthur und der Erledigung der notwendigsten Maßnahmen zur Besetzung des Platzes rückte Nogi mit dem größten Teil seines Heeres zur Hauptarmee unter Oyama nach Norden ab. So verstärkt konnte dieser mit 320000 Mann und 954 Kanonen gegen Kuropatkin angriffsweise vorgehen; und obwohl die Russen 380000 Mann und 1400 Geschütze zählten, so blieben die Japaner doch in den zehntägigen Kämpfen um Mukden abermals Sieger, indem Nogi den rechten russischen Flügel umfaßte und Oyama so das ganze Heer abzuschneiden drohte. Dieses zog sich in einer Verwirrung zurück, welche zu Szenen gleich denen an der Berésina führte. Die Japaner rückten darauf am 10. März 1905 siegreich in Mukden ein und drangen noch weiter nordwärts bis Tieling vor. Das russische Heer verlor jetzt das Zutrauen zu Kuropatkin völlig; der Zar übertrug den Oberbefehl an Lenéwitsch; Kuropatkin wurde dessen Unterführer.

Die letzte Hoffnung der Russen beruhte nunmehr auf der baltischen Flotte, mit der der Admiral Roschdestwensky herannahte. Nach einem langen Aufenthalt in der Kamranhbucht auf Madagaskar, wegen dessen der von England gestachelte japanische Gesandte in Paris schließlich Beschwerde einlegte, und nachdem er ein weiteres Geschwader unter Nebogatow an sich gezogen hatte, suchte er durch die Straße von Korea nach Wladiwostok zu gelangen, um hier seine durch die lange Fahrt sehr mitgenommenen Schiffe wieder ganz seetüchtig zu machen und durch die dortigen Schiffe zu verstärken. Aber Togo erwartete ihn in dem Sund mit der ganzen japanischen Flotte und faßte ihn am 27. Mai 1905 bei der Insel Tsuschima in der linken Flanke. Togo wußte, um was es sich handelte; vom Hauptmast seines Schiffes Mikasa kam das Signal: „Das Schicksal des Reiches hängt von dieser Schlacht ab; ich hoffe, daß jeder sein Bestes tut“. So ge-

schah es, und da die Japaner 12, die Russen nur 5 neue Schiffe hatten, auch die Geschütze der Japaner und ihre Mannschaft weit überlegen waren, so erfocht Togo einen völligen Sieg. Von 26 russischen Schiffen wurden am 27. und bei der Verfolgung am 28. Mai 17 zum Sinken gebracht, 5 genommen, nur 4 entkamen nach Wladiwostok oder Manila. 8000 Mann wurden getötet, verwundet oder gefangen; dieses Schicksal hatte der Admiral Roschdestwensky selbst, der überdies schwer am Arm verwundet war. Der Verlust der Japaner betrug nur 113 Tote und 424 Verwundete. Das Kriegsgericht hat Roschdestwensky von jeder Schuld an der Niederlage freigesprochen.

Dieses „Trafalgar des Ostens" gab auch die Meeresherrschaft in die Hände der Japaner. Es konnte ihnen nun niemand wehren, daß sie am 7. Juli ein Heer auf der nördlich von ihrem Archipel gelegenen, Bayern an Größe (76000 qkm) gleichkommenden Insel Sachalin, deren Südhälfte sie bis 1875 besessen hatten, landeten und die paar tausend Russen, welche dort lagen, binnen weniger Wochen nach Erschöpfung von Schießbedarf und Lebensmitteln zur Übergabe nötigten.

Wenn die Ziele der Japaner bei diesem Krieg die unbestrittene Schutzherrschaft über Korea und die Zurückeroberung Port Arthurs nebst dem daran hängenden Einfluß auf die Mandschurei gewesen waren, so waren diese Ziele jetzt zweifellos erreicht, und es bestand nicht die geringste Aussicht für die Russen, diese Erfolge des Feindes rückgängig zu machen. Kaiser Wilhelm hat das dem Zaren gegenüber in einem Brief vom 3. Juni 1905 ganz unverhohlen zum Ausdruck gebracht und am 21. Febr. 1905 sogar ihm den Vorhalt gemacht, daß er unterlassen habe nach der überlieferten Weise früherer Zaren rechtzeitig „mit seiner Person zu zahlen" und begeisternd an die Spitze seines Volkes zu treten. Andererseits wurde der Krieg für die Japaner immer schwieriger, je weiter er sich in den Norden der Mandschurei hinaufzog, und da das russische Heer zwischen Charbin und Tieling wieder auf 400000 Mann gebracht wurde, so war die Möglichkeit eines örtlichen Rückschlags nicht ganz ausgeschlossen. Überdem hatte der Krieg Russen wie Japanern an Geld und Menschen ungeheure Opfer auferlegt, obschon die Verluste in den oft ein bis zwei Wochen sich hinziehenden Schlachten niemals die Höhe der unseren bei Spichern oder Mars la Tour erreichten, wo wir 12, bezw. 22 vom Hundert unserer Mannschaften einbüßten. Somit war zur Beendigung des Krieges, dessen wesentliche Ergebnisse unabänderlich feststanden, für beide Teile aller Grund vorhanden.

Da aber keiner das erste Wort der Nachgiebigkeit sprechen wollte, so erwarben sich Kaiser Wilhelm II., der dem Zaren die Unbeliebtheit des Kriegs im russischen Volk zu Gemüt führte und ihn mit den Niederlagen Napoleons und Friedrichs des Großen tröstete, und der Präsident der Vereinigten Staaten, Theodor Roosevelt, ein großes Verdienst, indem sie ihre Vermittlung in St. Petersburg und Tokio eintreten ließen. Die beiden Kaiser kamen am 23. und 24. Juli 1905 vor Björkö, der finischen „Birken-Insel" auf hoher See zusammen, und wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mitgeteilt hat (S. 13), wurde damals ein förmlicher Vertrag abgeschlossen, in dem Deutschland und Rußland sich vereinbarten, „fremde Friedensstörer zur Ruhe zu verweisen und einander nötigenfalls mit Waffen beizustehen". Nach den Enthüllungen des russischen Diplomaten Nekludow in der Revue des deus mondes vom 1. März 1918 sollte der Vertrag nach dem Frieden mit Japan in Kraft treten, jeder Sonderfriede ausgeschlossen sein, jährige Kündigungsfrist bestehen und Frankreich zur Teilnahme aufgefordert werden. Der Vertrag war das Ergebnis der vor einigen Monaten gepflogenen Verhandlungen; es ist eine verblüffende Erkenntnis, daß die englischen Drohungen die beiden Kaiser enger zusammengeführt haben, als selbst in den Zeiten des Rückversicherungsvertrags der Fall gewesen war. Freilich nur auf dem Papier; als der Zar nach St. Petersburg zurückkam und seinen Minister Grafen Lambsdorff beklommen oder vergnügt von seinem kühnen Seitensprung in Kenntnis setzte, da erkundigte sich der Graf — so erzählt Nekludow — bei dem Botschafter Nelidow in Paris, was die Franzosen dazu sagten. Nach Eingang der Antwort stellte Lambsdorff seinem Herrn vor, daß er nur die Wahl habe zwischen dem Bündnis mit Frankreich oder dem mit Deutschland, und nun erhielt der Berliner Botschafter Graf Osten-Sacken den peinlichen Befehl dem deutschen Kaiser zu sagen, daß der Zar die Abkunft nicht durchführen könne und deshalb sein Wort zurücknehme. Der Minister Graf Witte, der stets für ein Bündnis mit Deutschland eintrat, fand, als er von Portsmouth zurückkehrte, eine Lage vor, gegen welche nicht aufzukommen war.

Die angebotene Vermittlung wurde an beiden Stellen gern angenommen, und zu Anfang August trafen zu Portsmouth im nordamerikanischen Staat Newhampshire die Unterhändler zusammen, für Japan Graf Komura, für Rußland der eben genannte Witte (aus Tiflis, 1849—1915, 1892—1903 Finanzminister). Von den Bedin-

gungen, welche Komura stellte, lehnte Witte zwei rundweg ab, die Zahlung einer Kriegsentschädigung durch Rußland und die Auslieferung der in neutrale Häfen geflüchteten russischen Kriegsschiffe. Das erste, sagte er, wäre ungerecht, weil Japan den Krieg angefangen habe, nicht Rußland; das zweite laufe gegen die russische Ehre. Während der Verhandlungen änderte sich die Lage dadurch, daß am 12. August England das 1902 mit Japan geschlossene Bündnis auf zehn weitere Jahre erstreckte und ihm eine viel weiter tragende Bedeutung verlieh. Beide Reiche verhießen sich nämlich gegen jeden nicht herausgeforderten Angriff einer anderen oder anderer Mächte bewaffneten Beistand (also nicht bloß gegen eine Koalition mehrerer Mächte) und vereinbarten insbesondere, daß in Korea Japan und an der Grenze Indiens England alle Veränderungen vornehmen dürfe, welche sie in ihrem Interesse für geboten halten würden. Dieser Vertrag (den freilich die Blätter der liberalen englischen Opposition als demütigend für England bezeichneten, weil es damit zugestehe, daß es Indien nicht allein schützen könne) sicherte Japan auf zehn Jahre und voraussichtlich auch noch länger gegen jeden russischen Rachekrieg: wenn Rußland mit Japan allein nicht fertig geworden war, wie sollte es gegen Japan und England zusammen aufkommen? Gleichwohl fiel es Nikolaus II. außerordentlich schwer, die unvermeidlichen Zugeständnisse in Korea und der Mandschurei zu machen; er erwog die Fortsetzung des Krieges. In dieser Lage hat ihm sein Verbündeter, Kaiser Wilhelm II., am 20. August*) geraten, die Entscheidung der von Nikolaus II. seinem Volke zugestandenen Duma anheimzugeben und das als „ausgezeichnetes Verfahren" empfohlen. Die Antwort der Duma sei die Stimme Rußlands; wenn sich die Versammlung für den Frieden entscheide, so erkläre sie die Ehre des Reichs für gewahrt und die Zar könne das Schwert mit den schönen Worten Franz I. in die Scheide stecken: „alles verloren, außer die Ehre": erachte sie aber die Vorschläge für unannehmbar, so sei es wiederum Rußland, das seinen Zaren auffordere den Kampf fortzusetzen. Dadurch werde dann der Kaiser vor dem Vorwurf geschützt, daß er tausende von vaterlandsliebenden Söhnen, ohne

*) Ein Brief von diesem Datum und Inhalt fehlt in der Ausgabe von Götz. Dort steht einer vom 22. August 1915, welcher auf ein „Telegramm von neulich" anspielt, das dem Inhalt nach dem von der Nordd. Allg. Ztg. abgedruckten Brief vom 20. August 1905 entsprach, also wohl selbst dieser „Brief" war.

das Land zu fragen oder gar gegen dessen Willen, geopfert habe. „Die Entscheidungen sind in diesen Fällen so furchtbar ernst und weitreichend, daß es ganz unmöglich ist für irgend einen sterblichen Menschen die Verantwortung dafür auf seine eigenen Schultern zu nehmen, ohne die Hilfe und den Rat seines Volkes." Dieser Mahnung des Kaisers leistete Nikolaus II. allerdings keine Folge, vielleicht aus grundsätzlichen Bedenken, dann aber offenbar auch, weil die Wahl und Einberufung der Duma nicht so rasch erfolgen konnte und das Hinauszögern der Entscheidung von Japan als Hinterlist aufgefaßt worden wäre. Dieses konnte auch seit dem neuen Vertrag mit England seine Bedingungen ermäßigen, ohne der Schwäche geziehen zu werden und ohne seine Zukunft zu gefährden. Der Friede, den es finanziell mindestens so dringend wie Rußland bedurfte, kam am 5. September 1905 auf folgende Bedingungen zustande. 1. Japan erhält in Korea die vorwaltende Stellung, leistet aber Gewähr für den Schutz russischer Privatinteressen. 2. Es tritt in die Pacht von Port Arthur und Dalny unter denselben Bedingungen wie Rußland ein. 3. Die Mandschurei wird China zurückerstattet; doch muß dieses dort allen Nationen gegenüber den Grundsatz der offenen Türe (Handelsfreiheit) anwenden. 4. Die mandschurische Eisenbahn soll nördlich von Kuang-Tschensi von den Russen, südlich davon von den Japanern verwaltet werden; für jeden Kilometer Bahn dürfen höchstens 15 Soldaten zur Bewachung verwendet werden. 5. Japan erhält die ihm früher gehörige Südhälfte von Sachalin bis zum 50.⁰ zurück; die Schiffahrt durch die La Perouse- und die Tatarenstraße ist frei. 6. Im ochotskischen und im Beringmeer dürfen die Japaner unter noch genauer zu bestimmenden Bedingungen Fischerei treiben. 7. Beide Nationen gewähren sich einen Handelsvertrag mit der Meistbegünstigungsklausel. Von einer russischerseits zu zahlenden Kriegsentschädigung und von der Auslieferung der russischen Schiffe war nicht mehr die Rede; es heißt, daß Eduard VII., der mit Rußland gut stehen wollte, um alle Kraft gegen Deutschland zu wenden, die Japaner bestimmt habe, auf diesen Punkten nicht zu beharren.

Der Friede von Portsmouth gehört zu den weltgeschichtlichen Ereignissen. Er sicherte Japan 1. die Stellung einer achten Großmacht, welche von den sechs europäischen (Rußland, Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich und England) und von den Vereinigten Staaten als militärisch und kulturell ebenbürtig anerkannt wird. Schon 1898, nach dem Sieg über China, hatte Japan die Vormund-

schaft der sog. Kapitulationen abgestreift, die den Europäern in Ländern von niederer Kultur eigenen Gerichtsstand sicherten; jetzt war die Vorzugsstellung der weißen Rasse auf dem Erdball durch Japan endgültig durchbrochen. 2. Der Friede sicherte Japan ferner die Vormacht im fernen Osten und verschaffte ihm 3. mit der Herrschaft über Korea, das durch Vertrag vom 17. November 1905 ganz unter japanische Vormundschaft trat, eine Stellung auf dem Festland; endlich 4. drängte er Rußland von den chinesischen Meeren ab und beschränkte seine Stellung am großen Ozean. Wenn Kaiser Wilhelm II. den Zaren Nikolaus II. am 4. Dezember 1903 den Admiral des großen Ozeans nannte, während er selbst sich als Admiral des Atlantic bezeichnete, so war dieser Traum nun zu Ende.

Was seither im fernen Osten geschah, hat die Ergebnisse des großen Kriegs nur bestätigt. Die Mandschurei kehrte unter das Szepter Kuang-Hsüs zurück; aber China öffnete kraft eines ergänzenden Abkommens mit Japan dort bis Juli 1907 sechzehn Städte allen Nationen — den Vorrang gewann natürlich auch im Handel Japan. Durch Verträge, welche im Mai und Juni 1907 Frankreich und Rußland mit Japan schlossen, verbürgten sich diese Mächte ihren ostasiatischen Besitzstand; über die Fischereirechte der Japaner im ochotskischen und im Beringsmeer wurde bald nachher das Nähere vereinbart; die Todfeinde von 1904 schienen die besten Freunde zu sein, und am 11. März 1908 bewilligte die russische Duma die Mittel, um die Gesandtschaft in Tokio zum Rang einer Botschaft zu erheben. Als auf der zweiten sog. Haager Friedenskonferenz (welche am 15. Juni 1907 eröffnet wurde und auf Deutschlands Antrag ein internationales Oberprisengericht schuf, auch die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg regelte, der von England angeregten Frage allgemeiner Abrüstung aber bei dem Widerstand Deutschlands und auch Frankreichs nicht näher trat) der koreanische Prinz Yi Yong im Auftrag des Kaisers Yi Höng erschien, die Zulassung Koreas zu den Beratungen verlangte, da es ein selbständiger Staat sei, und bittere Klage über die japanischen Gewalttätigkeiten führte: da zwang der japanische Resident in Söul, Marquis Ito, den Kaiser nach 43jähriger Regierung zum Rücktritt, setzte dessen Sohn Yi Tschak auf den Thron und schloß mit ihm einen „Vertrag" vom 24. Juli 1907, kraft dessen der japanische Resident in Söul alle Gesetze erlassen, alle Beamten ernennen und alle wichtigen Staatsangelegenheiten erledigen durfte. Damit war Koreas Selbständigkeit tatsächlich so gut

wie vernichtet. Die Ermordung Itos durch einige Koreaner in Charbin (26. Oktober 1909) war als nationale Rachetat zu betrachten, hatte aber erst recht die Folge, daß das Land nun auch formell seiner Selbständigkeit beraubt, zur japanischen Kronkolonie Cho-Sen erklärt und unter die Statthalterschaft des Grafen Terauchi gestellt wurde. Die Kaiserfamilie wurde der japanischen für ebenbürtig erklärt und erhielt eine besondere Hofhaltung in Tokio; vornehme Koreaner wurden zu japanischen Peers erhoben. Durch Förderung von Handel und Wandel und Pflege des Unterrichts suchte man die Koreaner über den Verlust ihrer Unabhängigkeit zu trösten; 100 Volksschulen, ein Lehrerseminar und eine höhere Mädchenschule wurden sofort ins Leben gerufen.

Eine schwarze Wolke freilich hing noch am Horizont Japans und Ostasiens: der Gegensatz zwischen Japan und den Vereinigten Staaten. Er äußerte sich in dem Bestreben der Amerikaner der japanischen Einwanderung in den Uferstaaten des großen Ozeans Einhalt zu tun und führte 1907 in Kalifornien zur Einweisung der japanischen Kinder in besondere gelbe, als minderwertig angesehene Schulen, und 1909 zu Beschlüssen gegen Grunderwerb und Bildung von Erwerbsgesellschaften durch Japaner. Zwar verhinderte Roosevelt die Durchführung dieser unfreundlichen Maßnahmen, indem er den Gouverneur von Kalifornien Gilette zur Einlegung seines Vetos bestimmte; ja er vereinbarte sogar am 28. November 1908 in Washington ein nach dem Muster der russisch-französisch-japanischen Verträge entworfenes (von dem Staatssekretär Root und dem Botschafter Takahira unterzeichnetes) Abkommen, laut dessen die Vereinigten Staaten und Japan sich ihren derzeitigen Besitz im stillen Ozean gegenseitig verbürgten, den Grundsatz der „offenen Tür" an allen Handelsplätzen für alle Völker verkündigten und bei auftauchenden Verwicklungen sich zu verständigen versprachen. 1911 kam ein Vertrag zwischen beiden Mächten zustande, der den Bürgern beider das Niederlassungsrecht gewährleistete und alle Beschränkungen, denen Japaner bisher in den V. St. unterlagen, beseitigte. Aber der amerikanische Senat stimmte dem Vertrag nur zu, nachdem Japan sich bereit erklärt hatte, vorerst den Strom seiner Auswanderer nach Korea, der Mandschurei und Formosa zu lenken, und Kalifornien erließ am 15. April 1913 ein Gesetz, das allen Ausländern den Erwerb von Grund und Boden nur auf ein Jahr gestattete, nach dessen Ablauf sie das kalifornische Staatsbürgerrecht besitzen oder auf ihren Grund-

besitz verzichten müßten; und eben dieses Bürgerrecht durfte nur an Weiße und Schwarze, nicht aber an Gelbe verliehen werden. So blieb der Gegensatz — trotz des Strebens der Regierungen nach einem guten Einvernehmen — bei den Völkern selbst in ungeminderter Stärke bestehen, und im Hintergrund der amerikanisch-japanischen Beziehungen lauerte die Frage, wer Herr des großen Ozeans sein sollte. Wie sich dieser Gegensatz entwickeln wird, ist eins der größten Probleme der Zukunft. Eine Fahrt der 22 Schiffe starken amerikanischen Flotte in den großen Ozean (im Jahr 1907/08) ward allgemein als Probe dafür aufgefaßt, ob die Vereinigten Staaten im Ernstfall in jenen Gewässern den Japanern mit voller Wucht entgegentreten könnten, und da auch die Australier von Haß und Eifersucht gegen die Gelben erfüllt waren, so fand die amerikanische Flotte bei ihnen eine Aufnahme, über deren Wärme man in England stutzig wurde; es sah fast danach aus, als ob die Australier mehr zu den Yankees als zu dem offiziell japanfreundlichen England hinneigten.

In Japan erhoben sich aber in den letzten Jahren innere Schwierigkeiten, welche seiner Betätigung nach außen Schranken setzten. Kaiser Mutsuhito starb am 30. Juli (dem Todestag Bismarcks) 1912 im Alter von 60 Jahren an einem Nierenleiden, von seinem Volk, dem er ein Erneuerer im vollsten Sinn des Wortes geworden ist, dessen Großmachtstellung er vorbereitet und durchgesetzt hat, wie ein Abgott bewundert und nun tief betrauert. Der Eroberer von Port Arthur, General Nogi, und seine Gemahlin gaben sich am Morgen des feierlichen Leichenbegängnisses ihres vergötterten Herrschers in echt japanischer Vasallentreue selbst den Tod, um auch im Jenseits an seiner Seite nicht zu fehlen. Mutsuhitos Sohn und Erbe Y o s h i h i t o H a r u N o M i y a (geb. 1873) war von nicht sehr fester Gesundheit und besaß noch nicht die reiche Erfahrung des Vaters. Er ließ sich von dem ausgezeichneten Staatsmann Fürsten Katsura beraten; dieser, der Vertreter einer kraftvollen, aber kostspieligen auswärtigen Politik, konnte sich indes gegen die Opposition nicht halten, und der unerträgliche Steuerdruck zwang 1913 die Regierung an den Kosten für die Verstärkung der Flotte etwa ein Drittel zu streichen und überdies durch den Wegfall von 4800 Beamtenstellen die Verwaltung zu vereinfachen und so weitere 150 Millionen Yen zu sparen. Katsura starb am 10. Oktober 1913, und mit ihm verlor sein Land den tatkräftigsten Minister, Deutschland, bei dem er einst Militär-

bevollmächtigter gewesen war, einen zuverlässigen Freund, was sich im August 1914 empfindlich fühlbar machen sollte.

Der Gegensatz zu Japan ist auch mit ein Anlaß geworden, daß die Vereinigten Staaten zielbewußt darauf ausgingen ihren durch ihre Kapitalmacht erlangten wirtschaftlichen Einfluß auf die Staaten von Zentralamerika zu einer politischen Vorherrschaft auszubauen. Unter dem Einfluß der Vereinigten Staaten riß sich 1903 Panama von der Republik Columbien los und erklärte sich für selbständig (87000 qkm, 400000 Seelen); 1909 erkannte Columbien dies an und Panama übernahm an der columbischen Staatsschuld 2½ Millionen Dollars. Nunmehr konnten die Vereinigten Staaten ihre Hand auf den seit 1881 im Bau begriffenen Kanal von Panama legen, der ihrer Flotte die Möglichkeit schaffen sollte, rasch vom atlantischen in den stillen Ozean zu gelangen; er hat für die Vereinigten Staaten ungefähr die Bedeutung wie für uns der Kaiser-Wilhelms-Kanal und soll auch an seinen beiden Enden befestigt werden, wozu England unter Abänderung des sog. Clayton-Bulwer-Vertrags von 1850 seine Einwilligung gab. Seit 1904 ging der Bau unter Leitung des hervorragenden Wasserbauers Göthals auf Rechnung der Vereinigten Staaten vor sich, und am 2. September 1913 konnte der große Damm bei Gatun (nahe bei Colon am atlantischen Ozean) gesprengt werden, so daß kleinere Schiffe den Kanal durchfahren konnten. Nach der Vertiefung bis auf 8½ Meter sollte er 1915 für alle Schiffe eröffnet werden; zum regelmäßigen Betrieb ist es aber wegen widriger Zwischenfälle (Erdrutsche im Culebra-Abschnitt) bis dahin nicht gekommen. Auf die ursprünglich in Aussicht genommene Gebührenfreiheit für Schiffe der Vereinigten Staaten verzichteten diese durch Gesetz vom 15. Juni 1914, da England Einspruch erhob. Kraft Vertrags vom 8. Februar 1907 übernahmen die Vereinigten Staaten die Verwaltung der Zölle der Republik San Domingo, um deren Finanzen zu ordnen. Im August 1910 wurde der Präsident der Republik Nicaragua (124000 qkm, 330000 Einwohner), Madriz, der einen Bund der zentralamerikanischen Republiken erstrebte, um sie selbständig zu erhalten, durch Parteigänger der Vereinigten Staaten, die Brüder Juan und José Estrada, mit Hilfe amerikanischer Schiffe und Truppen zur Flucht gezwungen; die Schulden Nicaragua's komen unter die Verwaltung der Vereinigten Staaten. Das gleiche Schicksal wie Madriz ereilte im Mai 1911 den 80jährigen Präsidenten von Mexiko (2 Millionen qkm, 12 Millionen Einwohner) Porfirio Diaz, einen Mann aus indiani-

schem Blut, der erstmals 1877 und seit 1884 immer wieder zum Staatsoberhaupt gewählt, Mexiko mit fester, oft schwerer Hand regiert, ihm 12000 Kilometer Bahnen (darunter die über den Isthmus von Tehuantepek 1908, 122 Kilometer lang) gebaut, Schulen und Lehrer für eine Million Kinder gegeben und einen Barbestand von 62 Millionen Pesos (zu 4 Mk. 31 Pfg.) aufgespeichert hatte. Gegen ihn erhob sich Ende 1910 Madero im Namen der Freiheit der Wahl des Staatsoberhaupts, welche durch Diaz zum leeren Wort gemacht worden sei, und die über die Habsucht der Großgrundbesitzer aufgebrachten ländlichen Massen ergriffen gegen Diaz Partei. Da Diaz mit Japan über Einräumung einer Flottenstation in der Magdalenenbai an die japanische Seemacht verhandelt und dadurch das Mißtrauen der Vereinigten Staaten erweckt hatte, sandte Präsident Taft im März 1911 20000 mit äußerster Schnelligkeit mobilisierte Soldaten an die Grenze von Texas und Mexiko, mit dem Hauptquartier in San Antonio, und unterstützte die Aufrührer offen und heimlich so, daß Diaz sich genötigt sah, am 24. Mai sein, ihm erst im Juni 1910 nochmals übertragenes, Amt niederzulegen und das Staatsruder an den Minister des Auswärtigen de la Barra als einstweiligen Präsidenten abzugeben. Er selbst verließ seine Heimat und ging nach Bad Nauheim. Mit seinem Ausscheiden begann in Mexiko eine Ära unausgesetzter Unruhen. Diaz' Gegner und Nachfolger, Madero, ein Mann ohne Willensstärke, den seine Freunde und Angehörigen weidlich ausnutzten, fiel im Februar 1913 durch die Hand seiner Gegner, und der indianische General Huerta, der nun an die Spitze der Regierung trat, erhielt zwar in 16 der 22 Staaten der Bundesrepublik und bei den europäischen Großmächten die Anerkennung seiner Rechtmäßigkeit; aber in den 6 nördlichen Staaten organisierten die Generale Villa und Carranza gegen ihn den bewaffneten Widerstand, und Präsident Wilson gewährte ihnen eine kaum verhüllte Unterstützung, weil Huerta die formelle Bestätigung durch Volksabstimmung fehle. Der wahre Grund der Feindseligkeiten der Vereinigten Staaten war Huertas Bestreben Mexiko nicht zum Vasallenstaat der Union herabsinken zu lassen. Im Juli 1914 mußte er sein Amt aufgeben und nach Jamaica entweichen. Mit seinem Sturz wuchs die Hoffnung des amerikanischen Großkapitals die reichen Ölquellen bei Tampico, die wegen der zunehmenden Ölfeuerung der großen Schiffe von äußerster Wichtigkeit sind und zum Teil der englischen Pearsongesellschaft gehören, schließlich ganz oder überwiegend an sich zu bringen. Villa

und Carranza gerieten aber sofort nach dem Sturz des gemeinsamen Gegners in Streit und bekriegten sich. Carranza wurde 1915 von den Vereinigten Staaten als Präsident anerkannt. Als diese aber gegen Villa, der Gewalttaten gegen Amerikaner verübte, 1916 ein Heer unter General Funston entsandten und dieser auf bewaffneten Widerstand stieß, wobei ein paar amerikanische Schwadronen herbe Verluste erlitten, entstand im Mai eine sehr scharfe Spannung auch mit Carranza, der von den amerikanischen Truppen die Räumung des mexikanischen Gebiets forderte. Im Juni galt der Krieg als unvermeidbar; es kam indessen dann doch zur vorläufigen Beilegung des Streits und Verweisung an ein Schiedsgericht. Die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko ist aber fast als dauernder Zustand zu betrachten, der über kurz oder lang zu einer Entladung führen wird.

Auch auf Südamerika suchten die Vereinigten Staaten ihren Einfluß auszudehnen; es wurden wiederholt „panamerikanische Kongresse" abgehalten, auf denen die Vertreter der Vereinigten Staaten das große Wort führten. Doch stand der Gegensatz der Rassen und Konfessionen einer Anerkennung der Führerschaft der wesentlich angelsächsischen und protestantischen Vereinigten Staaten entgegen, und Argentinien, Brasilien und Chile, „die ABC-Staaten", vollzogen einen gewissen Zusammenschluß gegen die von Washington ausgehende Bevormundung. Während lange nur Chile sich geordneter Verhältnisse erfreute, haben sich neuerdings auch die meisten andern Staaten aus den ewigen Bürgerkriegen und Putschen herausgearbeitet (I 436). Bolivia konnte 1909 die Goldwährung einführen. Argentinien und Chile erhielten am 2. April 1910 durch Eröffnung des Tunnels, der, 5065 m lang, in der Seehöhe von 3140 m den mächtigen Gebirgsstock des Cumbre durchbricht, eine Eisenbahnverbindung, die erste, die das südamerikanische Festland durchquerte und Buenos Ayres und Valparaiso verknüpfte. Erst 1902 war die Fahrstraße über den Cumbre eröffnet worden, auf deren höchstem Punkt das Bild des segnenden Christus errichtet wurde; nun fährt man nicht mehr im sturmumtosten Gebirgswägelchen über den Paß, sondern im behaglich erwärmten Eisenbahnwagen, im Aufblick zu dem silberleuchtenden Gipfel des 7036 m hohen Bergriesen Aconcagua, bis der Zug im Schoß des Gebirges verschwindet, um auf der Westseite der Anden wieder das Tageslicht zu erblicken.

Zwölftes Kapitel

Die russische Revolution

Der völlige Bankerott des russischen Regierungssystems in dem Krieg gegen Japan, der offenkundig vor aller Welt Augen lag, hatte auf die inneren Verhältnisse des Reiches ähnliche Wirkungen wie die Niederlage Preußens gegen Napoleon 1807 und wie die des altösterreichischen Staates in dem Krieg von 1859 gegen Frankreich und Sardinien. Nicht das russische Volk, so war die allgemeine Empfindung, war besiegt worden, sondern der Absolutismus, der starrsinnig und hochmütig alles zu können gemeint hatte, der deshalb jeden Wunsch nach Anteilnahme des Volkes an der Leitung der Geschicke des Staates als Anmaßung abgelehnt, jede Kontrolle als unnötig von sich gewiesen hatte und nun der Unfähigkeit überführt war. Die seit dem Dekabristenaufstand von 1825 auf die Tagesordnung gesetzten Bestrebungen nach Einreihung Rußlands in die verfassungsmäßig regierten Staaten erhielten jetzt ein überwältigendes Gewicht. Nikolaus I. (1825—55) hatte sie als verbrecherisch behandelt und mit rauher Faust unterdrückt. Als er, im Krimkrieg zuschanden geworden, von Schmach und Unwillen verzehrt dahinging, zeigte sich sein Sohn und Nachfolger Alexander II. (geb. 1818, Kaiser 1855—81) dem Geist der neuen Zeit zugänglich. Er gab 1861 dem russischen Bauernstand die Freiheit, gewährte 1863 den Hochschulen eine freie Verfassung und verlieh 1864 den Städten, Kreisen und Landschaften Selbstverwaltung: jede Stadt erhielt ihre Duma, ihren Gemeinderat, jeder der 816 Kreise seinen Kreisrat von 50 Mitgliedern, jede der 78 Landschaften (Gouvernements) ihren Gubernialrat (russisch semstwo = Landschaft) von 70 bis 80 Mitgliedern, gebildet aus Adeligen, Bürgern und Bauern und befugt über Wege, Brücken, Post, Schulen, Gesundheitspflege, Feuerpolizei und Nahrungsfürsorge zu beschließen. 1874 ward die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Nach dem russisch-türkischen Krieg von 1877 bis 1878 entschloß sich der Zar seinem Volk als Krönung der vorhergegangenen Reformen auch eine Verfassung zu verleihen. Es ist eine bekannte und feststehende Tatsache, daß der Entwurf dieser Verfassung fertig im Pult Alexanders II. lag und der Tag ihrer Bekanntgabe bestimmt war, als dieser Herrscher am 13. März 1881 durch eine Bombe getötet wurde, welche durch eine nihilistische Verschwörung zu seinem Verderben geschmiedet war. Mit diesem Namen Nihilisten, der in seinem heutigen Sinn von dem berühmten Schriftsteller Iwan Tur-

genjew (in seinem Roman „Väter und Söhne“ 1862) aufgebracht worden ist, bezeichnete man diejenigen, welche dem russischen Absolutismus in tödlichem Haß gegenüberstanden und ihn und mit ihm die ganze Staats- und Gesellschaftsordnung zunichte machen wollten (lateinisch nihil = nichts). Diese fanatische Sekte, welcher auch viele Frauen und Mädchen*) angehörten und welche ihre Bomben gegen das höchste Haupt des Staats wie gegen dessen erste Beamte schleuderte, fand einen Rückhalt an der pessimistischen Stimmung, mit der die gebildete russische Gesellschaft den Absolutismus betrachtete. Unter dem Anschein, als ob der Zar, „das Väterchen“, wie das Volk ihn in altüberlieferter Ergebenheit nannte, alle Macht innehabe, war der Absolutismus — da eine Person unmöglich alles tun und übersehen kann — in Wahrheit die Herrschaft der zarischen Bureaukratie, der Beamtenschaft, welche unter dem Schutz des Namens des Zaren dem Land ihren Willen auferlegte und wenigstens zum Teil durch Gewalttätigkeit und Bestechlichkeit sich verhaßt machte. Man muß es nun hervorheben, daß das Zarentum freiwillig seine absolute Gewalt gemäßigt und beschränkt hatte; daß für die Gesetzgebung der sog. Reichsrat, der aus den Ministern und aus Vertrauensmännern des Zaren gebildet war, eine beratende Stimme hatte; daß die Verwaltung ebenso durch das sog. Ministerkomitee, dem außer den Ministern höhere Beamte, Vertrauenspersonen des Herrschers und der Thronfolger angehörten, sachdienlich beraten wurde; daß endlich das Recht zwar im Namen des Zaren, aber nicht von ihm, sondern durch ordentliche Gerichte gesprochen wurde; und so haben sachkundige Beurteiler noch in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts diesem gemäßigten Absolutismus eine lange Zeitdauer in Aussicht gestellt, falls seine Träger der nötigen Einsicht nicht ermangelten. Aber alle jene Beschränkungen änderten nichts daran, daß dem Zaren wohl Rat erteilt werden konnte und sogar ordnungsmäßig erteilt werden mußte, daß es aber zuletzt doch ganz bei ihm stand, ob er diesen Rat befolgen wollte oder nicht, und daß dieser Rat nur von Beamten oder Notabeln, welche das Vertrauen des Zaren besaßen, erteilt wurde, nicht aber von Männern, welche das russische Volk erwählt hatte. Dieses Volk hatte nur zu gehorchen, nicht aber etwas zu sagen. Die wesent-

---

*) So Wera Sassulitsch (geb. 1853), die am 5. Februar 1878 den Stadthauptmann von St. Petersburg, Trepow, wegen Mißhandlung eines Nihilisten schwer verwundete und am 1. April von den Geschworenen freigesprochen wurde.

lichen Rechte des freien Bürgers, Sicherheit von Eigentum und Freiheit, waren in Rußland entweder nur schattenhaft oder gar nicht vorhanden; vermöge der „administrativen Verschickung" konnten Männer, die politisch verdächtig waren, ohne richterliches Verfahren durch Polizeiwillkür nach andern Gegenden, besonders Sibirien, verschickt werden. Die altrussische Partei, an deren Spitze Gelehrte und Schriftsteller wie Katkow (1820—87), Konstantin Aksakow (1817—60) und sein Bruder Iwan (1823—86) standen, war der Ansicht, daß der Absolutismus das dem russischen Volk naturgemäße Regiment sei und mit der orthodoxen Form des Christentums und dem Satz, daß das Ackerland kraft des „Mir" (Dorfgemeinschaft) nicht dem einzelnen, sondern der Gemeinde gehöre, die drei großen Vorzüge des Ostens von dem Westen Europas ausmache. Die geistige Ansteckung seitens dieses Westens war aber, seit Katharina II. (1762—96) sich als Freundin Diderots und Voltaires gab, so gewaltig fortgeschritten, daß das Festhalten am Absolutismus von den gebildeten Russen fast einmütig verdammt und der Blutarbeit der Nihilisten innerlich oder gar öffentlich eine gewisse Sympathie gezollt wurde: mochten die Autokraten, wenn nicht aus Liberalismus, dann aus Angst um ihr Leben ihre Allgewalt fahren lassen!

Alexander II. Sohn und Nachfolger, der mit der schönen dänischen Prinzessin Dagmar vermählte Alexander III. (geb. 1845, 1881 bis 1894), ein Mann von herkulischer Körperkraft, aber beschränktem Geiste und ausgezeichnet nur als musterhafter Familienvater, ließ nach einigem Schwanken die Absichten seines Vaters eine Verfassung zu gewähren fallen, weil man ihn überredete, daß, wer der Revolution entgegenkomme, sie nicht verhüte, sondern vielmehr erst ihr die Bahn bereite. So wurde die Autokratie aufs neue als unverrückbarer Eckpfeiler des russischen Staatswesens verkündet und die Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise, statt zur Verfassung des Gesamtreiches weiter entwickelt zu werden, wieder rückgängig gemacht; die Beschlüsse der Semstwa (Mehrzahl von Semstwo) wurden 1890 an die Genehmigung der Statthalter gebunden, und die Bauern wurden der Willkür besonderer Vögte unterstellt. Alexander III. ließ sich von seinem jüngeren Bruder, dem Großfürsten Sergius (1857—1905), und seinem Erzieher, dem Rechtsgelehrten Pobjedonoszew (1827 bis 1907), leiten, der, persönlich ein hochgebildeter Mann, der eigentliche Wortführer der altrussischen Partei wurde und als Oberprokurator des heiligen Synods, der vom Zaren bestellten obersten Kirchenbehörde,

eine höchst einflußreiche Stellung bekleidete. Unter dem Einfluß der Altrussen begann die Verfolgung der nichtrussischen Nationalitäten, der „Fremdvölker", vor allem der Deutschen in den Ostseeprovinzen, gegen welche die lange Jahrhunderte von ihnen geleitete und zu Wohlstand und Bildung emporgehobene estnische und lettische Urbevölkerung aufgehetzt, denen ihre ständischen Rechte und ihre deutschen Schulen, 1893 selbst die altberühmte, von Gustav Adolf gegründete Universität Dorpat (in Jurjew umgenannt) entrissen wurden; dann der seit ihrem Aufstand von 1863 ihres römisch-katholischen Kirchenguts, ihrer nationalen Schulen und ihrer getrennten Verwaltung beraubten Polen; der Letten, Litauer, Juden, Georgier (im Kaukasus), der muselmännischen Tataren (am schwarzen Meer und der Wolga), der Tscherkessen und der Finen, denen Alexander I. 1809 bei der Besitznahme ihres Landes ausdrücklich für sich und seine Nachfolger die Achtung ihrer Landesverfassung eidlich zugesichert hatte. Es sei hier erwähnt, daß am 9. Mai 1916 die „Liga der Fremdvölker" durch ihren aus geflüchteten Führern bestehenden Ausschuß aus Stockholm ein telegraphisches Gesuch an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, gerichtet und ihn um Hilfe gegen die drohende Vernichtung angerufen hat. Zu diesem Ausschuß gehörten auch Wortführer der „kleinrussischen" Ukrainer, denen es nicht besser erging als den Fremdstämmigen; ja sie galten den Großrussen wegen ihrer Zahl (20—30 Millionen) als die gefährlichsten von allen, und ihre Sprache, in der der berühmte Dichter Schewtschenko (1814—61) gedichtet hat, wurde unbarmherzig unterdrückt; Sewtschenko saß selbst zehn Jahre lang zu Orenburg in der Verbannung.

Als Alexander III., der nihilistischen Mordanschlägen glücklich entgangen war, am 1. November 1894 einem rasch sich entwickelnden Nierenleiden erlag, folgte ihm sein Sohn Nikolaus II. (geb. 18. Mai 1868), der am 26. November 1894 sich mit Prinzeß Alice von Hessen (geb. 1872), einer Enkelin der Königin Viktoria von England und Nichte der Kaiserin Friedrich, vermählte. Dieser an sich wohlwollende, aber tieferen Gemüts wenigstens nach dem Zeugnis des amerikanischen Botschafters White ermangelnde und willensschwache Monarch (bei dessen Krönung in Moskau am 26. Mai 1896 Tausende von Menschen im Gewühl zertreten wurden) hielt an der herkömmlichen Selbstherrschaft fest und ließ, zum Widerstand gegen die Altrussen zu schwach, die Verfolgung der nichtrussischen Nationalitäten noch schärfer werden. Finland erlitt unter ihm seit 1899 ein wahres Martyrium,

namentlich durch den Statthalter General Bobrikow, der schließlich von einem jungen Finländer namens Schaumann am 17. Juni 1904 in seiner Amtswohnung erschossen wurde. Das Land verlor 1901 sein selbständiges Heerwesen, indem seine Truppen als 22. Armeekorps dem Reichsheer eingereiht wurden, die selbständige Stellung seines Landtags, den ausschließlichen Gebrauch der finischen Sprache in amtlichen Erlassen und sollte allmählich zu einem einfachen russischen Regierungsbezirk herabgedrückt werden „wie Tula oder Twer". Diese Nationalitätsverfolgungen waren gleichbedeutend mit der Vernichtung der höheren Kultur im Reiche; nirgends konnten sich die Russen auch nur von ferne mit den Deutschen oder Finen an Bildung messen. „In Finland, bezeugte selbst der harte Bobrikow, gibt es Dörfer, welche Büchereien von 15000 Bänden besitzen: wie viele, so folgerte er freilich bezeichnenderweise, revolutionäre Schriften können unter diesen Tausenden über das ganze Land verstreut sein!" Setzt man statt revolutionär aufgeklärt oder gebildet, so wird man den Sachverhalt treffen.

Dieses ganze despotische System erlebte nun in dem Krieg gegen Japan seine völlige Verurteilung. Schon nach den ersten Niederlagen vor Port Arthur, am Yalu und auf Liaotong wurde der Minister des Innern Plehwe, einer der starrsten Vertreter der Gewaltherrschaft, am 28. Juli 1904 durch einen Bombenwurf getötet; der an seine Stelle berufene, als liberal geltende Fürst Swjatopolk Mirski vermochte aber gegen die bisher allmächtige Strömung bei dem schwachen Willen des Zaren nichts auszurichten: die orthodoxe Religion, sagte Pobjedonoszew in einem Ministerrat, kennt gemäß der heiligen Schrift nur den Absolutismus; eine konstitutionelle Regierung ist gegen das Wort Gottes! Ihm stimmten die meisten Prinzen des kaiserlichen Hauses, die sog. Großfürsten, bei, die in ihrer Gesamtheit einen hochmütigen, selbstsüchtigen und politisch reaktionären Klüngel bildeten; von einer Verfassung befürchteten sie den Sturz ihrer Macht. Und doch kannte die russische Geschichte die Einrichtung einer Landes- oder Nationalversammlung sehr wohl, den sog. Semski Sobor, der, aus den hohen Adeligen oder Bojaren, den hohen Beamten und hohen Geistlichen als einer Art Oberhaus und aus gewählten Abgeordneten der niederen Geistlichkeit, der Kaufleute, der Städte, der Kosaken als einer Art Unterhaus bestehend, zwischen dem Regierungantritt Iwans des Schrecklichen und dem Peters des Großen, also zwischen 1533 und 1689, nicht weniger als

32mal getagt und nicht bloß eine beratende, sondern eine beschließende Stimme gehabt hatte. „Die besten und verständigsten Leute" wurden in einem amtlichen Schriftstück seine Mitglieder 1613 genannt, in welchem Jahr der Semski Sobor sogar das Recht der Wahl eines Zaren (nach dem Erlöschen des Hauses Rurik) ausgeübt hat. Der damals erwählte **Michael Románow** ward ausdrücklich verpflichtet auch künftig bei wichtigen Dingen, so bei Entscheidung über Krieg und Frieden, die Landesversammlung zu befragen. Peter der Große (1689—1725) hat den Semski Sobor in Abgang kommen lassen; aber die mit freisinnigen Ideen gern kokettierende Kaiserin Katharina II. berief 1767 wieder eine solche Versammlung, welche freilich durch wilde Zänkereien und Mangel an politischer Fähigkeit sich selbst um allen Kredit brachte. Nach Herstellung der Volksvertretung verlangte nunmehr das ganze fortschrittliche Rußland, obwohl der bekannte Philosoph und Dichter Graf Leo Tolstoi (1828—1910) in seinem Abscheu vor aller modernen „Pseudokultur" mahnte, man solle bedenken, daß im europäischen Westen die Einführung der Verfassungen nur die Zahl derer, welche sich am Volk bereichern, vermehrt, die Ausbeutung das Volks selbst aber nicht vermindert habe, und solle also den einzig richtigen Weg einschlagen: Rückkehr zu einfachen Verhältnissen, zum Ackerbau, Abstoßung der sogenannten Zivilisation und jeder Regierung! Das Landvolk litt seit dem Anfang der 90er Jahre infolge drückender Steuern, schlechter Ernten und veralteter Wirtschaft bitteren Hunger (statt 330 kg Korn jährlich auf den Kopf wurden 1895 z. B. nur 240 erzeugt), und seine Not steigerte sich durch den Krieg, der alles verteuerte und die Zahl der Arbeiter sehr verminderte, ins Unerträgliche. So machten sich, dem alten Herkommen gemäß, das dem russischen Volk das Recht gewährte jederzeit seine Anliegen persönlich vor den Zaren zu bringen, am 22. Januar 1905 („dem roten Sonntag") etwa 9000 Menschen unter Führung des Priesters **Gapon** (der später freilich sich von der Regierung kaufen ließ und deshalb von den Revolutionären ermordet wurde) in St. Petersburg auf den Weg, um dem Zaren im Winterpalast ihre Not zu klagen. An der über die Newa führenden Troitzkibrücke wurden sie aber, da sie ihren Vormarsch einzustellen sich weigerten und ungebärdig johlten und schrieen, von dem dort aufgestellten Fußvolk unter dem Befehl des Großfürsten Wladimir, eines Oheims des Zaren, mit drei Salven beschossen, wodurch nach amtlichen Angaben 96 Menschen getötet und 233 verwundet wurden; das Bild des Zaren, das dem Volk vorangetragen wurde,

ward durch Kugeln durchlöchert. Nach den glaubwürdigen Angaben des Berichterstatters des Temps, der die Spitäler besuchte, wurden bei den Salven und der nachfolgenden Sprengung des Zuges durch Fußvolk und Kosaken sogar 2195 Menschen, darunter auch Frauen und Kinder, getötet oder tödlich verwundet. Fürst Mirski ward nun entlassen und durch den Reaktionär Bulygin ersetzt. Die Antwort auf das Gemetzel vom 22. Januar erfolgte am 17. Febr. 1905, wo der harte Großfürst Sergius bei einer Ausfahrt in der Nähe des Justizpalastes zu Moskau durch eine Bombe in Stücke gerissen wurde. Nun lenkte der Zar ein und verhieß am 3. März 1905 unter Anklang an die alte Formel von 1613 die Berufung würdigster, des Vertrauens werter, vom Volke gewählter Männer zur Beratung der Gesetzesvorlagen; er erklärte sich also bereit das selbstherrliche Regiment wenigstens so weit abzuändern, daß er eine beratende Landesversammlung (Duma) zugestand. Die Elemente, die von dem Abweichen von der Selbstherrschaft nichts wissen wollten, vielmehr in ihr das Bollwerk des echt russischen, von dem verseuchten Abendland abgekehrten Wesens erblickten, schlossen sich sofort zu dem antirevolutionären „Bund russischer Leute“ zusammen. Die fortgesetzten Niederlagen im Osten (wo am 10. März Mukden in die Hände der Japaner fiel) trugen zu der entscheidenden Wendung des 3. März sehr viel bei, und ebenso der Rat Kaiser Wilhelms II., der am 20. August dem Zaren zu dem Entschluß die Duma bald zu berufen „die wärmsten Glückwünsche“ sandte, als „zu einem großen Schritt nach vorwärts in der Entwicklung Rußlands“ (S. 18). Damals war es, daß der Kaiser dem Zaren riet die japanischen Friedensvorschläge der Duma zu unterbreiten. „Ich würde an Deiner Statt nicht diese erste und günstigste Gelegenheit vorübergehen lassen mit dem Empfinden und Wollen Deines Landes in Bezug auf Krieg und Frieden Fühlung gewinnen, indem Du dem russischen Volk die lange gewünschte Möglichkeit gibst die Entscheidung über seine Zukunft selbst zu treffen oder an dieser Entscheidung teilzunehmen, wo es ein politisches Recht hat. Du würdest auch der Duma sogleich eine gute Gelegenheit geben zu arbeiten, zu zeigen, was sie vermag.“ Da der Zar aber am 19. August das aktive Wahlrecht zu dieser „Duma“ an den Grundbesitz band, wodurch alle in den Städten zur Miete Wohnenden ausgeschlossen wurden, und die Städte von 412 Abgeordneten nur 28 erhalten sollten, so brach, in Szene gesetzt von der in Rußland gut organisierten sozialdemokratischen Partei, aber unterstützt auch von den gebildeten

Schichten, ein allgemeiner Streik aus. Die Eisenbahnbediensteten, die Post- und Telegraphenbeamten stellten bis nach Irkutsk in Sibirien ihren Dienst ein; St. Petersburg war Tage lang ohne Gas und ohne Elektrizität; selbst die sog. „Intelligenz“, d. h. die Ärzte, die Apotheker, die Advokaten, die Beamten, die Stadtverwaltungen, die Semstwa, die Friedensrichter streikten; endlich schlossen sich sogar die Beamten des Finanzministeriums dem Ausstand an. Die Bauern nahmen dem Adel vielfach seine Kornvorräte, um sich satt zu essen, mit Gewalt weg und plünderten die Schlösser; in Estland, Livland und Kurland erhob sich die alteinheimische Bevölkerung gegen die deutschen Edelleute und Pfarrer, überhaupt gegen die gesamte höhere Schicht, und zahlreiche verbrannte und verwüstete Edel- und Pfarrhöfe, deren Inhaber zum Teil ermordet wurden, gaben Zeugnis von dem wilden Fanatismus einer zugleich nationalen und proletarisch-sozialistischen Bewegung, welche die alte deutsche Kultur der baltischen Provinzen mit dem Untergang bedrohte.

Zar Nikolaus erließ unter diesen Umständen zuvörderst auf den Rat des namentlich in Finanzsachen vielgewandten, seit Portsmouth (S. 19) zum Grafen und Ministerpräsidenten erhobenen Staatsmannes Sergius Witte, der mit seiner herkulischen Gestalt und seinen bäurisch-gewaltsamen Manieren den äußerlich unscheinbaren und schüchternen Zaren ganz beherrschte, das Manifest vom 17. Oktober nach dem russischen (= 30. Oktober nach dem gregorianischen) Kalender, worin er 1. die Grundlagen der bürgerlichen Freiheit (Sicherheit der Person, Gewissensfreiheit, Freiheit der Rede, der Schrift und der Vereinsbildung) gewährte, 2. den am 19. August vom Wahlrecht ausgeschlossenen Klassen das Recht indirekter Wahl zugestand und 3. der Duma das Recht verlieh, daß künftig ohne ihre Zustimmung kein Gesetz verkündet werden sollte; damit erhielt sie statt einer bloß beratenden Stimme eine beschließende. Im Zusammenhang mit diesem Manifest wurden die gewaltsamen Maßregeln gegen die nichtrussischen Nationalitäten, besonders gegen die baltischen Deutschen und die Finen, zurückgezogen; es erstanden in Livland wieder deutsche Schulen, und der finische Landtag zu Helsingfors übte wieder die gesetzgebende Befugnis aus. In Polen gewann eine demokratische Strömung, welche mit den russischen Demokraten Hand in Hand ging, über den Adel die Oberhand, und eine Versammlung aller Semstwa-Mitglieder und städtischen Räte in Moskau vom 23. November sprach sich für die volle

Autonomie Polens aus; „Kreml und Praga sollen sich die Hand reichen". Außer diesen Zugeständnissen wandte der Zar aber zweitens auch die ihm zur Verfügung stehenden Gewaltmittel an, was um so notwendiger war, als die Anarchie bereits auch Heer und Flotte ergriff; die Seeleute von Kronstadt und Odessa erhoben offenen Aufruhr und verübten zum Teil entsetzliche Greuel. Mit militärischer Gewalt, wobei die Treue des altberühmten Garderegiments Semenow hell erstrahlte, wurden in Moskau an Weihnachten die aufrührerischen Arbeiter von der Richtung der „Bolschewiki", der „Maximalisten", niedergeschlagen, deren Absicht unmittelbar auf Durchsetzung der Höchstforderungen des Sozialismus, also auf soziale Revolution und den Sturz des bereits wankenden Herrscherhauses zu Gunsten der sozialen Republik gerichtet war; sie hatten das Übergewicht erlangt über die gemäßigtere Richtung der „Menschewiki", der „Minimalisten". Die Staatsgewalt siegte auch in den großen polnischen Industriestädten Warschau und Lodz und über die 17000 Arbeiter der Kohlengruben von Sosnowice, wo überall Mord und Gewalttaten gegen die Fabrikanten und Aufseher und gegen die Organe der Regierung an der Tagesordnung gewesen waren. Auch in den Ostseeprovinzen schritt der Staat endlich mit Nachdruck gegen die Mörder und Brandstifter ein und stellte die Ordnung wieder notdürftig her. Naturgemäß begann nun die Reaktion; die Besitzenden und die Gebildeten waren durch den Ausbruch der revolutionären Leidenschaften eingeschüchtert und durch das Versprechen einer beschließenden Volksvertretung befriedigt. Der Umschwung trat zu Tage durch den Sturz des Urhebers des Manifests vom 17. Oktober, des Grafen Witte (5. Mai 1906), dem Konservative und Liberale gleichmäßig mißtrauten, und durch die Ernennung des reaktionären Staatsmanns Goremykin zum Haupt der Regierung; unter ihm bekleidete der brutale Durnowo das jetzt wichtigste der Ministerien, das des Innern, zu dem die Leitung der Polizei gehörte. Die Reaktion hätte nicht übel Lust gehabt mit dem ganzen liberalen Anlauf Schluß zu machen; aber die Rücksicht auf das Ausland und besonders das ausländische Kapital, das in einer Verfassung eine Bürgschaft seiner Sicherheit sah, verhinderte diesen äußersten Schritt. „Man brauchte, sagt Johannes Haller, wenigstens eine täuschende Fassade."

Demgemäß wurden zu Anfang 1906 die Wahlen zur Duma auf den April ausgeschrieben, aber vor deren Zusammentritt die Reichsgrundgesetze am 9. Mai vom Zaren bestätigt, wonach neben der auf

je 5 Jahre zu wählenden Duma ein hälftig ernannter, hälftig vom Adel, den Universitäten und den Semstwa gewählter Reichsrat mit gleichem Recht stehen und beide Körperschaften die Initiative, das Interpellationsrecht und (im Verein mit der Krone) die Gesetzgebung ausüben sollten. Zur Gesetzgebung gehörte auch die Beschlußfassung über den Staatshaushalt, der 1910 etwa 2600 Millionen Rubel Ausgaben und Einnahmen aufwies; ein Viertel davon, die Ausgaben für die Staatsschuld, für das kaiserliche Haus und für besondere Fälle (10 Millionen) wurden der Beschlußfassung des Parlaments entzogen. Die Reichsratsmitglieder erhielten 25 Rubel Tagegeld, die Dumaabgeordneten 10. Ausdrücklich erklärte der Zar, daß die Grundgesetze der Zuständigkeit der Duma nicht unterworfen sein sollten. Die Verfassung war damit als Ausfluß des selbstherrlichen Willens des Zaren charakterisiert und der Duma die Bedeutung einer verfassunggebenden Versammlung entzogen. Die Wahlen wurden in der Weise vorgenommen, daß jede der 51 Provinzen und 26 große Städte je einen Wahlkreis bildeten. Innerhalb dieses Wahlkreises wählten die Bauern (Muschiks), die nichtbäuerlichen Grundbesitzer und die Städter (von diesen die, welche ein Haus besaßen oder eine Mietswohnung im Wert von 2400 Mark inne hatten) in gesonderten Abstimmungen je eine Anzahl Wahlmänner, welche dann zu Körperschaften von 65—195, also durchschnittlich 130 Köpfen zusammentraten und mit einfacher Mehrheit die Abgeordneten der Provinz, bezw. der Städte wählten. Da die Regierung auf die konservative Gesinnung der Bauern rechnen zu können glaubte, so erhielten die Bauern die ausschlaggebende Stellung; z. B. hatten sie in der Wahlversammlung der Provinz Pensa 47, die nichtbäuerlichen Grundbesitzer, welche im allgemeinen als liberal galten, nur 28 Sitze. Die Wahlen erstreckten sich auf alle dem Zaren unterstehenden Länder in Europa und Asien; nur Finland nahm als selbständiges Land mit eigenem Parlament nicht daran teil. Bei diesen Wahlen, wobei z. B. in St. Petersburg 148000 Wähler vorhanden waren, siegte die Linke weitaus; namentlich erlangten die sogenannten konstitutionellen Demokraten, welche man nach ihren Anfangsbuchstaben K. D. Kadetten nannte, verhältnismäßig die meisten Sitze, von insgesamt 524 etwa 197, und sie stellten deshalb auch in der Person des Professors Muromzew den Präsidenten der Duma. Ihr Ideal war die belgische Verfassung, gemäß deren „der König herrscht, aber nicht regiert“, dies vielmehr dem aus der Mehrheit des Unterhauses hervorgehenden Ministerium überläßt.

Die Eröffnung der Duma geschah am 10. Mai 1906 im St. Georgsaal des Winterpalastes zu St. Petersburg, und der Zar las mit kräftiger, im Saal widerhallender Stimme eine warme Erklärung vor, welche „die besten Männer Rußlands" zu gemeinsamer Arbeit am Wohl des Vaterlandes einlud und betonte, daß zum Heile Rußlands die Ordnung ebenso notwendig sei als die Freiheit. Die Hoffnung des Zaren, daß die Versammlung in politischer Weisheit einträchtig mit der Regierung zusammenarbeiten werde, erfüllte sich aber nicht. Einerseits beging die Regierung schwere Fehler, indem sie oft eine kräftige Hand vermissen ließ; als z. B. in Bialystok die Erbitterung des russischen Volkes gegen die des Wuchers und der Schürung jeder Revolution beschuldigten Juden am 14. Juni zu einer Judenverfolgung (Pogrom) und zur Plünderung von 169 Judenhäusern und Tötung von 75 Juden führte, tat die Regierung dem nicht entschieden Einhalt; Durnowo ließ auch durch sog. Lockspitzel revolutionäre Ausschreitungen verüben, welche dann der Regierung anscheinend Pflicht und Recht zu gewaltsamem Vorgehen gaben. Der stark reaktionäre Einschlag des Ministeriums verhinderte, daß die Kadetten sich nach rechts entwickelten und mit dem Großteil der „Oktobristen", welche sich ganz auf den Boden des Manifestes vom 17./30. Oktober stellten, zu einem gemäßigten Zentrum sich zusammenschlossen. Dieser Zusammenschluß ward auch dadurch verhindert, daß die Oktobristen im Wesentlichen gegen die „Fremdvölker" national unduldsam waren, während die Kadetten sich nicht abgeneigt zeigten den Fremdvölkern eine gewisse Freiheit der Bewegung zuzugestehen. Fehlte so die Regierung mannigfach, so ließ andrerseits es die große Mehrheit der Duma an aller schuldigen und von der einfachsten Klugheit und dem einfachsten Anstand gebotenen Rücksicht auf das Staatsoberhaupt fehlen, dem nicht einmal ein schlichter Dank für seinen Entschluß zur verfassungsmäßigen Gestaltung des Staatswesens ausgesprochen wurde, und die Adresse der Versammlung an den Zaren vom 18. Mai verlangte allgemeine Amnestie (so daß selbst die offenbaren politischen Verbrecher und die Bank- und Kassenräuber, deren Zahl Legion war, begnadigt werden sollten), allgemeines Stimmrecht selbst der Frauen, ein parlamentarisches Ministerium, Ministerverantwortlichkeit, Abschaffung der Todesstrafe, Arbeiterfürsorge und endlich Verteilung der Kirchen-, Kloster- und Krongüter unter die Bauern, denen die vier 1861 bei der Bauernbefreiung ihnen auf den Kopf zugeteilten Dessjätinen Land (zu 1,09 ha) bei ihrer seither beträchtlich gestiegenen Kopfzahl

nicht mehr genügten. Es war die peinlichste Überraschung, welche die Regierung treffen konnte, daß die Bauern sich als nicht konservativ, sondern als revolutionär entpuppten, im Sommer 1906 durch eine „russische Jacquerie", wie man in Erinnerung an die französischen Vorgänge von 1358 gesagt hat, 3000 Adelshöfe greulich verwüsteten und kurzerhand ein kommunistisches Landprogramm aufstellten. Die verlangten radikalen Reformen mit einem Schlage zuzugestehen war keiner besonnenen Regierung möglich; sie paßten schon von vornherein nicht zu dem dermaligen Kulturstand des Volkes, von dem 70% der Männer, 90% der Frauen weder lesen noch schreiben konnten. Seit durch das Eintreffen der 29 kaukasischen Abgeordneten die sozialdemokratische Partei noch verstärkt war und man den Ministern Schimpfworte wie Räuber und Mörder ins Gesicht schleuderte, war die Aussicht auf eine allmähliche Befestigung der Verhältnisse noch geringer geworden, und so entschloß sich der Zar die Duma am 21. Juli 1906 aufzulösen. Ein Teil der Abgeordneten begab sich nach Wiborg in Finland und forderte von da in einem Aufruf zur Steuer- und Rekrutenverweigerung auf, da die Regierung mit der Auflösung die Bahn des Gesetzes verlassen habe: was eine völlig unhaltbare Behauptung war. Der Aufruf blieb aber ohne Widerhall in den Massen, und Graf Leo Tolstoi, der freilich dem ganzen aus Westeuropa übernommenen Parlamentarismus abhold war, faßte sein Urteil über die erste Duma in die Worte zusammen: „Sie rief drei Eindrücke hervor, einen komischen, einen empörenden und einen ekelhaften".

Die Neuwahlen zur zweiten Duma sollte der nunmehr an die Spitze der Regierung berufene Präfekt von Saratow, Stolypin (1863—1911) leiten, ein ehrenhafter, selbst in den radikalen Kreisen der Duma geachteter Mann, dessen Losung Ordnung und Freiheit, keineswegs bloß Reaktion war. Obschon er gegen die Aufrührer schonungslos vorging, so begriff er doch, daß zu den vorbeugenden Maßnahmen auch aufbauende, schöpferische treten mußten; „er ist (nach Haller) die einzige Persönlichkeit von weltgeschichtlichem Schnitt in dieser Bewegung." Am 25. August wurde am Schluß seiner Sprechstunde in seiner Villa zu St. Petersburg eine Bombe zum Platzen gebracht, wodurch 30 Personen getötet und 20 verwundet wurden; Stolypins 15jähriger Tochter wurden beide Beine zerschmettert, seinem Sohn der Hüftknochen gebrochen; er selbst blieb unverletzt. Kein Wunder, daß der tückische und barbarische Mordanschlag der russischen

Revolution alle Sympathien rechtlich denkender Menschen in der ganzen Welt raubte. Natürlich ging die Regierung nun gegen diese Bande von Mördern rücksichtslos vor; in St. Petersburg allein wurden über 1000 Menschen verhaftet, und Feldgerichte verurteilten jeden ergriffenen Verbrecher — es waren deren etwa 2000 — zu sofortigem Tod; über etwa 21000 Menschen wurde Gefängnis, Zwangsarbeit, Abschub nach Sibirien verhängt. Stolypin sah aber vor allem als notwendig an die Bauern zu befriedigen und sie zu konservativer Gesinnung zurückzuführen; deshalb erschien am 9. September 1906 ein Ukas, nach dem die Bauernbank 2 Millionen Dessjätinen Kronland zu einem geringen Preis an die Bauern abgeben und weitere 6 Millionen Dessjätinen Staats- und Adelsland (insgesamt besaß der Adel noch 57 Millionen) an die Bauern verkauft werden sollten; so hoffte der Minister den „Landhunger" der Bauern zu stillen und sie wie in den andern Staaten zu einem konservativen Element des Staatslebens zu machen. Der Adel, der nicht einfach seines Eigentums beraubt, sondern für das abzugebende Land vom Staat entsprechend bezahlt wurde, war mit der Reform einverstanden. Noch wichtiger war es, daß auf Stolypins Betreiben den Bauern im Oktober 1906 freie Berufswahl und am 9. November die Möglichkeit verliehen wurde, aus dem „Mir", der Dorfgemeinschaft, auszutreten und Eigenbesitz zu gründen. „Es war das größte Werk der Gesetzgebung, das Europa seit den Tagen des Freiherrn v. Stein gesehen hat, an Größe und Kühnheit des Entschlusses sogar die deutsche Arbeiterversicherung weit überragend" (Haller).

Da das 1905 gewährte Wahlrecht beibehalten wurde, so war die zweite am 5. März 1907 berufene Duma in ihrer Mehrheit wieder radikal; ja die äußerste Linke kehrte verstärkt zurück. Aber auch auf der rechten Seite gab es in der Versammlung nunmehr über die Oktobristen hinaus eine äußerste Rechte, die Männer vom „Verein russischer Leute" oder, wie sie sich auch nannten, vom Verein des russischen Volks; diese waren fanatische russische Nationalisten, Feinde der Gleichberechtigung aller Stämme und Feinde jeder Art von Beschränkung der Selbstherrschaft des Zaren, also Schüler Pobjedonoszews (der indes angesichts der Zeitströmung 1905 in Gnaden entlassen worden war und 1907 starb). Das geistige Durchschnittsmaß der Versammlung war, da viele hervorragende Mitglieder der ersten Duma wegen des Wiborger Aufrufs unter gerichtlicher Anklage standen und deshalb nicht wählbar gewesen waren, ein sehr tiefes; 300 Abgeordnete

konnten nicht lesen und nicht schreiben. Die Kadetten rückten allmählich nach rechts ab (da sonst nichts Gedeihliches zu erwarten war), aber nicht so weit, daß sie offen von dem sog. „Terror“ der Bombenwerfer sich loszusagen wagten, in dem sie bezeichnenderweise ein gewisses Gegengift gegen den Absolutismus sahen. Stolypin kam zur Erkenntnis, daß auch mit dieser Duma ein Auskommen unmöglich sei; er entschloß sich also sich ihrer zu entledigen und dann das Wahlrecht zu ändern. Die Gelegenheit bot sich dadurch, daß die Polizei einen Mordanschlag gegen den Zaren entdeckte. Nun forderte die Regierung am 14. Juni 1907 von der Duma die Erlaubnis sofort 16 an der Verschwörung angeblich beteiligte sozialdemokratische Abgeordnete verhaften und gegen 39 weitere gerichtlich vorgehen zu dürfen. Die Prüfung dieses Verlangens wurde einem Ausschuß überwiesen, und dieser beantragte die Erlaubnis nicht schlechtweg für alle 55 Abgeordnete zu erteilen, sondern für jeden Fall einzeln die Vorbringung von Beweisen zu fordern. Ehe die Duma selbst einen Beschluß fassen konnte, wurde sie in der Voraussicht, wie dieser Beschluß ausfallen würde, am 16. Juni 1907 ebenfalls aufgelöst, da sie den Staat nicht befestigt, sondern unterwühlt habe. Die Neuwahlen sollten nun laut Ukas des Zaren vom 14. September nach einer anderen Wahlart stattfinden. Zwar sollten alle, welche das Wahlrecht besessen hatten, es auch künftig ausüben; aber „man drehte den Rock, wie ein französischer Bericht es ausdrückt, einfach um“ und spielte die ausschlaggebende Stellung in den Provinzialwahlversammlungen, welche nach dem Wahlgesetz von 1905 die Bauern gehabt hatten, nun, da der Muschik das in ihn gesetzte Vertrauen so schnöd enttäuscht hatte, den nichtbäuerlichen Grundbesitzern in die Hand, deren Liberalismus unter dem Eindruck der inzwischen gemachten Erfahrungen sich sehr abgekühlt hatte. In der Provinz Pensa z. B. (S. 37) erhielten die Muschiks statt ihrer bisherigen 47 Stimmen nur noch 27, die andern Grundbesitzer 41 statt 28, womit das Wahlergebnis ganz in ihre Hand gelegt war. Von den 26 städtischen Wahlkreisen wurden 20 einfach mit der Provinz zusammengeworfen, in dem die betreffende Stadt lag; nur 6 blieben bestehen (St. Petersburg, Moskau, Warschau, Kiew, Riga, Odessa). Weiter bekam der Minister des Innern das Recht die Wähler nach Nationalitäten oder Berufen einzuteilen und für sie die Zahl der Wahlmänner festzusetzen. Von 5161 Wahlmännern entfielen somit auf die Großgrundbesitzer 2618 (also 37 über die Hälfte der Gesamtzahl), die Bauern 1113, die Bürger erster und zweiter Klasse 714

und 570, die Arbeiter 112, die Kosaken 34. Infolge der dem Minister des Innern eingeräumten Vollmacht konnte in der Provinz Minsk, welche bisher 8 Polen gewählt hatte, nicht ein einziger mehr durchkommen. Polen erhielt überhaupt statt 36 Abgeordneten nur noch 14, wovon 2 Russen sein mußten (für Kowno und Wilna); der sozialistische Kaukasus ward von 29 auf 10 Mandate herabgesetzt, Russisch-Asien auf 15; die Ukraine, deren Bewohner zu $^4/_5$ Bauern waren, verlor, da die Bauern gegen die Großgrundbesitzer nicht mehr aufkamen, alle ihre 60 bäuerlichen Abgeordneten. Eben dies wollte Stolypin; er wollte die Bauern sozial befriedigen, politisch mindestens vorerst sie ausschalten, und durch Entflammung des großrussischen Nationalfanatismus die liberalen und demokratischen Bestrebungen überwinden. Es galt eine zu fast $^{10}/_{11}$ nationalrussische Duma zu schaffen. Die Zahl der Abgeordneten ging von 491 auf 444 zurück. Die Wahlen, welche am 27. Oktober unter sehr schwacher Anteilnahme vollzogen wurden, ergaben ein ganz anderes Bild als die früheren. Die äußerste absolutistische und nationalistische Rechte, der „Verein der russischen Leute" unter Markow und Purischkewitsch, zählte 195 Mann, die gemäßigten Oktobristen 128; die Linke sank auf 83, worunter 41 Kadetten und 14 Sozialdemokraten sich befanden. Die Oktobristen waren in die beherrschende Stellung eingerückt; sie konnten entweder für die Rechte oder für die Linke den Ausschlag geben; aus ihren Reihen ging am 14. November der Präsident Chomjakow hervor, der aber im März 1910 wegen allzu großer Rücksicht auf die Linke durch seinen Fraktionsgenossen Gutschkow ersetzt wurde. Die baltischen Deutschen, in der ersten und zweiten Duma ohne Vertretung, hatten in die dritte 7 Abgeordnete durchgesetzt; einer der ihren, Baron Meyendorff, erhielt die Stelle eines Vizepräsidenten. Die dritte Duma erwies sich weit arbeitsfähiger als die beiden ersten; sie gab der Änderung des Wahlrechts ihre Zustimmung, vollzog eine regelmäßige Durchberatung des Staatshaushalts und bewilligte am 14. April 1908 die Summe von 264 Millionen Rubel für die Amurbahn, welche nach dem Verlust der mandschurischen Bahn für die Verbindung Wladiwostok mit Petersburg unentbehrlich war. Dagegen lehnte sie zweimal die für den Neubau der Flotte geforderten Summen ab, mit der Begründung, daß vorher das Marineministerium, dessen nachlässige Überwachung durch den Großfürsten Alexis an dem Unheil von Tsuschima schuld war, von Grund aus reformiert werden müsse. Das Parlament erreichte auch 1911 eine andere Besetzung des Marineministeriums, worauf am 19. Juni 1912 die Vor-

lage über den Neubau der Flotte (abzüglich von 71 Millionen für den Ausbau der Häfen) „zur Sicherung der Interessen und der Würde Rußlands“ bewilligt wurde. Ferner schuf die dritte Duma ein Pachtgesetz, das den Erwerb von Land erleichtern sollte, und gab den Gemeinden ein neues Wahlrecht. Im Dezember 1908 begann das Parlament die Beratung des Agrargesetzes, welches in Ausgestaltung des Erlasses vom 9. November 1906 die Umwandlung des Gemeindebesitzes (Mir) in Einzelbesitz vorschlug; es gelte, so erklärte Stolypin, die wirtschaftlichen Kräfte des Bauernstandes freizumachen, das lebendige Interesse, das nur eigener Besitz erweckt, zu entwickeln. Auf dieser Grundlage kam auch Ende 1910 ein Gesetz zustande, das die Feldbereinigung, d. h. die Zusammenlegung der von den einzelnen bebauten Grundstücke, ermöglichte; dadurch wurde eine zweckmäßige Art der Wirtschaft in die Wege geleitet, und man kam so dem Hauptziel, der völligen Umwandlung des Gemeindelandes in Einzelbesitz, näher. Von der Möglichkeit allein zu wirtschaften machten bis 1. April 1915 von 11½ Millionen in Betracht kommenden Bauern 5,8 Millionen, also die Hälfte, Gebrauch, und zwar war die Einzelwirtschaft bei 2,5 Millionen schon durchgeführt, bei 3,3 Millionen in der Ausführung begriffen. Die Freude am Eigentum übte ihre Wirkung: der Einzelbesitz ward häufiger und besser angebaut; während 1900 nur gegen 79 Millionen Dessjätinen mit Korn und Gemüse angebaut waren, belief sich die Zahl 1910 auf über 89 Millionen. Wahrlich, wenn man die steigende wirtschaftliche Kraft Rußlands und seine Volksvermehrung um 1,7% jährlich (bei 50 Geburten auf 1000 Menschen) betrachtete, so war es verständlich, wenn man es „den werdenden Riesen“ nannte. Stolypin wurde durch das Anwachsen der nationalistischen Strömung im Lande und in der Duma mit fortgerissen und legte 1910 der Duma ein Gesetz vor, welches zwar die Semstwoverfassung in sechs von den neun westlichen Provinzen (in dem litauischen und klein- oder weißrussischen Podolien, in Kiew, Wolhynien, Minsk, Mohilew, Witebsk, nicht aber in den überwiegend polnischen Grodno, Wilna und Kowno) einführte und insofern einen liberalen Anstich hatte. Da aber in diesen Provinzen der Großgrundbesitz, der nach dem Gesetz von 1864 einen großen Teil der Semstwo-Mandate zu besetzen hatte, in den Händen der polnischen Aristokratie war, so bestimmte die Vorlage, daß nur ein Teil der Mandate, auf 24 nur 4, polnisch besetzt sein dürften. Damit wurde auch verhütet, daß die neuen Semstwa, von denen nach der Verfas-

sung jede einen Abgeordneten in den Reichsrat entsandte, nur Polen wählten. Die Duma nahm das Gesetz an, um das russische Element im Westen zu kräftigen; der Reichsrat aber, dessen Mehrheit von dem brutalen Nationalismus nichts wissen wollte, verwarf es am 23. Mai 1911 mit 134 gegen 23 Stimmen. Darauf bediente sich Stolypin des Artikels 87 der Verfassung, der erlaubte während einer Vertagung der Kammern Gesetze einstweilen in Kraft zu setzen, vorbehältlich, daß binnen zwei Monaten die Unterbreitung solcher Gesetze an die Kammern erfolgen müsse. Da eine Vertagung gewöhnlicher Art aber nicht vorlag, so vertagte Stolypin die Kammer besonders zu diesem Zweck vom 25. bis 28. März und setzte in diesen Tagen das Gesetz in vorläufige Geltung. Der Zar lieh ihm nach einigem Schwanken dabei seinen Rückhalt, und obwohl der Reichsrat am 14. April mit 99 gegen 53 Stimmen und die Duma am 11. Mai mit 202 gegen 82 das Verfahren des Ministers ausdrücklich als gesetzwidrig verwarfen, so blieb Stolypin doch im Amt. Er erklärte am 11. März: darin, daß der Zar den patriotischen Beschluß der Duma über die Semstwa im Gegensatz zum Reichsrat aufrecht erhalte, liege eine Befestigung, nicht eine Schwächung der Duma. Allein der Eindruck blieb doch, daß mit einer so willkürlichen Anwendung des Artikels 87 der Absolutismus wiederkehre und die Regierung jederzeit Gesetze vorläufig in Kraft setzen könne, deren Wiederaufhebung, wenn auch an sich vorbehalten, doch in der Praxis recht schwierig sich gestalten würde. Stolypin galt der Linken jetzt als Abtrünniger; der hohen Bürokratie war er durch seine rücksichtslose Tatkraft unerträglich, und am 4. September 1911 wurde er im Theater zu Kiew, wohin er den Zaren begleitet hatte, von einem Polizeispitzel Bogrow zweimal angeschossen und starb am 18. September. Es heißt, daß Bogrow zu seiner Tat von dem Ministergehilfen Kurlow angestiftet war — jedenfalls ein Verdacht, der auf die inneren Zustände in der Regierung ein grelles Licht wirft. Sein Nachfolger wurde der gewandte Finanzminister Kokowzow, der am 3. März 1912 mit Stolz verkündete, daß das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen seit 1910 hergestellt sei, der Überschuß der zweiten über die ersten 54 Millionen Rubel betrage und mit einem regelmäßigen Anwachsen der Einnahmen um jährlich 3½% gerechnet werden könne. Ein volles Viertel aller Einnahmen aber stammte aus dem staatlichen Branntweinmonopol, was wirtschaftlich und sittlich schwere Bedenken hervorrief.

In der vierten, im November 1912 gewählten Duma hatte die

Rechte auch nicht die Mehrheit, so daß ein Oktobrist Rodzianko zum Präsidenten erkoren wurde und die Möglichkeit eines maßvollen Fortschritts vorhanden gewesen wäre. Aber Kokowzow vermochte den in den Regierungskreisen und in der Partei der nationalistischen „russischen Leute" sich kundgebenden Widerstand nicht zu überwinden und hatte schließlich weder rechts noch links mehr eine Stütze. Im Reichsrat wurde er vom Grafen Witte wegen der erwähnten Ausnutzung des Branntweinmonopols zum Zweck reicher Einnahmen scharf angegriffen, wozu gerade Witte's Berechtigung freilich zweifelhaft war, und so fiel er beim Zaren in Ungnade. Am 12. Februar 1914 erhielt er seine Entlassung, und sein Nachfolger im Vorsitz des Ministeriums Goremykin wurde vom Zaren angewiesen dafür zu sorgen, daß die Armut und die wirtschaftliche Zerrüttung, die unvermeidlichen Folgen der Trunksucht, energisch bekämpft und die Einnahmen aus den unerschöpflichen Reichtümern des Landes und der Werte schaffenden Arbeit des Volkes gewonnen würden — ein schönes Ziel, das aber durch bloße Worte nicht erreicht wurde.

Die Verhältnisse in Finland wurden dadurch erschwert, daß bei den nach dem allgemeinen Wahlrecht vorgenommenen Landtagswahlen vom März 1907 die Sozialdemokraten von 200 Abgeordnetensitzen 80 erlangten; darunter waren 9 Frauen (im ganzen 19 weibliche Abgeordnete). Der Zar hatte den Eindruck, daß die Gewährung der Freiheit der Revolution den Weg ebne; der Landtag ward deshalb am 6. April 1908 aufgelöst, aber ohne Erfolg. Die Sozialisten wuchsen auf 83 Mann an; die 117 übrigen Sitze verteilten sich auf Altfinen (50), Jungfanen (24, von radikaler Haltung), Schweden (30), Agrarier (8), christliche Arbeiterpartei (4). Der neue Landtag verwilligte indessen 2½ Millionen Rubel für die Herstellung der von Rußland gewünschten Verbindung des finischen und russischen Eisenbahnnetzes, um wenigstens auf unpolitischem Gebiet der Regierung Entgegenkommen zu zeigen. Im Juli 1908 verfügte das russische Ministerium, daß alle gemeinsamen Angelegenheiten Rußlands und Finlands — ein sehr dehnbarer Begriff — vom russischen Ministerrat geprüft werden sollten, ehe sie dem Landtag vorgelegt würden. Hiegegen legte der Landtag Einsprache ein, da der Beschluß die Selbständigkeit Finlands untergrabe, und ward deswegen am 22. Februar 1909 ebenfalls aufgelöst. Die Neuwahlen vom 1. Mai 1909 ergaben dieselbe Zusammensetzung des Landtags, worauf die Duma am 10. Juni 1910 das Gesetz annahm, welches dem finischen Landtag bloß noch die provinziellen

Angelegenheiten überließ, alle Rußland und Finland gemeinsamen Dinge aber, als welche Heerwesen, Post, Telegraphie, Presse, Vereinswesen namhaft gemacht wurden, der Reichsgesetzgebung zuwies. Demzufolge sollte Finland künftig zur Duma, an der es bisher keinen Teil genommen hatte (S. 37) 4, zum Reichsrat 1 Abgeordneten entsenden. Der brutale Nationalist Purischkewitsch rief höhnend aus: Finis Finlandiae! Der Landtag legte gegen das am 13. Juni auch vom Reichsrat unter starkem Druck von oben angenommene, vom Zaren Nikolaus II. am 4. Juli unterzeichnete Gesetz am 23. September feierlich Einsprache ein und wurde am 11. Oktober 1910 abermals aufgelöst, kehrte aber in der alten Besetzung wieder. Finland ward nun nicht mehr als ein Land für sich betrachtet, und zum Ausdruck dieser Tatsache wurden die zwei Wiborger Bezirke Nykykka und Kivinebb 1911 von ihm abgetrennt und zu Rußland geschlagen. Im Dezember 1911 wurde den Russen in Finland Gleichberechtigung mit den Eingeborenen verliehen. 1913 wiederholte der Landtag am 24. Februar seinen Protest und lehnte die Vornahme der Wahlen zur Duma ab; er ward dann aufs neue aufgelöst, worauf 90 Sozialisten statt 86 gewählt wurden; die Opposition wuchs also noch an. Die russische Regierung verfolgte aber unerbittlich ihren Weg weiter; die finischen Behörden, welche die neuen Gesetze nicht anerkannten, wurden mit harten Gefängnisstrafen belegt und Maßregeln vorbereitet, die auf Einführung der russischen Sprache im amtlichen Verkehr der finischen und russischen Behörden und auf Einbeziehung Finlands ins russische Zollsystem abzielten. Während des Weltkriegs zog der russische Statthalter Seyn die Zügel noch straffer an und verschickte den früheren Landtagspräsidenten (Talmon) Swinhufvud nach dem Norden von Sibirien, 800 km über Tomsk hinaus. Die Folge war, daß bei den Wahlen vom Juli 1916 die Sozialdemokraten als schärfste Oppositionspartei 103 Sitze und damit die Mehrheit im Landtag erlangten. Die russische Revolution vom 11. März 1917 brachte dem Zarentum den Untergang und ein demokratisches Regiment in St. Petersburg. Dieses lockerte sofort den harten Druck, der auf Finland lastete, und die am 6. November 1917 siegreich gewordene Regierung der Bolschewiki gestand die völlige Trennung Finlands vom russischen Reich und die Errichtung einer unabhängigen finischen Republik zu. Diese suchte durch besondere Gesandtschaften die Anerkennung durch die Mächte nach; das deutsche Reich sprach diese Anerkennung am 4., Frankreich am 5. Januar 1918 aus, das erste unter Bezugnahme darauf, daß das

finische Volk den Wunsch der Selbständigkeit geäußert und die Zustimmung Rußlands dazu erlangt habe, mit dem Deutschland damals in Friedensverhandlungen stand. Auch die übrigen Staaten vollzogen der Reihe nach die Anerkennung. Weiteres unten.

Dreizehntes Kapitel

Die marokkanische Angelegenheit 1904—1906

Zu den Ländern, welche bei der bisherigen Aufteilung der Welt unter die europäischen Großmächte noch nicht zur Verteilung gekommen waren, gehörte das Sultanat Marokko im Nordwesten von Afrika. Es hat eine Größe von 440000 qkm, also etwa den Umfang Norddeutschlands mit Elsaß-Lothringen und Baden, und 8 Millionen Einwohner, wovon 5 Millionen einheimische Berber und 3 Millionen eingewanderte Araber sind; diese stellen in der Hauptsache die Kaufleute und Industriellen und die regierenden Schichten, die Berber die Landleute, Handwerker und Diener. Das Land ist von dem Atlas in einer Länge von 2300 km und einer Breite von 500 km durchzogen; die höchsten Spitzen des Gebirgs erheben sich bis 4500 m über das Meer. Die Gebirge und die Nähe des atlantischen Meeres verschaffen Marokko viel mehr Regen und Feuchtigkeit, als Algier und Tunis haben; wenn die Wassermassen zweckmäßig verwertet würden, so würde der größte Teil des Landes sehr fruchtbar sein, was bis jetzt nur auf einzelne Gebiete, auf sie aber in sehr hohem Maße zutrifft. Das Innere der Erde birgt allerlei mineralische Reichtümer, welche noch der Hebung harren. Das Volk ist an sich gastfreundlich, auch gegen Christen (solange sie sich harmlos verhalten), und ist nicht ohne natürlichen Verstand, auch betriebsam. Der europäischen Kultur ist Marokko noch wenig erschlossen und im Gegensatz zur Türkei und Persien, welche von dieser Kultur schon stark ergriffen sind, im wesentlichen noch rein muselmännisch. Fes, eine Stadt von etwa 150000 Seelen, mit seiner berühmten Universität Kairuin, wo der Koran gründlich studiert und erläutert wird, ist der Mittelpunkt des unverfälschten Islam; um 1900 wohnte dort kaum ein Dutzend Europäer, und Tanger (das römische Tingis) an der Straße von Gibraltar, wo der Sitz der fremden Gesandtschaften sich befand, galt deshalb in den Augen der rechtgläubigen Moslemin als die unreine „Hündin" unter den maurischen Städten. Die Herrschaft über Ma-

rokko stand dem Sultan zu, dessen Geschlecht nachweislich von Ali, dem Lieblingsjünger des Propheten, und dessen Tochter Fatime abstammt; er heißt deshalb Scharif oder Scherif (= der Erhabene, römisch Augustus). Die Autorität des Sultans, an sich bürgerlich und religiös gleich heilig, stieß doch in der Wirklichkeit bei den zahlreichen Stämmen des Landes, deren Kaids oder Oberhäupter der Sultan ernannte, oft auf Widerstand, namentlich wenn ihnen Steuern abverlangt wurden; dann sandte der Makhzên (sprich Machsên), die Regierung des Sultans, eine „Mehalla" ab, eine Truppenschar, die von einer Anzahl dem Makhzên seit Alters verpflichteter Familien bezw. Stämme gestellt wird, zur Erzwingung des Gehorsams durch Raub, Brand und Kopfabschneiden. Um 1650 glich das Land in politischeir Hinsicht den mittelalterlichen europäischen Staaten; feudale Herren, zum Teil im Besitz kirchlicher Würden, überwucherten die monarchische Gewalt so vollständig, daß das Reich in zahlreiche fast selbständige Gebiete sich auflöste. Da kam das Haus Fileli zur Herrschaft, dessen Streben darauf gerichtet war diese Entwicklung aufzuhalten, die trotzigen Vasallen zu zähmen und den Sultan von ihnen unabhängig zu machen; die Herrscher aus diesem Zweig der Scherife bestellten auch rechtzeitig aus der Schar aller Anwärter ihren Nachfolger und beugten so Thronstreitigkeiten mit ihren zersetzenden Folgen vor. Mulai Hassan (1873—94) war ein kraftvoller Herrscher, den der spanische Schriftsteller Gamazo mit dem Hohenstaufen Friedrich II. vergleicht; zum Unglück starb er, ehe er sein Werk einer monarchia Maroccana vollendet hatte. Sein Sohn Abdul Asis (geb. 1878), von einer tscherkessischen Mutter geboren, war ein stattlicher Mann, der durch englische Reisende mit einem gewissen Interesse für die europäische Zivilisation erfüllt war, Tennis spielte, sich illustrierte Zeitungen vorlesen ließ und den Wunsch äußerte alle daselbst abgebildeten Dinge auch einmal in Wirklichkeit sehen zu können; es fehlte ihm aber die Kraft des festen Willens und unbeugsamer Zähigkeit. Zu rechnen hatte er bei seinen modernen Bestrebungen vornehmlich mit dem Stand der Ulema's, der Koranausleger, welche Priester und Rechtsgelehrte in einer Person und fanatische Muselmänner und Anhänger des Alten waren, und mit den Häuptern der zahlreichen religiösen Bruderschaften, namentlich mit der von Mulai-Taieb, die unter dem Scherif von Wazzan stand. Der Sultan hatte neun Minister, unter denen 1904 der des Kriegs, Guebbas, und der des Auswärtigen, Ben Sliman, die einflußreichsten waren. Seit 1902 hatte Abdul Asis

mit einem Thronbewerber, dem Roghi Bu Hamara, und einem Abenteurer Raisuli einen inneren Krieg, der sich unter allerlei Scharmützeln und Raubzügen unentschieden hinzog; die Kraft das Feuer auszutreten besaß Abdul Asis nicht.

Bei den Vorteilen, welche im Fall der Europäisierung Marokkos zu erwarten waren, konnte es nicht ausbleiben, daß das Land allmählich Gegenstand der europäischen Einwirkung wurde; aus Deutschland z. B. liefen 1901 schon 312 Schiffe die maurischen Häfen an, und noch größer war der englische Handel. Am 3. Juli 1880 wurde in Madrid von Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, England, Italien, Spanien, den Niederlanden, Portugal, Schweden-Norwegen und den Vereinigten Staaten mit dem erwähnten Sultan Mulai Hassan ein Vertrag geschlossen, der das Schutzrecht der fremden Gesandten über ihre aus den Einheimischen genommenen Diener und Dolmetscher und deren Angehörige regelte; in Artikel 17 dieser Akte war gesagt, daß das Recht auf Meistbegünstigung allen diesen Vertrag schließenden Mächten seitens des Sultans zugestanden sei. In Deutschland faßte man diese Zusage als allgemein gültig auf, nicht bloß auf das erwähnte Schutzrecht bezüglich — was hätte sie in bezug auf dieses auch eigentlich zu bedeuten gehabt? — und man empfand deshalb die seit 1904 hervortretenden Versuche Frankreichs die Hand auf Marokko zu legen und die andern Mächte sachte hinauszudrängen als der Madrider Abkunft zuwiderlaufend. Die Vorgeschichte des deutsch-französischen Konflikts über Marokko ist noch nicht genügend aufgehellt. Sicher ist jedenfalls daß 1887 England, Italien, Österreich und Spanien jenes Bündnis zur Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes im Mittelmeer schlossen, das I 154 schon erwähnt ist. Frankreich war lange ohne Erfolg bemüht dieses Abkommen zu sprengen, wäre auch bereit gewesen an Deutschland, um diese Macht für sich zu gewinnen, einen maurischen Hafen, Casablanca oder Rabat, als Kohlenstation zu überlassen. Erst als anläßlich der Haltung der Deutschen beim Jameson-Ritt 1896 und beim Burenkrieg die große Entfremdung zwischen Deutschland und England, welche durch den Neid der Engländer auf die gewaltige Entwicklung unserer Kriegsflotte und unseres Seehandels längst vorbereitet war, auffällig in Erscheinung trat und König Eduard VII. seine ganze Kraft degen Deutschland kehrte, reiften die französischen Pläne ihre Erfüllung entgegen. Der Minister Delcassé, ursprünglich Tagesschriftsteller, der seit 28. Juni 1898 an der

Spitze des Auswärtigen Amtes stand und systematisch auf die Vereinzelung Deutschlands und womöglich einen Koalitionskrieg gegen uns hinarbeitete, schob die französischen Stellungen immer weiter gegen Marokko vor (Besetzung von Tuat und 1900 von Tafilelt). Dann brachte er mit Hilfe des gewandten Botschafters Barère beim Quirinal (der Residenz der italienischen Könige seit 1871) im November 1902 mit Italien, wo der konservative Großgrundbesitzer und Fahrradfabrikant Prinetti das Äußere leitete, ein Abkommen zustande, kraft dessen Frankreich den Italienern, welche bei ihrem Vorgehen gegen Abessinien gescheitert waren und nach Ersatz auslugten, die Anwartschaft auf die türkische Provinz Tripolis in Nordafrika zugestand, falls es zur Auflösung der Türkei kommen sollte. Italien sicherte seinerseits den Franzosen freie Hand in Marokko zu und verpflichtete sich (wie Poincaré am 20. Dezember 1918 bei der Begrüßung des Königs Viktor Emanuel III. in Paris enthüllt hat) niemals an einem Angriff auf Frankreich teilzunehmen. Das Abkommen verstieß an sich nicht wider den Buchstaben des Vertrags über den Dreibund, der 1. nur auf Verteidigung abzielte und 2. den Abschluß von Abkommen mit anderen Staaten nicht untersagte, sofern sie nicht seinen Zwecken zuwiderliefen. Daß dies bei dem Vertrag Italiens mit Frankreich von 1902 schließlich der Fall sein könne, ließ sich besorgen, aber nicht behaupten. Es steht aber außer Zweifel, daß Prinetti die feste Absicht hatte damit Italiens Abkehr vom Dreibund, obwohl dieser eben damals noch einmal erneuert wurde, in die Wege zu leiten und sein Land in scharfen Gegensatz zu Österreich zu stellen. Trient und Triest sollten weiteren Ersatz für Abessinien schaffen. Nur ein Schlaganfall, der Prinetti im Juni 1903 im Vorzimmer des Königs traf und ihn amtsunfähig machte (er starb 1908), hinderte ihn sein Vorhaben durchzuführen. Es ist für Prinetti's Ziele bezeichnend, daß er den jungen König veranlaßte seinen ersten Besuch nicht in Berlin abzustatten, sondern in St. Petersburg, und daß er die Verpflichtung Italiens zur Waffenhilfe bei der Dreibundserneuerung 1902 dahin begrenzte, daß sie nur zu erfolgen habe, falls seitens der Verbündeten eine direkte Herausforderung nicht vorliege. Auf diesen Satz hat sich Italien 1914 berufen. Endlich nahm Prinetti 1902 keinen Anstand vertrauliche Schriftstücke, die Dreibundinteressen betrafen, in Paris mitzuteilen.

Auf Grund dieser Vorarbeiten vereinbarte dann Delcassé am 8. April 1904 im engsten Einvernehmen mit König Eduard VII.,

der ihn wie einen Freund behandelte, und unterstützt von dem England ganz ergebenen Prinetti, mit Lord Lansdowne einen englisch-französischen Vertrag zur Beseitigung aller zwischen beiden Nationen vorhandenen Streitpunkte. Die Hauptsache war, daß England und Frankreich zwar versicherten den politischen Zustand Ägyptens und Marokkos nicht verändern zu wollen, daß aber Frankreich sich verpflichtete dem Vorgehen Englands in Ägypten keine Schwierigkeiten mehr zu bereiten und keine Frist für die Räumung des Landes zu fordern, wobei die 1888 ausgesprochene Neutralität des Suezkanals nun auch von England ausdrücklich ohne Vorbehalt zugestanden wurde. Dagegen verhieß England den Franzosen seine Unterstützung in Marokko zur Durchführung der notwendigen administrativen, wirtschaftlichen, finanziellen, militärischen und Verwaltungsreformen. Wenn Tripolis der (freilich einem fremden Herrscher gehörige) Preis war, den Frankreich an Italien für Marokko zahlte, so war der Preis gegenüber England Ägypten, ein Land, das staatsrechtlich demselben Herrn unterstellt war wie Tripolis, nämlich dem Sultan: ein Land auf das jedoch Frankreich seit dem Kreuzzug Ludwigs des Heiligen 1248, dann wieder seit Ludwig XIV. und endlich seit Bonapartes ägyptischer Heerfahrt 1798 gewisse Ansprüche des früher Gekommenen geltend machte; in allerneuester Zeit war der Suezkanal wesentlich das Werk des genialen und tatkräftigen Franzosen Lesseps. Delcassé gab alle diese stolzen Erinnerungen preis, um das zunächst noch recht unsichere Marokko zu gewinnen und Deutschland zu vereinzeln; England erhielt die Taube in der Hand, Frankreich den Sperling auf dem Dach. In dem Vertrag, der das „herzliche Einvernehmen", die entente cordiale, zwischen den alten Feinden besiegelte, wurden ferner die im Utrechter Frieden 1713 gewährten Fischereivorrechte der französischen Fischer auf Neufundland abgeschafft und als Ersatz die Grenzen Frankreichs in Senegambien durch Yarbutenda, wodurch Frankreich Zutritt zum schiffbaren Teil des Gambia bekam, in Guinea durch die Losinseln (10° n. B.), im Sudan durch eine Straße von Sokoto nach Zinder erweitert. Betreffs Siams sollte der englische Einfluß westlich vom Menam, der französische östlich davon anerkannt sein. Endlich nahm England den französischen Zolltarif auf Madagaskar an, und die strittigen Besitzverhältnisse auf den neuen Hebriden, wo über 2/3 der Kolonisten Franzosen, 1/3 Australier sind, sollten durch einen gemeinsamen Ausschuß untersucht werden. Delcassé schwelgte im Jubel

über seinen Triumph; er fand es nicht einmal nötig, das Abkommen im schriftlichen Wortlaut in Berlin mitzuteilen, sondern begnügte sich mit mündlichen Äußerungen gegen unsern Botschafter Fürst Radolin. Höhnisch rief der Daily Telegraph: „Nun ist Berlin nicht mehr der politische Abrechnungsplatz für Europa; die Rolle des ehrlichen Maklers ist ausgespielt." Das Journal des Débats, eines der altangesehenen Pariser Blätter, gestand unumwunden zu, daß das Ziel der französischen Politik in Marokko sei durch „friedliche Durchdringung", pénétration pacifique, an Marokko das Werk der tunification, seiner Verwandlung in ein zweites Tunis, zu vollbringen.

Der Reichskanzler Graf Bülow gab sich zunächst den Anschein, als ob Deutschland das Abkommen vom 8. April 1904 mit völligem Gleichmut aufnehme; er sagte am 12. April im Reichstag, daß kein Grund vorliege vorauszusetzen, daß es eine Spitze gegen eine andere Macht habe und andere Zwecke verfolge als die Beilegung von Streitpunkten zwischen den beiden Nationen; ein gespanntes Verhältnis zwischen England und Frankreich würde den Weltfrieden bedrohen. Deutschland habe in Marokko nur wirtschaftliche Interessen, deren Gefährdung nicht zu befürchten sei. Da der Vertrag für 30 Jahre den Grundsatz der Handelsfreiheit in Marokko aussprach, so schien vorerst in der Tat kein Grund zu Besorgnissen vorhanden. Aber es fragte sich doch sehr, ob das Versprechen der offenen Tür in diesen 30 Jahren stets ehrlich gehalten, und noch mehr, ob es nach Ablauf dieser Jahre, wenn Frankreich diese Zeit zur „Tunifikation" Marokkos gut ausnützte, wieder erneuert werden würde. So legte Deutschland, mit Rußland seit dem Hochsommer 1904 in einem immer enger werdenden Einvernehmen, die Lanze zum Vorstoß für seine Interessen und für seine Ehre ein, welche durch die Delcasséische Behandlung Deutschlands als einer quantité négligeable gefährdet war: diese Auffassung hat Bülow am 5. April 1906 im Reichstag ausdrücklich vertreten. Französische Blätter verbreiteten mißlaunig die Nachricht, daß der Kaiser bei seiner bevorstehenden Mittelmeerreise in Tanger landen werde; wenn dies nun unterblieb, so sah es aus, als ob der Kaiser vor dem Übelwollen der Franzosen zurückweiche. So geschah es, daß der Kaiser, wenn auch, wie der Kapitän des kaiserlichen Schiffs zu bemerken glaubte, nicht leichten Herzens, am 31. März 1905 wirklich in der maurischen Stadt Tanger landete: es galt nun eben aller Welt zu zeigen, daß Deutschland in der marokkanischen Frage sich nicht beiseite drängen lassen werde. Wenn man gesagt hat,

diese Landung in Tanger habe die Lage gefährlich gemacht, so ist es vielleicht richtiger zu sagen: weil die Lage gefährlich war, erfolgte die Landung. Der Sultan Abdul Asis ließ den Kaiser, in dem er seinen Beschützer gegen das zudringliche Frankreich sah, durch seinen Oheim Abdel Malek feierlich begrüßen und ihm sechs feurige Berberhengste schenken; zu den Vertretern der deutschen Kolonie in Tanger sagte der Kaiser: „Ich freue mich in Ihnen die ergebenen Pioniere der deutschen Industrie und des deutschen Handels zu begrüßen, die mir bei dem Versuch helfen alle Zeit in einem freien Land die Interessen des Mutterlandes hochzuhalten". Die Mauren waren zu vielen Tausenden herbeigeströmt, begrüßten den Kaiser mit Begeisterung und führten ihm zu Ehren Reiterspiele auf. Deutschland stellte sich kraftvoll und entschlossen auf den Standpunkt, daß der Vertrag vom 8. April 1904, dem es nicht zugestimmt hatte, der ihm erst jetzt, am 18. April 1905, notgedrungen förmlich mitgeteilt wurde, das deutsche Reich gar nichts angehe, daß es über alle seine Interessen mit dem Sultan Asis direkt als mit einem unabhängigen Herrscher verhandle.

Der Gegensatz zwischen dieser Politik und der Delcassés war so scharf, daß entweder dieser Minister zurücktreten und neue Bahnen eingeschlagen werden mußten, oder daß Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausbrach. Die französische Nation war klug genug, um den Krieg mindestens jetzt und aus diesem Anlaß nicht zu wollen, obwohl nach den Angaben der Delcassé anhängenden Presse eine maßgebende englische Persönlichkeit — natürlich König Eduard VII. — Englands Kriegshilfe gegen Deutschland und demgemäß die Landung von 100000 Engländern in Schleswig-Holstein in Aussicht gestellt haben sollte. Die Sache wird dadurch in eine besondere Beleuchtung gerückt, daß der Admiral Fisher, ein wütender Deutschenhasser, im Oktober 1919 in seinen Erinnerungen unumwunden erklärt hat, daß er den König gedrängt habe die ganze deutsche Flotte ohne lange Kriegserklärung und Federlesen durch einen Überfall (nach dem Vorgang gegen Dänemark im Jahr 1807) zu vernichten. Doch drang er mit diesem tollen Vorschlag „zu kopenhagen" nicht durch. Ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich war 1905, wo wir schon über 60 Millionen Menschen hatten, Frankreich nicht ganz 40, und wo Rußland's Arm gelähmt war, eine für Frankreich äußerst gefährliche Sache: das Ministerium Rouvier entledigte sich also am 6. Juni 1905 — am gleichen Tag, an dem der Kaiser bei der Heirat

seines ältesten Sohnes Wilhelm mit der Herzogin Cecilie von Mecklenburg-Schwerin den Grafen Bülow in den Fürstenstand erhob — des unbesonnenen Ministers, der jetzt fast von allen Seiten mit Vorwürfen überhäuft wurde, und trat in Verhandlungen mit Bülow ein, welche an sich schon ein Erfolg für uns waren, da dadurch zugestanden wurde, daß man über Marokko nicht ohne uns verfügen könne. Am 8. Juli 1905 wurde ein vorläufiges Einvernehmen erzielt, das den dauernden Grundsatz der offenen Tür enthielt. Der Sultan verlangte aber, von Deutschland beraten, den Zusammentritt einer neuen internationalen Konferenz, um die schwebenden Fragen insgesamt unter Mitwirkung aller Beteiligten zu ordnen, und Bülow lehnte das von Rouvier angebotene besondere Einvernehmen Deutschlands mit Frankreich über Marokko ab; er verlangte, um den Gedanken, als ob Frankreich in Marokko von vornherein Vorrechte habe, gründlich zu zerstören, auch unter Anrufung des internationalen Madrider Vertrags von 1880, eine internationale Regelung. Dieses Verfahren scheint zu beweisen, daß der Kaiser von der 1904 bekundeten Absicht, Frankreich in das Bündnis mit Rußland hereinzuziehen (S. 14) abgekommen war; und das niederdrückende Endergebnis der am 23. und 24. Juli 1905 in Björkö mit Rußland gepflogenen Verhandlungen (S. 19) ließ in der Tat alle Hoffnungen der Art als nichtig erscheinen. Aber auch abgesehen davon wäre es wohl klüger gewesen, mit Frankreich allein unter vier Augen zu verhandeln: es wären dabei für uns wahrscheinlich größere Zugeständnisse erreicht worden als im Beisein von ganz Europa. Natürlich gingen die Franzosen an die internationale Behandlung der Sache sehr ungern heran; sie waren aber damals ihres russischen Verbündeten, der indessen am 5. September durch den Frieden von Portsmouth — wenigstens theoretisch — die Freiheit des Handelns zurückgewann, bei den zwischen Berlin und St. Petersburg neuerdings gesponnenen Fäden*) und bei der militärischen Schwächung Rußlands doch nicht so sicher, wie sie wohl wünschten. So vereinbarten am 28. September die Bevollmächtigten Révoil und Rosen in Paris das Programm, das auf einer nach der spanischen Stadt Algeciras (gegenüber Gibraltar) zu berufenden Konferenz erledigt werden sollte. Diese Konferenz trat am 16. Januar 1906 zusammen; den Vorsitz

*) Der Kaiser war damals mit dem Zaren persönlich doch noch so vertraut, daß er ihm in den intimsten Dingen, wie über die Beförderung der Linientruppen gegenüber der Garde, gute Ratschläge erteilte.

führte der spanische Minister des Auswärtigen, der Herzog von Almodovar. Deutschland war auf ihr in einer schwierigen Lage, weil es nur einen zuverlässigen Freund hatte, Österreich-Ungarn, das durch den Grafen Welsersheimb, den „brillanten Sekundanten", wie Kaiser Wilhelm II. sagte, sehr tüchtig vertreten war. Italien war Frankreich gegenüber durch den Tripolisvertrag in weitgehender Weise gebunden; es klang leichtfertig, wenn Bülow davon als von einer belanglosen „Extratour" des Verbündeten sprach. Ebenso stand es mit Spanien, mit dem Frankreich, einem Absatz des Vertrags vom 8. April gemäß, am 3. Oktober 1904 einen geheimen Vertrag *) geschlossen hatte, der Spanien den Norden des Landes von der Mündung des Muluja bis zum Gebirge Mulai Bu Chta und von da bis zur Lagune von Ez Terga am atlantischen Ozean als seinen „Einflußbereich" zuteilte, während Frankreich in der Mitte und im Süden die Vorhand haben sollte; doch wurde Spanien im Süden das ihm 1860 von Marokko abgetretene Gebiet von Ifni bis zu den Flüssen Tazedonalt und Mesa aufs neue zugesichert. In Rußland gewannen die deutschfeindlichen Elemente, welche das Bündnis vom Jahre 1905 mit bitterem Unmut hatten werden sehen, auf den Zaren, der niemals seinen schwachen Willen seiner besseren Erkenntnis anzupassen verstand, um diese Zeit wieder steigenden Einfluß; er hatte erkannt, daß er auf dem in Björkö betretenen Wege Frankreichs Zuneigung und Hilfe verscherzen werde, um dafür Deutschland zu stärken, das einflußreiche Russen als den Beschützer Österreichs und der Türkei heftig befehdeten. So leistete die russische Politik in Algeciras dem älteren Verbündeten zum Nachteil des jüngeren durch die Bank Vorspann. England, Frankreichs neuer Freund, tat dasselbe vermöge der in der Abkunft von 1904 ausdrücklich übernommenen Verpflichtung. Frankreich wünschte die Polizei nicht bloß in den marokkanischen Grenzbezirken gegen Algier, wo ihm auch Deutschland ein vorwaltendes Interesse nicht abstritt, sondern in allen Häfen des Reichs gemeinsam mit Spanien auszuüben, das voraussichtlich seiner Übermacht gegenüber doch nicht aufkommen konnte; die Staatsbank, welche das marokkanische Geldwesen auf feste Grundlagen bringen sollte, wollte es so organisiert wissen, daß Frankreich von 15 Anteilen 4 haben, ein französischer Kommissär sie leiten und das französische Bankrecht für sie gelten sollte.

*) Siehe den Text in meiner „politischen Jahresübersicht für 1911", Stuttgart 1912, S. 116—121.

Deutschland dagegen wollte die Polizei international gestalten, die Bank in einen französischen, deutschen, englischen und spanischen Teil teilen, sie unter das diplomatische Korps in Tanger stellen und das ägyptische Bankrecht maßgebend sein lassen. Als der französische Widerstand gegen die internationale Polizei unüberwindlich war, zogen sich Deutschland und Österreich darauf zurück, daß wenigstens der französisch-spanische Ring dadurch durchbrochen werde, daß Casablanca eine eigene Polizei erhalte, und zwar sollte der von den Niederlanden oder der Schweiz zu stellende Inspektor der Polizei in Casablanca eine eigene Polizeitruppe selbständig befehligen. Der Ausgleich zwischen den sich gegenüberstehenden Standpunkten war sehr schwer zu finden, und mehr als einmal glaubte man das Scheitern der Beratungen nahe; der englische und französische Generalstab trafen für alle Fälle gewisse Abreden, deren Inhalt natürlich geheim blieb. In Berlin riet der geheime Rat im auswärtigen Amt Herr v. Holstein äußerstenfalls zum Krieg; als er damit nicht durchdrang, gab er am 12. März seine (am 23. April genehmigte) Entlassung. Er war ein hervorragender Kenner der auswärtigen Dinge und von großem, obschon nicht immer günstigem, Einfluß hinter den Kulissen (S. 5). Er galt in Erinnerung an Richelieus Zeiten als Bülows vertrauter Hausgeist, als sein „Pater Joseph", seine „graue Eminenz"; auch nach seiner Entlassung blieb er ein bedeutender und im stillen öfters befragter Mann. Schon 1890 hätte er Staatssekretär werden können, wenn er nicht vor den repräsentativen Pflichten, welche ihm das Tragen einer Starbrille erschwerte, zurückgeschreckt wäre. Endlich wurde am 28. März 1906 doch ein Einvernehmen erzielt, das am 8. April von den Großmächten, am 18. Juni vom Sultan Abdul Asis unterzeichnet wurde. Der wesentliche Inhalt der Algecirasakte ist folgender: 1. Frankreich und Spanien stellten dem Sultan auf fünf Jahre 16 Offiziere und 32 Unteroffiziere zur Verfügung, welche in den acht Häfen Tetuan, Tanger, Larasch, Rabat, Casablanca, Masagan, Safi und Mogador die Polizei aus eingeborenen Muselmännern organisieren sollten. 2. Die Oberaufsicht über diese Hafenpolizei sollte ein — schließlich von der Schweiz in der Person des Obersten Müller zur Verfügung gestellter — Generalinspektor haben, der dem Sultan über seine Tätigkeit regelmäßig Rechenschaft zu legen und eine Abschrift jeweils davon dem diplomatischen Korps in Tanger einzusenden hatte, damit dieses sich überzeugen konnte, daß die Polizei dem Vertrag gemäß

tätig sei und die offene Tür für alle Nationen erhalten werde. 3. Frankreich erhielt von 16 Bankanteilen 3; das deutsche Konsortium wurde bei allen späteren Anleihen mit 50% beteiligt.

Das Urteil über den Vertrag von Algeciras ist sehr verschieden ausgefallen. Die Heißsporne in Deutschland und Frankreich klagten gleichermaßen über eine schwere Niederlage; das französische Hetzblatt La France militaire, das im Hinblick auf den damaligen Vorsprung Frankreichs in der Artillerie und auf die angeblich größere Befähigung seiner Generale und Offiziere eifrig zum Krieg gedrängt hatte, unterschrieb einen Artikel tant pis! um so schlimmer! und sagte darin: „Unter dem anmaßenden Hochdruck Deutschlands sind unsere Bevollmächtigten Schritt für Schritt zurückgewichen; Stück für Stück haben sie die Grundlagen unserer marokkanischen Politik, welche auf ein nordafrikanisches Frankreich gerichtet war, zerstören lassen. Frankreich hat es nicht gewagt, in das Weiße von Deutschlands Augapfel zu sehen. Tant pis!" In Deutschland dagegen stellten die Kritiker fest, daß die internationale Polizei, welche Bülow anstrebte, nicht erreicht worden sei, daß der Generalinspektor nicht viel mehr zu tun haben werde als sein Gehalt mit Würde zu verzehren, und daß Frankreich in der Staatsbank einen größeren Einfluß als irgend eine andere Macht haben werde. Schon diese entgegengesetzte Beurteilung zeigt, daß die recht hatten, welche meinten, daß es in Algeciras weder Sieger noch Besiegte gegeben habe, daß eine mittlere Linie zwischen den Extremen erreicht worden sei. Deutschland hatte nicht alles durchgesetzt, was es ursprünglich wollte; aber erreicht hatte es, daß es bei der Regelung der marokkanischen Frage nicht, wie Delcassé versucht hatte, geringschätzig beiseite geschoben wurde, daß vielmehr Frankreich genötigt worden war sich dem Senat der Großmächte unterzuordnen und durch diesen das Maß seiner Rechte sich vorschreiben zu lassen; nicht Frankreich, sondern der Zusammenschluß Europas und der Vereinigten Staaten Amerikas erschien als die dort maßgebende Autorität. Auch war der Grundsatz der offenen Tür, auf den es uns wesentlich ankam, nicht bloß für 30 Jahre, sondern dauernd festgestellt. Ein Abkommen, das keinem alles das gibt, was er gewünscht hat, wird immer auf Tadel stoßen. Erwägt man aber, daß Delcassés verwegene und uns beleidigende Politik Europa an den Rand eines Weltkriegs gebracht hatte (dessen Schwere außer allem Verhältnis zum nächsten Anlaß stand), so daß Frankreich in den letzten Monaten vor Algeciras eiligst 195 Millionen Mark aus-

gab, um für alle Fälle kriegsbereit zu sein: so wird man das Werk der Diplomatie, welche diesen Krieg noch einmal in ehrenhafter Weise abwandte, weniger herb beurteilen, als dies vielfach geschah. Freilich hat das Abkommen nur für kurze Zeit Bestand gehabt; eine Lösung des Knotens ward dadurch nicht erreicht.

Vierzehntes Kapitel

Innerer Umschwung in Deutschland · Bülowsche Block-Politik

Die schwere Gefahr, in welcher Deutschland 1905—06 ein volles Jahr lang geschwebt hatte, ging nicht ohne tiefen Eindruck auf die Nation vorüber. Auch die Anhänger der bürgerlichen Linken, welche bisher immer die Forderungen für Heer und Flotte als Ausflüsse des das Volksmark verzehrenden Militarismus bekämpft hatten, rangen sich zur Erkenntnis durch, daß wir ohne eine starke Wehr verloren wären, daß namentlich Englands Politik unter dem zunehmenden Einfluß des überaus klugen und geschickten Königs Eduard VII. darauf ausgehe Deutschland als gefürchteten Nebenbuhler um Handels- und Flottenmacht zu vereinzeln und „einzukreisen", um dann gelegentlich mit Hilfe anderer über uns herzufallen. Diese Ansicht teilten, wie aus den 1914 in Brüssel gefundenen Aktenstücken hervorgeht, die belgischen Gesandten in London, Paris und Berlin; der Gesandte in Berlin, Baron Greindl, sprach es am 27. Oktober 1905 offen aus, daß die angeblichen Besorgnisse der Engländer vor einem deutschen Angriff nur Vorwand seien, um einen Krieg anzufachen, in dem die deutsche Kriegs- und Handelsflotte und der deutsche überseeische Handel vernichtet werden sollten. Nie und nirgends habe Deutschland die englische Politik durchkreuzt; die Räuberbande, welche 1896 in Transvaal einbrach, habe das amtliche England ja verleugnet. Der Marschall Foch hat auf dem Siegesfest in London im Juli 1919 sein Bedauern ausgesprochen, daß gerade der Mann nicht mehr zugegen sei, der, während die andern nur mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt gewesen seien, die Pläne entworfen habe, aus dem das große Bündnis zur Zerschmetterung Deutschlands hervorgegangen sei: Eduard VII. Nach einer anderen Auffassung, die freilich durch das

Verhalten der englischen Diplomatie 1908 und 1909 und vollends durch die Ereignisse von 1914 aufs schwerste erschüttert wird, zielte die Politik Eduards VII., obschon er uns nicht liebte, nicht eigentlich darauf uns niederzuschlagen, da er unsere Flotte als der englischen keinesfalls gewachsen oder gar gefährlich ansah und der Dreibund nach seiner Ansicht eine ernste Probe wegen des österreichisch-italienischen Gegensatzes nicht bestehen werde. Wohl aber hielt er einen Zusammenschluß der drei Kaisermächte aus Gründen monarchisch-konservativer Politik für wahrscheinlich und innerlich begründet, und fürchtete, daß Rußland aus dem Gefühl einen sicheren Rückhalt an Deutschland und Österreich zu haben die Lust und die Kraft zu energischem Vorgehen in Asien, besonders gegen Indien schöpfen werde. Deshalb schloß er zunächst 1904 das „herzliche Einvernehmen“ mit Frankreich und setzte, als bald darauf der deutsch-russische Zusammenschluß (S. 4—19) erfolgte, alles daran Frankreich nicht in dieses Fahrwasser geraten zu lassen, vielmehr mit Hilfe Frankreichs auch Rußland wieder von Deutschland loszureißen. Im Jahr 1907 verhandelte der Kaiser bei seinem Besuch im Schloß Windsor mit dem englischen Kriegsminister Lord Haldane, der im Oktober 1919 hierüber in der Westminster Gazette berichtete, über ein englisch-deutsches Zusammenarbeiten, und Haldane bezeichnete die Überlassung eines mesopotamischen Hafens als wünschenswert, um Indien gegen Truppen zu schützen, die etwa mit der Bagdadbahn herangeschafft werden könnten. „Ich werde Ihnen diesen Hafen geben“, antwortete der Kaiser. In späteren Beratungen, an welchen auch der Staatssekretär des Äußern, Herr v. Schön, und der preußische Kriegsminister teilnahmen, wurde — ohne Zweifel auf englischen Wunsch — beschlossen, auch Frankreich und Rußland zu den Besprechungen beizuziehen. Einige Wochen später zog aber Deutschland seine Zustimmung zu dieser Erweiterung des Kreises der Interessenten zurück, so daß zu Haldane's Leidwesen nichts zustande kam; er ist der Ansicht, daß Fürst Bülow das Scheitern der Verhandlungen herbeiführte. Im Jahr 1907 sind auch Verhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark auf Anregung des dänischen Ministerpräsidenten Christensen, wie es heißt, gepflogen worden, bei denen der Generalstabschef Moltke Gewißheit zu haben wünschte, ob Dänemark entschlossen sei für seine Neutralität zu kämpfen und den Engländern nötigenfalls den großen Belt zu sperren; ein Offensivbündnis verlangte er ausdrücklich nicht.

Wie dem allem auch sei, Eduard VII. setzte setzte seine Be-

mühungen mit Rußland ein Einvernehmen herzustellen mit Nachdruck und zielbewußt fort. Ein erster Erfolg auf dieser Bahn war der am 31. August 1907 mit Rußland über Asien geschlossene Vertrag (I 388). Als dieser sich dem Abschluß näherte, suchte König Eduard bei einem Besuch in Ischl den Kaiser Franz Joseph durch lockende Ausblicke auf Erweiterung des österreichischen Einflusses auf dem Balkan und durch das Angebot der Sicherstellung des österreichischen Staatsgebiets gegen die Ansprüche der italienischen Irredenta dazu bewegen, daß er von Deutschland abrücke. Es ist sogar behauptet worden, daß der König den Wiedergewinn Schlesiens als möglich bezeichnet habe. Der Versuch scheiterte freilich, da Franz Joseph sich des Wertes des deutschen Bündnisses zu gut bewußt war, um darauf zu verzichten. So oder so begründet und angelegt, zielte Eduard VII. Politik unter allen Umständen auf unsere Vereinsamung ab. Die Art, wie England kurz vor dem Besuch in Ischl 1907 auf der zweiten Haager Friedenskonferenz die Frage der gemeinsamen Abrüstung aller Großmächte zur Sprache brachte, legte den Verdacht nahe, daß Deutschland, das eine solche Abrüstung als unausführbar ansah, als Friedensfeind hingestellt werden sollte; aber auch Frankreich weigerte sich aus denselben Gründen wie wir der Sache Folge zu geben, wodurch freilich nicht verhindert wurde, daß das Gehässige des Fehlschlagens der Abrüstung auf Deutschland wegen dessen von vornherein ablehnender Haltung haften blieb. Es wäre klüger gewesen, auf Verhandlungen einzugehen und dem Antragsteller England die Formulierung der Einzelheiten zuzuschieben und ihm die Verantwortung für das Scheitern aufzubürden. Und doch war sachlich betrachtet in der Tat bei der Verschiedenheit der Verhältnisse, insbesondere der Ordnung der Wehrpflicht, eine Gleichartigkeit der Abrüstung kaum erreichbar. Auch würde die Durchführung der Sache eine unausgesetzte Überwachung der Staaten notwendig gemacht haben. Wem sollte aber diese Überwachung übertragen werden? wer sollte bei Meinungsverschiedenheiten das Urteil sprechen? Alles das wäre eine Quelle unaufhörlicher Streitigkeiten, gegenseitigen Mißtrauens und gegenseitiger Verbitterung gewesen. Am letzten Ende wird die Sicherheit einer Nation immer auf ihrer Wehrkraft beruhen, von deren Entwicklung sich deshalb keine Nation abhalten lassen kann, und auch die bürgerliche Linke des Reichstags gestand zu, daß wir das tüchtigste und dabei verhältnismäßig billigste Heer besäßen, das in brauchbarem Stand zu halten Pflicht aller sei.

Unter dem Eindruck der Gesamtlage stimmte, als die Reichsregierung für Beendigung des südwestafrikanischen Kriegs 29 Millionen Mark verlangte, die ganze bürgerliche Linke neben der Rechten und den Nationalliberalen am 13. Dezember 1906 mit Ja. Das Zentrum war aber durch den Widerstand gereizt, den der neue (am 3. September an Stelle des Erbprinzen Ernst von Hohenlohe-Langenburg ernannte) Kolonialdirektor Dernburg — ein Mann aus der kaufmännischen Praxis, bisher Bankdirektor in Darmstadt — seinen tyrannischen Mitregierungsversuchen entgegensetzte; das Zentrum wollte die Regierung seine Macht fühlen lassen, und die Sozialdemokraten standen ihm natürlich zur Seite, da es sich ja um Vereitelung einer Forderung für das deutsche Heer handelte. So wurde die Regierungsforderung mit 177 gegen 168 Stimmen abgelehnt und statt 29 nur 20 Millionen bewilligt; dadurch sollte dem Willen des Zentrums gemäß die Herabsetzung der Truppenstärke in Südwestafrika auf 2500 Mann erzwungen werden, ehe noch der Krieg völlig zu Ende geführt war. Hierin lag nach der Ansicht der Regierungen ein unstatthafter Eingriff des Parlaments in die Befehlsgewalt des Kaisers. Aus diesem Grund faßte der Bundesrat kurz vor der Abstimmung den Beschluß sich so etwas nicht bieten zu lassen, und sofort nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Abstimmung erklärte der Reichskanzler den Reichstag im Namen der verbündeten Regierungen für aufgelöst. Wenn auch bei den Neuwahlen vom 25. Januar 1907 das Zentrum seine Stellung behauptete und 105 Abgeordnete durchsetzte, auch die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Opposition zufiel, so traf doch die Wucht der nationalen Empörung die Sozialdemokratie so vernichtend, daß sie 38 Sitze verlor und von 81 Mann auf 43 herabsank; ohne die vergebens von mehreren Bischöfen bekämpfte Hilfeleistung des Zentrums hätte sie sogar noch ein weiteres Dutzend Sitze verloren. Selbst Großstädte, die seit langem sicherer Besitz der Sozialdemokratie schienen, wie Braunschweig, Bremen, Breslau, Dresden I, Elberfeld, Frankfurt, Halle, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, München I, Stettin, wurden ihr meist schon im ersten Anlauf entrissen. „Wer die Hiebe bekommt," sagte der nationalliberale Führer Bassermann mit glücklichem Witz, „ist unter Kameraden ganz egal": die Kameradschaft des Zentrums und der Sozialdemokratie, bisher die Mehrheit, war in die Minderheit (176 gegen 221) geworfen. Die Konservativen zählten 63 Mann, die Reichspartei 24, die Nationalliberalen 55, die freisinnige Volkspartei 27, die freisinnige Ver-

einigung 14*), die deutsche Volkspartei 7, die wirtschaftliche Vereinigung (Antisemiten, Christlich-Soziale und Bauernbündler) 26; dazu kamen 5 Wilde. Mit dem Reichstagsvorsitz des Zentrums war es nach elfjähriger Dauer der ultramontanen Vorherrschaft im Reich zu Ende, und am 20. Februar 1907 ward der konservative Graf Udo Stolberg-Wernigerode (1840—1910) mit 214 Stimmen gegen 164, welche auf den ultramontanen Oberlandesgerichtspräsidenten Spahn fielen, zum Vorsitzenden der deutschen Volksvertretung gewählt. Der neue „Block" (wie man nach französischem Vorbild den Zusammenschluß der Konservativen und Liberalen nannte) bewilligte die Erhebung des Kolonialdirektorpostens zum Staatssekretariat, die 29 Millionen für Südwestafrika, die 8,9 Millionen für den Bau der dortigen Südbahn von Kubub bis Keetmanshoop und ein Darlehen von 5 Millionen zur Wiederaufrichtung der verheerten Farmen. Auf das Ausland machte der Wahlausfall einen tiefen Eindruck; „das deutsche Volk hat," so schrieb der Daily Telegraph, „ein so glänzendes Beispiel moralischer Kraft und patriotischer Einsicht gegeben wie selten ein anderes Volk." Wenn das Zentrum und die Sozialisten zusammen noch 5400000 Stimmen im Gegensatz zu 4960000 der Konservativen und Liberalen aller Schattierungen erlangt hatten, so war auch dies nur geschehen, weil sie im Wahlkampf hoch und heilig beteuerten, daß ihre Abstimmung vom 13. Dezember beileibe nicht böse gemeint gewesen sei und ihnen nichts ferner gelegen habe als unsere Truppen in Südwestafrika wehrlos zu machen. Wenn unsere Lage in der Welt sich besserte, wenn von Einkreisung und Isolierung Deutschlands nicht mehr so unverhohlen gesprochen wurde wie früher, wenn der Zar

*) Zur freisinnigen Vereinigung gehörten seit 1903 auch die früheren Anhänger des sog. nationalsozialen Vereins, den der geistvolle Politiker und Schriftsteller Friedrich Naumann (1860—1919), aus Störmthal bei Leipzig (1883—94 Pfarrer) 1896 gegründet hatte, um das nationale und soziale Element in engster Verbindung gleichermaßen zur Geltung zu bringen und unter dem Schlachtruf: Demokratie und Kaisertum! die Arbeiter von der Sozialdemokratie loszulösen. Als dies sich nicht erreichen ließ, löste auf Naumanns Antrag der Verein sich am 30. August 1903 wieder auf, und die meisten Mitglieder traten der freisinnigen Vereinigung bei, welche früher unter Bambergers Führung die Manchesterpartei reinsten Wassers gewesen war, seit den 90er Jahren aber eine völlige Wandlung zu einer entschieden sozialreformerischen Partei durchgemacht hatte (ihr Organ war die Wochenschrift „Die Nation"). Die „Agrarier" und „ostelbischen Junker" wurden von ihr stets ebenso leidenschaftlich bekämpft wie von Naumann; auch dies ein Grund zum Zusammenschluß.

am 3. August 1907 zu Kaiser Wilhelm nach Swinemünde kam, Eduard VII. am 14. August nach Wilhelmshöhe, so durfte nicht bloß unsere Diplomatie, es durfte unser Volk selbst an dieser Wendung sich ein Hauptverdienst zuschreiben.

Auf die Sozialdemokratie hatte die schwere Wahlniederlage eine erhebliche Wirkung. Bisher herrschte in dieser Partei, insbesondere durch die Wucht des Einflusses ihrer Führer Liebknecht (1826 bis 1900) und Bebel (1840—1913), der orthodoxe Marxismus; d. h. die Ansichten, welche Karl Marx in seinem Buche „Das Kapital" 1867 vorgetragen hatte, nach welchem die kapitalistische Wirtschaft notwendig zur Aussaugung und Verelendung der Massen führt, eine Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit nicht denkbar ist und schließlich die unterhöhlte Gesellschaft einem gewaltsamen Zusammenbruch anheimfallen muß, wurden von den Parteitagen als Evangelium der Partei behandelt. Die sich immer stärker regende kritische Richtung, welche die Lehren von der Verelendung und der unausbleibenden Katastrophe angesichts der sich stetig hebenden Lebenshaltung der Massen bestritt, eine allmähliche „Evolution" des Sozialismus statt der plötzlichen Revolution lehrte und eine Revision des Parteiprogramms forderte (daher Revisionisten), wurde an die Wand gedrängt, besonders auf dem stürmischen Dresdener Parteitag von 1903, obwohl bedeutende Männer wie der Führer der bayerischen Sozialdemokraten v. Vollmar (geb. 1850) und der Schriftsteller Bernstein (geb. 1850) zu den Revisionisten gehörten. Nach der Reichstagswahl von 1907 aber, welche der Revisionist Bernhardt offenherzig „das Jena der Phrase" nannte, predigte Bebel auf dem Parteitag in Essen vor allem Einigkeit der Partei und begrub das Kriegsbeil gegen die Revisionisten; im Reichstag schlugen sozialistische Redner wie Noske in Militärfragen selbst patriotische Töne an, um die bei der sog. „Hottentottenwahl" abgefallenen „Mitläufer" wieder zu gewinnen. Die Revisionisten waren besonders zahlreich in Süddeutschland, und hier stimmten 1908 die sozialistischen Landtagsabgeordneten in Bayern, Hessen, Baden und Württemberg sogar für die Gesetze über den Staatshaushalt, welcher doch im bürgerlichen Staat nach dem orthodoxen Marxismus lediglich auf die Interessen der Unternehmerklasse zugeschnitten sein sollte, also von waschechten Sozialisten in Grund und Boden verworfen werden mußte. Der Nürnberger Parteitag vom 13. bis 18. September 1908 beschloß, daß eine Genehmigung des Staatshaushalts nur in Ausnahmefällen statthaft sein solle, wenn es gelte ein

noch weniger arbeiterfreundliches Budget zu verhindern. Der Mehrheit von 258 Abgeordneten der sozialdemokratischen Vereine stand aber eine revisionistische Minderheit von 119 Stimmen gegenüber, und 66 süddeutsche Vertreter gaben eine Erklärung zu Protokoll, wonach sie den Parteitag nur in gesamtdeutschen Fragen als oberste Instanz anerkannten, in Landesfragen aber die Landesparteien, und die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Staatshaushaltsgesetzes dem pflichtmäßigen Ermessen der Landtagsfraktionen vorbehielten. Übrigens waren die Revisionisten nur in der vorsichtigen Taktik, welch die bürgerlichen Massen nicht erschrecken und mit der bürgerlichen Linken so weit wie möglich zusammengehen wollte, von den Radikalen verschieden, nicht aber im Endziel, der Sozialisierung aller Verhältnisse, und weil sie sich gemäßigt gaben, war ihr Wirken vielfach erfolgreicher und somit im Grunde gefährlicher als das der „wilden Männer" der äußersten Linken.

Die Hauptfrage war nun, ob der politische Verstand der im konservativ-liberalen Block zusammengeschlossenen Parteien hinreichend entwickelt war, daß sie auf einer mittleren Linie sich dauernd zusammenfanden; unmäßige Forderungen von rechts oder links mußten den Block alsbald sprengen und dem Zentrum die verlorene Machtstellung wieder in die Hände spielen. Um die Regierung im Sinn einer mittleren Linie einheitlich zu gestalten, wurde am 22. Juni 1907 vom Kaiser auf Bülows Rat der an sich so hochverdiente Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky, der der Reichstagsauflösung wegen der sozialpolitischen Verdienste des Zentrums widerstrebt hatte, durch den preußischen Minister des Innern v. Bethmann Hollweg und der dem Zentrum sehr gefügige preußische Kultminister Studt durch den Unterstaatssekretär im Ministerium für öffentliche Arbeiten Holl ersetzt (der freilich bald schwer erkrankte und im Juli 1909 durch den Oberpräsidenten v. Trott zu Solz (geb. 1855) ersetzt wurde). Das preußische Ministerium des Innern übernahm der Oberpräsident von Ostpreußen, Graf Friedrich von Moltke. Dem Reichstag, der am 22. November 1907 wieder zusammentrat, legte der Reichskanzler drei Gesetzesentwürfe vor, von welchen jeder auf seinem Gebiet einen wesentlichen Fortschritt bedeutete. Der erste schrieb vor, daß wegen Majestätsbeleidigung nur noch in Fällen unzweifelhaft bewußter und gewollter Beleidigung des Staatsoberhauptes gerichtlich eingeschritten werde. Der zweite über die Börse gab den durch das Börsengesetz vom 22. Juli 1896 abgeschafften Terminhandel wenigstens

für Bergwerks- und Fabrikaktien, nicht aber für Korn und Mehl wieder frei, hob das sog. Börsenregister wieder auf und suchte so die enge Einschnürung der Börsentätigkeit, welche wirtschaftlich sich nicht bewährt hatte, zu lockern. Der dritte Entwurf enthielt ein Vereinsgesetz für das ganze Reich, das alle Vereine, welche nicht ungesetzliche Zwecke verfolgten, kurzweg gestattete, auch den Frauen den Beitritt freigab und die Fälle, wo die Polizei das Recht des Einschreitens hatte, genau umgrenzte. Der Entwurf hatte nicht bloß den großen Wert, daß er an Stelle vieler, voneinander weit abweichender deutscher Vereinsgesetze im ganzen Reich ein einheitliches Recht schuf; er brachte auch für die meisten Staaten, besonders Preußen und Sachsen, eine liberalere Gestaltung dieses Rechts und enthielt nur für Württemberg und einige kleinere Staaten in einigen Punkten einen Rückschritt; aber auch für diese Staaten bedeutete er in andern Punkten wieder eine Verbesserung. § 7 des Entwurfs sprach das Verbot des Gebrauchs fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen aus, womit es vornehmlich den Polen unmöglich gemacht werden sollte in früher und an sich rein deutschen Gegenden (I 300) polnische Versammlungen zu halten, für welche die Regierung der Natur der Sache nach keine des Polnischen kundigen Überwachungsbeamten zur Hand haben konnte. Der Reichstag begann die Beratung dieser Vorlagen Ende 1907; sie wurden schließlich alle von den Blockparteien in festem Zusammenhalt erledigt. Der § 7 des Vereinsgesetzes, der von Zentrum, Polen und Sozialisten als eine angebliche Ungeheuerlichkeit bekämpft wurde, fand selbst bei dem Führer der deutschen Volkspartei, dem Schwaben Friedrich v. Payer, Verständnis als eine notwendige Maßregel gegen ein Volk, das sich in seine Zugehörigkeit zu Preußen und dem Reich nun einmal nicht fügen wollte. Der § ward aber auf Wunsch der Linken dahin abgeändert, daß 1. die Verhandlungen wissenschaftlicher Vereinigungen und die von Wahlversammlungen in der ganzen Zeit vom Beginn des Wahlgeschäfts bis zu seinem Ende von dem Verbot nichtdeutscher Sprachen nicht betroffen sein sollten, und 2. in Reichsteilen, wo die nichtdeutsche eingesessene Bevölkerung über 60% beträgt, noch zwanzig Jahre lang der Gebrauch fremder Sprachen gestattet wurde, falls die Versammlungen drei Tage vorher angezeigt würden. Diese Klausel kam 42 polnischen, 3 dänischen und 2 kassubischen Kreisen zugute. Das Vereinsgesetz ging am 5. April 1908 mit 194 gegen 168, das Börsengesetz mit 203 gegen 168 Stimmen durch; die zwei großen Gruppen Block und Antiblock stimmten dabei so

gut wie geschlossen mit Ja und Nein. Außerdem genehmigte der Reichstag Ostmarkenzulagen für die dortigen Beamten (die leider am 28. April 1913 wieder gestrichen worden sind), sechs Kolonialbahnen (besonders die 700 Kilometer lange Bahn von Dar-es-Salaam bis Tabora in Ostafrika), ein Bank- und ein Postscheckgesetz und den sog. kleinen Befähigungsnachweis, nach welchem Gesetz bloß derjenige Lehrlinge halten darf, der die Meisterprobe abgelegt har (nicht aber kapitalistische Spekulanten).

Die Linke des Reichstags fühlte ihr Zusammenarbeiten mit der Regierung und der Rechten im „Block" dadurch sehr erschwert, daß man in Preußen an die Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts für den Landtag nicht herangehen wollte, und Naumann und seine Freunde drohten ihre ganze Haltung von dieser Frage abhängig zu machen. Die Konservativen lehnten es aber ab „sich terrorisieren zu lassen", und Fürst Bülow gab am 10. Januar 1908 im Abgeordnetenhaus auf eine Anfrage der freisinnigen Parteien über die Absichten der Regierung die Antwort, daß die Regierung anerkenne, daß das geltende Wahlsystem Mängel aufweise, und daß sie seit längerer Zeit erwogen habe, wie diesen Mängeln abgeholfen werden könne. Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts oder nur durch seine grundsätzliche Änderung möglich sein werde, lasse sich noch nicht ersehen; aber die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen würde dem Staatswohl nicht entsprechen und sei also abzulehnen; auch könne die Regierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch geheime Stimmabgabe nicht in Aussicht stellen. Jede gesunde Reform werde den Einfluß der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrecht erhalten, sowie auf eine gerechte Abstufung des Gewichts der Wahlstimmen Bedacht nehmen müssen. Deshalb werde geprüft, ob dieses Ziel erreicht werden könne lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen, oder ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen, Alter, Besitz, Bildung u. dergl., zweckmäßig abgestuft werden könne (also Annahme des Pluralsystems wie in Belgien und Sachsen). Dieser Bescheid erregte bei der Linken ziemliche Mißstimmung, war aber angesichts der weit größeren Stärke der konservativen Partei im Landtag nicht auffallend; hier wurde schon diese Kundgebung des Ministeriums mit Mißbehagen aufgenommen. Die Wahlen zum prußischen Abgeordnetenhaus, die am 4. Juni 1908 vorgenommen wurden, zeigten übrigens, daß bei den gesetzlich derzeit zur Wahl berufenen Volksteilen die Wahlrechtsfrage keine große Be-

wegung hervorzurufen vermochte. Die Konservativen, welche bei genau demselben Wahlrecht am 1. November 1863 nur 37 Abgeordnete durchgebracht hatten und es unverändert aufrechthalten wollten, wuchsen von 143 auf 151 an, die Nationalliberalen, welche das Pluralsystem und eine den großen Städten zugute kommende Neueinteilung der Wahlkreise gefordert hatten, sanken von 76 auf 65; sie büßten namentlich in Hannover mehrere Wahlkreise an den Bund der Landwirte ein, dessen Abgeordnete sich zur konservativen Partei hielten. Die Sozialdemokratie, die vorher nicht vertreten war, eroberte diesmal 6 von den 12 Berliner Wahlkreisen und als 7. den von Linden (Vorort von Hannover). Als am 26. Januar 1909 im Abgeordnetenhause über eine Reihe von Anträgen auf Abänderung des Wahlrechts verhandelt wurde, fielen alle Anträge durch, der auf Einführung der direkten und geheimen Wohl aber nur mit 169 gegen 165 Stimmen.

Im Laufe des Sommers arbeitete Herr v. Sydow (geb. 1851), der als Nachfolger des Freiherrn v. Stengel am 21. Februar 1908 das Unterstaatssekretariat im Reichs-Postamt mit dem Staatssekretariat der Finanzen vertauscht hatte, Pläne aus, welche der aufs neue hervorgetretenen schweren Finanznot des Reiches endlich gründlich steuern sollten. Er kam nach eingehenden Beratungen mit den Finanzministern der einzelnen Staaten zu folgenden Vorschlägen. 1. Das Reich übernimmt von den Brennern den Ankauf und Verkauf des Branntweins, woraus 100 Millionen Mark erhofft wurden. 2. Die Brausteuer wird um 2 Mark für den Hektoliter Bier erhöht; Ertrag auch 100 Millionen. 3. Auf Flaschenweine im Preis von mehr als einer Mark, einerlei, ob sie im Inland oder Ausland abgefüllt sind, wird eine Steuer gelegt; Ertrag 20 Millionen. 4. Der Tabak wird mit einer Fabrikatsteuer nach dem Banderolesystem (Anbringung eines Stempelstreifbandes) belegt; daraus ergeben sich 77 Millionen. 5. Eine Steuer auf Gas und Elektrizität sollte 50 Millionen, 6. eine auf Zeitungsanzeigen und Plakate 33 ergeben. 7. Eine ansteigende Reichsnachlaßsteuer auf alle Nachläße über 20000 Mark (mit 0,5% Steuer für 20—30000 Mark, 3% für mehr als eine Million) sollte in Verbindung mit einiger Inanspruchnahme der ohne Testament hinterlassenen Vermögen durch das Reich 92 Millionen abwerfen. So rechnete v. Sydow einen Ertrag von annähernd 475 Millionen aus den neuen Steuern heraus, ein hoher Betrag, der aber nach Auffassung der Sachverständigen angesichts der fortwährend sich steigernden Ausgaben für die Flotte und für soziale Leistungen

des Reichs nur dem zu erwartenden Bedürfnis entsprach; ja dieses ward sogar auf 500 Millionen angeschlagen, und die fehlenden 25 Millionen sollten durch formelle Neuregelung des Steuerwesens, d. h. Erhöhung der Matrikularbeiträge, beschafft werden. In Erwägung, daß ohne Belastung des Massenverbrauchs diese gewaltigen Summen gar nicht aufzubringen waren, daß aber der Heranziehung der besitzlosen Massen aus Gründen der Gerechtigkeit auch eine starke Heranziehung der besitzenden Minderheit zur Seite gehen müsse, hatte der Staatssekretär Vorschläge direkter und indirekter Steuern in kluger Weise miteinander verbunden; er durfte so auf Unterstützung der Reichsfinanzreform durch die Linke rechnen, in welchem Fall der Block zur Mehrheit weitaus ausreichend war. v. Sydow vermied es aber den ganzen Feldzug von Anfang an nur mit dem Block machen zu wollen; er zog vielmehr zu vertraulichen Vorbesprechungen auch das Zentrum hinzu, da die Aufgabe, um deren Lösung es sich handelte, nicht eine Aufgabe einzelner Parteien und Parteigruppierungen, sondern eine solche des ganzen Reiches war und im Interesse aller Reichsglieder lag. Hatte doch das fortgesetzte Schuldenmachen des Reichs allmählich die Reichsschuld auf fünf Milliarden gesteigert und die entsprechenden Geldaufnahmen von Einzelstaaten und Gemeinden den Kursstand der deutschen Anlehen unter den Stand der Papiere weit weniger reicher und festgegründeter Staaten herabgedrückt, und im Ausland sagte man höhnend und schadenfroh, daß Deutschland hart vor dem finanziellen Zusammenbruch stehe und also nicht mehr zu fürchten sei.

Es war unter diesen Umständen ein nicht bloß wissenschaftlich und technisch großartiges, sondern auch ein politisch bedeutsames Ereignis, daß der wackere schwäbische Graf Ferdinand v. Zeppelin (1838—1917), der 1870 als kühner Erkundungsreiter zuerst den französischen Boden betreten hatte, seine langen Bemühungen um die „Eroberung der Luft" durch ein Luftschiff nach dem „starren System" mit Erfolg gekrönt sah und am 1. Juli in zwölfstündiger Luftfahrt, öfters gegen mächtige Winde, von Manzell am Bodensee über Schaffhausen und Zürich nach Luzern und zurück fuhr. Wo Menschen wohnten, vernahm man dieses Ereignis mit ehrfürchtigem Staunen. Es war wieder eine jener großen Taten des deutschen Genius wie die Erfindung des Schießpulvers, des Buchdrucks und des Telegraphen; die Welt mußte sich bewundernd vor dem kühnen Grafen neigen, der mit zäher Energie, von vielen als Phantast betrachtet, im

stillen wohl gar bemitleidet, unter Drangabe seines Vermögens, durch keinen Fehlschlag entmutigt, seinem klar erkannten Ziel nachgestrebt hatte, bis er das widerspenstige Element bezwang. Hatte der Deutsche Ferdinand Braun aus Fulda (geb. 1850, Professor in Straßburg) und in seinen Spuren 1895 der Italiener Marconi die Luft durch die drahtlose Telegraphie zur Übermittlerin menschlicher Gedanken gemacht, so eröffnete sich nun die Aussicht, daß man auf Bahnen, die keiner Abnutzung unterliegen und keiner Erneuerung bedürfen, die Entfernungen des Erdballs werde überwinden können. Die Möglichkeit, das Luftschiff auch zu kriegerischen Zwecken zu verwenden, bedrohte das seemächtige und bisher unnahbare England mit einem Angriff durch festländische Gegner, vor denen es sich im Bewußtsein zur See selbst über zwei Gegner übermächtig zu sein völlig sicher gefühlt hatte. Freilich war den Deutschen eine herbe Enttäuschung beschieden. Zeppelin verlor auf einer zweiten (auf 24 Stunden berechneten) Fahrt, die ihn von Manzell über das Rheintal nach Mainz und von da zurück bis Stuttgart führte, am 5. August 1908 südlich von dieser Stadt bei dem Dorf Echterdingen sein Luftschiff: es ward durch einen jäh aufspringenden Wirbelsturm vom Anker losgerissen, gegen den Boden geschleudert und durch eine Explosion verbrannt. Aber das Unglück ward dem tapferen Mann und uns zum Heil; in einer patriotischen Erhebung ohnegleichen, wobei die einzelnen, alle Klassen des Volks und die Städte wetteiferten, wurden über 6 Millionen Mark (in genauer Summe 6005476 Mark 72 Pfennige) durch freiwillige Gaben zusammengebracht, mit deren Hilfe der Graf sich nun der Vervollkommnung seines Systems widmen konnte; das Reich übernahm sein neu erbautes Schiff nach einer gelungenen Probefahrt und bezahlte ihm selbst eine halbe Million als Ehrensold. Die mächtige patriotische Erhebung Deutschlands hinterließ in der ganzen Welt den tiefsten Eindruck; man sprach wieder von etwas anderem als unserem bevorstehenden Bankerott.

Um so niederdrückender war das Ereignis, das dem Wiederzusammentritt des Reichstags am 4. November unmittelbar vorausging. Ein englischer Privatmann — so beschrieb die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 30. Oktober den Sachverhalt —, der seinen Landsleuten beweisen wollte, daß der deutsche Kaiser ein warmer Freund Englands sei, stellte eine Anzahl von Äußerungen des Kaisers über sein Verhältnis zu England, welche bei verschiedenen Anlässen und

gegen verschiedene Personen gefallen waren*), zusammen und legte sie dem Kaiser mit der Frage vor, ob er die Veröffentlichung genehmige. Der Kaiser ließ den Entwurf des Artikels an den Reichskanzler Fürsten Bülow gelangen, der, gerade in Norderney zur Kur sich befindend, ihn nicht selber las, sondern ihn dem auswärtigen Amt mit der durch ein übliches Abkürzungszeichen ausgedrückten Weisung überwies ihn einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Das Zeichen, so ist mir von glaubwürdiger Seite gesagt worden, wurde dahin mißverstanden, daß die Prüfung nur auf die tatsächliche Richtigkeit der Angaben, nicht auf die politische Rätlichkeit ihrer Veröffentlichung sich zu beziehen habe; so erhob der in Abwesenheit des Staatssekretärs v. Schön, der in Berchtesgaden weilte, mit der Sache betraute geheime Rat Klehmet keine Bedenken, und die Erlaubnis zum Druck ward erteilt. Am 28. Oktober 1908 brachte das Londoner Blatt Daily Telegraph den Artikel**). Er erregte ungeheures Aufsehen in der ganzen Welt, da nach ihm der Kaiser und u. a. erklärt hatte: 1. in breiten Kreisen der mittleren und unteren Schichten des deutschen Volkes herrsche gegen England eine nicht freundliche Gesinnung; er, mit seinem unablässigen Bestreben die Beziehungen Deutschlands zu England zu verbessern, spreche gewissermaßen als Vertreter einer Minderheit der besten Elemente. 2. Er habe, als der Burenkrieg auf seiner Höhe war und Rußland und Frankreich an Deutschland das Ersuchen richteten sich mit ihnen zu verbinden, um England zur Beendigung des Kriegs aufzufordern, die Burenrepubliken zu retten und England bis in den Staub zu demütigen, geantwortet, daß Deutschland weit entfernt sei Englands Sturz herbeiführen zu wollen und sich stets von einer Politik fernhalten werde, welche es mit einer Seemacht wie England in Verwicklungen bringen könne. 3. Er habe im Dezember 1899 seiner Großmutter, der Königin Viktoria, einen von ihm selbst ausgearbeiteten Feldzugsplan gegen die Buren übersandt, nachdem er ihn dem Generalstab zur Kritik unterbreitet hatte, und dieser Plan sei dem ganz gleich gewesen, der von Lord Roberts angenommen und glücklich durchgeführt wurde. 4. Die deutsche Flotte sei zunächst zum Schutz des sich immer vergrößernden Handels bestimmt; aber Deutschland müsse auch für alle Möglichkeiten im fernen Osten vorbereitet sein, und es

*) Das englische Original gibt sich als Darlegung einer einzigen Unterhaltung des Kaisers mit einer Person.

**) Er ist im englischen Wortlaut abgedruckt in meiner politischen Jahresübersicht für 1908, S. 76—82.

könne geschehen, daß bei dem Aufsteigen Japans und bei Chinas möglichem Erwachen England einmal an dieser Flotte froh sein werde, wenn beide Länder dort gemeinsam in den großen Debatten der Zukunft ihre Stimme erheben würden. Der erste Satz war geeignet alle von wohlmeinenden Engländern und Deutschen seit drei Jahren unternommenen Bestrebungen, durch gegenseitige Besuche von Journalisten, Bürgermeistern und Geistlichen ein besseres Einvernehmen beider Nationen zu schaffen, gründlich zu stören und zum Scheitern zu bringen. Der zweite enthielt, wenn er auch sachlich den englischen Staatsmännern sicher nichts Neues sagte, doch eine öffentliche Bloßstellung der französischen und russischen Politik und mußte allen Mächten jeden Gedanken, daß man sich auf unsere Verschwiegenheit auch nur halbwegs verlassen könne, für lange Zeit austreiben; er schien ferner zu beweisen, daß wir (und nicht andere) das Zusammengehen der vereinigten Festlandsmächte gegen England, das politisch sehr viel für sich gehabt hätte, unmöglich gemacht hätten, und er ward endlich als plumper Versuch aufgefaßt, das 1904—07 geschaffene Einvernehmen Englands mit Frankreich und Rußland zu stören; er hatte deshalb die genau entgegengesetzte Wirkung. Der dritte Satz verletzte die gesamte deutsche Nation, welche — wie übrigens ganz Europa — seinerzeit aus Gerechtigkeitsgefühl für die Buren die entschiedenste Zuneigung bekundet hatte und auch an sich gesunden politischen Erwägungen über die Unerträglichkeit einer englischen Allgewalt über See gefolgt war, in allen ihren Gefühlen aufs tiefste. Der vierte Satz endlich mußte in China und Japan, vielleicht auch in den Vereinigten Staaten, welche nach der Herrschaft im stillen Ozean trachten, als Drohung empfunden werden und deshalb sofort auf unsere Handelsbeziehungen störend einwirken, für später aber zu unserer Verdrängung aus dem stillen Ozean anreizen. So war der Aufsatz des Daily Telegraph geeignet unermeßlichen Schaden zu stiften, und was das Urteil in England angeht, das günstig gestimmt werden sollte, so ist der Artikel des Schriftstellers Stead, der immer als Friedensapostel gegolten hatte, in der Daily Mail bezeichnend; selbst er schrieb: „Wenn die Mehrheit der Deutschen uns abgeneigt ist, so kann ein Automobilunfall oder ein anderes Unglück uns des einzigen Freundes berauben, den wir in Deutschland haben; England hat also keine andere Wahl als neue „Dreadnoughts" („Fürchte Nichts!" = Linienschiffe von mehr als 20000 Tonnen Wasserverdrängung) zu bauen, um sich gegen Pläne zu sichern, wie sie der Kaiser gütigst enthüllt hat." Durch

Deutschland hallte ein Schrei des Unwillens über die Veröffentlichung des Aufsatzes, der zugleich vor aller Welt zum so und so vielten Male zu erweisen schien, daß der Kaiser oft ohne Rücksicht auf die deutsche Volksseele, ohne Kenntnis derselben und ohne Zuratesziehung des verantwortlichen Reichskanzlers rein persönliche Politik mache. Der Reichskanzler erklärte dem Kaiser, nachdem das Unglück geschehen war, daß er, wenn er den Aufsatz vorher gelesen hätte, die Veröffentlichung widerraten haben würde; er betrachte sich aber (nach der Reichsverfassung mit Recht) als allein verantwortlich, decke die ihm untergebenen Beamten und bitte um seinen Abschied. Der Kaiser gab diesem Gesuch keine Folge; er genehmigte aber auf Antrag Bülows, daß der ganze Hergang veröffentlicht werde. Aus dieser Veröffentlichung ergab sich wenigstens das, daß der Kaiser in diesem Fall nicht sofort nach persönlichem Antrieb vorgegangen war, sondern in ganz korrekter Weise von seinem ersten Ratgeber über das verhängnisvolle Schriftstück Rat begehrt hatte. Freilich änderte das nichts an der ernsten, ja trostlosen Tatsache, daß der Kaiser selbst das Schriftstück gelesen und an der Drucklegung seinerseits nichts Gefährliches gefunden hatte, und auch nichts an der zweiten, ebenso trostlosen, daß bei der Prüfung des Artikels der Organismus des auswärtigen Amtes völlig versagt hatte. Unter diesen Umständen trat der Reichstag zusammen, und sofort brachte der nationalliberale Führer Bassermann eine Anfrage über den Vorfall ein, ein Beispiel, dem alle anderen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, folgten. Die Anfragen wurden am 10. und 11. November verhandelt. Der Reichskanzler Fürst Bülow verhehlte nicht, daß, wenn es so weiter gehe wie bisher, weder er noch ein anderer Reichskanzler die Verantwortung tragen könne; er erklärte offen, daß die Einreichung seines Abschiedsgesuchs ihm sehr leicht, dessen Zurücknahme aber sehr schwer gefallen sei. Im übrigen bestritt er die Genauigkeit des englischen Artikels namentlich im Punkt des Feldzugsplans, von dem der deutsche Generalstab amtlich nichts wisse und der nur aus „aphoristischen" (abgerissenen) Bemerkungen über Kriegführung im allgemeinen bestanden habe; er versicherte, daß ganz Deutschland einmütig sei in wohlwollenden Gesinnungen gegenüber von England wie von Japan. Dies bekräftigten sämtliche Redner mit allem Nachdruck; sie übten auch, was in monarchischen Staaten ein unerhörter Vorgang, aber jetzt nicht mehr zu verhindern war, die freimütigste Kritik an der persönlichen Politik des Kaisers und forderten Bürgschaften dafür, daß es künftig anders werde

und bleibe. Mit sehr wenigen Ausnahmen war der Ton der Verhandlung ein ernster, würdevoller, der auch im Ausland einen tiefen Eindruck hervorrief. Als der Kaiser, der die ganze Zeit über zuerst beim österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand war oder beim Fürsten Max Egon von Fürstenberg in Donaueschingen jagte, endlich wegen des Todes seines Generaladjutanten Grafen v. Hülsen-Häseler nach Berlin zurückkehrte, erstattete ihm der Reichskanzler, der vorher sich der Zustimmung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten (12. November), des Bundesrats selbst und des preußischen Staatsministeriums versichert hatte, am 17. November im neuen Palais zu Potsdam Bericht. Darauf erschien im Reichsanzeiger folgende amtliche Mitteilung: „Der Kaiser hörte den Vortrag des Reichskanzlers mit großem Ernst an und gab seinen Willen dahin kund: unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik erblicke er seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin die Stetigkeit der Politik des Reichs unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Demgemäß billigt Seine Majestät die Ausführungen des Reichskanzlers und versichert ihn seines fortdauernden Vertrauens.“ Die Gerechtigkeit verlangt die Feststellung der Tatsache, daß der Kaiser sein Versprechen redlich gehalten und nachher keinen Anlaß mehr zu berechtigter Kritik in der angegebenen Richtung gegeben hat.

Fünfzehntes Kapitel
Balkanwirren 1908—1912

Die politische Lage Europas war bisher schon unruhig gewesen, da der wachsende Zusammenschluß Englands, Frankreichs und Rußlands einerseits und der nur mühsam unterdrückte Gegensatz Italiens und Österreichs in den Fragen Welschtirols, der Adria und des Balkans andrerseits alle bisherigen Verhältnisse zu unterwühlen drohte. Auf die Gefälligkeiten Eduards VII. 1905 in Portsmouth folgte der englisch-russische Vertrag über Asien 1907 und eine Zusammenkunft des englischen Königs Eduard VII. und des Zaren Nikolaus II. am 9. Juni 1908 auf der Reede von Reval. Ohne daß über die dabei gefaßten Entschlüsse amtlich etwas bekannt geworden wäre, wurde die Zusammenkunft an sich schon als ein Anzeichen dafür gedeutet, daß eine entente cordiale zwischen England und Rußland zustande gekom-

men sei, und insbesondere glaubte man Grund zur Annahme zu haben, daß beide Herrscher über die Aufteilung der Türkei in einem englischen und einen russischen Einflußbereich einig geworden seien*). Früher hatte England es als eines seiner Lebensinteressen angesehen, die Türkei zu schützen; 1854 hatte es zu diesem Zweck den Krimkrieg eröffnet; noch 1878 hat es Beaconsfield deshalb auf einen Kampf mit Rußland ankommen lassen. Seit aber die Türkei sich in den Schutz Deutschlands begeben hatte, war Englands Interesse an ihrem Bestand dahin; jetzt schien es nützlicher das ottomanische Reich ebenso wie Persien in eine russische und eine englische Sphäre aufzuteilen. Die Türken jedenfalls sahen es als handbegreiflich an, daß ihr einstiger treuer Freund England und ihr alter Feind Rußland nunmehr gegen sie einig geworden seien, und das beschleunigte den Sturz des absoluten Regiments am goldenen Horn und den Sieg des Verfassungsgedankens (I 145). Dieses Ereignis wirkte wieder weiter, indem die Frage entstand, ob auch in der Herzegowina und in Bosnien, welche staatsrechtlich noch dem türkischen Reiche angehörten, wenn schon sie tatsächlich seit 1878 österreichisch waren, Wahlen zu dem türkischen Parlament vorgenommen werden sollten. Wenn dies geschah oder auch nur angeregt wurde, so war Österreichs Stellung in jenen Ländern naturgemäß erschüttert. Noch im Februar 1908 hatte der auswärtige Minister Franz Josephs, Freiherr v. Ährenthal, in den Delegationen mitgeteilt, daß der Sultan die Fortsetzung der bosnischen Bahnen von Uwatsch nach Türkisch-Mitrowitza zugestimmt habe, wodurch eine direkte Verbindung Österreichs mit Saloniki, dem großen Handelsplatz am ägäischen Meere, gewonnen werden würde. Dieser (dem Berliner Kongreß von 1878 durchaus gemäße) Plan erregte aber in Rußland, Serbien, Montenegro und selbst in Italien als ein Versuch Österreichs die Balkanhalbinsel wirtschaftlich zu beherrschen großes Mißbehagen und rief den Plan hervor, durch eine Querbahn von dem serbischen Radujewatz über Mitrowitza nach Dulcigno an der montenegrinischen Küste den österreichischen Einfluß zu durchkreuzen. Ährenthal hielt es für klug

*) Daß dabei keine Maßregeln gegen Deutschland ins Auge gefaßt worden seien, hat der russische Minister des Auswärtigen Iswolskij (der im Mai 1906 dem Grafen Lambsdorff nachfolgte) nach der Mitteilung des Fürsten Bülow im deutschen Reichstag vom 7. Dezember 1908 ausdrücklich erklärt. Selbstverständlich ist dieser Erklärung nach den Erfahrungen des Jahres 1914 nicht der mindeste Wert beizumessen.

dieser Querbahn amtlich nicht entgegenzutreten; aber der Vorgang steigerte doch naturgemäß in Wien die Neigung, sich der „okkupierten“ Provinzen fester zu versichern; eine Stimmung, welche namentlich der Thronfolger Franz Ferdinand genährt haben soll, und welche dadurch noch bekräftigt wurde, daß der englische Minister Grey im Unterhaus zur Rache für Ischl (S. 60) den österreichischen Eisenbahnplan unfreundlich besprach; er deutete an, daß die Türkei von Österreich um diesen Preis die Möglichkeit erkauft habe in Makedonien nicht zu reformieren. Eine sich immer kühner auch in Ungarn, besonders in Kroatien, hervorwagende sogenannte großserbische Agitation, welche alle Serben des Königreichs Ungarn, Bosniens, der Herzegowina, Montenegros und der Türkei zu einem großen Staat zusammenschließen wollte, wie ihn um 1350 der serbische König Stephan Duschan beherrscht hatte, trieb die österreichischen Staatsmänner noch stärker zur Abwehr an. Als die erwähnte Verfassungsfrage dazu kam, entschloß man sich in Wien zu einem entscheidenden Schritt: am 5. Oktober richtete der Kaiser an die Ministerpräsidenten von Österreich und Ungarn ein Schreiben, daß er sich bewogen gefunden habe die Rechte seiner Souveränität und die in seinem Hause geltende Erbfolge auch auf Bosnien und die Herzegowina auszudehnen; d. h. diese Länder wurden (unter Gewährleistung ihrer Rechte, Sitten und Religionen) für Bestandteile der Doppelmonarchie erklärt, das tatsächliche Verhältnis also auch zu einem rechtlichen gemacht — freilich ohne Befragung und Zustimmung des rechtmäßigen Souveräns und der Großmächte, von welchen Österreich 1878 den Auftrag der Besetzung der zwei Länder empfangen hatte, durch eine einseitige Maßnahme Österreich-Ungarns. Um den Sultan mit diesem gewaltsamen Schritt auszusöhnen, kündigte der Kaiser gleichzeitig an, daß Österreich die Orte im Sandschak Novibasar, die es im April 1879 in Gemeinschaft mit türkischen Truppen besetzt hatte, dem Sultan zurückgebe, was auch sofort ausgeführt ward; der Sandschak kehrte damit unter die ausschließliche Hoheit Abdul Hamids zurück. Am gleichen 5. Oktober 1908 erklärte Fürst Ferdinand, der bereits im September den durch Bulgarien laufenden Teil der (rechtlich der Türkei gehörigen, aber an eine Gesellschaft verpachteten) Orienteisenbahn von Sofia nach Stambul in Besitz genommen hatte, sich in der Kirche der alten Hauptstadt Tirnowa zum Zaren (König) von Bulgarien und sprach die Unabhängigkeit seines bis dahin dem Sultan untergebenen und tributpflichtigen Landes

aus. Daß ein Zusammenhang zwischen den in auffallender Weise zusammentreffenden Maßnahmen in Wien und Tirnowa bestanden hat, ist sehr wahrscheinlich; es ward aber von Wien aus bestritten. Die türkische Regierung erließ zunächst einen Protest gegen das österreichische und bulgarische Vorgehen, enthielt sich jedoch militärischer Gegenwehr; die muselmännische Bevölkerung ward aber sehr erbittert, mehr noch gegen Österreich-Ungarn als gegen Bulgarien, und gab ihren Gefühlen Ausdruck durch einen Boykott aller österreichischen Waren, infolgedessen die Dampfer des österreichischen Lloyd ihre Ladungen nirgends mehr löschen konnten.

Von den Großmächten hätte Rußland um den Preis der Aufhebung des Meerengenvertrags von 1841, der Bosporus und Dardanellen in Friedenszeiten für fremde Kriegsschiffe sperrte, dem österreichischen Vorgehen zugestimmt; es hätte dann den großen Erfolg eingeheimst, daß seine Flotten in der Ostsee und im schwarzen Meer in Verbindung treten konnten. Da aber sein guter Freund England davon wenigstens damals nichts wissen wollte, warf Iswolskij, der mit Ährenthal 1909 auf Schloß Buchlau in Mähren Besprechungen in jenem Sinn gehabt hatte, seine Politik plötzlich herum und trat dem Standpunkt Englands und Frankreichs bei, daß, was Europa 1878 beschlossen habe, auch nur Europa abändern könne, daß also das einseitige Vorgehen Österreich-Ungarns eine rechtlich gültige Lage nicht zu schaffen vermöge; eine solche könne nur durch einen neuen europäischen Kongreß erzielt werden. Auf einen solchen wollte sich aber Österreich erst dann einlassen, wenn vorher durch Sonderverhandlungen der nächst Beteiligten wenigstens die Hauptfragen erledigt seien, ganz so, wie das 1878 auch geschehen war. Die englische Presse benahm sich gegen Österreich so unfreundlich, daß die Wiener Blätter bittere Klage führten und besonders die „Neue Freie Presse“ England beschuldigte, es hetze jetzt, wie früher schon oft, die festländischen Völker absichtlich gegeneinander und „wolle ein Feuer anblasen, um seinen Kochtopf daran zu rücken“. Man traute seinen Augen und Ohren nicht: derselbe Minister Sir Edward Grey, welcher unter völliger Preisgabe der Traditionen der englischen Politik am goldenen Horn noch im März Makedonien hatte von der Türkei als einem Trabanten Deutschlands losreißen wollen und der überhaupt den Zerfall der Türkei in selbständige Landschaften unter Englands Ägide betrieb, gebärdete sich jetzt als den eifrigsten Freund der konstitutionell gewordenen Türkei, ohne Zweifel nur, weil er damit dem mit Deutschland verbündeten

Österreich sich unangenehm erzeigen konnte. Der Admiral Fisher, die die Quelle aller Schwierigkeiten stets in Deutschland sah, kam wieder auf seinen Vorschlag von 1905 zurück und wollte die deutsche Flotte durch einen Handstreich ohne alle Kriegserklärung erledigen; dann werde alles glatt sein. Italien benahm sich zweideutig; der Minister Tittoni bezeichnete im Parlament am 4. Dezember die Lage, welche Österreich geschaffen habe, als schwierig und ungewiß und als störend für die Politik Italiens; doch beteuerte er das Festhalten am Dreibund. Frankreich zeigte sich diesmal friedliebend, aber nur, weil sein russischer Bundesgenosse militärisch seit 1905 noch nicht wieder schlagkräftig geworden war und es allein die Knochen seiner Grenadiere für Bosnien nicht riskieren wollte; der Minister Pichon fand sich mit Bülow im Bestreben nach Ausgleichung der Gegensätze zusammen. Am ungebärdigsten betrugen sich die Serben und ihre Volksgenossen, die Montenegriner; sie wetterten in allen Tonarten über Österreich-Ungarn, das den Traum von einem beim Zusammenbruch der Türkei zu errichtenden großserbischen Reich rauh durchkreuzt hatte, verständigten sich über ein eventuelles Zusammenwirken und gingen darauf aus das Kriegsfeuer zu entfachen, in der Hoffnung Rußland 1909 ebenso gegen Österreich mit fortzureißen, wie das 1877 gegen die Türkei geglückt war. Der Ministerpräsident Pasitsch verlangte aus diesen Gedanken heraus im Kronrat Ende Dezember, daß Serbien an Österreich kurzerhand Krieg erkläre; Iswolskij winkte aber sehr entschieden ab: „wir werden den Krieg führen," sagte er nach dem Zeugnis des serbischen Geschäftsträgers in Berlin, Boghitschewitsch, „aber jetzt kann es noch nicht sein." Die serbische Skupschtina forderte nun am 3. Januar 1909 1. eine Gebietsentschädigung für Serbien als Ausgleich für Österreichs Vergrößerung und 2. die Gewährung der Autonomie für die beiden Landschaften, wodurch diese der österreichischen Leitung entschlüpfen mußten und die Verwirklichung des großserbischen Gedankens in späterer Zukunft offen gehalten wurde. Der serbische Kronprinz Georg, der vor allem den Brand schürte und der ernster zu nehmen war, als ihn entstellende Berichte ungarischer Blätter schilderten, reiste im November nach St. Petersburg, und wenn auch Iswolskij ihn vor überstürztem Beginnen warnte und darauf verwies, daß Rußland selbst 1876 Österreich den Besitz von Bosnien und der Herzegowina vertragsmäßig zugesichert habe (I 114), so war es doch bezeichnend, daß Zar Nikolaus II. den Prinzen überhaupt ankommen ließ und das auf den

2. Dezember 1908 fallende 60jährige Regierungsjubiläum des Kaisers Franz Joseph seitens des Zarenhofes fast unbeachtet blieb. Offenbar war es der russischen Politik darum zu tun, Rußland wieder als den mächtigen Freund und Beschirmer der Balkanslawen erscheinen zu lassen; die Mürzsteger Politik des Zusammengehens mit Österreich auf dem Balkan war über Bord geworfen. Deutschland hielt dem Bund von 1879 gemäß treu zu Österreich und ließ nirgends einen Zweifel bestehen, daß, im Fall sein Verbündeter von Rußland angegriffen werden sollte, es ihm mit gesamter Heereskraft helfen werde.

Diese Festigkeit trug ihre Früchte. Nach so vielem Gerede, daß Deutschland eingekreist und vereinzelt sei, ward die uns abgeneigte Welt wieder mit einem Mal inne, welche ungeheure Kraft in den 60 Millionen Deutscher schlummerte, und selbst der Pariser Temps, der uns bisher unausgesetzt „des immer noch festgehaltenen bismarckischen Strebens nach Unterjochung Europas" bezichtigt hatte*), richtete zu Anfang des Januar warnende Worte an England „nicht auf einen Krieg hinzudrängen, bei dem sein eigenes Wagnis freilich sehr gering wäre, und Deutschland eine neue Orientierung seiner Politik im Sinne europäischer Gleichheit nicht aus Handelsrivalität zu erschweren." Das später zu erwähnende Abkommen Deutschlands und Frankreichs über Marokko am 9. Februar 1909 zeigte der Welt, daß diese beiden Mächte nicht gesonnen seien sich jetzt zu zerfleischen, und der Besuch, den König Eduard VII. am 10. Februar mit seiner Gemahlin Alexandra von Dänemark endlich — im neunten Jahr seiner Regierung! — seinem Neffen in Berlin abstattete, konnte als Beweis gelten, daß der schlaue und zähe Mann seine Politik als vorerst gescheitert erkannte und der lange auf die Sehne gelegte Pfeil nicht vom Bogen fliegen werde. Schließlich tat auch Ährenthal etwas, was er, um jeden Schein mangelhaften österreichischen Rechts abzuschneiden, bisher verweigert hatte: er verließ den unbilligen Standpunkt, daß Österreich dem Sultan keine Gegenleistung schulde als die Rückgabe von Novibasar, daß es also die zwei Länder ihrem rechtlichen Eigentümer nehmen und deren Schulden ihm großmütig lassen könne; er ging auf die Forderung der Türken nach einer ausgiebigen Abfindung ein. Am 26. Februar 1909 ward auf dieser Grundlage in Konstantinopel ein Protokoll unterzeichnet, das folgende Punkte enthielt: 1. Österreich-Ungarn verzichtet auf alle Rechte über Novibasar,

*) Siehe in meiner „Politischen Jahresübersicht für 1908", S. 86 einen hiefür bezeichnenden Text.

wogegen die Türkei den vom Kaiser Franz Joseph in Bosnien und der Herzegowina geschaffenen Zustand anerkennt. 2. Den Muselmännern in beiden Ländern wird Freiheit der Religionsübung und Gleichheit in bürgerlichen und politischen Rechten mit den Christen gewährleistet. 3. Als Ersatz für die Staatsgüter in beiden Ländern zahlt Österreich-Ungarn dem Sultan binnen 14 Tagen 2½ Millionen türkische Pfund (zu 18 Mark 44 Pfg., also etwas über 46 Millionen Mark). 4. Österreich wird binnen zwei Jahren mit der Türkei einen Handelsvertrag abschließen; es stimmt ferner einer Erhöhung der türkischen Wertzölle von 11 auf 15% zu und stellt die Aufhebung des Vorrechts seiner Untertanen auf besondere Gerichte (sog. Kapitulationen) und die Aufhebung der besonderen österreichischen Postämter in der Türkei in Aussicht, sobald die anderen Mächte dasselbe tun. Noch im April 1908 hatte Italien durch Kriegsdrohungen den Sultan gezwungen die Errichtung italienischer Postämter da zu gestatten, wo die anderen Großmächte solche Ämter unterhielten, in Konstantinopel, Valona, Saloniki, Smyrna und Jerusalem; jetzt ward die Beseitigung aller solcher fremdherrlichen Anstalten auf türkischem Boden in Aussicht genommen. Der 26. Februar 1909 war ein bedeutsamer Tag in der Geschichte Österreich-Ungarns; er machte es wieder zu einer Balkanmacht, was es vorübergehend schon 1718—39 infolge des Siegs des Prinzen Eugen bei Belgrad gewesen war, und er ermöglichte die Herstellung der — für Europa und uns im besonderen wichtigen — Freundschaft zwischen dem Kaiserstaat und dem osmanischen Reich. Der Großwesir Hüssein Hilmi, der frühere Generalinspektor von Makedonien, welcher am 13. Februar an Stelle des von Kammer und Heer mit Mißtrauen betrachteten greisen Kiamil getreten war, erließ sofort den Befehl den Boykott als unpatriotisch einzustellen; die Lastträger in Saloniki nahmen die Arbeit für den Lloyd unter Hochrufen auf die Türkei und Österreich wieder auf.

Serbien wurde am 2. März von Rußland, dem sich die Gesandten von England, Frankreich und Italien anschlossen, aufgefordert auf seine Ansprüche zu verzichten; es antwortete, daß es die Angelegenheit den Großmächten überlassen wolle. Dabei ward es von der Hoffnung geleitet, daß Österreich dadurch zur Annahme des Kongresses werde gedrängt werden und daß auf diesem die oben erwähnten Forderungen wenigstens zum Teil durchgesetzt werden könnten. Die serbischen Rüstungen wurden nicht eingestellt, und ein serbisches Blatt verstieg sich zu der lächerlichen Drohung, daß Serbien mit seiner nationalen

Kraft den morschen Kaiserstaat zertrümmern werde. Österreich traf entsprechende Gegenmaßregeln, die aber wegen ihrer großen Kosten ein baldiges Biegen oder Brechen notwendig machten. Angesichts der Gefahr, daß durch die Halsstarrigkeit eines kleinen, eine größere Vergangenheit nicht vergessenden Volkes Europa gegen seinen Willen und gegen alle Vernunft in einen furchtbaren Krieg hineingerissen wurde, trat Deutschland — so hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 1. April den Sachverhalt „authentisch und endgültig" festgestellt — in einer den überlieferten freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland entsprechenden (also keineswegs, wie russische, englische und französische Blätter grollend sagten, drohenden)*) Weise an Rußland mit dem Gedanken heran, daß die Mächte auf den von Österreich auszusprechenden Wunsch einzeln in Noten ihre Zustimmung zur Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrags geben, also die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina anerkennen sollten. Damit „sollte Serbien der Vorwand entzogen werden, seine Unnachgiebigkeit mit dem Hinweis auf die Haltung der Mächte gegenüber der Einverleibung zu begründen." Der russische Minister Iswolski sah in diesem durch den deutschen Gesandten Graf Pourtalès ihm unterbreiteten Vorschlag Deutschlands die Möglichkeit seinen Staat aus einer schlimmen Sackgasse herauszuführen; sein Gehilfe Tscharykow sagte geradezu: „Deutschland hat Rußland einen großen Dienst geleistet." In der Tat: Rußland mußte ohne die deutsche Vermittlung entweder um Serbiens willen Krieg mit Österreich und auch mit Deutschland führen, was (vollends in Anbetracht der noch nicht überwundenen Folgen der Niederlage gegen Japan) ein verzweifeltes Unterfangen war, oder es mußte Serbien der Züchtigung durch Österreich überlassen und damit sein Ansehen auf dem Balkan schwer schädigen. Vergebens suchten der englische Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey und noch mehr der verbissenste Deutschenhasser, den es gab, der englische Botschafter in St. Petersburg, Nicolson, die Russen scharf zu machen. Grey deutete sogar an, daß England ihnen bewaffnet beistehen werde: die öffentliche Meinung, gab er dem russischen Geschäftsträger zu ver-

---

*) Mir hat mein Jugendfreund v. Kiderlen-Wächter am 16. April 1911 erzählt, daß er zwei Tage an der nach St. Petersburg zu richtenden Note gearbeitet habe und bemüht gewesen sei ihr den wirksamsten freundschaftlich-ernsten Ton zu geben: er habe die Sache als eine seiner bedeutsamsten Aufgaben angesehen, was leicht zu glauben ist. Von einem deutschen „Ultimatum" zu sprechen ist jedenfalls ganz verfehlt.

stehen, sei genügend vorbereitet, um einen solchen Schritt zu billigen. Iswolskij fuhr doch lieber zu seinem Zaren nach Zarskoje Selo hinaus, und der Zar nahm am 26. März in richtiger Erkenntnis der Lage den Vorschlag Deutschlands an. Die andern Mächte folgten nach, und nun mußte Serbien sich knirschend unterwerfen. Am 31. März ließ es in Wien durch seinen Gesandten Simitsch eine von den Mächten ihm vorgeschriebene Erklärung vom 30. abgeben, laut deren es anerkannte, daß die Einverleibung der zwei Landschaften seine Rechte nicht berühre, daß es seinen Protest dagegen aufgebe und künftig mit Österreich-Ungarn auf freundschaftlichem Fuß leben wolle; demgemäß werde es sein Heer auf den Stand vom Frühjahr 1908 zurückführen. Damit war die Balkankrise, soweit sie durch Österreich-Ungarns Vorgehen veranlaßt war, im wesentlichen abgeschlossen; der Kronprinz Georg, die Seele der Kriegspartei, verzichtete am 27. März auf sein Thronfolgerecht, das an seinen Bruder Alexander überging. Um Montenegro und dadurch Italien (vgl. I 335) etwas zu bieten, entschloß sich Ährenthal aus freiem Antrieb am 5. April zur Aufhebung des Artikels 29 des Berliner Vertrags, der Österreich die Handhabung der See- und Gesundheitspolizei an der montenegrinischen Küste und damit ein Aufsichtsrecht im Osten der Adria zugeteilt hatte; dies erregte Italiens Eifersucht. Der Fürst von Montenegro, Nikita, nahm auf ein einstimmiges Ersuchen der von ihm 1905 seinem Volk gewährten Skupschtina am 28. August 1910 den Königstitel an.

Mit Bulgarien verhandelte die Pforte seit Monaten über einen Ausgleich; sie verlangte als Ersatz für den Tribut, zu welchem das Fürstentum 1878 verpflichtet worden war, und für den in Bulgarien gelegenen Teil der orientalischen Eisenbahn 150 Millionen Franken, während Bulgarien nur 82 Millionen geben wollte. Rußland schlug sich ins Mittel und bot an, daß die türkische Forderung an der Summe abgezogen werde, welche ihm die Türkei noch von 1878 her (als nicht ganz abgezahlte Kriegsschuld) zu entrichten hatte; durch diesen Vorschuß gedachte es Bulgarien sich zu verpflichten. Am 16. März schlossen Iswolskij und der türkische Minister des Auswärtigen Rifaat in St. Petersburg ein Abkommen auf dieser Grundlage ab; die Türkei ging dabei auf 125 Millionen Fr. herunter, worin die Entschädigung für die an Bulgarien übergehende Orientbahnstrecke inbegriffen war, und verpflichtete sich „Bulgariens Unabhängigkeit nicht länger zu widerstreben“. Damals wurden auch schon Fäden zwischen Sofia und St. Petersburg gesponnen, die ein Bündnis gegen Österreich bezweckten.

Nicht lange nach dem Abschluß dieses Vertrags brach in Konstantinopel am 13. April 1909 ein Soldatenaufstand los, der an der Unzufriedenheit der hauptstädtischen Truppen über das auf die Truppen in der Provinz sich stützende jungtürkische Regiment Nahrung fand, aber am letzten Ende doch von Abdul Hamid hervorgerufen war; dieser hoffte sich mit Hilfe dieses Aufruhrs wieder in den Besitz seiner früheren unbeschränkten Gewalt zu setzen. Die Meuterer ermordeten etwa 200 Offiziere, welche sich der Bewegung nicht anschließen wollten. Allein sofort erhoben sich die Heeresteile, welche 1908 die Gewährung der Verfassung erzwungen hatten, das 2. Korps in Adrianopel und das 3. in Saloniki, zur Rettung der Freiheit. Mit einer Raschheit und Tatkraft, welche die höchste Achtung erweckten, rückte der General Mahmud Scheffet an der Spitze von 30000 Mann auf die Hauptstadt los und nahm sie am 24. April trotz heftiger Gegenwehr der Meuterer mit Sturm, wobei 1100 Mann getötet, 1800 verwundet wurden. Darauf ward nach kurzem Schwanken, ob man sich damit begnügen sollte Abdul Hamid durch Entziehung jeder Macht unschädlich zu machen, der Scheich ül Islam, Zia-ed-din, das geistliche Oberhaupt der Muselmänner, zu einem Ausspruch aufgefordert, ob ein mit Mord befleckter und meineidiger Mann noch länger Kalif sein könne; und als das Urteil (Fetwa) verneinend lautete, wurde der Sultan am 27. April durch Beschluß der aus dem Senat und der Kammer bestehenden Nationalversammlung abgesetzt und nach Saloniki in ein wohl verwahrtes Landhaus gebracht*). Zum Sultan ward Abdul Hamids 64jähriger Halbbruder Reschad (geb. 3. November 1844) als ältestes Glied des Herrscherhauses ausgerufen; er nahm den Namen Mehemed (türkisch = Mohammed) V. an. Er war bisher in völliger Abschließung von allem tätigen Leben gehalten worden, ohne politische Erfahrung und also ein gefügiges Werkzeug in der Hand der Jungtürken. Auf ihre Veranlassung verließ er am 27. Oktober 1909 unter Aufgabe des Herkommens Stambul, machte eine Reise nach Brussa in Bithynien zu den Gräbern seiner Ahnherrn und nahm auch auf Betreiben Mahmud Scheffets, der anfangs 1910 Kriegsminister wurde, an den Manövern dieses Jahres teil. Das jungtürkische Regiment betätigte in der Leitung des Staates große Energie. Das Heerwesen wurde unter erneuter Beiziehung des Generals v. d. Goltz noch weiter

*) Nach Ausbruch des Weltkriegs ist er nach Konstantinopel übergeführt worden, dort am 10. Februar 1918 gestorben und mit hohen Ehren bestattet worden.

verbessert; auf Grund des Gesetzes vom 20. Oktober 1909 wurden auch die Christen zum Kriegsdienst herangezogen; das Heer ward am 1. August 1910 in 14 Korps (statt bisher in 7) eingeteilt mit den europäischen Standorten Konstantinopel, Adrianopel, Saloniki, Rodosto, Kirkilissi, Üsküb, Monastir. Am 13. August 1910 ward auch die von Abdul Hamid sehr vernachlässigte Flotte durch zwei in Berlin um 18 Millionen Mark angekaufte, uns entbehrliche, aber noch durchaus brauchbare Linienschiffe (Weißenburg und Friedrich Wilhelm der Große) verstärkt. Der Versuch Frankreichs, anläßlich eines Anleihegesuchs der Türkei die ottomanische Finanzverwaltung unter französische Aufsicht zu stellen, wehrte der geschickte und zähe Finanzminister Dschawid 1910 stolz ab, und die Türkei erhielt durch Vermittlung der deutschen Diplomatie, die seit 1910 unter der kraftvollen und zielbewußten Leitung des Schwaben v. Kiderlen-Wächter stand, am 10. November 1910 von der deutschen Bank die benötigten 11 Millionen türkische Pfund (etwa 200 Millionen Mark). Das freundschaftliche Verhältnis der Türkei zu uns ward durch diesen klugen Schachzug (dem am 28. September eine ähnliche Hilfe für Ungarn vorausgegangen war) sehr befestigt. Freilich ist nicht zu leugnen, daß die Jungtürken durch ihre scharfe Betonung des Zentralismus und der führenden Stellung der eigentlichen Osmanen die andern Nationalitäten vor den Kopf stießen. Die Gesetzesbestimmung, welche alle auf Rassen- und Religionsunterschieden beruhenden Vereine schlechtweg verbot, ging am 20. Juli 1909 in der Kammer nur mit 90 gegen 69 Stimmen durch. Bulgaren, Griechen, Albanesen, Araber, aus deren Vertretern die auf provinzielle Selbstregierung hinarbeitende „liberale Union" bestand, protestierten „gegen das Bestreben der führenden Nationalität unter dem Aushängeschild des Parlamentarismus die frühere Unterdrückung der anderen Stämme fortzusetzen; gleiche Opfer setzen auch gleiche Rechte voraus" (Erklärung des bulgarischen verfassungsmäßigen Klubs von Saloniki am 13. September 1909). Die Albanesen, von Montenegro insgeheim aufgewiegelt und unterstützt, griffen im Frühjahr 1910 und wieder 1911 zu den Waffen, um ihre alten, freilich mit einem modernen Staatswesen kaum vereinbaren, Rechte zu wahren, wurden aber von Torgut Scheffet Pascha größtenteils mit Gewalt unterworfen; die Malissoren und die römisch-katholischen Miriditen im westlichen Teil des Landes erwehrten sich aber des türkischen Angriffs. Graf Ährenthal gab durch einen Artikel des halbamtlichen Wiener „Fremdenblattes" vom 8. Juni 1911 der Pforte den Rat mil-

dere Saiten aufzuziehen und das albanesische Volk, statt es mit Härte und Schonungslosigkeit zu beugen, lieber zu versöhnen. Die hohe Pforte zeigte sich diesem Rat auch zugänglich und verhieß denen Straflosigkeit, die sich binnen einer bestimmten Frist unterwerfen würden. Der Sultan erschien persönlich vor Saloniki her, wo er am 8. Juni einzog, in Albanien und hielt am 16. Juni auf dem altberühmten „Amselfeld" bei Prischtina vor 100000 Albanesen ein Selamlik (Empfang mit Gottesdienst und Parade), spendete auch 50000 Pfund zur Befreiung von Albanesen aus der Schuldhaft und zum Ausgleich in Fällen von Blutrache. Auch in Arabien, auf dessen Küsten England um des Seewegs nach Indien willen gern von Adên aus die Hand gelegt hätte, entstand eine autonomistische Bewegung unter der Bevölkerung, welche auf ihre große Vergangenheit stolz war und sich den Türken kulturell weit überlegen fühlte. Die Festung Sana wurde 1910 und 1911 von aufrührerischen Scharen unter den Führern Idris und Jahia belagert, aber am 5. April 1911 durch die Türken entsetzt, die dann am 14. Juni in Assyr eine Niederlage erlitten. Die Altgläubigen murrten über das Aufkommen westlicher Sitten, vermöge deren am Beiramfest 1909 die bisher von der Welt fast ganz abgesperrten Frauen des Hofes beim Empfang des Sultans erschienen. Im April 1911 entstand über diesen Dingen eine Krisis in der jungtürkischen Partei selbst, deren konservativer Flügel mehr Rücksicht auf die Stellung des Sultans und die muselmännischen Sitten verlangte; doch wurde eine Spaltung verhütet. Weil in der Kammer für die Aufhebung des Artikels 35 der Verfassung, der dem Sultan die Auflösung der Kammer nur mit Zustimmung des Senats erlaubte, eine Zweidrittelmehrheit nicht zu erlangen war, wurde die Kammer am 17. Januar 1912 aufgelöst. Die Neuwahlen ergaben abermals einen großen Sieg der Jungtürken über die andern Parteien, und die neue Kammer stimmte am 23. Juni 1912 der vom Ministerium geforderten Abänderung des Artikels 35 zu, wonach der Sultan kraft eigenen Rechts die Kammer aufzulösen befugt ist.

Der jungtürkische Wahlsieg war aber ein Pyrrhussieg; er war nur errungen worden durch rücksichtslose Anwendung der Machtmittel der Regierung und hatte demgemäß einen heftigen Rückschlag in der Bevölkerung zur Folge. Auf die Aussicht einer verschärften Anwendung der zentralisierenden Regierungsgrundsätze antwortete ein erneuter Aufstand der Arnauten in Albanien, und als das Ministerium Said zu Gewaltmaßregeln schritt, versagte das Offizierskorps, der

jungtürkischen Politik müde und ihrer Gefahren inne geworden, die Heeresfolge. Die Offiziere verlangten die Ernennung eines anderen Kabinetts, die Arnauten die Auflösung der Kammer, auf welche allein das jungtürkische Regiment sich noch stützte. Beides ward auch erreicht. Im Gefühl, daß die Mehrheit des Volkes sich von den Jungtürken abgewandt habe, entließ der Sultan zuerst den verdienten Kriegsminister Mahmud Scheffet und bald hernach das ganze Ministerium Said am 18. Juli und ernannte am 23. Mukhtar, den Feldherrn, der 1878 gegen die Russen erfolgreich gefochten hatte und dann 20 Jahre lang türkischer Vertreter in Ägypten gewesen war, trotz seiner 80 Jahre zum Großwesir. Mukhtar ließ 130 Minister und Großwürdenträger Abdul Hamids, welche die Jungtürken zu lebenslänglicher Haft verurteilt hatten, begnadigen, erwirkte vom Senat einen Beschluß, nach welchem die Kammer bloß zur Abänderung des Auflösungsartikels gewählt, also nach dessen Erledigung am Ende ihres Daseins angelangt war, und löste unter militärischem Aufgebot am 5. August die Kammer auf. Neuwahlen sollten binnen drei Monaten stattfinden; zur Abwehr etwaigen jungtürkischen Widerstands ward der Belagerungszustand über Konstantinopel und andere Städte verhängt. Während die Neuwahlen vorbereitet wurden, traten die Ereignisse ein, welche alle inneren Zwistigkeiten in den Hintergrund drängten: die mit Italien im Krieg liegende Türkei wurde von den vier christlichen Balkanstaaten angegriffen, welche die Gelegenheit zur endgültigen Abrechnung mit den Türken für günstig erachteten.

Der Gegensatz, der sich 1908—09 zwischen Österreich und Rußland anläßlich der bosnischen Frage aufgetan hatte, führte zu einer Unterbrechung der regelmäßigen geschäftlichen Beziehungen beider Reiche, die auf die Dauer unhaltbar war. Da man Krieg in St. Petersburg natürlich nach Erledigung des Streits noch weniger führen wollte als vorher, blieb vernünftigerweise nichts anderes übrig als einzulenken; es wurden Verhandlungen angeknüpft, und am 20. März 1910 erging von St. Petersburg aus eine amtliche Erklärung, wonach beide Reiche betreffs der Balkanfragen vollkommen übereinstimmten, insofern beide Erhaltung des bestehenden Zustandes und Förderung der neuen Verhältnisse in der Türkei und des Wohls der übrigen Balkanstaaten erstrebten. Darauf wurden die korrekten diplomatischen Beziehungen hergestellt. Von einer wirklichen Aussöhnung war aber keine Rede; man knirschte in St. Petersburg über den dem Zarenreich in der serbischen Frage aufgezwungenen

Rückzug, und wenn auch der unruhige Iswolskij als Botschafter nach Paris ging und Sasonow das Auswärtige übernahm, so war es ein großer Irrtum daraus einen Umschwung der russischen Balkanpolitik zu erhoffen. Sasonow dachte in der Sache nicht anders als Iswolskij und wartete nur die Zeit ab, wo man Rußlands Schutzherrlichkeit über den Balkan mit Gewalt durchzusetzen in der Lage sei.

Sechzehntes Kapitel

Reichsfinanzreform von 1909 · Sturz Bülows · Reichskanzlerschaft v. Bethmann Hollwegs

Wir haben oben S. 66 erzählt, daß die verbündeten Regierungen im Herbst 1908 an den Reichstag eine Reihe von Steuervorlagen gelangen ließen, welche der Finanznot des Reiches abhelfen sollten. Diese Steuervorlagen des Bundesrats stießen auf großen Widerstand. Über die Anzeigensteuer zeterten die Zeitungen, über die Gas- und Elektrizitätssteuer die städtischen Verwaltungen, welche diese Dinge meist in eigenem Betrieb hervorbrachten, und die auf Gas und elektrische Kraft angewiesenen Industriellen. Über die Nachlaßsteuer, welche (im Gegensatz zur Erbschaftssteuer, die von den einzelnen Erbanteilen erhoben wird) die Nachlässe im Augenblick des Todes ihres Hinterlassers als noch ungeteiltes Ganzes treffen sollte, entrüsteten sich die Landwirte, mit der Behauptung, daß diese Steuer dem Familiensinn widerstrebe und daß sie diejenigen, welchen nur Grund und Boden hinterlassen werde, weit schwerer treffe als die, welche bares Geld erben; vom Geld lasse sich leicht etwas für den Staat abziehen, vom Grund und Boden nicht, ohne daß er verkauft werde. Daß die kleinen und mittleren Bauerngüter bis zu 20000 Mark Wert steuerfrei bleiben sollten und von den übrigen nicht eine sofort ganz zu zahlende Steuer verlangt wurde, sondern nur eine in Jahresraten zu entrichtende, wurde nicht hoch angeschlagen. Die Freisinnigen wollten an eine Erhöhung der indirekten oder Verbrauchssteuern nur schwer heran, die Sozialdemokraten gar nicht; das Zentrum wollte höchstens 2/3 des Bedarfs durch Verbrauchsabgaben, unter allen Umständen 1/3 vom Besitz aufgebracht wissen. Die Nationalliberalen verlangten ebenfalls Belastung des Besitzes; vor der Nachlaßsteuer bevorzugten sie eine Reichsvermögenssteuer, welche aber der Bundesrat verwarf, da sie zur Vernichtung der Finanzhoheit der Einzelstaaten und damit zum Einheitsstaat führe.

In all dem Wirrwarr der Meinungen und Standpunkte hoben sich doch vor allen zwei Gedanken heraus: einmal, daß ohne eine erhebliche Belastung der großen Massen durch indirekte oder Verbrauchs-Steuern die gewaltigen Summen, deren das Reich bedurfte, schlechterdings nicht zu erhalten seien; und dann, daß den Massen eine solche Belastung nur dann zugemutet werden könne, wenn die verhältnismäßig kleine Minderzahl der Besitzenden auch ihrerseits einen erheblichen Teil der Last übernehme. Aus diesem Grunde hielten die verbündeten Regierungen, denen die hier an sich vor allem in Betracht kommende Reichsvermögenssteuer aus dem eben angegebenen Grunde unannehmbar schien, daran fest, daß die Ausdehnung der seit 1906 bestehenden Reichserbschaftssteuer auf die Eltern und auf die Kinder von Erblassern der gebotene Weg sei, auf dem eine beträchtliche Summe zu erlangen und auch der Vorwurf zu entkräften sei, als ob die Last nur auf die schwächeren Schultern gelegt werden solle; damit würde nur den Sozialdemokraten Wasser auf ihre Mühle getrieben werden. Um aber die gegen die Ausdehnung der Erbschaftssteuer erhobenen Bedenken nach Möglichkeit zu entkräften, schlug Bülow am 15. Juni eine abgeänderte Fassung der Steuer vor. Darnach sollte das bewegliche Vermögen an Möbeln, Geräten, Büchern und Bildern zur Vermeidung von Steuerschnüffelei nicht angerechnet werden; das Gattenvermögen, das der überlebende Teil habe miterwerben helfen, sollte steuerfrei bleiben; wer im Felde falle, dessen Erbe sollte ebenfalls von der Steuer nicht betroffen werden; weiterhin sollten Nachlässe im Gesamtbetrag von nicht mehr als 20 000 Mark nicht herangezogen werden, ebenso nicht Einzelteile von nicht mehr als 10 000 Mark. So wurde noch ein Ertrag von 55 Millionen herausgerechnet; als Ersatz für die ausfallenden Millionen wurden Steuern auf Feuerversicherungsprämien im Betrag von über 5000 Mark und ein Effektenstempel vorgeschlagen, wovon 35 und 10 Millionen erhofft wurden. Insgesamt hätte das 100 Millionen Besitzsteuern ergeben, neben 400 Millionen an indirekten Abgaben. Am 16. Juni trat Bülow in seiner letzten großen Rede für diese Lösung der Frage ein, betonte ihre unbedingte sozialpolitische Notwendigkeit und rief den Konservativen, welche von der Ausdehnung der Erbschaftssteuer durchaus nichts wissen wollten, das prophetische Wort zu: „Die konservative Partei gräbt sich ihr eigenes Grab, wenn sie die Zeichen der Zeit nicht versteht, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt!“ Es war ein Kassandraruf. Die Konservativen blieben dabei (in Widerspruch mit

der deutschen Finanzgeschichte, welche die Erbschaftssteuer auf Kinder seit alters kennt), daß sie dem deutschen Wesen widerspreche und den Familiensinn untergrabe, daß sie — welche zu zahlen den Landwirten ganz allmählich in zehnjährigen Stückteilen gestattet werden sollte! — die Hinterbliebenen gerade in dem Augenblick schwer treffe, wo sie des Ernährers beraubt würden. Niemand war im Zweifel, daß Bülow, wenn er in der Minderheit blieb, seine Entlassung als Reichskanzler eingeben werde, und niemand konnte annehmen, daß der Kaiser sie ihm in einer solchen Lage abschlagen werde. Ja man flüsterte sich zu, daß der Kaiser, von der Novemberkrisis des Jahres 1908 her doppelt über Bülow verstimmt, weil dieser versäumlicher Weise den verhängnisvollen Artikel nicht selbst gelesen hatte und weil er des Kaisers in der Debatte sich nicht nach Gebühr angenommen habe, gern die Gelegenheit ergreifen werde sich des lästig gewordenen Beraters zu entledigen. Es wird behauptet, daß diese Erkenntnis die Konservativen wesentlich mit bestimmt habe Bülow zu stürzen, obwohl die schweren Folgen auf der Hand lagen: Zerstörung des konservativ-liberalen Blocks, Abschwenken der Konservativen nach der Seite des Zentrums, das längst sehnsüchtig auf der Lauer lag den Block, der es für die Regierung entbehrlich machte, zu sprengen und den verhaßten Kanzler zu beseitigen, und damit Rückkehr der Herrschaft des Zentrums, welche die Wahlen vom Januar 1907 gebrochen hatten. Daß Bülow einen wenn auch im einzelnen unverbindlichen Vorstoß gegen das geltende Wahlrecht in Preußen unternommen hatte (S. 66), stand mit im Schuldbuch, das die Konservativen über ihn führten, der doch ihnen vielfach sehr nahe stand und den Ausspruch getan hatte, auf seinen Leichenstein solle man die Worte schreiben: hier liegt ein agrarischer Reichskanzler! Die Erschütterung des Dreiklassenwahlrechts bedeutete nach der Ansicht der Konservativen die Auslieferung Preußens an die Demokratie und Sozialdemokratie und an die Polen. Anfangs Juni 1911 hat die „Deutsche Tageszeitung“ offen zugestanden, daß man in Bülow den Bahnbrecher des Parlamentarismus gesehen und bekämpft habe. Das Zentrum zerstreute die letzten Bedenken der Konservativen, indem es für die Fortdauer der bestehenden Branntweinsteuer (der sog. Liebesgabe) eintrat, nach der die Brenner, welche ein gewisses Kontingent Branntwein brennen dürfen, statt 70 Pfennig Steuer für den Liter nur 50 bezahlen*). So wurde am 24. Juni

*) Diese hart befehdete „Liebesgabe“ kam übrigens noch mehr den kleinen süddeutschen Brennern zustatten als den Großgrundbesitzern in „Ostelbien“. Sie

die vorgeschlagene Ausdehnung der Erbschaftssteuer mit 194 gegen 186 Stimmen, also mit acht Stimmen Mehrheit, verworfen. Das Zentrum stimmte mit seinen Anhängseln geschlossen mit Nein, ebenso fast die ganze konservative Partei (bis auf 6 Mann) und die antisemitischagrarische „wirtschaftliche Vereinigung“. Mit Ja stimmten die Reichspartei, die Nationalliberalen, die freisinnige Fraktionsgemeinschaft und die Sozialisten. Sofort erbat Bülow seinen Abschied, den ihm der Kaiser auch erteilte, dessen Bekanntgabe er aber bis nach Schluß des Reichstags hinausgeschoben wünschte.

Nun mußte die konservativ-klerikale Mehrheit Ersatz für die Erbschaftssteuer schaffen, und sie tat es, indem sie Reichssteuern auf Liegenschaftsumsätze, auf Zinsbogen (Talons), Schecks, Beleuchtungskörper, Zündwaren und Schaumwein annahm und den Kaffee- und Teezoll sowie die Tabak- und Biersteuer erhöhte. So wurde der Bedarf von 500 Millionen aufgebracht. Es wäre ungerecht zu leugnen, daß die Mehrheit damit ein patriotisches Werk tat, und die sich bessernde wirtschaftliche Lage hat dann mitgeholfen, daß die Reichsfinanzen durch die aus den neuen Steuern fließenden Erträge im Laufe des nächsten Jahres tatsächlich gefundeten. Das Rechnungsjahr 1910 schloß mit einem Überschuß von 117 Millionen ab, wovon 57,7 aus Zöllen, Steuern und Gebühren flossen; und das Jahr 1911 ergab sogar einen Mehrbetrag der Einnahmen von 249 Millionen. Aber andererseits kann auch nicht bestritten werden, daß die als Besitzsteuer ausgegebenen Steuern auf Liegenschaftsumsätze und Schecks keineswegs bloß die Besitzenden trafen; und vor allem war die Zertrümmerung des Blocks ein trauriges Ergebnis der konservativen Politik, wodurch die Hoffnung vernichtet wurde, daß die Rechte und die Linke sich allmählich durch Abschleifung ihrer Gegensätze näher kommen würden und daß durch eine Politik der mittleren Linie auf nationaler Grundlage das Reichsschiff eine sichere Fahrtrichtung gewinnen werde. Daß die Linke durch ihr oft ungestümes Drängen nach Zugeständnissen, namentlich im Punkt des preußischen Wahlrechts, nach sozusagen barer Bezahlung ihres Wohlverhaltens das nie sehr feste Gefüge des Blocks auch ihrerseits hat sprengen helfen, kann nicht in Abrede gezogen werden. Am 10. Juli 1909 nahm der Reichstag

ward deshalb stets von den süddeutschen Regierungen lebhaft als gerecht und notwendig verteidigt.

die Finanzreform als Ganzes mit 226 gegen 127 Stimmen an, und die verbündeten Regierungen erklärten durch den Mund des Staatssekretärs des Innern v. Bethmann Hollweg, daß sie dem Gesetz trotz ihrer grundsätzlich abweichenden Ansichten über einzelne Punkte zustimmten, da nicht gewiß sei, ob ein anderer Reichstag die notwendigen Summen, welche man jetzt haben könne, überhaupt bewillige. Das Mittel einer Reichstagsauflösung gegen die Konservativen (und das Zentrum) ward nicht ernstlich in Betracht gezogen; es hätte eine Frontstellung der Regierung ergeben, welche in Deutschland unerhört war.

Bülow setzte seinen Namen nicht unter das Gesetz, das so ganz anders ausgefallen war, als er für richtig hielt. Gemahl der (zu einer guten Deutschen gewordenen) italienischen Prinzessin Camporeale, einer Stieftochter Minghetti's, verlegte er seinen Wohnsitz für den Winter nach der Villa Malta in Rom. Am 14. Juli wurde an seiner Stelle v. Bethmann Hollweg (geb. 1856) zum Reichskanzler ernannt. Für ihn übernahm das Innere der preußische Handelsminister Clemens Delbrück (geb. 1856), an dessen Stelle der verunglückte Staatssekretär der Finanzen, v. Sydow, trat; dessen Amt kam an den Unterstaatssekretär Wermuth (geb. 1855).

Die Art, wie der Finanzreform zustande gekommen war, erzeugte in den Massen, welche sich unbillig belastet glaubten, eine tiefe Verstimmung, und alle Liberalen, die Nationalliberalen eingerechnet, besonders auch der 1909 zur Verteidigung der Interessen von Handel und Gewerbe neu gestiftete „Hansabund", trugen ihr Möglichstes dazu bei, das Werk des sog. „schwarzblauen Blocks"*), „der Ritter und der Heiligen", als unsozial und von selbstsüchtiger Gesinnung eingegeben hinzustellen; hat doch selbst der sonst freikonservative Professor Hans Delbrück in seinen „Preußischen Jahrbüchern" 1909 die Ablehnung der Erbschaftssteuer durch die konservativen Landwirte darauf zurückführen zu dürfen geglaubt, daß sie ihr Vermögen nicht in vollem Betrag anzugeben pflegten und bei der Erbschaftssteuer dessen überwiesen zu werden fürchteten. Infolge der immer mehr sich ausbreitenden Verbitterung gewannen die Sozialdemokraten als schärfste Oppositionspartei im Laufe von zwei Jahren nicht weniger als neun Wahlkreise von den Nationalliberalen, Freisinnigen, Konservativen und dem Zentrum zurück und wuchsen von 43 wieder auf 52 Mann an.

*) Schwarz = Zentrum; blau = Konservative, die Partei des „blauen Bluts", d. h. des Adels.

Um den Stoß gegen rechts mit um so mehr Wucht führen zu können, schlossen sich die im Reichstag schon seit 1908 zu einer Fraktionsgemeinschaft vereinigten Gruppen der freisinnigen Vereinigung, der freisinnigen und der deutschen Volkspartei endgültig zur „fortschrittlichen Volkspartei" zusammen, welche am 6. März 1910 ihren ersten Parteitag in Berlin abhielt, und fast überall gingen die Nationalliberalen und Volksparteiler für die 1912 bevorstehenden Reichstagswahlen ein Bündnis miteinander ein; ja in einzelnen Reichsteilen, wo das Zentrum besonders stark war, wie in Baden und Bayern, wurde der Gedanke populär ihm den Großblock „von Bassermann bis Bebel" entgegenzustellen, den Zusammenschluß aller Liberalen und der Sozialisten, vornehmlich bei den Stichwahlen.

Der neue Reichskanzler Theobald v. Bethmann Hollweg entstammte einer Frankfurter Bankierfamilie, welche auch künstlerische Interessen pflegte (bekannt ist das Bethmannsche Museum mit der Ariadne von Dannecker); sein Großvater Moritz war 1858 bis 1862 Kultusminister in der liberalen Ära gewesen, ein Gegner der Konservativen und Bismarcks. Bethmann selbst war 1905 preußischer Minister des Innern geworden und 1907 als Reichsstaatssekretär des Innern und Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums an Posadowskys Stelle getreten. Er galt für einen ernsten Mann von umfassender Bildung, der es liebte den Verhältnissen, die er meistern sollte, philosophisch auf den Grund zu gehen und der deshalb mit Unrecht von manchen als weltferner Theoretiker angesehen wurde; in Wahrheit war er realpolitisch veranlagt und verfolgte nur erreichbare Ziele. In sozialpolitischer Hinsicht besaß er hohes Verständnis für die Zeiterfordernisse, ohne mit dem Kopf durch die Wand zu gehen. Als Redner wußte er auf weite Kreise zu wirken und auch den Kennern der Stoffe, die er behandelte, Achtung abzugewinnen. Ob er freilich der Mann sein werde, die innere schwierige Lage, die er antraf, zu entwirren, erschien zunächst zweifelhaft, und der auswärtigen Politik war er bisher ganz fremd gewesen. Für sie fand er aber in dem Bukarester Gesandten, dem Württemberger v. Kiderlen-Wächter (1852—1912), im Juni 1910 einen klugen und kraftvollen Staatssekretär. Bethmann gab bei seinem ersten Auftreten im Reichstag am 9. Dezember 1909 kein ins einzelne gehendes Programm seiner bevorstehenden Tätigkeit; aber er protestierte dagegen, daß der bei der Finanzreform entstandene Gegensatz anhaltend die politische Lage beeinflusse; das Land wolle nicht dauernd von Sensation und Verärgerung

leben; es verlange Stetigkeit und Festigkeit nach Innen und Außen, damit es in seiner werktätigen Arbeit nicht gestört werde. Der Reichstag solle nicht alles unter die Schlagworte Radikalismus und Reaktion stellen. „Ich habe die Überzeugung, daß es einen Zwang zum Schaffen gibt, den die Volksgemeinschaft jedem ihrer Glieder auferlegt, und die Gewißheit, daß dieser Zwang auch die gegenwärtigen Irrungen und Wirren überdauern wird." So wenig dieser Standpunkt zunächst bei der herrschenden Gereiztheit zwischen der Rechten und der Linken Beifall fand, als so richtig hat er sich erwiesen.

Zwar der erste Versuch des Reichskanzlers zu positiver Arbeit, der auf die am 10. Januar 1908 von der Staatsregierung*) verheißene Reform des preußischen Wahlrechts gerichtet war, schlug fehl. Das geltende Gesetz (vom 21. Mai 1849) gewährte zwar allen Preußen männlichen Geschlechts, welche das 24. Lebensjahr zurückgelegt hatten, das Wahlrecht, teilte sie aber nach der Gesamtleistung eines jeden an direkten Staats-, Kreis- und Gemeindesteuern in drei Klassen. Die, welche das erste Drittel der Steuer bezahlten, die Höchstbesteuerten, bildeten die erste, die das zweite Drittel Zahlenden die zweite, alle übrigen (auch die, welche gar keine direkte Steuer zahlten) die dritte Klasse. Für die, welche gar keine direkte Steuer zahlten, wurden auf den Kopf 3 Mark angerechnet, um die Grenze nach oben gegen die zweite Klasse etwas zu verschieben. Jede Klasse wählte in öffentlicher Abstimmung die gleiche Anzahl von Wahlmännern (auf 250 Seelen einen); die Gesamtheit der Wahlmänner entschied, auch in öffentlicher Handlung, durch Mehrheit, wer Abgeordneter sein solle. Danach galt in Preußen das allgemeine, aber ungleiche, öffentliche und indirekte Wahlrecht (Dreiklassensystem). Nach dem Gesetz von 1849 sollte die Abstimmung gemeindeweise erfolgen, damit in jeder Gemeinde die drei Klassen der Höchst-, Mittel- und Nieder- (oder gar nicht)-Besteuerten reinlich auseinanderträten und jede genau ihr Drittel an der Gesamtzahl der Wahlmänner erhalte. Da aber in den beiden ersten Klassen nur etwa 15, in der dritten 85% der Wähler enthalten waren, so wurde das Wahlrecht, weil es den Staat der kleinen Minderheit der Besitzenden überantworte, herb kritisiert (als plutokratisch, d. h. die Herrschaft des Reichtums, griechisch plutos, befestigend): obschon man zugestehen muß, daß dieses

*) Nicht, wie oft gesagt wird, vom König. Die Zusage ward in einer Rede Bülows gegeben, in der er ausdrücklich namens der Staatsregierung sprach. Eine andere Regierung war dadurch nicht gebunden. (Vgl. S. 66).

„plutokratische" Abgeordnetenhaus den sozialen Aufgaben gegenüber durchaus verständnisvoll sich gezeigt und z. B. den Gesetzen von 1865, 1892, 1905 und 1909 zugestimmt hat, welche das Bergrecht mustergültig ordneten, den Arbeiterschutz vorschrieben, die Mutung auf Steinkohlen und Salz dem Staat vorbehielten, das sog. Wagennullen (einfache Nichtanrechnung mangelhaft geladener Kohlenwagen am Lohn) verboten und Arbeiterausschüsse zur Vertretung der Arbeiterwünsche einführten. Als Miquel 1891 die Einkommenssteuer mit Fassionspflicht durchsetzte, wurden die vorhandenen Vermögen aus Furcht vor den harten Strafen mehr ihrem wahren Bestand gemäß angegeben, und damit wuchs der Einfluß der Reichsten, von denen z. B. Krupp in Essen allein in der ersten Klasse saß, also ⅓ der Wahlmänner ernannte. Um den so verschärften plutokratischen Charakter des Gesetzes wieder abzuschwächen, wurde 1899 die Drittelung der Wähler nicht mehr nach den ganzen Gemeinden, sondern nach den Urwahlbezirken eingeführt, die nicht unter 750, nicht über 1500 Seelen haben, also 3—6 Wahlmänner wählen sollten. Bisher hatten z. B. in den Städten die Reichsten ihr volles Drittel der Wahlmänner gewählt; nunmehr machte sich die Tatsache geltend, daß es in den Städten arme und reiche Quartiere gibt. In den reichen waren die Besitzenden so zusammengedrängt, daß sie im eigenen Fett erstickten; selbst der Reichskanzler wählte wohl im Bezirk Wilhelmsstraße in der dritten Klasse. In den ärmeren Stadtteilen aber konnten schon Leute mit 20—30 Mark Gesamtsteuerleistung in die erste Klasse aufsteigen; hier kam die Wirkung der Drittelung nach den Urwahlbezirken fast der Einführung des Reichstagswahlrechts gleich: nur dadurch konnten die Sozialdemokraten bei den Wahlen vom 16. Juni 1908 (S. 67) erstmals in den preußischen Landtag einziehen, während sie früher zwar in der dritten Klasse der größeren Städte öfters beträchtliche Erfolge gehabt hatten, aber durch die Wahlmänner der zwei oberen Klassen stets wieder niedergestimmt worden waren. Nun hatte der Ministerpräsident Fürst Bülow am 10. Januar 1908 feierlich die Absicht der Staatsregierung bekundet das Wahlrecht, das auch nach den früheren Verbesserungen noch Mängel aufweise, zu reformieren, ohne daß er jedoch über das Wie irgend bestimmte Andeutungen gemacht hätte. In Einlösung dieser ganz allgemeinen Zusage brachte v. Bethmann Hollweg am 4. Februar 1910 einen darauf abzielenden Gesetzesentwurf ein. Die beigegebene ausführliche Denkschrift bestritt zwar, daß das bestehende Wahlrecht die öffentliche Meinung so sehr fälsche,

wie oft behauptet wurde; sie wies nach, daß z. B. von 433 Abgeordneten, die 1903 gewählt wurden, 356 auch in der dritten Abteilung der kleinen Leute die Mehrheit erhalten hätten. Gleichwohl wurden folgende Verbesserungen vorgeschlagen: 1. die direkte und öffentliche Wahl der Abgeordneten, also Wegfall der indirekten Wahl durch Wahlmänner. Von nun an sollte festgestellt werden, welchen prozentualen Anteil jeder Kandidat an den Stimmen der drei Abteilungen erhalten habe; das Ergebnis sollte durch 3 geteilt und der als gewählt bezeichnet werden, der 50 % der Stimmen überschreite (z. B. $\frac{80\,\% + 60\,\% + 15\,\% \text{ in I, II, III}}{3} = 51{,}6\,\%$). 2. Die sogenannte Maximierung, wonach Steuerleistungen über 5000 Mark jährlich bei der Einteilung der Wähler in die Klassen nicht mehr angerechnet, also wirkungslos sein sollten; dadurch gingen 13 000 der reichsten Wähler ihrer ausschlaggebenden Stellung in der ersten Wählerklasse verlustig. 3. Berücksichtigung nicht nur der Steuerleistung, sondern auch der Bildung, gereiften Berufserfahrung und verdienstvollen öffentlichen Tätigkeit, so daß solche Eigenschaften zum Aufsteigen in die nächsthöhere Wählerklasse berechtigen sollten. An der Drittelung nach Urwahlbezirken ward nicht gerüttelt, obwohl sie in den Industriegegenden des Westens die Wahl der durchgängig nationalliberalen Industriellen sehr erschwerte und nur dem Zentrum und den Sozialdemokraten zugute kam. Der Vorschlag der Regierung bot den Sozialdemokraten und Volksparteilern gleichwohl zu wenig; diese wollten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht; den Konservativen, die das Dreiklassenwahlrecht als das Bollwerk des zwischen Reich und Arm ausschlaggebenden Mittelstandes priesen und es als wohlbewährten Schutzdamm gegen den Umsturz betrachteten, ging er schon viel zu weit; die Nationalliberalen wünschten Drittelung nach den Gemeinden, dafür Erhöhung der Zahl der Wähler der ersten Klasse auf mindestens 10 und der zweiten Klasse auf mindestens 30, und Pluralsystem. In den langen Verhandlungen schlug das Herrenhaus dem Wunsch der Großindustrie gemäß unter Zustimmung der Regierung vor die Drittelung in Orten unter 10 000 Seelen nach Gemeinden, in großen Städten nach Bezirken von höchstens 20 000 Seelen vorzunehmen. Allein am 27. Mai 1910 wurden im Abgeordnetenhaus mit wechselnden Mehrheiten alle Anträge abgelehnt, der der Regierung wie die der Parteien, und der Feldzug endigte mit einem gänzlichen Fehlschlag.

Nun wählte sich Bethmann neue Mitarbeiter, indem er am 19. Juni 1910 die preußischen Ministerien des Innern, der Landwirtschaft und der Finanzen neu vergab, an den Oberpräsidenten von Schlesien, Dallwitz (geb. 1855), an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Freiherrn v. Schorlemer-Lieser (geb. 1856), einen ebenso entschiedenen Katholiken als ausgesprochenen Gegner des Zentrums, den Schöpfer der auf Pflege des konfessionellen Friedens und staatlichen Gesinnung gerichteten „deutschen Vereinigung", und an den Magdeburger Oberbürgermeister Lentze (geb. 1860). Die Minister v. Moltke, v. Arnim und v. Rheinbaben traten zurück. Kurz vorher war auch im Staatssekretariat für die Kolonien ein Wechsel erfolgt, indem am 9. Juni Dernburg durch den Unterstaatssekretär von Lindequist (geb. 1862), einem erprobten Afrikaner, ersetzt wurde. Wenn auch Dernburgs Verwaltung wegen seiner angeblichen Begünstigung des Großkapitals bei der Ausbeutung der 1908 in Südwestafrika entdeckten Diamantenlager und wegen seines nach der Meinung vieler zu weit gehenden Eintretens für die Neger getadelt wurde, so hat er doch in seiner vierjährigen Amtstätigkeit die Kolonien sehr gehoben, namentlich ein groß angelegtes Eisenbahnnetz in die Wege geleitet und den Sinn für die Wichtigkeit unserer Kolonien in der Nation entwickelt; auch hat er, selbst Bankmann, die Zurückhaltung des Kapitals gegenüber den kolonialen Aufgaben überwunden und es zur Mitarbeit vermocht.

War die erste Unternehmung Bethmanns fehlgeschlagen, so waren ihm bald bessere Erfolge beschieden. Als Pius X. am 26. Mai 1910 in einer Enzyklika zu Ehren des heiligen Borromäus, Erzbischofs von Mailand (1538—84), die Reformatoren als „Feinde des Kreuzes Christi" bezeichnete, als „Leute von irdischem Sinn, deren Gott der Bauch war, verderbteste Fürsten und Völker", da erhob Bethmann, die allgemeine Empörung der protestantischen Welt teilend, welche selbst den wackeren katholischen König von Sachsen Friedrich August III. (geb. 1865), den Nachfolger seines Vaters Georg (1902—04), zu einem Schreiben an den Papst veranlaßte, durch den preußischen Gesandte beim Vatikan v. Mühlberg im Namen des schwer bedrohten konfessionellen Friedens entschiedenen Protest und erwirkte am 11. Juni 1910 die Zusicherung des Staatssekretärs Merry del Val, daß die deutschen Bischöfe angewiesen seien das Rundschreiben nicht amtlich zu veröffentlichen. Am 13. Juni folgte die weitere Erklärung, daß es dem Papst ganz fern gelegen habe die deutschen Nichtkatholiken oder die

deutschen evangelischen Fürsten zu kränken. Zwar suchte ein Teil der ultramontanen Presse den Wert dieser Erklärungen durch allerlei Fechterkünste, welche auch auf Protestanten Eindruck machten, nachträglich abzuschwächen; er erreichte aber damit nichts, als daß er das Zutrauen in die Ehrlichkeit des Vatikans erschütterte, was diesem selbst nicht nützen konnte. Der römische „Messagero" schrieb: „Die Demütigung des Vatikans ist vollkommen. Wir sind dankbar. Sursum corda!", und der Berliner Kirchenrechtslehrer Professor Dr. Kahl bezeichnete den Rückzug des Vatikans als ein in der Kirchengeschichte einzigartiges Ereignis. Pius X. starb am 20. August 1914. Sein Nachfolger wurde am 3. September der einem alten italienischen Adelsgeschlecht entstammende Kardinal della Chiesa, der sich Benedikt XV. nannte. Er hat durch seine vornehme, trotz großer Schwierigkeiten nach Unparteilichkeit strebende Haltung im Weltkrieg und sein priesterliches Eintreten für den Frieden sich weithin in Deutschland Zuneigung erworben und zur Beruhigung der gereizten Gemüter beigetragen.

Als der Reichstag Ende 1909 wieder zusammengetreten war, setzte der Staatssekretär Wermuth am 15. April 1910 die Wertzuwachssteuer durch, welche durch die Besteuerung des unverdienten Gewinns an Grundstücken, der in großen Städten ja oft ein ganz enormer ist, sozial sehr versöhnend wirkte. Von dieser Steuer sollten dem Reich 50%, den Einzelstaaten 10 und den Gemeinden 40 zufallen; der Ertrag sollte vor allem den Veteranen zugute kommen. Dann ging das dritte Quinquennat (1. April 1911 bis 30. März 1916) mit einer allmählichen Erhöhung des Friedensbestands des Heeres von 506000 auf 515321 Mann am 24. Februar 1911 durch. Dabei stellte der Kriegsminister General v. Heeringen fest, daß wir für unser Heer nur 15½% der gesamten Ausgaben verwendeten, Frankreich 34%. Drittens wurde am 26. Mai 1911 vom Reichstag die am 23. Dezember 1910 eingebrachte elsässische Verfassungsvorlage, die öfters verloren gegeben war, samt dem dazu gehörigen Wahlgesetz in dritter Lesung mit 211 Stimmen des Zentrums, aller Liberalen, einiger Reichsparteiler und der Sozialisten gegen 93 Stimmen der Konservativen, der wirtschaftlichen Vereinigung, der Polen und der Mehrheit der Elsaß-Lothringer — aber nicht aller! — angenommen. Danach war der Kaiser noch ausgesprochener als bisher der Träger der Staatsgewalt in dem Reichsland; er allein, ohne Mitwirkung des Bundesrats, aber unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers, er-

nannte den Statthalter und rief ihn ebenso ab, und seine Zustimmung zu den Gesetzen war notwendig, damit sie Gültigkeit erlangten. Ihm stand auch das Recht zu die eine Hälfte der Mitglieder (19) der neu zu errichtenden ersten Kammer zu ernennen, während die andere Hälfte (auch 19) teils auf Grund von kirchlichen und staatlichen Ämtern, teils von Wahlen der Gemeinderäte von Straßburg, Metz, Colmar und Mülhausen, der vier Handelskammern, des Landwirtschaftsrats und der Handwerkerkammer zu Straßburg berufen werden sollte. Von Amts wegen saßen in der Kammer die Bischöfe von Straßburg und Metz; der Präsident des Oberkonsistoriums der Kirche augsburgischer Konfession; der Präsident des reformierten Synodalvorstands; der Präsident des Oberlandesgerichts zu Colmar; ein Vertreter der Universität Straßburg, gewählt vom Plenum der Universität aus den ordentlichen Professoren; ein gewählter Vertreter der israelitischen Konsistorien. Die Einwirkung des Bundesrats und des Reichstags auf die reichsländische Gesetzgebung fiel gänzlich weg. Elsaß-Lothringen erhielt drei Stimmen im Bundesrat, deren Trägern der Statthalter vorschrieb, wie sie stimmen sollten, die aber nicht gezählt wurden, wenn durch sie ein — sonst in der Minderheit gebliebener — preußischer Vorschlag die Mehrheit erhielt. Diese Bedingung stellten die Mittelstaaten, aus Sorge, daß die drei Stimmen Preußens ziffermäßigen Einfluß allzusehr verstärken könnten. Die zweite Kammer bestand aus 60 in 23 Wahlkreisen nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht zu erwählenden Abgeordneten; die ursprüngliche Bedingung der Regierung, daß Wähler mit 35 und 45 Jahren eine bzw. zwei Mehrstimmen erhalten sollten, wurde angesichts der Abneigung, die in dem Reichsland mit seinen französischen Überlieferungen gegen jede Ungleichheit des Wahlrechts herrschte, schließlich fallen gelassen, um so mehr, als sie zunächst vorwiegend dem älteren noch französisch empfindenden Geschlecht zugute gekommen wäre. Diese Verfassung fand keineswegs ungeteilte Zustimmung. Schmerzlich kam mehrfach in der Presse das Bedauern darüber zum Ausdruck, daß das Reichsland nicht 1871 einfach mit Preußen vereinigt und so seine Verschmelzung mit dem führenden Staat längst erfolgt war; der tapfere Schwabe Theobald Ziegler (1846 bis 1918), Professor der Philosophie in Straßburg, trat im Schwäbischen Merkur vom 10. Januar 1911 nochmals, wenn auch ohne Hoffnung auf Erfolg, für diese — einzig richtige — Lösung ein. Verschiedene unerfreuliche Vorgänge in Mülhausen und Metz bewiesen, daß die

Französlinge gerade in den letzten Zeiten ihr Haupt wieder kecker als früher erhoben, und in dem Landesausschuß führten die Vertreter dieser Richtung, die Wetterle, Preiß und Blumenthal, eine so freche Sprache gegen den Staatssekretär Zorn v. Bulach, einen Mann aus altem elsässischem Adel, und den Unterstaatssekretär Mandel, daß die Regierung dieses unerquickliche Schauspiel am 1. Mai durch den raschen Schluß der Tagung beenden mußte. Die Konservativen und auch manche Liberale nahmen an dem allgemeinen unbeschränkten Wahlrecht und noch mehr an der Bestimmung schweren Anstoß, daß die elsässischen Stimmen wohl gegen, nicht aber für Preußen in die Wagschale fallen sollten: das enthalte eine unstatthafte Abbröckelung an Preußens Macht und damit an der des Kaisers. Aber all dem hielt der Reichskanzler am 23. Mai im Reichstag die Erwägung entgegen, daß der Rubiko schon von Bismarck 1877 überschritten worden sei, als er Elsaß-Lothringen die Autonomie gab; jetzt könne man nicht mehr zurück, nur noch vorwärts, und bloß indem man diese Autonomie ausgestalte, werde man die Verstimmung der Elsaß-Lothringer über ihre Zurücksetzung (sie betrachteten sich immer noch, s. I 8, als „Deutsche zweiter Klasse") beseitigen und die Verschmelzung des Landes mit dem Reich fördern. Nur aus diesem Grunde sei er — was in seiner ursprünglichen Vorlage nicht enthalten war — darauf eingegangen einem Glied des Reiches, das nicht Bundesstaat sei, Bundesratsstimmen zu geben, und es sei eine weitherzige und selbstbewußte Politik die Vorlage an jener Klausel nicht scheitern zu lassen. Diese Erwägungen gaben denn auch den Ausschlag dafür, daß der Reichstag dem Verfassungsentwurf, wie erwähnt, mit mehr als Zweidrittelmehrheit zustimmte. Die Französlinge waren mit dem Ergebnis nicht zufrieden; sie gründeten am 3. Juni 1911 zu Straßburg eine „elsaß-lothringische Nationalpartei", um die volle Autonomie zu erkämpfen, welche der Reichstag versagt habe. Bei den Wahlen zur zweiten Kammer am 22. Oktober 1911 erlitten diese „Nationalisten" aber eine gänzliche Niederlage; die Mehrheit war bei den Klerikalen, die den Kammerpräsidenten Ricklin stellten. Wenn sich die Klage erhob, daß alle elsaß-lothringischen Parteien, Zentrum, Liberale und Sozialdemokraten, ins partikularistische Horn stießen und insofern die nationalistische Niederlage wenig bedeute, so ist dem entgegenzuhalten, daß die Erhebung des Reichslandes zu einem Bundesstaat notwendigerweise das Gefühl der Selbständigkeit und der Eigenart kräftigen mußte. An sich wäre es damit nicht

ausgeschlossen gewesen, daß die Elsässer neben dem, daß sie gute Elsässer waren, auch gute Deutsche gewesen wären, wie dies bei den andern Stämmen ja auch zusammen ging. Taktlose Äußerungen eines blutjungen Leutnants v. Forstner in Zabern, der von den Elsässern mit einem, übrigens landesüblichen, Schimpfwort als von Wackes sprach, wurden aufgebauscht und weitergetragen, und so kam es im November 1913 in Zabern zu Zusammenrottungen des Pöbels und Beschimpfungen von Offizieren. Da die Zivilbehörden die dringend notwendige Abhilfe nicht zuwege brachten, griff der wackere Oberst v. Reuter, der bei Antritt seines Kommandos die Presse von seinen guten Absichten verständigt hatte, schließlich zur Selbsthilfe und ließ Verhaftungen vornehmen, was vielfach als militärischer Übergriff getadelt und auch vom Reichstag am 3. Dezember, leider in sehr einseitiger Weise, erörtert wurde. Der Reichstag faßte dann nach unwürdigen Lärmszenen am 4. Dezember den Beschluß, daß die Behandlung der Sache durch den Reichskanzler, der zur Vernunft redete, den Anschauungen des Parlaments nicht entspreche. Es war jetzt vor allem nötig im Reichsland einen neuen Boden zu legen. So mußten am 29. Januar 1914 der Staatssekretär Zorn v. Bulach, sowie die Unterstaatssekretäre Petri und Mandel zurücktreten. An des ersteren Stelle kam der Potsdamer Oberpräsident Graf v. Rödern, ein ausgezeichneter Verwaltungsmann, an die der beiden anderen der Preuße Frenken für Justiz und der Bayer Freiherr v. Stein für Landwirtschaft und Arbeiten. Auch der, übrigens schon 72 Jahre alte, Statthalter Graf v. Wedel, dessen vornehmer Charakter und gute Absichten allseitig anerkannt wurden, schied am 18. April 1914 aus seinem Amt und erhielt als Nachfolger den preußischen Minister des Innern v. Dallwitz (für ihn kam v. Löbell). Am 26. Febr. 1914 wurde in Straßburg unter Ricklins Vorsitz eine „Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens" gegen Preßangriffe gegründet, welche am besten getan hätte ihre Energie gegen die Hetzer und Ruhestörer im eigenen Land, die Französlinge, zu richten, deren Wühlerei den Boden für so unerquickliche Vorgänge zubereitet hat. Der Ausbruch des Weltkriegs brachte an den Tag, daß immerhin die Masse der Elsaß-Lothringer zum Reiche hielt: Ricklin forderte bei Eröffnung des Landtags am 15. April 1915 die Bevölkerung auf in Erfüllung der vaterländischen Pflicht bis zum letzten Blutstropfen und zum letzten Lebenshauch durchzuhalten. Die angebliche Zahl von 90 000 Kriegsfreiwilligen des Reichslandes entbehrte freilich jeder amtlichen Beglaubigung, und viele stellten

sich nur deshalb freiwillig, weil sie wußten, daß sie doch einberufen werden würden und dann die Wahl der Waffe nicht mehr frei gehabt hätten. Auch wurde eine ganze Anzahl von Leuten wegen Hochverrats und an Hochverrat streifender Vergehen gerichtlich verurteilt. Es war also doch wohl einigermaßen optimistisch, wenn der kommandierende General des 15. Armeekorps, Deimling, und der Statthalter öffentlich die patriotische Haltung des Landes anerkannten. Den Hochverrätern Wetterle, Blumenthal, Laugel, Helmer, Abbé Collin, Weill wurde der Boden immerhin zu heiß: sie schüttelten den Staub Elsaß-Lothringens von ihren Füßen, um in Paris gegen Deutschland weiter zu hetzen. Weill, der sozialistische Reichstagsabgeordnete für Metz, trat sogar ins französische Heer. Die lange Dauer des Kriegs und der Druck, der mit ihm für das zum Teil als Kriegsschauplatz dienende Land notwendiger Weise verbunden war, erregten die steigende Unzufriedenheit der Elsaß-Lothringer und arbeiteten der französischen Besitznahme im November 1918 in bedauerlicher Weise vor.

Der vierte große Erfolg v. Bethmann Hollwegs war die am 30. Mai 1911 mit 232 gegen 58 Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Volksparteiler erfolgte Annahme der sog. Reichsversicherungsordnung, die eine Zusammenfassung aller Bestimmungen über die Unfall-, Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung enthielt, also ein großartiges Werk der Kodifikation war und die bestehenden Einrichtungen überdies mehrfach weiter bildete. Sie gewährte nämlich 1. den Witwen und Waisen der Versicherten eine wenn auch sehr bescheidene Unterstützung, die gleichwohl 66 Millionen erforderte; 2. erweiterte sie den Kreis der Versicherten auf die Heimarbeiter und dehnte die staatliche Krankenversicherung auf die bisher besonders versicherten Dienstboten und die landwirtschaftlichen Arbeiter, im ganzen auf weitere 7 Millionen Personen aus; 3. erhöhte sie das Krankengeld für besser entlohnte Arbeiter um 50 Pfg. für den Tag, und 4. verminderte sie den Druck der Sozialdemokratie (welche in der Verwaltung der Krankenkassen den Ton angegeben und ihre Agitatoren untergebracht hatte) auf die Krankenkasse dadurch, daß sie die Wahl der Vorstände durch beide Gruppen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, vorschrieb und den Nachweis ordnungsmäßiger Vorbildung für alle Kassenbeamten aufstellte. Bedauerlich war, daß die von vielen Seiten gewünschte Herabsetzung der Alters- und Invaliditätsgrenze vom 70. auf das 65. Jahr scheiterte, weil die Regierungen für die dazu erfor-

derlichen 9 Millionen Mark keine Deckung hatten und mit Recht an dem Grundsatz festhielten: keine neuen Ausgaben ohne Deckung! Die Außerachtlassung dieses Grundsatzes hatte großenteils zu der Verwirrung der Reichsfinanzen vor 1909 beigetragen. Wenn so die Reichsversicherungsordnung auch nicht allen Wünschen genügte, so enthielt sie doch einen bedeutenden sozialpolitischen Fortschritt und war das größte gesetzgeberische Werk seit der Verabschiedung des bürgerlichen Gesetzbuches. Der für die drei Versicherungen notwendige Gesamtbedarf ward schon 1907 auf 859,5 Millionen Mark berechnet. Die Vertretung der Angelegenheit im Reichstag lag in den Händen des nunmehrigen Staatssekretärs des Innern Delbrück; ihr eigentlicher Vater war aber der Reichskanzler selbst, der als Staatssekretär sie in die Wege geleitet hatte. Es war darum wohl verdient, daß der Kaiser am 1. Juni 1911 an ihn ein außerordentlich anerkennendes Handschreiben richtete und ihm sein Bildnis verlieh.

Siebzehntes Kapitel

Deutsch-französisches Abkommen über Marokko 1911 Deutschland 1912—1913

Die Algecirasakte hatte den Zweck die Unabhängigkeit des Sultanats Marokko und die gleichmäßige wirtschaftliche Betätigung fremder Nationen in diesem Sultanat sicher zu stellen. Sie hat aber kaum ein Jahr unangefochtene Geltung genossen und die marokkanischen Dinge nicht wesentlich zu beeinflussen vermocht; ihre Bedeutung ist nahezu damit erschöpft, daß sie aus der Kriegsgefahr 1905 einen Ausweg eröffnete.

Die Mauren, über Frankreichs Absichten mit ihrem Land beunruhigt, steinigten am 19. März 1907 in Marrakesch den französischen Arzt Dr. Mauchamp, der die Trikolore auf seinem Haus aufzog, und erschlugen am 30. Juli bei den Hafenbauten in Casablanca einige Franzosen, Italiener und Spanier. Diese Ereignisse gaben sofort den Dingen eine neue Wendung. Die Franzosen besetzten, um Genugtuung für Mauchamps Tod zu erlangen, Ende März die Stadt Udschda an der algerischen Grenze; am 7. August ließen sie durch einige Kriegsschiffe Casablanca, dessen Bevölkerung größtenteils an den Morden unschuldig war, in Trümmer schießen, wobei viel europäisches, auch deutsches, Eigentum brutal zerstört ward. Dann lan-

deten sie 3500 Mann Truppen, und mit den umliegenden Stämmen fanden wiederholt scharfe Gefechte statt. In der Verwirrung erhob sich gegen Abdul Asis sein älterer Bruder Mulai Hafid im August 1907 als Gegensultan; am 19. August 1908 wurde Abdul Asis' minderwertiges Heer bei der Kasbah (= Citadelle) El Kelaa nordöstlich von Marrakesch durch drei hafidische Abteilungen, die sich vereinigten, angegriffen und völlig zersprengt. Abdul Asis entkam mit Mühe nach Settat und schloß dann, am Sieg verzweifelnd, im November mit Mulai Hafid ein Abkommen, nach welchem er gegen ein Jahrgeld von 140000 Mark auf den Thron verzichtete und seinen Wohnsitz in Tanger aufschlug. Deutschland gab die Anregung zur Anerkennung des Siegers, die am 6. Januar 1909 durch den Ältesten des diplomatischen Korps in Tanger erfolgte. Ein bedenklicher Zwischenfall ereignete sich in Casablanca am 25. September 1908. Der deutsche Konsulatssekretär Just wollte drei fahnenflüchtige deutsche Fremdenlegionäre an Bord eines Schiffs bringen; diese wurden aber von französischen Soldaten angehalten und weggeführt, nicht ohne daß es zu Tätlichkeiten kam. Da jeder Teil die Schuld an diesen Tätlichkeiten dem andern zuschob und die Franzosen überdies behaupteten, daß Just auch österreichischen und schweizerischen Ausreißern habe durchhelfen wollen, so entstand eine schwierige Lage, die (nach den Mitteilungen der Grafen Tisza und Burian im ungarischen Abgeordnetenhaus vom 14. Juni 1916) die englische Regierung — ohne Zweifel auf Betreiben Eduards VII. — benützte, um Öl ins Feuer zu gießen. Sie ließ den französischen Ministern Clemenceau und Pichon bedeuten, daß jetzt eine Gelegenheit zur Rache an Deutschland gekommen sei, die so günstig niemals wiederkehren werde. Deutschland stehe, da Österreich auf dem Balkan in Anspruch genommen sei, vereinsamt Rußland, Frankreich und England gegenüber, und Italien werde man dazu bringen, daß es sich seiner Pflichten als Bundesgenosse entziehe. Die satanische Einbläserei blieb aber wirkungslos; die Regierungen von Deutschland und Frankreich verständigten sich dahin den ganzen unaufgeklärten Handel an das Haager Schiedsgericht zu bringen, das am 22. Mai 1909 seinen vermittelnden Spruch fällte. Der deutsche Sekretär wurde gerügt, weil er in der Tat auch nicht reichsdeutsche Ausreißer habe einschiffen wollen; ebenso erhielt aber die französische Militärbehörde einen Tadel, weil sie den im Namen des deutschen Konsulats über die Ausreißer geübten Schutz nicht soweit irgend möglich geachtet habe. Der deutschen Forderung auf Aus-

lieferung der drei reichsdeutschen Ausreißer wurde nicht stattgegeben.

Ehe dieser Spruch erging, erfolgte unter dem Einfluß der in Paris siegreich gebliebenen friedlichen Strömung eine Annäherung des deutschen Reichs und Frankreichs, indem beide am 9. Februar 1909 einen Vertrag über Marokko abschlossen. Danach wurde die Algecirasakte feierlich bestätigt und demgemäß von Frankreich die Unabhängigkeit des scherifischen Reichs erneut anerkannt, ebenso die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen in Marokko. Ausdrücklich verpflichtete sich überdies Frankreich den deutschen Handels- und Gewerbeinteressen in Marokko nicht entgegenzuwirken, sondern auf diesem Gebiet gemeinsam mit Deutschland vorzugehen. Dafür erkannte Deutschland an, daß Frankreichs besondere Interessen mit der Sicherung von Frieden und Ordnung in Marokko eng verknüpft seien, und verhieß diesen Interessen nicht entgegenzuwirken. Am 17. Februar 1910 bildete sich im Sinn dieser Abkunft in Paris die société marocaine des travaux publics, an deren Kapital (2 Millionen Fr.) Frankreich mit 50, Deutschland mit 30, die andern Nationen mit 20% beteiligt waren; im Verwaltungsrat saßen 6 Franzosen, 4 Deutsche, 1 Engländer und 1 Spanier.

Zur Befriedigunng der fremden Gläubiger und zur Bezahlung von Entschädigungen für die durch die Beschießung Casablancas zu Schaden gekommenen Europäer bedurfte der Sultan 80 Millionen Franken; die Franzosen bezifferten ihre Kriegskosten auf 70 Millionen. Zur Deckung der ersten Summe gewährte Frankreich Mulai Hafid eine Anleihe, die durch die sämtlichen (nicht schon verpfändeten), unter französischer Aufsicht zu erhebenden, Zölle sicher gestellt wurde; die 70 Millionen sollte der Sultan im Lauf von 75 Jahren in Beträgen von 2740000 Franken abzahlen. Für seine Hofhaltung wurden ihm jährlich 3 Millionen Franken vorbehalten. Durch diesen Vertrag ward der Sultan, dem kaum mehr eigene Einnahmen verblieben, fast nackt ausgezogen und auf unabsehbare Zeit von Frankreich abhängig; kein Wunder, daß er ihn erst nach einem Ultimatum angenommen hat (19. Februar 1910). Er besaß nichts mehr, um seinem Lande förderlich sein zu können; dagegen brachten seine hohen Beamten, die zugleich große Feudalherren waren, besonders der Wesir El Glaui, durch Habsucht und Gewalttaten das Volk zur Verzweiflung, wie ein offener Brief des Kaids Akka vom Stamme der Benir Mtir an Europa, der in der Times vom 9. Mai 1911 erschien, offen aussprach. Verachtung eines Fürsten, der der Vasall der Giaurs war, und Haß gegen sein

hartes Regiment trieben die Stämme um Fes schließlich zu einem Aufruhr, den der Sultan mit seinen von den französischen Offizieren Mangin und Brémond geführten Truppen nicht niederwerfen konnte. Dies und ein Überfall des Stammes der Saër auf französische Posten benutzte das an Briands Stelle getretene radikale Ministerium Monis, um (trotz mahnender Stimmen selbst in der englischen Presse, trotz der in dem eifersüchtigen Spanien sich kundgebenden großen Erregung, trotz der Angriffe des sozialistischen Abgeordneten Jaurès auf die „im Dienst profitgieriger Geldmänner stehende" Regierung) zu einer entscheidenden Maßregel; unter dem Aushängeschild der Rettung der (gar nicht ernstlich bedrohten) Europäer in Fes und eines angeblichen Hilferufs des Sultans ließ Monis den General Moinier im März 1911 an der Spitze von 21000 Mann von Casablanca auf Fes vormarschieren und dieses ohne wesentlichen Kampf am 21. Mai besetzen. Dabei ward die Erklärung abgegeben, daß Moinier nach Befreiung des Sultans und Rettung der Europäer Fes wieder räumen werde. Am 14. Juni rückten französische Truppen auch in Mekines ein. Dieses Vorgehen Frankreichs, das auf eine Besitznahme des Landes abzielte, zerriß die Dämme, welche bisher die Wogen zurückgehalten hatten. Die Spanier beschlossen das ihnen durch den Geheimvertrag am 3. Oktober 1904 zugesicherte Gebiet auf alle Fälle sich zu sichern und besetzten, auch mit der Begründung, daß sie ihren bedrohten Angehörigen beistehen müßten, am 8. Juni den Hafen Larasch und bald darauf El Ksar. Deutschland aber entsandte am 1. Juli das Kanonenboot Panther nach dem Hafen Agadir im Süden des scherifischen Reichs, „um Leben und Eigentum der deutschen Firmen in Südmarokko und der deutschen Schutzgenossen daselbst zu sichern".

Durch dieses Erscheinen eines deutschen Kriegsschiffes (das, weil ausbesserungsbedürftig, bald durch den stärkeren Kreuzer „Berlin" und das Kanonenboot „Eber" ersetzt wurde) erhob Deutschland warnend den Finger, daß die Franzosen nicht glauben sollten, sie seien sozusagen allein auf der Welt und könnten als angebliche „Beauftragte Europas" in Marokko tun, was ihnen beliebe. Gleichzeitig erließ v. Kiderlen-Wächter eine Note an die an Algeciras beteiligten Mächte, in der er aussprach, daß Deutschland beabsichtige mit Frankreich gemeinsam einen Weg zur endgültigen Verständigung über Marokko zu suchen und daß es eine dauernde Festsetzung in dem scherifischen Reich nicht im Sinne habe. Ob eine solche Festsetzung in irgendeinem Zeitpunkt von der deutschen Staatsleitung als wünschenswert angesehen

worden ist, steht dahin; Kiderlen hat mir am 16. April 1911 lediglich gesagt, daß er die Frage genau prüfen lasse; von der sogenannten „alldeutschen" Richtung dagegen ist der Festsetzung sehr energisch das Wort geredet worden. Das Ergebnis der erwähnten Prüfung war doch so, wie im August 1911 von offiziösen Federn ausgeführt wurde, daß eine Festsetzung Deutschlands in Marokko bei dessen großer Entfernung von Deutschland, bei der gebirgigen Natur des Landes und bei dem Unabhängigkeitssinn und der Tapferkeit seiner Einwohner sehr große Opfer an Gut und Blut mit sich gebracht hätte; daß Frankreich bei seiner weit größeren Nähe und da es durch seinen algerischen Besitz sogar der unmittelbare Grenznachbar Marokkos war, dort erheblich größere Interessen zu verteidigen hatte und diese auch weit leichter wahrnehmen konnte als Deutschland. Für Frankreichs nordafrikanische Stellung war Einfluß in Marokko eine Lebensfrage; für Deutschland kam vor allem die Sicherung der Möglichkeit in Betracht von dort Erze für unsere Industrie zu beziehen. Daß für Ansiedlung deutscher Bauern, wovon die Alldeutschen träumten, weder der Boden noch das Klima Südmarokkos geeignet waren, hat die „hamburgische marokkanische Gesellschaft" am 27. November 1911 mit Bestimmtheit als Ergebnis ihrer Untersuchungen bezeichnet.

Gleichwohl war die Meinung, daß dem „Panthersprung" deutsche Eroberungsabsichten zugrunde lägen, in Europa und in Deutschland selbst weit verbreitet, und kaum hatte die französische Regierung durch ihren Berliner Botschafter Jules Cambon Verhandlungen mit Deutschland eröffnet, so fuhr England mit grobem Geschütz drein. Am 21. Juli bezeichnete der Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey die ihm von Paris übermittelten Forderungen Deutschlands (daß Frankreich zur Entschädigung für die Überlassung Marokkos an Deutschland seine ganze Kongokolonie abtreten solle, wofür ihm dann Teile von Togo und Kamerun angeboten wurden) als unannehmbar und als ein Anzeichen, daß Deutschland sich, am Kongo nicht befriedigt, doch dauernd in Agadir festsetzen wolle. Am Abend desselben 21. Juli erklärte der englische Schatzkanzler Lloyd George, von Haus ein protestantischer Sektierer, Friedensschwärmer und Verabscheuer alles Militarismus, durch seine Ministerschaft aber zu ganz anderen Ansichten bekehrt, auf Grund förmlicher Beratungen mit Grey und Asquith im Londoner Mansion House: „wenn uns eine Lage aufgezwungen würde, in der der Friede nur erhalten werden könnte durch Aufgabe der Stellung, welche wir in heldenhaften Anstrengungen errungen haben, oder durch

Zulassung einer Behandlung, bei der die Lebensinteressen unseres Volkes in der Weise verletzt würden, als ob es kein Gewicht im Rate der Völker mehr hätte, so würden wir dies nicht hinnehmen dürfen." Der Sinn der einzelnen Wendungen dieser säbelrasselnden Rede ist sehr dunkel; eine Bedrohung englischer Lebensinteressen sah der Minister vielleicht darin, daß eine deutsche Flottenstation in Agadir die Sicherheit der englischen Korn- und Fleischzufuhr aus Südamerika gefährden konnte, und da England bei dem Verfall seines Ackerbaus etwa drei Viertel seiner Nahrungsmittel aus andern Ländern beziehen mußte, so hatte es freilich Grund auf Freiheit und Sicherheit seiner Wasserstraßen zu halten. War das Einzelne der Rede unklar, so war der Sinn des Ganzen um so deutlicher; Lloyd George's Worte enthielten eine Drohung gegen Deutschland von solcher Schärfe, daß v. Kiderlen am 24. Juli es als unter unserer Würde bezeichnete nach solchen Worten weitere Aufklärungen zu geben. Asquith fügte deshalb am 27. Juli in einer Rede im Unterhaus den Worten Lloyd George's die Versicherung hinzu, „daß außerhalb Marokkos und in andern Teilen Westafrikas England nicht daran denke sich in Gebietsabmachungen zu mischen, welche von den näher Interessierten für zweckmäßig gehalten würden." Außerhalb Marokkos — in Marokko selbst also wollte England auch nach Asquith eine Abkunft nicht gestatten, welche Deutschland dort Gebiet verschafft hätte. Grey wies in seinen Unterredungen mit dem deutschen Botschafter Grafen Wolff-Metternich auch darauf hin, daß England am 8. April 1904 Marokko an Frankreich überlassen habe und ihm nun ehrlicher Weise beistehen müsse seinen Einfluß auf dieses Land zu behaupten.

Den Franzosen ward durch dieses Verhalten Englands natürlich der Rücken sehr gesteift; die Verhandlungen Cambons mit v. Kiderlen in Berlin und Kissingen zogen sich sehr in die Länge, und nach ganz bestimmten Angaben der englischen Unterhausmitglieder Oberst Faber, Ponsonby und Buxton und des Tagesschriftstellers Spender ist England zweimal im Juli 1911 und noch einmal im September auf dem Sprung gewesen den Franzosen nach dem erwarteten Kriegsausbruch 150 000 Mann über Belgien zu Hilfe zu schicken; es ergab sich aber nach denselben Zeugen, daß die Flotte hierzu nicht Transportschiffe genug hatte und daß zu befürchten stand, die deutsche Flotte werde imstande sein einen Teil der Transportschiffe auf hoher See abzufangen. Sir Edward Grey hat demgegenüber in einer Rede im Unterhaus vom 27. November mit einer spöttischen Wendung von dem

„politischen Alkoholismus des verflossenen Sommers“ gesprochen, der überall Kriegsgefahr gewittert habe, und der belgische Ministerpräsident de Brocqueville erklärte am 29. November im Parlament zu Brüssel die Behauptung, daß ein englisches Heer in Belgien habe gelandet werden sollen, für eine Lüge. Trotzdem ist die Annahme auch hier füglich nicht abzuweisen, daß wo Rauch ist, auch Feuer sein muß, und Greys Versicherungen haben nach den Erfahrungen vom November 1912 kein unbedingtes Gewicht. Noch weniger stimmen Brocquevilles Äußerungen zu den später zu erwähnenden belgisch-englischen Vereinbarungen über die Landung englischer Truppen im Fall einer von Deutschland drohenden Einmarschgefahr. An Erwägungen, ob nicht England und Frankreich zusammen versuchen sollten Deutschland niederzuschlagen, hat es sicherlich nicht gefehlt; wenn das Ergebnis schließlich verneinend ausfiel, so mögen die Beweggründe wohl auch in der rein menschlichen Abneigung gegen einen großen Völkerkrieg mit seinen furchtbaren Folgen gelegen haben; entscheidend war aber doch die Sorge, daß das Unternehmen fehlschlagen könnte. Diese Sorge gründete sich einmal auf die gewaltige Streitmacht, welche Deutschland zu Wasser und zu Land einsetzen konnte und welcher zu Lande, alles wohl erwogen, auch beide Gegner zusammen nicht gewachsen waren; dann auf die Erwägung, daß Österreich-Ungarn, obwohl der Vertrag von 1879 es nur zur Hilfe gegen Rußland verpflichtete, doch eine völlige Niederlage Deutschlands gegen wen immer nicht zulassen konnte, ohne nachher selbst allein und verlassen dazustehen; man war auch nach gut unterrichteten Stimmen in Berlin nicht in Ungewißheit, daß man äußerstenfalls auf Österreich rechnen könne. Endlich bestand damals einiger Zweifel, ob Frankreich im Fall eines Angriffs auf Deutschland der Hilfe Rußlands sicher sei, das ihm nur gegen einen Angriff seitens Deutschlands beizustehen gehalten war. Dieser Zweifel war um so berechtigter, weil Zar Nikolaus II., als er mit seiner Gemahlin aus Friedberg in Hessen nach Hause reiste, zur Abwechslung wieder einmal deutschfreundlich war oder schien, woran der Umstand mit schuld war, daß Rußlands Heereskraft sich von der japanischen Niederlage noch nicht erholt hatte. Jedenfalls war der Zar am 4. November 1910 in Potsdam mit Kaiser Wilhelm II. dahin eins geworden, daß die beiden Großmächte sich nicht bloß über ihr Interesse in Persien vergleichen, sondern auch „in nichts sich einlassen wollten, was eine Spitze gegen den andern Teil haben könnte“. Die Rückverlegung der an der deut-

schen Grenze seit 20 Jahren angehäuften Truppenmassen mehr nach dem Innern des Reichs, welche offiziöse russische Federn als im Interesse einer ungestörten Mobilmachung geschehen bezeichneten, wurde in Frankreich zum Teil ganz anders beurteilt: „das russische Heer," sagte der frühere französische Kriegsminister Brun, „hat künftig nicht mehr die Aufgabe die Westgrenze zu verteidigen. Sein etwaiger Gegner ist sicherlich nicht Deutschland. Die russisch-französische Allianz besteht tatsächlich nicht mehr." Das Abkommen über Persien gelangte gerade während der schärfsten deutsch-französischen Spannung am 19. August 1911 in St. Petersburg zum Abschluß und besagte, daß Deutschland in Persien nur Handelsinteressen verfolge, also Rußlands politische Interessen dort nicht durchkreuzen werde, und daß Rußland dafür von Persien die Erlaubnis zum Bau einer Eisenbahnlinie von Teheran nach Chanikin erwirken werde, an welche die wesentlich unter deutschem Einfluß stehende Bagdadbahn von Sadidjeh aus angeschlossen werden sollte. Damit sollte den deutschen Waren der Zutritt, den sie schon nach Kleinasien, Mesopotamien, Syrien und Arabien erlangt hatten, auch nach Persien eröffnet werden. Der Abschluß dieses Vertrags ward in Frankreich als ein Anzeichen dafür angesehen, daß Rußland sein Augenmerk nicht länger auf das kleine Europa richte, wo mehr Wunden als Trophäen zu holen waren, sondern auf das große Asien, wo es gewaltige Erfolge leicht einheimsen konnte (vgl. S. 13). Das Abkommen war jedenfalls geeignet etwaige Reibungsflächen zwischen Deutschland und Rußland zu entfernen und bewies, daß wenigstens in diesem Augenblick die Deutschland geneigte Partei am Zarenhof das Übergewicht hatte. Dasselbe lehrte 1912 die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren Nikolaus in dem estnischen Hafen Baltisch-Port (westlich von Reval) am 4. und 5. Juli; sie sollte nach der halbamtlichen russischen Erklärung „den festen Entschluß bekunden die zwischen beiden Ländern bestehenden altehrwürdigen Überlieferungen hochzuhalten und die feste und dauernde Freundschaft beider Mächte zu bezeugen". Daß die entgegengesetzten Bestrebungen nicht erlahmten, zeigte freilich einen Monat später die Reise des französischen Ministerpräsidenten Poincaré nach St. Petersburg. Sie hatte den Zweck das Bündnis von 1891 und das Heeresabkommen von 1892 durch eine Abmachung über die Flottenhilfe zwischen Rußland und Frankreich zu ergänzen, und diese Absicht wurde auch erreicht.

Aus den erwähnten Gründen geschah es, daß die Verhandlungen

zwischen Jules Cambon und v. Kiderlen nach ungefähr viermonatlicher Dauer am 4. November zum Abschluß zweier Verträge führten,*) deren Richtlinien in die Formel gefaßt werden können: Überlassung Marokkos an Frankreich gegen Bürgschaft für Deutschlands wirtschaftliche Interessen daselbst und gegen Gebietsentschädigung im französischen Kongo. Des Näheren sollte 1. Frankreich künftig unbehindert sein die marokkanische Regierung bei allen auf Verwaltung, Gerichte, Wirtschaft, Finanzen und Heerwesen bezüglichen Reformen, die zu einer guten Regierung des Landes erforderlich sind, zu unterstützen, d. h. alle diese Dinge nach seinem Gutdünken zu ordnen. Es sollte ferner alle Orte besetzen dürfen, die es als wichtig für Ordnung und Sicherheit des Landes ansehe, und es hatte das Recht den Sultan „auf dessen Ansuchen" gegenüber dem Ausland zu vertreten. Alle diese Maßnahmen stellten am letzten Ende Marokko unter die französische Schutzherrschaft (Protektorat). 2. Dafür erkannte Frankreich den Grundsatz der Handelsfreiheit in Marokko für alle Nationen „unverbrüchlich" an und sicherte insbesondere durch eine Reihe eingehend und sehr umsichtig gefaßter Bestimmungen den Anteil Deutschlands an der marokkanischen Staatsbank, unter deren vier Direktoren ein Deutscher sein sollte, und die ungehinderte Betätigung der Deutschen im Handel und Bergbau Marokkos; namentlich die ungleiche Behandlung der Franzosen und der andern Nationen durch Verschiedenheit der Zollsätze ward ausdrücklich untersagt. 3. Als Entschädigung für die Überlassung Marokkos an Frankreich erhielt Deutschland durch den „Vertrag betreffend die beiderseitigen Besitzungen im Äquatorialafrika" den an Kamerun grenzenden Teil des französischen Kongo im Umfang von 275 000 qkm, so daß das Stromgebiet des Sangha ganz deutsch wurde und das neue deutsche Gebiet mit zwei „Fühlhörnern" von 6—12 Kilometer Breite den Ubangi und den Kongo erreichte. Damit erlangte Deutschland, wonach es lange und zäh gestrebt hatte, Zutritt zu dem zweitgrößten Strom Westafrikas, der ins Innerste des Erdteils führt, zum Kongo. Von dem deutschen sog. „Entenschnabel", der bis zum Tschadsee reichte, wurde das Dreieck zwischen Logone und Schari (12 000 qkm) an Frankreich abgetreten. Der Gesamtumfang des von Deutschland gewonnenen Gebiets belief sich somit auf etwa 263 000 qkm; das ist etwa der Umfang

*) Den Wortlaut siehe in meiner „politischen Übersicht für 1911" S. 121 bis 132.

des Königreichs Preußen ohne Schlesien und Ostpreußen. Die von Frankreich an Erwerbsgesellschaften erteilten Rechte wurden von Deutschland anerkannt. Beide Staaten gestatteten auch den Truppen der andern Macht das Recht auf gewissen Marschstraßen durch ihr Gebiet zu ziehen. Deutschland erhielt endlich in einem Zusatzvertrag das Vorkaufsrecht auf Spanisch-Guinea, das nun von deutschem Gebiet ganz umschlossen war, wogegen Deutschland sich verpflichtete, in die französisch-spanischen Verhandlungen über Marokko nicht einzugreifen. Diese Verhandlungen, wobei Frankreich an Spanien das Ansinnen stellte, daß es als Mitgewinner in Marokko auch einen Teil der durch Deutschlands Entschädigung erwachsenen Unkosten trage und also auf einige ihm 1904 zugesicherte Gebietsstücke verzichte, zogen sich viele Monate lang ohne Ergebnis hin, da Spanien den französischen Standpunkt nicht anerkannte, jedenfalls nur möglichst wenig von dem 1904 ihm Versprochenen aufgeben wollte. England, das Frankreich von der Meerenge von Gibraltar unbedingt fern halten muß, stand dabei trotz der entente cordiale in kühler Selbstsucht auf Spaniens Seite. Erst am 26. Oktober 1912 kam der Vertrag zum Abschluß. Spanien wurde das Land vom linken Ufer des Muluja bis hinüber zum rechten Ufer des Uerga, eines Nebenflusses des Sebu, als sein Einflußbereich zugestanden, wogegen es auf das den kanarischen Inseln gegenüberliegende Gebiet außer Ifni verzichtete. Die Stadt Tanger erhielt eine selbständige Verwaltung; die Bahn Tanger-Fes sollte beiden Staaten gemeinsam sein. Spanien verpflichtete sich die Beamten des Sultans — will sagen die Franzosen — bei der Durchführung von Reformen in seiner Einflußzone zu unterstützen; die Gewalt des Sultans in seiner Zone sollte an einen Kalifen (Stellvertreter) übergehen, der sie durch Vermittlung des spanischen Kommissärs (Generalresidenten) ausüben, also ganz von diesem abhängen sollte. Der Durchgangsverkehr sollte zollfrei sein; von den Zöllen im spanischen Teil — als dem günstiger gelegenen — sollte Spanien jährlich 500 000 Pesetas (Franken) an den Sultan abliefern.

Der Vertrag vom 4. November fand in Frankreich wie in Deutschland e i n e überwiegend ungünstige Aufnahme. In Frankreich klagte man, daß die Republik ohne Krieg und Schwertschlag mitten im Frieden sich ein großes Land in Afrika habe abdringen lassen, das bei entsprechender Bearbeitung ein zweites Brasilien werden könne, daß der Frankreich verbliebene Teil des Kongo durch die neuen Grenzlinien zerschnitten und fast wertlos gemacht sei. Überdies sei Marokko

durch die Deutschland gewährten wirtschaftlichen Zusicherungen ein mit Hypotheken schwer belasteter Besitz; Frankreich dürfe dort für Deutschland den Polizisten machen und mit großen Opfern die Ordnung herstellen und erhalten, deren Nutzen dann den Deutschen ohne Entgelt zufalle. Endlich seien alle diese Zugeständnisse einer Macht eingeräumt worden, die eigentlich auf Marokko gar kein Recht besessen habe und die man deshalb an der Schwelle hätte kühl abweisen sollen.

In Deutschland sahen viele in dem politischen Zurückweichen des Reichs aus dem Jahre lang umkämpften scherifischen Lande eine schwere Niederlage; der Kaiser habe 1905 in Tanger davon gesprochen, daß er „unsere Interessen alle Zeit in einem freien Lande hochhalten wolle", und nun sei dieses Land sechs Jahre nachher mit deutscher Gutheißung ein Vasallenstaat Frankreichs geworden. Niemand könne bestreiten, daß dies Ergebnis ein Triumph Englands und Frankreichs sei, mit denen wir nicht gewagt hätten uns im Kriege zu messen. Auch sprach man von der Gefahr, daß Frankreich aus dem — doch noch sehr unruhigen — Marokko bedeutende Truppenmassen für europäische Kriege ziehen könne. Die wirtschaftlichen Zusicherungen hätten keinen Wert, da Frankreich in Tunis gezeigt habe, daß es sich um fremde Rechte nicht kümmere;*) der abgetretene Teil des Kongo sei durch sein Sumpfklima, durch die entsetzliche Schlafkrankheit, welche die Bevölkerung zu Tausenden wegraffe, und durch die Rechte der französischen Gesellschaften entwertet und kaum mehr als ein papierener Ersatz für die reichen Ackerfelder und die ergiebigen Bergwerke Marokkos. Diese kritischen Stimmen erlangten dadurch in den Augen vieler ein verstärktes Gewicht, daß der treffliche Staatssekretär der Kolonien, v. Lindequist, in offener Mißbilligung des Kongoabkommens seinen Abschied nahm; an seine Stelle trat der Statthalter von Samoa, Dr. Solf.

Schon die Gegenüberstellung der Urteile zeigt, daß *in Wahrheit der Vertrag eine mittlere Linie darstellte, bei welcher beide Teile Opfer* zu bringen hatten und Gewinne buchen konnten. Die Schwierigkeiten, auf welche die Franzosen sofort stießen, als sie ihr Protektorat in Fes verkündeten, bewiesen jedenfalls, daß der Besitz von Marokko nicht schon mit dem Vertrag erlangt

*) Dabei ward übersehen, daß Frankreich in Marokko durch genauest umschriebene Verpflichtungen auf alle Zeit gebunden war, was für Tunis nicht zutraf, und daß ein Bruch dieser Verpflichtungen einer Großmacht wie Deutschland gegenüber doch eine sehr schwere Sache sein mußte.

war; der französische „Generalresident" bei Mulai Hafid, General Lyautey, mußte Ende Mai 1912 einen gefährlichen Aufstand der Stämme um Fes unter Aufgebot von 43 000 Mann niederwerfen, und Hafid trat am 11. August mißvergnügt zugunsten seines Bruders Jussuf zurück. Die französische Kammer hieß den Vertrag nach langen hitzigen Debatten am 20. Dezember 1911 mit 393 gegen 96 Stimmen gut, der Senat am 10. Februar 1912 mit 212 gegen 42. Er wurde dann am 13. März feierlich in Gültigkeit gesetzt, und am 19. März speiste Kaiser Wilhelm II. bei dem Botschafter Jules Cambon, womit er nach völkerrechtlicher Auffassung erstmals „französischen Boden betrat". Die Mächte, welche den Algecirasvertrag unterschrieben hatten, gaben auf Frankreichs und Deutschlands Ansuchen der Reihe nach auch ihre Zustimmung zu dem Abkommen. Die Übergabe der afrikanischen Gebiete erfolgte auf Grund von Einzelabmachungen, die ein deutsch-französischer Ausschuß in Bern getroffen hatte, am 1. Oktober 1912. Eine von vielen erhoffte Annäherung Frankreichs und Deutschlands ist durch die Verträge vom 4. November 1911 freilich nicht erreicht worden, da man in Frankreich sich übervorteilt vorkam; die deutschfeindliche Stimmung der Franzosen war sogar 1912 stärker als seit vielen Jahren.

Die Erkenntnis dieser Tatsache hätte dazu führen müssen, daß die seit 1909 bestehende Zerklüftung der bürgerlichen Parteien als eine schwere Schädigung, ja Gefährdung der nationalen Wohlfahrt erkannt und beseitigt worden wäre. Zunächst aber war die Verbitterung der Parteien noch viel zu stark, als daß sie sich zu einer Überbrückung der Kluft hätten entschließen können; es mußte noch schlimmer werden, damit es besser werden konnte. Der 1907 gewählte Reichstag genehmigte in seiner letzten Tagung im Dezember 1911 noch das lang umstrittene, durch eine Verfassungsänderung rechtlich unanfechtbar gewordene Gesetz über die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf Rhein, Weser und Elbe, mit welchen Abgaben die Stromläufe verbessert und für größere Schiffe befahrbar gemacht werden sollten. Da aber über Rhein und Elbe wegen bestehender Verträge, welche Schiffahrtsabgaben ausschlossen, erst mit den Niederlanden und mit Österreich verhandelt werden mußte, wurde das Gesetz sofort nur für die Weser in Kraft gesetzt. Auch wurde im Zusammenhang mit der Marokkofrage unter Zustimmung der verbündeten Regierungen gesetzlich bestimmt, daß künftig Abtretungen auch von Kolonialland (wie also z. B. des „Entenschnabels") nur mit Zustimmung des Reichs-

tags statthaft sein sollten, also nicht bloß ein kaiserlicher Willensakt dazu erforderlich war. Am 5. Dezember ward der Reichstag geschlossen, und die Wahlbewegung konnte sich entwickeln. Von einer geschlossenen Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie war unter den geschilderten Verhältnissen keine Rede; vielmehr lautete für die Wahlen am 12. Januar 1912 die Losung links: unter allen Umständen gegen den schwarzblauen Block! So kam es, daß 110 Sozialdemokraten gewählt wurden, daß alle bürgerlichen Parteien eine Verminderung erlitten und vor allem die bisherige Mehrheit der Rechten und des Zentrums in Trümmer ging. Konservative wurden gewählt 45, Reichsparteiler 13, vom Zentrum 90, elsaß-lothringische Klerikale 9, Polen 18, Welfen 5, Nationalliberale 44, fortschrittliche Volkspartei 41, Wilde 11. Bei der Wahl des vorläufigen Präsidiums fielen am 5. Februar 1912 auf Spahn vom Zentrum 196, auf Bebel 175 Stimmen, darunter etwa 20 nationalliberale: eine unglaubliche Entgleisung, worüber in der Partei eine schwere Krisis entstand (die am 12. Mai 1912 auf einem von 1200 Abgeordneten besuchten Vertretertag in Berlin notdürftig beglichen ward). Zum ersten Vizepräsidenten wurde mit 188 gegen 174 Stimmen der Sozialdemokrat Scheidemann gewählt, der öffentlich „den Wortbruch als eine der erhabensten Traditionen des in Preußen regierenden Hauses" bezeichnet hatte. Weil Spahn in diesem Präsidium nicht sitzen wollte, sondern zurücktrat, ging am 14. Februar der Vorsitz an Kämpf von der Volkspartei über. Bei der endgültigen Wahl vom 8. März drang als Präsident Kämpf mit 192 gegen 187 Stimmen (für Spahn) durch; erster Vizepräsident ward der nationalliberale Professor Dr. Paasche (während Scheidemann unterlag), zweiter ward Dove von der Volkspartei. Die Rechte und das Zentrum schieden also völlig aus. Wenn man aber nach so stürmischen und befremdenden Anfängen befürchtet hatte, daß der in zwei ungefähr gleich starke Hälften zerfallende Reichstag gar nicht arbeitsfähig sein werde, so wurde diese Besorgnis nicht erfüllt. Was sich in der Hitze des Wahlkampfs als unmöglich erwiesen hatte, trat, nachdem die Kampfesstimmung verrauscht war, im Parlament selbst ein, und der Eindruck, den die Kriegsgefahr des letzten Sommers hinterlassen hatte, war so stark, daß für die Vorlage, durch welche die verbündeten Regierungen eine Verstärkung unserer Wehrkraft zu Wasser und zu Lande bezweckten, von vornherein eine geneigte Stimmung bei allen staatserhaltenden Parteien vorhanden war; endgültig war der unreife Standpunkt überwunden, vermöge dessen früher die Linke

jede Heeresvorlage als Ausfluß des das Volksmark aufzehrenden „Militarismus" bekämpft hatte. Die Heeresvorlage enthielt eine Erhöhung der jährlichen Rekrutenziffer um 29000 Mann, die Errichtung zweier neuer Armeekorps (in Allenstein und Saarbrücken) und eine Reihe von Verbesserungen der technischen Waffen und der Mobilisierungsmaßnahmen. Die Flottenvorlage brachte im Hinblick auf die Gefahr eines plötzlichen Kriegsausbruchs, wie er 1904 im fernen Osten erfolgt war, die Schaffung eines dritten dienstbereiten Geschwaders von acht Linienschiffen, wozu die sog. „Materialreserve" verwendet werden sollte; zu ihr traten drei neue Linienschiffe und zwei neue kleine Kreuzer. Die Kosten erreichten den Gesamtbetrag von zunächst 95, später (1917) 107 Millionen. Am 21. Mai wurden beide Vorlagen ohne wesentliche Änderung in dritter Lesung debattelos angenommen; mit kalter Verachtung ließen die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten, die nicht daran dachten sich infolge ihres Sieges zu „mausern", ihr ganzes Gift verspritzen, ohne sie auch nur einer Antwort zu würdigen. Die Kostenfrage bereitete große Schwierigkeiten; auf die Erbschaftssteuer wollten die Regierungen nicht zurückkommen, um nicht die Rechte und das Zentrum in die Opposition zu drängen — auf die Sozialisten war auch kein Verlaß —, und der ausgezeichnete Schatzsekretär Wermuth trat am 15. März 1912 zurück, weil er im damaligen Augenblick den Grundsatz für gefährdet hielt, daß keine Ausgaben ohne ausreichende Deckung beschlossen werden dürften; er wurde durch den Unterstaatssekretär im Reichsfinanzamt Kühn ersetzt. Schließlich kamen Bundesrat und Reichstag überein, daß die erforderlichen Ausgaben durch die vorhandenen Überschüsse, durch die Aufhebung der seit 1887 bestehenden sogenannten „Liebesgabe", d. h. des Steuervorzugs für eine bestimmte („kontingentierte") Produktionsmenge Branntwein, durch einstweilige Forterhebung der Zuckersteuer und durch eine Besitzsteuer gedeckt werden sollten, welche nach einem Kompromiß zwischen den Parteien den verschiedenen Besitzverhältnissen gerecht werden sollte und von den Regierungen spätestens bis 30. April 1913 vorzulegen war. So zeigte der Schluß des Reichstags das nach all den verbitternden Parteikämpfen doppelt erhebliche Schauspiel einer in vaterländischem Geist geschlossenen bürgerlichen Phalanx.

Noch mehr kam diese Gestaltung der Lage an den Tag, als die Regierung angesichts der durch den Balkankrieg erfolgten Verschiebung der Verhältnisse 1913 mit einer neuen und noch viel weitergehenden Wehrvorlage vor den Reichstag zu treten sich entschloß.

Während jenes Krieges bestand Monate lang die äußerste Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, und das nächste Ergebnis des Kriegs, der fast vollständige Zusammenbruch der türkischen Macht in Europa und das gewaltige Anwachsen der slawischen Balkanstaaten, rückte die Gefahr nahe, daß Österreich im Fall eines Krieges mit Rußland auch von Serbien, vielleicht sogar von Bulgarien in seiner rechten Flanke gefaßt wurde; dann aber war es nicht imstande uns die erwartete Hilfe gegen Rußland in vollem Maß zu gewähren. Die Mitwirkung der Türkei gegen die slawischen Völker kam auch nicht mehr in Betracht, und Deutschland war somit genötigt sich der Russen — und selbstverständlich dann auch der Franzosen — wesentlich mit seinen eigenen Kräften zu erwehren. Aus solchen Erwägungen heraus vereinbarten die verbündeten Regierungen am 28. März 1913 ein Gesetz, nach welchem das deutsche Heer vom 1. Oktober 1913 an von 544271 Mann auf 661176 Gefreite und Gemeine erhöht werden sollte. Dazu kamen 15000 neue Unteroffiziere und 4000 neue Offiziere, so daß der Gesamtstand in zwei Jahrgängen um rund 136000 Mann vermehrt werden sollte. Die Kosten beliefen sich auf 393 Millionen an dauernden und 898 an einmaligen Ausgaben. Zur Empfehlung des Gesetzes diente auch die Erwägung, daß nach der Verfassung des Reiches die allgemeine Wehrpflicht bestand, daß diese aber tatsächlich längst nicht mehr zur Anwendung kam; vielmehr wurden jährlich viele Zehntausende tüchtiger junger Leute, ohne gedient zu haben, der Ersatzreserve überwiesen. Die Vorlage fand angesichts der bedrohlichen europäischen Lage und unter der Einwirkung der großen Erinnerungen an 1813, welche in vielfachen erhebenden Feiern (Jahrhundertausstellung in Breslau) wachgerufen wurden, von vorn herein im Volk und beim Parlament — hier natürlich mit Ausnahme der sozialdemokratischen Fraktion — eine günstige Aufnahme, und der von General Keim 1912 gegründete „Wehrverein", ein Seitenstück zum Flottenverein, trug den Gedanken von der unbedingten Notwendigkeit einer alle vorhandenen Kräfte ausnutzenden Heeresrüstung erfolgreich in die weitesten Kreise. So zeigte man sich ohne viel Worte entschlossen der Sicherheit des Vaterlandes jedes Opfer an Gut und Blut zu bringen. Das gleichzeitige Vorgehen der Franzosen, welche damals die Last der dreijährigen Dienstzeit sich wieder aufbürdeten, um uns gewachsen oder gar überlegen zu sein, konnte die Nation in ihrem Entschluß nur bestärken. So ging die Vorlage am 30. Juni 1913 in dritter Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen

und — was besonders festgestellt werden muß — der Elsaß-Lothringer durch. Die Kosten sollten wesentlich durch einen einmaligen „Wehrbeitrag“ vom Vermögen und dann durch eine Steuer auf den Vermögenszuwachs, unter dem auch der Zuwachs durch Erbschaft einbegriffen war, aufgebracht werden. Da das Vermögen erst von 10000 bezw. 30000 Mark an besteuert wurde, je nachdem der Steuerzahler neben dem Vermögen ein Einkommen von 4000 Mark hatte oder nicht, so ließ das Reich alle Nichtbesitzenden diesmal — im Gegensatz zu 1909 — völlig frei ausgehen, und die Besitzenden nahmen die Last (0,15—1,5%), ohne mit der Wimper zu zucken, als eine selbstverständliche Pflicht allein auf sich. Die Fürsten, die an sich steuerfrei waren, erklärten sich zur Leistung des Wehrbeitrags aus freien Stücken bereit. Selbst die Sozialdemokraten sahen sich gezwungen diesen Steuern zuzustimmen, obwohl sie zur Verstärkung des Heeres dienen sollten. Wenn die Konservativen die Vermögenszuwachssteuer ablehnten, so geschah es, weil sie den Grundsatz, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten gehören, unter keinen Umständen durchlöchern und die Besteuerung des Besitzes nicht einem durch die Masse der Besitzlosen gewählten Parlament überantworten wollten. Auch manche der verbündeten Regierungen, besonders die sächsische, erfüllte schwere Sorge, daß die Einzelstaaten, wenn ihnen die direkten Steuern eine um die andere entzogen würden, schließlich nicht mehr daseinsfähig sein würden, daß es also heiße: principiis obsta! Aber Not bricht Eisen, und so wurden die Deckungsvorschläge, wie erwähnt, genehmigt, um unter allen Umständen die Sicherheit des Vaterlandes zu gewährleisten. Die Entschlossenheit, die sich darin aussprach, viedient hohe Achtung; sie war aber, wie das Jahr 1914 lehren sollte, sehr von Nöten.

Achtzehntes Kapitel

Der italienisch-türkische Krieg · Die beiden Balkankriege

Die Besitznahme Bosniens und der Herzegowina durch Österreich gab 1908 in Italien den Anstoß zur Gründung einer nationalistisch-imperialistischen Partei, die sich in der dreimal wöchentlich erscheinenden Idea nazionale ein eigenes Blatt schuf und rasch sich über weite Kreise ausbreitete. Ihre Forderung war, daß Italien bei der Ver-

teilung der noch übrigen Welt nicht leer ausgehen dürfe. Als man nun sah, daß Frankreich, das 1830 Algier erobert und 1881 Tunis unter seine Schutzherrschaft gestellt hatte, mit der Ausdehnung seiner Oberhoheit über Marokko in ganz Nordwestafrika die herrschende Macht wurde, verlangte die nationalistisch bearbeitete öffentliche Meinung Italiens mit Nachdruck, daß die Regierung an die Ausführung der 1902 erhaltenen Zusagen herantrete, wie Spanien sich den ihm von Delcassé verheißenen Anteil an der marokkanischen Beute durch rasches Zugreifen gesichert hatte. Schon lange beschwerte sich Italien mit Absicht darüber, daß die Türken seiner wirtschaftlichen Betätigung in Tripolis jede erdenkliche Schwierigkeit bereiteten. Jetzt richtete der Minister des Auswärtigen, San Giuliano, plötzlich in der Nacht vom 26. zum 27. September 1911 ein schroffes Ultimatum an die hohe Pforte: sie solle binnen 24 Stunden sich äußern, ob sie die militärische Besetzung von Tripolitanien und der Cyrenaica durch Italien zulassen wolle. In diesen Ländern habe das türkische Regiment die Unordnung und die Vernachlässigung bis jetzt nicht abstellen können (was Italien übrigens in Calabrien und Apulien auch nicht gekonnt hat); ihre bessere Verwaltung sei aber sowohl eine Forderung der Zivilisation, als sie ein Lebensinteresse Italiens darstelle, das von diesen Küstenländern nur durch eine geringe Entfernung getrennt sei. Natürlich lehnte die Türkei diese aus Italiens Interesse an Macht im Mittelmeer und in Nordafrika hervorgehende, völkerrechtlich aber geradezu ungeheuerliche Forderung rundweg ab; sie war wohl zu wirtschaftlichen, nicht aber zu politischen Opfern bereit, und da man Abdul Hamid nichts leidenschaftlicher vorgeworfen hatte, als seine stete Nachgiebigkeit gegenüber den fremden Mächten, so war das neue Regiment in Stambul moralisch ganz außer Stande in dieselbe Schwäche zu verfallen, wenn es sich nicht selbst aufgeben wollte; um so mehr, als Tripolis, seit 1835 türkische Provinz, durch drei Abgeordnete im Parlament vertreten war. Nun erklärte Viktor Emanuel III. am 29. September den Krieg. Unter dem Schutz der Kriegsflotte, der die türkische bei ihrer geringen Schiffszahl gar nicht zu begegnen wagen durfte, wurde ein Heer unter General Caneva nach Afrika (Libyen) gesandt, das die Küstenstädte, deren veraltete Festungswerke den schweren Schiffsgeschützen nicht trotzen konnten, ohne großen Widerstand besetzte, Marsa Tobruk am 4. Oktober, Tripolis am 5., Homs am 18., Derna und Benghasi am 19.. Da aber die Araber aus muselmännischem

Glaubenseifer ihre alten Späne mit den Türken vergaßen und in dichten Scharen an der Seite der 7000 türkischen Regulären fochten, welche von den tapferen Offizieren Neschad Bey in Tripolis und Enver Bey in Cyrenaica befehligt wurden, so konnten die Italiener, die vom 23.—26. Oktober sogar vorübergehend aus schon eingenommenen Stellungen bei Tripolis wieder verdrängt wurden, nur nach und nach in langen Kämpfen ein paar Oasen landeinwärts einnehmen, zunächst die von Ain Sara. Am 11. April 1912 erstürmten sie das Fort Buchamez an der tunischen Grenze; am 2. Mai nahmen sie Lebda (das alte Leptis), am 5. August die Oase von Sansur, deren Besitz aber erst durch den Sieg von Sidi-Bilal am 20. September, wobei die Araber 2000 Mann einbüßten, völlig gesichert wurde. Leider wurde der Krieg auf beiden Seiten mit leidenschaftlicher Erbitterung und großer Grausamkeit geführt. Ein Zug ins Innere war ohne einen gewaltigen Troß von Kamelen, die Wasser, Lebensmittel und Schießbedarf getragen hätten, bei der Natur des meist wüsten Landes unausführbar; durch den Troß wäre aber die Marschlinie so lange und dünn geworden, daß die Araber leicht Gelegenheit gefunden hätten die Linie da und dort zu durchbrechen und einzelne Teile des Heeres aufzureiben. „Ein großes Heer," schrieb ein Kriegsberichterstatter, „kann hier nicht leben; ein kleines ist der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt."

Da somit der Krieg in Afrika auf die Küsten beschränkt blieb und sich trotz des Aufgebots von über 190000 Mann ohne Entscheidung hinzog, versuchten die Italiener die Türken anderswo mürbe zu machen. Auf der Balkanhalbinsel durften sie nicht landen, da Österreich-Ungarn dort eine Festsetzung der Italiener nicht dulden wollte und konnte und auch die andern Mächte, jede aus andern Gründen denselben ablehnenden Standpunkt einnahmen; auch würden italienische Truppen dort, wo die Türken ihnen mit ihrem Landheer entgegentreten konnten, jederzeit einen sehr schweren Stand gehabt haben. San Giuliano hatte auch gleich am Anfang feierlich erklärt, daß Italien den Zustand auf der Balkanhalbinsel nicht verändern wolle, und Vorstöße der italienischen Flotte gegen die albanesische Küste, besonders gegen Prevesa, waren sofort abgebrochen worden. So erschien die italienische Flotte, deren Oberbefehl Admiral Viale führte, am 24. Februar 1912 vor Beirut und schoß ein paar kleine türkische Schiffe zusammen. Am 18. April unternahm sie einen Vorstoß gegen die Dardanellen, nach deren Durchfahrung sie hätte vor Stambul

erscheinen können; nach einer erfolglosen Kanonade zog sie sich aber zurück, weil die Meerenge sehr stark befestigt war und ein Durchbruchsversuch, wenn überhaupt, nur nach schweren Opfern Erfolg verhieß, durch welche Italien leicht seiner stärksten Waffe, der übermächtigen Flotte und damit der völligen Beherrschung des Meeres, beraubt werden konnte. Auch sperrten die Türken sofort vom 18. April bis 18. Mai die Dardanellen durch Seeminen, so daß der gesamte Handel aus dem schwarzen Meer und in dasselbe stockte, was lebhafte Beschwerden aller Mächte hervorrief. Ein zweiter Versuch von fünf Torpedobooten, die feststellen sollten, ob die Meerenge nicht rasch durchfahren werden könne, fand am 19. Juli statt; die kühnen Boote unter Kapitän Millo drangen 40 Kilometer tief ein, mußten aber dann, wenn sie nicht zugrunde gehen wollten, wieder unverrichteter Sache umkehren*). Dagegen besetzten die Italiener unter General Ameglio mit 8000 Mann am 5. Mai **Rhodus**, dessen 2300 Mann starke Besatzung sich ergeben mußte, und ein Dutzend benachbarte Inseln (die sog. „Dodekanesos"), wodurch den Türken die Verbindung mit Tripolis zur See ebenso abgeschnitten wurde, wie sie durch England verhindert wurden den Landweg über Ägypten zu benutzen; und doch stand Ägypten nach formellem Recht unter der Hoheit des Sultans und war ihm zu einem Jahrestribut von 17291000 Franken verpflichtet. Die Engländer benutzten die Gelegenheit, um am 21. Dezember 1911 dem Khedive von der Türkei die vortreffliche Bucht von Solum, deren Zugehörigkeit zur Cyrenaica oder zu Ägypten streitig war, „bis zur Beendigung des Krieges" übergeben zu lassen; damit hatte Ägypten, will sagen England, diesen Hafen, einen sehr wichtigen Posten zwischen Malta und dem Nil, an sich gebracht; Italian aber hatte das Nachsehen.

Die andern Großmächte betrachteten den Krieg mit verschiedenen Gefühlen. Österreich mochte sich freuen, daß Italiens Ehrgeiz vorerst von Trient, Triest und dem Balkan nach Afrika abgelenkt war. Deutschland wünschte ebenso mit Italien in Freundschaft zu bleiben, weil daran der Bestand des freilich seit 1902 unterwühlten Dreibundes hing, als mit der Türkei, mit der es politische Interessen (bei einem etwaigen Zusammenstoß mit Rußland und England) wie wirtschaftliche (Bagdadbahn) verknüpften; es übernahm deshalb bezeichnenderweise ebensowohl den Schutz der Italiener in der

*) Millo erlangte infolge dieser glänzenden Seemannstat große Beliebtheit beim Volk und wurde bald Admiral und 1913—15 Marineminister.

Türkei (welche sie aber am 22. Mai auswies) wie den der Türken in Italien. Rußland spielte mit dem Gedanken die Notlage der Türken zur Abschaffung des Meerengenvertrags (S. 76) auszunutzen. England und Frankreich mußten, um womöglich den Dreibund zu lockern und weil nun einmal Italien 1902 die Anwartschaft auf Tripolis erhalten hatte, zu der „Heerfahrt nach Libyen" ein freundliches Gesicht machen; im Innern aber waren beide wenig erfreut darüber, daß eine auch zur See starke, mit Deutschland seit 30 Jahren verbündete Macht Anteil an der Mittelmeerherrschaft beanspruchte, und als die Italiener, welche wohl wußten, daß über die tunisische Grenze den Arabern und Türken beständig Zuzug kam, im Januar 1912 ein paar verdächtige französische Schiffe, die Carthage und die Manuba, anhielten und zur Durchsuchung nach Cagliari führten, entstand eine so gereizte Stimmung zwischen den „lateinischen Schwestern", daß all die zähe Arbeit endgültig umsonst schien, welche der französische Botschafter Barrère seit langen Jahren daran gesetzt hatte Italien dem Dreibund abspenstig zu machen. Schließlich wurde der Streitfall am 27. Januar 1912 dem Haager Schiedsgericht übergeben, und man sagte sich, da das Papier bekanntlich sehr geduldig ist, einige Herzlichkeiten über „die aufrichtige und beständige Freundschaft, welche die zwei Nationen gegeneinander hegen."

Der Gedanke einer Friedensvermittlung tauchte natürlich bald nach dem Ausbruch des Krieges auf und fand schließlich am 16. April auch soweit Verwirklichung, daß in Rom und Stambul sondiert wurde, unter welchen Bedingungen man sich zur Niederlegung der Waffen herbeilassen würde. Allein die Sache stieß sofort auf unüberwindliche Schwierigkeiten, weil einerseits Italien schon am 5. November 1911 durch vorläufigen kgl. Erlaß die Einverleibung der beiden Landschaften ausgesprochen hatte und dieser Erlaß am 23. Februar 1912 von der Kammer mit 423 gegen 9 Stimmen, vom Senat am 24. Februar einstimmig angenommen worden war. Andererseits beharrte die Türkei unbedingt darauf, daß sie aus Rücksicht auf die Nationalehre und auf die Stimmung in der ganzen islamischen Welt, welche in Zorn aufschäumte bei der Möglichkeit, daß Rechtsgläubige den Giaurs ausgeliefert werden sollten, in eine Abtretung der zwei Landschaften nun und nimmer willigen könne. Diese Stimmung bewog selbst einen Teil der gegen die Türken längst (S. 84) aufständischen Araber unter Jahia den Krieg einzustellen und dem Sultan Hilfe gegen die Ungläubigen zu leisten. Ein anderer Teil freilich unter Idris machte

in unversöhnlichem Haß gegen die Türken gemeinschaftliche Sache mit den Italienern und half ihnen im Juni 1912 die von 300 türkischen Soldaten besetzten Farsan-Inseln im roten Meer erobern.

Die Fortdauer des italienisch-türkischen Kriegs rief in den christlichen Balkanstaaten Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland eine steigende Gärung hervor: sollte man diese Gelegenheit den bedrängten Erbfeind vollends niederzuwerfen und die Raja völlig zu befreien tatenlos vorübergehen lassen? Die Frage stellen hieß sie beantworten; aber würde Österreich-Ungarn einem Angriff auf die Türkei ruhig zusehen? Aus dieser Erwägung heraus schlossen Rußland und Bulgarien nach Boghitschewitschs (S. 77) Zeugnis schon 1909 einen Militärvertrag, in dessen Artikel V es hieß: „Da die hohen Ideale der slawischen Balkanvölker nur durch einen Sieg über Deutschland und Österreich-Ungarn verwirklicht werden können, übernimmt Bulgarien die und die Pflichten". Nunmehr vereinbarten am 29. Februar alten = 13. März 1912 neuen Stils Serbien und Bulgarien einen geheimen Vertrag, der 25 Jahre gelten sollte und laut dessen beide Staaten verhindern wollten, daß eine dritte Macht (gemeint war Österreich-Ungarn) sich ein Stück des zur Zeit noch türkischen Gebiets aneigne, es also ihnen sozusagen vor der Nase wegschnappe. Falls Österreich in Serbien einrückte oder den Sandschak von Novibasar, der die Brücke von Serbien nach Montenegro bildete, besetze, sollte Bulgarien den Serben mit 200000 Mann zu Hilfe kommen; Serbien verhieß den Bulgaren nötigenfalls Hilfe gegen Rumänien, das seit 1882 mit Österreich-Ungarn und Deutschland verbündet war, und zwar in Rücksicht auf seine dringendsten Lebensinteressen: eingekeilt inmitten slawischer Völker konnte das rumänische Volk nach der Ansicht des einsichtigen Königs Karl seinen Bestand auf die Dauer nur im Anschluß an Ungarn und dessen Verbündete bewahren. Es bildete die „eiserne Barrière" zwischen dem großen slawischen Reich und den kleinen, und diese mußte nötigenfalls niedergerissen werden. Der Gedanke eines gegen Österreich und dessen weitere Ausbreitung gerichteten Bundes lag aber seit der Annexion Bosniens (1909) in der Luft, und Rußland, dessen Gesandter v. Hartwig in Belgrad als eifriger Anwalt des Panslawismus galt, hat bei der Abkunft von 1912 jedenfalls Pate gestanden; ja, die „Neue freie Presse" behauptete sogar, daß der Zar Nikolaus II. sich verpflichtet habe den beiden slawischen Balkanstaaten im Notfall mit Geld und Waffen beizustehen, was von amtlicher russischer Seite freilich entschieden bestritten wurde, aber

aus dem oben genannten Militärvertrag von 1909 ohne weiteres folgt. Am 19. Juni 1912 wurde der serbisch-bulgarische Vertrag durch ein Militärabkommen über die gemeinsame Führung eines Kriegs gegen die Osmanen und nötigenfalls die Österreicher ergänzt, und es kamen im Juli und August 1912 weitere Verträge Bulgariens und Serbiens mit Mantenegro und Griechenland zustande; doch ließ sich Griechenland zu keiner Stellungnahme gegen Österreich herbei, wozu ihm auch jeder sachliche Anlaß fehlte. Der nächste Sinn aller dieser Verträge unter den gegebenen Umständen war den Balkanstaaten, wenn sie der bei allen vorhandenen Absicht gemäß das Schwert gegen die Osmanen zogen, den Rücken gegen Österreich zu decken. Über die Verteilung der erhofften Beute an türkischem Gebiet wurden auch Abreden getroffen, wonach Montenegro einen Teil des Sandschak und Skutari, Serbien das Land westlich einer Linie Vranja-Ochrida bis zur Adria, Bulgarien das Land östlich davon und Griechenland Epirus und den Süden von Makedonien erhalten sollte. Auf Saloniki sollte es die Hand nicht legen. Falls über die Einzelheiten der Verteilung unter den Verbündeten Streit ausbreche, so sollte Zar Nikolaus II. als Schiedsrichter angerufen werden.

Im Lauf des Sommers 1912 näherten sich die kriegerischen Vorbereitungen der vier Verbündeten dem Abschluß, und mehr und mehr enthüllten sie ihre Absicht einen neuen „Kreuzzug" zur Befreiung ihrer noch unter dem Joch des Padischah seufzenden Brüder zu beginnen. Die Großmächte versuchten durch diplomatische Vorstellungen, welche Österreich und Rußland, das den Schein der Friedensliebe aufrechterhielt, am 8. Oktober namens aller in Sofia, Belgrad, Cetinje und Athen erheben sollten, den aufglimmenden Brand zu ersticken, und zum gleichen Zweck überreichten sie am 10. Oktober in Konstantinopel durch den österreichischen Dragoman eine gemeinsame Note. Sie gaben an allen fünf Orten ihren Willen dahin zu erkennen, daß sie den Krieg verwerfen, daß sie unter keinen Umständen Gebietsänderungen auf dem Balkan zulassen würden, daß sie Reformen von der Türkei verlangten, ohne daß deren Souveränität dadurch zu nahe getreten werden sollte. Die Pforte erklärte sich auch bereit den am 23. August 1880 von einem Ausschuß fertiggestellten, aber nicht ausgeführten Entwurf eines „Vilajetsgesetzes" nunmehr zu verwirklichen. Nach diesem Entwurf sollte in jedem Vilajet (= Provinz) mit gemischter Bevölkerung ein Landtag gebildet werden, der die Wünsche der Bevölkerung zum Ausdruck bringen sollte;

die Konfessionen sollten gleich behandelt und die Einnahmen der Provinzen zu deren besonderen Zwecken verwendet werden. Dieses Entgegenkommen erfolgte aber zu spät; bereits am 8. Oktober — anderthalb Stunden ehe die großmächtliche Erklärung eintraf — erklärte Montenegro offen den seit Monaten an seiner Grenze tatsächlich im Gang befindlichen Krieg, und die drei anderen Staaten richteten, statt eine Antwort an Österreich und Rußland zu geben, am 13. Oktober eine Note an die Türkei, worin sie binnen sechs Monaten 1. Ernennung belgischer oder schweizerischer Statthalter (Vali's) in den gemischten Vilajets, 2. Berufung von Provinziallandtagen, 3. verhältnismäßige Vertretung der Christen im ottomanischen Parlament, 4. Gleichstellung der christlichen und muselmännischen Schulen und 5. Überwachung der Ausführung dieser Reformen durch die Großmächte und durch die vier Balkanstaaten forderten. Der erste und fünfte Punkt entzogen der Türkei offensichtlich die souveränen Rechte in den gemischten Vilajets; kein Wunder, daß die Pforte, die durch Nachgiebigkeit auf diesem Gebiet in die schlimmsten Überlieferungen des dem Ausland gegenüber schwachen alten Regiments zurückgefallen wäre, die Note der drei Staaten als einer Antwort gar nicht wert bezeichnete und — nachdem schon seit 30. September die Balkanstaaten, seit 1. Oktober die Türkei ihre Heere auf Kriegsfuß zu stellen begonnen hatten — am 17. Oktober vormittags $10\frac{1}{2}$ Uhr dem serbischen und dem bulgarischen Gesandten in Konstantinopel ihre Pässe zustellen ließ. Mit Griechenland versuchte sie noch durch das Angebot der Überlassung Kretas sich abzufinden; aber schon am 14. Oktober hatte der Ministerpräsident Venizelos in Athen die Vereinigung der griechischen und kretischen Kammer verkündet, und Griechenland dachte nicht daran in diesem entscheidenden Augenblick zur Seite zu treten. *Am Abend des 17. Oktober erfolgte seitens der drei Staaten die allgemeine Kriegserklärung.*

Da die Türken nicht auf fünf Fronten — mit vier kleinen Staaten und einer Großmacht — kämpfen wollten und konnten, so fügte der Sultan sich in die bittere Notwendigkeit und ließ schon am 15. Oktober die seit August in Ouchy am Genfer See (zunächst geheim) betriebenen *Verhandlungen mit Italien* nunmehr abschließen. Der *Friede von Lausanne* (der vom 18. Oktober datiert wurde) kleidete den herben Verzicht der Pforte auf ihre afrikanischen Provinzen in die Form, daß der Sultan durch eine an diese Provinzen gerichtete Ansprache vom 17. Oktober sich außer Stand erklärte, sie ferner zu

verteidigen; er verleihe ihnen demgemäß kraft seiner Herrscherrechte die volle Autonomie; das Land werde nach einem neuen Gesetz regiert werden, das unter Mitwirkung der Eingeborenen zustandekommen und das ihren Bedürfnissen und Gewohnheiten entsprechen werde. Zu seinem Vertreter bei ihnen ernenne er seinen treuen Diener Schems-ed-din Bey unter dem Titel Naib-ül-Sultan auf fünf Jahre; dieser werde die osmanischen Interessen wahrnehmen. Der König von Italien erließ am gleichen Tage ebenfalls eine Ansprache, worin er den Afrikanern Amnestie und volle Religionsfreiheit zusicherte; der Name des Sultans als des Kalifen werde auch fernerhin in den öffentlichen Gebeten in den Moscheen genannt und sein Vertreter werde anerkannt und aus den örtlichen Einnahmen besoldet werden; ein Ausschuß, dem angesehene Eingeborene angehören würden, solle einen Verwaltungsentwurf für die zwei Provinzen ausarbeiten. Der Sultan sollte seine Truppen aus Afrika zurückziehen, worauf auch die Italiener die ägäischen Inseln räumen würden; deren Einwohner, welche die Losreißung von der Türkei betrieben hatten, erhielten ebenfalls Amnestie zugesichert. Endlich versprach Italien fünfzig Jahre lang je 20000 türkische Pfund (etwa 360000 Mark) als Entschädigung an den Sultan zu bezahlen. Die Anerkennung dieses Friedens durch die Großmächte erfolgte in den nächsten Tagen nach dessen Abschluß, und die Italiener sahen mit begreiflichem Stolz auf den glücklichen Ausgang des schwierigen Kampfes; daß er die Schwäche ihres Heeres enthüllt hatte, kam ihnen nicht zum Bewußtsein. Den Türken aber gereichte es zu einiger Genugtuung, daß die Friedensurkunde weder die Abtretung Libyens an Italien direkt aussprach, noch dessen Souveränität daselbst ausdrücklich anerkannte und daß der kirchliche Vertreter des Kalifats — nicht etwa nur ein Generalkonsul — auch der weltliche Vertreter des Sultans sein sollte.

Die Italiener hatten freilich noch heiße und verlustreiche Kämpfe mit den Eingeborenen durchzufechten, die nach Envers Abreise durch den Befehlshaber von Benghasi Asis Bey trefflich geführt wurden, bis allmählich wenigstens ein erheblicher Teil des nächsten Hinterlandes der Küste besetzt war. Aber erst am 3. März 1914 zogen die Italiener unter der Zustimmung der Stadtbehörden in Murzuk ein und erklärten die Unterwerfung von Fezzan für vollendet. Zur Erledigung der im Frieden von Lausanne übernommenen finanziellen Pflichten zahlte die italienische Regierung am 20. April 1913 an die ottomanische Bank in Paris und London die Summe von 50 Millio-

nen Lire. Die Ruhe in „Libyen", wie die Italiener mit dem altgriechischen Namen für Afrika die afrikanischen Provinzen nannten, sollte künftig durch ein Kolonialheer von 7 Bataillonen, 5 Schwadronen, 2 Batterien und 2 Maschinengewehrabteilungen aufrecht erhalten werden. Vor allem aber suchte die italienische Regierung die Eingeborenen davon zu überzeugen, daß die neue Herrschaft ihrem persönlichen Wohl und wirtschaftlichen Gedeihen eine bessere Fürsorge zuwenden werde als die fahrlässige alte; es wurden Wasserleitungen angelegt, Wege verbessert oder neue erstellt, kranke Eingeborene in den Militärspitälern verpflegt (in Benghasi stieg die Zahl dieser Pfleglinge im Lauf des Jahres auf 32 507), Waisenkinder versorgt u. dgl. Der Krieg hat Italien bis zum 5. April 1913 an Toten 79 Offiziere und 1391 Soldaten, an Verwundeten etwa 4500, an Geld 1067 Millionen Lire gekostet; er verschaffte ihm aber auch eine Stellung zu beiden Seiten des Mittelmeeres und damit die Aussicht auf die Herrschaft über dessen mittleren Teil, und er steigerte mit Italiens Ansehen und Macht auch die nationalistische Bewegung, die sich, was nicht überraschen kann, nun mit aller Schärfe gegen Österreich zu wenden begann — 1914 erlebte man die Folgen.

Im Hinblick auf die türkischen Siege über Griechenland im Jahr 1897 und auf die seit 1908 begonnene Reformarbeit hielt man in Europa es im allgemeinen für wahrscheinlich, daß der Balkanbund eine harte Arbeit finden und keine großen Erfolge davontragen werde. Der Verlauf strafte aber diese Annahme sehr schnell Lügen.

Zwar den Montenegrinern wurde nach der Wegnahme der Stadt Tuzi und des an ihr Land angrenzenden Teils des Sandschaks Novibasar bald Halt geboten; trotz wiederholter Stürme vermochten sie nicht die wichtigste Stadt Albaniens, Skutari, und den sie beschirmenden Berg Taraboſch zu erobern. Aber die Bulgaren, die in den 34 Jahren ihres staatlichen Daseins unter der tatkräftigen und zielbewußten Leitung König Ferdinands kulturell, wirtschaftlich und militärisch große Fortschritte gemacht hatten, überschritten mit ihrer dritten Armee unter dem General Dimitriew den äußerst unwegsamen und bisher nur von den Westgoten 378 und den Russen 1829 passierten östlichen Balkan, den Stranza Dagh, auf was der türkische Oberbefehlshaber Nasim Pascha nicht gefaßt war. Dann griffen sie den Feind unerwarteter Weise bei Kirk-Kilisse an; in einer zweitägigen Schlacht, am 23. und 24. Oktober, wurden die Türken gänzlich geschlagen und flüchteten sich in wilder Panik auf Lüle-Burgas, wo sie

am 28.—31. Oktober auch von der ersten bulgarischen Armee unter Kutintschew, die Adrianopel umgangen hatte, angegriffen und trotz des tapferen Widerstandes Mukhtar Paschas abermals geworfen wurden. Wie blutig diese Kämpfe waren, zeigen die Verluste: bulgarischerseits 15 000, türkischerseits 25 000 Tote und Verwundete; dazu verloren die Besiegten 3000 Gefangene und 42 Geschütze. Die zweite bulgarische Armee unter Iwanow, bei der sich König Ferdinand und seine Söhne Boris und Kyrill befanden, umschloß Adrianopel. Eine Abteilung unter General Todorow drang in Makedonien ein, um den Serben und Griechen versprochener Maßen die Hand zu reichen.

Die Serben rückten mit vier Heeren unter dem Kronprinzen Alexander und den Generalen Stefanowitsch, Jankowitsch und Jjikowitsch ins Feld und eroberten am 22. Oktober Prischtina, am 23. Novibasar. Am 23. und 24. Oktober brachten sie dem türkischen Heer unter Zekki Pascha nördlich von Kumanowo eine schwere Niederlage bei, infolge deren auch hier eine wilde Flucht eintrat. „Wie eine Flut, die über die Ufer getreten ist, sagt ein Augenzeuge, wälzten sich die geschlagenen Massen auf Üsküb zu, ein ununterbrochener Strom von Verwundeten, von führerlosen Mannschaften, von wild gewordenen Pferden; nicht eine Truppe war mehr in Ordnung und Zucht.“ Am 26. zog König Peter in der alten Zarenstadt seines Volkes, in Üsküb, ein. Am 28. waren die Serben in Mitrowitza, am gleichen Tag in Durazzo an der Adria, auf dessen Besitz es ihnen wegen des Zugangs zur See vor allem ankam; am 31. standen sie in Prisrend.

Die Griechen überschritten unter dem Kronprinzen („Diadochos“) Konstantin, der die Scharte von 1897 auszuwetzen hatte, den Olympos auf den zwei vorhandenen Gebirgspässen. Am 19. Oktober nahm der Prinz nach sechsstündigem Kampf Elassona; am 22. zwang er den türkischen Anführer Tashin Pascha den Engpaß von Sarandoporos zu räumen; am 27. nahmen die Griechen nach siegreichem Kampf Selfidje, und die Türken fluteten auch hier in Auflösung auf Saloniki zurück, das Tashin am 8. November mit 20 000 Mann an den Kronprinzen übergab. Die Bulgaren unter Todorow, welche eilends im Anmarsch waren, kamen zu spät und mußten sich unwilligen Herzens begnügen einen Teil der Stadt zu besetzen. König Georg hielt am 12. November seinen feierlichen Einzug in der ersten Metropole der makedonisch-thrakischen Küste. Von Saloniki wandte sich der Kronprinz weiter nordwärts gegen Monastir, das die Serben am

18. November einnahmen; sie erbeuteten dabei 66 Geschütze und machten Tausende von Gefangenen.

Der ununterbrochene Siegeslauf der Verbündeten erlitt erst eine Störung, als König Ferdinand, von dem siegestrunkenen Heer gedrängt, das Friedensangebot des Großwesirs Kiamil vom 13. November ablehnte, trotz der Mahnung des Generalstabschefs Fitschew und des Ministeriums, die auf die Erschöpfung der Leute und die immer stärker im Heer auftretende Cholera hinwiesen. Als die Bulgaren nun versuchten auch das letzte Bollwerk, das die Hauptstadt Konstantinopel noch schützte, die verschanzten Linien von Tschataldscha auf der Landzunge am Bosporus, mit Sturm zu nehmen, erlitten sie einen schweren Mißerfolg. Da es ihnen an der erforderlichen Reiterei gefehlt hatte, um ihre Siege auszunutzen, hatten sich die Türken wieder gefaßt, und in den blutigen Kämpfen vom 17. bis 22. November wurden die Bulgaren vor Tschataldscha mit einem Verlust von 10000 Mann zurückgeschlagen. Die kühne Hoffnung des Zaren Ferdinand in einem unaufhaltsamen Anlauf bis Konstantinopel zu gelangen und auf der Kirche der „heiligen Weisheit" (Aja Sophia) das Kreuz wieder aufzurichten, das 1453 von den Osmanen herabgenommen war, blieb unerfüllt. Auch Rußland unterließ nicht dem Bulgarenkönig ein deutliches Hände weg! zuzuraunen, da es einen andern Herrn von Stambul als den Sultan nicht dulden konnte, so lang es nicht selbst die Hand auf die Kaiserstadt zu legen vermochte. Die Griechen waren dagegen auch zur See erfolgreich und besetzten die Inseln Thasos, Imbros, Lemnos, Tenedos, Samothrake, Lesbos und Chios. Kreta sprach, wie erwähnt, schon am 14. Oktober seine endgültige Vereinigung mit Griechenland aus; die kretischen Abgeordneten nahmen ihre Sitze in der Abgeordnetenkammer zu Athen ein. Die türkische Flotte blieb mit Ausnahme des tapferen Kreuzers Hamidije, der die feindlichen Küsten und Handelsschiffe sehr beunruhigte, fast völlig untätig; kaum daß sie die bulgarischen Torpedoboote im schwarzen Meer nach Sebastopol verscheuchte, wo sie entwaffnet wurden. Abdul Hamid hatte die Flotte aus Mißtrauen gegen die politische Gesinnung ihrer Offiziere „in den Häfen verfaulen lassen", was sich jetzt bitter rächte.

Alle Welt war überrascht über den jähen Zusammenbruch der türkischen Macht; die Gründe liegen aber offen zu Tage. Sie sind freilich nicht etwa in der Feigheit der Truppen zu suchen, deren zähe Tapferkeit vielmehr einzig und allein die Tage langen Schlachten ermöglicht hat, von denen nur die christlichen Soldaten es naturgemäß

an Eifer und Hingabe fehlen ließen;*) auch nicht, wie die Franzosen schadenfroh verkündeten, in der schlechteren Beschaffenheit der Kruppschen Geschütze gegenüber den von Schneider in Creusot gelieferten — die Bulgaren hatten selbst zum größeren Teil ihre Geschütze von Krupp bezogen und fanden sie sogar, wie amtlich bekannt gegeben wurde, besser als die von Creusot —: endlich lag auch kein Bankrott der etlichen 30 deutschen Offiziere vor, welche das türkische Kriegsministerium zur Ausbildung der Truppen berufen hatte. Sie waren viel zu kurz in Tätigkeit, als sie schon hätten etwas Wesentliches leisten können, und man hielt sie absichtlich vom Krieg fern, um sie nicht in die Schäden der Organisation hineinsehen zu lassen. Diese Schäden aber waren ungeheuer: nach dem bezeichnenden Wort des Generals Izzed-Fuad Pascha (paroles de vaincu, S. VI und 4) war das ganze Volk in den Armen der Fee Sorglosigkeit eingeschlafen, und „die Regierung befolgte das système des petits paquets“ statt ganzer und groß angelegter Maßnahmen. Obwohl der Krieg längst vorhergesehen wurde, war für nichts gesorgt, nicht für Eisenbahnen, nicht für Wege und Brücken, nicht für Mundvorrat, nicht für Schulung der Redifs (Landwehrleute), von denen viele mit Kanonen, ja sogar mit Gewehren gar nicht umzugehen wußten; in der ganzen Division von Schuky Bey gab es nach dem Zeugnis des Generals Izzed-Fuad Pascha nur 3707 Mann, die jemals eine Übung mitgemacht hatten. Vor allem war der Mangel an Nahrungsmitteln so groß, daß die Soldaten buchstäblich fast verhungerten. Schließlich brach auch noch, wesentlich infolge der schlechten Ernährung, die Cholera in Konstantinopel und Tschataldscha aus und raffte Tausende dahin; sie sprang allerdings auch auf die Bulgaren über und lähmte deren Tatkraft. Trotz aller Übelstände kam die angeborene soldatische Tüchtigkeit der Osmanen namentlich bei der Verteidigung der Festungen Skutari, Jannina und Adrianopel glänzend zum Vorschein; so oft deren Fall auch angekündigt wurde, so hielten sie sich doch standhaft gegen Montenegriner, Griechen und Bulgaren. Der bayerische Chevauxlegers-Oberleutnant Graf Preysing, der auf türkischer Seite focht, zollt den türkischen Sol-

*) Ihre Zahl betrug aber nur etwa 10% des ganzen Heeres. Nur die Armenier hielten sich gut, namentlich bei der Verteidigung von Jannina, und wurden von Mahmud Scheffet mit berechneter Übertreibung als die loyalsten Untertanen des Sultans gerühmt. Ihre Haltung erklärt sich aus dem Haß gegen die Russen, von denen sie von jeher, soweit sie unter Rußlands Herrschaft gerieten, bedrückt worden sind. Freilich nicht alle zogen die Türken den Russen vor.

daten folgendes hohe Lob: „Der traurige Rückzug auf Tschataldscha ist, allen Korrespondenten zum Trotz, ein Beweis für die hohe Gesittung dieser unglücklichen Türken, ihre musterhafte Ergebung in das Verhängnis, ihre kindliche Verehrung der Offiziere, ihre erstaunliche Leistungsfähigkeit und ihre beispiellose Achtung der religiösen Vorschriften, die ihnen verbieten sich an fremdem Eigentum zu vergreifen. Keine Rauchsäulen, keine Leichen von Frauen, von Kindern und Greisen, keine sengenden und mordenden Horden, sondern brave Soldaten, die im Stich gelassen, ohne Offiziere, Schießbedarf und Brot zurückfluten. Hätte ich die Macht die Lethargie in Konstantinopel aufzuwecken und den Leuten Brot zu geben und ein paar tüchtige Offiziere und Intendanzbeamte — keine Macht der Welt könnte diese tapferen Leute aus ihrer Stellung vertreiben." Von diesem Lob sind freilich die neuen Offiziere auszunehmen, welche in gedankenloser und verfrühter Nachahmung des deutschen Systems seit 1908 an der Stelle der von der Pike auf emporgedienten, wackeren, mit ihren Leuten vertrauten „Allailies" getreten waren. Diese Offiziere brüsteten sich mit ihrer höheren wissenschaftliche Ausbildung, sorgten aber nicht für ihre Leute und gaben sich mit Politik statt mit Erfüllung ihrer nächsten Pflichten ab. Die jungtürkische Ära hat in dieser Art viel mehr zerstört als aufgebaut, und der Umstand, daß der Sultan, einst der Abgott von Volk und Heer, der Kalif, der Nachfolger des Propheten, zu dem alles mit unbedingtem Vertrauen aufschaute, durch die Verfassung in den Hintergrund gedrängt und eine Marionettenfigur in den Händen der Parteiführer geworden war, übte auf die Massen eine verwirrende und lähmende Wirkung aus; ihren altgewohnten Führer hatten sie verloren und mißtrauten sich und ihren nunmehrigen Oberhäuptern. Die Verbündeten hatten den Krieg für einen heiligen Krieg, einen neuen Kreuzzug erklärt; mit leidenschaftlichen Worten rief besonders Zar Ferdinand gleich zu Anfang dazu auf. Wenn etwas an dieser Phrase wahr gewesen ist, so war es dies, daß die Christen, wie einst in dem ersten Kreuzzug, gegen die Muselmänner alles für erlaubt ansahen und jede Scheußlichkeit verübten, Mord, Brand, Notzucht. Nach den Berichten der Kölnischen Zeitung rotteten vor allem die bulgarischen Irregulären, die sogenannten Komitadschis, aber schließlich auch die Regulären in Makedonien alle Moslemin aus, auch die Kinder; „denn aus ihnen werden sonst Türken!" Selbst griechische Offiziere schändeten türkische Mädchen und Frauen; sie beriefen sich wohl darauf, daß sie in Selfidje 70 griechische Frauen,

Kinder und Priester ermordet und verstümmelt gefunden hätten: als ob dieses ihnen einen Freibrief zu ähnlichen Grausamkeiten gäbe. Auch die „Times“ vom 2. Dezember schrieb: „ganz Makedonien raucht von unschuldigem Blut; in Kawala, in Seres, in Dedeagatsch sind alle Moslemin erschlagen worden; auch in Hissar blieb kein einziger von ihnen am Leben.“

Angesichts der offenkundigen Niederlage der Türken ersuchte der Großwesir Kiamil Pascha schon am 4. November der Großmächte um Vermittlung. Da sich diese hinzog, wandte sich Kiamil, wie S. 126 erwähnt ist, am 13. an Bulgarien mit der Bitte sein Gesuch auch den andern kriegführenden Staaten zu übermitteln. Aber erst nach der Niederlage vor Tschataldscha ging Zar Ferdinand auf das Gesuch ein, und am 3. Dezember wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen, während dessen dann vom 13. Dezember an in London durch Bevollmächtigte über Frieden verhandelt wurde. Nur Griechenland setzte den Krieg fort, weil es den Türken das Meer für die Truppenbeförderung aus Asien nach Europa nicht freigeben wollte und weil es hoffte das Bollwerk von Epirus, Jannina, demnächst in seine Gewalt zu bringen und es im Frieden so sicherer festhalten zu können. Die Serben wünschten Durazzo oder einen andern Hafen an der Adria, etwa Alessio, mit ihrem Land zu vereinigen, um so einen eigenen Zugang zum Meer zu haben: „das ist, erklärte der serbische Gesandte in Wien, Jowanowitsch, am 8. November, für uns eine Lebensfrage.“ Dagegen erhoben sich aber Österreich und Italien mit allem Nachdruck; wenn sie bisher eins dem andern die Vorherrschaft in der Adria streitig gemacht hatten, so schlossen sie sich jetzt eng zusammen, um nicht einen dritten, in diesem Fall einen slawischen Staat, somit einen Vorposten Rußlands, an dem adriatischen Meer Fuß fassen zu lassen. Deutschland riet zwar in Wien von allen überscharfen Maßnahmen ab, wie von der erneuten Besetzung des Sandschak, und Kaiser Wilhelm II. telegraphierte dem Reichskanzler, „daß Deutschland zwar marschieren werde, falls Rußland Österreich angreife, daß es eben nicht der Sinn des Bündnisses sei, daß wir für jede Laune des Verbündeten in einen Kampf auf Tod und Leben gehen müßten“. (Helfferich, Der Weltkrieg, I 102.) Gleichwohl versagte Deutschland seinen Verbündeten zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen seinen Beistand nicht. So geschah es, daß der Dreibund, der am 1. Dezember 1912 bereits wieder erneuert wurde, obwohl er erst im Juni 1914

ablief*), einen Beschluß durchsetzte, welcher einen völligen Sieg seiner Politik über den militärisch nicht genügend gerüsteten „Dreiverband" darstellte und im weiteren Verlauf den für Österreich gefährlichen Balkanbund gesprengt hat. Am 16. Dezember vereinbarten nämlich die auf Greys Vorschlag zur Besprechung zusammengetretenen Botschafter der Großmächte in London den Beschluß, daß die Wilajets Skutari und Jannina unter dem Namen Albanien ein selbständiger Staat sein, also nicht — wie das die Absicht der Verbündeten war — unter Serben, Montenegriner und Griechen aufgeteilt werden sollten. So sollte ein Gegengewicht gegen das Slawentum entstehen, das politisch von der Adria ausgeschlossen blieb. Auf Rußlands Betreiben wurde aber Serbien der wirtschaftliche Zugang zu einem Adriahafen, der neutral sein sollte, zugestanden, und zur Ermöglichung dieses Zugangs ward der Bau einer international zu verwaltenden Eisenbahn von Serbien bis ans Meer beschlossen. Natürlich war Serbien mit diesem Linsengericht nicht zufrieden und fügte sich nur nach heftigem Widerstreben.

Bei den Verhandlungen in London war von dem Grundsatz keine Rede mehr, der am 10. Oktober 1912 von den Großmächten mit Emphase verkündigt worden war, daß sie am status quo nunc auf dem Balkan unbedingt festhalten, also Veränderungen des Gebiets nicht zulassen würden. Vielmehr stand von vorn herein fest, daß der Sultan sein Gebiet auf der Balkanhalbinsel mit Ausnahme Konstantinopels und eines dazu gehörigen Bezirks so ziemlich verlieren würde. Die Sieger wollten den Türken nur die Halbinsel von Gallipoli und einen schmalen Streifen vom Marmarameer bis zum schwarzen Meer lassen; namentlich forderten die Bulgaren Adrianopel, obwohl es noch unbezwungen war. Auf das Drängen der Großmächte, in deren Namen der österreichische Botschafter sprach, entschloß sich Kiamil endlich nachzugeben. Nun erhoben sich aber im Namen der Nationalehre die seit dem Hochsommer in den Hintergrund gedrängten

*) Warum diese Erneuerung jetzt schon erfolgte, ist nicht klar. Zunächst müßte man annehmen, daß sie als eine Warnung an Serbien und Rußland wirken sollte und von der — mindestens augenblicklichen — Festigung des österreichisch-italienischen Verhältnisses zeugt. In Wien aber hat man behauptet, es sei Gefahr gewesen, daß Italien abspringe, und die deutsche Regierung habe, um das zu verhindern, auf die rasche Erneuerung gedrungen, ohne die angesichts des italienischen Verhaltens im Jahre 1906 und 1908 nötigen Bürgschaften zu verlangen.

Jungtürken zu einem entrüsteten Nein. Ihr Führer war Enver Bey, der Verteidiger der Cyrenaica, vielleicht kein großer, aber ein starker Geist von religiöser Ergriffenheit, in dem der Glaube an die Unabänderlichkeit des Willens Allahs den unerschrockenen Todesmut erzeugte, der jeder Gefahr sich kühn entgegenwarf und der die alten Osmanen befähigt hatte Asien und Europa zu besiegen. Enver Bey sprengte am 23. Januar an der Spitze von einigen hundert Mann das Ministerium, wobei der Kriegsminister Nasim Pascha samt zwei Adjutanten erschossen wurde. Der Sultan mußte Mahmud Scheffet zum Großwesir ernennen, der wohl Adrianopel rechts der Maritza, nicht aber den Stadtteil zur Linken des Flusses mit seinen nationalen Heiligtümern opfern zu können erklärte. Wenn aber nur der Stadtteil rechts des Flusses bulgarisch wurde, so war der Riegel nicht gesprengt, der das Zugangstor zu Konstantinopel verschloß: deshalb brachen die Verbündeten die Verhandlungen ab, und der Krieg begann am 3. Februar von neuem.

Sein Verlauf war freilich für die osmanischen Waffen nicht günstiger als der erste Teil des Kriegs. Zwar vermochten die Bulgaren die 45000 Mann, welche Bulair am Eingang zur Halbinsel von Gallipoli verteidigten, aus dieser Stellung nicht zu vertreiben. Aber am 6. März brachten die Griechen das zäh verteidigte Jannina zu Fall und machten die 32000 Mann Besatzung kriegsgefangen. Am 15. März landeten sie auf Samos und hißten auch hier ihr Banner. Am 26. März erstürmten die 120000 Bulgaren unter Iwanow, von 50000 Serben unterstützt, nach zweitägigen mörderischen Kämpfen unter einem Verlust von 15000 Mann das von Schükri Pascha an der Spitze von 60000 Mann so lange gehaltene und mitten während der Belagerung erst durch 26 Forts zu einer starken Festung umgeschaffene Adrianopel, wobei 52000 Mann und 620 Geschütze in die Hände der Sieger fielen. Inzwischen dauerte die Belagerung von Skutari durch die Montenegriner fort, obwohl seit dem Botschafterbeschluß vom 16. Dezember der Wille der Großmächte feststand, daß diese Stadt wegen ihrer fruchtbaren Umgebung und ihrer Bedeutung für den Handel zu Albanien gehören solle. Dieses bedurfte Skutaris um so mehr, als seine Grenzen nach Osten auf Rußlands Drängen im Interesse der Serben ziemlich weit zurückgeschoben waren und auch im Süden von den Griechen aufs zähste bestritten wurden. Die Lage war sehr schwül; Rußland hatte seit dem März 1912, wo der geheime Vertrag zustande kam, durch eine soge-

nannte „Probemobilisierung", durch teilweise Einberufungen, Kontrollversammlungen u. dergl., seine Grenztruppen gegen Österreich um 360000 Mann verstärkt, so daß auch Österreich mit schweren Kosten sein Heer kriegsbereit machen mußte. Wenn es nicht jetzt schon blutiger Ernst wurde, so war das zum Teil der persönlichen Friedfertigkeit des Zaren und unter seinem Einfluß der Mäßigung seines Ministers Sasónow zu danken; beide wußten aber auch sehr wohl, daß ein Vorstoß gegen Österreich den allgemeinen Krieg bedeutet hätte, und dabei, wie die Dinge lagen, Rußland und sein Herrscherhaus um Kopf und Kragen spielten. Die inneren Verhältnisse Englands, Rußlands und Frankreichs waren nämlich nicht so, daß sie einen Krieg erleichtert hätten, und militärisch fühlten sich weder Frankreich, dessen Heer an Zahl im Ernstfall hinter dem des um 1/3 volkreicheren Deutschland zurückstand, noch Rußland, das die Folgen der Niederlage gegen Japan noch nicht ganz überwunden hatte, für einen großen Krieg fertig und bereit. So erfolgte, nachdem Kaiser Franz Joseph am 3. Februar den Oberstleutnant Gottfried von Hohenlohe-Schillingsfürst mit einem persönlichen Schreiben an den Zaren nach St. Petersburg abgesandt hatte, am 11. März eine gleichzeitige Mitteilung beider Regierungen, daß die Truppen an den Grenzen auf Friedensfuß gesetzt werden sollten. Damit war die schlimmste Gefahr beschworen; und als nun König Nikita trotzdem am 23. April Skutari einnahm, wobei der türkische Befehlshaber, der albanesische Magnat Essad Pascha, mit ihm unter einer Decke gesteckt haben soll, um mit Montenegros Hilfe Herrscher des Rests von Albanien zu werden: da drohten Österreich und Italien mit *einem* gemeinsamen Einmarsch und zwangen den Zaunkönig am 5. Mai die Stadt wieder zu räumen. Sie wurde darauf von einer gemischten Abteilung aller Großmächte (1000 Österreichern, 1000 Italienern, 400 Engländern, 350 Franzosen und 105 Deutschen) unter englischem Oberbefehl besetzt. Jetzt kam auch am 30. Mai der *vorläufige Friede zwischen den Kriegführenden in London* zustande. Er setzte als Grenze der Türkei in Europa eine Linie fest, die von Enos am thrakischen nach Midia am schwarzen Meer lief, überwies die Insel Kreta, von der das Geschwader der Schutzmächte Rußland, England, Frankreich und Italien schon im Februar abgefahren war, allen Verbündeten insgesamt, behielt die Frage der Grenzen Albaniens und der Zugehörigkeit der Inseln im ägäischen Meer der Entscheidung der Großmächte vor und setzte endlich fest, daß die finanziellen Fragen von einem

nach Paris einzuberufenden internationalen Ausschuß — unter Teilnahme der Kriegführenden — erledigt werden sollten.

Rumänien hatte dem Gang des Krieges bisher mit unbehaglichen Gefühlen zugesehen. Er schuf auf der Balkanhalbinsel eine ganz neue Machtverteilung, vor allem, wie es schien, zum Vorteil des bulgarischen Nachbarstaats, ohne daß Rumänien etwas gewann. Man hat gleich nach den ersten bulgarischen Siegen in Bukarest erwogen, ob man nicht, ehe es zu spät sei, ans Schwert schlagen und eine Berichtigung der südlichen Grenze der Dobrudscha fordern solle, welche 1878 in strategischer Hinsicht für Rumänien sehr unbefriedigend gezogen worden war; allein Rußland hielt aus Rücksicht auf die slawischen Staaten die Rumänen zurück. So verhandelte die Regierung des Königs Karl mit der des Zaren Ferdinand in gütlicher Weise, und das von beiden Teilen angenommene Schiedsgericht der Botschafter der sechs Großmächte in Petersburg vereinbarte am 11. Mai ein Abkommen, wonach die Stadt Silistria mit einem Umkreis von 13 Kilometern an Rumänien fallen sollte; von da sollte die Grenze nicht direkt nach Baltschik am schwarzen Meer laufen, wie Rumänien forderte, sondern — damit nicht die bulgarische Festung Warna unhaltbar werde — nach dem Vorgebirge Sabla. Das entsprach den rumänischen Wünschen nicht ganz; weil aber mehr nicht zu erreichen schien, stimmten die rumänischen Kammern am 31. Mai 1913 in geheimer Sitzung dem Vertrag zu.

Als die Tinte noch nicht trocken war, mit der diese Abkunft geschrieben wurde, trat eine Veränderung der politischen Lage ein, welche Rumänien mit einem Schlag weit bessere Aussichten eröffnete. Wir wissen, daß die Verbündeten vor Kriegsausbruch sich über die Verteilung der erhofften Beute verständigt und bei Meinungsverschiedenheiten Rußlands Schiedsspruch in Aussicht genommen hatten. Nun machten sich aber die Folgen des Beschlusses vom 16. Dezember geltend, nach dem ein selbständiges Albanien geschaffen werden sollte. Der serbische Ministerpräsident Pasitsch erklärte am 28. Mai in der Skupschtina, daß Serbien, indem der ihm zugedachte Streifen der albanischen Küste durch den Willen der Großmächte ihm vorenthalten worden sei, sich einseitig verkürzt finde und verlangen müsse, daß der Schaden von allen Verbündeten gemeinsam getragen, ihm also aus der Beute ein Ersatz zugewiesen werde. Ferner habe Bulgarien die 100000 Mann, welche es zur Eroberung Makedoniens vertragsmäßig hätte stellen sollen, nicht gestellt, sondern den weitaus größten Teil seiner

Streitkräfte auf die Einnahme Thrakiens verwandt; Serbien habe es dabei, insbesondere bei der Belagerung Adrianopels, mit 50 000 Mann unterstützt: für beides könne es ein Entgelt fordern. Die Griechen, welche außer Saloniki auch die in der Hauptsache griechischen Küstenplätze des thrakischen Meeres an sich zu bringen wünschten, und die Montenegriner, welche serbischen Stammes sind, ergriffen gegen Bulgarien Partei. Dieses lehnte aber alle Zumutungen ab, unter Berufung darauf, daß es die Hauptlast des Krieges getragen und dadurch seinen Verbündeten erst ihre Erfolge ermöglicht habe. Schon nach wenigen Tagen war die Lage so kritisch, daß Zar Nikolaus II. am 8. Juni ein scharfes Telegramm an die Könige Peter und Ferdinand richtete: als berufener Schiedsrichter könnte er einem Krieg zwischen den Verbündeten nicht teilnahmlos zusehen; der Staat, welcher diesen Krieg beginnen würde, wäre der slawischen Sache dafür verantwortlich: „ich behalte mir jede Freiheit für die Haltung vor, welche Rußland gegenüber dem Ausgang eines so verbrecherischen Kampfes einnehmen würde.“ Das Telegramm sollte auf die erhitzten Köpfe als „kalter Wasserstrahl“ wirken; es blieb aber so gut wie fruchtlos. Den Worten nach unterwarfen sich die beiden Könige dem Schiedsspruch des Zaren; aber tatsächlich wuchs die Erbitterung hüben und drüben immer höher an, und Zar Ferdinand klagte in seiner Antwort nach St. Petersburg, daß Bulgarien nach unerhörten Anstrengungen und ruhmreichen Siegen, dem Recht zum Hohn, um die heiligsten Früchte dieser Anstrengungen und Siege gebracht werden solle, nämlich um Makedonien, ein Land, dessen Einwohnerschaft stets bulgarisch gewesen sei und demgegenüber Bulgarien sowohl Rechte als Pflichten habe. Die Makedonier, die in Sofia allmächtig waren, übten auf die bulgarische Regierung einen starken Druck aus, und am 26. Juni wurde dem General Sawow der Befehl zum Losschlagen übersandt. Ob der Graf Berchtold, in der Hoffnung dem Balkanbund den letzten Stoß zu geben, in Sofia zum Krieg riet, wie serbischerseits behauptet wird, lassen wir dahingestellt. Am 29. Juni erfolgten im Wardartal und bei Prevista bereits blutige Zusammenstöße zwischen den Bulgaren hier, den Serben und Griechen dort. Der Krieg brach mit der Wucht eines Naturereignisses los, infolge des alten Hasses, der die zwei Völker der Serben und Griechen stets gegen das bulgarische beseelt hat und der nur durch das gemeinsame Interesse gegenüber den Türken vorübergehend zum Verstummen gebracht war.

Jetzt rührte sich aber auch Rumänien und gab offen kund,

daß es einem zweiten Krieg nicht mit derselben Neutralität zusehen werde, wie dem ersten; es schickte sich an das Abkommen vom 11. Mai, das ihm nicht genug tat, mit dem Schwert in der Hand in seinem Sinn zu verbessern. Da drängt sich nun ganz von selbst die Frage auf: wie durfte Bulgarien hoffen, gleichzeitig vier Feinden (sogar das hart mitgenommene kleine Montenegro stellte 12 000 Mann ins Feld) die Spitze bieten zu können? Man sollte meinen, daß Zar Ferdinand und sein Ministerpräsident Danew unbedingt diese Frage hätten verneinen müssen, daß sie sich also schlüssig machten, ob sie die Rumänen, die am 24. Juni rund heraus erklärten, daß sie sich mit leeren Worten nicht abspeisen lassen würden, oder ob sie die Serben und Griechen befriedigen und sich so wenigstens nach einer Seite freie Hand schaffen wollten. Es heißt, der Zar selbst habe diese Notwendigkeit erkannt, sein Minister aber habe sich auf Rußland verlassen, das Bulgarien schlimmsten Falls nicht seinen Feinden preisgeben werde. Dabei war man aber in St. Petersburg über die Bulgaren verstimmt, welche die guten Freunde Rußlands, die Serben und Montenegriner, vor den Kopf stießen und im Verdacht standen mehr nach Wien als nach St. Petersburg zu blicken. In der Besorgnis, daß ein bulgarischer Sieg über die Serben vor allem der österreichischen Politik und damit dem Dreibund zustatten kommen werde, er also verhindert werden müsse, drängten Rußland und Frankreich sogar die Rumänen zum Losschlagen. So trieb Danew sein Land, das vom ersten Krieg her, wo es 30 000 Mann an Toten verloren hatte, tief erschöpfte, mit sehenden Augen an den Rand des Abgrundes. Der Krieg verlief in der Tat für Bulgarien geradezu verhängnisvoll.

Wir betrachten zuerst die Kämpfe mit den Griechen. König von Griechenland war damals nicht mehr Georg I.; der einfache, aber kluge, zielbewußte und um sein Land hochverdiente Mann war am 18. März 1913 in Saloniki von einem Griechen namens Schinas in sinnlosem Frevel erschossen worden. An seine Stelle trat sein Sohn Konstantin I. Mit 85 000 Mann griff dieser die Bulgaren an, entwaffnete die 1200 Mann starke bulgarische Abteilung in Saloniki, besetzte am 3. Juli Nigrita und ging dann über den Wardar. Am 4. Juli schlug er die Feinde bei Kilkitsch, das in Flammen aufging, und nahm den Paß von Kalinowo. Die Griechen verloren dabei nach ihren eigenen Angaben 10 000 Mann, die Bulgaren noch erheblich mehr. Der König zog sodann siegreich in Doiran ein, und nach einem zweiten Erfolg in der Schlacht bei Demir Hissar besetzte er am 10. Juli den

Hafen von Kawala, am 11. die Stadt Seres; am 14. Juli standen seine Truppen in Drama. Ähnliche Erfolge hatten die Montenegriner und die Serben, deren Prinzen Alexander und Georg stets im heißesten Kampfe waren. Am 30. Juni wurde ein Überfall, den General Sawow an der Bregalnitza, einem Nebenfluß des Wardar von rechts her, auszuführen versuchte, zurückgeschlagen, da die Bulgaren auf einer zu ausgedehnten Linie angriffen, und mit dieser erfolgreichen Abwehr erhielt der Krieg die entscheidende Wendung. Istip und Kotschana wurden von den Serben besetzt und dann mit Hilfe einer griechischen Division bei Grelena und Egri Palanka die Bulgaren nochmals geschlagen. Deren Versuch, bei Pirot in Serbien einzubrechen, hatte keinen Fortgang; die Serben drangen vielmehr ihrerseits in Bulgarien ein, besetzten Belogradschik und umzingelten die Festung Widdin. Die Kämpfe wurden mit äußerster Erbitterung und unter ungeheuren Verlusten ausgefochten; die Serben berechneten z. B. ihre Einbuße gegen die Türken auf 5000 Tote und 18 000 Verwundete, die gegen die Bulgaren auf 7—8000 Tote und 30 000 Verwundete. Es soll vorgekommen sein, daß schwer Verletzte sich noch mit den Zähnen zerfleischten; auch bezichtigte man sich gegenseitig aller möglichen Schandtaten gegen Wehrlose, gegen Frauen und Kinder. „Ein Balkankrieg," schrieb ein Augenzeuge, „ist kein zivilisierter Krieg, er ist eine Entfesselung der grauenhaften Bestialität," und die von der sog. Carnegiestiftung eingesetzte Untersuchungskommission unter Vorsitz des Professors Rudyssen von der Universität Bordeaux hat ein furchtbares Anklagematerial gegen alle Balkanvölker ohne Unterschied, Serben, Bulgaren, Griechen und Türken gesammelt und es im Mai 1914 veröffentlicht.

Schon neigte sich das Zünglein der Wage völlig zu Ungunsten der Bulgaren, als auch Rumänien ihnen am 10. Juli den Krieg erklärte, weil sie ihm auf seine Warnung vor einem Zusammenstoß mit Serbien gar keine Antwort gegeben hatten. Der Thronfolger Ferdinand führte ein starkes, völlig unversehrtes Heer über die Donau, und die Bulgaren waren außer Stande ihm irgendwie erhebliche Streitkräfte entgegen zu stellen. Der General Sawow hatte ursprünglich den Plan gehabt, der allein vielleicht hätte Rettung bringen können: die Griechen zunächst hinzuhalten, mit aller Wucht auf die Serben zu fallen und sie zuerst, dann die Griechen zu zermalmen. Danew hatte ihn, wie es heißt, in seiner verblendeten Hoffnung auf Rußland abgehalten. Jetzt war alles ins Gegenteil verkehrt: die Rumänen zogen noch am 10. Juli in Silistria ein, wo sich die 300 Mann

starke Besatzung ohne Widerstand ergab, und drangen unaufhaltsam bis auf zwei Tagemärsche vor Sofia vor. Am 16. Juli mußte Danew zurücktreten, und am 17. wandte sich auf den Rat des Ministeriums Radoslawow Zar Ferdinand in höchster Not an den König Karl, die Zarin Eleonore, Ferdinands zweite Frau, eine geborene Fürstin Reuß-Köstritz, an die Königin Elisabeth (als Dichterin unter dem Namen Carmen Sylva berühmt) mit der Bitte um Frieden. Die Antwort war, daß Rumänien nicht allein, sondern nur gemeinsam Frieden schließen werde; es wollte nicht bloß seine Grenzen verbessern, sondern auch davor sein, daß einer der Balkanstaaten eine unverhältnismäßige Macht erlange. Deshalb sollte der gesamte Zustand der Halbinsel mit einem Mal geregelt werden.

Um die Drangsal Bulgariens voll zu machen, erklärten jetzt auch die Türken (deren Großwesir Mahmud Scheffet am 11. Juni als Opfer der Blutrache für die Morde des 23. Januar gefallen und durch den Prinzen Halim ersetzt war), daß sie unter den obwaltenden Umständen sich auch nicht länger an den Londoner Frieden gebunden erachteten. Sie hatten ihr Heer in den letzten Zeiten in etwas besseren Stand gebracht, und am 22. Juli nahm Enver Bey mit dem zehnten Armeekorps das vor nicht vier Monaten unter Strömen von Blut durch die Bulgaren erstürmte Adrianopel kampflos wieder ein, unter dem hellen Jubel der Einwohner, welche durch eine Abordnung bei allen europäischen Großmächten gegen ihre Zuteilung an Bulgarien feierlich Einspruch erhoben hatten. Die Griechen schlugen am 25. Juli die Bulgaren noch einmal bei Simitli zu beiden Seiten der Struma und bemächtigten sich der Städte Xanthi, Dedeagatsch und Makri (29. Juli). Es bestand jetzt die dringende Gefahr, daß die Türken sogar auf altbulgarisches Gebiet vordringen und versuchen würden es an sich zu reißen, also Bulgarien hinter die Linie von 1878 zurückzuwerfen.

In dieser Lage griff Rumänien abermals entscheidend ein und verlangte, gestützt auf sein unversehrtes Heer, daß sofort Waffenstillstand abgeschlossen und über Frieden verhandelt werde. Wie die Dinge lagen, konnte ihm niemand trotzen; auch hatten die Griechen und Serben sich so ziemlich ganz Makedoniens bemächtigt, waren also im Besitz dessen, worauf es ihnen ankam. So erschienen am 30. Juli die Ministerpräsidenten von Serbien, Montenegro und Griechenland, der „alte Balkanfuchs" Pasitsch, Wukotitsch und der gewandte und zielbewußte Veniselos, den der Franzose Chéradame sehr übertreibend

den ersten Staatsmann der Gegenwart genannt hat, in Bukarest und vereinbarten unter dem Vorsitz des rumänischen Ministerpräsidenten Majorescu einen Waffenstillstand zuerst von nur fünf, dann noch von drei Tagen; Majorescu gab absichtlich nur kurze Fristen, um ein langes Hinziehen der Verhandlungen abzuschneiden. Die Griechen verlangten mit aller Bestimmtheit die ganze thrakische Küste bis Kawala einschließlich dieser (von 20000 Griechen und 5000 Türken bewohnten) wichtigen Hafenstadt; ja sie forderten auch die Abtretung des tabakreichen Hinterlandes von Kawala; die Bulgaren wollten von beidem nichts hören. Da griff Kaiser Wilhelm II. auf die Bitte des Königs Karl ein und bewog den König Konstantin, der seit 1889 des Kaisers Schwester Sophie zur Gemahlin hatte, daß er auf das Hinterland Kawalas verzichte, worauf Zar Ferdinand Kawala selbst fahren ließ. Nun kam am 10. August 1913 der Friede von Bukarest zustande. Nach ihm trat 1. Bulgarien Silistria und das Land oberhalb von Turtukai an der Donau bis Ekrene am schwarzen Meer an Rumänien ab und verpflichtete sich die Wälle von Rustschuk, Schumla und Baltschik zu schleifen. 2. Die neue Grenze zwischen Serbien und Bulgarien sollte vom Berg Patarika an der alten Grenze ausgehen und der Wasserscheide zwischen Wardar und Struma so folgen, daß das obere Strumitzatal serbisch wurde; endigen sollte die Grenze am Beleschgebirge, wo dann 3. die griechisch-bulgarische Grenze begann, um dem Kamm des Belesch entlang zu laufen und bei der Mündung der Mesta das thrakische Meer zu erreichen. Nach diesem Frieden stellte sich der Umfang der Balkanstaaten wie folgt: Montenegro gewann etwa 6000 qkm und zählte nunmehr deren 14000; es war fast so groß als das Königreich Sachsen; die Volkszahl mochte 400000 Köpfe betragen. Serbien wuchs von 48000 qkm auf 87000, gewann also gegen 39000, ein Gebiet so groß als Schlesien mit 1½ Millionen Menschen, so daß es nun im Ganzen 4½ Millionen hatte. Griechenland zählte jetzt 116000 qkm statt 65000, gewann also 51000 mit 1600000 Einwohnern; es hatte nun 4255000 Seelen. Rumänien umfaßte künftig 139000 qkm statt 131000, nahm also um etwa 8000 und 302000 Menschen zu; es hatte jetzt 7500000 Einwohner. Bulgarien, das vor dem Krieg 96000 qkm besaß, mußte zu den anderen Verlusten hinzu im Frieden von Konstantinopel vom 29. September Adrianopel und Kirk Kilisse samt Iniada am schwarzen Meer den Osmanen zurückgeben; so gewann es nur etwa 17000 qkm mit 430000 Einwohnern und umfaßte 113000 qkm mit 4800000 Men-

schen. Die Türkei verlor von den 169000 qkm ihres europäischen Besitzes einschließlich Albaniens etwa 143000 mit über 4 Millionen Menschen und rettete 26000 qkm (ein Gebiet von der Größe der Provinz Sachsen), mit nicht ganz 2 Millionen Seelen, wovon 1200000 auf die Hauptstadt entfallen.

Der Friede von Bukarest wurde von den verschiedenen direkt oder indirekt Beteiligten mit sehr verschiedenen Gefühlen aufgenommen. Die Rumänen waren stolz darauf, daß sie der Balkanhalbinsel das Gesetz vorgeschrieben und, am Anfang der Krisis fast unbeachtet, sie am Ende gemeistert hatten. Die Sieger frohlockten, daß sie den Bulgaren die Beute so sehr geschmälert hatten, daß die angeblichen „Japaner und Preußen des Balkan" in ihrer Hohlheit enthüllt seien. Die Bulgaren selbst knirschten über ihre Ohnmacht, vermöge deren sie sich vorerst darein ergeben mußten, daß die Früchte des ersten Krieges durch den Ausgang des zweiten ihnen großenteils wieder entrissen waren, daß ihr anfänglich überaus gewachsenes Ansehen in Europa eine schwere und empfindliche Verminderung erlitten hatte. Die bulgarische Bevölkerung Makedoniens, welche statt des türkischen Joches nun das serbische und griechische auf sich nehmen mußte, während sie mit ihren Brüdern vereinigt zu werden gehofft hatte, sehnte sich jetzt nach der türkischen Herrschaft zurück, wo sie doch ihr eigenes Kirchen- und Schulwesen gehabt hatte, und sie schwor den christlichen Herren, welche unduldsamer gegen sie waren als der Muselmann und ihnen ihre Nationalität entreißen wollten, Kampf bis aufs Messer. Zar Ferdinand erließ am 11. August einen Tagesbefehl an sein Heer, in dem es hieß: „Unsere Verbündeten haben uns verraten; falten wir unsere Fahnen zusammen für bessere Zeiten!" Ein paar Tage vor dem 10. August hoffte man in Sofia, daß die Großmächte den Frieden nicht ohne Abänderung annehmen würden, und deshalb hingen die bulgarischen Bevollmächtigten dem Protokoll eine Klausel an, welche besagte, daß Bulgarien bloß in dieser Hoffnung auf Durchsicht des Friedens ihn unterzeichne. In der Tat hätten Österreich, Rußland und Italien aus ganz verschiedenen Gründen nicht übel Lust gehabt dies und jenes an dem Frieden zu ändern. Österreich war unangenehm davon berührt, daß das ihm seit langem feindliche Serbien auf Kosten Bulgariens so sehr anwuchs. Paschitsch sagte damals zu dem griechischen Gesandten Politis: „Der erste Schlag ist geglückt; nun gilt es den zweiten vorzubereiten, den gegen Österreich." Es wurde mit Rußland darüber verhandelt, mit russischem Geld das

montenegrinische Heer auf 6 Divisionen und 60000 Mann zu bringen und unter serbischen Oberbefehl zu stellen, überhaupt Montenegro, da man seinem König Nikita als einem „Österreicher" nicht traute, militärisch, diplomatisch und finanziell sich zu verbinden, d. h. es mit Serbien zu verschmelzen. In Wien wurde man nervös; lieber noch hätte man den russischen Oberbefehl über Montenegro zugelassen (im November 1913 wurde das wirklich vereinbart). Aus allen diesen Dingen erwuchs nun in Wien der Entschluß, sich Bulgariens so weit wie möglich anzunehmen und es als Gegengewicht gegen Serbien und nötigenfalls auch gegen Rumänien zu verwenden, wo das österreichische Eintreten für Bulgarien eine gewaltige antiösterreichische Bewegung hervorrief. König Karl erklärte sich außer Stande, bei dieser Stimmung seines Landes die 1883 übernommenen Bundespflichten gegen Österreich zu erfüllen. Rußland wollte auch nicht in dem Lichte erscheinen, als ob es Bulgarien ganz im Stich lasse, und Italien sah in dem so stark vergrößerten Griechenland einen unbequemen Nebenbuhler um die Herrschaft im östlichen Mittelmeer. Schließlich ward die Frage aber durch die Haltung Deutschlands verneinend entschieden, das von einer Durchsicht des Friedens die erneute Aufrollung aller Balkangegensätze und damit den Zerfall des „europäischen Konzerts" befürchtete, das bisher, freilich unter großen Schwierigkeiten, doch aufrecht erhalten worden war und den Bestand des Friedens unter den Großmächten ermöglicht hatte. Jede Großmacht hätte die Prüfung des Friedens unter ihren eigenen Gesichtspunkten vorgenommen, und darüber wäre es leicht zu dem bisher vermiedenen Zusammenstoß gekommen. Österreich, das allein der Durchsicht ernstlich das Wort zu reden geneigt war, fügte sich diesen Erwägungen, und König Karl konnte dann Kaiser Wilhelm II. am 10. in einem Telegramm dafür danken, „daß Dank Dir der Friede ein endgültiger bleibt". Am 12. sandte auch Franz Joseph dem König seinen Glückwunsch; er wurde in Rumänien kalt aufgenommen, und die öffentliche Meinung des Landes war seitdem der Donaumonarchie entschieden abgeneigt. Zu dem alten Gegensatz wegen der Unterdrückung der ungarländischen Rumänen kam das Gefühl, daß die Österreicher und Ungarn jetzt Rumäniens Feind unterstützt hätten.

Ob der Friede von Bukarest wirklich einen dauernden Einschnitt in die Geschichte der Balkanvölker bedeutete, oder ob er nur eine Pause in ihrem Wettkampf um die Vormacht bildete, das aufzu-

klären blieb der Zukunft überlassen. In Bulgarien dachte man an ein künftiges Zusammengehen mit dem alten türkischen Erbfeind gegen die drei falschen Brüder, und diese ihrerseits schlossen, wie der serbische Ministerpräsident Pasitsch am 31. März 1914 in der Skupschtina öffentlich mitteilte, für alle Fälle ein erneutes Bündnis zu etwaiger gemeinsamer Abwehr. Zunächst indes wurde der Friede von Bukarest am 14. November 1913 durch den Frieden ergänzt, der zwischen der Türkei und Griechenland in Athen zustande kam und der freilich eigentlich nur formelle Bedeutung hatte, da er die Frage der Zugehörigkeit der ägäischen Inseln endgültig dem Schiedsspruch der Großmächte vorbehielt und andere Streitpunkte an das Haager Schiedsgericht verwies. Die Inselfrage sollte nach den Abreden der Großmächte so geregelt werden, daß diejenigen Inseln, welche vor den Dardanellen liegen und zu deren Verteidigung notwendig sind, Tenedos und Imbros, der Türkei verbleiben, die andern, Thasos, Samothrake, Lemnos, Lesbos, Chios, Samos, an Griechenland fallen sollten; aber der Sicherheit der kleinasiatischen Küste wegen sollten sie nicht befestigt werden dürfen. Rhodus und die benachbarten sogenannten zwölf (kleinen) Inseln, die „Dodekanesos", wurden immer noch von den Italienern besetzt gehalten, angeblich weil der Widerstand der Eingeborenen Libyens infolge der Tätigkeit einzelner türkischer Offiziere noch fortdauerte und der Friede von Lausanne somit nicht vollzogen sei. Der Friede zwischen Serbien und der Türkei wurde erst am 14. März 1914 in Belgrad unterzeichnet und enthielt vor allem Bürgschaften für die Muselmänner der an Serbien fallenden Gebiete.

Aus den Balkanwirren ging ein ganz neues Staatswesen hervor: das Fürstentum Albanien. Es ist bewohnt von einem Volk, das von den alten Illyriern abstammt und als das älteste aller Balkanvölker bezeichnet werden kann; es hat aber nur vorübergehend unter dem nationalen Helden Georg Castriota, genannt Skanderbeg, von 1443—67 eine selbständige Stellung besessen und gehörte vorher zu dem griechischen, dann zum türkischen Kaisertum. Weil die Albanesen keine Slawen sind, wollten, wie S. 130 erwähnt, Österreich und Italien in ihnen am adriatischen Meer eine Art Bollwerk gegen die slawische Flut aufrichten, ähnlich wie es an der unteren Donau die Rumänen waren; und die Botschafterkonferenz in London, welche am 16. Dezember 1913 der Errichtung des Fürstentums zugestimmt und dann seine Grenzen im Norden und Osten gegen Serbien und Montenegro

gezogen hatte, faßte am 12. August den Beschluß, daß das Land binnen sechs Monaten durch einen gemischten Ausschuß auch seine Südgrenze und einen Fürsten aus einem nicht regierenden Hause erhalten solle. Die Südgrenze wurde nicht ohne große Schwierigkeiten festgestellt, weil die Griechen womöglich kein von ihren Landsleuten bewohntes Dorf unter albanesische Herrschaft fallen lassen wollten, aber durchaus keine Bedenken hatten albanesische Bezirke sich einzuverleiben. Als König Konstantin endlich im März 1914 in Rücksicht auf die für Griechenland sehr günstige Lösung der Inselfrage seine Truppen aus den Gebieten von Argyrokastro, Kolonia und Premeti zurückzog, welche Grenze der Ausschuß der Großmächte Albanien zugeteilt hatte, versuchte „Nordepirus" unter der Führung von Zographos sich als selbständige Republik aufzutun, welche natürlich bei nächster Gelegenheit den Anschluß an Griechenland zu vollziehen beabsichtigte. Zum Fürsten von Albanien, das mit einem Umfang von etwa 30 000 qkm ungefähr Pommern gleichkam, erkoren die Großmächte den Fürsten Wilhelm von Wied (geb. 1876), der damals bei den Gardedragonern in Berlin stand, Vater eines Sohnes, evangelisch und deshalb inmitten von Muselmännern, Griechisch-Orthodoxen und Römisch-Katholischen konfessionell neutral war; als Verwandter des rumänischen Königshauses (die Königin Elisabeth war eine geborene Fürstin von Wied) genoß er von vornherein auf dem Balkan einiges Ansehen. Nachdem eine albanesische Abordnung unter Essad Pascha ihm in Neuwied die Krone Albaniens angeboten hatte, und da die Großmächte ihm ein Darlehen von 75 Millionen Franken zur Hebung des sehr zurückgebliebenen Landes bewilligten, landete er am 5. März 1914 mit seiner Gemahlin, einer Prinzessin Schönburg, in Durazzo, während sein Sohn und seine Tochter nach einigen Wochen nachfolgten. Essad Pascha begrüßte ihn als zweiten Skanderbeg, die Hoffnung des Landes. Wie wenig das der Stimmung der muselmännischen Albanesen entsprach, zeigte sich bald. Ein Aufstand derselben brach aus, mit dem bestimmt ausgesprochenen Ziel dem Land einen dem Islam angehörigen Herrscher zu geben, am liebsten die Herrschaft des Sultans herzustellen. Essad Pascha erwies sich als so unzuverlässig, daß Fürst Wilhelm ihn am 18. Mai festnehmen und außer Landes schaffen ließ. Es war aber unmöglich den Aufstand zu bewältigen, und als der allgemeine europäische Krieg ausbrach und die finanzielle Unterstützung der Großmächte versiegte, verließ der Fürst am 3. September Durazzo und trat wieder ins preußische Heer ein. Wenn er in

seiner Abschiedssprache an die Albanesen seine Rückkehr vorbehielt, so geschah das nur, um das Scheitern des gut gemeinten Versuchs zu verhüllen. An seine Stelle suchten sich in Benützung der durch den Weltkrieg erzeugten Gebundenheit Österreichs die Italiener zu setzen; am 29. Dezember 1914 landeten sie ein Regiment Bersaglieri (Jäger) in Valona. Als aber in den Balkandingen der große Umschwung vom Herbst 1915 eingetreten war, besetzten die Österreicher im Anfang des Jahres 1916 San Giovanni di Medua, Alessio und Durazzo und drangen bis hart vor Valona vor. Der allgemeine Zusammenbruch des Jahres 1918 hat aber auch diese Erfolge völlig zunichte gemacht.

Neunzehntes Kapitel

Der Ausbruch des Weltkriegs im Jahr 1914

Wir haben des öftern darauf hingewiesen, daß seit 1891 in Europa einander zwei Staatengruppen gegenüberstanden, der 1882 geschlossene Dreibund Deutschlands, Österreichs und Italiens und der Zweibund Rußlands und Frankreichs. Im Jahr 1904 schloß unter dem Einfluß König Eduards VII. England mit Frankreich das „herzliche Einvernehmen" ab, das zwar noch kein förmliches Bündnis bedeutete, einem solchen aber doch unter dem Einfluß des gemeinsamen Gegensatzes zu Deutschland von Jahr zu Jahr näher kam. Es wurde 1908 in Reval durch die entente cordiale zwischen England und Rußland ergänzt, und seither sprach man, in der sehr irrigen Meinung, daß damit ein etwas weniger straffes Verhältnis bezeichnet werde, vom „Dreiverband" als dem Gegenspieler des Dreibundes. Im Jahr 1908—1909 und wieder 1911 und 1912—13 ward infolge der Einverleibung Bosniens in Österreich, der Marokkofrage und des serbischen Vormarsches an die Adria ein Zusammenstoß der beiden Mächtegruppen mit Mühe und Not vermieden; aber der Gegensatz selbst blieb bestehen, und was dreimal verhütet worden war, sollte ein viertes Mal infolge des scheußlichen Mordes von Sarajewo (I 322) nicht mehr abgewandt werden: ein allgemeiner Völkerbrand, ein Weltkrieg von einem in der ganzen Geschichte noch niemals erhörten Umfang.

Fragt man nach den tieferen Gründen dieses Kriegs, so ergibt sich, daß solche bei allen Staaten des Dreiverbandes vorlagen. Ohne Zweifel war die Macht, welche den europäischen Frieden am längsten gefährdete, Frankreich, und zwar weil es sich

schlechterdings in die 1871 geschaffene Lage nicht finden wollte, sondern beständig nach Rache an seinem damaligen Besieger dürstete. Was Friedrich Strauß 1870 in einem offenen Brief seinem Mitforscher auf dem Gebiet der christlichen Urgeschichte, Ernst Renan, gesagt hat: „Frankreich ist gewohnt, die erste Rolle unter den europäischen Nationen zu spielen; es will diesen Primat nicht aufgeben", und was Leopold v. Ranke Thiers 1870 in Wien auf dessen Frage, mit wem die Deutschen eigentlich nach Napoleons III. Gefangennahme noch Krieg führten, mit packender Wahrheit zugerufen hatte: „mit Ludwig XIV.!", das traf auch jetzt noch zu. Die Franzosen sahen es als den allein natürlichen, von Gott womöglich schon bei der Weltschöpfung gewollten Zustand an, daß sie in der Welt politisch und kulturell den Ton angäben, und knirschten über die Einigung Italiens und Deutschlands, durch welche ihrer Führerschaft auf dem europäischen Festlande ein Ende bereitet worden war. Sie wollten den früheren Zustand herstellen und verschrieen Deutschland trotz seiner unter drei Kaisern bewährten Friedensliebe als die Macht, welche vermöge ihres „Militarismus", d. h. ihrer kriegerischen Organisation, Kraft und Zucht, Europa knechte. Vollends die Zurücknahme der 1552, 1648, 1679, 1681 und 1766 von ihnen geraubten deutschen Landschaften Elsaß und Lothringen durch das neu erstandene deutsche Reich wollten sie je eher, je lieber wieder umstoßen. So geschah es, daß jede Macht, welche uns an den Kragen springen wollte, sicher war dabei Frankreich als Bundesgenossen an ihrer Seite zu haben. Wohl ist es wahr, daß allmählich der Rachedurst dadurch sich abkühlte, daß die Volkszahl Deutschlands unaufhaltsam über die stillstehende, ja allmählich sogar sinkende Einwohnerziffer Frankreichs hinauswuchs (im Jahr 1914 lauteten die beiden Zahlen etwa 67 und 39,6 Millionen Seelen) und so die Wahrscheinlichkeit des Sieges immer geringer wurde. Die Wahlen von 1914 brachten auch den französischen Kriegshetzern eine direkte Enttäuschung (I 357). Aber zu einem klaren und offenen Verzicht auf die Rache und demgemäß zu einer Neugestaltung der deutsch-französischen Beziehungen konnte sich Frankreich nicht entschließen; es blieb so, wie Graf Murawiew 1899 sagte (I 410), daß kein französisches Ministerium sich 24 Stunden hätte halten können, das Deutschland den Besitz Elsaß-Lothringens verbürgt hätte, und so nahm das Verhängnis schließlich seinen Lauf. Zuletzt haben auch wirtschaftliche Interessen noch mitgewirkt. Die Schicht, welche Frankreich tatsächlich beherrschte, die Großkapitalisten, sah in Deutschland den wirtschaftlich immer

stärker werdenden Mitbewerber. Nun hatte man erst neuerdings die ganze Reichhaltigkeit der Erzlager bei Briey, Nancy und Longwy erkannt; der hier im Boden liegende Vorrat an Eisenerzen wurde auf 3 Milliarden Tonnen (wovon bei Briey allein 2 Milliarden) angeschlagen, das ist ein Viertel aller europäischen Erze, ein Siebentel der Erze der Welt. Die französische Ausfuhr wuchs infolge der stärkeren Ausbeutung dieser Lager zwischen 1897—1913 von 3,5 Milliarden Franken auf 12,3 an. Gelang es Deutschland zu erdrücken und ihm seinen lothringischen Erzbezirk zu entreißen, so beherrschte Frankreich den Eisenmarkt ganz überwiegend; aber es galt zu handeln, ehe es zu spät war.

Rußland hatte 1891 Frankreichs Bundesgenossenschaft aus zwei Gründen gesucht: einmal um an Stelle Deutschlands, das den Rückversicherungsvertrag nach Bismarcks Sturz nicht erneuerte, einen andern Rückhalt zu haben; dann, um die für seine militärische und wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Gelder zu erhalten. Eine direkt gegen Deutschland feindselige Absicht war zunächst wohl nicht vorhanden; Alexander III. und sein Sohn Nikolaus II. waren unkriegerische Naturen, und selbst sie sahen einen Krieg gegen Deutschland immer noch bis zu einem gewissen Grad als etwas gegen alle höfische und verwandtschaftliche Überlieferungen Verstoßendes an. In der russischen Nation aber lebte eine Abneigung gegen die Deutschen, seit diese im 18. Jahrhundert unter der Zarin Anna (1730—40) allmächtig gewesen waren und sich so verhaßt gemacht hatten, daß der ihnen entstammte und ihnen rückhaltlos ergebene Zar Peter III. 1762 meuchlerisch ermordet wurde. Auch später noch nahmen die Deutschen von den baltischen Provinzen aus, wo der Adel, die Pfarrer und das höhere Bürgertum aus ihnen hervorgingen, politisch und militärisch eine mächtige Stellung in Rußland ein. Reichsdeutsches Kapital war in Rußland auch angelegt, aber nach einer Angabe des russischen Blattes „Rjetsch“ vom Ende März 1915 noch nur im Betrag von 143 Millionen Rubel, während die Zahlen für England, Belgien und Frankreich 201, 230 und 308 betrugen: das Geschrei über Unterjochung des russischen Wirtschaftslebens durch die Deutschen war gleichwohl allgemein. Zu dem Entschluß eines Krieges gegen das deutsche Reich verdichteten sich jedoch alle diese Antipathien erst allmählich. Die Verstimmung der leitenden Kreise begann, als Bismarck 1876 einen russischen Vernichtungskrieg gegen Österreich nicht dulden zu können erklärte, und seit er 1878 auf dem Berliner Kongreß die russischen Interessen

verraten haben sollte. Er mußte schon 1879 gegen die russischen Drohungen die Abwehrmaßregel des Bündnisses mit Österreich setzen. In Österreich aber sahen die Russen ihren Gegner auf drei Gebieten. Einmal genossen die Polen in Österreich eine so rücksichtsvolle Behandlung, daß sie das habsburgische Regiment grundsätzlich stützten und ihre in Rußland unter hartem Druck lebenden Landsleute sich Freiheit wie in Österreich wünschen mußten; wurde aber Österreich von den Russen niedergeworfen, so konnten sie Galizien an sich reißen und das bei ihnen glimmende polnische Feuer austreten. Zweitens hatten auch die Ruthenen (Kleinrussen) oder Ukrainer Österreichs, trotzdem sie von den Polen bis 1914 unterdrückt wurden, doch weit mehr Bewegungsfreiheit, als ihre Stammesgenossen in Rußland, denen sogar der öffentliche Gebrauch ihrer Sprache und deshalb auch die Gedächtnisfeier ihres Nationaldichters Schewtschenko (S. 31) verboten war. Ein russischer Staatsmann hat sogar die Ukrainer, die 20—30 Millionen Köpfe zählten, als die eigentliche Gefahr für den Zusammenhalt des von den Großrussen geschaffenen Staates bezeichnet. Im Jahr 1914 erfolgte ein Ausgleich zwischen Polen und Ruthenen (I 316), und seitdem trat noch mehr als früher das Streben der ukrainischen Nation, vor allem ihrer höheren Schichten, hervor von der Unterjochung durch Rußland loszukommen und die Möglichkeit nationaler Entfaltung zu gewinnen. Auch hier war also Österreich der Herd einer für Rußland unbequemen, ja gefährlichen Bewegung. Endlich drittens war Österreich das Haupthindernis des russischen Strebens nach der Zertrümmerung der Türkei und nach der Besitznahme der Meerengen des Bosporus und der Dardanellen samt Konstantinopel. Die Herrschaft über die Meerengen glaubte Rußland, wie der Petersburger Professor Mitrofanow im Juniheft der Preußischen Jahrbücher von 1914 mit rückhaltloser Offenheit auseinandersetzte, unbedingt an sich reißen zu müssen, um die Ausfuhr seiner Ernteüberschüsse und damit die Zahlung der Zinsen seiner Staatsschuld sicherzustellen; zwei Drittel seiner Ausfuhr gingen über die Häfen des Südens; solange Rußland die Meerengen nicht hatte, konnte es jederzeit von dem Weltverkehr abgesperrt und wirtschaftlich matt gesetzt werden, eine Gefahr, die freilich nur einem erobernd auftretenden, nicht aber einem friedlichen Rußland drohte. War aber Rußland, das seit 1878 an den Donaumündungen Teil hatte, auch noch Herr der Meerengen, so beherrschte es die ganze Balkanhalbinsel und war in der Lage Österreich-Ungarn politisch und wirtschaft-

lich völlig einzuschnüren. Indem Deutschland das verhinderte, indem es Bismarcks Rat folgte (Gedanken und Erinnerungen II 281): „Die Erhaltung der österreichischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann": indem es seine Politik auf diese Erwägungen aufbaute, rief es in Rußland die Ansicht hervor, daß der Marsch auf Konstantinopel nun einmal im Interesse der Freiheit und wirtschaftlichen Betätigung unumgänglich sei, Deutschlands Gegnerschaft unbedingt gebrochen werden müsse. „Der Weg nach Konstantinopel, so hieß es, führt über Wien, und der Weg nach Wien führt über Berlin." So erschien Deutschland als der Feind Rußlands; eine am 28. Februar 1912 a. St. (= 13. März) ergangene kaiserliche Verfügung*) schrieb vor, daß die Generalmobilmachung ohne weiteres als allerhöchster Befehl zur Eröffnung der Kriegstätigkeit gegen Österreich und Deutschland zu gelten habe. Im März 1913 wurde zu besserer Verhüllung der russischen Maßnahmen eine besondere „Kriegsvorbereitung" eingeführt, auf Grund deren dann die eigentliche Mobilmachung rasch erfolgen konnte. So bedurfte es nur eines Anlasses, um den tief liegenden Gegensatz ans Tageslicht hervorzutreiben und die Katastrophe herbeizuführen. Deutschland galt aber nicht nur wegen Österreich als der Feind; es hielt seine Hand auch über die Türkei selbst, wo es das große Unternehmen der Bagdadbahn begonnen hatte und wo in Palästina die aussichtsreichen Kolonien der schwäbischen „Templer"sekte in Jaffa und Haifa bestanden. Als Rußland im Herbst 1913 die Not der Türkei ausnützen wollte, um unter dem Aushängeschild der Aufsicht über die Verwaltungsreformen oder auch durch direktes Zugreifen sich Türkisch-Armeniens zu bemächtigen, da erfuhr der russische Ministerpräsident Kokowzow, der persönlich in Berlin verhandelte, eine entschiedene Ablehnung, und der Sultan übertrug einer deutschen Militärabordnung, an deren Spitze der General Liman v. Sanders stand, die Aufgabe der Reorganisation des osmanischen Heeres. Liman ward dann zum Befehlshaber des ersten Armeekorps, das in der Hauptstadt stand, ernannt und sollte daraus ein Musterkorps für das ganze Heer bilden. Mit auffallender Schärfe und Unfreundlichkeit erhob sich die russische Regierung gegen diese Maßregel, welche Konstantinopel unter deutschen Befehl stellte;

*) Abgedruckt bei Höniger, Rußlands Vorbereitung zum Weltkrieg, Berlin 1919, Seite 5.

der Sultan wurde gezwungen am 10. Januar 1914 Liman des Kommandos zu entheben. Es ward dies amtlich damit begründet, daß der General durch diese Stellung seiner eigentlichen Aufgabe entfremdet werde; er wurde nun mit der Aufsicht über das ganze Heerwesen und insbesondere über die Militärschulen betraut; aber niemand war im Zweifel, daß der Zar zunächst über Kaiser Wilhelm gesiegt hatte. Andere Unfreundlichkeiten kamen hinzu, und die Lage war schon im Anfang des März so gespannt, daß Sasonow den Plan eines förmlichen Waffenbündnisses zwischen Rußland, England und Frankreich ins Auge faßte. Die „Kölnische Zeitung" hat das Verdienst, die ganze Gefährlichkeit der Lage (die übrigens die „alldeutschen Blätter" längst vorher ihrem Leserkreis dargelegt haben), der Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht zu haben: sie erklärte am 7. März 1914 in einem viel bemerkten Artikel: Rußlands Rüstungen hätten einen solchen Grad erreicht, daß an der Absicht eines Angriffs auf Deutschland nicht mehr zu zweifeln sei; wenn 1917 dem Zaren 16 Schlachtschiffe und 16 Kreuzer in der Ostsee und 5 neue Korps zur Verfügung stehen, werde das Wetter sicher losbrechen. Schon am 26. Januar 1914 waren Verhandlungen mit Frankreich über ein neues gewaltiges Anlehen von 2½ Milliarden Franken zu Ende geführt worden, wobei der französische Generalstab durchsetzte, daß diese riesigen, in fünf Raten zahlbaren Summen vornehmlich zur Erbauung neuer strategischer Bahnen gegen Deutschland und Österreich-Ungarn verwandt werden sollten; damit sollte eine raschere Mobilmachung des russischen Heeres ermöglicht werden. Weil aber bis jetzt die Mobilmachung nicht so schnell wie bei den Deutschen vor sich gehen konnte, wurden schon im Frühjahr die sibirischen Truppen nach Westen in Marsch gesetzt. Ein deutscher Kaufmann in Moskau hat mir erzählt, daß im Mai die Durchmärsche so massenhaft waren, daß er Argwohn schöpfte und sich trotz der Zureden seiner deutschen Verwandten, welche den Frieden nicht bedroht glaubten, entschloß seine gut bezahlte Stellung zu kündigen und über Stockholm nach Deutschland zurückzukehren. Ähnliche Zeugnisse sind auch sonst in großer Zahl beigebracht worden, und tatsächlich standen die sibirischen Truppen schon im August 1914 an der Westgrenze und nahmen am Kampfe teil.

Rußland und Frankreich waren ohne Frage entschlossen bei der ersten sich bietenden Gelegenheit über Deutschland herzufallen; der Minister Sasonow hat Ende Juni 1916 einem Ausfrager des Moskauer Blattes Rußkoje Slowo mit einer alle heuchlerischen Friedens-

phrasen zu Boden schlagenden Offenherzigkeit erklärt, daß Rußland und Frankreich trotz ihrer tief wurzelnden Friedensliebe beschlossen gehabt hätten um jeden Preis die Vermessenheit Deutschlands zu brechen und es ihm abzugewöhnen, daß es seinen Nachbarn auf die Zehen trete. Bei der Anwesenheit des französischen Ministerpräsidenten Poincaré in St. Petersburg (10.—13. August 1912) wurde das I 256 erwähnte Abkommen über die Vorbereitung der Flotten auf den Krieg rechtsgiltig gemacht und überdies die Steigerung der Kriegsbereitschaft vereinbart. Die Folge war 1913 die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich — eine Maßregel von solcher Härte, daß an ihre dauernde Aufrechterhaltung nicht zu denken war und sie sich nur als offenkundige Vorbereitung eines binnen kurzer Frist zu führenden Krieges verstehen ließ. Aber gleichwohl würden Russen und Franzosen es kaum gewagt haben mit uns und Österreich anzubinden, wenn sie nicht noch der Hilfe eines dritten Bundesgenossen sicher gewesen wären. Dieser dritte konnte nach Lage der Sache von vornherein nur England sein. Zwar schienen für England triftige Gründe gegen einen Krieg mit Deutschland vorzuliegen. In erster Linie kam in Betracht, daß zwischen beiden Völkern eine Blutsverwandtschaft bestand, welche zwar sehr alten Datums war — im fünften Jahrhundert unserer Zeitrechnung waren die Angeln und Sachsen von der unteren Elbe aus erobernd in Britannien eingedrungen —, welche aber gleichwohl unleugbar war und selbst nach englischem Urteil — vgl. einen sehr bezeichnenden Artikel der Zeitschrift Saturday Review vom 11. September 1897 — sich „in großer Ähnlichkeit des Temperaments und des Genius" kundgab. Auf Grund dieser Blutsverwandtschaft hatte sich zweitens auch eine starke Kulturgemeinschaft entwickelt, vermöge deren Shakespeare fast zu einem deutschen Dichter geworden ist und Goethe und Schiller nirgends so verständnisvoll gewürdigt wurden wie in England. Drittens gehörten $^{19}/_{20}$ der Engländer und fast $^{2}/_{3}$ der Deutschen dem Protestantismus an, und das führte zu weiteren Berührungspunkten, namentlich zu einem großartigen und wirkungsvollen Zusammengehen auf dem Gebiet der Mission. Viertens hatten England und Deutschland, abgesehen von einem nicht zum vollen Ernst gediehenen Zerwürfnis im Jahr 1806, niemals die Waffen gekreuzt; wohl aber hatten sie gegen die Franzosen dreimal — gegen Ludwig XIV., gegen Ludwig XV. (im siebenjährigen Krieg) und gegen Republik und Kaiserreich — Schulter an Schulter gefochten und gesiegt. Waterloo ist ein

großer englisch-preußischer Erfolg, und Blücher wurde in England 1814 und 1815 noch mehr gefeiert als selbst Wellington. Fünftens bestand ein so gewaltiger Handelsaustausch zwischen beiden Ländern, daß Deutschland als Englands bester Kunde gelten konnte und umgekehrt.

Aber gerade hier traten auch zuerst die Anzeichen einer beginnenden Gegnerschaft zutage. Die deutsche Volkswirtschaft nahm seit dem durch Bismarcks weitschauende Politik bewirkten Übergang zum Schutzzollsystem, seit dem Zolltarif von 1879 und noch mehr seit dem von 1902, einen so gewaltigen Aufschwung, daß sie zu Anfang 1914 in Ein- und Ausfuhr einen Gesamtumsatz von gegen 18 Milliarden hatte und zu der englischen Leistung von gegen 24 Milliarden sich verhielt wie ungefähr 3:4. Wenn die Steigerung in derselben Weise anhielt, wie bisher, so war zu erwarten, daß Deutschland in 10—12 Jahren England eingeholt und überholt haben werde. In dieser Erkenntnis sagte die Saturday Review in dem S. 150 genannten Artikel: „Deutsche und Engländer streiten sich um die Versorgung der Welt. Überall kämpft der deutsche Musterreisende mit dem englischen Hausierer. Wo ein Bergwerk auszubeuten, wo eine Bahn zu bauen ist, wo es sich darum handelt Broteffer zum Genuß von Büchsenfleisch zu bekehren, da sind der Deutsche und der Engländer Wettbewerber. Wenn morgen Deutschland vernichtet würde, so würde es keinen Engländer in der Welt geben, der nicht morgen reicher wäre. Völker haben um eine Stadt oder um das Recht der Erbfolge lange Krieg geführt; sollten sie nicht um 250 Millionen Pfund (fünf Milliarden Mark) jährlichen Handelsumsatzes fechten? Vor zehn Jahren noch erschien der Krieg zwischen den zwei großen protestantischen Mächten, die in Temperament und Genius einander so ähnlich sind, als unmöglich; als wir vor drei Jahren gegen die deutschfeindliche Politik zu schreiben begannen, ging das Publikum darüber hinweg als über eine persönliche Sonderbarkeit. Die Torheiten Wilhelms II. des Unverständigen (The Witless), die deutschen Ränke in Transvaal, der Rechtsbruch in Zentralafrika, das Benehmen des deutschen Botschafters in Konstantinopel*) und die Ausdehnung der deutschen Handelsrivalität haben inzwischen ihr Werk getan. Wir allein können diesen Krieg ohne furchtbares

*) Auf eine Kritik dieser englischen Auffassung von dem deutschen Verhalten in Transvaal, am Kongo und in Konstantinopel gehen wir nicht weiter ein. Die Zeitschrift ist von der naiven Meinung geleitet, daß überall, wo der Deutsche neben dem Engländer auftritt, er eine Unverschämtheit begeht.

Wagnis und ohne Zweifel an seinem Erfolg führen; die deutsche Flotte wird binnen kurzem auf dem Meeresboden liegen oder nach englischen Häfen geschleppt werden. Germaniam esse delendam!" (Deutschland muß vernichtet werden!) Dieser Standpunkt wurde in England mehr und mehr der herrschende, und auch die Kreise, welche auf den ungeheuren und für England nützlichen Handelsverkehr mit Deutschland hinwiesen, wurde schließlich durch den nach der englischen Auffassung „unlauteren Wettbewerb" (dumping export) der Deutschen abgestoßen, welche einerseits die Einfuhr englischer Waren durch Schutzzölle erschwerten und dafür andrerseits deutsche Waren im Ausland und in England selbst zu Schleuderpreisen absetzten, die erheblich geringer waren als die im Inland geforderten Sätze. Weil man mit friedlichen Mitteln nicht imstande war den deutschen Aufschwung aufzuhalten, weil man nicht biegsam genug war sich der Lage anzupassen und den deutschen Fleiß und die deutsche Geschicklichkeit nachzuahmen, so wurde die Losung ausgegeben mit roher Gewalt den gehaßten Wettbewerber niederzuschlagen. „Wir Engländer ziehen nicht aus sentimentalen Gründen in den Krieg, sagte ein Aufsatz der Zeitschrift The united service institution im Jahr 1909. Ich zweifle, ob wir es jemals taten. Wir bedienen uns aller denkbaren Gründe für den Krieg, Verteidigung oder Erwerbung von strategischen Stellungen, Bruch von Verträgen; aber zugrunde liegt allein der Handel, die Erzwingung derjenigen wirtschaftlichen Bedingungen, die wir für notwendig erachten, um uns Handelsvorteile über unsere Gegner zu verschaffen." Gewalt aber gegen Deutschland zu brauchen, war England allein nicht stark genug; es galt also Bundesgenossen zu werben.

Zu den wirtschaftlichen Gründen der Deutschfeindlichkeit kam nun aber noch ein politischer. Von jeher war es Englands Grundsatz das, was es „das europäische Gleichgewicht" (the balance of power) nannte, aufrecht zu halten, d. h. zu verhüten, daß auf dem Festland eine Macht besonders stark werde. Denn von ihr besorgte dann England, daß sie auch nach Macht zur See streben könnte. Zur See aber wollte England allmächtig sein; im Besitz von Gibraltar, Malta, Cypern, Port Said, Aden, Koweit, den Bahrein-Inseln, Ceylon, Singapur, Hongkong, den Falklandinseln, Jamaika beherrschte es alle großen Fahrstraßen des Meeres, und damit $^{17}/_{20}$ der Erde. Was Ulrich von Hutten der römischen Kurie zugerufen hatte, das galt nunmehr England: „Sag an du Wolf, wann bist du voll? Denkst nit, daß endlich komm ein Tag, da du mußt speien aus den Fraß?" Im

16. Jahrhundert war Spanien, im 17. und 18. war Frankreich die Macht, die England bekämpfte. Um 1850 war es Rußland. Deshalb hatte England gegen die Spanier im Bund mit den Holländern gefochten, gegen die Franzosen der Reihe nach an der Seite Hollands, Deutschlands, Spaniens, Rußlands, gegen die Russen 1854—56 als Bundesgenosse Frankreichs. Seit 1870 war Deutschland die stärkste Macht in Europa; aber es bedeutete zur See 30 Jahre lang sehr wenig, und solange England die Russen in Asien fürchten mußte und der alte Feind Frankreich ihm in Ägypten, auf Madagaskar und in Hinterindien als Wettbewerber erschien, mußte die englische Politik wohl oder übel auf ein gutes Verhältnis zu Deutschland bedacht bleiben. Seit aber Deutschland auf den Rat des Staatssekretärs der Marine (1897—1916) v. Tirpitz, der Englands Gegnerschaft am ehesten durch den Gedanken des großen Risikos eines Krieges mit Deutschland geschmeidig zu machen hoffte, eine starke Flotte baute, die allmählich alle andern Flotten außer der englischen überflügelte;*) seit Frankreich wegen seiner sinkenden Volkszahl ungefährlich schien und seit Rußland durch Japan in Ostasien zurückgedrängt war, änderte sich die Lage, und der König Eduard VII. zog daraus die Folgerungen. Er traf, wie wiederholt erwähnt (besonders S. 49 ff.), mit Frankreich am 8. April 1904 das Abkommen über Ägypten und Marokko, das die entente cordiale ermöglichte; er brachte im August 1907 mit Rußland eine ähnliche Verständigung zustande, das Nordpersien den Russen, Ostpersien den Engländern überwies und die Mitte und den Westen für neutrale Zonen erklärte; 1908 leitete er in Reval eine Teilung der Türkei zwischen England und Rußland in die Wege. Ob der König nun nur die Absicht hatte Deutschlands und Rußlands Zusammenhalt völlig aufzulösen und so die Engländer vor einem russischen Vorstoß in Asien unter deutscher Deckung zu sichern, oder ob er darauf abzielte uns „einzukreisen" und dann mit Übermacht niederzuschlagen, darüber bestehen verschiedene Meinungen; da aber 1914 das zweite wirklich ins Werk gesetzt worden ist, so hat die mildere Meinung entschieden weniger Wahrscheinlichkeit für sich. Immer

*) Das zum Teil wenigstens wirklich vorhandene Mißtrauen der Engländer, daß unsere Flotte schließlich die Seeherrschaft Englands gefährden solle, allein oder durch Zusammenschluß mit einer andern, wurde bestärkt durch das überaus unvorsichtige Verhalten des Kaisers, der 1903 nach einer Begegnung mit dem Zaren zur See beim Abschied diesem signalisierte: „Der Admiral des atlantischen Ozeans grüßt den des stillen Ozeans". Vgl. Briefe Wilhelms II. an den Zaren, Berlin 1920, S. 100. Jedes Wort der Kritik ist überflüssig.

enger wurde nicht nur das englisch-französische Verhältnis, sondern auch in der Konsequenz der Dinge die Freundschaft zwischen England und Rußland.

Auch Belgien wurde in das englisch-französische System hereingezogen, worin man eine unausweichliche geschichtliche Weiterwirkung sehen kann, da Belgien 1830 durch Frankreich und England sozusagen ins Leben gerufen worden ist und von ihnen nicht loskam. Am 10. April 1906, zwei Tage nach dem Abschluß der Verhandlungen zu Algeciras, sind seitens Englands und Frankreichs mit Belgien durch den englischen Militärbevollmächtigten Barnardiston geheime Abreden getroffen worden, nach denen auf belgisches Verlangen ein englisches Heer von 100000 Mann — weil der belgische Schelde-Hafen Antwerpen durch das holländische Gebiet von der Nordsee getrennt ist — in den französischen Häfen Boulogne, Calais und Dünkirchen landen und mit den belgischen Truppen gegen die Deutschen zusammenwirken sollte. Diese Verschwörung ward in den nächsten Jahren befestigt; als die Niederlande im Mai 1913 ihren Hafen Vlissingen, der Antwerpen von der See abriegelt, stärker zu befestigen beschlossen, um einen Durchbruch durch ihr Gebiet abzuschneiden, tobte die französische und englische Hetzpresse dagegen, wie wenn die Niederlande nicht mehr befugt wären auf ihrem Gebiet zu tun und zu lassen, was sie für gut fanden, und eine Anzahl belgischer Staatsmänner und Offiziere, wie der frühere Gesandte Nothomb und der Generalstabschef Oberst Jungbluth, kamen zu der Ansicht, daß Belgien die holländische Scheldemündung erwerben müsse, um die Verbindung mit England frei zu legen. Der belgische Gesandte in Berlin, Baron von Greindl, hat schon am 27. Oktober 1905 seiner Regierung geschrieben, daß Deutschland noch nie die englische Politik durchkreuzt habe, daß England trotzdem sich stelle, als ob es einen deutschen Angriff zu befürchten habe, und daß es dies bloß tue, um einen Krieg anfachen zu können, durch den die deutsche Kriegs- und Handelsflotte und der überseeische Handel Deutschlands vernichtet werden sollten. In einem weiteren Bericht vom 23. Dezember 1911 hat Greindl seine Regierung vor den Folgen ihrer verhängnisvollen Politik pflichtgemäß gewarnt. Er wies auf die bedenkliche Lage hin, in die das Land durch die einseitige Parteinahme für die Mächte der entente cordiale gelange. Mit rücksichtsloser Geradheit deckte der redliche Mann die englischen Hintergedanken auf, welche sich hinter dem verdächtigen Eifer für den Schutz der belgischen Neutralität verbargen. Er erklärte des „herz-

liche Einvernehmen" für eine Frucht nicht etwa gemeinsamer Enteressen, sondern nur des gemeinsamen Hasses der Engländer und Franzosen gegen das deutsche Reich, wies darauf hin, daß England nach dem Erscheinen des „Panther" in Agadir Öl ins Feuer goß, indem es Panzerschiffe nach Agadir senden wollte, und fragte: warum das belgische Ministerium sich bloß auf den Fall einer Verletzung der Neutralität durch Deutschland einrichte, und nicht auf den ebenso wahrscheinlichen Fall, daß Frankreich diese Neutralität mißachte? Damit traf er den Nagel auf den Kopf; eine redselige Verteidigung der belgischen Politik durch den Justizminister van Heuvel im Correspondant vom 10. Dezember 1914 umgeht bezeichnenderweise diesen Hauptpunkt mit verlegenem Schweigen. Am 23. April 1912 ließ sich Oberst Jungbluth von dem englischen Militärbevollmächtigten Oberstleutnant Bridge ohne nachhaltigen Widerspruch die Mitteilung gefallen, daß England 1911, bei der wegen Marokkos entstandener Kriegsgefahr, auch ohne belgischen Hilferuf in Belgien gelandet sein würde, also kaltblütig die belgische Neutralität mißachtet hätte, weil ja Belgien allein die Deutschen hätte doch nicht abhalten können. Eine hieher gehörige Erklärung des Marschalls Joffre s. gleich unten S. 156.

Gerade um die Zeit, da Belgien sich in die Netze des Dreiverbands tiefer und tiefer verstrickte, fanden Verhandlungen zwischen Berlin und London statt, welche einen Ausgleich der Spannungen zum Ziel hatten. Im Januar 1912 erschien der englische Kriegsminister Lord Haldane, der schon 1907 sich um einen Ausgleich bemüht hatte (S. 59), zu diesem Zweck in Berlin. Er hatte in Göttingen studiert und galt als Bewunderer deutscher Kultur; aber nach des früheren englischen Mariniministers Winston Churchills Aussage in der Sunday Victoria vom 30. Juli 1916 hat er während seiner achtjährigen Amtszeit das englische Heer und besonders die Landung von 4—6 Divisionen in Belgien für den Kriegsfall sorgfältig vorbereitet; die Insel selbst sollten die 14 „Territorialdivisionen" gegen eine deutsche Landung sichern. Man ging in Berlin auf Haldanes Gedanken einer Besserung des Verhältnisses ein; aber der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey wollte selbst für den Fall, daß Deutschland ein Krieg aufgezwungen würde, die verlangte Neutralität nicht zusichern, obwohl v. Tirpitz dann das englischerseits geforderte Verhältnis der deutschen zur englischen Flotte von 10:16 anzunehmen bereit war. Grey versprach nur, daß England die Deutschen ohne

Herausforderung nicht angreifen werde — was unter zivilisierten Nationen nach Bethmanns Ansicht sich von selbst verstand. Unter diesen Umständen brach Bethmann die nutzlosen Verhandlungen ab. Ganz anders entwickelte sich das Verhältnis Englands zu Frankreich. Im September 1912 wurde ein Marineabkommen getroffen, gemäß welchem Frankreich seine gesamte Flotte ins Mittelmeer verlegte, also die Geschwader von Cherbourg und Brest mit denen von Toulon und Biserta vereinigte, um die englisch-französischen Interessen im Mittelmeer gegen den Dreibund zu schützen; dafür übernahm England den Schutz der französischen atlantischen Küste. Ferner hat das erste englische Blaubuch von 1914 einen Brief veröffentlicht, den Grey am 22. November 1912 an den französischen Botschafter Paul Cambon, den Bruder des Berliner Botschafters, gerichtet hat. Dieser Brief besagt, daß von Zeit zu Zeit in den letzten Jahren die maßgebenden Stellen von Heer und Flotte miteinander beraten hätten; daß zwar stets Einverständnis darüber bestanden habe, daß solche Beratungen die Freiheit beider Regierungen nicht einschränken sollten in Zukunft nach Belieben über eine Waffenhilfe zu entscheiden; daß aber, wenn eine der beiden Regierungen ernsten Grund haben sollte einen nicht herausgeforderten Angriff einer dritten Macht zu erwarten, sie alsbald mit dem andern Teil in Besprechungen darüber eintreten solle, ob dieser Angriff gemeinsam abzuwehren sei und im bejahenden Fall, welche Maßregeln sie bereit seien gemeinschaftlich zu ergreifen. Wenn dabei ein kriegerisches Vorgehen inbegriffen werden sollte, so sollen die Pläne der Generalstäbe sofort in Betrachtung gezogen werden, und die Regierungen werden entscheiden, welche Folgen diesen Plänen zu geben seien. Dieses auf Schrauben gestellte Schriftstück, dem Cambons Antwort genau angepaßt war, sollte offenbar es Grey ermöglichen auf eine Anfrage im Unterhaus zu sagen, daß England gegenüber Frankreich zu nichts verpflichtet sei; in Wahrheit aber kam der Schriftwechsel darauf hinaus, daß beide Teile entschlossen waren einander gegebenenfalls mit ihren Streitkräften beizustehen. Solche Vorberatungen der Generalstäbe sind ja gar nicht möglich, ohne daß ein Teil dem andern einen genauen Einblick in seine militärischen Verhältnisse verstattet, setzen also den Entschluß gemeinsamen Vorgehens voraus. Der Marschall Joffre hat sogar am 4. Juli 1919 vor dem parlamentarischen Ausschuß erklärt, daß ein Militärvertrag bestanden habe, der England zur Unterstützung Frankreichs mit sechs Divisionen verpflichtete

und auch auf die Mitwirkung der Belgier sei zu rechnen gewesen. Man habe aber von dem Vertrag nicht sprechen dürfen, da er geheimen Charakter hatte. (Schwäbischer Merkur Nr. 304, 6. Juli 1919.) Weil in England bei einem Teil der Liberalen eine starke Abneigung gegen jede Bindung der auswärtigen Politik des vereinigten Königreichs bestand, gab sich Grey fortgesetzt den Anschein, als ob sein Land sich die volle Freiheit der Entscheidung gewahrt habe. Inzwischen erfolgte am 21. Mai 1914 der Besuch des englischen Königspaares Georg und Marie in Paris, wobei die amtlichen Trinksprüche sorgsam so gefaßt wurden, daß Poincaré und Georg V. nur die üblichen Phrasen von dem Zusammenwirken beider Völker zu den Zwecken der Zivilisation und des Friedens gebrauchten: sie verstanden darunter ohne Zweifel den Kampf gegen das, was man etwa drei Monate später den „deutschen Militarismus" nannte. In aller Stille unterbreitete damals der russische Botschafter Iswolskij Grey den Vorschlag ein förmliches englisch-russisches Bündnis abzuschließen. Grey schien das noch etwas verfrüht; dagegen zeigte er sich geneigt dem Ziel allmählich zuzusteuern und nahm zu diesem Zweck den von dem französischen Minister des Auswärtigen Doumergue vorgetragenen Plan wohlwollend auf, einstweilen das schon bestehende englisch-französische Abkommen über ein Zusammenwirken der Flotten durch ein solches zwischen England und Rußland zu ergänzen. Am 26. Mai 1914 wurden in der Tat in St. Petersburg beim Chef des Flottenstabes die Grundzüge eines solchen Abkommens festgestellt; gegebenenfalls sollten englische Handelsschiffe nach Rußland gesandt werden, um (bei dem Mangel an russischen Transportschiffen) ein russisches Heer nach Pommern überzusetzen. Von diesen Abreden sickerte soviel durch, daß im Juni 1914 der Liberale King im Unterhaus anfragte, ob wirklich ein Flottenvertrag mit Rußland bestehe. Grey hatte die Stirn der Frage selbst einfach auszuweichen und dafür etwas zu bestreiten, wonach er diesmal gar nicht gefragt war, nämlich, daß England zur Teilnahme an einem europäischen Krieg verpflichtet sei. Formell konnte er das in Abrede ziehen; tatsächlich waren alle Vorbedingungen für die Teilnahme an einem „nicht herausgeforderten" Krieg geschaffen, und da es jederzeit möglich ist den Anschein anzunehmen, als ob man der Herausgeforderte sei, wenn man auch zehnmal den andern Teil herausgefordert hat — wie sich das sechs Wochen nachher gezeigt hat —, so lief Greys Antwort auf eine schamlose Täuschung des Unterhauses hinaus. Wenn je einmal ein Parlament be-

logen wurde, so ist es damals geschehen, und wenn je unter dem Anschein parlamentarischer Verfassung ein Land selbstherrlich geleitet wurde, so war das damals der Fall.

Während so das Netz, das uns über den Kopf geworfen werden sollte, immer enger zugezogen wurde, fanden daneben Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen Deutschland und England statt, welche eine Abgrenzung der beiderseitigen Einflußbereiche in Kleinasien und Syrien zum Zweck hatten; es schien also, als ob man nicht auf den Krieg, sondern auf eine Beseitigung der vorhandenen Reibungsflächen und damit der Kriegsgefahr abziele. Im Frühjahr 1914 wurde bekanntgegeben, daß Frankreich und Deutschland sich über die Erstellung von Eisenbahnen in der asiatischen Türkei geeinigt hätten, und am 15. Juni unterzeichneten Grey und der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky eine Abkunft, nach welcher die Bagdadbahngesellschaft ihre Bahn nur bis Basra (nicht bis an den persischen Meerbusen) fortführen und bezüglich des Transports allen Völkern gleiche Behandlung einräumen sollte. England sollte den Schatt-el-Arab schiffbar machen und auf diesem Wasserweg auch allen gleiches Recht gewähren. Die mesopotamische Flußschiffahrt sollte von einer unter englischer Aufsicht stehenden Gesellschaft betrieben werden, an deren Kapital die Türkei mit 20%, Deutschland mit ebensoviel beteiligt sein sollte; beide Staaten sollten im Verwaltungsrat der Gesellschaft eine entsprechende Vertretung erhalten. Auch über Zentralafrika ist verhandelt worden, und es hieß, daß Deutschland dabei die wirtschaftliche Entwicklung von Angola — natürlich unter der Annahme der Zustimmung Portugals als des Landesherrn — überlassen worden sei. Diese Abkünfte wurden aber von Frankreich und England nur mit Vorbehalten getroffen; Frankreich gedachte sich durch sie keinesfalls von der Hauptabrechnung mit Deutschland abhalten zu lassen, sobald sich dazu eine Gelegenheit bot, und England behielt sich vor an einem Krieg Frankreichs und Rußlands gegen das deutsche Reich sich zu beteiligen. Allerdings rangen im Schoß der britischen Regierung zwei Richtungen miteinander, eine friedliche und eine dem Krieg gegebenenfalls nicht abgeneigte, wie sich das im August 1914 offen gezeigt hat. Die Führer der zweiten Richtung waren Grey und der Marineminister Winston Churchill, der seinen lodernden Ehrgeiz durch Vernichtung der deutschen Flotte zu befriedigen gedachte. Der Ministerpräsident Asquith, ein Mann der liberalen Schablone, ohne eigene Gedanken,

ließ sich von seinen verwegenen Genossen ins Schlepptau nehmen.

Man kann endlich fragen, wer schließlich als der eigentliche Anstifter des Krieges anzusehen ist, ob England, welches nach seiner überlieferten Art und Weise planvoll ein Bündnis gegen den nunmehrigen Feind Deutschland zustande brachte, wobei ihm Franzosen und Russen die Kastanien aus dem Feuer holen sollten; ob Frankreich, das seinen Rachedurst kühlen wollte, nicht ruhte, bis es den Weltbrand entzündet hatte; ob endlich Rußland den serbischen Anlaß ergriff, um seine Nachbarn niederzuwerfen und seine weitgesteckten Ziele zu erreichen. Die Antwort wird wohl lauten müssen, daß jede der drei Mächte ihr gleiches vollgerütteltes Maß von Schuld hat, daß alle zum Krieg entschlossen waren, daß aber aus einer zufälligen Verkettung der Dinge heraus schließlich Rußland den Feuerbrand an Europa legte und seine Verbündeten mit sich fortriß — sie hatten sich alle drei so tief miteinander eingelassen, daß, selbst wenn ein Teil im letzten Augenblick hätte sich abseits halten wollen, er nicht mehr dazu imstande gewesen wäre.

Den verhängnisvollen Anstoß zu dem Krieg gab die I 322 erzählte Bluttat vom 28. Juni in Sarajewo, der der Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin Sophie zum Opfer fielen. Kaiser Franz Joseph sandte an seinen Verbündeten Kaiser Wilhelm II. am 4. Juli ein Handschreiben, dem eine schon vor der Bluttat verfaßte Denkschrift des Ministers Grafen Berchtold über die Lage auf dem Balkan beigefügt war. Sie enthielt den Plan der Errichtung eines zu Österreich und Deutschland haltenden Balkanbundes, der sich auf Bulgarien, Rumänien, Griechenland und die Türkei erstrecken und Serbien als politischen Machtfaktor am Balkan ausschalten sollte. Am 5. Juli wurden beide Schriftstücke in Berlin überreicht, und der Kaiser beriet sich mit dem Reichskanzler und dem Unterstaatssekretär Zimmermann, der den auf der Hochzeitsreise befindlichen Staatssekretär v. Jagow vertrat. Das Ergebnis war, daß die deutschen Gesandten in Bukarest und Sophia im Sinn der österreichischen Wünsche angewiesen und, ohne daß sich Deutschland auf Einzelheiten festlegte, der Kaiser Franz Joseph versichert wurde, daß Se. Maj. im Einklang mit seinen Bundespflichten und seiner alten Freundschaft treu an der Seite Österreichs stehen werde.*) Darin lag doch

*) An die Beratung vom 5. Juli hat sich die Sage von dem „Potsdamer Kronrat" geschlossen, auf dem in Anwesenheit des Erzherzogs Friedrich und des Generalstabchefs Conrad von Hötzendorf kriegerische Maßnahmen beschlossen

eine sehr weitgehende Blankovollmacht für den Grafen Berchtold, die diesem skrupellosen Mann gegenüber nur als ein gedankenloser und folgenschwerer Mißgriff bezeichnet werden kann. Gerade ihn hätte man fest an der Leine führen müssen, statt daß man die Leitung der Dinge von Berlin völlig an Wien übergehen ließ. Welcher Abfall von Bismarcks Staatsführung! Gleich nach dem Eintreffen des Berliner Telegramms wurde am 7. Juli in Wien eine Sitzung gehalten, an der der Graf Berchtold, die Ministerpräsidenten von Österreich und Ungarn, Graf Stürgkh und Graf Tisza, die beiden andern Reichsminister Bilinski der Finanzen und Krobatin des Kriegs, der Chef des Generalstabs Freiherr Konrad v. Hötzendorf und der Vertreter des Marinekommandanten Kontreadmiral v. Kailer teilnahmen. Tisza verlangte, daß man, um nicht in den Augen Europas einen sehr schweren Stand zu haben und den ganzen Balkan außer dem geschwächten Bulgarien herauszufordern, zunächst diplomatisch vorgehe und bestimmte, aber nicht unerfüllbare Forderungen an Serbien stelle; erst wenn diese abgelehnt würden, solle man militärische Maßregeln ergreifen. Die andern waren der Ansicht, daß ein rein diplomatischer Erfolg nicht genüge, daß vielmehr ein militärisches Eingreifen notwendig sei und deshalb solche Forderungen gestellt werden müßten, daß ihre Ablehnung vorauszusehen sei. Der Generalstabschef gab Mitteilungen über die voraussichtliche Entwicklung der militärischen Lage im Hinblick auf die zu erwartende Einmischung Rußlands; hierüber wurde aber nichts ins Protokoll aufgenommen; doch weiß man, daß der Freiherr eine mit der Zeit sich verschlimmernde Lage in Aussicht stellte. Tisza mahnte nochmals zur sorgfältigen Prüfung vor der Abstimmung; Berchtold meinte aber feststellen zu können, daß auch Tiszas Vorschläge aller Wahrscheinlichkeit nach zum Krieg mit Serbien führen würden. Er sah in einer kriegerischen Lösung die einzige, die für die Doppelmonarchie Aussicht

---

worden sein sollen — dabei ist noch am 9. Juli die Verproviantierungsfrist für Straßburg und Neubreisach im Mobilmachungsfall um eine Woche verlängert worden. Der Kronrat und alles andere ist völlig aus der Luft gegriffen; der Erzherzog und Hötzendorf waren damals wie der Staatssekretär Helfferich ausdrücklich bezeugt, gar nicht in Berlin (der Weltkrieg, Berlin 1919, I 179). Helfferich will (I 181) nicht gelten lassen, daß eine Blankovollmacht ausgestellt worden sei; Deutschland habe sich für die Einzelheiten freie Hand vorbehalten. Ich gestehe, daß mich das nicht überzeugt. (Vgl. v. Jagows Worte S. 162.)

auf eine erträgliche Zukunft biete, da bei der seit 1913 in Rumänien bestehenden Abneigung gegen Österreich dieser Staat eine kraftvolle Politik brauche. So reiste er am andern Tag nach Ischl, um dem Kaiser über die Sitzung Vortrag zu halten und auch Tiszas Vorschläge, die in einer Denkschrift zusammengefaßt waren, dem Monarchen zu unterbreiten. Die österreichische Regierung stellte nun sofort eine Untersuchung über die Zusammenhänge des furchtbaren Ereignisses vom 28. Juni an und sandte zu deren Aufklärung den Herrn v. Wiesner nach Serbien. Dieser berichtete, daß die Mitwissenschaft der serbischen Regierung selbst um das Komplott nicht nachweislich, ja sogar nicht einmal wahrscheinlich sei. Dagegen ergab sich, daß die Fäden doch von Bosnien nach Serbien hinüberführten; daß in den Kreisen des nationalistischen Volksvereins „Narodna Odbrana" der Erzherzog als Todfeind Serbiens angesehen und sein Tod als notwendig erachtet worden war, wenn Serbien nicht von Österreich überfallen werden solle*); daß serbische Offiziere und Beamte die Mörder förmlich im Bombenwerfen eingeübt hatten; daß die Bomben irgend einmal aus der serbischen Waffenfabrik in Kragujewatsch entnommen worden waren, und daß der serbische Kronprinz Alexander den Mördern, während sie sich in Belgrad aufhielten, einen Gruß gesandt hatte.*)

In Berlin riet man dem Verbündeten den notwendigen Schritt gegen Serbien mit Klugheit und Maßhalten, aber sofort zu unternehmen, da unter dem frischen Eindruck der furchtbaren Tat der Ab-

---

*) Dieser Verdacht war völlig falsch. Franz Ferdinand war im Gegenteil den Slawen wohlgeneigt und deshalb bei den Magyaren nicht gern gesehen. Daran knüpft die Ansicht an, daß die Großserben vielmehr ihn gerade deshalb beseitigen wollten, damit er nicht den Frieden Oesterreich-Ungarns mit den Südslawen zustande bringe und so der großserbischen Wühlerei den Nährboden entziehe.

**) Am 27. April 1916 kam in Banjaluka der Prozeß gegen 156 bosnische Angeklagte zur Aburteilung, wobei die eiserne Disziplin und der Schrecken, mit dem die Narodna Odbrana arbeitete, gerichtlich festgestellt wurden. Der Vorstand konnte ungetreue Mitglieder zum Tod verdammen und töten lassen, ohne daß die serbische Justiz eingriff. Der Spionendienst der Narodna Odbrana stand unter dem Einfluß des serbischen Hauptmanns Tederewitsch, der im Oktober 1914 fiel. Die Schuljugend wurde nationalistisch bearbeitet und das Vertrauen auf Rußlands Hilfe eifrig gepflegt. Das Gericht sprach 18 Angeklagte des Todes, 88 des Gefängnisses (von 1—20 Jahren) schuldig; 55 wurden freigesprochen. Schon am 28. Oktober 1914 waren die Mörder Gabrinowitsch und Printschip, weil sie als nicht 20jährig nicht zum Tode verurteilt werden konnten, mit 20 Jahren Kerker bestraft worden. 5 Angeklagte wurden gehenkt.

scheu darüber auch Rußland davon abhalten werde sich der Serben anzunehmen. Graf Berchtold wartete aber gleichwohl noch zu, weil damals Poincaré einen Besuch in St. Petersburg machte, der überall als unheimliches Anzeichen aufgefaßt wurde, und man von dem notorischen Träger der Racheidee eine kriegerische Einwirkung auf den Zaren befürchtete. Erst als der Präsident wieder abgereist und überdies die ungarische Ernte unter Dach war, legte der Graf los. Wie er in dem entscheidenden Ministerrat vom 19. Juli offen erklärte, hoffte Berchtold die andern Balkanstaaten durch Verheißung von möglichst viel serbischem Gebiet zur Teilnahme an dem Krieg zu bewegen und so Serbien zu verkleinern und unschädlich zu machen*), ohne daß Österreich-Ungarn direkt serbischen Boden sich aneignete und so Rußland herausforderte und Italien Anlaß gab auf Grund des Artikels 7 des Dreibundvertrags Entschädigungen zu verlangen. Die Bedingungen, die Serbien gestellt werden sollten, mußten demnach so gehalten sein, daß sie unannehmbar erschienen und der Krieg unvermeidlich wurde. Am 23. Juli abends vor 6 Uhr überreichte der österreichisch-ungarische Gesandte, Freiherr v. Giesl, ein Ultimatum — ein Ausdruck, den Graf Berchtold aber nicht gelten ließ, weil der Ablehnung nur der Abbruch der diplomatischen Beziehungen folgen sollte, nicht aber der Krieg; sophistisch sprach er von einem „befristeten Schritt“. In diesem Ultimatum war die serbische Regierung, an deren Spitze Paſitsch stand, aufgefordert sich in unzweideutigster Weise in der amtlichen Presse von der großserbischen Wühlerei loszusagen, die äußerste Strenge gegen sie anzuwenden, die Narodna Odbrana aufzulösen, die der Aufhetzung gegen Österreich schuldigen Offiziere und Beamten zu entlassen und endlich zu gestatten, daß 1. bei der Unterdrückung der Bewegung k. k. Beamte mitwirkten und 2. zu den in Serbien anzustellenden Untersuchungen gegen die Mordgesellen des 28. Juni k. k. Beamte zugezogen würden. Der genaue Wortlaut des „befristeten Schritts“ wurde dem deutschen Botschafter in Wien, Herrn v. Tschirschky, der schon am 18. über die Hauptpunkte Klarheit erhalten hatte, am 21. mitgeteilt und von ihm unverzüglich nach Berlin weitergegeben; zu einer Einwirkung Deutschlands aber war es damals schon zu spät.**) Der italienischen Regierung wollte Berchtold als einer verbündeten ur-

*) Goos, Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkriegs, Wien 1919, S. 89.

**) Goos S. 112.

sprünglich das Ultimatum am 23. mitteilen, während es den andern Mächten erst am 24. eröffnet werden sollte; da er aber von dem Marchese San Giuliano Schwierigkeiten befürchtete, namentlich auf Grund des Artikels 7 des Dreibundvertrags Entschädigungsansprüche Italiens auf dem Balkan (S. 162), so ließ er die Rücksicht auf den Verbündeten fallen, und auch in Rom wurde der Text erst am 24. überreicht und dies dort als unfreundliche Überrumpelung empfunden. Mitbestimmend für dieses wenig freundliche Verhalten war allerdings Berchtolds Besorgnis, daß ebenso, wie Pianetti 1902 und Luzzati 1910 durch Vertrauensbruch den Franzosen geheime Schriftstücke des Dreibunds zugänglich gemacht hätten (S. 50), nun Giuliano die Angelegenheit an Rußland weitergeben könnte. In Berlin war man über die schlechte Behandlung des dritten im Bunde mit Recht sehr ungehalten und betrachtete sie als eine Unklugheit.

Das Ultimatum war ohne Zweifel sehr scharf, und sowohl v. Bethmann Hollweg als der Staatssekretär v. Jagow haben das dem k. k. Botschafter Grafen Szögyeny auch alsbald offen gesagt; v. Jagow fügte den Ausdruck des Befremdens hinzu, daß die Entschlüsse der Wiener Regierung in Berlin so spät mitgeteilt würden, daß man darauf keinen Einfluß mehr nehmen könne. Allerdings ergab sich eben daraus auch allein noch die Möglichkeit, daß Deutschland als an dem Ultimatum in keiner Weise beteiligt noch eine Vermittlung eintreten lassen könnte. Das Ultimatum enthielt Forderungen, welche unfraglich die Unabhängigkeit des serbischen Staats antasteten. Zur Rechtfertigung dieses schroffen Vorgehens hat der k. k. Botschafter in London, Graf Mensdorff, am 20. Juli darauf hingewiesen, daß die Methoden Serbiens in Wien nur zu gut bekannt seien. Nur wenn man ihm jede Ausflucht abschneide, sei das gewünschte Ziel zu erreichen, der unzweideutige und endgültige Verzicht Serbiens auf die Unterstützung der gegen den Bestand der habsburgischen Monarchie gerichteten großserbischen Wühlerei. Lehnte Serbien das Ultimatum ab, so durfte Österreich-Ungarn das nicht ruhig hinnehmen, sondern mußte zur Tat schreiten, und wir wissen, daß Graf Berchtold sogar ein Nachgeben Serbiens gar nicht wünschte, sondern es zum Kampf treiben wollte; eine Züchtigung und Lähmung Serbiens war seiner Ansicht nach für die Monarchie eine gebieterische Notwendigkeit. Österreichs Schicksalsstunde, so sah man die Lage auch in Berlin an, war da: nach der Erklärung Conrad v. Hötzendorfs war bei Fortdauer der großserbischen Wühlerei in

einigen Jahren auf die Zuverlässigkeit des Heeres nicht mehr zu rechnen; es galt also: jetzt oder nie! Man verhehlte sich (nach dem Bericht des bayrischen Diplomaten Schön vom 18. Juli 1914) in Berlin nicht, daß ein Krieg gegen Serbien den mit Rußland hervorrufen könnte; aber man hielt (in Erinnerung an den Verlauf der Dinge im Jahr 1909) diese Gefahr für nicht sehr groß, „da Bluffen eines der beliebtesten Mittel der russischen Politik sei". Gerade dadurch, daß Deutschland den Rücken Österreichs deckte, hoffte man, so bezeugt auch der frühere Staatssekretär Karl Helfferich, den serbischen Streitfall wie vor fünf Jahren auf sich selber zu beschränken (Der Weltkrieg I 178). Ließ Rußland aber sein Schwert in der Scheide, so konnte Serbien eine empfindliche Lektion erteilt werden, welche Österreich auf lange Zeit nach dieser Seite sicherte und ihm das einer Großmacht unbedingt notwendige Ansehen in der Welt zurückgab.

In Belgrad war man sich über den Ernst der Lage vollkommen klar; es galt biegen oder brechen. Da Serbien allein an Widerstand gegen den mächtigen Nachbar nicht denken konnte, so lag die Entscheidung in St. Petersburg. König Peter war zur Zeit im Bad; an seiner Statt richtete sein Sohn Kronprinz Alexander als Regent am 24. Juli ein Telegramm an den Zaren, nach welchem er sich zwar bereit erklärte allen Ratschlägen Rußlands zu folgen, aber angesichts des drohenden österreichischen Angriffs um möglichst baldige Hilfe bat: „wir hoffen fest, daß auch diesmal unser Ruf durch das edle slawische Herz Ew. Majestät gehört werden wird." Sofort entschied sich der Zar, wie sich aus Nr. 6 des englischen Blaubuchs ergibt, noch am 24. Juli für die Mobilisierung des russischen Heeres, und der serbische Gesandte Spalaikowitsch erhielt von Sasonow die Zusage, daß Rußland keinesfalls einen Angriff auf Serbien zulassen werde. Ja der serbische Gesandte in Berlin Boghitschewitsch (S. 77) bezeugt, daß er schon am 23. eine Depesche Spalaikowitschs erhielt, wonach Rußland zwei Millionen Soldaten mobilisieren werde. Boghitschewitsch eilte alsbald zu Jules Cambon und sagte ihm, daß diese Depesche die Kriegslust in Belgrad vermehren müsse. Kühl antwortete der Franzose: „Wenn Deutschland es auf den Krieg ankommen läßt, so wird es England gegen sich haben. Die englische Flotte wird Hamburg wegnehmen, und wir werden die Deutschen schlagen." Der Serbe ging mit dem Eindruck weg, daß der Krieg von Poincaré und dem Zaren beschlossen sei.

Am 25. Juli wurde in St. Petersburg ein Ministerrat gehalten, in welchem der Ackerbauminister Kriwoschein, der die große Bodenreform der Verwandlung des ganzen Gemeindebesitzes in Einzelbesitz (S. 40) vorbereitete und dazu unbedingt den Frieden brauchte, sich entschieden dafür aussprach, daß man Serbien zum Nachgeben rate. Der Zar selbst war ohne Zweifel unkriegerisch, und er hatte allen Grund von den Mordbuben deutlich abzurücken, da sein Leben mehr als das irgend eines Monarchen von ähnlichen Gefahren umdroht war; moralische und dynastische Gründe stärkster Art sprachen für ein Abwinken nach Belgrad. Auch sollen die hohen Frauen deutscher Abkunft, die hessischen Prinzessinnen Kaiserin Alexandra (Alice) und ihre Schwester, die Großfürstin Elisabeth, die Witwe des 1905 ermordeten Großfürsten Sergius, ihren Einfluß für den Frieden in die Wagschale geworfen haben. Aber auf der andern Seite standen des Kaisers Oheim, Großfürst Nikolaus (geb. 1856), der Sohn des Oberbefehlshabers im letzten Türkenkrieg, der Kriegsminister Suchomlinow und der Justizminister Schteschtscheglowitow. Der Großfürst, der eine nicht ebenbürtige Ehe nicht hatte eingehen dürfen und lange nur für den Kriegsdienst lebte, bis er eine Tochter des Königs von Montenegro heimführte, lechzte nach dem Siegeslorbeer in einem großen, seiner Meinung nach zweifellos erfolgreichen Krieg; auch die beiden Minister glaubten durch einen solchen Krieg ihre Stellung, worauf ihnen in ihrer Selbstsucht alles ankam, außerordentlich befestigen zu können. Auf den widerstrebenden Zaren übten die drei einen so starken Druck aus, daß er, in Sorge, wie manche glauben, selbst um Leben und Thron, nicht länger zu widerstehen wagte: sein Oheim soll ihn gefragt haben, ob er die Verantwortung dafür tragen wolle, daß Rußland entehrt und die Gelegenheit eines großen Siegs versäumt werde. So wich er zurück, und der Ministerrat beschloß „die Mobilmachung von 13 Armeekorps ins Auge zu fassen, für den Fall, daß Österreich Serbien mit den Waffen Gewalt antue"; es wurde aber dem Minister des Auswärtigen Sasonow „anheimgestellt, das Datum des Beginns der Mobilisation festzusetzen und die Unterhandlungen selbst im Fall der Besetzung Belgrads fortzuführen". So berichtet das französische Gelbbuch in Nr. 50; dagegen hat Sasonow nach dem englischen Blaubuch Nr. 6 schon am 24. dem englischen Botschafter mitgeteilt, daß die russische Mobilmachung unter allen Umständen durchgeführt werden müsse; folglich kann sie am 25. nicht erst bloß „ins Auge gefaßt"

worden sein. Die „Kriegsvorbereitung“ (s. S. 148) wurde im Ministerrat sofort beschlossen. Ferner ließ Sasonow noch am 25. allen russischen Gesandtschaften die Erklärung zugehen, daß Rußland der Entwicklung des serbisch-österreichischen Streites aufmerksam folge und dieser Streit Rußland nicht gleichgültig lassen könne; auch ersuchte er am gleichen Tag Österreich um eine Verlängerung der Frist für Serbien, und er und Grey forderten auch Deutschland am 25. auf, daß es in Wien zu dieser Verlängerung rate. Nicht minder ging aber am 25. ein Telegramm nach London, welches von Grey für den Fall einer Erschwerung der Lage verlangte, daß zum Zweck der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, das durch einen Sieg Österreichs bedroht wäre, England sich schlechtweg an die Seite Rußlands und Frankreichs stelle (russisches Orangebuch Nr. 17). Es wird auch nachdrücklich und durchaus glaubhaft behauptet, daß auf den Hilferuf des Kronprinzen Alexander im Laufe des frühen Nachmittags des 25. eine Depesche aus St. Petersburg eingelaufen sei, welche Hilfe zusicherte und die Mobilmachung anriet. Nach dem Orangebuch Nr. 40 hätte der Zar erst am 27. Juli geantwortet und als erste Aufgabe die friedliche Lösung des Streits bezeichnet, für den Fall aber dies nicht möglich sein sollte, versichert, daß Rußland keinesfalls gegenüber dem Los Serbiens uninteressiert bleiben werde. Es liegt auf der Hand, daß der Zar, der wußte, daß Serbien am 25. Juli abends 6 Uhr Österreich mit Ja oder Nein antworten mußte, nicht erst am 27. geantwortet haben kann; er hat sicher nach Schluß des Ministerrats, wenn nicht schon vorher, Serbien versichert, daß es im äußersten Fall auf Rußland zählen könne. Das Orangebuch enthält also hier eine offenbare Lücke — nähere Prüfung ergibt, daß es an noch zwei Stellen ebenso steht, und das Blaubuch wird von demselben Urteil getroffen; das Gelbbuch vollends erlaubt sich nicht weniger als sieben nachweisliche Fälschungen. Zuverlässige Berichte besagen, daß noch um den Mittag des 25. Juli in Belgrad eine sehr gedrückte Stimmung herrschte, weil man trotz der seit Jahren Serbien aufhetzenden und Österreichs Bestand bedrohenden Wirksamkeit des russischen Gesandten, Herrn von Hartwig, der am 11. Juli am Herzschlag gestorben war, der Hilfe des Zaren nicht unbedingt sicher war. Aber um zwei Uhr traf die Depesche aus St. Petersburg ein, und sofort lief das Gerücht durch alle Straßen der Stadt: Rußland steht auf unserer Seite! Das Ministerium erstattete alsbald dem Kronprinzen Bericht. Dieser fuhr um drei Uhr im

Automobil stehend durch die Stadt, überall mit Jubelrufen begrüßt, und ordnete sogleich die Mobilisierung des serbischen Heeres an. Abends 2 Minuten vor 6 Uhr ward dann Herrn v. Giesl die amtliche Antwort der Regierung auf das Ultimatum überreicht. Dieses Schriftstück war mit unleugbarem Geschick verfaßt, so daß es zunächst allgemein als befriedigend angesehen wurde. Selbst Kaiser Wilhelm II., der damals auf seiner alljährlichen Nordlandsseereise war und das Schriftstück erst am 28. Juli las, faßte sein Urteil dahin zusammen: „eine brillante Leistung für eine Frist von 48 Stunden. Ein großer moralischer Sieg für Wien. Damit fällt jeder Kriegsgrund fort; die Kapitulation liegt darin urbi et orbi verkündet." Serbien nahm den Anschein der gekränkten Unschuld an und lehnte von den Forderungen Österreichs nur die unbedingt ab, welche auf Teilnahme österreichisch-ungarischer Beamter an den Erhebungen gerichtet war: das wäre eine Verletzung der Verfassung und des Strafverfahrens. Die Annahme der übrigen Forderungen wurde aber an allerlei Vorbehalte geknüpft, welche alle Zugeständnisse fraglich machten. So ward z. B. erklärt, daß das Ministerium der nächsten Skupschtina eine Novelle zum Preßgesetz und einen Zusatz zur Verfassung vorschlagen wolle, vermöge deren die Aufreizung zum Haß und zur Verachtung gegen Österreich-Ungarn strafbar und die Einziehung solcher Preßerzeugnisse statthaft sein sollte; wenn aber die Skupschtina diese Vorlagen, wie wahrscheinlich, verwarf, so hatte die Regierung zwar ihr Wort eingelöst, es blieb aber dann alles beim Alten. Die Mitwirkung kaiserlicher Beamter bei der Unterdrückung der Österreich-Ungarn feindlichen Bewegung sollte insoweit zugelassen werden, als den Grundsätzen des Völkerrechts, dem Strafprozeß und den guten nachbarlichen Beziehungen entspreche — drei Vorbehalte auf einmal. Auch Wilhelm II. maß dem Schriftstück doch nur dann wirklichen Wert bei, wenn es in die Tat umgesetzt werde; die Serben seien Orientalen, daher verlogen, falsch und Meister im Verschleppen. Österreich müsse Belgrad als Faustpfand für die Durchführung der Versprechungen besetzen; damit werde auch seinem Heer, das dem Anruf seines Kriegsherrn zu folgen bereit sei, eine Genugtuung verschafft. Als Herr v. Giesl die Antwort gelesen hatte, erklärte er sie, weil sie nicht auf Ja oder Nein, sondern auf Zwar — aber gestellt war, für ungenügend und die diplomatischen Beziehungen für abgebrochen. Schon um halb 7 Uhr verließ er, auf diesen Schritt offenbar völlig vorbereitet, mit seinem gesamten Personal Belgrad.

Der Eindruck dieser Dinge war in ganz Europa ungeheuer. Noch am Nachmittag des 25. Juli herrschte in Berlin und Wien die Meinung vor, daß Serbien nachgeben werde und der Friede erhalten bleibe; jetzt konnte sich niemand darüber täuschen, daß Rußland um seiner Balkaninteressen und seines Ansehens bei den Balkanvölkern willen hinter Serbien stand und der serbisch-österreichische Gegensatz zum russisch-österreichischen wurde. Damit war aber, da Deutschland mit Österreich und Rußland mit Frankreich verbündet war, die Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges in nächste Nähe gerückt. Die Einleitung zum österreichischen Rotbuch spricht es mit dürren Worten aus: „im Lauf der letzten Jahrhunderte hat sich das russische Reich mit der elementaren Gewalt eines Gletschers über riesige Gebiete erstreckt und hat immer neue Völkerschaften unter die moskowitische Herrschaft gezwungen, ihre Kultur, Religion und Sprache unterdrückt. Diesem rastlosen Drange zur Weltbeherrschung schwebte als höchstes und unverrückbares Ziel der Besitz der Meerengen vor . . . Da die Verwirklichung dieser Pläne hohe Interessen Österreich-Ungarns und Deutschlands verletzen und daher auf den unausweichlichen Widerstand dieser Mächte stoßen mußte, waren die Bestrebungen der russischen Politik darauf gerichtet ihre Widerstandsfähigkeit zu schwächen. . . . Es galt zunächst die habsburgische Monarchie durch die Schaffung des Balkanbundes einzukreisen und ihre Herrschaft durch die panslawistische und die serbische Wühlarbeit in ihren Grenzgebieten zu untergraben." Als Österreich sich endlich erhob, um diesen Bestrebungen ein Ende zu machen, als es zu dem Entschluß kam: „lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende," da mußte Rußland entweder abermals, wie 1909, Serbien im Stich lassen, das sein Mauerbrecher gegen Österreich-Ungarn war, oder die große Abrechnung mit Österreich und dessen Verbündeten, auf welche alles seit langem hindrängte (Rotbuch S. 95), endlich vornehmen. „Russische Interessen waren, wie Sasonow am 29. Juli erklärt hat, serbische geworden."

Natürlich hat die Diplomatie in dieser Lage nicht unterlassen können ernsthaft, oder doch wenigstens dem Anschein nach, für die Rettung von Frieden und Kultur zu wirken. Nachdem Österreich am 25. Juli das russisch-englische, nach dem Gelbbuch Nr. 41 auch von Deutschland befürwortete, Begehren einer Verlängerung der Frist für Serbien bestimmt abgelehnt hatte und der Bruch vollzogen war, schlug Deutschland — noch am 25. Juli — in London und Paris vor, daß

beide Mächte in St. Petersburg in versöhnlichem Geist wirken sollten. Grey bezeichnete das auffallenderweise als „vollkommen unmöglich“, und in Paris war man der Ansicht, daß der Vorschlag nur darauf abziele Frankreich und Rußland untereinander zu entzweien; man wollte (Gelbbuch Nr. 28) davon nichts hören. Grey brachte einen andern am 25. Juli von dem französischen Botschafter Paul Cambon ihm eingegebenen Vorschlag ans Licht: die vier nicht unmittelbar beteiligten Großmächte, Deutschland, England, Frankreich, Italien, sollten eine Konferenz beschicken, welche über eine friedliche Lösung des Streits beraten sollte. Auch diesen Vorschlag lehnte Österreich alsbald ab, weil er handgreiflich darauf hinauslief, die Streitfrage mit Serbien, welche Österreich als einen Fall zwischen zweien ansah, dieses Charakters zu entkleiden und ihn zu einer europäischen Sache zu machen. Es sollte sozusagen ein Gerichtshof niedergesetzt werden, der Österreich eine Entscheidung auflegen würde; es war aber nicht gewillt an seinen wohlüberlegten Forderungen sich durch mehr oder weniger Übelwollende etwas abdingen zu lassen. Zu gleicher Zeit gab Österreich am 25. und nochmals am 27. in St. Petersburg das Versprechen ab, daß es keine Gebietseroberungen auf Kosten Serbiens anstrebe; es sei lediglich im Sinne der Selbsterhaltung tätig. Darin lag, wenn die Zusicherung ehrlich gemeint war, der Verzicht auf die am 4. Juli in Berlin angemeldete Verkleinerung Serbiens zu Gunsten der anderen Balkanstaaten. Am 28. Juli ließ Graf Berchtold in London noch mehr zusagen: Österreich beabsichtige auch nicht die Vernichtung der serbischen Unabhängigkeit. Deutschland lehnte den Konferenzgedanken ebenfalls ab, weil es ihm unmöglich sei seinen Bundesgenossen gegen dessen Willen in seiner Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen*). Der Staatssekretär

*) Auf diese Ablehnung des Konferenzvorschlags bezieht sich ohne Zweifel die berüchtigte Depesche des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, des Grafen Szögyeny, nach Wien vom 27. Juli, wonach v. Jagow den englischen Vorschlag lediglich an Tschirschky weiter gegeben habe, um Grey nicht vor den Kopf zu stoßen, ihn aber mißbillige und gegen seine Berücksichtigung sei. Szögyeny sagt, der englische Vorschlag bezwecke die Milderung der Note an Serbien. Das ist ganz unsinnig, da die Note ja schon vor fünf Tagen in Belgrad überreicht war. Szögyeny war altersschwach und paßte nicht mehr mehr scharf auf, sodaß seine Abberufung ins Auge gefaßt wurde; sie hätte offenbar schon längst erfolgen müssen. Von einem treulosen Doppelspiel Deutschlands kann keine Rede sein; Lichnowsky hat Grey über die Ablehnung der Ablehnung der Konferenz nicht im Unklaren gelassen. S. Goos S. 175 und v. Jagow, Ursachen des Weltkriegs S. 119.

v. Jagow machte nun den Vorschlag, daß Österreich und Rußland ohne Konferenz und ohne Serbien beizuziehen direkt miteinander verhandeln sollten, und Grey trat diesem Gedanken nicht nur sofort bei, sondern bezeichnete ihn (Blaubuch 67) sogar als „den vorzüglichsten von allen" (the most preferable method of all). Es ist also ganz unangebracht, die Ablehnung der Konferenz durch die beiden Verbündeten als die Verrammelung der Friedenspforte zu verschreien, wie das später von den Feinden und von urteilslosen Deutschen geschehen ist.

Inzwischen setzte Österreich am Abend des 25. Juli acht Armeekorps gegen Serbien auf Kriegsfuß und ließ in Rom mitteilen, daß es von Italien die Erfüllung seiner Bündnispflichten erwarte, wie es 1911 bei dem von Italien zur Wahrung seiner Stellung im Mittelmeer unternommenen Krieg bundesfreundliche Gesinnung betätigt und die Erweiterung der italienischen Machtsphäre bereitwilligst anerkannt habe. Der Botschafter Herzog v. Avarna gab auch eine durchaus befriedigende Erklärung, die freilich nicht im Sinne des Ministers San Giuliano war. Rußland zögerte nach dem österreichischen Vorgang nicht auch seinerseits den vollen Ernst zu zeigen. Schon am 26. Juli wurde die „Kriegsvorbereitung", deren Tragweite wir kennen (S. 148), ins Werk gesetzt, und die dreizehn Armeekorps der Militärbezirke von Odessa, Kiew, Moskau und Kasan erhielten den Befehl mobil zu machen. Amtlich wurde in Wien betont, daß man bloß nach der serbischen Seite hin mobilisiere, ebenso in St. Petersburg, daß bloß beabsichtigt sei sich gegen Österreich zu sichern; dann war aber das Verhältnis 13:8 doch ein recht ungleiches. Es war also sehr begreiflich, daß gegen diese auffallenden militärischen Maßnahmen, die Rußland amtlich erst am 29. Juli bekannt gab, der deutsche Botschafter in St. Petersburg, Graf Pourtalès, namens seiner Regierung am 26. Juli Vorstellungen erhob; da Österreich-Ungarn ausdrücklich sich anheischig gemacht habe auf Serbiens Kosten sich nicht zu vergrößern, so brauche Rußland gar nicht zu rüsten; wenn es trotzdem vorbereitende Maßregeln für einen Krieg treffe, so werde Deutschland zu Gegenmaßregeln gezwungen werden. Diese würden den Krieg bedeuten (Rotbuch S. 98), und daß Rußland den europäischen Krieg wolle, könne Deutschland nicht annehmen. Am gleichen Tag ließ Graf Berchtold bei Sasonow die erwähnte Versicherung betreffs der österreichischen Absichten gegen Serbien abgeben, „solange der Krieg zwischen Österreich und Serbien lokalisiert

bleibe". Auf dies hin erteilten am 26. Juli Sasonow dem Grafen Pourtalès und der russische Kriegsminister Suchomlinow dem deutschen Militärbevollmächtigten Major v. Eggeling die ehrenwörtliche Versicherung, daß noch kein Mobilisierungsbefehl ergangen, kein Pferd ausgehoben, kein Reservist eingezogen sei. Lediglich vorbereitende Maßnahmen seien getroffen — wir wissen, was dieses Wort bedeutete —, und wenn Österreich die serbische Grenze überschreite, so würden nur die 16 — also nicht mehr bloß 13! — an der österreichischen Grenze liegenden Korps auf Kriegsfuß gesetzt werden, unter keinen Umständen die an der deutschen Grenze. Trotz dieser Versicherungen liefen bei den Militärbevollmächtigten zuverlässige Nachrichten ein, daß auch an der deutschen Grenze, in den Bezirken Wilna und Warschau, die Mobilmachung im Gang sei. Gleichwohl ließ am 29. Juli der russische Generalstabschef General Januschkewitsch den Major v. Eggeling zu sich bitten und sagte ihm „auf Offiziersparole", daß die Worte des Kriegsministers vom 26. auch jetzt noch voll zu Recht bestehen; und als der Bevollmächtigte darauf erwiderte, daß er durch diese Eröffnung vor ein Rätsel gestellt sei, meinte der Russe, daß hie und da allenfalls ein falscher Alarm vorliege. Der Major gewann den Eindruck, daß die Russen uns über den Umfang ihrer Maßregeln in die Irre führen wollten; um dies zu erreichen, gaben sie zweimal ein falsches Ehrenwort ab. Sofort zeigte sich, daß der russische Vorgang weitere Kreise zog; der deutsche Gesandte in Bern telegraphierte am 27., daß das 14. französische Korps seine Manöver plötzlich abgebrochen habe, und nach der Enthüllung der „Nordd. Allg. Zeitung" vom 14. Dezember 1914 haben alle französischen Offiziere Befehl erhalten am 27. Juli bei ihren Truppenteilen zu sein. Sir Edward Grey bezeichnete die Lage am 27. als äußerst gefährlich, da Rußland dem Angriff auf Serbien nicht ruhig zusehen werde. Die am Schluß ihrer Manöver angelangte englische Flotte in Portland hatte schon am 24. Juli den Befehl des ersten Lords der Admiralität, des Prinzen von Battenberg, erhalten in voller Stärke beisammen zu bleiben, und am 27. Juli wurde kraft Beschlusses des Ministerrats die Maßregel veröffentlicht, um der Welt zu zeigen, daß England die Hand am Degen habe.

Am 27. Juli abends kam Kaiser Wilhelm II. von seiner alljährlichen Seefahrt nach der norwegischen Küste, die er wie gewöhnlich unternommen hatte, um die Welt nicht zu beunruhigen, die er aber auf die drohenden Nachrichten abbrach, nach Berlin zurück. Auch der Präsi-

dent der französischen Republik Poincaré traf von seiner Reise nach St. Petersburg wieder in Paris ein. Am 27. legte Berchtold dem Kaiser Franz Joseph den Entwurf der Kriegserklärung Österreichs an Serbien vor, die damit begründet wurde, daß Serbien eine ungenügende Antwort erteilt habe und daß serbische Truppen bei Temes-Kulin eine österreichische Abteilung beschossen hätten. Der Kaiser genehmigte daraufhin am 28. die Kriegserklärung; nachträglich mußte die Stelle über den serbischen Angriff gestrichen werden, weil die betreffende Nachricht sich als falsch herausstellte. In dieser Form erging dann die Erklärung nach Belgrad. Auch richtete Graf Berchtold am 28. nach Berlin das dringende Ersuchen zu erwägen, ob nicht beide Zentralmächte die russischen Rüstungen mit den weitestgehenden Gegenmaßregeln, d. h. mit allgemeiner Mobilmachung, zu beantworten hätten. Grey äußerte an demselben Tag gegen den österreichischen Botschafter, Grafen Mensdorff, daß die Serben sich vor den Österreichern ohne Kampf zurückziehen könnten und so noch eine Frist zu Verhandlungen sich gewinnen lasse. Einen ähnlichen Gedanken hatte Kaiser Wilhelm (S. 167). Am 28. nachts 10 Uhr 45 Minuten telegraphierte der Kaiser unter Anrufung des gemeinsamen Interesses aller Souveräne gegenüber dem Mord von Sarajewo und der herzlichen Freundschaft, welche sie beide seit langer Zeit verbinde, an den Zaren, daß er selbst in Wien im Sinne eines befriedigenden Einvernehmens mit Rußland seinen ganzen Einfluß einsetze und daß der Zar ihm helfen möge die Schwierigkeiten zu überwinden. Der Zar antwortete am 29. 1 Uhr nachmittags, daß über Serbien, ein schwaches Land, ein schmählicher Krieg verhängt worden sei; die Entrüstung darüber sei in Rußland ungeheuer und er werde diesem auf ihn ausgeübten Druck nicht länger widerstehen können, sondern Maßregeln ergreifen müssen, die zum Krieg führen werden; der Kaiser sei im Namen ihrer alten Freundschaft inständig gebeten seinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, daß er nicht zu weit gehe. Sofort erwiderte der Kaiser am gleichen Tag 6 Uhr 30, daß er den Krieg nicht als einen schmählichen betrachten könne; er sehe Österreichs Vorgehen als einen Versuch an volle Bürgschaft dafür zu erhalten, daß Serbiens Versprechungen auch in die Tat umgesetzt werden. Da Österreich sich verpflichtet habe Eroberungen nicht zu machen, könne Rußland sehr wohl in einer zuschauenden Rolle verharren. Eine direkte Verständigung zwischen Wien und St. Petersburg sei möglich. Er habe die Vermittlung übernommen; diese würde aber

durch militärische Maßnahmen, welche Österreich als Drohung auffassen könnte, unmöglich werden.

In diesem Augenblick griff England in verhängnisvoller Weise in den Gang der Dinge ein. Sir Edward Grey erklärte nämlich dem französischen Botschafter Paul Cambon, daß er beabsichtige am Nachmittag des 29. dem deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky zu sagen, daß er sich durch den freundschaftlichen Ton ihrer Unterhaltung nicht verleiten lassen möge zu denken, daß England im Fall eines allgemeinen Krieges beiseite stehen werde. Paul Cambon teilte diese schwerwiegende Erklärung sofort nach Paris mit; von hier gelangte sie alsbald nach St. Petersburg an den Botschafter Paléologue, mit dem Zusatz, daß nun, angesichts der zu erwartenden Hilfe Englands, der Zar auf Frankreichs Unterstützung in vollem Umfang zählen könne. Noch am 29. nachts hat Sasonow den Botschafter Iswolski beauftragt der französischen Regierung dafür „aufrichtigen Dank" auszusprechen. Bereits am 25. Juli hatte Sasonow dem englischen Botschafter Buchanan gesagt, daß, wenn Rußland der Hilfe Frankreichs sicher sei, es das Wagnis des Krieges auf sich nehmen werde. Nun war es nicht bloß der Unterstützung Frankreichs, sondern auch der Englands sicher; damit war an der Newa die Entscheidung für den Krieg endgültig gefallen. Der belgische Geschäftsträger in St. Petersburg, Herr de l'Escaille, hat in einem Schreiben vom 30. an seine Regierung, das wegen des Kriegs in Berlin liegen blieb und dann nach dem Bruch mit Belgien geöffnet wurde, den Sachverhalt in einer jede Ableugnung abschneidenden Weise mit den Worten festgestellt: „Deutschland hat sich in St. Petersburg wie in Wien bemüht irgend ein Mittel zur Verhütung eines allgemeinen Konfliktes zu finden. Es stieß aber einerseits auf den festen Entschluß Österreichs keinen Schritt zurückzuweichen, andererseits auf das russische Mißtrauen gegen Österreichs Versprechen, daß es den serbischen Gebietsstand nicht antasten werde. Heute nun hat man hier die Zusicherung Englands erhalten, daß England Frankreich beistehen wird. Dieser Beistand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen." Zwar machte der Zar am 29. den Vorschlag den ganzen Streitfall dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten; aber an demselben Tag wurde die Mobilmachung der an Österreich-Ungarn grenzenden Korps bekannt gegeben, und das ließ den Schiedsgerichtsgedanken als bloße

Heuchelei erscheinen, als ein Mittel Zeit zur Vollendung der Mobilmachung zu gewinnen.

In diesem Augenblick versuchte Sir Edward Grey den Krieg, dem, wenn er wirklich ausbrach, England nach seiner Ansicht aus Rücksicht auf Frankreich nicht fernbleiben konnte, noch einmal zu verhindern. Er bat nämlich den deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky, in Berlin mitzuteilen, daß es zwar zu spät sei jedes kriegerische Vorgehen Österreichs gegen Serbien aufzuhalten; die Österreicher würden aber bald in Belgrad und im Besitz eines Teils von Serbien sein, und dann sollten sie erklären, daß sie zwar das besetzte Gebiet solange festhalten müßten, bis sie vollkommene Genugtuung von Serbien erlangt hätten, sollten aber nicht weiter vorrücken, in Erwartung einer Anstrengung der Mächte zwischen ihnen und Rußland zu vermitteln. Grey dachte dabei an eine Vermittlung der vier unbeteiligten Mächte. Dieser englische Vorschlag wurde sofort in völlig loyaler Weise von v. Bethmann Hollweg nach Wien weitergegeben; Kaiser Wilhelm empfahl dem Kaiser Franz Joseph am 30. durch ein Telegramm dringend der englischen Anregung Folge zu geben, die in der Tat, wie Grey dem italienischen Botschafter sagte, Österreich nicht ein demütiges Zurückweichen zumutete, sondern ihm eine Genugtuung gewährte und, so schien es, auch für Rußland annehmbar war. Es schien sich noch einmal ein hoffnungsvoller Ausweg aus der sich immer gefährlicher zuspitzenden Lage zu eröffnen. Da der Graf Pourtalès aus St. Petersburg meldete, daß nach Sasonows Angabe Österreich jeden Meinungsaustausch mit Rußland über die schwebende Frage ablehne, so ließ der Reichskanzler, wie er am 19. August 1915 im Reichstag bekannt gab, am 29. Juli in Wien durch den Botschafter Tschirschky mit aller Schärfe erklären: ein solches Verhalten würde ein schwerer Fehler sein, da dadurch Österreich und Deutschland einem Bündnis ganz Europas gegenübergestellt würden, weil auch Italien und Rumänien nicht mit ihnen gehen würden; wenn Deutschland auch bereit sei seine Bundespflichten zu erfüllen, so müsse es doch ablehnen, sich durch Nichtbeachtung seiner Ratschläge von Österreich-Ungarn in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Graf Berchtold bezeichnete die Angabe des Grafen Pourtalès als einem Mißverständnis seitens Sasonows entsprungen und machte am 30. Juli das Angebot durch den Botschafter Grafen Szapary dem russischen Minister nachträgliche Aufklärungen über die Note an Serbien

zu geben (wie er schon am 25. Juli das getan hatte, indem er die Mitwirkung österreichischer Beamter bei der Unterdrückung der großserbischen Wühlerei dahin erläuterte, daß er an ein österreichisches Sicherheitsbureau in Belgrad denke, wie Rußland eines in Paris unterhalte); von der Note selbst wollte er auch jetzt nichts abhandeln lassen, wohl aber „die unsere Beziehungen zu Rußland betreffenden Fragen einer vertrauensvollen und freundlichen Aussprache unterziehen". Wenn das französische Gelbbuch Nr. 120 behauptet, Österreich habe sich damit bereit erklärt à entamer une discussion quant au fond de l' ultimatum adressé à la Serbie, so steht davon im österreichischen Rotbuch Nr. 49 und 50 nichts. In hohem Grade auffallend ist nun aber die Behandlung der deutschen Mahnung vom 30. Juli durch Graf Berchtold. Aus dem österreichischen Rotbuch ist nicht ersichtlich, was Goos (S. 237—242) festgestellt hat, daß der Graf am 30. Juli nichts tat; daß er am 31. zwar (Nr. 51 des Rotbuchs) eine Note nach London und St. Petersburg über die Annahme des Greyschen Vorschlags der Vermittlung „à quatre"*) fertigstellte (mit der Klausel, daß Österreichs Vorgehen gegen Serbien einstweilen fortdauere, die russische Mobilisierung aber stillstehe); daß er die Note aber erst am 31. August morgens 3.45 absandte. Er hat also etwa zwei Tage ohne Antwort verstreichen lassen, und das in einer bis zum Platzen gespannten Situation, und hat dadurch die deutsche Regierung in London in den durch nichts mehr zu bestreitenden Verdacht der Doppelzüngigkeit und bösen Absicht gebracht. Der englische Botschafter Goschen fragte nämlich — ganz natürlicher Weise — im Laufe des 30. und 31. Juli wiederholt bei dem deutschen Staatssekretär v. Jagow an, wie es mit der Annahme des Grey'schen Vermittlungsvorschlags stehe; da der Staatssekretär nichts zu antworten wußte, weil Wien stumm war, so mußte der Engländer auf den Argwohn kommen, daß Deutschland die Angelegenheit gar nicht nach Wien weitergegeben habe, daß es also nicht die Vermittlung wünsche, sondern den Krieg. Ein solches Verhalten eines Ministers gegen einen verbündeten Staat, der, um Österreich zu retten, sein eigenes Dasein in die Schanze schlug, ist unerhört, und nicht minder unverantwortlich

*) Auf den Umstand, daß in der ersten Depesche Szögyeny's nach Wien am 30. abends von Verhandeln „mit Serbien" die Rede war, dies aber in einem sofort nachgesandten Telegramm in „Verhandeln mit den Mächten" richtig gestellt wurde, kommt sehr viel an.

ist es, daß Berchtold in jener Note, worin er am 31. Juli bzw. 1. August die Annahme der Vermittlung aussprach, mit keinem Wort erwähnte, daß Deutschland auf diese Annahme in nachdrücklichster Weise gedrungen hatte. Er hat nichts getan die Friedensliebe Deutschlands ins Licht zu stellen, wohl aber sehr viel, um sie verdächtig zu machen.

Die Note Berchtolds, die am 1. August 3.45 abgesandt wurde, kam dank seinem Zögern zu spät, um das Unheil noch zu beschwören; man kann aber sagen, daß die letzte Schuld am Losbruch des Sturmes, der das alte Europa begraben sollte, doch Rußland trägt. Es hat nämlich den Vorschlag Greys nicht etwa angenommen, wie das französische Gelbbuch (Nr. 112 und 113) zu behaupten die Dreistigkeit hat, sondern es hat ihn in der Form eines Gegenvorschlags abgelehnt, nach dem Österreich die Besetzung Belgrads nicht ausdrücklich zugestanden wurde, ihm aber das Stillestehen auf serbischem Gebiet, die Anerkennung des europäischen Charakters der serbischen Frage (die es stets bestritten hatte), das Erwarten einer Genugtuung — nicht einer genügenden! — und das Absehen von jeder Antastung der Souveränität und Unabhängigkeit Serbiens zugemutet wurde. Geschehe das alles, so wolle Rußland — nicht etwa sich befriedigt erklären, sondern — seine abwartende Haltung bewahren: d. h. es behielt sich vor auch dann zu tun, was ihm beliebe. Eine erneute Mahnung des deutschen Kaisers vom 30. Juli 1 Uhr nachts aus Potsdam, daß vermöge der Gefahren und schweren Konsequenzen einer russischen Mobilisierung die ganze Schwere der Verantwortung auf den Schultern des Zaren ruhe, da Österreich ja nur gegen Serbien mobilisiert habe, erreichte nichts als die Erklärung des Zaren vom 30. nachmittags 4 Uhr 20, daß die jetzt in Kraft tretenden militärischen Maßnahmen schon vor 5 Tagen beschlossen worden seien, und zwar aus Gründen der Verteidigung gegen die Vorbereitung Österreichs. Er schlage die Vermittlung des deutschen Kaisers hoch an und brauche dessen starken Druck auf Österreich, damit es zu einer Verständigung komme. Um das Maß voll zu machen, wurde gerade jetzt am 30. Juli auf Vortrag des Generalstabschefs Januschkewitsch statt der am 29. bekanntgegebenen, aber schon seit 26. im Gang befindlichen Teilmobilmachung die allgemeine Mobilmachung beschlossen. Wie der Zar aber war, bestimmbar und willensschwach, schrack er vor den Folgen dieser äußersten Maßregel plötzlich wieder zurück und befahl telephonisch

nachts 11 Uhr am 30., daß die allgemeine Mobilmachung unterbleibe, da er die Zusicherung Kaiser Wilhelms habe, daß in diesem Fall die Freundschaft mit Deutschland bestehen bleiben könne. Obwohl eine Beratung Sasonows, Suchomlinows und Januschkewitschs zum Ergebnis kam, daß die Aufhebung der (allgemeinen) Mobilmachung für Rußland verderblich sei (400000 Reservisten waren schon einberufen), so beharrte der Zar doch bei seinem Befehl. Da hat Suchomlinow sich erdreistet seinen Herrn direkt zu belügen*), daß die Mobilmachung nur im Südwesten stattfinde. Er wußte, daß er damit alles riskierte; um so erfreuter war er, daß dem Zaren dann eine andere Überzeugung beigebracht wurde und er Dank erntete für die gute Durchführung der Mobilmachung, statt in den Kerker geworfen zu werden. In der Frühe des 31. Juli ordnete der Zar in der Tat die Durchführung der allgemeinen Mobilmachung an, die am 30. beschlossen und offenbar tatsächlich sofort (bezw. wohl schon vorher) in Gang gesetzt war**). Was nach dem allerhöchsten Befehl vom 13. März 1912 die Generalmobilmachung bedeutete, ist unzweifelhaft: Eröffnung des Kriegs gegen Österreich und Deutschland. An Wilhelm II. telegraphierte Nikolaus, daß es technisch unmöglich sei die durch Österreichs Mobilisierung notwendig gewordenen militärischen Vorbereitungen einzustellen. Er sei aber weit davon entfernt einen Krieg zu wünschen, und seine Truppen werden, solange wie die Verhandlungen mit Österreich über Serbien andauern, keine herausfordernden Maßregeln unternehmen; darauf gebe er sein feierliches Wort. Herausfordernde Maßregeln verboten sich aber von selbst, solange die Mobilisierung nicht beendet war; die Mobilisierung selbst ward nicht zurückgenommen. Nun erst befahl auch Kaiser Franz Joseph am Nachmittag des 31. Juli das gesamte österreichisch-ungarische Heer auf Kriegsfuß zu setzen und in Galizien Verteidigungsmaßregeln zu

*) Nach der Angabe des Generalstabschefs Januschkewitsch in dem Hochverratsprozeß gegen den früheren (schließlich wegen mangelhafter Kriegsvorbereitung zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten) Kriegsminister Suchomlinow. S. den Bericht der Nowoje Wremja vom 26. August 1917 und Robert Hönigers Aufsatz in der Deutschen Rundschau Band 175 (1918) 15—80.

**) Ich kann nicht verhehlen, daß der in Deutschland natürlich nur in Übersetzung und wohl nur im Auszug vorliegende Prozeßbericht eine Reihe von Widersprüchen aufweist (so in der Zeitfolge, wo Januschkewitsch vom 30. selbst, Suchomlinow „von der Nacht zum 30." spricht). Die Tatsachen aber, daß der Zar vorübergehend einlenken wollte, belogen wurde und dann umfiel, stehen fest.

treffen. Ganz offenbar trägt Rußland die Verantwortung dafür, daß der Krieg unvermeidlich wurde. England und Frankreich aber haben kein Wort der Abmachung und Warnung in St. Petersburg gesprochen; immer nur an Österreich und an Deutschland wandten sie sich mit Mahnungen zum Nachgeben, mit Drängen zu einer Vermittlung, welche für uns sehr leicht einer Parteinahme gegen den Bundesgenossen gleichkam. Dabei hatten sie noch die Stirn Österreich der Halsstarrigkeit, Deutschland des Mangels an Friedensliebe und an Geneigtheit zur Vermittlung zu bezichtigen. Mit dem Telegramm des Zaren vom 31. kreuzte sich ein letzter ergreifender Appell des deutschen Kaisers vom 31. Juli 2 Uhr nachmittags an Nikolaus II., in welchem er ihn an die ihm von seinem Großvater auf dessen Totenbett überkommene, immer heilig gehaltene und noch im japanischen Krieg betätigte Freundschaft erinnerte und ein letztes Mal um Einstellung der Deutschland und Österreich drohenden militärischen Maßnahmen ersuchte. Noch ehe dieses Telegramm sein Ziel erreichte, wurde in Berlin die russische Gesamtmobilisation bekannt. Nun verkündigte der Kaiser am Nachmittag des 31. Juli den Kriegszustand für das ganze Reich, aus dem sich die Einschränkung der Preß- und Versammlungsfreiheit durch die militärische Gewalt, insbesondere die Einführung der Zensur für Zeitungen und Bücher ergab, um die Veröffentlichung staatsgefährlicher Äußerungen und Mitteilungen zu verhindern. Gleichzeitig erging an die russische Regierung durch Graf Pourtalès die (am 31. Juli nachts 12 Uhr von dem Grafen an Sasonow weiter geleitete) Aufforderung binnen zwölf Stunden die Kriegsrüstungen gegen Deutschland und Österreich einzustellen und hiervon Deutschland in Kenntnis zu setzen: andernfalls müsse das deutsche Reich ebenfalls mobil machen. Auch diese Aufforderung blieb erfolglos. Es war umsonst, daß Pourtalès den Minister Sasonow eindringlich beschwor, den Krieg nicht unvermeidlich zu machen, und daß er den Zaren selbst in einer letzten Audienz zu beeinflussen suchte. Nikolaus II. machte dem Grafen den Eindruck, als ob er den furchtbaren Ernst der Lage gar nicht erfasse; in mystischem Fatalismus, wie er dem Schüler des sibirischen Wundermanns Rasputin entsprach, wies er gen Himmel: „Da kann nur einer helfen". Der Minister des kaiserlichen Hauses, Graf Fredericksz, meinte, der Minister des Innern und des Kriegs hätten den Zaren mit dem Gespenst der Revolution gefügig gemacht. So verlangte der Zar am 1. August 2 Uhr früh vom Kaiser die Fortsetzung der Ver-

handlungen, ohne die Zurücknahme der Mobilisation zuzugestehen, und noch im Lauf des 1. August eröffneten die Russen die Feindseligkeiten, indem Kosaken auf Johannisburg in Ostpreußen ritten und zwei Bahnhöfe in der Provinz Posen bedroht wurden. Infolge davon lehnte der Kaiser am 1. August nachmittags „mit Betrübnis" ein Eingehen auf das Verlangen des Zaren nach Fortdauer der Verhandlungen ab, da seine Forderung der Zurücknahme der Mobilisierung nicht erfüllt war. Es leuchtete ein, daß die Russen bloß Zeit gewinnen wollten, um uns desto gerüsteter angreifen zu können. Nunmehr ordnete auch der Kaiser am 1. August 5 Uhr 10 Minuten abends die Mobilisierung des deutschen Heeres und der kaiserlichen Marine an, und da die russische Regierung auf das durch Graf Pourtalès übergebene Verlangen innerhalb der zwölfstündigen Frist gar keine Antwort gab, so wurde der Graf angewiesen am 1. August abends 7 Uhr 10 Minuten dem russischen Minister des Auswärtigen eine Note zu übergeben, welche hervorhob, daß Rußland während der erbetenen Vermittlung sein Heer mobilisierte, dem Gesuch um ihre Einstellung nicht entsprach und so seine feindseligen Absichten gegen Deutschland bekundete. Demgemäß „nimmt S. Maj. der Kaiser, mein erhabener Herr, im Namen des Reichs die Herausforderung an und betrachtet sich als im Kriegszustand mit Rußland befindlich." Es war ein Tag von weltgeschichtlicher Bedeutung; eine Freundschaft, welche Friedrich der Große und Katharina II. 1764 begründet hatten und welche, wenn auch unter allerlei Zwischenfällen, zum Nutzen beider Teile bis jetzt aufrecht erhalten worden war, ging endgültig in die Brüche, und die europäische Politik veränderte ihr ganzes Gesicht. Man braucht nicht des Weiteren auszuführen, wie schwer gerade Kaiser Wilhelm II., dessen erster Besuch 1888 dem Zaren gegolten und der so lange den Vetter Nicky umworben hatte, dieser Bruch geworden ist. „Wenn einer den Kaiser kennt," sagte General v. Mackensen im Dezember 1918 (Deutsche Rundschau 180, 90), „so bin ich es. Ich weiß, wie es immer sein Ideal gewesen ist als Friedenskaiser in die Ewigkeit einzugehen, und wie furchtbar schwer sein innerer Kampf gewesen ist, indem er sich selbst den Entschluß zum Kriege abrang." Jetzt blieb in der Tat keine Wahl, und der Zwang ging von Rußland aus. Es ist unverständlich, daß der Kaiser noch nach der Kriegserklärung am Abend des 1. August 9 Uhr 45 Minuten dem Zaren telegraphierte, er verlange aufs ernsteste, daß der Zar seinen

Truppen auch die leiseste Grenzverletzung untersage. Oder sollte das eine Anknüpfung an das Verlangen des Zaren vom 1. August früh 2 Uhr sein?

Der Ausbruch des russischen Kriegs hatte natürlich unmittelbar auch den Krieg mit Frankreich zur Folge. Der Botschafter v. Schön erhielt am 31. Juli zu gleicher Zeit, da an Rußland das Ultimatum erging, den Befehl von dem Minister des Auswärtigen René Viviani (der sich vom Sozialisten zum Nationalisten gemausert hatte, um seinen brennenden Ehrgeiz zu befriedigen) binnen 18 Stunden eine Erklärung zu fordern, ob die französische Regierung in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleiben werde. Als Bürgschaft für die Neutralität sollte er, falls diese zugesagt werde, die Auslieferung der Festungen Toul und Verdun verlangen. Die Antwort lautete: Frankreich werde tun, was seine Interessen ihm geböten — klarer konnte man nicht sprechen, und Schön kam deshalb gar nicht in die Lage die Forderung betreffs der zwei Festungen vorzubringen, so daß sie auf den Entschluß Frankreichs — das sie allerdings mit Sicherheit abgelehnt hätte — keinerlei Einfluß hat üben können. Am 1. August um 5 Uhr — also zur gleichen Stunde, da Deutschland mobil machte — ordnete das französische Ministerium die Mobilmachung an, und ohne daß Krieg erklärt war, überschritten am 2. August französische Truppen die elsässische Grenze vorwärts von Belfort bei Altmünsterol. Am gleichen Tag wurde ein französischer Flieger, der das belgische Gebiet überflogen haben mußte, bei Wesel heruntergeschossen, als er Bomben auf die Eisenbahnlinie warf. Daß am 2. August Flieger bei Karlsruhe und Nürnberg das Gleiche getan haben sollten, beruhte auf einer Alarmnachricht, deren Unrichtigkeit deutscherseits später zugestanden worden ist. Infolge der einer Kriegsverkündung gleichkommenden Antwort Frankreichs, des Einfalls französischer Truppen und der bei zögerndem Verhalten unmittelbar drohenden Gefahr des Zweifrontenkrieges ließ Deutschland am 3. Aug. abends 6 Uhr der französischen Republik den Krieg erklären. Die Obhut über die Deutschen in Frankreich übernahm der Gesandte der Vereinigten Staaten. Der Umstand, daß Deutschland, obwohl tatsächlich im Verteidigungsstande, sowohl an Rußland als an Frankreich den Krieg erklärte, hatte zur Folge, daß wir vor der Welt als die Angreifer erschienen, und man kann wohl fragen, ob hier nicht ein schweres Ungeschick unserer politischen Leitung vorlag, die der Generalstabschef Graf Moltke „Deplorabel" nannte.

Mit dem Krieg gegen Frankreich war auch der mit Belgien gegeben. Am Abend des 3. August machte der deutsche Gesandte, Herr v. Below-Saleske, dem Minister des Auswärtigen in Brüssel, Davignon, die Mitteilung, daß angesichts der zuverlässigen Nachrichten über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maas von Givet bis Namur, welcher die Absicht eines französischen Vorstoßes durch Belgien gegen Deutschland zweifellos erscheinen lasse*), Deutschland zur Gegenwehr auch seinerseits belgisches Gebiet betreten müsse. Falls Belgien eine wohlwollende Neutralität einnehme, so verpflichte sich Deutschland den Besitzstand und die Unabhängigkeit Belgiens in vollem Umfang zu verbürgen, im Einvernehmen mit den kgl. Behörden alle Bedürfnisse seiner Truppen bar anzukaufen und allen entstehenden Schaden zu ersetzen; andernfalls würde es zu seinem Bedauern gezwungen sein Belgien als Feind zu betrachten und alles Weitere der Entscheidung der Waffen zu überlassen. Das Großherzogtum Luxemburg, dessen Eisenbahnen Preußen gehörten, war bereits im Lauf des 3. August von deutschen Truppen besetzt worden und fügte sich dem unter Protest, wurde also auch fernerhin als befreundet angesehen und so behandelt, wie es Belgien zugesichert war. Belgien aber hatte sich viel zu tief mit dem Dreiverband eingelassen, um ebenso wie Luxemburg handeln zu können. Dem König Albert erschien die deutsche Zumutung als eine, „welche Belgiens Ehre als Nation vernichten müßte". Er lehnte am 3. August das ihm gestellte Verlangen rundweg ab und wandte sich an König Georg V. von England mit der Bitte um diplomatisches Einschreiten zum Zweck der Aufrechterhaltung der belgischen Neutralität. Das Angebot Frankreichs ihm sofort mit fünf Armeekorps beizustehen nahm der König folgerichtiger Weise zunächst nicht an, da ja sonst das soeben begehrte „diplomatische Einschreiten" Englands gegenstandslos geworden wäre. Der englische Gesandte Francis Villiers forderte aber am 4. August Davignon im Namen Englands auf dem deutschen Einmarsch mit allen Mitteln zu widerstreben und gab die Versicherung, daß England, im Fall Belgien vergewaltigt werde, sich mit Frankreich und Rußland verbinden werde.

So ward auch England in den Strudel des Weltkriegs hereingezogen, und man wird sagen dürfen, daß den Asquith, Grey,

*) Daß diese Nachrichten in der Tat wohl begründet waren, geht aus der Darstellung des französischen Historikers Hanotaux, der die amtlichen Quellen angibt, mit aller Sicherheit hervor.

Lloyd George und Churchill damit doch ihr eigentlicher Wille erfüllt ward, dieser Oligarchie, welche unter dem Aushängeschild parlamentarischen Regiments das Unterhaus und das englische Volk seit Jahren ebenso am Narrenseil führte, wie die Oligarchie der Poincaré, Viviani, Millerand und Delcassé das französische Volk unter kluger Benützung republikanischer Redensarten, des herkömmlichen Wahlapparats und des parlamentarischen Klüngelwesens vollständig beherrschte und es jetzt in einem Augenblick in den Krieg stieß, wo es, wie die Wahlen vom 26. April dargetan hatten, im Zuge war sich langsam von den Racheaposteln zu befreien; gerade deshalb galt für diese die Losung: keine Zeit zu verlieren. So mußte Frankreich nun als Vasall des Zaren und als Landsknecht Englands in den furchtbarsten Kampf seit hundert Jahren ziehen, und es sollte dessen Furchtbarkeit bald gründlich kosten. Von deutscher Seite ist im letzten Augenblick alles geschehen, um die mageren Früchte der seit Jahren betriebenen Arbeit der Aussöhnung mit England zu retten, einer Arbeit, für die kluge Staatsmänner und gutherzige Schwärmer — solche auch jenseits der Nordsee — mit unendlicher Geduld sich eingesetzt hatten. Deutschland hat alles aufgeboten, um Europa vor dem Unheil eines Zusammenstoßes zu bewahren, in dem die ganze gemeinsame Kultur des Weltteils und dessen Zusammengehörigkeitsgefühl zugrunde gehen mußten. Am 29. Juli bot der Reichskanzler, dessen ganze äußere Politik von Anfang an auf Überbrückung des deutsch-englischen Gegensatzes und damit auf Erhaltung des Weltfriedens gerichtet war, dem britischen Botschafter Goschen als Preis für Englands schon 1912 (S. 154) erstrebte Neutralität jede Sicherheit dafür an, daß, falls ein Angriff Rußlands auf Österreich einen europäischen Krieg entfesseln sollte, Deutschland keinesfalls sein Gebiet auf Kosten Frankreichs vergrößern werde. Auf Goschens Frage, wie es mit den französischen Kolonien stehe, erklärte Bethmann Hollweg, hierüber könne er eine ähnliche Versicherung nicht abgeben. Hollands Neutralität würden wir achten, solange das von anderer Seite geschehe; von Frankreichs Vorgehen werde es abhängen, ob und inwieweit Deutschland in Belgien Operationen vornehmen müsse. Mit England habe das deutsche Reich stets eine Verständigung angestrebt; er denke an ein allgemeines Neutralitätsabkommen beider Staaten, obschon es im gegenwärtigen Augenblick natürlich zu früh sei, um auf Einzelheiten einzugehen. Alle diese Angebote Deutschlands wurden von Grey schroff abgelehnt; er befahl Goschen dem Reichskanzler zu sagen, daß England nicht bei-

seite stehen könne, wenn Frankreich seine Kolonien und seine Stellung als Großmacht verlieren solle und von Deutschland unterworfen würde. Es wäre eine Schmach für England auf Kosten Frankreichs einen solchen Schacher — welchen denn? — mit Deutschland abzuschließen, eine Schmach, von der sich der gute Name Englands nicht mehr erholen würde. Ebenso sei es ausgeschlossen, daß England seine Pflichten und Interessen bezüglich der belgischen Neutralität verschachere. Im Unterhaus hatte Grey am 3. August auch die Gefahr an die Wand gemalt, daß Deutschland ganz Westeuropa sich unterwerfen (!) und damit England in eine unhaltbare Lage bringen könnte.

Im englischen Kabinett gab es gleichwohl immer noch eine Anzahl von Ministern, welche dem Eingreifen Englands an der Seite Rußlands gegen Deutschland widerstrebten. Sie taten das um so mehr, als ihnen wohl bewußt war, daß in den breiten Massen des englischen Volkes ein Krieg ohne zwingende Not ganz und gar unpopulär sei. Im März 1915 hat das Arbeiterblatt Labour Leader behauptet, daß ursprünglich sechs Kabinettsmitglieder dieser auf Erhaltung des Friedens gerichteten Opposition angehört hätten; deren Namen hat es aber nicht genannt. Die Richtigkeit der Tatsache geht aus dem Blaubuch hervor, das in Nr. 24 zugesteht, daß die öffentliche Meinung des Landes einen Krieg wegen Serbiens nicht billigen würde, und in Nr. 87, daß das Land auch keinen Beruf fühle sich in einen russisch-deutschen Streit einzumischen. Die Nr. 148 des Blaubuchs läßt ferner erkennen, daß noch am 1. August keine Mehrheit für den Krieg vorhanden war. Es galt deshalb, an Stelle der serbischen Frage und des deutsch-österreichisch-russischen Gegensatzes einen Vorwand zu finden, bei dem voraussichtlich aller Widerstand im Kabinett dahinschwand. Diesen Vorwand fand Grey in der Frage der belgischen Neutralität, welche England mit den andern Großmächten kraft des Vertrags vom 20. Dezember 1830 verbürgt hatte. Am 31. Juli beschloß Grey in Berlin und Paris anzufragen, ob die dortigen Regierungen sich verpflichteten diese Neutralität zu achten, solange keine andere Regierung sie verletze. Frankreich antwortete sofort mit Ja, was es nach den geheimen Abreden mit Belgien leicht tun konnte; der deutsche Staatssekretär v. Jagow aber erklärte, daß eine Auskunft irgendwelcher Art notwendig einen Teil des deutschen Feldzugsplans enthüllen müßte, also voraussichtlich vom Kaiser und dem Reichskanzler verweigert werden würde. Grey bedauerte am Morgen des 1. August gegen den Fürsten Lichnowsky diesen Bescheid,

weil die Neutralität Belgiens das englische Gefühl berühre. Auf Lichnowskys Frage, ob bei der Verpflichtung Deutschlands die Neutralität Belgiens zu achten England seine Neutralität zusagen wolle, wich Grey aber aus; die Sache sei von Wichtigkeit, aber nicht ausschlaggebend. Ganz in diesem Sinn haben die Times Mitte Februar 1915 erklärt, daß, auch bei Achtung der belgischen Neutralität durch Deutschland, England durch seine Verpflichtungen und seine Interessen doch zum Krieg genötigt gewesen wäre: es habe immer nicht um anderer willen, sondern in nationaler Selbstsucht gehandelt: es betrachte seine Bundesgenossen auf dem Festland als seine erste Verteidigungslinie. Darauf bot der Fürst an, was Bethmann Hollweg am 29. Juli noch abgelehnt hatte, daß Deutschland als Preis des englischen Beiseitestehens nicht bloß das festländische Gebiet Frankreichs, sondern auch die französischen Kolonien garantieren wolle. Auch hierauf lehnte Grey eine bindende Zusage ab; „die Basis war ihm, wie er am 3. August im Unterhaus gesagt hat, zu schmal." Ferner bot der Kaiser in einem Depeschenwechsel zwischen ihm, seinem Bruder Heinrich und Georg V. am 1. August an, daß er trotz des bereits ausgebrochenen Kriegs mit Rußland sich anheischig mache Frankreich nicht anzugreifen, falls dieses sich zur Neutralität bereit erkläre und England diese Neutralität mit eventuellem Einsatz seines Heers und seiner Flotte verbürge (d. h. Frankreich nötigenfalls zur Neutralität zu zwingen bereit sei). Fürst Lichnowsky hatte am Telephon zu hören geglaubt, daß Grey diesen Weg als gangbar ansehe; er wurde sofort von Grey belehrt, daß das ein Mißverständnis sei.

Am 1. August (Gelbbuch Nr. 126 und 137) setzte Grey im Kabinett den Beschluß durch, daß, wenn die deutsche Flotte in den Ärmelkanal eindringen oder die Nordsee durchfahren sollte, um gegen die französische Nordküste oder die französische Handelsflotte vorzugehen, die britische Flotte Frankreich allen in ihrer Macht liegenden Schutz gewähren werde; England war dazu durch das Flottenabkommen von 1912 (S. 155) unzweifelhaft verpflichtet. Nach der Mitteilung des Reichskanzlers im deutschen Reichstag vom 4. August hat Deutschland darauf erklärt, daß es, wenn England neutral bleibe, auf beides verzichten, also von der Überlegenheit unserer Flotte über die französische keinen Gebrauch machen werde. Es war alles umsonst. Als der Krieg Deutschlands mit Frankreich am 3. August ausgebrochen war und am 4. der Einmarsch in Belgien begonnen hatte, richtete Grey — dem die Führer der konservativen Opposition im Ober- und Unter-

haus, Lord Lansdowne und Bonar Law, am 2. August durch ein Schreiben erklärt hatten, daß nach ihrer Ansicht der Kriegsfall gegeben sei und sie die Regierung nachdrücklich zu unterstützen bereit seien — am 4. August ein Ultimatum an Deutschland, wonach es bis Mitternacht eine genügende Erklärung über seine Achtung der belgischen Neutralität abgeben müsse; andernfalls solle Goschen seine Pässe fordern und erklären, daß England alle Maßregeln zum Schutz dieser Neutralität und zur Achtung eines auch von Deutschland unterschriebenen Vertrages ergreifen werde. Herr v. Jagow antwortete mit Nein, weil wir so rasch als möglich in Frankreich eindringen und einen entscheidenden Schlag führen müßten; es sei für uns eine Frage von Tod und Leben; Raschheit sei unser Haupttrumpf, der Rußlands sein unerschöpflicher Vorrat an Soldaten. Den Reichskanzler fand Goschen sehr erregt; er sagte, alle seine Anstrengungen seien nutzlos gemacht, seine ganze Politik zusammengestürzt wie ein Kartenhaus; England verfahre wie ein Mensch, der einen von zwei Angreifern Überfallenen von hinten niederschlage. Die Berliner Bevölkerung schäumte über vor Zorn, als die Nachricht von der englischen Kriegserklärung, die niemand für möglich angesehen hatte, durch die Stadt flog. Daß uns die Franzosen und die Russen angriffen, verstand das Volk; daß aber England aus Herrschsucht und Gewinngier sich ihnen anschloß, rief von der Memel bis zum Bodensee einen ungeheuren, vorher nicht für möglich gehaltenen Haß hervor; man sah in England den Judas Ischarioth, der alle hohen Menschheitsinteressen um 30 Silberlinge verschacherte. Das Volk warf dem Botschafter die Fenster ein; der Kaiser ließ ihm am andern Morgen sagen, daß er diese Ausschreitung bedaure, daß aber der Botschafter daraus die Gefühle der Nation ersehen könne. Seine Ehrenstellen eines Großadmirals der englischen Flotte und britischen Feldmarschalls lege er hiemit nieder; „die Botschaft, sagt Goschen, verlor von ihrer Herbheit nichts durch die Art der Mitteilung.“ Der Botschafter ward dann durch einen General z. D. bis an die Grenze geleitet, damit ihm nichts Unangenehmes mehr widerfahre.

In London aber erfolgte nun doch eine Kundgebung gegen den Krieg, welche der Oligarchie um Grey sehr empfindlich war: die Minister Lord Morley und John Burns, jener Lordpräsident des geheimen Rats, wohl der bedeutendste Mann des ganzen Asquithschen Kabinets, dieser, ein angesehener Arbeiterführer, Vorstand des Handelsministeriums, nahmen am 6. August ihre Entlassung, weil sie angesichts der ganzen Sachlage die ungeheure Verantwortung dieses

Krieges nicht tragen wollten. Ihnen schloß sich als Dritter der „Parlamentssekretär" im Unterrichtsministerium, Trevelyan, an. Einige Professoren Oxfords erhoben ebenfalls einen flammenden Protest gegen den Krieg, den sie als ein Verbrechen an der Zivilisation ansahen. Aber da der Krieg einmal da war, verstummte bald aller Widerspruch; wohl oder übel wurde die Losung allerseits angenommen, daß es nun gelte den Kampf mit allen Mitteln zum siegreichen Ende zu führen, und von den Oxforder Historikern ging eine Flugschrift aus: why we are at war? (warum wir im Krieg sind?), welche den englischen Standpunkt zusammenfaßte. Die drei Verbündeten geberdeten sich vermöge einer in England und Frankreich herkömmlichen Selbstüberhebung oder Heuchelei, als ob sie die Vorkämpfer der Menschlichkeit und Zivilisation gegen den „deutschen Militarismus" seien, der die Welt in eine von Deutschland geleitete Kaserne verwandeln und alle Freiheit der großen und noch mehr der kleinen Völker erdrosseln wolle. Die Oxforder bezeichneten das deutsch-österreichische Streben nach Herrschaft über Südosteuropa als Quelle des Kriegs, weil Rußland das nicht dulden könne; Rußlands Machtgier fanden sie ganz in der Ordnung. Solche Redensarten standen den Engländern, welche die ganze Welt unter ihren „Marinismus", ihre unbedingte Herrschaft über das Meer, beugen und alle Völker dadurch knechten wollten, nicht minder schlecht zu Gesicht als den Russen, welche Finen, Deutsche, Polen, Ukrainer, Tataren, Kaukasier, Turanier unter hartem Joch hielten, und den Franzosen, welche noch immer, wenn sie siegten, als gewalttätige Eroberer aufgetreten sind.

Gegen diese große Übermacht unserer Feinde, welche mit ihren etwa 250 Millionen Menschen gegen die 118 der Deutschen und Österreicher des Sieges gewiß zu sein glaubten, erhob sich einmütig und kampfentschlossen die deutsche Nation und der größere Teil der Bevölkerung der Donaumonarchie. Was diese anbetrifft, so war die Entwicklung ihrer Wehrkraft durch die unaufhörlichen Zänkereien zwischen Ungarn und Österreich, zwischen den Deutschen und Tschechen freilich in bedauerlicher Weise aufgehalten worden; bei 51,4 Millionen Seelen hatte die habsburgische Monarchie 1912 eine Friedensstärke von nur 414 600 Mann und 79 200 Pferden, während Deutschland bei 67 Millionen 655 700 Mann und 126 000 Pferde unterhielt. Das besagt: Österreich hatte 78,4% der deutschen Volksziffer, aber nur 63,4% der deutschen Heeresstärke und 62,6% der deutschen

Kriegspferde; es blieb um etwa 15% hinter Deutschland zurück. Wenn die Russen und Serben aber gehofft hatten, daß der aus so vielen Nationalitäten bestehende Staat beim ersten wuchtigen Stoß in Trümmer gehen werde, so haben sie sich getäuscht. Zwar fehlte es nicht an Elementen, welche hochverräterisch dachten; im ganzen aber erbrachte der Krieg den Beweis, daß die Monarchie doch fester gefügt war, als die Pessimisten angenommen hatten. Die Deutschen (12 Millionen), die Magyaren (10 Millionen) und die Polen (5 Millionen) wußten, was für sie auf dem Spiel stand und welches Los sie im Fall eines russischen Sieges erwartete. Am 22. Juli erklärte Graf Andrassy im Abgeordnetenhaus zu Pest, daß er bei aller tiefen Abneigung gegen das System des Ministeriums Tisza doch jetzt das Verbleiben des Ministeriums im Amt wünsche, und daß er und seine Gesinnungsgenossen das Ministerium bis zum Abschluß der Krisis unterstützen würden. Die Tschechen freilich mußten sich zwar sagen, daß sie für ihre römisch-katholische Konfession und ihre Nationalität von den Russen nicht viel Verständnis und Schonung zu erwarten hätten; aber stärker noch wurden sie durch ihren Gegensatz gegen die Deutschen beeinflußt. Ein tschechischer Privatdozent der Soziologie in Prag Benesch hat Ende 1917 in einer französisch geschriebenen Schrift: détruisez l'Autriche! behauptet, daß von den 600 000 tschechischen und slawakischen Soldaten 350 000 zu den Russen übergelaufen seien (das in Prag beheimatete Regiment 28 ist durch bekanntgegebenen Tagesbefehl des Kaisers Franz Joseph wegen Verrats aufgelöst und für immer aus der Heeresliste gestrichen worden); alle tschechischen Parteien seien entschlossen gewesen Österreich die Treue nicht zu halten; die Tschechen hätten demgemäß keine Kriegsanleihen gezeichnet und der Regierung keine Lebensmittel geliefert. Der Oberbefehlshaber Erzherzog Friedrich wollte der unheilvollen Wühlerei der tschechischen Hochverräter durch rücksichtslose Anwendung des Kriegsrechts ein Ende machen, drang aber bei der furchtsamen Regierung und dem Kaiser nicht durch. Doch wurden die tschechischen Abgeordneten Kramarsch, Rasin, Cerwinka und Zamapol, die es gar zu bunt trieben, im Januar 1917 wegen Hochverrats (beabsichtigter Loslösung von der Monarchie) zu 6—15 Jahren schweren Kerkers verurteilt, von Kaiser Karl aber nach kurzer Frist begnadigt. Die gerichtliche Untersuchung kam jedoch zu dem (ohne Zweifel viel zu rosigen) Schluß, „daß doch nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des tschechischen Volks der verbrecherischen Verführung erlegen sei;

das beweisen die blutigen Verluste der tschechischen Truppen und die ihnen verliehenen Auszeichnungen". Nach allem Gesagten war es eine fragliche Auffassung mancher Kreise, daß der Krieg nicht einen Zusammenstoß zwischen Germanen und Slawen bedeute, sondern einen gemeinsamen Kampf der Deutschen, Magyaren und Westslawen gegen die Ostslawen, gegen das barbarische und alle andere Nationalitäten unterdrückende Großrussentum. Die österreichische Kriegserklärung an Rußland erfolgte übrigens am 5. August, worauf die Botschafter Frankreichs und Englands am 10. und 12. ihre Pässe forderten und abreisten. Damit war der Kriegszustand gegeben.

Die deutsche Regierung veröffentlichte am 3. August ein Weißbuch, in dem die wichtigsten Schriftstücke, besonders der Depeschenwechsel des Kaisers mit dem Zaren, mitgeteilt wurden, und berief auf den 4. August den Reichstag ein. Der Kaiser eröffnete ihn um 1 Uhr im weißen Saale des Königsschlosses mit einer Thronrede von markiger Kraft, welche auf die unbeirrbare Redlichkeit verwies, mit der Deutschland trotz aller Herausforderungen fast ein halbes Jahrhundert bemüht gewesen sei den Frieden zu erhalten. „Mit aufrichtigem Leid" gedachte der Kaiser „des Zerbrechens einer von Deutschland treu bewahrten Freundschaft" (mit Rußland); auch hob er hervor, daß „alle Bemühungen mit Frankreich zu freundlicheren Beziehungen zu gelangen an alten Hoffnungen und altem Groll gescheitert seien." „Uns treibt nicht Eroberungslust; uns beseelt der unbeugsame Wille den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und für alle kommenden Geschlechter. Nach dem Beispiel unserer Väter fest und getreu, ernst und ritterlich, demütig vor Gott und kampfesfroh vor dem Feind, so vertrauen wir der ewigen Allmacht, die unsere Abwehr stärken und zum guten Ende lenken wolle!" Darauf ließ der Kaiser sich von allen bürgerlichen Fraktionsführern — die Sozialdemokraten blieben dem weißen Saal des Königsschlosses auch diesmal ferne — es in die Hand geloben, daß der Reichstag fest entschlossen sei mit ihm durch Dick und Dünn, durch Not und Tod zusammenzuhalten: einer der eindrucksvollsten Vorgänge, von denen unsere Geschichte weiß. In der um halb vier Uhr eröffneten ersten Sitzung gab der Reichskanzler eine knappe und wirkungsvolle Darlegung der Lage, an der nur die Erklärung Anstoß erregte, daß unser Einmarsch in Belgien ein Unrecht sei, das wir wieder gutmachen würden, sobald das militärische Ziel erreicht sei; aber wer so bedroht sei wie wir, dürfe nur daran denken, wie er

sich durchhaue. Man hätte gern gehört, daß die Deutschen nur einer sicher zu erwartenden Verletzung der belgischen Neutralität von französischer Seite zuvorkommen müßten und die Verträge von 1830 ein preußisches Durchmarschrecht gegen eine von Frankreich drohende Gefahr festsetzten; auch daß das von allen Völkerrechtslehrern anerkannte Recht der Notwehr uns zur Seite stehe, hätte mit vollster Schärfe betont werden müssen. Wie die Worte lauteten, wurden sie von unsern Feinden mit Triumphgeschrei als Eingeständnis unseres Unrechts festgenagelt und schädigten uns unheilbar; ebenso wie Bethmanns Wort gegen Goschen, daß der Neutralitätsvertrag über Belgien nur „ein Fetzen Papier" sei. In der zweiten Sitzung, um fünf Uhr, wurden binnen einer Stunde siebzehn Vorlagen der verbündeten Regierungen, welche alle für den Kriegszustand notwendigen Maßregeln betrafen, vorab die über eine Kriegsanleihe im Betrag von fünf Milliarden Mark, einmütig angenommen, auch von den Polen und Sozialisten. Niemand ergriff das Wort als der Vertreter der Sozialdemokratie, Haase, dieser um zu erklären, daß seine Freunde zwar die Verantwortung für die imperialistische Politik (Weltpolitik) von sich ablehnten und im innigen Einvernehmen mit den französischen Brüdern für den Frieden gewirkt hätten, daß sie aber jetzt, wo es nicht mehr gelte sich für oder gegen den Krieg zu entscheiden, wo für das deutsche Volk bei einem Sieg des russischen Despotismus alles auf dem Spiel stehe, das Vaterland nicht verlassen und die geforderten Summen bewilligen. Ihre heißen Wünsche begleiten alle zu den Fahnen gerufenen Brüder, ohne Unterschied der Partei. Alle Brüder ohne Unterschied der Partei! Man traute seinen Ohren nicht — noch keine vierzehn Tage war es her, daß dieses deutsche Land bis in die Tiefen gespalten und zerrissen schien durch konfessionelle, soziale, politische Gegensätze, daß der Katholik dem Protestanten nicht recht traute, der Niedere den Hohen beneidete, der Liberale vom Konservativen kein Stückchen Brot annehmen wollte und umgekehrt: und nun hatte die furchtbare Gefahr, welche urplötzlich über das gesamte Volk hereinbrach und alle gleichermaßen mit Unheil bedrohte, es zuwege gebracht, daß die Gegensätze mit einemmal verstummten und die Deutschen mit Stolz und Freude inne wurden, daß sie doch alle Glieder eines Leibes, Söhne einer Mutter waren. Schon als der Kriegszustand am 31. Juli verkündigt ward, trat der Umschwung zutage; Lawinen gleich wälzten sich die Massen in Berlin nach dem Kaiserschloß,

und der Ruf erscholl: wir wollen den Kaiser sehen! Wilhelm II. aber erlebte jetzt die größte Zeit, die einem Fürsten beschieden sein kann; er ward als die leibhafte Verkörperung der Nation selbst empfunden, ihres Rechts, ihrer Kraft, ihrer Zukunft; und er fand am 1. August das Wort, das der Lage den richtigen Ausdruck verlieh, als er vom Balkon seines Schlosses dem Volk das, was von unten zu ihm hinaufflammte, mit den herrlichen Worten zurückgab: „ich kenne keine Parteien und keine Konfessionen mehr; wir sind heute alle deutsche Brüder und nur deutsche Brüder!" Als der Reichskanzler am Schluß der Tagung des 4. August dem Reichstag „den Dank des Kaisers und seiner hohen Verbündeten" aussprach, da sagte er: „nicht das Gewicht Ihrer Beschlüsse gibt dieser Tagung ihre Bedeutung, sondern der Geist, aus dem heraus sie geboren sind, der Geist der Einheit Deutschlands, des unbedingten, rückhaltlosen, gegenseitigen Vertrauens auf Leben und Tod. Was uns auch beschieden sein mag, der 4. August 1914 wird bis in alle Ewigkeit hinein einer der größten Tage Deutschlands sein!"

In Betätigung dieser Einheit stellten der Reichsverein gegen die Sozialdemokratie, der evangelische Bund, der Ostmarkenverein — dieser angesichts der Haltung der polnischen Fraktion am 4. August — ihre Kampftätigkeit ein; auch der Antisemitismus verstummte zunächst. Die preußische Regierung beendigte die seit dem 24. November 1906, seit dem Tod des Erzbischofs v. Stablewski, andauernde Erledigung des Erzbistums Posen und Gnesen und ernannte den Domherrn Likowski zum Erzbischof, ohne auf dem Grundsatz zu bestehen, daß die hohe Würde von Polen und Deutschen im Wechsel bekleidet werden müsse.

Wie 1913, dessen Andenken zusammen mit dem 25jährigen Regierungsjubiläum des Kaisers die Nation erst in weihevoller Stimmung gefeiert hatte, so erfüllte die Massen auch 1914 eine religiöse Stimmung; als alle irdischen Werte und Besitztümer wankten, ward man der ewigen und unvergänglichen Güter inne. Das Lutherlied: „Ein' feste Burg ist unser Gott!" erklang auch in den Großstädten, in deren Gassen sonst die religiöse Welle leicht verrinnt; mehr als die Wacht am Rhein, der Hochgesang des Jahres 1870, war es 1914 das Lied, das dem Bedürfnis der Volksseele und dem schweren Ernst der Lage entsprach. Am Bismarckdenkmal zu Berlin, am Völkerschlachtdenkmal zu Leipzig fanden vor vielen Tausenden von Andächtigen ergreifende Bittgottesdienste statt. Als in Berlin die 30000 Hörer dem Hofprediger Döring die sieben Bitten des Vaterunsers nachspra-

chen, voll ernster Innigkeit, in leisem Flüstern, „nur murmelnd und doch wie ein Aufschrei," da hatte der Berichterstatter der Frankfurter Zeitung, welche sonst religiösen Dingen mit kühler Zurückhaltung gegenüber gestanden war, das Gefühl, daß kein anderes Volk so in den Krieg ziehe. Das wird richtig bleiben, selbst wenn man anerkennt, daß auch in Paris die Kirchen sich jetzt wieder füllten und die Gläubigen vor den Altären kniend ohne Unterlaß zur Himmelskönigin Maria flehten: reine de France, priez pour nous! reine de France, venez et sauvez nous! Die religiöse Stimmung hat sich lange erhalten, wenn auch das erste lohende Feuer sich im Lauf langer Monate abdämpfte; die Kriegsbetstunden in den Kirchen und im zweiten Kriegsjahr die Waldgottesdienste fanden zahlreiche andächtige Hörer, und nach Ablauf des achten Kriegsmonats schrieb die Frankfurter Zeitung im April 1915: „Der Sieg des deutschen Volks ist nicht eine Sache des Zufalls, sondern eine metaphysische Notwendigkeit. Wenn eine Vernunft in den Dingen ist, welche die Geschicke der Völker bestimmt, dann dürfen und müssen wir glauben, daß uns die Vorsehung für große Dinge vorbehalten hat. . . . Ein leichter Sieg hätte uns stolz, übermütig und üppig machen können. Ein harter Sieg wird uns den deutschen Ernst und die Ehrfurcht vor den ewigen Mächten erhalten, die über dem Leben der Völker stehen, und ohne die all dieses Kämpfen und Ringen ein sinnloses, verzweiflungsvolles Chaos wäre."

Daß nicht bloß Worte gemacht wurden, daß Taten geschahen, welche als Prüfstein der Stimmung gelten dürfen, dafür zeugen die mehr als anderthalb Millionen Kriegsfreiwilliger, welche in diesem Volke der allgemeinen Wehrpflicht sich zu den Fahnen meldeten und nach einer Ausbildung von 2—3 Monaten den alten Regimentern tapfer und ungestüm zur Seite traten. Auch die Sozialdemokratie hat einen Teil dieser Freiwilligen gestellt; einer ihrer ersten Führer, der Reichs- und Landtagsabgeordnete für Mannheim, Ludwig Frank, ein Jude, trat 40jährig als Freiwilliger ein, um darzutun, „daß das Verhalten seiner Partei am 4. August nicht bloß ein Strohfeuer und eine Bereitschaft in Worten sei." Er tat freudig und willig seine Soldatenpflicht und fiel am 3. September bei Baccarat in Französisch-Lothringen; sein sehnlicher Wunsch „den Krieg zu überleben und dann am Innenbau des Reiches mitzuschaffen" ward ihm leider nicht erfüllt. Es war ein Zeichen der neuen Zeit, daß der Stellvertreter des im großen Hauptquartier befindlichen Reichskanzlers, der Staatssekretär des Innern, Delbrück, dem Reichstag das Bedauern der Regierung

über den Verlust des hervorragenden Mitgliedes aussprach, und daß der badische Minister des Innern v. Bodman gegenüber der badischen Sozialdemokratie dasselbe tat. „Wohl wiegt eines viele Taten auf, heißt es in Ludwig Uhlands „sterbenden Helden": sie achten drauf: das ist in deines Vaterlandes Not der Heldentod."

Zum Gesamtbild der großen Zeit gehört es, daß nicht bloß die Kriegsmannschaft ihrer Pflicht gegen das Vaterland eingedenk war, sondern auch die, welche daheim bleiben mußten. Für die Zwecke des roten Kreuzes und der Fürsorge für die Familien der Ausmarschierten und bald der Gefallenen gingen ungeheure Summen ein, welche alle Vorgänge der Friedenszeit weit hinter sich ließen. Man lernte wieder sparen und haushalten; Sammlungen von Wollresten, von altem Metall ergaben Massen von noch verwertbaren Gegenständen. Auf die neun 5proz. Kriegsanleihen des Reichs, die am 19. September 1914, am 22. Februar und im September 1915, im März und September 1916 und in denselben Monaten des Jahres 1917 und 1918 aufgelegt wurden, sind (einschließlich der Zeichnungen im Felde) 4460, 9060, 12101, 10712, 10652, 13122, 12265, 15100 und 10330 Millionen Mark nicht bloß gezeichnet, sondern bis zum letzten Pfennig bar eingezahlt worden, großenteils lange vor der gesetzlichen Pflichtfrist. Das waren in der Tat in der Finanzgeschichte aller Zeiten unerhörte Ergebnisse, um so staunenswerter, als sie ohne Anwendung von Zwangsmitteln, lediglich aus patriotischem Pflichtgefühl der Einzelnen wie der Körperschaften erreicht worden sind. Bei der ersten Anleihe wurden Beträge bis zu 200 Mark gezeichnet von 231112, bei der zweiten von 452133 Personen, Beträge bis zu 500 Mark von 241804, bezw. 581470, zum Zeichen, daß auch die kleinen Leute mit ihren Sparpfennigen dem Vaterland zu Hilfe kamen: ähnlich ging es weiterhin.

Den großen Erinnerungen an 1813 entsprach es, daß der Kaiser am 5. August den Orden des eisernen Kreuzes (erster und zweiter Klasse) für diesen Krieg erneuerte und ihn für alle die bestimmte, „welche daheim und im Felde Verdienste um die deutsche Streitmacht und die seines Verbündeten sich erwerben." Die Waffenbrüderschaft mit Österreich-Ungarn, die im Feuer dieses Weltkrieges stahlhart gehämmert ward, trat damit in ein helles Licht.

Zwanzigstes Kapitel

Der Verlauf des Weltkrieges 1914—1915

1. Das Verhalten der Neutralen

Der Krieg verwirklichte die Besorgnis, welche schon Bismarck immer gehegt hatte: Deutschland war gezwungen gegen eine Koalition, also nach zwei Seiten gleichzeitig, sich zur Wehr zu setzen, nach Osten und nach Westen, und im Westen stand nicht bloß ein Feind, sondern drei: Frankreich, England und Belgien, das immerhin über ein paar hunderttausend Mann verfügte. Im Osten wurde Deutschland allerdings durch Österreich-Ungarn unterstützt; dieses war aber genötigt einen Teil seiner ohnehin verhältnismäßig nicht sehr großen Kriegsmacht gegen Serbien zu verwenden und einen andern an der italienischen Grenze stehen zu lassen. Denn hier trat etwas Unerwartetes ein — Italien, auf dessen bewaffnete Hilfe die öffentliche Meinung in Deutschland und Österreich als auf etwas Selbstverständliches rechnete, von dessen Beiseitestehen im Kriegsfall aber die Russen laut den 1915 von uns in Warschau erbeuteten Schriftstücken schon 1912 überzeugt waren*), erklärte auf Grund eines Ministerrats vom 1. August am 2. seine Neutralität „mit dem Vorbehalt später den Wünschen seiner Verbündeten mehr entsprechende Entscheidungen zu treffen.“ Die Überraschung über diesen unerwarteten Seitensprung war groß, und daß die Regierungen in Berlin und Wien angesichts des 1. Artikels des Dreibundvertrags Italien zu bewaffneter Hilfeleistung für verpflichtet hielten, hat die Norddeutsche Allgemeine Zeitung am 20. Mai 1915 offen ausgesprochen. Dieser Artikel setzte nämlich fest, daß der Bündnisfall (der „casus foederis“) gleichzeitig für die drei Vertragsmächte eintrete, wenn einer oder zwei der Vertragschließenden ohne direkte Herausforderung ihrerseits von zwei oder drei Großmächten angegriffen würden. Daß Rußland von Österreich oder Deutschland „direkt herausgefordert“ worden sei, konnte auch der Übelwollendste ehrlicher Weise nicht behaupten — kaum, daß es indirekt herausgefordert worden sei. Gleichwohl machte der Marchese San Giuliano geltend, daß Österreich

*) Siehe den Nachweis, daß sie als Gegner nicht in Rechnung gestellt wurden, bei Robert Höniger, Rußlands Vorbereitung zum Weltkrieg, Berlin 1919, Seite 7.

angriffsweise gegen Serbien vorgegangen sei und dadurch das Eingreifen Rußlands veranlaßt habe, daß er also den casus foederis nicht für gegeben erachte. Auch machte er geltend, daß, indem Österreich von seiner Absicht des Ultimatums an Serbien Italien nicht vorher in Kenntnis gesetzt habe, es Artikel 7 des Vertrags verletzt habe; denn dieser verpflichte beide Mächte zu vorheriger Verständigung und einer Gegenleistung, für den Fall einer von ihnen sich genötigt sehe den status quo auf dem Balkan durch eine — zeitweilige oder dauernde — Besitzergreifung zu ändern. Die österreichische Auslegung des Artikels, daß er sich nur auf Besitzergreifung türkischen Gebiets beziehe, ließen die Italiener nicht gelten. Weil nun aber Österreich schon vor Ausbruch des serbischen Kriegs in St. Petersburg und auch in Rom erklärt hatte, daß es keinen Gebietszuwachs auf Kosten Serbiens erstrebe, so „wären die Zentralmächte — laut Nordd. Allg. Ztg. vom 20. Mai 1915 — berechtigt gewesen Italiens Einwände gegen die Erfüllung seiner Bündnispflicht nicht anzuerkennen. In loyalem Verständnis für die nicht leichte innere und äußere Lage Italiens (und, wird man hinzufügen dürfen, weil ein anderes Verhalten doch nichts genützt, sondern nur geschadet hätte) zogen sie es doch vor die einseitige Auslegung des Dreibundvertrags hinzunehmen und begnügten sich mit der Erklärung wohlwollender Neutralität, zu der der Vertrag unzweifelhaft verpflichtete." Das — bis zum Letzten dreibundfreundlich gebliebene — Blatt Popolo Romano hat am 6. August auch gesagt, daß die Teilnahme Englands am Krieg Italien in die Unmöglichkeit versetzt habe seinen Verbündeten beizustehen; „denn ein Krieg mit England wäre für Italien bei seinen langgestreckten Küsten und seinen an diesen Küsten liegenden blühenden Städten verderblich." Darin lag freilich das für Italien nicht erfreuliche Zugeständnis, daß es eine Großmacht im vollen Sinn, welche souveräne Herrin ihrer Politik sein muß, nicht war, sondern daß es im Kielwasser Englands zu fahren genötigt sei; aber war England, dessen Flotte in ihrer Hauptmasse durch die deutsche in der Nordsee festgehalten war, überhaupt jetzt in der Lage den Italienern zur See ernstlich zuzusetzen, und war der Dreibund nicht imstande, gemäß der Abkunft vom 23. Juni 1913 der feindlichen Seestreitkräfte im Mittelmeer gemeinsam sich zu erwehren? In Wahrheit war Italien niemals der ehrliche Freund Österreichs gewesen; es sah auf jeden Schritt des Verbündeten auf dem Balkan mit dem Argwohn, daß es über's Ohr gehauen werden solle; es

stand unter der Einwirkung der eigenen Irredenta und hatte, wie San Giuliano am 20. Juli dem österreichischen Botschafter v. Merey sagte, Sympathien mit allen irredentistischen Bestrebungen, also auch mit den serbischen. Durch seine Neutralität ermöglichte es den Franzosen ihre Südostgrenze nur mit schwachen Kräften zu besetzen. Leider muß gesagt werden, daß im italienischen Volk eine starke Gehässigkeit nicht bloß gegen Österreich, was sich aus geschichtlichen Gründen ja schließlich verstehen läßt, sondern auch gegen Deutschland hervortrat. Vergeblich richtete der aus Italien stammende Schauspieler Alexander Moissi, der in Deutschland eine glänzende Laufbahn zurückgelegt hatte und selbst durch Vermittlung des Kronprinzen als Freiwilliger in unser Heer trat, einen offenen Brief an sein Volk, in dem er das Bild ungeheurer sittlicher und menschlicher Kraft, das Deutschland darbiete, mit ergreifenden Worten schilderte: „hätte ich Worte, das was ich hier gesehen habe, mit der gleichen Glut zu schildern, mit der es mich wie alle hier lebenden Ausländer überwältigt; ich bin überzeugt, kein italienisches Herz würde zögern gleich mir ohne Besinnen der großen Partei des Rechts und der Ideale sich anzuschließen".*) Der Brief ist freilich von den italienischen Blättern nicht veröffentlicht worden, also wirkungslos geblieben, und Moissi trat gleich nach Ausbruch der Revolution den „unabhängigen" Sozialisten bei. Am 23. April 1915 ward ein Artikel bekannt, den der italienische Schriftsteller Lucian Zuccoli, ein Nationalist, aber Dreibundfreund aus Patriotismus, in der Concordia veröffentlichte und worin er sagte: „seit Italien den krummen Weg geht, seit es nämlich seinen Verbündeten ein Bein gestellt hat, indem es sich in eine fragwürdige Neutralität hüllte, haben wir nichts Besseres zu tun gewußt als Deutschland zu beschimpfen, über Deutschland allen Haß und Spott in Zeitungen, Reden und Volksversammlungen auszugießen und dem Kaiser Fratzen zu schneiden. Diese Tätigkeit, an der sich Politiker, Gelehrte, Literaten, Künstler und Dichter (vornehmlich der phrasenhafte Lüstling Gabriel D'Annunzio [eigentlich Rapagnetta]) beteiligten, ist ein Werk des Wahnsinns, eine schwere allgemeine Betrunkenheit. Die Regierung schläft. Dabei hat Italien von Deutschland nichts als nur Freundschaft erfahren und braucht Deutschland auch in der Zukunft." Die Irredentisten forderten ungestüm den

*) Das Nähere s. in meinen „Deutschen Betrachtungen über den Weltkrieg", Halle 1915, S. 17.

Übertritt Italiens auf die Seite des Dreiverbands, damit bei dieser Gelegenheit das Trentino, die Isonzogrenze (mit Aquileja, Monfalcone, Görz, Gradiska und Cormons) und Triest den Österreichern abgejagt und die nationale Einheit Italiens hergestellt werde. Das Ministerium Salandras glitt, seit San Giuliano gestorben war (16. Oktober) und der Halbengländer Sidney Sonnino, Sohn eines Juden und einer englischen Mutter, von Konfession Calvinist, das Auswärtige leitete, mehr und mehr ins irredentistische Fahrwasser. Um den Wühlereien des Dreiverbandes besser entgegentreten zu können, hatte die deutsche Regierung schon kurz vor Kriegsausbruch, im Juli 1914, in Wien „für alle Möglichkeiten" die Abtretung des Trentino an Italien vorsichtig angeregt. Nun übertrug Kaiser Wilhelm II. am 4. Dezember die Vertretung Deutschlands in Rom dem früheren Botschafter des Reichs beim italienischen Hof, dem einstigen Reichskanzler Fürsten Bernhard v. Bülow, der auch durch seine Ehe mit der italienischen Prinzessin Camporeale in Rom vielfache Beziehungen unterhielt; der Botschafter v. Flotow nahm einen Erholungsurlaub. Über das Weitere siehe S. 242 ff.

Die übrigen europäischen Staaten blieben ebenfalls neutral. In Schweden war aus Furcht vor dem Streben Rußlands nach einem eisfreien Hafen an der skandinavischen Westküste die Stimmung überwiegend deutschfreundlich; der große Erforscher Zentralasiens, Sven Hedin, war sogar ein begeisterter Freund Deutschlands, nannte den Bund Englands mit dem Zarentum zum Zweck der Vernichtung der Deutschen das größte Verbrechen seit Kains Brudermord und gab in seiner deutsch verfaßten Schrift: „ein Volk in Waffen" eine begeisterte Schilderung unseres Heeres, das er mit Erlaubnis des Kaisers an der Front besucht hat. Der Stockholmer Professor Gustav Steffen trat in seinem ausgezeichneten Buche „Krieg und Kultur" auf Grund genauester Kenntnis Englands dessen systematischem Verleumdungsfeldzug und seinen leider schließlich in der ganzen Welt wirksamen heuchlerischen Angriffen auf den angeblich kulturfeindlichen deutschen Militarismus wirkungsvoll entgegen. In Norwegen überwog — trotz der gerade für dieses Land dringlichen russischen Gefahr und trotz der alljährlichen Besuche des Kaisers — die Vorliebe für das benachbarte England, dem auch die Königin Maud entstammte, und die wirtschaftliche Verflechtung des Landes mit England. Dänemark hielt sich trotz des schleswigischen Zankapfels, infolgedessen das Volk und die Presse Deutschland freilich wenig geneigt

waren, dank der Einsicht des Ministers Zahle, ehrlich neutral; man war auch nicht ohne Sorge vor russischen Absichten auf den Sund — wie die Meerengen, die das schwarze Meer schließen, ein Gegenstand russischer Begehrlichkeit waren, so diejenigen, an deren Besitz die Herrschaft über die Ausfahrt aus der Ostsee hängt. In Holland verstimmte die Mißachtung der belgischen Neutralität, welche der tückischen Verdächtigung, daß Deutschland der Rheinmündungen wegen nach dem Besitz der Niederlande trachte, neue Nahrung gab; doch waren die konservativen Kreise Deutschland zugetan, und die Mißhandlung des holländischen Handels durch England sowie das 1916 immer deutlicher hervortretende Streben, im künftigen Frieden die Scheldemündung an Belgien zu bringen und damit Antwerpen zum englischen Landungsplatz auf dem Kontinent zu machen (S. 154 f.), erregte allmählich auch die stumpfen Gemüter. In Spanien herrschte wegen des alten Hasses des Volkes gegen die französischen Einbrecher von 1808 und wegen der Abneigung gegen das kirchenfeindliche Vorgehen der französischen Radikalen sowie infolge des von Gibraltar aus empfundenen steten englischen Drucks eine ausgesprochene Hinneigung zu Deutschland; der Correo español schrieb Ende November: „dem englischen Leoparden werden durch die Deutschen die Krallen geschnitten. Die eisernen Fesseln zerspringen, die erzwungenen Freundschaften lösen sich auf, die Freiheit bricht an für die unterdrückten 400 Millionen Menschen!" Eine öffentliche Kundgebung für Deutschland als die Heimstätte ächter Kultur fand 1915 elftausend Unterschriften, darunter die angesehensten spanischen Namen. Portugal stand seit 1701 in politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von England, und Sir Edward Grey drängte auf die Mitwirkung des „Verbündeten". Am 24. November 1914 beschloß die Kammer angeblich einstimmig, daß die Regierung in der ihr geeignet erscheinenden Weise in den Krieg eingreifen solle; aber die englische Zumutung war, angesichts des Mangels jedes wirklichen Grundes zum Krieg gegen Deutschland, so ungeheuerlich, daß das Ministerium Coutinho am 23. Januar 1915 gestürzt ward, und der neue Staatslenker Pimento Castro ordnete am 10. Februar die Einstellung der schon begonnenen Rüstungen an. Der englische Druck ließ aber nicht nach; am 24. Februar 1916 verfügte das Ministerium Alfonso Costas die Beschlagnahme der in portugiesische Häfen geflüchteten 37 deutschen Handelsschiffe (270 000 t) und nötigte dadurch Deutschland am 9. März zur Erklärung des Kriegs. Er wurde zunächst nur in Ost-

afrika geführt, indem 5000 Portugiesen am Nyassasee den englischen Angriff auf unsere Kolonie unterstützten; bald aber fochten Portugiesen auch an der Westfront.

Über die Balkanstaaten wird weiter unten noch ausführlich gesprochen werden; zunächst hielten sie sich zurück. Bulgarien war von unauslöschlichem Haß namentlich gegen Serbien erfüllt, das in Makedonien das bulgarische Element auf jede Weise unterdrückte, und hatte auch gar keine Neigung sich für Rußland, den Beschützer Serbiens, zu opfern. In Griechenland waren der König Konstantin, der Schwager des deutschen Kaisers, und sein Generalstab, welche Deutschlands kriegerische Kraft kannten, für Neutralität, und als die Absichten der Russen auf die Wegnahme Konstantinopels hervortraten, ward ihre Abneigung gegen ein Parteiergreifen für den Dreiverband noch verstärkt. Rumäniens König Karl hatte in der Erkenntnis, was für die Erhaltung der rumänischen Nation notwendig sei, 1882 einen Bündnisvertrag mit Österreich und Deutschland abgeschlossen, und die oben S. 193 erwähnten russischen Geheimakten zeigen, daß man in St. Petersburg mit Rumänien als einem Gegner rechnete. Gleichwohl konnte der greise, um sein Land durch eine 48jährige treue Arbeit hochverdiente König jetzt die Ausführung des Vertrags von seinem Ministerrat nicht erlangen: die Mißhandlung der ungarländischen Rumänen durch die Magyaren trug nun üble Früchte; ein Entgegenkommen an Rumänien, wofür der Kaiser Franz Joseph zu haben gewesen wäre, verhinderten die Magyaren auch jetzt, und so überwogen in Bukarest Angst vor Rußland, Begehrlichkeit und vielleicht auch englisches Gold alle anderen Erwägungen. Ja nach der Petersburger Prawda vom 31. Januar 1918 hat Rußland mit dem Ministerpräsidenten Bratianu schon am 30. Juli über einen Vertrag betreffs eines Angriffs auf Österreich verhandelt. Karl, vom erzwungenen Wortbruch verzehrt, starb am 10. Oktober 75jährig (geb. 1839). Sein Neffe Ferdinand (geb. 1864), hielt bis 1916 an der Neutralität fest, obwohl viele Rumänen der Ansicht waren und sie leidenschaftlich verfochten, daß man die Gelegenheit wahrnehmen solle den Ungarn Siebenbürgen, wo fast 1,4 Millionen Rumänen wohnen, zu entreißen; später könne man dann, in einem neuen Weltkrieg, mit Hilfe der Österreicher den Russen Bessarabien, wo fast eine Million Rumänen wohnt, abnehmen und so den Nationalstaat abrunden. In der Türkei war man sich von allem Anfang darüber klar, daß in dem

großen Krieg die eisernen Würfel auch über das Schicksal der Osmanen rollten; wenn Rußland Österreich niederwarf, konnte niemand es mehr abhalten sich Konstantinopels zu bemächtigen und auch in Asien die Türkei nach Belieben zu verstümmeln. Deshalb wurden, vor allem auf Betreiben des klarblickenden und tatkräftigen Kriegsministers Enver Pascha, sofort nach Kriegsausbruch bestimmte Abreden mit Deutschland getroffen; der Sultan Mehemed V. verfügte (nach dem türkischen Sprichwort, daß das Glück in den Tapferen verliebt sei, wie er einem deutschen Tagesschriftsteller sagte) die Mobilisierung, die freilich, da in Kleinasien nur die sog. Bagdadbahn zur Verfügung stand und das Geld infolge der zwei Balkankriege knapp war, naturgemäß lange sich hinzog. Ende Oktober war sie beendet, und als nun die Russen am 28. Oktober den Bosporus mit Minen zu sperren versuchten, nahmen die Türken die zwei Minenschiffe weg und beschossen mit ihrer Flotte, für welche die infolge des Abkommens vom 23. Juni 1913 bei Kriegsausbruch im Mittelmeer befindlichen und nach den Dardanellen gegangenen deutschen Kreuzer Göben und Breslau als „Sultan Jawus Selim" und „Midilli" erworben worden waren, die russischen Häfen am schwarzen Meer, Noworossiysk, Feodosia und Odessa. Infolge davon trat am 1. November der Kriegszustand mit Rußland und folgerichtig auch mit dessen Verbündeten ein. Der Scheik ül Islam, das geistliche Oberhaupt aller Muselmänner, erklärte darauf am 14. November durch ein Fetwa (Rechtsgutachten) alle Muselmänner für verpflichtet den Dschihad („den heiligen Krieg") gegen die Feinde des Kalifen zu führen. Eine erkennbare Wirkung hat freilich diese Erklärung nicht hervorgebracht; die indischen Mohammedaner blieben, wenn auch ihre Neigungen auf seiten ihrer türkischen Glaubensgenossen sein mochten, von einzelnen Ausnahmen abgesehen (S. 260. 268), doch ruhig, und ein Teil der Araber ließ sich sogar durch englisches Gold und aus Abneigung gegen die Türken zum Übertritt auf die Seite Englands bestimmen.

Von den außereuropäischen Mächten hatten die Japaner ursprünglich eine große Zuneigung zu Deutschland, dem sie die Ausbildung ihres Heerwesens verdankten. Allein der Beitritt Deutschlands zu den Mächten, welche Japan 1895 die Früchte seines Sieges über China verkümmerten, und die persönliche Haltung des Kaisers, der 1900 vor der „gelben Gefahr" warnte (S. 4), bewirkte in Japan einen Umschwung der Gefühle, der vollendet

wurde, als Deutschland 1901 das Bündnis mit England und Japan ablehnte. Im Jahr 1902 schloß Japan mit England allein ab und 1905 wurde das Bündnis erneuert und verstärkt. Infolge davon forderte Japan, von England aufgereizt und durch Versprechungen gewonnen, am 20. August 1914 vom deutschen Reich die bedingungslose Übergabe des Pachtgebiets Kiautschou, damit alle Ursachen einer Störung des Friedens im fernen Osten beseitigt würden — aus lauter fürsorglicher Friedensliebe zwang uns der Mikado zum Krieg. Der Reichskanzler wählte die einzig richtige Form der Antwort: er ließ am 23. August nach Ablauf des Ultimatums dem japanischen Geschäftsträger erklären, daß er ihm eine Antwort nicht zu geben habe. Die Absicht der Japaner war natürlich lediglich darauf gerichtet uns bei dieser Gelegenheit Kiautschou mit der Stadt Tsingtau abzunehmen, deren Aufblühen sie zu einem Gegenstand des Neides und der Begehrlichkeit der Japaner machte; damit sollten wir aus der Reihe der Mitbewerber um China nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Sofort besetzten die Japaner die Karolinen und Marianen, die ihnen wertvolle Stützpunkte im großen Ozean boten. In den Vereinigten Staaten erregte dieses Vorgehen ein erhebliches Unlustgefühl; Wilson sandte ein Geschwader nach den Philippinen, um die Japaner zu mahnen, daß sie nicht allein auf der Welt seien. Tsingtau blockierten sie am 27. August und griffen es Mitte September mit 50000 Mann, 142 Geschützen und 10 Kriegsschiffen (mit 10000 Mann Besatzung) an; die Engländer verstärkten sie mit ganzen 910 Sikhs. Der Gouverneur von Kiautschou, Kapitän zur See Meyer-Waldeck, leistete — getreu seinem Versprechen treuester Pflichterfüllung bis zum Äußersten — an der Spitze von etwa 4—5000 Mann, von dem österreichischen Kreuzer Kaiserin Elisabeth auf Befehl Franz Josephs treulich unterstützt, etwa zehn Wochen einen heldenmütigen Widerstand, obschon jede Hoffnung auf Entsatz naturgemäß von Anfang an ausgeschlossen war. Er ergab sich erst am 7. Nov., nachdem alle Abwehrmittel erschöpft waren, mit 200 Offizieren und 3841 Soldaten. Die Japaner behandelten ihre Gefangenen — freilich nicht durchweg — anständig und unterschieden sich in dieser Hinsicht wenigstens etwas von ihren europäischen Verbündeten, welche selbst die unbewaffnete deutsche Bevölkerung, wo sie deren habhaft wurden, verhafteten und gröblich mißhandelten. Von der Entsendung eines Hilfsheeres nach Frankreich, um welches die Franzosen bald winselten, wollten die Japaner nichts wissen. Für sie war die Wegnahme von Kiautschou nur der Auftakt

zu etwas viel Größerem, der Unterwerfung ganz Chinas, und im Februar 1915 unterbreiteten sie Yuanschikai 21 Forderungen, welche auf die Überlassung des Bahnbaus und der Gewährung von Anleihen für die südliche Mandschurei und die östliche Mongolei, auf die Annahme japanischer Aufseher über die Verwaltung der chinesischen Städte, auf die Ernennung japanischer „Berater" für die Finanz- und Militärbehörden und auf den Verzicht der Verpachtung chinesischer Häfen und Inseln an Nichtjapaner hinausliefen. Diese Forderungen erregten in England lebhafte Besorgnis vor dem anspruchsvollen Verbündeten, der Englands Vorherrschaft in China hart bedrohte. Nach langen Verhandlungen erzwang Japan durch ein auf zwei Tage lautendes Ultimatum vom 7. Mai Chinas Unterwerfung unter sein Begehren. Als 1916 Rußland dringend die Beihilfe Japans zur Lieferung von Geschützen und Schießbedarf nötig hatte, gelang es den Japanern im Juli 1916 einen Vertrag durchzusetzen, nach welchem beide Reiche sich verpflichteten nichts Feindseliges gegeneinander zu unternehmen, niemand bei so etwas zu unterstützen, und wenn ihr Gebiet oder ihre Interessen in Ostasien von dritter Hand bedroht würden, miteinander über gemeinsame Abwehr sich ins Benehmen zu setzen. Weiter gestand der Zar zu, daß die Japaner in Sibirien Wohnrecht und freie Schiffahrt auf dem Sungari, dem 1600 Kilometer langen Hauptfluß der Mandschurei, erhielten und daß Japan die Eisenbahnen im Osten Chinas erwerben dürfe; ja er trat ihnen schließlich die Aufsicht über die mandschurische Eisenbahn von Kuang-Tschensi bis Charbin ab. Die Japaner durften also eine Kaserne in Charbin erbauen, und der Verkehr auf der sibirischen Eisenbahn, der Hauptverbindungslinie von St. Petersburg nach Wladiwostok (daneben die Amurbahn), „hing — nach der Kölnischen Zeitung — künftig vom Wohlwollen Japans ab; die Provinz Kirin mit ihren reichen Holz- und Bodenschätzen und die Provinz Mukden waren von nun an völlig in der Hand der Japaner. Die Niederlage, welche Rußland 1905 erlitten hatte, war jetzt vollendet. Auch Englands Stellung in Ostasien erhielt durch diesen Erfolg Japans einen nicht mehr gut zu machenden Stoß; Japan, mit Rußland im Rücken, hatte nun völlig freie Hand, um sich des Yangtsetals und der Formosa gegenüber liegenden chinesischen Küste, der Provinz Fukien, zu bemächtigen." In der Tat, die gewandten Staatsmänner in Tokio haben die Gelegenheiten, die ihnen Europa in seiner Selbstzerfleischung bot, vortrefflich zu nutzen verstanden, und indem sie die Herstellung

der Monarchie in China durch Yuanschikai verhinderten, erhielten sie China in der inneren Zerrüttung und Machtlosigkeit, welche der japanischen Vorherrschaft dienlich war. Als in Rußland 1917 der Bolschewismus obsiegte, erfolgte ein Eingreifen der Entente in Sibirien, wo die Japaner Wladiwostok besetzten.

In den Staaten des lateinischen Amerika wirkte schon das Gefühl der romanischen Stammesverwandtschaft einigermaßen für Frankreich; dann gelang es England durch das Durchschneiden der deutschen Kabel, infolgedessen Deutschland vom Weltverkehr fast abgesperrt wurde, und durch eine mit teuflischer Meisterschaft geführte, unerhört verlogene Preßtätigkeit die öffentliche Meinung für den Dreiverband und gegen Deutschland als den Feind der Menschheit einzunehmen. Monatelang wurden alle deutschen Siege verschwiegen und dagegen die tollsten Lügen verbreitet, daß der Kaiser hundert sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in Berlin habe erschießen lassen, daß er und der Kronprinz Selbstmordversuche gemacht hätten, daß die kleineren deutschen Staaten von Preußen abfallen wollten usw. Gleichwohl ward berichtet, daß in Chile, wo das deutsche Element eine große und einflußreiche Stellung einnahm, die Lügen nicht verfangen hätten, und namentlich das durch deutsche Lehrmeister gebildete Offizierskorps des Heeres legte seine deutschen Sympathien offen an den Tag, während die nach englischem Vorbild geschulte Flotte mehr Zuneigung zu England hatte.

Was die Vereinigten Staaten anbetrifft, so hoffte man in Berlin, daß das Vorgehen der Japaner gegen uns ganz von selbst die Vereinigten Staaten auf unsere Seite drängen werde, und der amerikanische Botschafter Gerard erklärte, wie ich aus bester Quelle weiß, daß die Ausdehnung der Japaner im stillen Ozean (S. 200) bald zum Krieg seines Landes gegen sie führen werde. Gleichwohl nahm die angelsächsische Presse fast ausnahmslos in schroffster Weise für England Partei, und der Präsident Wilson tat trotz seines früheren Einstehens für die sogen. Pazifisten (Friedensfreunde) nichts dagegen, daß die Waffenfabriken der Union, besonders die Bethlehem-Stahlwerke des einen deutschen Namen tragenden Schwab, den Verbündeten, deren eigene Kriegsindustrie den ungeheuren Bedarf an Geschützen, Gewehren, Pulver und Kugeln nicht herstellen konnte, in unerhörtem Maß die Mittel zum Krieg lieferten. Bis Ende Januar 1915 wurde der Wert dieser Lieferungen schon auf 489 Millionen Dollars angeschlagen; das ist fast zwei Milliarden Mark!

Es war grausamer Hohn, wenn die Amerikaner achselzuckend sagten: wir wollen nicht die Neutralität verletzen; bestellt ihr Deutschen bei uns, so liefern wir euch genau ebenso wie den Verbündeten! Da England den deutschen Küsten vorgelagert ist und über die stärkere Flotte verfügte, so war der Bezug von Waffen und von Waren aus Amerika für Deutschland überhaupt unmöglich. Wilson hat aber auch der völkerrechtswidrigen Unterbindung des Handels mit Deutschland, welche England zum Zweck der Aushungerung Deutschlands in die Wege leitete, indem es am 3. November die Nordsee als Kriegsgebiet absperrte und am 24. Dezember selbst Kleider und Nahrungsmittel für Menschen und Tiere als Bannware (Konterbande) bezeichnete, nur papierene Proteste entgegengesetzt. Den Vorschlag des als Botschafter in Berlin in Aussicht genommenen, wegen seines Namens aber abgelehnten und später nach Konstantinopel geschickten Staatsmannes Morgenthau, der eine Liga der Neutralen gegen die englischen Gewalttätigkeiten ins Leben rufen wollte, lehnte Wilson ab. Und doch war ersichtlich, daß England mit seinen Zwangsmaßregeln nicht bloß Deutschland auf die Knie zwingen, sondern auch dem Handel der Neutralen scheelsüchtig einen harten Stoß versetzen wollte. In den Vereinigten Staaten traten übrigens die Deutschen, welche auf 16 Millionen Köpfe geschätzt wurden, und die etwa gleich starken Iren mit Nachdruck für Deutschland ein; sie konnten aber lediglich nichts erreichen, weil sie im Kongreß nicht namhaft vertreten waren und die herrschende demokratische Partei sie als Gegner ansah, auf welche sie Rücksicht nicht zu nehmen brauche. Die schwere Niederlage, welche die Demokraten bei den Kongreßwahlen im November 1914 erlitten — ihre große Mehrheit sank von etwa 140 auf 15—20 Stimmen herunter — war wesentlich auf die deutschen und irischen Stimmen zurückzuführen. Die Iren haben auch in ihrem Heimatland selbst aus ihrem Haß gegen England, „dem einzigen Feind Irlands", kein Hehl gemacht. Zwar stand der Führer der irischen Unterhausfraktion, Redmond, wegen der Gewährung von Homerule (I 379) auf seiten der Regierung; aber bei einer Nachwahl unterlag ein Anhänger Redmonds einem Unversöhnlichen von der Richtung O'Briens, und im November 1914 mußten neun irische Zeitungen wegen ihrer hochverräterischen Sprache unterdrückt werden. Am 22. November erschien der Ire Sir Roger Casement, einst britischer Konsul im Kongostaat, im auswärtigen Amt zu Berlin und erhielt die Versicherung, daß Deutschland

aufrichtig Irlands Wohlergehen und nationale Freiheit wünsche und daß, wenn im Laufe des Kriegs deutsche Truppen in Irland landen sollten, sie nicht als Feinde kommen würden. Die Grey und Asquith haben sich darauf nicht entblödet Casements Leben nachzustellen; der britische Gesandte in Christiania, Findlay, suchte, wie Casement am 13. Februar 1915 öffentlich mitteilte, Casements norwegischen Diener durch einen Judaslohn von 100 000 Mark zu bewegen, daß er seinen Herrn in englische Hände spiele; sollte Casement dabei etwas zustoßen, so werde er, Findlay, dafür Sorge tragen, daß der Entführer straffrei ausgehe. Am 24. April 1916 brach in Dublin ein Aufruhr aus, der mit dem nationalistischen Verein Sinn Fein (= „wir selbst") zusammenhing, und Casement sollte die Führung übernehmen. Er wurde aber im selben Augenblick, wo er an der Westküste der Insel landen wollte, am 27. April, wohl infolge Verrats, von den Engländern ergriffen und in den Tower gebracht. Die Aufständischen bemächtigten sich einiger öffentlicher Gebäude Dublins; allein da England wegen des Weltkriegs über große Truppenmassen verfügte, so wurde General Maxwell der mangelhaft bewaffneten Aufrührer bald Herr. Die Art und Weise, wie die englischen Soldaten dabei Wehrlose und gänzlich Unschuldige, wie den Schriftsteller Skeffington, über den Haufen schossen, war so empörend brutal, daß ein Schrei der Entrüstung durch die Welt gellte: das also waren die Engländer, welche vorgaben für Zivilisation und Freiheit zu kämpfen und insbesondere die Rechte kleiner geknechteter Völker (wie der Elsässer und preußischen Polen) zu vertreten. Casement, ein von Grund aus ehrenhafter und hochgesinnter Mann, wurde am 29. Juni in London als Hochverräter zum Tod verurteilt und am 3. August gehenkt, nachdem er vorher, wie es heißt, zur katholischen Kirche als der Kirche des irischen Volkes übergetreten war. Sein Tod war der eines Blutzeugen für Irlands Freiheit und vermehrte die Zahl der Verbrechen Englands gegen die Iren um eines, das nach Vergeltung schreien wird, bis es gesühnt ist. Der irische Schriftsteller Bernhard Shaw (geb. 1856 in Dublin) schrieb im Manchester Guardian: „Wenn 500 Jahre türkischer Herrschaft die Serben nicht abhalten durften für ihre Freiheit zu kämpfen, so gilt dasselbe für Irland. Casement vertrat den Gedanken, daß die Freiheit der Meere durch nichts wirksamer gewährleistet würde als durch ein unabhängiges Irland." Der Einfluß der Sinn Feiner war in beständiger Zunahme; bei den Nachwahlen für das Unterhaus nahmen sie den mini=

steriellen Nationalisten, die selbst über die fortwährende Verschiebung von Home Rule murrten, 1917 die Wahlkreise von Nord-Roscommen und Süd-Longford ab, und als das Unterhaus am 17. April 1918 die Ausdehnung der 1916 in England eingeführten Dienstpflicht auf Irland beschloß, entstand eine solche Erregung auf der Insel, daß Marschall French zum Lordleutnant ernannt und der Kriegszustand verhängt werden mußte; am 3. Juli erklärte der Marschall Sinn Féin für aufgelöst. Bei den Wahlen am 14. Dezember wurden aber in Irland 70 Sinn Feiner und nur noch 7 ministerielle Nationalisten gewählt.

Was die Amerikaner betrifft, so erhob Wilson über die am 7. Mai 1915 durch ein deutsches Tauchboot bewirkte Vernichtung des englischen Passagierdampfers Lusitania (s. S. 221), mit der auch 139 Bürger der Vereinigten Staaten untergingen, in Berlin so scharfe und drohende Einsprache, daß sein Staatssekretär des Auswärtigen Bryan die Verantwortung dafür nicht tragen wollte und am 9. Juni zurücktrat. Deutschland hatte freilich schon am 4. Februar 1915 die Neutralen darauf hingewiesen, daß sie angesichts der uns durch Englands Hungerblockade aufgezwungenen Kampfesweise ihre Angehörigen auf Schiffen der kriegführenden Völker nicht fahren lassen sollten; das konnte ja von den Engländern sehr leicht grob mißbraucht werden, indem sie für ihre Waffen und andere Bannwaren führenden Schiffe sich für gutes Geld amerikanische „Schutzengel" mieteten. Allein Wilson stellte sich auf den Standpunkt, daß Bürger der Vereinigten Staaten in ihrer Reisefreiheit nicht beeinträchtigt werden dürften, und Bryans Nachfolger Lansing vertrat in seiner Note am 15. Mai unnachgiebig die Wilsonsche Auffassung. Deutschland ordnete zunächst am 5. Juni die Schonung der Passagierdampfer, selbst der feindlichen, durch eine Weisung an die Unterseeboote an. Nachdem trotzdem noch ein Passagierdampfer Arabic am 19. August torpediert worden und mit 47 Reisenden untergegangen war, versprach die deutsche Regierung am 1. September Passagierdampfer künftig nicht mehr ohne vorhergehende Warnung und Sicherung der Reisenden zu versenken, falls sie nicht zu entfliehen oder Gegenwehr zu leisten versuchten. Der Streitfall schien damit beigelegt. Allein da bekannt wurde, daß die englische Admiralität schon seit 26. März 1913 die großen Liniendampfer mit Geschützen versehen habe und jetzt die Handelsschiffe bewaffne und sie anweise sich nicht bloß zu verteidigen, sondern Unterseeboote direkt anzugreifen, so erließen

Deutschland und Österreich-Ungarn am 8. Februar 1916 eine Erklärung, wonach solche Schiffe einfach als kriegführende behandelt, also überall, wo man ihrer ansichtig werde, ohne weiteres angegriffen werden sollten. Tirpitz forderte damals die Eröffnung des schärfsten Unterseekriegs, da im Lauf des Jahres 205 Tauchboote fertig würden und sie, da die Abwehrmaßnahmen noch nicht entwickelt waren, unter den Handelsschiffen noch hausen könnten wie Wölfe unter den Schafen. Der Kaiser lehnte den Antrag aber ab, und Tirpitz erhielt am 17. März in rauhen Formen, wie einst Bismarck, seine Entlassung. Am 24. März 1916 wurde gemäß der Erklärung vom 8. Februar ein dritter (französischer) Passagierdampfer Sussex, der zwischen Folkestone und Dieppe fuhr, durch ein deutsches Unterseeboot in Grund geschossen, und wieder ertranken dabei einige Amerikaner. Der Kaiser bestrafte den Unterseebootskommandanten, obwohl er nur befehlsgemäß gehandelt hatte, und es war ersichtlich, daß „Deutschland vor Amerika auf die Knie brach". Wilson drohte jetzt am 20. April 1916 mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen, falls Deutschland fortfahre Tragödie auf Tragödie zu häufen und seine Methode des Tauchbootkrieges nicht im Sinn der Menschlichkeit ändere. Darauf erfolgte nach langen und eingehenden Beratungen aller beteiligten Reichsämter im deutschen Hauptquartier die Entscheidung. Der Reichskanzler antwortete Lansing am 4. Mai, die deutschen Seestreitkräfte seien angewiesen in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen selbst innerhalb des Seekriegsgebiets auch Kauffahrteischiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken, es sei denn, daß sie fliehen oder Widerstand leisten. Als Gegenleistung erwarte Deutschland, das einen Daseinskampf zu führen gezwungen sei, daß die Vereinigten Staaten nun bei den Verbündeten die alsbaldige Beobachtung der völkerrechtlichen Vorschriften über den neutralen Handel und die Freiheit der Meere durchsetzen werden. Geschehe das nicht, so behalte sich Deutschland völlige Freiheit vor. Lansing lehnte darauf am 9. Mai es ab, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See durch die deutschen Marinebehörden irgendwie von dem Verhalten einer anderen Regierung abhängig gemacht werde. Der Bruch zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, von dem die Verbündeten ein Eingreifen der Amerikaner in den Krieg und damit Deutschlands Zusammenbruch

erhofften, war damit noch einmal in einer Weise abgewandt, welche auch nach neutralem Urteil nicht würdelos genannt werden konnte. Freilich war es nur ein Aufschub: als Deutschland am 31. Januar 1917 von der vorbehaltenen Freiheit des rücksichtslosen Unterseekriegs Gebrauch machte, erfolgte der Zusammenstoß sofort.

Die englischen Kolonien Kanada, Südafrika, Australien und Neuseeland leisteten dem Mutterland durch Entsendung von Freiwilligen namhaften Beistand: Kanada rühmte sich zu Anfang April 1915, daß es 110 000 Mann an die Front gesandt habe und die Zahl 50 000 immer voll erhalten wolle. Die Kosten dafür wurden Mitte Mai auf 600 Millionen Mark berechnet. Das Kaiserreich Indien mit fast 5 Millionen qkm und 300 Millionen Einwohnern mußte auf eigene Kosten 83 Regimenter farbiger Truppen — schließlich 300 000 Mann — für den europäischen Kriegsschauplatz liefern, welche allerdings militärisch den europäischen Truppen nicht völlig gleichwertig waren. Ihr Verhalten im Krieg war nach dem Zeugnis deutscher Soldaten vielfach menschlicher als das der Engländer selbst; verwundete Deutsche wurden gelegentlich von ihnen sorglich gepflegt. Die ganz von England abhängigen indischen Fürsten beeiferten sich durch Stellung von Hilfstruppen und Zahlung von Geld ihr Vasallentum zu betätigen.

2. Der Krieg im Westen bis Ende 1915

Die deutsche Heeresleitung lag bis 3. November 1914 in der Hand des Generalstabchefs Helmut v. Moltke (nach seiner Erkrankung in der Erichs v. Falkenhayn und seit 29. August 1916 bei Hindenburg). Moltke, der Neffe des großen Heerführers von 1866 und 1870, war ein tüchtiger, aber der ungeheuren Aufgabe doch nicht gewachsener Mann, um so weniger, als seine Gesundheit schon länger erschüttert war; bei dem plötzlichen Ausbruch des Kriegs schien aber der von ihm selbst gewünschte Wechsel in der Oberleitung nicht ratsam. Der deutsche Generalstab nahm — ebenso wie der französische — ursprünglich an, daß die russische Mobilmachung weit mehr Zeit in Anspruch nehmen werde als die deutsche, und so war der Kriegsplan darauf berechnet zunächst gegen die Russen nur eine Grenzwache — etwa 10 Divisionen — aufzustellen und diesen sowie den Österreichern einstweilen die Abwehr der Russen zu übertragen; mit der Hauptmacht — etwa 90 Divisionen — sollte Frankreich niedergeschlagen und dann erst mit den Russen abgerechnet werden. Demgemäß wurden sogar die Pommern und Schle-

sier nach dem Westen geschafft und hier sieben Heere aufgestellt, die von Nord nach Süd unter dem Oberbefehl folgender Heerführer sich aneinanderschlossen: 1. v. Kluck, 2. v. Bülow, 3. v. Hausen (früher sächsischer Kriegsminister), 4. Herzog Albrecht von Württemberg, 5. Kronprinz Wilhelm von Preußen*), 6. Kronprinz Rupprecht von Bayern, 7. v. Heeringen (früher preußischer Kriegsminister). Die Franzosen hatten ihre Ostgrenze gegen Deutschland durch die von Süd und Nord sich aneinander schließenden festen Lager Belfort, Epinal, Toul und Verdun sehr stark befestigt; ihre Nordgrenze dagegen hatten sie im wesentlichen nur durch Lille und Maubeuge gedeckt, einmal weil sie Belgiens sicher zu sein glaubten und dann weil ein Teil ihres Generalstabs überhaupt gegen die großen Festungen war, welche er auf Grund der Erfahrungen des Jahrs 1870—71 (Metz und Paris) als gefährliche Mausefallen für das eigene Heer ansah. Auf Grund dieser Sachlage ging der noch von dem genialen Generalstabschef Grafen v. Schlieffen (1833—1913) entworfene deutsche Kriegsplan dahin, durch Belgien blitzschnell nach dem schwach gedeckten Nordfrankreich und gegen Paris vorzustoßen. Der Generalstab glaubte dies um so mehr tun zu müssen, als andernfalls sicher schien, daß die Franzosen uns zuvorkommen und über Belgien in unser rheinisch-westfälisches Industrieviertel einbrechen und unsere Munitionserzeugung lahmlegen würden. Der schweizerische Oberst Egli hat in der Tat auf Grund der aktenmäßigen Angaben des französischen Historikers Hanotaux festgestellt, daß das fünfte französische Heer dazu bestimmt war, in den Ardennen, d. h. auf belgischem Boden, vorzugehen, und zwar von vorn herein, ehe noch die Deutschen Belgien betreten hätten. Es sollte dadurch auch die beste Verteidigung des Erzbeckens von Briey und Longwy bewirkt werden. In der Voraussicht dieses französischen Stoßes rückten, noch während die Mobilmachung im Gang war, unsere Truppen am 4. August in Belgien ein, und das zehnte Korps, die Hannoveraner, griffen, von noch ein paar schwa-

*) Gegen den Kronprinzen machte wegen seiner Hinneigung zu den Alldeutschen die Presse der Linken seit langer Zeit Stimmung. Er sollte unvergohren und ein Draufgänger sein. Im Krieg sollte er, so lange er in Stenay still lag, unwürdiger Schürzenjägerei sich schuldig gemacht haben. Das Läßliche seines Auftretens wirkte ungünstig; aber bei den Soldaten war er wegen seines jovialen Wesens beliebt, und die ihn kannten, nahmen für ihn Partei; er besitze zum Unterschied von seinem Vater Wirklichkeitssinn und die Fähigkeit die Wahrheit zu hören und lasse sich belehren. Auch Hindenburg rühmt sein frisches, offenes Wesen und sein gesundes militärisches Urteil. (Aus meinem Leben S. 197.)

chen Friedensbrigaden unterstützt, unter dem General v. Emmich die belgische Festung Lüttich an, welche von General Bialmont vor Jahren sehr stark angelegt war, und nahmen sie am 7. August im Sturm weg — eine in den Jahrbüchern der Kriegsgeschichte unerhörte glänzende Waffentat. Den stürmenden Regimentern wurde dabei durch die furchtbaren Wirkungen der 42 cm-Mörser, über deren Herstellung durch Krupp das tiefste Geheimnis beobachtet worden war, die Arbeit wesentlich erleichtert. Die stärksten Betonmauern des Forts Loncin wurden durch die gewaltigen Geschosse dieser Mörser glatt durchschlagen und die Besatzung unter Trümmern begraben. Der gesamte Fortsgürtel, der Lüttich umschloß, wurde bis zum 17. August genommen und mehrere tausend Gefangene gemacht. Der deutsche Vormarsch nach Belgien hinein wurde durch die Reiterei unter General v. d. Marwitz so geschickt verschleiert, daß die Gegner lange Zeit über die Zusammensetzung unserer Heere im Irrtum erhalten wurden und glaubten es fast nur mit Reiterei zu tun zu haben. Am 20. August wurde bereits Brüssel besetzt, und König Albert sah sich zum Rückzug nach Antwerpen gezwungen.

Die französischen Streitkräfte, 80 Linien- und Reservedivisionen, 2—3 Kolonial- und eine Anzahl Territorialdivisionen, zusammen 2300000 Mann, standen unter dem Oberbefehl des Generals Joffre (eines protestantischen Südfranzosen, geb. 1852, der 1893 Timbuktu erobert hatte) und waren in fünf Armeen gegliedert; diese standen vor der Schweizer Grenze bis Verdun und wurden von Dubail, Castelnau, Sarrail, Langle de Carey und Franchet d'Espérey befehligt. Ein Vorstoß der 1. französischen Armee aus Belfort auf Mühlhausen, das am 8. August vorübergehend in die Hände des 7. Korps fiel, wurde am 9. und 10. August mit empfindlichen Verlusten für die Feinde abgeschlagen und diese auf Belfort zurückgeworfen. Die Franzosen haben auch bei späteren Versuchen kein Glück gehabt; sie mußten den von ihnen überrumpelten Donon (1008 m hoch) am 21. August wieder aufgeben und konnten nur an der äußersten Südwestecke des Elsaßes, in St. Amarin, Thann, Dammerkirch und den angrenzenden Vogesen, besonders am Hartmannsweiler Kopf, unter stetigen, sehr blutigen und schwierigen Kämpfen sich behaupten.

Als aber der Aufmarsch der sieben Heere beendet war, erfolgte eine Reihe wuchtiger Schläge. Der Kronprinz Rupprecht war absichtlich zurückgegangen, um die Franzosen nicht unter den Forts ihrer starken Festen Verdun und Toul angreifen zu müssen, sondern sie an

einer günstigeren Stelle zu fassen. Dann griff er nachdrücklich an und siegte am 20. August bei Saarburg an der Spitze von Truppen aller deutschen Stämme über acht in Deutsch-Lothringen eingedrungene französische Korps. Er nahm ihnen 50 Geschütze und über 10000 Gefangene ab; auf der Verfolgung erhöhte sich die Zahl der erbeuteten Geschütze auf 150; Lunéville ward am 24. besetzt. Am 22. und 23. August überwältigte der Kronprinz Wilhelm bei Longwy ein großes französisches Heer, das hinter die Maas zurückgehen mußte, um so mehr, als am 23. August Herzog Albrecht bei Neufchateau und am Semois (einem Nebenfluß der Maas von rechts her) die ihm gegenüberstehenden französischen Heerkörper schlug, viele Geschütze und Gefangene erbeutete und auf Sedan vordrang. Bereits am 24. Aug. mußte die französische Regierung zugestehen, daß der Angriffsplan Joffres völlig gescheitert sei; Frankreich sah sich genötigt der belgischen Regierung amtlich mitzuteilen, daß Frankreich selbst in die Verteidigung gedrängt sei und Belgien nicht schützen könne. Joffre entschloß sich jetzt den Rückzug so lange fortzusetzen, bis er unter günstigeren Aussichten wieder zum Angriff übergehen könne — bis hinter die Marne, ja nötigenfalls bis hinter die Seine. Er zog Verstärkungen aus dem Osten von der ersten und zweiten Armee heran und bildete östlich von Paris das neue 6. Heer unter Maunoury. Um die Verteidigung des Landes im Sinn der union sacrée aller Parteien führen zu können, wurde am 27. August das Ministerium auf breitester Grundlage umgebildet. Den Vorsitz behielt Viviani; das Äußere übernahm Delcassé, das Kriegsministerium Millerand, die Finanzen der konservativ-liberale Ribot, und überdies traten zwei Sozialisten ein: Sembat für die öffentlichen Arbeiten und Guesde als Minister ohne besonderen Geschäftszweig. Sembat war bisher (neben dem am 31. Juli wegen seiner Kriegsgegnerschaft in einem Pariser Café von einem gewissen Vilain erschossenen Jaurès) ein Anhänger der Verständigung mit Deutschland gewesen; jetzt waren er und seine Partei der Meinung, daß Frankreich zwar keine Eroberungen machen, aber die vom preußischen Militarismus unterdrückten Völker — Elsaß-Lothringer, Dänen, Polen — im Interesse der Menschheit befreien müsse. Am 26. August fiel die zweite Hauptfestung Belgiens, Namur, dessen Werke einen Umfang von 41 Kilometern hatten, nach sechstägiger Beschießung, bei welcher österreichische Motorbatterien vortreffliche Dienste leisteten. Am gleichen Tag ergab sich Longwy nach tapferem Widerstand, und ein von Verdun aus unternommener

Vorstoß gegen die linke Flanke des Kronprinzen Wilhelm schlug fehl. Vom 23.—26. August besiegte Generaloberst v. Kluck das durch drei französische Landwehrdivisionen verstärkte englische Heer von sieben Divisionen, dessen Oberbefehl der neue Kriegsminister Lord Kitchener seinem früheren Reitergeneral French übertragen hatte, bei Charleroi, Mons und Maubeuge, und die Heere unter v. Bülow und v. Hausen krönten mehrtägige Schlachten gegen etwa acht französische und belgische Armeekorps bei Namur zwischen Sambre und Maas mit einem vollkommenen Sieg. Da Belgien nun größtenteils erobert war, so bestellte der Kaiser, der am 16. August Berlin verlassen und das Hauptquartier zunächst nach Coblenz verlegt hatte, in der Person des Feldmarschalls v. d. Goltz (1843—1916) für das Land einen Generalgouverneur.

Indem v. Kluck den Sieg von Maubeuge verfolgte, brachte er French am 28. August südlich von Cambrai eine abermalige Niederlage bei; die Engländer ließen mehrere tausend Gefangene, sieben Feldbatterien und eine schwere Batterie in den Händen der Sieger. Ein belgischer Ausfall aus Antwerpen, den König Albert mit vier Divisionen unternahm, wurde am 26. August abgeschlagen. Da bei diesem Anlaß die Bewohner der Universitätsstadt Löwen nach der allgemeinen Sitte der Belgier, gegen welche das deutsche Oberkommando schon am 14. August die schärfsten Strafmaßregeln androhen mußte, sich am Kampf beteiligten, so wurde etwa der sechste Teil der Stadt zur Rache eingeäschert. Dabei verbrannte leider die Bibliothek der Universität, und der Hergang bot den Gegnern einen weidlich ausgenützten Anlaß über die Barbarei der Deutschen, der neuen „Hunnen", loszuziehen. Gegen die belgischen Heckenschützen (Franctireurs), welche aus dem Hinterhalt Deutsche niederknallten und selbst Ärzte und Verwundete nicht schonten, hatten unsere Feinde kein Wort des Tadels; es verstand sich aber von selbst, daß die Mörder, wo man ihrer habhaft wurde, ohne Gnade erschossen und alle Häuser, welche ihnen als Versteck dienten, angezündet wurden. Diese Härte war vom menschlichen Standpunkt aus bedauerlich, und in einzelnen Fällen mag auch zu weit gegangen worden sein; aber zum Schutz unserer braven Soldaten war strenge Ahndung des Heckenkrieges unerläßlich, und die in der ganzen Welt ausgesprengten Klagen über „deutsche Greuel in Belgien" waren nicht bloß übertrieben, sondern größtenteils erfunden, um uns überall verhaßt zu machen. Das Verhalten unserer Leute wird durch die Tatsache beleuchtet, daß sie, um das gotische Rathaus

von Löwen zu retten, die in seinem Untergeschoß befindlichen Pulvervorräte mit eigener Lebensgefahr — vier Soldaten erlitten Brandwunden — fortgeschafft haben.

Am 28. August wurde das stärkste der französischen Sperrforts, Manonviller, östlich von Lunéville, zusammengeschossen, am 30. die Festung Montmédy vom Kronprinzen Wilhelm genommen. Der Generaloberst v. Bülow, der an v. Kluck anschloß, besiegte am 30. August die 5. französische Armee des Generals Franchet d'Espérey bei St. Quentin in einer Schlacht, welche zu den hervorragendsten Waffentaten des Kriegs gehört. Am 31. August fiel die französische Festung Givet, deren Mauern auch den österreichischen Motorbatterien nicht widerstehen konnten. Der Herzog Albrecht, der vor starken feindlichen Massen vorübergehend hinter die Maas hatte zurückgehen müssen, und der Kronprinz Wilhelm schlugen am 1. September das französische Zentrum, etwa zehn Armeekorps, in Anwesenheit des Kaisers zwischen Reims und Verdun, und die Sperrforts Les Ayvelles und Hirson (im Oisetal) mußten sich ergeben. Am 31. August ritten deutsche Reiter in Amiens und in Lille ein, dessen festes Lager Joffre mit schnellem Entschluß aufgab, um die 40000 Mann Besatzung nicht abschneiden zu lassen. Von allen Seiten her drangen die Deutschen über die Aisne gegen die Marne vor; am 4. September besetzten sie Reims; v. Bülow konnte am gleichen Tag melden, daß er im ganzen 6 Fahnen, 233 schwere und 116 leichte Kanonen, 79 Maschinengewehre und 116 Kriegsfahrzeuge aller Art erbeutet und 12934 Gefangene gemacht habe. Die Vortruppen v. Klucks streiften schon bis Dammartin, 30 Kilometer von Paris: gewaltige Reitermassen, 50 Regimenter, wie mir ein Teilnehmer erzählt hat, wälzten sich gegen die feindliche Hauptstadt; „man sah nichts als Lanzen und wehende Fähnlein.“ Hart vor Paris bog die erste Armee unter Kluck plötzlich nach Südosten, gegen Meaux, ab, statt über Senlis auf Paris vorzugehen; die Absicht war die französische Hauptmasse von Paris ab und nach Osten gegen Herzog Albrecht und den Kronprinzen zu drängen und sie auf diese Weise durch eine riesenhafte Umklammerung zur Strecke zu bringen. Kluck bot aber jetzt dem Feind seine rechte Flanke dar.

Die französische Regierung wagte es nicht länger in Paris zu bleiben, aus Furcht vom Land abgeschnitten zu werden; am 3. September siedelte sie nach Bordeaux über (von wo sie erst am 22. Dezember wieder nach der Hauptstadt zurückkehrte). Natürlich ward die Flucht mit einem Phrasenschwall bedeckt: „der heilige Krieg

geht ohne Furcht und Nachlassen weiter; die (neutralen) Länder werden sich zum Schutz der Unabhängigkeit Frankreichs erheben, und durch Beharrlichkeit werden wir den endlichen Sieg erringen. Die Russen (die gerade damals zwei furchtbare Niederlagen erlitten hatten) werden vorrücken und den entscheidenden Stoß ins Herz Deutschlands führen." Die Stimmung der Nation entsprach diesen geschwollenen Redensarten nicht; „es waren düstere Tage, sagte der Correspondant vom 10. Dezember 1914, Tage der Verwirrung. Der deutsche Einbruch begann wieder, wie 1814, wie 1870, und noch schmerzlicher. Wir wichen zurück, immer zurück; unglücklich die, welche zu Anfang des Septembers starben: sie nahmen mit sich la vision du désastre, das Gespenst des Zusammenbruchs." Bereits traten Anzeichen drohenden inneren Zerfalls hervor; der Senator Gervais klagte im Auftrag des früheren Kriegsministers Messimy im „Matin" die Südfranzosen, besonders das 15. Armeekorps, offen der Feigheit an. Es ist behauptet worden, daß Frankreich damals, an seiner eigenen Kraft und der seiner Verbündeten verzweifelnd, an Rücktritt vom Kriege gedacht habe; der besonnene frühere Minister des Innern, Caillaux, der 1911 den Frieden erhalten hatte, riet nach seiner eigenen Erklärung in Rio de Janeiro dringlich dazu, da man jetzt noch leicht davon kommen werde. In diesem Augenblick erschien der neue Gesandte der Vereinigten Staaten in Paris, Sharp, in Havre, mit ihm der ehemalige Gesandte Bacon, beide mit der ausgesprochensten Sympathie für Frankreich. Zu ihnen gesellte sich der bisherige Gesandte Herrick, und alle drei versicherten den früheren Minister Hanotaux, wie dieser in seiner Geschichte des Weltkriegs erzählt, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg eingreifen würden, um die Gefahr einer deutschen Herrschaft über den atlantischen Ozean zu verhüten. „Es gibt 50 000 Leute bei uns, welche die Notwendigkeit einsehen sofort einzugreifen. Aber 100 Millionen denken noch nicht daran; wir müssen aus den 50 000 hundert Millionen machen." Zu diesem Zweck wurden ungeheure Summen — selbst für amerikanische Verhältnisse — aufgewandt, um die Hetze gegen Deutschland bis in die entferntesten Orte zu tragen. Auch England war nicht müßig; es wurde den Franzosen gedroht, daß der Abfall von der gemeinsamen Sache mit feindseligen Handlungen gegen ihre Küste beantwortet werden würde. Versprechungen und Drohungen verfehlten ihr Ziel nicht; am 5. September traf in London Sir Edward Grey mit den Botschaftern Paul Cambon und Benckendorff ein Abkommen, wonach alle drei Mächte

sich verpflichteten nur gemeinsam Frieden zu schließen. Der Kelch war aber noch nicht bis zur Neige geleert: am 7. September gelang es dem General v. Zwehl die modernste aller französischen Festungen, **Maubeuge**, zur Übergabe zu nötigen; 45000 Gefangene, worunter 4 Generäle, und 400 Geschütze waren die Siegesbeute.

In diesem Augenblick trat aber ein folgenreicher **Rückschlag** ein. Joffre, der nunmehr über sehr erhebliche frische Streitkräfte verfügte, machte an der Marne halt und gab den Befehl, daß die 6. Armee von Westen, die Engländer und die 3., 4., 5. und 9. Armee von Süden her am 6. September mit aller Wucht gegen die deutschen Truppen am Ourcq, einem Nebenfluß der Marne, und gegen Montmirail vorstoßen sollten. In demselben Augenblick, in dem die Gegner ihre Kräfte vereinigten und verstärkten, verkehrte die deutsche Heeresleitung den genialen Feldzugsplan Schlieffens in sein Gegenteil. Schlieffen hatte den rechten Flügel so stark als möglich machen und hier, wo es galt Engländer und Franzosen auseinanderzureißen und die Seeküste zu gewinnen, durch Einsatz des letzten Musketiers und der letzten Kanone die Entscheidung erzwingen wollen. Moltke aber schwächte den rechten Flügel durch Herausnahme von drei Korps, die nach Osten gegen die Russen geworfen werden sollten, obwohl das gar nicht verlangt war, und ließ im Elsaß und in Lothringen namhafte Streitkräfte ungenutzt stehen. Infolge davon nahm nach äußerst heftigen Kämpfen, über welche volle Klarheit erst später zu erwarten ist, die deutsche oberste Heeresleitung den rechten Flügel der ganzen Heeresmacht, das Heer v. Klucks und dann das ganze Heer zurück. Obwohl die Schlacht selbst gar nicht ungünstig stand, so daß der Rückzugsbefehl den deutschen Heeren, so z. B. dem 8. Korps unter Herzog Albrecht, wie der General v. Cramon bezeugt, erschütternd kam, fürchtete Moltke doch Überflügelung und Durchbruch und glaubte dem vorbeugen zu müssen. Wären die drei Korps, die der Generalstab 1912 noch weiter verlangt hatte, 1913 auch aufgestellt worden, so wären die Deutschen 1914 an der Marne im Stand gewesen den Sieg zu erringen — auf dem Schlachtfeld und im Krieg überhaupt. Nun zogen sie sich von der **Marne hinter die Aisne zurück**, die bei Compiègnie in die Oise fällt, und zwar geschah dies, wie v. Kluck im Februar 1915 dem Berichterstatter der Kölnischen Zeitung, Professor Dr. Wegener, sagte, in vollster Ordnung, ohne daß der Feind imstande war zu verfolgen, und ohne daß auch nur ein Munitionswagen oder ein Roß in die

Hände der Feinde fiel. Ja der französische Oberanführer Maunoury erkannte am Nachmittag des 9. September, daß sein Unternehmen gescheitert sei; er fürchtete selbst im Rücken bedroht zu werden und zog sich auf Nanteuil zurück. Das Hauptkennzeichen eines großen Sieges, die Masse unverwundeter Gefangener, konnte Joffre nicht aufweisen; gleichwohl ist es verständlich, daß die durch den Beginn des Feldzugs in ihrem Stolz tiefverwundeten Franzosen den „Sieg an der Marne“ für „die schönste strategische Leistung der modernen Zeiten“ (Correspondant vom 10. Juli 1916, S. 62) erklärten: er errettete sie in der Tat aus höchster Not. Der Correspondant vom 10. September 1914 (S. 886) erkannte aber bewundernd an, „daß es in der Geschichte wenig Beispiele solch weitausgreifender Bewegungen gebe, wie die des deutschen Heeres, das unsern linken Flügel überflügelt hatte und plötzlich schräg gegen Osten sich zurückwandte“; und am 10. Oktober (S. 152) erklärte dieselbe Zeitschrift, daß das feindliche Oberkommando den Beweis einer außerordentlichen Geschicklichkeit im Manövrieren abgelegt habe, allen Verlusten und allen Schwierigkeiten der Verpflegung zum Trotz: „die Wahrheit ist, daß wir es mit dem vollkommensten, bewundernswertesten Kriegswerkzeug zu tun haben, das es gibt, und daß dieses Werkzeug von Befehlshabern ersten Ranges gehandhabt wird.“ Wenn übrigens von manchen Seiten der Rückzug an der Marne als das entscheidende Ereignis angesehen worden ist, das die Niederlage Deutschlands im Kriege herbeigeführt habe, so darf auf Hindenburgs Urteil hingewiesen werden, der (aus meinem Leben, Leipzig 1920, S. 118) sich so ausdrückt: „mit aller Entschiedenheit möchte ich mich dahin aussprechen, daß das Scheitern unseres ersten Operationsplanes im Westen eine schwere Gefahr für uns brachte, dadurch aber keineswegs die Fortführung des Kriegs für uns aussichtslos geworden war. Unser Heer hatte derart glänzende und dem Gegner allenthalben überlegene Eigenschaften entwickelt, daß nach meiner Ansicht bei einer entsprechenden Zusammenfassung unserer Kräfte trotz der feindlichen stets wachsenden zahlenmäßigen Überlegenheit eine Entscheidung wenigstens zunächst auf einem unserer Kriegstheater möglich blieb. West oder Ost? das mußte die große Frage sein, von deren Beantwortung unser Schicksal abging.“

In der neuen Stellung an der Aisne, die durch Steinbrüche schwer angreifbar war und rasch aufs stärkste befestigt wurde, schlugen die Deutschen, die damals noch eine der französischen weit überlegene

schwere Artillerie hatten, alle Angriffe Joffres zurück, deren Gelingen zum Durchbruch durch unsere Linien und zu einer Katastrophe hätten führen müssen. Was damals von dem 7. Reservekorps des Generals Zwehl geleistet wurde, gehört zu den größten Ruhmestaten unserer Geschichte. Am 17. September stellte das deutsche Hauptquartier das Erlahmen der französischen Stoßkraft fest. Es wurde nun deutscherseits das Heer des Kronprinzen Rupprecht (das 1. und 2. bayerische Reservekorps) nach Norden herangezogen, und diese Truppen, denen Joffre ein Heer unter Maud' Huy entgegenwarf, versuchten anfangs Oktober zwischen Arras und Roye durchzubrechen und Amiens, das von uns auch hatte wieder geräumt werden müssen, und das Tal der Somme zu gewinnen, wodurch der Vorstoß ans Meer erzwungen worden wäre. Der Versuch glückte aber nicht. Nun erschien auch Herzog Albrecht mit vier Korps im Norden, und die Kampflinie näherte sich immer mehr dem Meere.

Bei den Kämpfen an der Aisne benützten die Franzosen den Turm der berühmten Kathedrale von Reims, um dort einen Beobachtungsposten aufzustellen. Als die Deutschen sie durch Schrapnellfeuer zwangen den Posten zurückzuziehen, wobei der Turm Schaden litt, aber keinen schweren, erdreisteten sich die Franzosen über deutsche Barbarei zu klagen, und eine Anzahl neutraler Künstler und Dichter, darunter zwei Schweizer, der Maler Hodler und der Dichter Spitteler, stimmten in dieses heuchlerische Geschrei ein, zum Dank dafür, daß ihre Kunst in Deutschland zu Ehren und klingendem Erfolg gelangt war. Weil man sich in Deutschland darüber entrüstete, daß uns die Engländer und Franzosen ohne Bedenken farbige Truppen entgegenstellten, behauptete Spitteler, so gut ein Hausbesitzer gegen einen Einbrecher einen Hund hetze, dürften unsere Gegner auch Farbige gegen uns bewaffnen! Nach dem Krieg werden sich die Fremden wieder ganz sachte bei uns anbiedern wollen; solang aber noch ein Funke nationalen Ehrgefühls bei uns lebendig ist, wird man ihnen dann die Antwort geben, die sie zehnfach verdient haben. Die Franzosen aber darf man, um ihnen den Mund zu stopfen, nur auf die Ruinen des Heidelberger Schlosses verweisen, das sie 1693 ohne Not zerstört haben, und auf die Bombenwürfe gegen offene Städte, wie Stuttgart, Ludwigshafen, Müllheim, Offenburg, Donaueschingen, Freiburg, Karlsruhe (wo am 22. Juni 1916, am Fronleichnamsfest, ein grauenhaftes Blutbad angerichtet und 117 Menschen, darunter 82 Kinder, getötet und 140, darunter 72 Kinder, verwundet wurden).

Weil das weit ausgedehnte und äußerst starke feste Lager von Verdun, obwohl die Bayern am 25. September Camp Romain erstürmten und auf das linke Maasufer vordrangen, ohne eine langwierige, von Stellung zu Stellung fortschreitende Berennung nicht eingenommen werden konnte, so erwies es sich als notwendig den Kriegsplan zu ändern. Hätten die Deutschen diese starke Festung in ihren Besitz gebracht, so würden sie ihr weiteres Vorgehen auf Metz und Lothringen als Operationsbasis haben gründen können; so aber mußten sie sich nun Belgiens dazu bedienen, von wo aus die rückwärtigen Linien nach Aachen und Köln führten. Deshalb wurde jetzt Antwerpen energisch angegriffen und nach zwölftägiger furchtbarer Beschießung am 9. Oktober von General v. Beseler zur Übergabe gezwungen. Hier vollbrachten unsere Pioniere, welche das eiskalte Wasser der Nethe durchschwammen, um sich am andern Ufer festzusetzen, und unsere Artilleristen ihr viertes Meisterstück nach Lüttich, Namur und Maubeuge. Auch hier bewiesen die neuen Mörser, welche der Soldatenwitz wegen ihrer Schwere nach der Besitzerin der Kruppschen Werke, Frau Bertha von Krupp-Halbach, die „dicke Bertha" benannte, ihre unwiderstehliche Gewalt. Den Deutschen fiel in Antwerpen eine ungeheure Kriegsbeute aller Art, vor allem 500 Kanonen, in die Hände. Die englischen und belgischen Truppen entkamen meist gen Westen; doch sahen sich gegen 30 000 Belgier gezwungen, um der Gefangenschaft zu entgehen, auf holländisches Gebiet überzutreten, wo sie entwaffnet und in Gewahrsam genommen wurden. Die belgische Regierung mußte, da die Deutschen sofort auch Gent (12. Oktober), Brügge (14.) und Ostende (15.) besetzten, sich nach Frankreich begeben, wo ihr in Le Havre die nötigen Gebäude angewiesen wurden; der König blieb beim Heer. Auch in Lille zogen die Deutschen am 13. Oktober wieder ein. Die Belgier und Engländer, mit denen bald auch die Franzosen von Arras her Fühlung nahmen, behaupteten nur die letzte nordwestliche Ecke Belgiens, etwa 40 qkm mit 28 Ortschaften, von Nieuport an der Nordsee über Dixmuiden bis Ypern. Hier faßten sie hinter dem breiten Yserkanal Posto, um das Vordringen der Deutschen auf Dünkirchen und Calais, die eiligst in besseren Verteidigungsstand gesetzt wurden, zu verhindern. Die Stärke ihrer Stellung wurde noch dadurch gesteigert, daß die Belgier — freilich ungern genug — auf den „Rat" des französischen Generals Foch, der zwischen Oise und Meer befehligte, am 1. November die Deiche durchstachen, welche das fruchtbare Land vor den

Fluten der Nordsee schützten; und so überschwemmte das Meer weit und breit das dem verbündeten Heer vorgelagerte Land. Was sonst als furchtbare Naturkatastrophe empfunden wurde, mußte nun, von den Menschen absichtlich herbeigeführt, der militärischen Abwehr und vor allem dem Schutze Englands vor der Gefahr einer deutschen Landung von Calais aus dienen. In Calais richteten sich die Engländer geradezu häuslich ein.

Infolge dieser Maßregeln entwickelte sich nun statt des bisherigen rasch verlaufenden Bewegungskrieges ein Stellungskampf („Positionskrieg"). Um die Feldbefestigungen, die sog. Schützengräben, welche bis zur Manneshöhe in die Erde gegraben und durch Unterstände gegen Wind und Wetter, auch bis zu einem gewissen Grad gegen die feindlichen Geschosse, gesichert, ja selbst durch Öfen heizbar gemacht wurden, kämpfte man Monate und Jahre lang, und bei hin und her wogendem Erfolg wurden bald von dieser, bald von jener Seite kleine Stücke der feindlichen Stellung erobert und verloren. In den Schützengräben entwickelte sich in ruhigeren Zeiten fast ein gewisses gemütliches Treiben, dem der Soldatenhumor seine Würze gab; die einzelnen Teile wurden mit dem Namen heimischer Plätze und Straßen, die Kantinen mit denen heimischer Gasthöfe belegt. Wenn zwischen Deutschen und Franzosen sich gelegentlich ein fast ritterlicher Verkehr herausbildete, so wollte sich zwischen Deutschen und Engländern ein solcher Verkehr kaum irgendwo entwickeln; dazu war der Haß, den das Vorgehen Englands erweckt hatte, zu groß; er entlud sich in den Soldatengruß: Gott strafe England! und Ernst Lissauer sang:

Was schiert uns Russ' und was Franzos?
Schuß wider Schuß, und Stoß um Stoß!
Doch wir haben nur einen einzigen Haß,
Wir haben nur einen einzigen Feind!
England!

Der Kronprinz von Bayern traf des ganzen deutschen Volkes Sinn, als er, mit seinem Heer nach Norden geschoben, seinen Leuten zurief, sie stünden nun den Engländern gegenüber, und denen sollten sie doppelt kräftige Hiebe versetzen! Der Haß wuchs von Monat zu Monat, weil die Engländer, um ihr Ziel der Vernichtung Deutschlands zu erreichen, sich über alle Vorschriften des Völkerrechts ohne Bedenken wegsetzten. Nach diesen Vorschriften sollten nicht im Heer stehende, nicht uniformierte bürgerliche Personen auch während des

Kriegs unbehelligt bleiben, solange sie nichts Feindliches unternehmen; England setzte aber überall alle deutschen Zivilisten gefangen, besonders in den Kolonien, selbst Missionare, Ärzte, Frauen und Kinder, und schleppte sie in Haft; es überließ sie wohl auch dem Hohn und der Mißhandlung durch die Schwarzen, ohne auf den Schaden für das Ansehen der weißen Rasse zu achten, und zwang sie im tropischen Klima, ohne Schutzhelme gegen die Sonnenglut, mit ihrem Gepäck beladen, weite Wege zu Fuß zurückzulegen; ähnlich verfuhren die Franzosen. In der Südsee wurden gefangene Deutsche durch Schwarze ausgepeitscht, in diesem Zustand photographiert und die Bilder unter den Eingeborenen verbreitet. Die deutschen und österreichischen Gesandten wurden aus Tanger ausgewiesen, obwohl dies eine internationale Stadt war, und ebenso aus Kairo, obwohl Ägypten damals formell noch unter der Oberhoheit des Sultans der Türkei stand und keine englische Provinz war. Entgegen dem klaren Artikel 11 der Kongoakte, wonach Kriege unter Großmächten (im Interesse des Ansehens der gesamten weißen Rasse) nicht auf die Kolonien übertragen werden sollten, griffen England und Frankreich auch unsere afrikanischen Besitzungen an. Vielfach verwendeten Engländer und Franzosen die durch die Haager Abkunft von 1907 verbotenen Dum-Dum-Kugeln, welche im menschlichen Körper sich ausdehnten und platt gedrückt wurden und so furchtbare Wunden verursachten. Farbige Truppen wurden ohne Bedenken auf den europäischen Kriegsschauplätzen verwendet, seitens der Franzosen Turkos aus Algier, Neger von Senegal und aus Äquatorialafrika, bis zu einer Höchstsumme von 580000 Soldaten und 238000 Arbeitern, auch Annamiten, seitens der Engländer Sikhs, Ghurkas, Hindus und Fidschi-Insulaner.

Das deutsche Privateigentum wurde von Engländern und Franzosen entgegen allem Recht und Herkommen mit Beschlag belegt, unter vormundschaftliche Gewalt gestellt und wohl gar zwangsweise unter dem Wert verkauft, wobei die Eigentümer die schwersten Verluste erlitten. Nach dem Pariser Journal vom 5. Februar 1915 betrug der Wert dieses Privateigentums allein in Paris und seinen Vororten über eine Milliarde; nach der Angabe des Sir Auckland Geddes vom 20. November 1919 wurden in England über 99 Mill. Pfund Sterling deutsches Eigentum „in Verwahrung genommen", gegen 42 Mill. Pfund englisches in Deutschland liegendes Eigentum. Ende Oktober wurde das englische Handelsamt ermächtigt die deutschen Patente

auf Antrag dritter für erloschen zu erklären, falls englische Firmen die Ausnützung der Patente übernähmen oder ihre Waren mit deutschen Marken versähen, d. h. wenn sie bereit wären gewissenlosen Diebstahl an dem geistigen Eigentum der Deutschen zu begehen. Dabei hatte England z. B. 1903 an Deutsche 2751 Patente ausgestellt, Deutschland an Engländer nur 574, so daß der Raub sich fast fünffach rentierte. Weiter nahmen die Engländer das deutsche Lazarettschiff Ophelia unter der falschen Anklage weg, daß es ein Minenschiff sei, und die Besatzung wurde nach ihrer Ausschiffung in England aufs gröbste von der Volksmenge mißhandelt. Natürlich legten deutsche Fahrzeuge gleich nach Kriegsausbruch Minen an der englischen Küste, und am 7. August ging zwar das frühere Bäderschiff Königin Luise dabei an der Themsemündung mit seiner todesfreudigen Mannschaft zugrunde; aber der englische Kreuzer Amphion (mit 292 Mann und 12 Kanonen) lief sofort auf eine der frisch gelegten Minen und versank. Nun logen die Engländer, daß wir in der freien Nordsee zum Verderben der neutralen Schiffahrt überall Minen gelegt hätten, und erklärten am 3. November die ganze Nordsee für Kriegsgebiet, um allen neutralen Handel mit Deutschland abzuschneiden. Zu diesem Zweck veröffentlichte die englische Admiralität am 24. Dezember eine „durchgesehene Liste der Bannwaren" („Konterbande"), die zur Kriegführung dienten und also auch von neutralen Schiffen nicht nach Deutschland verbracht werden dürften. Danach wurden als Bannware bezeichnet so ziemlich alle Dinge zwischen Himmel und Erde: Waffen aller Art, Pulver, Harzerzeugnisse, Kampfer, Terpentin, Kleider und Kleiderstoffe, Zug- und Tragtiere, Roheisen, Kupfer, Blei, Aluminium, Antimon, Stacheldraht, Luftfahrzeuge aller Art, Automobile, Gummi, Eisenpyrit, mineralische Öle, Nahrungsmittel für Menschen und Tiere, Gold, Silber, Papiergeld, Heizstoffe, Eisenbahnwagen und Schienen, Telegraphen, Telephone, Hufeisen, Leder, Häute, Uhren, nautische Werkzeuge, Chilisalpeter — obwohl gerade dieser von England früher vertragsmäßig als Nichtbannware anerkannt worden war. Tirpitz wollte die englische Seesperre durch eine große Seeschlacht, auf deren erfolgreichen Verlauf man bei der vorzüglichen Beschaffenheit unserer Hochseeflotte hoffte, von vornherein unmöglich machen, und der Admiral v. Ingenohl, der den Oberbefehl über die Hochseeflotte hatte, unterstützte diese Absicht nachdrücklich beim Chef des Admiralstabs v. Pohl. Allein Pohl glaubte, daß eine Seeschlacht nur unter besonders günstigen taktischen Verhält-

nissen gewagt werden dürfe, weil sonst eine schwere Schädigung der Flotte und infolge davon die Schutzlosigkeit der deutschen Küste gegen englische Angriffe und der Verlust der Herrschaft über die Ostsee zu befürchten sei, von der die überaus wichtige Erzzufuhr aus Schweden abhing. Eine einheitliche Leitung der Marineangelegenheiten bestand nicht (sie wurde erst im Herbst 1918 geschaffen), und der Kaiser, in dessen Hand sie allein lag, entschied gegen die Schlacht. Tirpitz geriet dadurch in eine Stimmung, die ihn am Erfolg des Krieges überhaupt zweifeln ließ; er nannte ihn am 2. April 1915 den Krieg der verpaßten Gelegenheiten. „Die Flotte ist da, schrieb er am 14. Januar 1915, und der Tegetthoff fehlt.“ „Es ist der Krieg (nicht der Admirale, sondern) der Kapitänleutnants und Oberleutnants“ (13. Mai 1915). Statt des Großkampfes mittelst der Hochseeflotte antwortete die deutsche Regierung nämlich auf die englischen Absperrungsmaßnahmen mit einem scharfen Kleinkrieg der Unterseeboote gegen die feindliche Handelsschiffahrt, wobei u. a. in der irischen See ein japanisches Schiff, Tako Maru, das 97 000 gefrorene Hämmel nach England bringen sollte, versenkt wurde. Darauf gestattete die englische Admiralität am 31. Januar 1915 (entgegen der Londoner Abkunft über das Seerecht vom 26. Februar 1909), daß englische Handelsschiffe durch Aushängen neutraler Flaggen sich der Gefahr entziehen dürften — das angeblich die See beherrschende Großbritannien flüchtete sich unter den Schutz fremder Flaggen!

In diesem Augenblick nahm Deutschland am 1. Februar alles Getreide und Mehl durch Beschluß des Bundesrats in Gewahrsam des Reichs, um die Ernährung des Volkes bis zur nächsten Ernte sicherzustellen, und mittelst der Ortsverwaltungen wurden für den Kopf je 200 g Mehl und Brot auf den Tag (durch „Brotkarten“) verteilt. Nunmehr erklärten England und Frankreich, daß von jetzt an ein Unterschied zwischen Militär und Volk in Deutschland nicht mehr gemacht werden könne; sie würden deshalb auch solche Lebensmittelzufuhren, welche für die Nichtkämpfer bestimmt seien, wegnehmen; Deutschland und Österreich sollten als große belagerte Festungen behandelt und ausgehungert werden. Auf dies führte die deutsche Admiralität am 4. Februar 1915 einen von Tirpitz wegen Mangels der nötigen Zahl von Tauchbooten freilich zunächst noch widerratenen systematischen Gegenschlag. Wir vermochten nämlich allerdings den feindlichen Handel nicht in der herkömmlichen Weise durch einen überseeischen Krieg mittelst schneller Kreuzer zu schä-

digen, da die englische Flotte dank ihrer großen Überlegenheit, die nur durch eine Schlacht zu brechen war, dies verhindern konnte. Dafür stand uns die Waffe des schon erwähnten (auf den Holländer Drebbel 1624 und den Amerikaner Fulton 1797 zurückgehenden) Tauchboots zur Verfügung, das sich unbemerkt an die Schiffe heranschleichen und sie durch Torpedos versenken konnte. Die Erklärung der deutschen Admiralität ging nun dahin, daß ab 18. Februar alle Gewässer rings um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet behandelt werden würden; es werde also jedes in diesem Bereich angetroffene feindliche Kauffahrteischiff zerstört werden, ohne daß es den Unterseebooten bei ihrem kleinen Umfang immer möglich sein werde die der Besatzung und den Reisenden der Schiffe drohende Lebensgefahr abzuwenden. Auch neutrale Schiffe liefen wegen des Mißbrauchs neutraler Flaggen durch die Engländer und der Zufälligkeiten des Seekriegs seit dem englischen Erlaß vom 31. Januar Gefahr; ihnen wurde deshalb dringend angeraten den Weg nördlich um die Shetlandsinseln und in einem Streifen von 30 km Breite längs der niederländischen Küste zu nehmen, auf welchem Weg ihnen deutscherseits Sicherheit in Aussicht gestellt werden könne. Da aber die Vereinigten Staaten am 12. Februar gegen diese neue Form des Seekriegs als eine vom bisherigen Völkerrecht nicht gedeckte Maßregel Einspruch erhoben, so wich der Kaiser sofort wieder zurück und befahl am 15. Februar den angekündigten allgemeinen Unterseekrieg hinauszuschieben und neutrale Schiffe im Sperrgebiet zu schonen. Dadurch wurde der ganze Unterseekrieg natürlich in seiner Wirkung sehr beeinflußt. Immerhin sollen im ersten Vierteljahr dieses Kriegs (18. Februar bis 18. Mai) 111 englische Schiffe versenkt worden sein*). Infolge der Gefahr für die Schiffe wurden die Versicherungssätze und die Löhne für die Schiffe außerordentlich in die Höhe getrieben und viele Fahrzeuge von der Fahrt abgehalten. Nach einer Mitteilung vom 10. März 1915 ist der Verkehr Englands mit Skandinavien zwischen dem 18. Febr. und 5. März von 1500 Schiffen auf 300 zurückgegangen, also um 80%. Infolge dieser Verkehrsabnahme trat auch eine empfindliche Steigerung der Lebensmittelpreise in England ein — der Weizen

*) Die sog. Welttonnage betrug am 1. August 1914 insgesamt 49,01 Millionen Brutto-Register-Tonnen (= gegen 75 Mill. Gewichtstonnen). Abzüglich der Küstenfahrzeuge, Fischdampfer, Jachten blieben als Raum der 8600 Ueberseeschiffe von mehr als 1600 Bruttoregistertonnen insgesamt etwa 17 ½ Mill. Brutto-Register-Tonnen.

kostete schon anfangs Februar 1915 60 Schillinge das Quarter, vor dem Krieg 35, also 72% mehr; das Mehl stieg im Preis um 75%, der Zucker um 72%, die Kohle um 15%, das Fleisch um 12%,. Das Gespenst des Hungers rückte den Engländern somit fast noch näher auf den Leib als den Deutschen, welche dank der Verordnung des Bundesrats vom 1. Februar Aussicht hatten mit ihren Vorräten bis Ende August, also über den Eingang der Ernte von 1915 hinaus, zu reichen. Von Arbeitslosigkeit war 1915 in Deutschland weniger zu spüren als 1914, da die Industrie, von Ein- und Ausfuhr fast abgeschnitten, sich mit einer beispiellosen Beweglichkeit den veränderten Verhältnissen anpaßte und für die Kriegszwecke arbeitete: „statt Rechenmaschinen, sagte mir ein früherer Schüler, mache ich jetzt Granaten." Die deutsche Wissenschaft suchte den Erfordernissen der Lage zu genügen, indem sie Mittel und Wege fand statt des Chilisalpeters den für für die Landwirtschaft nötigen Stickstoff aus der Luft zu gewinnen, auf chemischem Weg das Eiweiß für Futtermittel, deren Zufuhr England sperrte, mit Hilfe von Zucker und Gärungshefe zu beschaffen und aus unseren Wäldern einen Zellstoff zu bereiten, der zur Herstellung von Pulver sich noch besser eignete als Baumwolle. Der Zucker diente zur Beschaffung von Pulver; die einheimische Brennessel und die Schilfkolben sollten die Baumwolle als Kleiderstoff ersetzen; Öl entlockte man den Kernen der Sonnenblumen und der Kirschen; Garn wurde aus Zellulosepapier gewonnen, Kleider aus Papier gefertigt und ein Ersatzstoff für Ferromangan beschafft; ebenso wurde künstlicher Gummi hergestellt, der sich von natürlichem kaum unterscheiden ließ. Die auf Anregung von Emil Rathenau am 8. August 1914 im Kriegsministerium eingerichtete Kriegsrohstoffabteilung entwickelte eine planmäßige, überaus nützliche Tätigkeit und nahm einen mächtigen Aufschwung. Freilich vermochten alle diese Anstrengungen den durch die Blokade erzeugten Notstand wohl zu lindern, nicht aber zu beseitigen; die Ersatzmittel waren den Urstoffen meist nicht gleichwertig.

England und Frankreich erklärten als Antwort auf den Unterseebootskrieg, daß sie nun die deutschen Nordseeküsten (in die Ostsee wagte sich kein großes englisches Kriegsschiff) als blockiert ansehen und überhaupt kein Schiff mehr dorthin durchlassen würden, möge es bringen was es wolle. Das war abermals völkerrechtswidrig, da eine Blokade nur dann als verbindlich gilt, wenn sie durch eine Kriegsflotte an Ort und Stelle aufrecht erhalten wird; davor aber hütete sich

die englische Flotte aus guten Gründen sehr. Sie vermochte nicht einmal von ihren eigensten Gewässern die deutschen Tauchboote fern zu halten; am 7. Mai wurde der 30000 Registertonnen haltende Riesenpassagierdampfer Lusitania, ein sog. Hilfskreuzer der englischen Flotte, welcher (wie schon im Februar) 5400 Kisten Schießbedarf nach Liverpool bringen sollte, bei Kinsale in Irland von einem unserer Unterseeboote torpediert und versank, da das mitgeführte Pulver explodierte, binnen 20 Minuten. Von den 2160 Menschen an Bord ertranken 1396. Es waren großenteils Fahrgäste, da die Cunardlinie aus Habgier die Gewissenlosigkeit begangen hatte trotz des entgegenstehenden amerikanischen Gesetzes auf das bewaffnete Schiff Fahrgäste zuzulassen, denen gesagt wurde, die Warnung, die der deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, erlassen hatte, sei nicht ernst zu nehmen. Der Untergang des gewaltigen Schiffes, dessen Wert ohne Ladung 30 Millionen Mark betrug, war eine in ihren Folgen verhängnisvolle Begebenheit, deren Verantwortung zwar nicht auf die Deutschen fiel, aber ihnen doch zugeschoben wurde. Er entfesselte in England und seinen Kolonien nicht etwa Vorwürfe gegen Cunard oder gegen die Admiralität, die zu nachlässig oder zu ängstlich gewesen war durch einige ihrer sorgsam gehüteten Kriegsschiffe die Lusitania geleiten zu lassen, sondern eine schmachvolle Deutschenhetze, die sich in der Plünderung aller deutschen Häuser in London, Liverpool, Birkenhead, Kapstadt, Johannesburg und zahllosen andern Orten entlud. Erst als es zu spät war, fand Asquith hiergegen im Unterhaus am 15. Mai Worte des Tadels. Die amerikanische Beschwerdenote vom 15. Mai schüchterte den Reichskanzler und den Kaiser aber so weit ein, daß trotz der Mahnungen des auf v. Pohl folgenden Admiralstabschefs Bachmann und des Staatssekretärs Großadmirals v. Tirpitz auf dem klaren Rechtsstandpunkt nachdrücklich zu verharren am 5. Juni der Befehl erging, Passagierdampfer, auch feindliche, nicht mehr zu versenken. Da diese Dampfer von Frachtdampfern aber nur schwer zu unterscheiden sind, so wurde durch diesen Befehl der ganze Unterseekrieg abermals gelähmt.

Die bis dahin günstigen Ergebnisse der Tätigkeit der deutschen Tauchboote und der deutschen Kriegführung überhaupt hatten noch weitere Folgen. Am 26. Mai 1915 wurde, um die Energie der britischen Kriegführung zu steigern, im Gegensatz zu allem Herkommen statt des der Mehrheit des Unterhauses entsprechenden liberalen

Kabinetts ein Koalitionskabinett aus Tories und Whigs gebildet, dessen Vorsitz Asquith behielt, dem aber von den Unionisten Bonar Law (Kolonien), Chamberlain der Jüngere (Indien), Balfour (erster Lord der Admiralität) und Carson (Justiz), sowie Lord Lansdowne (ohne Geschäftszweig) angehörten. Der Marineminister Winston Churchill wurde als Kanzler für das Herzogtum Lancaster kalt gestellt und trat am 12. November auf einige Zeit ganz aus der Regierung aus; seine vorlaute und durch den Verlauf der Dinge der Lächerlikeit überantwortete Äußerung, er werde die deutsche Flotte wie Ratten aus ihren Löchern ausgraben, brach ihm den Hals. Der Führer der militärfrommen Arbeiter, Henderson, übernahm die Unterrichtsverwaltung. Lloyd George trat an die Spitze eines besonderen Munitionsamtes, das die Vollmacht erhielt die Arbeiter zur Munitionsanfertigung zu nötigen. Kraft der „Registrierungsbill" vom 7. Juli wurden alle Männer und Frauen vom 15. bis 65. Lebensjahr in Register eingetragen, damit man wisse, wie viel Arbeiter zur Verfügung stünden. Ferner wurde die Rücksichtslosigkeit der Kriegführung noch gesteigert und jedes Mittel die Deutschen zu vernichten gut geheißen. Ein Beispiel für die Unmenschlichkeit der Engländer, das ihnen wie ein Brandmal in ewigen Zeiten anhaften wird, ist die Untat des Kapitäns Bridge von dem Kriegsschiff Baralong, der am 19. August 1915, als ein deutsches Unterseeboot den mit Bannware beladenen amerikanischen Dampfer Nicosian anhielt, unter falscher Flagge herankam, die Zeit, in der die Fahrgäste des Nicosian sich retten durften, benutzte, um das Unterseeboot tückisch zusammenzuschießen, und elf von der Mannschaft, welche sich an den Tonnen der Nicosian oder an deren Bord zu retten suchten, erbarmungslos abschießen ließ. Die englische Regierung lehnte die deutsche Forderung nach Bestrafung des Unmenschen unter heuchlerischen Vorwänden ab. Kaum weniger ruchlos war es, daß das englische Schiff King Stephen am 1. Februar 1916 die Mannschaft des untergehenden Luftschiffs Zeppelin Nr. 19 in der Nordsee ohne Hilfeleistung ertrinken ließ.

Den Krieg im Westen in seinen Einzelheiten zu erzählen ist bei dem oben geschilderten Charakter dieses Kampfes (S. 215) ebenso unmöglich als für unsere Zwecke unnötig. Wir erwähnen nur die Hauptpunkte aus der Zeit vom Herbst 1914 bis Ende 1915. Am 1. November warfen die Deutschen ihre Gegner nach einem mörderischen Kampf aus Messines (zwischen Ypern und Armentières) heraus. Am 10. November erstürmten sie Dixmuiden, und bei Langemarck

drangen nach dem amtlichen Bericht die jungen, eben erst an die Front gelangten Regimenter unter dem Gesang des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ gegen den Feind vor, nahmen seine Stellungen mit dem Bajonett, erbeuteten 20 Maschinengewehre und machten 2000 Gefangene. Selbst der gegen Deutschland äußerst gehässige Temps gestand bewundernd ein: „der Heldenmut der Deutschen ist beispiellos in der Geschichte; unter Gesang stürmten sie dem Tod entgegen.“ Am 22. April 1915 eroberten die Deutschen 5—6 km nördlich von Ypern die englischen und französischen Stellungen in einer Breite von 9 km bei Steenstraate und Langemarck, nahmen die Höhen von Pilkem und setzten sich vorübergehend (bis 16. Mai) bei Het Sas auf dem westlichen Ufer des Yserkanals fest. Dabei machten sie 5000 Gefangene; auch erbeuteten sie 45 Geschütze. Im Verfolg dieses Sieges schob sich das Heer Herzog Albrechts immer näher an Ypern heran und begann es von drei Seiten zu umklammern; die Einnahme der Stadt ward aber durch die Wasserverhältnisse und die Ungleichheit der von beiden Seiten eingesetzten Streitkräfte verhindert. Am 29. April und in den folgenden Tagen wurde Dünkirchen von deutschen Geschützen, die über 30 km weit entfernt waren, wirksam beschossen. Im Norden wie überhaupt auf allen Kriegsschauplätzen waren erstmals in diesem Krieg Flugzeuge und bei den Deutschen auch Luftschiffe (Zeppeline) tätig; sie klärten bei gutem Wetter die gegenerischen Stellungen auf und warfen Bomben auf sie.

Wie an der Yser, so wurde in der Champagne nordwärts von Reims, in dem Waldgebirge der Argonnen nordwärts von Clermont und St. Menehould und südlich von Varennes, endlich in den Vogesen bei Thann gekämpft. In der Champagne führte Joffre, um den Russen zu helfen, vom 14. Dezember ab einen gewaltigen Vorstoß, mit dem ausgesprochenen Zweck, die Deutschen aus Nordfrankreich, von dem sie 21000 qkm mit Tourcoing, Roubaix, Lille, Douai, Cambrai, Valenciennes, Maubeuge, St. Quentin, Laon, Rethel, Vouziers, Briey und Sedan inne hatten, und aus Belgien (30000 qkm) herauszuwerfen. Dies erschien um so dringlicher, als die Deutschen zwar nur einen kleinen, aber außerordentlich wertvollen Teil Frankreichs inne hatten, wo dessen Kohlenlager sich befanden und eine sehr entwickelte Industrie blühte. Es ist 1915 von Dr. Schröder in Nr. 7 der Zeitschrift „Eisen und Stahl“ berechnet worden, daß von Frankreichs Kohlen 68%, von seinen Erzen 90%, von seiner Textilindustrie über 67% in deutschen Händen waren. Nicht minder wert-

voll war Belgien, und hier stellte die deutsche Verwaltung unter dem General v. Bissing als Gouverneur allmählich den wirtschaftlichen Betrieb in Acker- und Bergbau, den der Krieg lahmgelegt hatte, mit staunenswerter Umsicht und Tatkraft wieder her. Die Arbeiter verdankten dieser Herrschaft die Einführung der sozialpolitischen Maßnahmen, die in Deutschland altherkömmlich, in Belgien aber unbekannt waren. Die deutsche Verwaltung hielt auch auf den Schulbesuch aller im pflichtigen Alter stehenden Kinder und unterstützte die flämische Bewegung. Im April 1916 wurde in Brüssel ein staatliches Lehrerseminar mit flämischer Unterrichtssprache errichtet; die Eröffnung einer flämischen Universität in Gent, welche eine alte und bisher unerfüllte Forderung der Flamen war, erfolgte am 21. Oktober 1916. Ihr erster Rektor wurde Professor Hofmann; sie zählte 30 Professoren und bald 400 Studenten und sollte die hoffnungsvolle Pflanzschule einer rein flämischen Beamtenschaft für Flandern werden. 1917 erfolgte die Zweiteilung des Landes in einen flämischen und wallonischen Verwaltungsbezirk, und eine kräftig einsetzende, namentlich von Jungflandern geförderte Bewegung nahm die völlige Selbständigkeit Flanderns zum Ziel. Der frei gewählte „Rat von Flandern" war in diesem Sinn tätig und erhielt vom Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 3. März 1917 beruhigende Zusicherungen. Der Vorstoß Joffres scheiterte nach drei Wochen vollkommen und brachte den Verbündeten nur furchtbare Verluste — 150000 Mann —, während die Deutschen kaum den 6. Teil, also etwa 25000 Mann, einbüßten. Am 12. Januar 1915 gingen die Brandenburger unter General von Lochow zum Sturm auf die Höhen von Vregny nördlich von Soissons vor, warfen die Franzosen hinter die Aisne zurück und nahmen ihnen über 5000 Gefangene und 35 Geschütze ab; Soissons lag seitdem unter dem deutschen Feuer. Der amtliche Bericht sagte: „diesen glorreichen Kampf führten unsere Truppen nach langen Wochen des Stilleliegens, in einem Winterfeldzug, dessen Witterung Regen und Sturmwind waren. Was unsere wundervollen Truppen, schmutzig anzusehen, aber prachtvoll an Körperkraft und Geist, da geleistet haben, ist über alles Lob erhoben." Wenn sie mit den Stiefeln im Schlamm stecken blieben, fochten sie barfuß weiter. Am 17. Febr. 1915 griffen die Verbündeten unsere Stellungen abermals in der „Winterschlacht in der Champagne" an, wobei vor allem der Generaloberst von Einem mit dem dritten Heer in der Gegend von Vouziers sechs französische Korps in dreiwöchentlichem Ringen mit

einem Verlust von 45000 Mann zurückschlug. Die Deutschen verloren auch hier nur eine Drittel dieser Zahl. Dabei warfen die Angreifer, von Amerika aus mit Schießbedarf überreich versorgt, an einem Tag wohl 100000 Granaten auf die deutschen Stellungen; aber alles war umsonst. Vom Ostersonntag den 4. April ab versuchte Joffre die Deutschen bei Verdun zur Aufgabe ihrer vorgeschobenen Stellung links der Maas bei Camp Romain zu zwingen; aber auch hier holten sich die Angreifer nur blutige Köpfe, obwohl über den Gebrauch von Dum-Dum-Kugeln durch sie aufs neue geklagt werden mußte und sie auch zuerst Bomben mit Stickgasen verwendeten. Der französische Chemiker Turpin war schon vor dem Krieg die Hoffnung der „Revanchards" gewesen, und von seinem Stoff Turpinit versprach man sich die rasche Vernichtung der boches*). Wie jede Waffe ein Schutzmittel gegen sie hervorruft, so begegneten die Deutschen den betäubenden Wirkungen des Gases durch Gasmasken; und da die deutsche chemische Wissenschaft der französischen und englischen weit überlegen war, so gaben die Deutschen den Gebrauch solcher Gase mit Erfolg heim. Sie verwendeten sogar weit wirksamere Bomben mit Chlorgasen, wodurch die Gegner betäubt, in einzelnen Fällen auch getötet wurden. Natürlich erhob sich nun wieder ein ohrenzerreißendes heuchlerisches Geheul über die deutschen Barbaren. In den Argonnen hatten die häufigen Kämpfe wenig Veränderung zur Folge. Hier unterstützte das hügelige und durch Unterholz fast undurchdringliche Waldgebirge den Widerstand der Franzosen; immerhin wurden sie im Juli 1915 aus der Höhenstellung la fille morte und am 14. August 1915 durch die Württemberger aus dem sehr starken Werk St. Martin herausgeworfen. In den Vogesen, wo die Franzosen gleich zu Anfang des Kriegs festen Fuß gefaßt hatten, gewannen die Deutschen im Oberelsaß das Lauch- und Fechttal, die Orte Metzeral, Sondernach und Stoßweier und den Reichsacker- und Hartmannsweiler-Kopf zurück und drangen auf französischem Boden auf Badonviller und Celles vor. Thann blieb in französischem Besitz. In der Winterszeit wurden auf beiden Seiten hier auch Schneeschuh- (Ski-) Abteilungen verwendet.

Als der Vorstoß der Zentralmächte auf dem Balkan bevorstand,

---

*) Mit diesem Schimpfnamen belegten die Franzosen allgemein die Deutschen, und selbst sonst anständige Zeitschriften wie der Correspondant schämten sich nicht schlechtweg boches statt Allemands zu sagen. Das Wort kommt von dem Kugelspiel la boccia; es bedeutet also soviel als wie Dickopf, Dummkopf. Vgl. R. Hamm in der Zeitschrift „Die neuen Sprachen" 1916, Juniheft.

unternahmen die Franzosen in der Champagne einen dritten großen Angriff, um Serbien womöglich zu entlasten und einer Niederwerfung dieses Staates, die unabsehbare Folgen haben mußte, vorzubeugen. Joffre zog vorher eine Anzahl Divisionen aus der Front zurück und ließ sie wochenlang ausruhen und sich mit allem Nötigen reich versehen, während die fünf deutschen Divisionen in der Champagne beständig gefechtsbereit sein mußten und nur geringer Erholungspausen — durch Abwechslung der Posten — sich erfreuten. Dann brach am Abend des 25. September 1915 auf der ganzen 840 Kilometer langen Front von der Nordsee bis zu den Argonnen der Ansturm los, der mit etwa 78 Divisionen belgischer, englischer und französischer Truppen, im ganzen etwa 800000 Mann, vor allem gegen unsere Champagnefront, die von der dritten Armee (v. Einem) gedeckt ward, zur Ausführung kam. Ein fürchterliches 70stündiges „Trommelfeuer" schwerster Geschützkaliber sollte die deutschen Schützengräben einebnen; dann hoffte Joffre die Deutschen zermürbt zu finden und — nach einem Tagesbefehl vom 14. September — „vorzustoßen durch alle feindlichen Stellungen bis ins freie Gelände und Nordfrankreich und Belgien von den Eindringlingen zu befreien." Aber auch dieser gewaltige Stoß hatte nur den ganz ungenügenden Erfolg, daß an zwei Stellen von 23 und 12 Kilometern Breite unsere Stellungen eingebeult wurden: die Engländer — Kitcheners elf neue Divisionen — gewannen vornehmlich durch Anwendung betäubender Gase bei Loos im Südwesten von Lille etwas Gelände, die Franzosen ebenso bei Perthes in der Champagne. Gleich am 26. wurden aber so viel deutsche Reserven herangeholt, daß der Ansturm ins Stocken geriet. „Es war," sagt ein deutscher Bericht, „als ob die feindlichen Gräben ganze Massen von Menschen ausspieen; aber sie rannten fast ausnahmslos ins Verderben; über und über bedeckte sich der Boden vor unseren Gräben mit Toten; an einzelnen Stellen lagen zwei, drei Schichten übereinander. Was noch lebte, hob um Gnade flehend die Arme." Nach 14 Tagen erlosch der Kampf. Laut zuverlässiger, vom Feind selbst bestätigter, Angaben der deutschen Heeresleitung kostete er die Engländer 60000, die Franzosen 130000, uns nicht ganz 40000 Mann. Auch die „Herbstschlacht in der Champagne" war somit ein schwerer Fehlschlag für unsere Gegner.

3. Der Krieg im Osten bis Ende 1915

Die Russen waren, da sie schon seit Frühjahr ihre Heeresmassen nach Westen vorgeschoben hatten, weit früher zur Stelle als man deutscherseits angenommen hatte. Die Regierung suchte die moralische Verfassung des Volkes dadurch zu heben, daß sie sofort mit Kriegsausbruch ein allgemeines Alkoholverbot (für Sekt, Wein, Bier und Schnaps) erließ. Die Maßregel stieß natürlich auf Schwierigkeiten; da das Volk den Schnaps nicht entbehren mochte, so entstanden an vielen Orten geheime Schnapsbrennereien; allein in Wilna wurden im April etwa 28 entdeckt. Im April wurde geklagt, daß das Verbot nicht recht wirke, daß minderwertiger und deshalb doppelt schädlicher Fusel hergestellt werde und die Todesfälle durch Säuferwahnsinn sich verdreifacht hätten. Im Schloßpark von Oranienbaum bei Petersburg (seit 1. September 1915 amtlich Petrograd genannt) kam es nach dem „Herold" vor, daß drei junge Männer und drei junge Damen aufgefunden wurden, welche in Ermangelung anderer geistiger Getränke drei Pfund kölnisches Wasser ausgetrunken hatten; einer starb, die andern schwebten lange in Lebensgefahr. Gleichwohl bestand die Regierung unnachsichtlich auf ihrem Verbot, und seine schließliche Durchführung hat wesentlich dazu beigetragen den moralischen und wirtschaftlichen Zustand der russischen Bauern zu heben, welche durch die Ersparnisse am Schnaps und durch die hohen Kriegspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in den Besitz von viel Geld kamen.

Was den Krieg anbetrifft, so drangen in dem Augenblick, in dem die Franzosen auf Metz vorstießen, um den 20. August, zwei russische Heere unter den Generalen Rennenkampf und Samsonow in Ostpreußen ein. Jener zog von Wilna auf Insterburg, dieser, der Liebling der russischen Soldaten, vom Narew her auf Osterode; der eine stieß nach Westen vor, der andere nach Norden, in der Absicht mit ihren 800000 Mann und 1700 Geschützen die nur 210000 Mann und 600 Geschütze zählende 8. deutsche Armee entweder nach Königsberg hineinzuwerfen oder zwischen ihren Heeren zu erdrücken. Nach einer zweitägigen Schlacht bei Gumbinnen mußten die Deutschen, obwohl sie 8000 Gefangene machten, zurückgehen; Ostpreußen wurde großenteils überflutet und barbarisch verheert. Brandkommandos zogen mit Zündstoffen, z. B. ölgetränkten Schwämmen, der Hauptmasse des Heeres voran und verbrannten zuerst die königlichen Domänen, dann die Rittergüter und endlich die Dörfer.

An mehreren Orten wurden Leute, selbst Frauen, erschossen, unter dem falschen Bezicht, daß sie auf die Russen gefeuert hätten. Zwei evangelische Pfarrer wurden hingerichtet, weil sie sich weigerten Angaben über die Stellung der deutschen Truppen zu machen. Viehische Gewalttaten gegen Frauen und Mädchen kamen öfters vor; nur an wenigen Orten hatten die Offiziere den Willen und die Macht ihre Soldaten zu zügeln. Der Gesamtschaden der Provinz ist auf 3½ Milliarden Mark angeschlagen worden. In Paris jubelte man über den Vormarsch der Verbündeten; man hoffte, daß le rouleau russe, die russische Dampfwalze, alles vor sich her zermalmen werde: man höre die Huftritte der Kosaken schon in Berlin. Der frühere Vizekönig von Indien, Lord Curzon, sprach in London mit echt englischer Anmaßung und Unwissenheit die Hoffnung aus, daß bald auch die dunkelfarbigen Sikhs und Ghurkas durch die Anlagen von Potsdam reiten würden. Aber es sollte anders kommen. Aus tiefem Dunkel trat ein Krieger und Sieger ans Licht, dessen geniale Feldherrnkunst ihn mit einem Schlag unter die größten Heerführer einreihen und ihn zum populärsten Mann Deutschlands machen sollte. Der Kaiser übertrug am 22. August den Oberbefehl über die 8. Armee im Osten dem General v. Beneckendorff*) und Hindenburg (geb. 2. Okt. 1847), der zu Hannover im Ruhestand lebte, nun aber sofort nach Ostpreußen eilte; als Generalstabschef erhielt er den Generalmajor Ludendorff, der den Aufmarschplan des deutschen Heeres ausgearbeitet hatte und dem an Lüttichs Fall ein Hauptverdienst zukam. Ihm rühmt Hindenburg selbst „geistvolle Gedankengänge, nahezu übermenschliche Arbeitskraft und nie ermattenden Arbeitswillen" nach. Der neue Armeeführer verfügte über das 1., 17. und 20. Korps, das 1. Reservekorps und die erste Kavalleriedivision. Im Gegensatz zu der Legende, nach der Hindenburg die Gegenden, in denen er jetzt sich mit den Russen messen sollte, schon seit langem als Schauplatz einer möglichen Russenschlacht studiert haben soll, sagt er selbst (aus meinem Leben, Leipzig 1920, S. 85), daß er bis zum 24. August „das Schicksalsfeld deutscher östlicher Kultureroberungen" noch nie betreten hatte. Jetzt faßte er das Heer Samsonows vom 26.—31. August zwischen Neidenburg und Ortelsburg bei demselben Tannenberg, wo 1410 der deutsche Orden Schlacht und Macht an die Polen und Litauer verloren hatte, mit einem ähnlichen Manöver, wie es Hannibal 216 v. Chr. bei Cannä ausgeführt hatte. Während

*) Aus demselben Geschlecht wie die russischen Benckendorff; S. 213.

nämlich die Reserve im Zentrum den Stoß der Russen aushielt, schwenkten die Korps der Linie auf den beiden Flügeln um die Feinde herum und umklammerten sie so vollständig, daß die Russen entweder sich ergeben mußten oder niedergemacht wurden. Daß sie zu Tausenden in Sümpfe getrieben worden seien und dort umgekommen seien, ist nach Ludendorff erfunden; weit und breit ist da kein Sumpf zu finden. Die Zahl der Toten ward auf 50000 geschätzt; die der Gefangenen belief sich auf mehr als 90 000. Durch diese geniale Heerführung, der die Ausdauer und Tapferkeit der Truppen entsprach, wurde die ganze Lage verwandelt; während vorher mit der Preisgabe Ostpreußens bis zur Weichsel gerechnet wurde, im Fall einer Niederlage mit dem Vormarsch der Russen bis Berlin, war nun das Verderben über die Narewarmee hereingebrochen; Samsonow fand selbst den Tod. Nun wandte sich Hindenburg, durch das elfte Korps, die Gardereiterei und andere Truppen vom Westen her verstärkt, rasch gegen Rennenkampf, der Samsonow (wohl infolge mangelnder Aufklärung und Irrtums über die Stellung der Deutschen) seinem Schicksal überlassen hatte, und brachte auch ihm vom 7.—10. September an den masurischen Seen, zwischen Gerdauen, Angerburg und Insterburg eine völlige Niederlage bei, deren Auswirkung sich Rennenkampf vom 10. an durch rechtzeitigen Rückzug entzog; mit knapper Not, heißt es, entgingen er und der russische Generalissimus, Großfürst Nikolaus, der Gefangenschaft und der rechte Flügel am 12. bei Stallupönen der Einkesselung. In fluchtartiger Eile zog sich Rennenkampf auf seinen Ausgangspunkt Kowno zurück. Im ganzen haben etwa 14 russische Korps mit mehreren Reiterdivisionen an diesen Kämpfen teilgenommen — eine gewaltige Übermacht war der genialen Heerführung Hindenburgs und der Tapferkeit seiner Soldaten völlig erlegen.

Während dieser Kämpfe hatten auch die Österreicher angegriffen. Ihr Generalissimus war, da der 84jährige Kaiser Franz Joseph den Oberbefehl nicht selbst mehr führen konnte und das Haus Habsburg nicht ausgeschaltet wurden durfte, der wackere Erzherzog Friedrich*), ein braver Soldat, der der Grenzen seiner Befähigung sich bewußt blieb und seinem Generalstabschef, Freiherrn Conrad von Hötzendorf, freie Hand ließ, einem hochbegabten Heerführer, voll

*) Er war 1856 als Sohn des Erzherzogs Karl Ferdinand (1818—74) geboren, des zweiten Sohnes des Siegers von Aspern, Erzherzogs Karl, und hatte 1895 die reichen Besitzungen seines Oheims, Erzherzogs Albrecht, des Siegers von Custoza (1866), geerbt.

großer Entwürfe, der aber den eisernen Drill in seiner Bedeutung für den Zusammenhalt des Heeres unterschätzte und in der Durchführung seiner Entwürfe praktische Rücksichten nicht immer genügend beachtete. Der Erzherzog war früh von der Notwendigkeit den einheitlichen deutschen Oberbefehl anzunehmen durchdrungen; Conrad widersetzte sich dem aus österreichischem Stolz, aus Angst vor den Slawen und aus persönlichem Ehrgeiz. Die österreichischen Heerführer Dankl und Auffenberg drangen in Russisch-Polen in der Richtung auf Lublin und Cholm ein und trugen daselbst Siege davon, Dankl an der Spitze der 1. Armee in den Tagen vom 23.—26. August bei Krasnik über das russische Heer unter General Plehwe, das auf 160000 Mann angeschlagen wurde, und Auffenberg, der die 4. Armee befehligte, bei Tomassow und Komarów gegen den General Ewert. Allein die Russen brachten bald so gewaltige Massen auf den Kriegsschauplatz, daß das Verhältnis wie 8:3 war, und sie erhielten in dem General Rußki einen vortrefflichen, auch durch Geradheit des Charakters und Freiheit von aller Kriecherei ausgezeichneten Anführer. So sah sich die 3. österreichische Armee unter v. Brudermann nach blutigen Kämpfen gezwungen die Hauptstadt Galiziens, Lemberg, am 3. September den Russen zu überlassen und weiter rückwärts eine neue vorteilhaftere Stellung aufzusuchen. Nun mußten sich Dankl und Auffenberg dem Rückzug der 3. Armee anschließen, und die rückläufige Bewegung machte erst im Westen Galiziens hinter dem San Halt, so daß das starke Bollwerk des Landes, die Festung Przemysl (sprich: Pschémysl) von den Russen eingeschlossen wurde. Das nach Hindenburgs Urteil „überkühne" Unternehmen des österreichischen Angriffs war somit gänzlich gescheitert, und das österreichische Heer hat die Verluste und die moralische Einwirkung dieses Fehlschlags nie mehr überwunden (Hindenburg, aus meinem Leben S. 156). Auch die Bukowina fiel samt ihrer Hauptstadt Czernowitz in die Hände der Russen, und an einigen Stellen drangen sie durch die Pässe der Karpathen, die in einer Länge von 1300 Kilometern von Preßburg bis Orsowa Ungarn umrahmen, nach Nordungarn vor. Die Versuche der Russen sich Przemysls zu bemächtigen scheiterten an dem tapferen Widerstand der von dem General Kusmanek geführten Besatzung; die russischen Verluste bei den Stürmen und bei den von Tamassy geleiteten Ausfällen sollen 70000 Mann an Toten und Verwundeten betragen haben. Die deutsche Heeresleitung ließ in Ostpreußen nur

das 1. Korps und die 3. Reservedivision stehen und schuf jetzt eine neue 9. Armee, die aus dem 11., 17. und 20. Korps, der Gardereserve, dem Landwehrkorps Woyrsch und andern Divisionen bestand und unter Hindenburgs Befehl gestellt wurde; er sollte den Österreichern in der Gegend von Krakau Hilfe bringen, was militärisch und politisch, wegen des Eindrucks auf das unsichere Rumänien, als notwendig erachtet wurde.

Zu Anfang des Oktobers hatte das österreichische Heer seine „Umgruppierung" vollendet und ging zu einem neuen Angriff vor. Bei Jaroslau erlagen die Russen nach zweitägigem Kampfe und mußten am 9. Oktober die Belagerung von Przemysl, wenigstens auf der Südseite der Feste, aufheben; im Norden behaupteten sie den wichtigsten Teil ihrer Stellungen. Um dieselbe Zeit hatte Hindenburg, der in Polen eingedrungen war, den Versuch der Russen ihn mit 5 Korps bei Iwangorod zu fesseln und mit 10 ihn von Warschau her zu überflügeln durch einen kühnen Vorstoß gegen Warschau vereitelt, der ihn bis auf 15 Kilometer vor Warschau führte. Aber wieder vermochten die Russen solche Verstärkungen heranzuziehen, daß sie den Österreichern und Deutschen um das Vierfache überlegen waren. Es blieb den Verbündeten nichts übrig als um den 20. Oktober eine allgemeine Rückzugsbewegung, der Deutschen auf Thorn, der Österreicher auf die Karpathen und Krakau, vorzunehmen. Dabei wurden, um das Nachdrängen der Russen zu erschweren, alle Eisenbahnen, Straßen- und Telegraphenverbindungen gründlich zerstört. Um diese Zeit war am 22. Oktober auch Czernowitz den Russen wieder entrissen worden; kaum aber war das geschehen, so mußten die Österreicher es ein zweites Mal aufgeben, und auch Przemysl wurde am 10. November wieder eingeschlossen.

Eben um den 10. November hatten aber die Deutschen und Österreicher ihren neuen Aufmarsch beendet und gingen, in der Erkenntnis, daß die Kraft des russischen Vorstoßes durch bloße Verteidigung nicht zu brechen sei, auch ihrerseits zum dritten Mal zum Angriff gegen den vordringenden Feind über, wobei wieder ein deutsches Heer zu den Österreichern bei Krakau stieß. Hindenburg, durch Truppen aus dem Westen (so die 26. württembergische Division unter ihrem erprobten Führer, dem Herzog Wilhelm v. Urach) verstärkt und am 10. November zum Generalfeldmarschall und Oberbefehlshaber im Osten ernannt, schlug die Russen am 13. und 14. November bei Wloclawec und am 15. bei Kutno, wobei 28000 Gefangene gemacht wurden, aufs Haupt,

und General v. Mackensen brachte ihren rechten Flügel in Gefahr von Warschau abgedrängt zu werden. Die Russen wurden in den nächsten Tagen von Osten und Südosten her bei Lodz (sprich: Ludsch) umzingelt und schienen der Vernichtung nicht mehr entgehen zu können. Aber aufs neue brachte der Großfürst Nikolaus aus dem unerschöpflichen Menschenvorrat des Riesenreichs wieder ungeheure Massen an die Front; der deutsche Bericht schlug sie auf 45 Korps mit vielen Reservedivisionen an, also auf über anderthalb Millionen Soldaten. Bei den nun sich entwickelnden Kämpfen geschah es, daß das 25. deutsche Reservekorps, das östlich von Lodz gegen den Rücken der Russen vorging, seinerseits wieder bei Skierniewice durch russische Heerhaufen im Rücken ernstlich gefährdet wurde. Da machten die Deutschen angesichts des vor ihrer Front stehenden Feindes Kehrt und durchbrachen nach dreitägigen schweren Gefechten am 25. November den von den Russen schon um sie gezogenen Ring. Hierbei brachten sie noch fast alle ihre Verwundeten, dazu 12 000 gefangene Russen und 25 eroberte Geschütze mit zurück; ihre eigenen Verluste waren nicht ungewöhnlich hoch — „gewiß, sagt der amtliche deutsche Bericht mit Recht, eine der schönsten Waffentaten des Feldzugs," deren Ruhm vor allem dem General v. Litzmann und seiner Gardedivision zukommt. Bei Lowitsch vollzog das Korps seinen Anschluß an das Heer Mackensens. Die deutschen Waffen wurden in den unausgesetzten wochenlangen Kämpfen schließlich mit vollem Erfolg gekrönt; am 6. Dezember wurde trotz der zähen russischen Gegenwehr Lodz, die größte Fabrikstadt Rußlands, mit 400000 Einwohnern, von unsern Truppen besetzt und damit der Hauptsitz der Tuchweberei, wo die Bekleidung des russischen Heeres hergestellt wurde, in unsere Gewalt gebracht. Der Erfolg ist nicht mehr verloren gegangen; die Deutschen faßten in Polen festen Fuß; Hindenburg hat deshalb die Einnahme von Lodz an ihrem Jahrestage 1915 ein weltgeschichtliches Ereignis genannt. Die Österreicher drängten auch ihrerseits den Feind ostwärts von Krakau hinter den Dunajetz, einen Nebenfluß der Weichsel von rechts her, zurück.

Am 2. Dezember entrissen sie den Serben, welche Mitte September bei dem Versuch Syrmien (Hauptorte Vukovar und Semlin) zu erobern 15 000 Mann eingebüßt hatten, ihre Hauptstadt Belgrad; gerade am Tag der Thronbesteigung Kaiser Franz Josephs zog General Frank in der feindlichen Residenz ein. Dann drangen die Österreicher siegreich bis Valjévo vor. Aber nun erfolgte ein schwerer Rückschlag: die Serben griffen die Österreicher, deren Nachschübe durch

die schlechten Wege und rauhes Wetter behindert waren, aufs neue an und zwangen den Feldzeugmeister Potiorek unter großen Verlusten an Mannschaft und Geschützen zur Räumung des Landes; selbst Belgrad fiel am 15. Dezember den Serben wieder in die Hände. Potiorek wurde im Oberbefehl durch Erzherzog Eugen ersetzt. Übrigens haben die Serben, durch Kriegsverluste, Seuchen (Flecktyphus) und Hunger aufs härteste mitgenommen, ihren Erfolg nicht auszubeuten vermocht und sich kaum mehr von der Stelle gerührt.

Um diese Zeit erfochten die Österreicher aber in der Westecke Galiziens bei Limanowa am 12. Dezember einen glänzenden Sieg über die Russen, und Hindenburg warf die ihm gegenüber stehenden Heere von Lowitsch nach der Bzura, die von links her unterhalb Warschaus in die Weichsel fällt, zurück. Nun mußten die Russen auf der ganzen 400 km langen Front weichen; ihr Plan in Posen und Schlesien einzubrechen und auf Berlin vorzustoßen war dank der glänzenden obersten Führung, der Tapferkeit und Ausdauer der Truppen und dem in der Geschichte unerreicht dastehenden redlichen Zusammenwirken der verbündeten Heere völlig gescheitert. Der amtliche deutsche Bericht betonte, daß die günstige Entscheidung vor allem dem Heldenmut hessischer und westpreußischer Regimenter zu verdanken sei; zur Veranschaulichung der Leistungskraft der Truppen wies er darauf hin, daß sie viele Wochen lang keinen Ruhetag hatten und daß auf den grundlosen Wegen jeder Marsch den doppelten Krafteinsatz erforderte. Vom 11. November bis 31. Dezember haben die Deutschen nicht weniger als 136 000 Russen gefangen und 100 Kanonen und 300 Maschinengewehre erbeutet.

Während nun ein Teil des deutschen Heeres längs der Weichselzuflüsse Bzura (mit der Rawka) und Pilitza vordrang, die Russen aber sich möglichst eingruben, brachte Hindenburg den andern Teil seiner Truppen nach Norden, wo die Russen wieder in Ostpreußen eingedrungen waren, aber von General Otto v. Below mit der 100 000 Mann starken 8. Armee aufgehalten wurden. Abermals entwarf Hindenburg den Plan zu einer neuen Umfassungsschlacht. Die Generale v. Eichhorn (einer unserer hervorragendsten Truppenausbildner) und v. Below selbst gingen am 7. Februar 1915, jener von Tilsit, dieser westlich von Lyck vor, mit Landwehr und Landsturm; ihnen gegenüber stand Baron v. Sievers mit der aus 6—8 Korps bestehenden, also etwa 225000 Mann starken zehnten russischen Armee. Das Wetter brachte starken Schneefall und Frost mit eisigem Wind, gegen den aber unsere

Leute (zum Teil aus Mitteln der „Hindenburgspende") mit warmen Kleidungsstücken gut gerüstet waren. Am 8. Februar nahmen die Truppen v. Belows Johannisburg mit Sturm; Eichhorn warf ebenfalls alles vor sich nieder und besetzte Stallupönen, Eydtkuhnen, Wirballen und Mariampol; diese beiden letzten Orte lagen schon auf russischem Boden. Am 14. Februar wurde dann durch die Generale v. Falck und v. Butlar das von den Sibiriern zäh verteidigte Lyck erstürmt, und Hanseaten und Mecklenburger zogen als erste siegreich in der endgültig befreiten Stadt ein. In diesem Augenblick kam der Kaiser selbst, der vom westlichen Hauptquartier in Mezières zum Ostheer herüber gefahren war, um auch hier nachzusehen, im Kraftwagen heran; die Soldaten umdrängten ihn jubelnd und sangen „Heil dir im Siegerkranz" und „Deutschland, Deutschland über alles": eine historisch denkwürdige, unvergeßliche Szene. Die russische Armee wurde schließlich von den beiden Heerführern Eichhorn von Norden, Below von Süden her im Wald von Augustowo wie mit einer Zange zusammengepreßt und völlig aufgerieben; sie verlor über 110000 Gefangene, 300 Kanonen und unermeßliches Geräte aller Art.

Im weiteren Verlauf gelang es den Österreichern, die in den Karpathen zwischen Uszok- und Lupkowpaß durch deutsche Truppen unter dem General v. Linsingen tapfer unterstützt wurden, die Russen aus Nordungarn hinter die Karpathen zurückzuwerfen — das Eindringen der Russen in die ungarische Tiefebene, das leicht den Zusammenbruch der Doppelmonarchie zur Folge haben konnte, war damit verhütet. Am 17. Februar hat ihnen General v. Pflanzer-Baltin auch Czernowitz wieder entrissen, womit der größte Teil der Bukowina befreit war. Auch hier hatten die Russen barbarisch gehaust, namentlich gegen Juden und Rumänen. Auch in Ostgalizien gewannen die Österreicher wieder Boden, indem sie am 17. Februar Kolomea zurückeroberten. Die Hauptsache freilich, der Entsatz von Przemysl, ist nicht erreicht worden; alle Versuche deutscher und österreichischer Truppen bis zu der Festung vorzustoßen scheiterten. Ein erneuter russischer Vorstoß gegen Ostpreußen ward am 10. und 11. März rasch abgeschlagen, und ein Einfall in Memel (18. März) ebenfalls. Auch hier verübten die Russen die rohesten Gewalttaten gegen Wehrlose, besonders gegen Frauen; amtlich sind 14 Schändungen festgestellt worden; eine Menge von Menschen wurde beim Rückzug wie Sklaven mitgeschleppt, zum Teil jedoch wieder befreit. Am 22. März erfolgte dann der seit längerer Zeit mit Bangen erwartete

Schlag: die Festung Przemysl mußte sich nach einem fast 4½monatlichen Widerstand (ab 10. November) und nach Erschöpfung aller Lebensmittel ergeben. Ehe Kusmanek die Russen einließ, sprengte er die Festungswerke in die Luft. Bei diesem Anlaß gerieten 44000 kampffähige Soldaten und Offiziere und gegen 80000 Verwundete und Arbeiter in Gefangenschaft, und es war begreiflich, daß man fragte, warum die Festung nicht für längere Zeit verproviantiert worden sei. Die Heeresverwaltung entschuldigte sich damit, daß die Wege fast ungangbar gewesen seien und daß man, um die Festungswerke zu verstärken, auch große Massen von Arbeitern habe in die Stadt ziehen müssen. Auf diese Art seien bei der zweiten Belagerung statt 85000 Mann 128000, statt 3700 Pferden 14500 in Przemysl gewesen, und dazu seien noch 18000 Einwohner und 2000 Gefangene gekommen. Dem gegenüber blieb es eine offene Frage, ob nicht durch eine größere Tatkraft, als sie den etwas bequemen Österreichern eigen war, die Schwierigkeiten doch zu überwinden gewesen wären; in Tirpitz' Briefen (s. seine Erinnerungen) kehren die Klagen über das häufige Versagen der Österreicher immer wieder, und er erinnert daran, daß Napoleon III. ein Bündnis mit Österreich mit dem Wort ablehnte: non ne s'allie pas avec un cadavre. Mit den durch den Fall der Stadt frei gewordenen Streitkräften versuchten die Russen abermals die Karpathenpässe zu nehmen und auf Ofen-Pest vorzustoßen. In wochenlangen Kämpfen vom 10. März bis 6. April wurden sie aber schließlich unter ungeheuren Verlusten, die auf 300000 Mann beziffert werden, zurückgeschlagen. Dagegen behaupteten sie zunächst noch den größten Teil Galiziens, und der Minister Goremykin erdreistete sich am 10. Februar in der Duma zu sagen, daß Galizien die letzte schöne Blüte sei, die in der lebensvollen Krone des Zaren bis jetzt noch gefehlt habe. Der Zar selbst erschien am 23. April in Lemberg, ward — von bezahlten Gesellen — angeblich begeistert begrüßt, und rief vom Balkan des Schlosses aus: „es lebe das unteilbare, eine, mächtige Rußland!"

Kaum aber hatte diese Überhebung stattgefunden, so erfolgte ihre Züchtigung. In Anwesenheit des Höchstkommandierenden, Erzherzogs Friedrich, und unter der Oberleitung des ausgezeichneten Generalobersten v. Mackensen holten die zur elften deutschen Armee vereinigten fünf österreichischen und deutschen Korps zu einem gewaltigen Vorstoß aus, der sowohl militärisch (freiere Bewegung im Westen)

als politisch (Wirkung auf das im Abfall begriffene Italien und Rumänien) geboten war. Am 2. Mai morgens 6 Uhr begann ein verheerendes Artilleriefeuer gegen die russischen Stellungen am Dunajetz zwischen Tarnow und Gorlice. Schlag 10 Uhr schwiegen die Geschütze, und die Verbündeten stürzten sich auf die Russen, deren Front trotz tapferen Widerstandes am 2. und 3. Mai an mehreren Stellen durchbrochen wurde. Die Russen mußten zurück, ohne Aufenthalt, ohne daß die vier starken, zur Verteidigung vorbereiteten rückwärtigen Stellungen sie hätten schützen können. Weder der Lauf des Dunajetz, noch der der Wisloka, noch der des Wislok, auch nicht der des San hielten die Verfolger auf. Durch dieses unaufhaltsame Vordringen wurden die noch in den Karpathen steckenden russischen Heere in die Gefahr des Abgeschnittenwerdens gebracht und mußten eilig den Rückzug antreten. Aber ein Teil vermochte sich vor der Gefangenschaft nicht mehr zu retten; der Wirrwarr wurde so groß, daß das 9. österreichische Korps von 51 durcheinander geratenen russischen Regimentern Gefangene machte. Am 6. Mai fiel Tarnow, am 15. Mai Jaroslau in die Hände der Deutschen, an deren Spitze die preußische Garde focht; die galizischen Erdölbezirke wurden befreit. Die Gesamtzahl der Gefangenen betrug bis 31. Mai 268869 Mann und 863 Offiziere, die Zahl der erbeuteten Geschütze 251, die der Maschinengewehre 576. Es war nach mehreren großartig durchgeführten Überflügelungsschlachten der erste glänzend gelungene Frontaldurchbruch dieses Kriegs; halb Galizien, in einer Ausdehnung von 150 Kilometern Tiefe, war der Preis des unerhörten Sieges. Indem er immer weiter verfolgt ward, erzwang v. Mackensen am 24. Mai bei Radymno den Übergang über den San, machte wieder 21000 Gefangene und erbeutete 39 Geschütze; v. Linsingen erstürmte am 31. Mai das stark befestigte Stryj und nahm 10000 Mann gefangen. Przemysl, das die Russen seit dem 22. März wieder in starken Verteidigungsstand gesetzt hatten, wurde von den Siegern eingeschlossen, und am 31. Mai und 1. Juni wurden fünf von den Forts der Nordseite von den Bayern erstürmt. Am 3. Juni morgens halb 4 Uhr erfolgte der Fall der ganzen Festung, wobei 33805 Russen gefangen wurden. Der Zar hatte kurz vorher im zuversichtlichen Glauben, daß Przemysl auf immer russisch bleibe, der Stadt von Lemberg aus einen feierlichen Besuch abgestattet; um so gewaltiger war die Wirkung des Rückfalls der Feste an Österreich. Die Russen konnten nicht einmal Lemberg behaupten; nachdem am 22. Juni ein Vorwerk

nach dem andern erstürmt war, zogen die Sieger am Abend des Tages wieder in die Hauptstadt Galiziens ein.

Im Mai unternahm v. Hindenburg auch einen Vorstoß über den Njemen nach Kurland. Die Deutschen bemächtigten sich der Stadt Schawli und (am 7. Mai) des russischen Kriegshafens Libau; dabei wurden ungeheure Vorräte an allen möglichen Gegenständen, besonders Leder, erbeutet. Am 19. Juli fiel Tuckum, am 1. August Mitau, und die Russen wurden auf Riga, das bereits zu Livland gehört, zurückgeworfen.

Nunmehr entwarfen die Generalstäbe der Verbündeten einen großartigen Plan zur völligen Niederringung der Russen. Der größte Teil der in Galizien siegreichen Truppen wurde in mächtiger Schwenkung aus bisher östlicher Richtung nordwärts gewendet und drei „Heeresgruppen" gebildet, eine unter Hindenburg im Norden, eine unter Prinz Leopold von Bayern (dem Bruder des Königs Ludwig; geb. 1845) in der Mitte und eine unter v. Mackensen im Süden. Leider versäumte man die Errichtung eines einheitlichen — natürlich deutschen — Oberbefehls, wodurch der Erfolg des Vorgehens bis zur gänzlichen Umklammerung der Russen auf beiden Flügeln und ihrer Vernichtung hätte gesteigert werden können. Gleichwohl erzielten die drei Heerführer glänzende Ergebnisse. Die russischen Festungen, welche als unbezwingbar gepriesen worden waren, fielen vor dem unaufhaltsamen Ungestüm der Deutschen und Österreicher und ihrer furchtbaren schweren Artillerie wie die welken Blätter im Herbst. Der unter Hindenburg stehende General von Gallwitz durchbrach die Narewsperre, indem er am 14. Juli Prasnysz, am 24. Rozan und Pultusk, am 10. und 11. August Lomsha und Ostrolenka erstürmte. Warschau fiel am 5. August in die Hände des Prinzen Leopold und ward von den abziehenden Russen von Praga aus als nunmehr feindliche Stadt rücksichtslos beschossen. Am 8. August zog der österreichische General v. Köveß in Iwangorod ein, Eichhorn am 18. in Kowno, wo er 20000 Gefangene machte und 800 Geschütze erbeutete. Am 20. August mußte sich Nowogeorgiewsk (früher Modlin) dem Besieger Antwerpens, dem General v. Beseler, dem neuen „Städtebelagerer" (Poliorketes) ergeben; 85000 Mann, denen der Ausweg abgeschnitten war, streckten die Waffen, und 1640 Geschütze waren die Siegesbeute. Am 26. August fiel Brest-Litowsk nach furchtbarer Beschießung; es ward von den durch die neue Bug-Armee unter General v. Linsingen in der linken

Flanke bedrohten und deshalb zurückweichenden Russen schonungslos in Brand gesteckt. Die Russen griffen die Kriegführung ihrer Vorfahren vom Jahr 1912 wieder auf und verwüsteten ihr eigenes Gebiet; sie wollten dadurch den Siegern den Aufenthalt in ihrem Lande unmöglich machen; aber die Verkehrsverhältnisse waren 1915 ganz andere als vor hundert Jahren. Wohl konnte man Tage gelegentlichen Mangels für die Deutschen herbeiführen und deren Vormarsch hemmen, nicht aber konnte man ihn verhindern: „laßt sie verbrennen, was sie wollen, soll General Eichhorn gesagt haben; wir essen heute hier Brot, das vor 24 Stunden in Breslau gebacken worden ist!" Unter diesen Umständen erreichten die Russen mit ihren Verheerungen nichts als daß das Kriegselend verdoppelt und verdreifacht über ihre eigenen Leute kam; namentlich die Massen der von ihnen von Haus und Hof fortgetriebenen Litauer und Polen traf jede Art von Entbehrung.

Am 31. August erstürmten die Salzburger und Oberösterreicher die Festung Luzk in Wolhynien; infolge mangelhafter Führung des Erzherzogs Joseph Ferdinand gelang es aber den Österreichern nicht Galizien ganz zu befreien. Am 2. September fiel Grodno, am 19. Wilna, die alte Hauptstadt Litauens, in die Hände der deutschen Heerführer Eichhorn und Scholtz. Weder der Urwald östlich von Bialystok noch die berüchtigten Roknitosümpfe am wasserreichen, fast von der Quelle an schiffbaren Pripjet, dem großen Nebenfluß des Dnjepr, konnten den Vormarsch der Sieger aufhalten; Pinsk (nördlich vom Pripjet) wurde von den Deutschen besetzt. Zu Ende September 1915 zog sich unsere Linie vom Vorland von Riga und Dünaburg, welche von den Russen gehalten wurden, über Widsy, Kopylnik, Nikolajew (am Njemen), Pinsk, Czartorysk und Dubno herunter in das Vorland von Tarnopol, welche galizische Stadt die Russen behaupteten, und erreichte östlich von Czernowitz den Pruth und die rumänische Grenze. Während die Russen noch etwa 10000 qkm galizischen Bodens, etwa $^1/_7$ bis $^1/_8$ des ganzen Kronlandes, festhielten, belief sich der Umfang des von uns eroberten russischen Gebietes auf ungefähr 290000 qkm. An der soeben bezeichneten Linie machte der Vormarsch Halt, da eine Fortsetzung des Winters wegen schwierig und aus militärischen Gründen nicht angezeigt war; gelegentliche Versuche der Russen uns zurückzudrängen (wie am 29. Dezember bei Burkanow), wurden ohne Mühe abgewehrt. Der üble Ausgang des Feldzuges machte in Rußland natürlich einen schlimmen Eindruck; der Groß-

fürst Nikolaus fiel der Mißstimmung zum Opfer: am 5. September ward er vom Zaren, der der Form nach selbst den Oberbefehl übernahm (in Wahrheit erhielt ihn General Rußki), seiner Stelle als Generalissimus enthoben und zum Oberbefehlshaber im Kaukasus ernannt. Man muß indessen anerkennen, daß der Großfürst doch verstanden hatte, sein Heer aus der Zange, die Hindenburg und Mackensen bildeten, zu retten; „er hatte den Sack rechtzeitig nach Osten entleert und hier eine neue Linie gebildet."

4. Eingreifen Italiens

Gerade in dem Augenblick, in dem der Durchstoß in Galizien erfolgte, hielt es Italien für angezeigt sich an der Seite des Dreiverbands in den Krieg zu mischen. Wir wissen, daß die Diplomatie des Dreiverbands, besonders der französische Botschafter am Quirinal, Barrère, ein begnadigter Kommunard, seit langem alle Hebel in Bewegung setzte, um dieses Ziel zu erreichen, und daß der größte Teil der italienischen Presse in dasselbe Horn stieß (S. 194). Der rasche Siegeslauf der deutschen Heere, der sie anfangs bis hart vor Paris führte, und Hindenburgs Erfolge im Osten, welche auch den Österreichern Luft schafften, erregten in Rom die Sorge vor einer gefährlichen Machtverschiebung in Europa; man besetzte die Westgrenze so schwach, daß Joffre, vor einem italienischen Angriff sicher, die französischen Truppen von der Dauphiné an die Marne ziehen konnte. Italien war jedoch militärisch wegen der Nachwirkungen des libyschen Kriegs zu tatkräftigem Vorgehen nicht bereit, und so galt es zunächst auf alle Fälle Zeit zu gewinnen. Der Wechsel im Kriegsministerium, wo am 10. Oktober der General Grandi durch den energischeren Zupelli ersetzt wurde, hatte offenkundig den Zweck mit Aufwand einer Milliarde Lire die Kriegsbereitschaft möglichst schnell und möglichst vollständig zu erreichen; um etwaigen Verdacht zu beschwichtigen, machte das Ministerium Salandra geltend, daß das Land für alle Fälle bereit sein müsse seine Interessen bei der zu erwartenden Neuordnung der europäischen Verhältnisse nachdrücklich zu wahren. Der Minister des Auswärtigen, San Giuliano, obschon so wenig ein Freund Österreich-Ungarns als irgendein Italiener, war im ganzen doch ein vorsichtiger und weitblickender Staatsmann, welcher die bleibenden Lebensinteressen Italiens als einer Mittelmeermacht über das Haschen nach kleineren Vorteilen an der Etsch und in der Adria

stellte; er ließ sich durch den Irredentismus nicht darüber blenden, daß die Anlehnung an die mitteleuropäischen Mächte Italien einen starken Rückhalt gegenüber Frankreich und England und damit eine Bürgschaft seiner Großmachtstellung gewährte, und hielt das rollende Rad in seinem Laufe auf. Deshalb ist sein Tod und der Übergang der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten an Sonnino (16. Oktober) in Wien und Berlin als ein unerfreuliches Ereignis empfunden worden; seitdem glitt Italien immer mehr auf die Seite des Dreiverbands hinüber, der durch eine leidenschaftliche, skrupellos bezahlte, Wühlerei das Volk im Sinn des Kriegs bearbeitete; das Ministerium konnte oder wollte der zunehmenden Erregung nicht steuern. Neu flammte der alte Haß gegen Österreich auf, das zwischen 1815 und 1859 der Unterdrücker Italiens und der Todfeind seiner Einheit und Freiheit gewesen war, das jetzt noch die italienischen Bevölkerungen von Trient und Triest abhielt sich in den Schoß der Mutter zu werfen. Auch das Gefühl der gemeinsamen lateinischen Kultur zog die Italiener hinüber zu Frankreich, so wenig dieses auch Italiens Interessen ehrlich achtete, und entzündete antideutsche Leidenschaften.

Am 9. Dezember formulierte Sonnino Italiens Forderungen „juristisch" auf Grund des Artikels 7 des Dreibundvertrags, erfuhr aber zunächst am 12. durch den Grafen Berchtold eine Ablehnung, weil der Fall, den dieser Artikel vorsehe, zur Zeit gar nicht bestehe, da Österreich Serbien nicht angegriffen habe, sondern in der Verteidigung stehe. Von „Kompensationen" für Italien konnte damals in der Tat um so weniger die Rede sein, als die Österreicher eben wieder aus Serbien verdrängt wurden. Doch lenkte der Graf auf das Zureden der deutschen Diplomatie, die in Rom durch Fürst Bülow vertreten war, am 20. Dezember ein und war bereit trotz allem über Kompensationen zu verhandeln. Nachdem dann Berchtold am 13. Januar 1915 durch den ungarischen Minister am kgl. Hoflager, Freiherrn v. Burian ersetzt war, erklärte Sonnino am 14. Januar dem Fürsten Bülow, daß eine dauernde Eintracht zwischen Österreich und Italien nur möglich sei, wenn die irredentistische Formel Trient und Triest! ausgeschaltet, d. h. wenn diese Forderung erfüllt sei. Bülow erwiderte sofort, daß Österreich lieber Krieg führen als Triest herausgeben werde; in der Tat würde Österreich mit Triest seinen Zugang zur Adria und damit zum Meer überhaupt eingebüßt haben; auch das deutsche Reich hatte ein großes Interesse daran, daß Triest österreichisch und dieses Tor nach der Adria

dem deutschen Handel offen blieb. Trients Abtretung erklärte Bülow in Wien durchsetzen zu können; mehr nicht. Bei den Erwägungen, was nun zu tun sei, ergab sich, daß es sich verlohne Italiens Fernbleiben vom Krieg mit gewissen Opfern seitens Österreichs zu erkaufen, und daß es noch mehr sich verlohnen würde Opfer zu bringen, wenn dadurch ein dauerhaftes Freundschaftsverhältnis zu Italien statt des Zustandes versteckter Feindschaft erreicht werden könnte. Der letzte Gesichtspunkt, der wahrhaft staatsmännisch genannt werden darf, und nicht bloß der Wunsch einer Steigerung der augenblicklichen Nöte vorzubeugen hat in Wien (nach den überaus würdevollen Erklärungen des Grafen Tisza im ungarischen Abgeordnetenhaus vom 17. Mai 1915) dahin geführt, daß der Kaiser Franz Joseph den Vorstellungen seiner Ratgeber und des Fürsten Bülow soweit nachgab, daß er am 9. März die Frage etwaiger Abtretungen grundsätzlich bejahte. Demgemäß bot am 27. März Burian gegen das Versprechen wohlwollender Neutralität Italiens bis zum Schluß des Krieges und freier Hand für Österreich auf dem Balkan (mit Ausnahme Albaniens) die Herausgabe Welschtirols mit Trient an. Sonnino erklärte das für zu unbestimmt (worauf Welschtirol durch Nennung der Bezirke Trient, Rovereto, Riva und Tione erläutert wurde), überdies für unzureichend und ließ am 6. April in Wien folgende Gegenvorschläge übergeben. Nicht bloß 1. das Trentino in den Grenzen von 1811, also bis zum Brenner, wurde verlangt, sondern auch 2. das Land am Isonzo mit Gorizia (Görz) links und Gradiska rechts von diesem Fluß, und 3. die Curzolari-Inseln an der dalmatinischen Südküste (Lissa, Lessina, Curzola, Lagosta, Cazza, Meleda), ferner 4. die volle Souveränität über den albanischen Hafen Valona und die ihm vorgelagerte Insel Saseno sowie Österreichs unbedingter Verzicht auf irgendwelchen Einfluß in Albanien; 5. Österreichs Einwilligung zu der endgültigen Besitznahme der Dodekanesos durch Italien; 6. sollte Triest mit Nabresina, Capo d'Istria und Pirano in Istrien ein von Österreich völlig unabhängiger Freistaat werden, der natürlich bei der ersten Gelegenheit sein Aufgehen in Italien ausgesprochen haben würde. Endlich forderte Sonnino, daß die Abtretungen sofort vollzogen werden müßten. Selbst neutrale Blätter wie das Stockholmer Tagblatt haben anerkannt, daß diese Forderungen maßlos waren; auch die sofortige Abtretung stieß in Wien auf schwere Bedenken: man traute Italien zu, daß es, nachdem es in den Besitz bequemer Einfallspforten in die habsburgische Monarchie gelangt sein würde, doch

nicht Frieden halten, sondern versuchen werde von diesen günstigen Stellungen aus noch mehr zu erkämpfen. Nach dem, was man an italienischer Treue bald erleben sollte, kann man einen solchen Argwohn nicht übertrieben nennen. Die Italiener befürchteten ihrerseits, daß Österreich mit Rußland einen Sonderfrieden abschließen und sich dann mit aller Macht auf sie stürzen werde; der Botschafter des Königs Viktor Emanuel III. in Wien, der Herzog von Avarna, berichtete, daß Gerüchte von einem solchen Sonderfrieden hartnäckig umliefen.

Schließlich kamen die Verhandlungen auf den toten Punkt, und Italien, von seinem Militärbevollmächtigten in Wien, Grafen Albrizzi, der völligen militärischen Brüchigkeit Österreichs versichert, schloß am 25. April insgeheim mit dem Dreiverband ab. Es verhieß, wie durch die Petersburger bolschewistische Prawda vom 28. November 1917 aktenmäßig aus dem russischen Staatsarchiv bekannt gegeben ist, Anteilnahme am Krieg gegen alle mit dem Dreiverband kriegführenden Mächte, wofür ihm Hilfe zugesichert wurde durch die französische und englische Flotte und das russische Heer, falls Österreich alle seine Kraft gegen Italien richten sollte. Erhalten sollte es das Trentino, Südtirol, auch das deutsche, bis zum Brenner, Görz und Gradiska, Stadt und Gebiet von Triest, ganz Istrien bis Quarnero mit allen istrischen Inseln, ganz Dalmatien bis zur Narenta mit den herzegowinischen Bezirken von Lissarica und Trebinje sowie den Flußläufen des Sebenicogolfs und den dortigen Inseln, Valona mit seinem Bezirk und Saseno, die Dodekanesos, einen Anteil an der Kriegsentschädigung, von der Türkei eventuell Adalia, und falls Frankreich und England sich in Afrika auf Kosten Deutschlands vergrößern, eine Entschädigung in Eritrea, Somaliland und Libyen. Endlich verpflichtete sich der Dreiverband Italien darin zu unterstützen, daß der heilige Stuhl verhindert werde Schritte zur Friedensvermittlung oder zur Regelung von Fragen zu unternehmen, die mit dem Krieg zusammenhängen. In Serbien erregten diese Nachrichten schwere Verstimmung, weil Dalmatien ein fast ganz slawisches Land ist, auf das man selbst Anspruch erhob, und es ist für die italienische Politik sehr bezeichnend, daß sie einerseits mit den nationalistischen Ideen des Irredentismus arbeitete und andererseits ohne Skrupel sich nichtitalienische, slawische, Gebiete aneignen wollte, um Italiens Herrschaft über die Adria zu befestigen. Am 3. Mai ging das Telegramm nach Wien, wonach der Herzog von Avarna ange-

wiesen wurde den Bundesvertrag mit Österreich am 4. zu kündigen. Es war vergeblich, daß Österreich jetzt neue Zugeständnisse machte, die Bethmann Hollweg im Reichstag am 18. Mai öffentlich bekannt gab. Österreich war erbötig außer Welschtirol auch Gradiska abzutreten, Triest die Stellung einer kaiserlichen freien Stadt mit verbürgter italienischer Stadtverwaltung und italienischer Universität einzuräumen, eine Amnestie zu gewähren, die nationalen Interessen der unter dem Szepter des Kaisers verbleibenden Italiener zu berücksichtigen, auch weiteren Wünschen Italiens über die Gesamtheit der im Vertrag enthaltenen Fragen Rechnung zu tragen und auf allen Einfluß in Albanien (wo die Italiener schon Valona besetzt hatten) zu verzichten. Die sofortige Abtretung der genannten Gebiete wurde auch jetzt abgelehnt, sollte aber durch eine feierliche Erklärung des Kaisers Franz Joseph und im Einvernehmen mit ihm durch die Bürgschaft des deutschen Reiches für die Ausführung ersetzt werden. Man muß zugestehen, daß Österreich-Ungarn damit bis an die äußerste Grenze des Zulässigen ging, wenn es sie nicht gar überschritt. Die Preisgabe von Albanien z. B., besonders von Valona samt dem ihm vorgelagerten Saseno, dem albanischen Helgoland, an Italien mußte diesen Staat zum Herrn der nur 70 Kilometer breiten Straße von Otranto machen und war also geeignet Österreich im Winkel der Adria abzusperren. Zu allem Überfluß erhoben die Ungarn, welche 1848—49 gleichzeitig mit den Italienern gegen Österreich gekämpft hatten, also von dem italienischen Haß gegen die Österreicher nicht getroffen wurden, ihre Stimme, um Italien zur Vernunft und Vertragstreue zu mahnen: Graf Tisza erklärte im Abgeordnetenhaus, daß vor allem der Wunsch nach ehrlicher, dauernder Freundschaft mit Italien die Regierungen und Völker der Doppelmonarchie bewege solche Opfer anzubieten.

Es war alles umsonst. Zwar brachte das Eingreifen des früheren Ministerpräsidenten Giolitti, der mit dem Fürsten Bülow in beständiger Fühlung war, es dahin, daß die auf Giolitti als Führer eingeschworene Kammermehrheit gegen Salandra und Sonnino widerspenstig wurde und Salandra am 13. Mai den Rücktritt des Kabinetts erklärte, weil es in bezug auf die Richtlinien der äußeren Politik der inneren Eintracht und weil es außerdem der notwendigen Zustimmung der Verfassungsparteien entbehre. Das einflußreichste Blatt des Südens, der Mattino in Neapel, erklärte, des Mißerfolgs der „Interventionisten" sicher: „Die 48–50 000 Tollhäusler, welche

Regierung und Land in den Abgrund stürzen wollten, mußten den 36 Millionen Italienern weichen, die bei dem verbrecherischen Abenteuer alles zu verlieren und nichts zu gewinnen haben." Allein angesichts der nur noch wilder aufflackernden Hetze der „Interventionisten" wagte es niemand die Erbschaft Salandras zu übernehmen, nicht einmal der 73jährige Giolitti selbst, der nun nach dem Hosianna das Kreuzige zu kosten bekam, als Bandit im Sold der Mittelmächte verschrien und samt seinen Getreuen durch Drohbriefe und feindselige Kundgebungen der fanatisierten Bevölkerung Roms eingeschüchtert wurde; mutlos reiste er in seine piemontesische Heimat zurück. Die Botschafter Frankreichs und Englands, Barrère und Rennel Rodd, waren die Herren der Lage; namentlich der zweite nützte die wirklich oder geglaubte Abhängigkeit Italiens von der englischen Kohle und der englischen Flotte (S. 194) rücksichtslos aus. Der König Viktor Emanuel III. selbst getraute sich nicht Giolitti zu berufen; er suchte ein farbloses Übergangskabinett unter dem Kammerpräsidenten Marcora oder dem greisen Boselli oder dem rangältesten Fachminister des abgetretenen Ministeriums, Carcano, zu Stande zu bringen. Als alle drei ablehnten, bestätigte er am 17. Mai freiwillig oder aus Angst um seinen Thron das Kabinett. Vergeblich beschworen der Minister des königlichen Hauses, Mattioli-Pasqualini, seit seinem Aufenthalt in Berlin als Botschaftsrat ein treuer Freund Deutschlands und seiner Kultur, und der erste Generaladjutant des Königs, General Brusati, der nach dem römischen Ausdruck von Jugend an „beide Schlüssel zum Herzen des Monarchen besaß", Viktor Emanuel III. bei seiner Bundespflicht zu verharren; ihren Einfluß überwog der der Königin Helena, einer Montenegrinerin, und der Königin Mutter Margherita, welche, bisher sehr deutschfreundlich, aber auch voll englischer Sympathien, nun, wie es heißt, aus Angst um den Thron ihres Sohnes plötzlich ins andere Lager überging. Als ob der König durch den Treubruch noch nicht genug erniedrigt wäre, mußte er auch noch d'Annunzio in Audienz empfangen, „diesen Sänger der strafbaren Entartung, dieses offenkundige Beispiel widerlicher Unsitttlichkeit, diesen Bankerotteur, der wegen seiner Ausschweifungen aus Italien hatte nach Frankreich sich verziehen müssen" — so charakterisierte ihn das sozialdemokratische Blatt Avanti. Daß d'Annunzio auch noch den Annunziatenorden erhalten habe, dessen Inhaber sich „Vettern des Königs" zu nennen berechtigt sind, war aber doch nur eine aus Paris aufgeflatterte Ente. Am

20. Mai gab Salandra der Kammer eine schwülstige und verlogene Darstellung der Lage, gleich als ob Italien, als dessen Leitstern er öffentlich den sacro egoismo, die heilige Selbstsucht, verkündigt hatte, ohne Rücksicht auf papierene Fesseln zur Verteidigung von Ehre und Interessen zum Schwert greifen müsse, und verlangte außerordentliche Vollmachten. Die Kammer, in der der interventionistische Secolo von Mailand eine Mehrheit von 40 Stimmen gegen den Krieg ausgerechnet hatte, nahm in erbärmlicher Charakterlosigkeit und künstlich gemachter Begeisterung — selbst der Franzose Peter de Quirielle nennt im Correspondant „diese historische Sitzung peinlich und verlogen" — das Verlangen Salandras mit 407 gegen 45 sozialistische und 29 katholisch-klerikale Stimmen an; diese Parteien allein traten für die Ehre des Königs und des Landes gegen den schmählichsten Treubruch ein, den die Geschichte kennt. Der Senat, seines stolzen Namens sehr unwürdig, folgte in gleicher Haltlosigkeit am 21. Mai dem Beispiel der Kammer mit 262 gegen 2 Stimmen, und am 23. Mai ward ab Mitternacht zum 24. die Erklärung des Kriegs an Österreich-Ungarn übermittelt. Das Stockholmer Blatt Dagens Nyheter aber hat am 24. Mai 1915 geschrieben, daß Italiens Treubruch gegen seine mit ihm gerade 33 Jahre, vom 20. Mai 1882 bis zum 20. Mai 1915, verbündeten bisherigen Genossen den Satz rechtfertige: Homo homini lupus, der Mensch ist für den Menschen kein Freund, sondern ein reißender Wolf. In Wahrheit hatte Italien mit seinem Vorgehen alle menschlichen Bande nach Art eines Raubtieres zerrissen, und der Pöbel Mailands, der in der Nacht vom 27. zum 28. Mai 1915 viele Häuser deutscher — und schweizerischer — Geschäftsleute stürmte, plünderte und verbrannte, war unter diesen Umständen der getreue Dolmetsch der innersten Gesinnung der Nation, die sich die älteste Trägerin der Zivilisation nannte. Die italienische Regierung sah den schandbaren Szenen mit gekreuzten Armen zu; erst nachträglich schritt sie gegen die der Nachlässigkeit schuldigen Beamten ein, und sie verweigerte es den geschädigten Deutschen eine Entschädigung zu zahlen, während sie den Schweizern eine solche gewährte. Der Krieg gegen Deutschland, der sich eigentlich von selbst zu ergeben schien, wie denn auch die Botschafter abgerufen wurden, ist aus allerlei Bedenken politischer und wirtschaftlicher Art (Zahlung von Renten an italienische Arbeiter, die in Deutschland gewesen waren) damals nicht ausgesprochen worden; ja es wurde sogar am 21. Mai 1915 ein Abkommen über den gegenseitigen Schutz des Eigen-

tums in beiden Ländern getroffen. Dagegen erfolgte unter englischem Druck am 21. August die Kriegserklärung an die Türkei, weil sie den Aufstand in Tripolis wieder entzündet und italienische Staatsangehörige in der Türkei an der Abreise verhindert haben sollte, und am 27. August 1916 war Italien durch das Ministerium Boselli soweit heruntergebracht, daß es als Englands willenloser Vasall auch dem deutschen Reich Krieg ankündigte — „weil dessen feindselige Handlungen gegen Italien in wachsender Häufigkeit sich folgen".

Militärisch hat das Eintreten Italiens in den Krieg nicht von ferne die Ergebnisse gehabt, welche der nunmehrige Vierverband davon erwartete. Die Italiener griffen unter der Oberleitung des Generals Grafen Cadorna des Jüngeren (der ältere hat 1870 Rom erobert) mit einer halben Million Soldaten die Österreicher unter Erzherzog Eugen sowohl an den Tiroler Alpen als am Isonzo an, von wo aus der Weg nach Triest freigemacht werden sollte. Da die Österreicher (laut der öffentlichen Aussage des Erzherzogs Friedrich vom 1. August 1916) kaum den achten Teil Truppen hatten, so rechnete man in Rom mit einem raschen und gründlichen Erfolg. Aber die vier großen Vorstöße, welche von Ende Mai bis 12. Juni, in der ersten Hälfte des Juli, zu Ende Oktober und vom 11. November bis 17. Dezember 1915, am Isonzo mit immer neuem Einsatz von Streitkräften unternommen wurden, scheiterten alle unter ungeheuren Verlusten der Angreifer, welche von der österreichischen Heeresleitung bis zu Ende des Jahres 1915 auf 600000 Mann berechnet wurden; allein der dritte Vorstoß hat 150 000 Mann gekostet. Die Italiener vermochten nicht einmal Görz zu nehmen, geschweige daß sie auf Triest vorgedrungen wären. In den Tiroler Alpen erging es ihnen nicht besser; abgesehen von ein paar Dörfern und vorgeschobenen Posten gewannen sie 15 Monate lang nichts; überall brachen ihre Angriffe an der eisernen Mauer zusammen, welche die Österreicher, von der Natur ihrer Bergstellungen unterstützt, ihnen entgegenwarfen. Im Mai 1916 unternahmen die Österreicher sogar einen Vorstoß nach Italien hinein, der sie vorübergehend in den Besitz der Hochfläche der „sieben Gemeinden" und der Städte Arsiero und Asiago setzte und Cadornas linke Flanke und seinen Rücken bedrohte. Die russische Offensive nötigte die Österreicher dann allerdings die beiden Städte wieder aufzugeben, nicht aber die Anhöhen in deren Nähe. Beim fünften Angriff, der im Juli 1916 begann, nahmen die Italiener am 8. und 9. August den Brückenkopf von Görz und diese Stadt selbst; sie lag aber

nach wie vor unter den österreichischen Geschützen, welche auf den „drei Heiligen“, den Bergen Santo, Santo Gabriele und Santo Marco, aufgefahren waren, und die Italiener beklagten sich, daß die Görzer an Österreich hingen und Verrat und Spioniererei von ihnen geübt würde. Die italienische Regierung ernannte damals, um die Irredentisten zu befriedigen, einen ihrer Hauptschreier, Barzilai, einen jüdischen Freimaurer und Republikaner, einen alten Hetzer gegen den Dreibund, am 16. Juli 1915 zum Minister ohne Geschäftszweig, und die irredentistische Presse dichtete ihm „das Ministerium der zu befreienden Gebiete“ an, als welche er freilich so gut wie nichts zu tun fand, um so mehr als er mit dem Kabinett Salandra im Juni 1916 zu Fall kam. Wenn auch die österreichische Regierung gleich am 24. Mai 1915 die Städte Görz und Triest unter Auflösung ihrer unzuverlässigen Gemeinderäte unter k. k. Vögte stellte, so war doch die italienische Landbevölkerung größtenteils dem Kaisertum ergeben und wußte die Wohltaten der „deutschen“ Regierung im Vergleich mit den italienischen Zuständen zu schätzen.

Die italienische Flotte hat im Krieg eine klägliche Rolle gespielt; sie stand an Unternehmungslust weit hinter der österreichischen zurück, deren Seeflugzeuge die adriatischen Häfen Italiens von Venedig bis Bari erfolgreich mit Bomben heimsuchten und deren Unterseeboote am 7. und 18. Juli die Kreuzer Amalfi (10400 t) und Garibaldi (7350 t) in den Grund schossen. Am Krieg gegen die Deutschen in Frankreich und gegen die Türken nahmen die Italiener keinen Teil; Cadorna brauchte seine Leute selbst notwendig genug und weigerte jede Verzettelung seiner Kräfte, zu der die Interventionisten zu drängen suchten. Der Mißerfolg im Feld führte am 10. Juni 1916 zum Sturz Salandras, der auch durch seinen Widerstand gegen die Kriegserklärung an das deutsche Reich die Interventionisten aufgebracht hatte, und zur Ernennung des Ministeriums Boselli. In diesem verblieb jedoch Sonnino, zum Zeichen, daß die Kriegspolitik wie bisher fortgesetzt werden sollte. Salandra erhielt als Zeichen königlicher Gnade und Anerkennung den Annunziatenorden, der Sonnino als einem Nichtkatholiken nach den Ordensvorschriften nicht verliehen werden konnte.

5. Der Balkanfeldzug im Herbst 1915

An dem Tag, an welchem Wilna genommen ward, am 19. September, donnerten erstmals deutsche Geschütze unten an der Donau

gegenüber den serbischen Stellungen bei Semendria. Wochenlang waren sie in den endlos sich dehnenden Maisfeldern des Banats stille gelegen, ehe sie ihren ehernen Mund öffneten; als sie es taten, war es ein weltgeschichtlicher Tag. Wie kam es so weit?

Von dem Augenblick an, da die Türkei an die Seite der Zentralmächte trat, war es geboten den militärischen Zusammenhang mit ihr herzustellen, um sie mit Schießbedarf und Waffen versehen zu können; denn daran litt sie Mangel infolge des großen Verbrauchs an beiden während der zwei Balkankriege und weil es ihr an eigenen hinlänglich leistungsfähigen Fabriken fehlte. Der Weg über Rumänien blieb nicht lange offen, weil die rumänische Regierung scheinheilig ihre Pflicht der Neutralität betonte; es galt also die Verbindung über Bulgarien zu gewinnen. Dieses Land war politisch und militärisch sehr wichtig, weil es, im Rücken Rumäniens breit hingelagert, dieses beständig bedrohte; die Rumänen mochten einen Vorstoß gegen Ungarn nicht gerne wagen, solange sie Bulgariens nicht sicher waren. Der Dreiverband legte nun den Hauptwert auf Rumänien, weil er glaubte, daß, wenn dessen 600 000 Mann die russischen Massen verstärkten, die Österreicher notwendig erliegen müßten; er konnte ihnen auch ohne Bedenken mit Siebenbürgen und der Bukowina auf Österreich-Ungarns Kosten einen lockenden Siegespreis in Aussicht stellen, der freilich nicht so leicht zu holen war, während Bulgarien als Lohn seines Beistandes das 1913 serbisch gewordene Makedonien forderte. Dieses Begehren konnte der Dreiverband aber nicht erfüllen, weil er Serbien nicht vor den Kopf stoßen durfte; und Serbien war nur dann bereit Makedonien fahren zu lassen, wenn es durch Bosnien, Kroatien und Dalmatien entschädigt werde. Um sicher zu gehen, wollte es die Abtretung Makedoniens sogar erst vollziehen, wenn die genannten Landschaften in seinen Besitz übergegangen seien, also nach dem siegreichen Frieden. Diese Aussicht war den Bulgaren zu ungewiß, als daß sie sich damit hätten ködern lassen; überdies trauten sie nach den Erfahrungen von 1913 keiner serbischen Versprechung. Der griechische Minister Venizelos wollte sie durch das Versprechen von Drama mit 2000 qkm Gebiet locken; die Entente versprach Griechenland mit Smyrna und 140 000 qkm in Kleinasien zu entschädigen; aber der König Konstantin und der griechische Generalstab, die das deutsche Heer kannten, waren gegen einen Krieg, und Venizelos wurde am 6. März 1915 durch Gunaris ersetzt.

Angesichts der tückischen Unzuverlässigkeit Rumäniens und in

der Erkenntnis der ausschlaggebenden Bedeutung Bulgariens handelte v. Bethmann Hollweg durchaus richtig, indem er alles aufbot, um Bulgarien auf unsere Seite herüber zu ziehen; er verhieß ihm nicht bloß Makedonien, sondern stellte ihm dazu kräftige militärische Mitwirkung in Aussicht. Natürlich ward die Arbeit unserer Diplomatie durch die Erfolge unseres Heeres ganz entscheidend unterstützt, welche dem klug rechnenden Zaren Ferdinand die Überzeugung beibrachten, daß die Zentralmächte in dem ungeheuren Völkerringen die stärkeren seien. Allerdings sprach bei den Bulgaren für das Zusammengehen mit Rußland die Gemeinsamkeit der Konfession (da beide der „orthodoxen" Form der Christenheit angehörten) und das Gefühl der Dankbarkeit für die russischen Befreier. Dieses war aber sehr abgekühlt durch die Brutalität, mit welcher die Russen sich nach der Befreiung benommen hatten, und noch weit mehr durch das Eintreten der russischen Politik für Serbien 1913. Dem Faß ward der Boden ausgeschlagen, als man in Sofia erfuhr, daß die Russen darauf ausgingen einen Landweg am schwarzen Meer nach Konstantinopel zu gewinnen, also Bulgarien seiner Küste zu berauben (s. unten S. 269). Die dringlichsten Gründe der nationalen Selbsterhaltung drängten Bulgarien auf die Seite Deutschlands; der Minister Radoslawow vertrat diesen Standpunkt nachdrücklich, ebenso die Königin Eleonore, eine geborene Prinzessin Reuß-Köstritz. Sie setzte ihren ganzen Einfluß für eine Entscheidung ein, welche sie als Bulgarin für geboten ansah und als Deutsche wünschte. Auf ihren Rat wurde der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg nach Sofia entsandt und griff dort geschickt erfolgreich ein. Aber noch war eine Schwierigkeit zu überwinden. Bulgarien bedurfte zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung der freien Verfügung der Eisenbahn, welche über Karagatsch, die Vorstadt Adrianopels, auf türkischem Boden entlang der Maritza nach dem bulgarischen Hafen am thrakischen Meer, Dedeagatsch, lief. Natürlich war es eine starke Zumutung an den Sultan ein Stück seines Gebiets mitten im Frieden abzugeben. Aber es gelang der deutschen Diplomatie ihm klar zu machen, daß er durch dieses Opfer von nur etwa 2000 qkm erstens einen befriedigten und dadurch befreundeten Nachbar statt eines stets auf der Lauer liegenden gewinne, und daß er zweitens den großen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, welche durch die Eröffnung der Verbindung mit Ofen-Pest und Wien sich auftaten, freie Bahn schaffte. Am 4. September wurde in Sofia das Bündnis Bulgariens mit Deutschland und

Österreich auf 5 Jahre abgeschlossen, wobei den Bulgaren Ostserbien, von Makedonien die ihnen wünschenswerten Teile und 200 Mill. Fr. Hilfsgelder zugesichert wurden; Deutschland und Österreich versprachen je 6, Bulgarien 4 Divisionen zu stellen. Am 7. September kam die Abkunft zu Stande, laut der Mehemed V. an Bulgarien den erwähnten Landstrich zu beiden Seiten der Maritza abtrat, aber Kirk Kilisse türkisch verblieb.

Diese Verträge entschieden Bulgariens Stellungnahme im Weltkrieg. Am 23. September begann die bulgarische Mobilmachung, und vergeblich richtete Rußland am 4. Oktober ein auf 24 Stunden befristetes Ultimatum nach Sofia, daß die Regierung Zar Ferdinands offen ihre Beziehungen zu den Feinden der slawischen Sache abbrechen und die deutschen und österreichischen Offiziere, die in Sofia seien, ausweisen solle. Zu den Feinden der slawischen Sache — in der Tat, es war der Bankerott des Panslawismus, daß die Bulgaren, welche sich jetzt wohl mit Geflissenheit ihrer tatarischen, nicht slawischen, Abstammung erinnerten, die Bande kühn zerrissen, welche sie mit Rußland verknüpften, den Rubiko überschritten und mit Rußlands Gegnern gemeinsame Sache machten. Es war ein Schritt, von dem es kein Zurück mehr gab; er ließ die geschlossene antirussische Phalanx von der Ostsee bis zum persischen Meerbusen erstehen, eine politische, militärische und wirtschaftliche Gemeinschaft der Deutschen, Österreicher, Ungarn, Bulgaren und Türken, welche die größten Aussichten eröffnete und der Absperrung der Mittelmächte von der übrigen Welt ein Ende machte. Als der Zar am 20. Oktober öffentlich „die Verräter an der slawischen Sache dem Gericht Gottes überantwortete", erwiderte die Narodna Prawa, das Amtsblatt des bulgarischen Ministers Radoslawow: „Über Rußlands Groll gegen uns steht die Gerechtigkeit Gottes und das Recht des bulgarischen Volkes auf seine volle Freiheit und Einheit."

Am 19. September hatte der deutsch-österreichische Krieg gegen Serbien begonnen; zwölf Divisionen standen an Donau und Save bereit, um mit vier bulgarischen Divisionen zusammen von Norden und Osten Serbien anzugreifen, und da Generalfeldmarschall v. Mackensen nach langem Sichsperren der Österreicher den Oberbefehl über alle diese Truppen erhalten hatte, so war eine umsichtige und schneidige Führung des Krieges verbürgt. Die Österreicher unter Köveß marschierten auf Belgrad, v. Gallwitz auf

Semendria, das zweite bulgarische Heer unter Bojadjew gegen den Timok, das erste unter Todorow auf Üsküb in Makedonien. Ihnen gegenüber stand das serbische Heer unter König Peter selbst, dessen rechte Hand der Wojwode Putnik war; es war tapfer und durch die Verbündeten mit Kriegsbedarf gut versehen, und die Führung ist nach dem amtlichen deutschen Zeugnis selbst tüchtig gewesen. Aber von zwei Seiten, in Front und Flanke, mit aller Wucht gepackt, konnten die Serben gleichwohl nicht widerstehen. Am 9. Oktober erzwang Köveß, bei welchem die Württemberger unter dem Herzog Wilhelm von Urach waren, den überaus schwierigen Übergang über die breiten Ströme Save und Donau und besetzte nach heftiger Beschießung Belgrad. Am gleichen Tag bewerkstelligte v. Gallwitz den Übergang über die Donau weiter abwärts und nahm am 11. Oktober Semendria. Vom 16. Oktober an griffen die Bulgaren, da der befürchtete russische Angriff auf ihr Land zunächst jedenfalls nicht zu erwarten stand, mit viel stärkeren Truppenmassen, als vertraglich bestimmt war, in den Krieg ein, und trotz der schlechten Wege, welchen gegenüber der Ruf selbst der polnischen zu Ehren kam, ging der Vormarsch der Verbündeten überall unaufhaltsam vorwärts. Am 21. Oktober rückte Todorow in Üsküb ein; am 26. Oktober begegneten sich schon 25 bulgarische Husaren unter Leutnant Gadjew und deutsche Reiter bei Kladowo gegenüber dem rumänischen Städtchen Turn Severin an der Donau und begrüßten sich mit stürmischem Jubel: ein weltgeschichtlicher Augenblick! Das einzige große serbische Arsenal Kragujewatsch fiel am 31. Oktober in die Hände der Deutschen. Am 5. November zogen die Bulgaren in Nisch ein, aus dem der König Peter unter Zurücklassung seines Salonwagens eilig entfloh, und nachdem die Serben am 12. November die Verfolger bei Leskowatsch ein letztes Mal tapfer „abgeschüttelt" hatten, mußten sie am 24. dem General v. Gallwitz Pristina, am gleichen Tag den Österreichern Mitrowitza, am 29. November den Bulgaren Prisren überlassen, worauf König Peter und der russische Gesandte Trubetzkoi „mit unbekanntem Ziel" davon ritten. Mit den Deutschen zusammen eroberten die Bulgaren am 4. Dezember die letzte serbische Stadt Monastir (Bitolia), einen Hauptstützpunkt des makedonischen Bulgarentums. Das serbische Heer war größtenteils aufgerieben (allein an Gefangenen verlor es 100000 Mann, dazu 600 Geschütze); der in trauriger Verfassung befindliche Rest wurde zum Rückzug in die albanischen Berge gezwungen, wo er durch Not und Entbehrung aller Art und durch Feindseligkeiten der

Eingeborenen noch weiter zusammenschmolz. Wie Belgien, so war auch Serbien das Opfer seines Eintretens für die Politik der „Entente" geworden; bis zum letzten Fuß Bodens war es in den Händen der Sieger.

Und nun ereilte auch Montenegro dasselbe Los. Am 10. Januar 1916 erstürmten österreichische Landsturmtruppen den 1700 Meter steil aus dem Meer aufragenden Berg Lowtschen, der über den dalmatischen Kriegshafen Cattaro hereinhängt und ihn völlig beherrscht: daß er in den Händen Montenegros und so eine Fessel Österreichs bleibe, war in Rom immer als ein Kernsatz italienischer Adriapolitik betrachtet worden. Am 13. Januar rückte General Köveß ohne Kampf in Cettinje ein. Am gleichen Tag bat König Nikita durch ein eigenhändiges Handschreiben den Kaiser Franz Joseph um Frieden, der gegen Versprechen der Entwaffnung zugesagt ward, und wenn auch der greise Fürst, durch den Vierverband gedrängt, außer Landes — nach Frankreich — floh und das Friedensangebot zurückgezogen wurde, so änderte das nichts an der Tatsache, daß Montenegro nach dem Fall seiner Häfen Antivari und Dulcigno aus der Zahl der Kämpfer ausschied und die Bevölkerung sich den Befehlen der österreichischen Behörden widerstandslos fügte. Des Königs zweiter Sohn Prinz Mirko blieb mit mehreren Ministern im Lande und erschien sogar in Wien, angeblich um daselbst einen Arzt zu Rate zu ziehen. Auch das dritte der kleinen Länder, welche auf die Sirenenstimmen des Vierverbands gehört hatten, lag somit besiegt und der Zukunft völlig ungewiß am Boden. Im Verfolg des Sieges drangen Köveß von Norden, die Bulgaren von Osten her in Albanien ein; die Österreicher besetzten die Häfen San Giovanni di Medua, Alessio und Durazzo und schoben ihre Vortruppen bis hart vor Valona vor, das die Italiener allein vom ganzen Lande besetzt hielten. Wenn man in der Consulta (dem auswärtigen Amt) zu Rom gehofft hatte, Österreich ganz von der Adria zu vertreiben, so mußte man jetzt mit Ingrimm erkennen, daß das Eingreifen Italiens in den Krieg Österreich-Ungarn von jeder Rücksicht auf den falschen Freund befreit und es an der Adria mächtiger hatte werden lassen, als es jemals in allen Jahrhunderten gewesen war. Auch das Innere Albaniens, Kroja, Tirana, Elbassan, Berat, wurde von den Österreichern oder den Bulgaren besetzt. Am 3. Juni erklärte der General Ferrero in Valona namens der italienischen Regierung Albanien für unabhängig unter italienischem Schutz, was einen Widerspruch in sich enthielt. Da Italien seine Verbündeten vorher über die Sache nicht befragt hatte, erregte der Vorgang in Paris und London

einen gewissen Verdruß. Unwillkürlich fragt man, ob denn der Vierverband gar nichts getan hat, um seine Balkangenossen zu retten. Die Antwort ist, daß erstlich Joffres Herbstangriff in der Champagne (S. 226) diesem Zweck dienen sollte, und dann, daß die Engländer und Franzosen versuchten von Griechenland aus den beiden Staaten beizustehen. Hier wollte Venizelos, der am 22. August Gunaris wieder verdrängt hatte, den Bündnisvertrag mit Serbien zur Ausführung bringen, selbst auf die Gefahr eines Krieges gegen Deutschland, und die Kammer gab ihm am 5. Oktober 1915 mit 142 gegen 102 Stimmen Recht; auch ließ Venizelos es unter einem lendenlahmen Protest geschehen, daß Engländer und Franzosen Mannschaften in Saloniki landeten, ja unter der Hand hat er sie sogar zu diesem die Neutralität seines Landes vernichtenden Schritt aufgefordert. Zwar entließ nun der König den ränkevollen Mann und ernannte am 8. Oktober ein wirklich neutrales Ministerium Zaimis; dessen Unterrichtsminister Michelidakis nannte seinen kretischen Landsmann Venizelos öffentlich „einen bezahlten Handlanger der Feinde Griechenlands, einen Griechen nach der Geburt, einen Franzosen nach dem Herzen." Das Ministerium Zaimis konnte aber, da Griechenlands weitgedehnte schutzlose Küsten vor der englischen Flotte offen dalagen und diese Flotte ihm auch die bitter nötige Zufuhr von Lebensmitteln abschneiden konnte, dem Vierverband nicht schlechtweg trotzen; es mußte ruhig zusehen, daß in Saloniki ein großes englisch-französisches Heer von 173 000 Mann sich versammelte, — das freilich von dem tapferen Bulgarenführer Todorow in mörderischen Kämpfen beim „eisernen Tor" von Demir Kapu, bei Doiran und Gewgheli (7. und 8. Dezember 1915) geschlagen und vom makedonischen auf griechischen Boden zurückgeworfen wurde. Den Angriff auf Saloniki selbst fortzusetzen lehnte Falkenhahn ab, wegen der Schwierigkeit des Nachschubs und weil die Lage des Königs Konstantin nicht noch weiter erschwert werden sollte; Bulgaren vor oder gar in Saloniki zu sehen hätte kein Grieche ertragen. Im Januar 1916 wurden unter Mißachtung der Neutralität Griechenlands die Überreste des serbischen Heeres auf die griechische Insel Korfu übergeführt und hier wieder kampffähig gemacht. Als Zaimis von der venizelistischen Kammer ein Mißtrauensvotum erhielt, übertrug König Konstantin am 12. November das Ministerpräsidium dem 80jährigen Staatsmann Skuludis, der sich durch Auflösung der Kammer und Neuwahlen vom 10. Dezember, bei einer Beteiligung von 72% der

Wähler, eine Mehrheit verschaffte. Jetzt warf der Vierverband jede Rücksicht auf die von König und Volksvertretung gewünschte Neutralität Griechenlands und auf den Willen des Landes von sich und verlangte wegen der Unterseebootsgefahr die Beförderung der serbischen Truppen von Korfu nach Saloniki auf dem Landweg mittelst der griechischen Eisenbahnen (am 14. Juni 1916 ging auf der neuerstellten Linie von Athen nach Larissa der erste Zug). Als Skuludis das Verlangen abschlug, weil es gegen die Neutralität verstoße, überreichten die Gesandten Frankreichs, Englands und Rußlands am 3. Juni ein Ultimatum, das die Demobilisierung des griechischen Heeres, Ersetzung des Ministeriums Skuludis durch eines mit dem Leitspruch „wohlwollender Neutralität" und Auflösung der angeblich dem Volkswillen nicht entsprechenden Kammer enthielt. Am 7. Juni wurde insolange, als die Forderungen nicht angenommen seien, die Blokade der griechischen Häfen ausgesprochen. Der König wich am 22. Juni der brutalen Gewalt, entließ Skuludis und berief wieder Zaimis, der das Ultimatum ausführen zu wollen erklärte. Man darf wohl sagen, daß das englisch-russisch-französische Vorgehen eine blutige Satire auf die heuchlerische Behauptung der Verbündeten darstellte, daß sie für die Freiheit Europas, besonders für die Freiheit und Selbständigkeit der kleinen Nationen gegen die deutsche Gewaltherrschaft streiten. Was sich die patentierten Beschirmer der Freiheit herausnahmen, das lehren die Tatsachen, und dafür mögen folgende Worte des Daily Chronicle dienen: „Die kleine Sippschaft von Deutschfreunden, die unter Oberleitung des Königs die rechtswidrige Führung der griechischen Dinge an sich gerissen hat, ist hoffentlich für immer fortgejagt. Wenn der König seinen Thron behalten will, muß er sich halten wie sein Vater, nämlich an die streng verfassungsmäßigen Grundlagen. Jeder gegenteilige Versuch würde der Geduld der Schutzmächte ein Ende setzen" — die natürlich in lauterstem Idealismus auf nichts anderes bedacht waren als auf Wahrung der verfassungsmäßigen Grundlagen Griechenlands. Durch Bestechung, durch Einschüchterung und durch Schüren des Bulgarenhasses suchte der Vierverband die griechische Wählerschaft im Sinne von Venizelos zu bearbeiten; selbst der Brand, der am 14. Juli das herrliche Königsschloß Tatoi bei Dekelea verheerte und wobei der König um ein Haar mitverbrannt wäre, ist von vielen als eine Frevеltat der Veniselisten angesehen worden. Nach dem Abfall Rumäniens zu dem Vierverband (27. August) ist Griechenland vollends unter das Joch dieses Verban-

des gezwungen und jeder Selbständigkeit beraubt worden; eine englisch-französische Flotte von 42 Schiffen erschien vor Athen und erzwang am 3. September die Auslieferung der Posten und Telegraphen.

6. Der Krieg in den Kolonien 1914—1918

Von den deutschen Kolonien waren alle diejenigen, welche nicht eine militärische Schutzwehr besaßen, natürlich von vornherein verloren, wenigstens zunächst; ihr endgültiges Schicksal hing von dem Gang des Krieges ab. So fiel Togo, da die 400 Polizisten unter v. Döring trotz tapferen Bemühens nicht ausreichten das Land zu schützen, im August den Franzosen und Engländern anheim. Samoa ward am 29. August von den Engländern kampflos besetzt, ebenso im September Deutsch-Neuguinea, und die Japaner nahmen die Karolinen, Marianen, Palau- und Marschallsinseln und Tsingtau (S. 200). Die Vereinigten Staaten, denen das Eindringen der Japaner in den stillen Ozean als ein Schlag gegen sie selbst hätte gelten müssen, ließen unter dem mit andern Dingen beschäftigten Regiment des Präsidenten Wilson und seines „pazifistischen" Staatssekretärs Bryan die Japaner ohne Einsprache gewähren. Von den größeren Schutzgebieten wurde Kamerun — abgesehen von einem Teil Neukameruns, den die Franzosen sofort zurückeroberten, und den Küstenplätzen Duala, Buea und Kribi, welche gegen die Schiffsgeschütze der Engländer nicht zu halten waren, und Edea — durch Gouverneur Ebermaier lange tapfer behauptet; die Deutschen brachten den Gegnern wiederholt empfindliche Verluste bei und vertrieben die Engländer sogar wieder aus Kribi. Im Juni 1915 gingen Garua und Ngaundere verloren; aber erst anfangs 1916 erlag die tapfere Schar der großen Übermacht der Feinde an Zahl (30 000 gegen 3000) und an Bewaffnung. Am 1. Januar nahmen Engländer, Franzosen und Belgier den Regierungssitz Jaunde und drängten anfangs Februar 900 Deutsche und 14 000 Farbige auf das spanische Gebiet Rio Muni hinüber, wo sie freundlich empfangen und die Farbigen über die Kriegsdauer in Verwahrung genommen wurden; die Deutschen wurden nach Spanien übergeführt. Unter den mohammedanischen Stämmen von Französisch-Zentralafrika soll durch die Verkündigung des heiligen Kriegs Unruhe entstanden sein. Südwestafrika ging leider schon 1915 verloren. Louis Botha führte ein Heer von zwei, meist aus zweifelhaften Elementen gebildeten, Brigaden von Swakopmund, das sich ihm am 16. Januar ergeben mußte, ins Innere des Landes. Nach-

dem er am 20. März etwa 1000 Deutsche bei Pforteberg (an der Bahn von Swakopmund nach Windhuk) zurückgeworfen hatte, besetzte er am 3. April Warmbad, am 20. April Keetmanshoop, am 7. Mai Karibib und am 12. Mai die Hauptstadt Windhuk selbst. Bei dem Mangel an grobem Geschütz, an Maschinengewehren (nur etliche 20 waren da) an Kraftwagen und Pferdefutter wurde die Schutztruppe unter Major Franke immer weiter zurückgedrängt, und am 10. Juli mußten der Gouverneur Seitz und Franke, da die Pferde völlig erschöpft waren, bei Kurab sich mit 204 Offizieren, 3093 Mann und 37 Kanonen ergeben. Die Offiziere durften gegen das Versprechen nicht zu entfliehen ihren Aufenthalt in der Kolonie wählen, die Reservisten unter der gleichen Bedingung auf ihre Farmen oder zu ihrem Beruf zurückkehren. Die ersten englischen Angriffe auf Ostafrika, wo dem trefflichen Gouverneur Schnee der heldenmütige Oberstleutnant v. Lettow-Vorbeck als Führer der Schutztruppe zur Seite stand, schlugen kläglich fehl. Am 3., 4. und 5. November versuchten 8000 indische und europäische Soldaten Tanga zu erobern, wurden aber von 1000 Mann deutscher und schwarzer Truppen so vernichtend zurückgeschlagen, daß nicht weniger als 3000 Mann getötet, verwundet und gefangen wurden; 8 Maschinengewehre und viel Schießbedarf ging verloren, und nur mit Mühe konnten die Angreifer wieder die Schiffe erreichen. Ein zweiter Angriff, den die Engländer nach der am 10. Januar 1915 erfolgten Wegnahme der Insel Mafia am 18. und 19. Januar bei Jassini südlich von Tanga unternahmen, hatte keinen besseren Erfolg; sie verloren 200 Tote und 700 Verwundete; 4 Kompagnien gerieten in Gefangenschaft, und 350 Gewehre mit 60 000 Patronen und ein Maschinengewehr wurden die Beute der Deutschen. Diese verloren nur 18 Tote, 35 Verwundete und 2 Vermißte. Erst als ein von General Smuts befehligtes und mit allen Kriegsmitteln versehenes Burenheer im Februar 1916 den Kampf aufnahm und auch die Belgier und Portugiesen am Angriff sich beteiligten, wurden die Deutschen von der zehnfachen Übermacht allmählich zurückgedrängt. Am 13. März fiel Moschi, am 1. Juni Mombo in die Hände der Buren; bei Dodoma erreichten sie die Zentralbahn, aber nur nach schweren, gelegentlich für die Angreifer sehr verlustreichen und unglücklichen Kämpfen (so am 8. bis 12. Mai bei Conda Irangi, wo die Burenbrigade Van Deventers 1200 Mann verlor). Am 18. August wurde die Küstenstadt Bagamoyo, am 4. September der Regierungssitz Dar es Salaam von den Engländern genommen, am 3. Oktober zogen

sie in Tabora ein. Aber noch das ganze Jahr 1917 hielt v. Lettow-Vorbeck, der im besten Fall über 3000 Europäer und 13000 bis in den Tod getreue schwarze „Askaris" und Irreguläre verfügte, den Widerstand gegen die von vier Seiten herandrängenden Feinde aufrecht, seine Waffenvorräte immer wieder durch Beute ergänzend, einmal auch durch ein kühnes Unterseeboot, das sich bis nach Ostafrika durchschlich, mit einigem Zuschuß versehen. Als er sich am Rufidschi und Rovuma nicht länger behaupten konnte, trat er im Dezember 1917 auf das portugiesische Gebiet von Mozambique über und schlug die Portugiesen am Berg Mkula in die Flucht. Auch die Eingeborenen erhoben sich gegen ihre harten Herren und fügten ihnen Verluste zu. In Kämpfen bei Nhamivone und Lioma blieb v. Lettow-Vorbeck an der Spitze seiner elf Kompagnien Sieger, und erst als der Waffenstillstand des 11. November 1918 die bedingungslose Räumung Ostafrikas vorschrieb, streckte der heldenhafte Mann, der über vier Jahre einem zehnfach überlegenen Feind getrotzt hatte, am 14. November bei Gomberre im Norden Rhodesias, südlich von Kasama, die Waffen. Sie wurden ihm in Anbetracht seiner Tapferkeit belassen, seine farbigen Mannschaften in ihre Heimat befördert und ihm selbst und den Deutschen die Überführung nach Rotterdam zugestanden. Das Heer bestand noch aus 30 Offizieren, 125 andern Europäern, 1165 Askaris und 1998 Trägern; darunter waren 13 Häuptlinge, die uns, die wir von den Engländern aus teuflischer Berechnung als Bluthunde verschrieen wurden, bis zuletzt die Treue gehalten haben. Auch 819 eingeborene Frauen waren bei dem Heere.

7. Der Seekrieg 1914—1915

Der Seekrieg wurde sowohl auf dem Weltmeer als in der Nord- und Ostsee geführt. Als das Kriegsunwetter so jäh ausbrach, war natürlich eine Anzahl deutscher Kreuzer auf ausländischen Stationen und konnte nicht mehr rechtzeitig nach den heimatlichen Häfen zurückkehren. Sie nahmen aber sofort die Jagd auf feindliche Handelsschiffe auf, und namentlich der Kreuzer Emden unter seinem wagemutigen Kapitän v. Müller erwarb sich durch seine Kühnheit einen Ruhm, der bis in die fernsten Zeiten klingen wird. Die Emden fing im bengalischen Meerbusen eine große Anzahl von Handelsfahrzeugen ab, gab der Mannschaft Zeit und Gelegenheit sich zu retten und brachte dann die Fahrzeuge zum Sinken. Am 24. September erschien sie vor Madras und schoß die dortigen Öltanks in Brand. Am

28. Oktober schlich sie, durch Aufsetzung eines vierten Schornsteins unkenntlich geworden, sich in den Hafen Pulo Pinang auf Malakka ein und versenkte den russischen Kreuzer Schemtschug und einen französischen Torpedozerstörer. Leider wurde sie aber zwölf Tage nachher bei den Keeling- oder Kokosinseln, welche 1100 Kilometer südwestlich von Sumatra unter dem 12.° südlicher Breite liegen, in einem Augenblick, wo sie die dortige Funkenstation zerstörte, durch den weit stärkeren australischen Kreuzer Sidney überrascht, in Brand geschossen und zerstört; der Kapitän geriet mit etwa 160 Mann in Gefangenschaft und ward von den Engländern, welche seemännische Tapferkeit zu achten wußten, zunächst mit allen Ehren behandelt — später wurde auch dies anders. Etwa fünfzig von der Mannschaft unter dem kühnen Kapitänleutnant v. Mücke entkamen auf dem Schoner Ayesha und später auf dem stärkeren Schiff Choising über den indischen Ozean nach dem arabischen Hafen Hodeida. Von da begaben sie sich, überall von den Muselmännern begeistert empfangen, über Damaskus und Aleppo nach Konstantinopel. Rühmlich hielt sich auch der Kreuzer Karlsruhe, der an der südamerikanischen Küste 17 englische Schiffe mit zusammen 76600 Bruttoregistertonnen und einem Wert von 16 Millionen Mark abfing. Leider ging er samt seinem tapferen Kapitän Köhler am 4. November 1914 infolge einer in ihren Gründen nicht aufgeklärten Explosion zugrunde; die Besatzung des Hinterschiffes rettete sich auf dem Begleitschiff Rio Negro nach der Heimat.

Noch größeren Ruhm erwarb sich das ostasiatische Geschwader, das aus den großen Kreuzern Scharnhorst und Gneisenau und den kleinen Dresden, Leipzig und Nürnberg bestand und von dem Admiral Grafen Maximilian v. Spee (1861—1914) befehligt wurde. Er hißte seine Flagge an Bord des Scharnhorst. Das Geschwader hielt, ohne irgend einen Stützpunkt zur Einnahme frischer Vorräte und zur Vornahme von Ausbesserungen zu haben, über vier Monate die hohe See, zerstörte auf Tahiti ein französisches Kanonenboot und faßte am 1. November bei der Insel Santa Maria vor dem chilenischen Hafen Coronel ein aus fünf Schiffen bestehendes englisches Geschwader unter dem Admiral Cradock. Von diesem Geschwader wurden die Kreuzer Monmouth und Good Hope nach tapferer Gegenwehr zum Sinken gebracht, während von den deutschen Schiffen keines auch nur nennenswerte Beschädigungen davontrug. Es war ein glänzender Sieg, wohl der erste, der seit dem Ende des nordamerikanischen Befreiungskrieges (1783) über

eine englische Flotte errungen worden ist. Die moralische Wirkung dieses Schlages auf die ganze Welt war so groß, daß der englische Oberadmiral Jellicoe alles daran setzte ihn auszuwetzen. Er entsandte etwa 40 Kreuzer in den stillen Ozean, um unsere fünf Schiffe aufzusuchen und mit Übermacht zu fassen, und er schämte sich nicht auch die japanische Flotte zu Hilfe zu rufen: ein Eingeständnis, daß das angeblich die Wogen beherrschende England für sich allein nicht imstande war des deutschen Geschwaders Herr zu werden. Am 8. Dezember gelang es acht englischen Schiffen unter dem Admiral Sturdee, welche dem Breitseitegewicht der Deutschen mit 2016 kg eines von 10083 entgegensetzen konnten, also fünffach überlegen waren, das Geschwader des Grafen v. Spee bei den Falklandinseln zu sichten, welche ostwärts von der Magalhãesstraße unter dem 52.° südlicher Breite liegen. Der deutsche Admiral nahm die Schlacht an, solange die zwei größten englischen Schiffe noch nicht sichtbar waren, und setzte den Kampf fort, auch als diese Schiffe aus ihrem Hinterhalt hervorkamen. Fünf Stunden lang währte die Schlacht, und selbst die Engländer gaben zu, daß die Deutschen mit Löwenmut fochten. „Wir bewundern die artilleristischen Leistungen der deutschen Schiffe, sagte Sturdee zu den Gefangenen, und bedauern den Tod so vieler Tapfern. Unglücklicherweise befinden sich beide Flotten miteinander im Krieg, und wir haben jeder der Pflicht gegen unser Land zu gehorchen." Als der Scharnhorst schon nur noch ein Trümmerhaufen war, gab er auf die Aufforderung seine Flagge zu streichen nicht einmal eine Antwort, und von dem schon von den Wogen überspülten Achterdeck des sinkenden Schiffes erklang noch der trotzige Gesang des alten Liedes von der deutschen Flagge schwarz-weiß-rot. Vom Scharnhorst wurde niemand gerettet, da die Engländer keine Hand rührten, um den Versinkenden zu helfen, von der Gneisenau, der Leipzig und Nürnberg nur ein Teil der Mannschaft. Mit dem Admiral, dessen Gedächtnis leben wird, solange die deutsche Zunge klingt, gingen auch seine beiden Söhne unter. Wenn die Engländer behaupteten, daß sie keinen namhaften Schaden genommen hätten, so trifft das auf eines ihrer größten Schiffe, den Invincible, nicht zu, der 20 Treffer erhielt. Der Marineminister Churchill bescheinigte ohne Erröten in einem Danktelegramm dem japanischen Ministerium, daß, wenn das britische Geschwader den entscheidenden Schlag habe führen können, dies größtenteils der kräftigen und unermüdlichen Hilfe der japanischen Flotte zu verdanken sei; diese Hilfe sei unschätzbar! Aus

der Niederlage entrann nur der Kreuzer Dresden, der noch über drei Monate die See hielt, schließlich aber nach Erschöpfung aller Vorräte und wegen Schadhaftigkeit der Maschinen bei der Insel Juan Fernandez an der chilenischen Küste, 400 Meter vom Land, vor Anker ging. Hier befand er sich am 16. März, als ihn drei englische Schiffe aufstöberten. Da er im neutralen Wasser lag, war er völkerrechtlich unangreifbar; allein der englische Befehlshaber erklärte, als der deutsche Kapitän durch einen Offizier auf die Rechtslage hinweisen ließ, er habe Befehl die Dresden, wo er sie finde, zu zerstören; das Weitere gehe die Diplomaten an. Auf dies sprengte der deutsche Kapitän sein Schiff in die Luft und ließ sich von der chilenischen Regierung mit seinen Leuten bis zum Friedensschluß in Gewahrsam nehmen. Diese Regierung richtete nach London eine feierliche Einsprache gegen den unerhörten Rechtsbruch und erhielt natürlich eine lahme Antwort von Grey, welcher den Vorfall so gut oder so schlecht als möglich entschuldigte und näheren Bericht des beteiligten Geschwaders abwarten zu müssen erklärte.

In der Nordsee kam es zu großen Zusammenstößen lange nicht, weil die englische Riesenflotte, welche nach den früheren Prahlereien der Engländer imstande sein sollte die deutsche Flotte mit einem Tatzenhieb zu vernichten — Churchill prahlte im September 1914, er werde sie ausgraben wie die Ratten aus ihren Löchern — überhaupt nicht im offenen Meer erschien. Sie lag vielmehr aus Furcht vor den deutschen Tauchbooten in der Scapa Flow-Bucht zwischen den beiden Orkneyinseln Mainland (Pomona) und Ronaldshay in sicherer Ruhe, durch ein riesenhaftes System von Minen, Stahlwalzen und Wachtschiffen beschützt — gleichwohl ist 1916 einmal der Kapitänleutnant Henning mit seinem Unterseeboot in Scapa Flow eingedrungen, aber dabei in Gefangenschaft geraten. Immerhin kam es zu Kreuzfahrten, wobei Zusammenstöße erfolgten. So wurden am 28. August 1914 nordwestlich von Helgoland die drei kleinen Kreuzer Ariadne, Mainz und Köln durch weit stärkere englische Schiffe, auf welche sie im Nebel stießen, vernichtet. Das vergalt aber Kapitän Otto Weddigen mit seinem Unterseeboot U 9 am 22. September, indem er etwa 20 Seemeilen (36 Kilometer) von Hoek van Holland binnen einer Stunde die drei englischen Panzerkreuzer Abukir, Cressy und Hogue durch wohlgezielte Torpedoschüsse in den Grund bohrte; 26 deutsche Seeleute haben hier ungefähr 2000 englische in den Tod gesandt, und mit Recht verlieh der Kaiser dem kühnen Mann und allen seinen Blaujacken das eiserne

Kreuz. Der Name Weddigen ward der volkstümlichste neben dem Hindenburgs. Leider ist der kühne Held am 26. März 1915 in dem Unterseebootskrieg gegen den englischen Aushungerungsplan auf eine noch nicht näher bekannte Weise mit seinem neuen Schiff U 29 und allen seinen Leuten bei Irland untergegangen. Derselbe Wagemut, der ihn beseelte, erfüllte unsere ganze Flotte, obschon ihr die heißersehnte große Probe versagt blieb (S. 220). Zweimal, am 4. November und am 16. Dezember 1914, unternahm sie Vorstöße gegen die englische Küste und beschoß das erstemal die befestigte Seestadt Yarmouth, das zweitemal die als Waffenplätze und Seebäder bekannten Städte Scarborough, Witby und Hartlepol, in welcher Stadt 80 Menschen getötet und 200 verwundet wurden. Wenn dabei Unbewaffnete zu Schaden kamen, so ist das gewiß bedauerlich; aber die Bevölkerung befestigter Orte muß im Krieg auf eine derartige Möglichkeit gefaßt sein, und seitens unserer Feinde sind ganz andere Taten gegen die unbewaffnete Bevölkerung geschehen (S. 216). Deutsche Luftschiffe überflogen des öfteren Bomben werfend feindliche Festungen, so Paris und Calais, in England am 19. und 20. Januar 1915 Yarmouth, am 14.—16. April Sandringham und die Mündung des Tyne, an dem die große Kohlen- und Eisenstadt Newcastle liegt, und die englische Ostküste, am 29. April Harwich, den großen Torpedohafen, am 31. Mai die Werften und Docks von London, am 5. Juni die Mündung des Humber, am 7. Juni, am 10. und 13. August wieder die Vorstädte und die Docks von London, am 17. August die City, insbesondere die Bank von England, am 8. und 12. September abermals London. Vom 24. April bis 4. Mai 1916 und wieder 31. Juli und im August erfolgte eine fast unausgesetzte Reihe von Zeppelinangriffen auf die englische Ostküste. Alle diese Unternehmungen brachten den Engländern einen Begriff davon bei, daß Grey sehr schlecht beraten war, wenn er am 3. August im Unterhaus erklärt hatte, daß England, wenn es am Krieg teilnehme, nicht mehr leiden werde, als wenn es neutral bleibe — es setze ja nur, dies war sein stiller Gedanke, das Leben und die Knochen seiner Söldner aufs Spiel. Am 24. Januar 1915 stießen unsere Schlachtkreuzer Derfflinger, Moltke und Seydlitz, der Panzerkreuzer Blücher und einige kleine Kreuzer unter Admiral Hipper bei der Doggerbank, etwa 126 km westlich von Helgoland, auf die fünf englischen Panzerkreuzer Indomitable, Lion, Neu-Seeland, Prinzeß Royal und Tiger und sieben kleine Kreuzer unter Admiral Beatty. Die englischen Schiffe Lion und Tiger waren ganz neue Schiffe von der Bau-

klasse, die 30000 Tonnen Wasserverdrängung hatte, also die größten Kriegsfahrzeuge, die es zur Zeit gab; insgesamt verdrängten die englischen Schiffe, die bei der Doggerbank fochten, 120000 Tonnen Wasser, die deutschen nur 90000. Gleichwohl errangen die Deutschen entgegen den britischen Lügenberichten einen herrlichen Sieg, indem der Tiger, wie ein Bericht des englischen Lloyd Mitte April zugestand, unterging und der Lion und die Prinzeß Royal aufs schwerste beschädigt wurden, so daß sie von den zwei andern zurückgeschleppt werden mußten und Monate lang in den Docks lagen. Deutscherseits ging der Blücher (15800 t) verloren, ein schönes, aber den vollwertigen englischen Panzerkreuzern nicht gewachsenes Schiff. Auch die englischen Berichte waren voll Lobes über die vorbildliche Haltung seiner Mannschaft, von der 550 unter 887 den Tod fanden; von den andern drei Kreuzern wurde keiner ernstlich beschädigt. Der Unterseekrieg gegen die englische Handelsflotte (S. 221 f.) übte langsam, aber nachhaltig seine Wirkung, und selbst als er seit 4. Mai 1916 dahin abgeschwächt wurde, daß Handelsschiffe nicht ohne Warnung angegriffen wurden, konnte festgestellt werden, daß in den zwei ersten Kriegsjahren 1303 Handelsschiffe mit einem Inhalt von 2574205 Tonnen vernichtet worden waren. Daß die Blokade der deutschen Küsten nur auf dem Vorhandensein der englischen Flotte (fleet in being S. 280) an sich beruhte, in welcher Form sie freilich wirksam war, das bewies die am 23. April amtlich festgestellte Tatsache, daß unsere Hochseeflotte um jene Zeit mehrfach Kreuzfahrten in der Nordsee bis in die englischen Gewässer hinein ausführte und auf keiner dieser Fahrten englische Seestreitkräfte antraf. In der Nacht vom 17. August 1915 griffen 5 deutsche Torpedoboote einen kleinen englischen Kreuzer und 3 Zerstörer beim Hornsriffer Feuerschiff an der jütischen Küste an und brachten den Kreuzer und einen Zerstörer zum Sinken. Das größte Ereignis zur See aber fällt erst ins Jahr 1916: es ist die Seeschlacht vor dem Skagerrak am 31. Mai und 1. Juni 1916: hierüber s. unten S. 275.

8. Der türkische Krieg 1914—1915

Der Schauplätze dieses Krieges waren es sechs.

Zuerst der Kaukasus. Hier unternahmen die Russen von Kars aus einen Vorstoß gegen Erzerum, wurden aber in sechstägigen heißen Kämpfen vom 7.—12. November bei Köpriköi unter empfindlichen Verlusten zurückgeschlagen. Die Türken gingen dann ihrerseits zum

Angriff vor, eroberten Artwin und beschossen den Kriegshafen Batum sowohl von der Landseite aus als durch das Panzerschiff Sultan Jawus Selim (früher Göben). Als der Großfürst Nikolaus den Oberbefehl auf diesem Kriegsschauplatz übernommen hatte (S. 242), trat eine Verschlimmerung der Lage ein; die Russen eroberten 1916 Erzerum, Trebisond und Erzinghian. Im August neigte sich der Erfolg wieder auf die Seite der Türken. S. 278.

Zweitens die persische Provinz Aserbeidschan, die ja von den Russen tatsächlich längst besetzt war. (I 339). Hier zogen die Türken über Urmia auf Täbris und nahmen diese große Handelsstadt am 14. Januar ein. Die Hinneigung eines großen Teils der Perser zu den Türken, mit denen sie sonst (als Schiiten) in alter Zwietracht standen, war unverkennbar, weil beiden der Haß gegen die Russen gemeinsam war, und die Türken erhielten von den kriegerischen Bergstämmen Persiens starken Zulauf, wozu auch die Erklärung des heiligen Krieges (S. 199) etwas mitgewirkt haben mag. Die Regierung des jungen Sultans Achmed Mirza wagte aber wegen des doppelten Drucks, den Rußland und England auf sie ausübten, nicht sich offen den Osmanen anzuschließen. Im März 1915 eroberten die Russen Täbris zurück und bemächtigten sich, im Streben den Engländern am Tigris beizustehen, ohne Rücksicht auf die persische Neutralität, der Städte Kermanschah und Kasrischirin. Nach dem Sieg in Mesopotamien ergriffen die Türken aber wieder die Offensive und verjagten die Russen am 9. Juni 1916 aus Kasrischirin, am 1. Juli aus Kermanschah. Schließlich nahmen sie am 10. August sogar Hamadan (die alte medische Königstadt Agbatâna) den Russen ab.

Drittens Mesopotamien. Die Briten warfen von Indien aus Truppen in das Mündungsland der beiden Ströme Euphrat und Tigris, das wegen seiner einstigen großen Fruchtbarkeit und wegen der hier in Zukunft auslaufenden Bagdadbahn von großer Wichtigkeit ist. Am 23. November setzten sich die Engländer in Basra fest; die Türken zogen aber Verstärkungen heran und besiegten am 20. und 21. Januar 1915 6 englische Bataillone, 4 Batterien, 2 Maschinengewehrabteilungen und 3 Kanonenboote bei Korna. Nach türkischen Angaben hätten die Engländer 1000 Tote und Verwundete und viel Geräte verloren. Gegen Mitte April fanden in derselben Gegend neue Gefechte statt, worin die Engländer gesiegt und 2500 Türken getötet oder verwundet haben wollten. Aber nun übernahm auf Wunsch des Sultans der Generalfeldmarschall v. d. Goltz den Oberbefehl, und die schon

bis auf 27 Kilometer vor Bagdad vorgedrungenen Engländer unter Townshend erlitten am 22.–24. November 1915 bei den Ruinen der einstigen parthischen Königsstadt Ktesiphon am Tigris eine schwere Niederlage, welche sie nach ihrem eigenen Geständnis 4567 Mann und 2 Kanonen kostete. Townshend wich 130 Kilometer weit nach Süden zurück und wurde in Kut el Amara eingeschlossen. Über seine Gefangennahme s. S. 278.

Viertens Arabien. Hier versuchten die Engländer sowohl von Adén aus die Türken aus Hadramaut, der Südküste der Halbinsel, ganz zu verdrängen, als Mekka selbst zum Abfall vom Sultan als dem Kalifen zu bewegen. Die Bergstämme von Hadramaut bewaffneten aber 12000 Reiter, und sie und die Türken brachten den englischen Truppen laut Nachrichten vom Juli und November 1915 zwei empfindliche Niederlagen bei; die Engländer wurden genötigt das kurze Zeit besetzte Makalla zu räumen. In Mekka aber trat der Scherif Hussein infolge reicher Geldgeschenke 1916 auf britische Seite; er wurde zwar wegen Hochverrats abgesetzt und erhielt am 1. Juli 1916 Ali Heidar zum Nachfolger; auch nahmen die Türken Medina ein; Mekka aber vermochten sie nicht zu erobern, und Hussein nahm den Titel „König von Hedschas" an.

Fünftens der Suezkanal. Hier war die Achillesferse Englands; hier konnte ihm die Herrschaft über den nächsten Seeweg zum Eckpfeiler seiner Weltmacht, Ostindien, entrissen werden. Das begriffen die Türken sehr gut, und sie waren auch entschlossen den Streich zu führen, der im Fall des Gelingens die Türkei wenigstens von einem ihrer Todfeinde befreien und den Sturz der englischen Tyrannei über die Welt herbeiführen mußte. Um dem Schlag zu begegnen, zog England aus Indien starke Streitkräfte nach Ägypten. Zu dessen Khediv machte es (unter Absetzung des nach Selbständigkeit strebenden Abbas Hilmi) am 20. Dezember seine Marionettenfigur Hussein Kemal (I 166). Da dieser tatsächlich nichts zu sagen hatte, vielmehr der englische General Maxwell der Herr des Landes war, so entschädigte man ihn mit dem hochklingenden Titel eines Sultans, womit zugleich die Losreißung des Landes von dem Sultan der Osmanen besiegelt werden sollte. Die Stimmung des größten Teils der Ägypter war aber den Briten nicht günstig, welche zwar dem Lande manches Gute gebracht hatten, ihm aber eben doch selbstherrlich ihren Willen auferlegten. England galt, seit es 1907 sich mit Rußland verschworen hatte, den Muselmännern als ein Verräter; war seine Politik früher stets auf Eindämmung

der russischen Eroberungspläne und auf Schutz des Islam gerichtet gewesen, so arbeitete es jetzt mit Rußland und Frankreich zur Unterjochung aller noch unabhängigen muselmännischen Länder, Persien, der Türkei, Marokkos, zusammen. In Marokko mußten die Franzosen vor den sich neu erhebenden Stämmen gelegentlich zurückweichen; doch behaupteten sie im ganzen ihre Herrschaft über das Land. Ägyptens Westgrenze wurde durch die von uns mit Waffen unterstützte kriegstüchtige Brüderschaft der Senussen beunruhigt; der Sultan Ali Dinar von Darfur erhob sich für den Kalifen; die ägyptischen Truppen, statt ihn zu bekriegen, liefen zu ihm über. In Tripolis stellte sich Nury Bey an die Spitze der Eingeborenen und besiegte die Italiener bei Misrata und fügte ihnen einen Verlust von 6000 Mann und 24 Kanonen zu. Darauf ging die erst 1913 gewonnene Kolonie den Italienern, wie der Corriere della sera vom 27. Juli 1916 selbst zugestanden hat, nach einer zweiten Niederlage bei Kasr Buhadi, wo 4000 Italiener und Askaris kämpften, bis auf die drei Küstenplätze Tripolis, Homs und Zuara wieder vollständig verloren. Wenn auch die unkriegerischen Fellachen im Niltal sich nicht erhoben, so war doch eine Gärung auch in Ägypten vorhanden, über welche die Engländer indessen keine Berichte durchließen; es war aber sehr bezeichnend, daß auf den Sultan Hussein, als einen Verräter am Islam, durch einen gewissen Khalil am 8. April 1915 ein Mordanschlag versucht wurde, der allerdings nicht glückte, und daß der Sultan am 13. April seinen Sitz von Kairo nach Alexandria verlegte, wo er im Notfall des Schutzes der englischen Schiffskanonen sicher war. Auch in Indien gärte es; das fünfte indische Regiment in Singapore meuterte am 16. Februar 1915, als es erfuhr, daß es nach Flandern geschickt werden sollte, und metzelte seine Offiziere und eine Anzahl Engländer nieder. Am 23. März ermächtigte der englische Ministerrat den Vizekönig Lord Hardinge den Belagerungszustand über das ganze Kaiserreich zu verhängen, und am 27. schritt der Vizekönig zu dieser Maßregel, deren schwere Bedeutung niemand verkennen konnte. Außerordentliche Gerichtshöfe erhielten das Recht über Aufruhr ohne Berufung abzuurteilen, und wo sich Widerstand regte, wurde er brutal und blutig niedergeschlagen. Dem Vorstoß gegen den Suezkanal stand als Hauptschwierigkeit der Wassermangel auf den Anmarschlinien durch die Sinaihalbinsel entgegen; auch fehlte eine Eisenbahn. Aber der Sultan ernannte Dschemal Pascha zum Anführer eines Heeres von 100000 trefflichen Soldaten, die

um Damaskus versammelt wurden, und er gab ihm in dem deutschen General Bronsart v. Schellendorf einen ausgezeichneten Generalstabschef. Die Osmanen entsandten leichte Truppen gegen den Kanal, rissen das zweite Geleise der Hedschasbahn heraus und legten es quer über die Sinaihalbinsel; sie errichteten große Wasser- und Lebensmittelstationen, um das Heer und die zu ihm gehörigen Pferde für alle Fälle reichlich versorgen zu können. All das erforderte natürlich viel Zeit, und da die Türken bald anderswo, besonders bei den Dardanellen, starke Kräfte einsetzen mußten, so ist es zu einem ernstlichen Angriff auf den Kanal nicht gekommen. Nicht unerhebliche Gefechte haben aber in der Nähe des mittelländischen Meeres bei Katia am 23. April und 22. und 23. Juli 1916 stattgefunden; beim zweiten wurde die Zahl der Türken auf 14000 angegeben. Diese wurden zwar nach den englischen Berichten beidemal zurückgeschlagen, behaupteten aber ihrerseits die verfolgenden Engländer dann mit schweren Verlusten zum Weichen gebracht zu haben.

Sechstens die Dardanellen. Die Engländer wünschten die Türken durch einen Gegenstoß von dem Zug nach Ägypten abzuhalten; für Rußland galt es einen Weg zur Ausfuhr für sein in Odessa und andern Häfen des schwarzen Meeres lagerndes Korn zu schaffen und ihm auch Kriegsmaterial zuzuführen. Da nun der einzige Seehafen des russischen Reichs an einem offenen Meer das von Oktober bis Mai unter Eis liegende Archangel war und der Bau einer Eisenbahn von St. Petersburg nach der eisfreien Murmanküste am nördlichen Eismeer, der rasch in Angriff genommen ward, aus Mangel an Material und wegen der ungeheuren Naturhindernisse nur sehr langsam voranschritt und erst Ende 1916 fertig wurde, so erwies es sich als notwendig das Dardanellentor aufzubrechen. Das versuchte im Frühjahr 1915 eine englische und französische Flotte von 14 großen Schlachtschiffen durch Beschießung zu erreichen. Hierfür hatte der englische Admiral Limpus vorgearbeitet, den Mehemed V. zur gleichen Zeit, da er Liman v. Sanders die Reorganisation des Heeres übertrug, mit der Neugestaltung der Flotte betraut hatte, um Dreibund und Dreiverband gleichermaßen zu berücksichtigen. Limpus hat es aber mit seinem dem Großherrn geleisteten Eid für vereinbar gehalten die Flotte zu verderben statt sie zu heben; aus den Geschützen in den Dardanellen ließ er absichtlich die Versatzstücke entfernen und machte sie auf diese Weise unbrauchbar. Aber 500 deutsche Techniker, die alsbald nach Kriegsausbruch von Kiel nach Konstanti-

nopel gesandt worden waren, stellten nach Absetzung des ungetreuen Admirals — der dann bezeichnenderweise zu den Russen nach Sebastopol ging — die Geschütze her und erweiterten auch die türkischen Munitionsfabriken. So schlug das am 19. Februar begonnene Unternehmen des Dreiverbandes gänzlich fehl; am 18. März wurden durch die türkischen und deutschen Artilleristen — der Sultan ernannte Liman v. Sanders zum Befehlshaber in den Dardanellen, den Deutschen Souchon zum Admiral und v. der Goltz zum Befehlshaber in Konstantinopel — das französische Schlachtschiff Bouvet und die englischen Dreadnoughts Ocean und Irresistible in Grund geschossen und drei andere Schiffe so übel zugerichtet, daß sie in die Docks geschickt werden mußten. Um die Befestigungen zu erobern, war ein Landungsheer erforderlich, und die Engländer besetzten zu diesem Zweck die eigentlich von den Griechen eroberten und beanspruchten, rechtlich aber immer noch zur Türkei gehörigen Inseln in der Nähe des Hellesponts, Tenedos, Imbros und Lemnos mit dem Hafen Mudros. Die griechischen Behörden dieser Inseln wurden von den Engländern als Luft behandelt. Aber da es hier an Wasser und Nahrungsmitteln für größere Truppenmassen fehlte, so mußten die Mannschaften vorerst wieder nach Alexandria gebracht werden. Am 27. April wurden dann vier englische Brigaden und französische Mannschaften unter General d'Amade teils auf der asiatischen Seite des Eingangs der Dardanellen, bei Kum Kale, teils an drei Punkten der Westküste der Halbinsel von Gallipoli unter dem Schutz der Schiffsgeschütze gelandet; aber sie stießen auf einen so kräftigen Widerstand, daß sie nicht voran kamen, und hatten große Verluste. Auch wurden wieder mehrere Kriegsschiffe schwer beschädigt und am 13. Mai durch ein türkisches Torpedoboot des englische Linienschiff Goliath (13150 t) in den Grund geschossen. Deutsche Unterseeboote, welche zum Entsetzen der Engländer über eine Entfernung von 6100 km weg von der Nordsee bis zur Troas gelangten, versenkten drei weitere englische Schiffe, den Triumph (12000 t, 25. Mai), die Majestic (15150 t, 27. Mai) und ein Schiff von der Agamemnonklasse (ebenfalls am 27. Mai). Zur gleichen Zeit versenkte das österreichische Unterseeboot U 5 unter seinem kühnen Führer Georg v. Trapp in der Straße von Otranto das französische Linienschiff Leon Gambetta (26. April), und am 21. Mai erlitt das russische Schiff Panteleimon (12780 t) im schwarzen Meer dasselbe Schicksal. Völlig außerstande ihre Schiffe gegen die „Wasserpest“ der deutschen Unterseeboote zu schützen, zogen die Verbündeten am

28. Mai ihre Flotte von den Dardanellen zurück und versteckten sie in nahen, vor dem Eindringen von Tauchbooten sicheren Häfen. Die Landungstruppen wurden gewaltig verstärkt und im Mai, im Juni, am 1. Juli und vom 16.—28. August erfolgten wuchtige Angriffe auf die türkischen Schanzen. Aber alle schlugen unter entsetzlichen Verlusten gänzlich fehl: wohl gelang es einmal den australischen Hilfstruppen der Engländer sich bis auf den Höhenkamm von Gallipoli emporzuarbeiten, so daß sie den Hellespont zu ihren Füßen erglänzen sahen; aber ein schneidiger Gegenstoß der Osmanen, mit blanker Waffe geführt, schleuderte sie wieder in die Tiefe. Am 19. Dezember 1915 griffen die nach Freiwerdung des Donauwegs von ihren deutschen und österreichischen Verbündeten mit Steilfeuergeschützen versehenen Türken nach vorausgegangenem Trommelfeuer die nördlichen Stellungen des Gegners bei Kap Sudla und an der Anafortabucht mit dem Bajonett an und zwangen den Feind unter Zurücklassung von 17 Kanonen zum schmählichen Abzug aus der Halbinsel. Das riesige Unternehmen war völlig gescheitert; es kostete die Angreifer 5 Milliarden Mark und zweimalhunderttausend Mann; der Ruf Englands im ganzen Osten erlitt einen schweren Stoß; der Sultan nahm den Ehrentitel Ghazi, der Siegreiche, an.

Die Dardanellenfrage hatte abgesehen von der militärischen Seite auch eine erhebliche politische Wichtigkeit. Die Verbündeten hatten in ihre Rechnung gestellt, daß durch das Erscheinen einer starken Land- und Seemacht im ägäischen Meer die bisher in der Neutralität verharrenden und vergebens umworbenen Staaten am Balkan auf ihre Seite gedrängt werden würden. Die Folgen waren aber ganz andere. Griechenland wurde durch die tatsächliche Wegnahme von Inseln, die es schon als sein Eigentum anzusehen sich gewöhnt hatte, seitens der Engländer vor den Kopf gestoßen, und die Unbefangenheit, mit der die russischen Staatsmänner Goremykin und Sasonow am 10. Februar 1915 in der Duma unter allgemeinster Zustimmung erklärten, daß Konstantinopel und die beiden Meerengen nicht etwa internationalisiert, sondern in unmittelbaren russischen Besitz übergehen müßten, „daß die glänzende Zukunft Rußlands am schwarzen Meer vor den Mauern Konstantinopels mit immer zunehmender Klarheit zutage trete“: das zeigte den Griechen, daß ihre nationalen Hoffnungen, die in der Wiederaufrichtung eines griechischen Kaisertums in der Stadt Konstantins gipfelten, keinen gefährlicheren und entschlosseneren Gegner hatten als Rußland. In Sofia und Bukarest

mußte man sich ebenfalls sagen, daß, wenn Rußland an der Ostküste des Balkans und in Konstantinopel Fuß fasse, es mit der Unabhängigkeit Bulgariens und Rumäniens vorüber sei; militärisch und wirtschaftlich hätte das ja ihre völlige Umklammerung durch Rußland bedeutet: da war es noch besser, daß alles blieb, wie es war. In England hätte man früher den letzten Mann und Groschen daran gesetzt die Russen von Konstantinopel fern zu halten; aber, haben die Oxforder Professoren in ihrer Schrift: „Warum wir im Krieg sind" (1914) erklärt, für eine unter deutschem Einfluß stehende Türkei lohnte es sich nicht mehr zu fechten, und so schloß England mit Rußland im April 1915 ein Abkommen, laut dem Rußland Konstantinopel selbst und von der Donau bis zum Bosporus einen Landstreifen erhalten sollte, der ihm den Weg nach Konstantinopel in die Hand gab; England aber sollte die Dardanellen, bzw. die vor ihnen liegenden türkischen Inseln und damit den Schlüssel zur Einfahrt vom Marmara- ins Mittelmeer bekommen; auch überließ ihm Rußland den bisher noch als neutral betrachteten südwestlichen Teil Persiens. Es wurde sehr bemerkt, daß Daily Chronicle anfangs März äußerte: „die Dardanellen sind ein zweites Gibraltar, dessen Besitz Englands Herrschaft im Mittelmeer endgültig machen wird. Rußland bekommt endlich einen Weg zum Mittelmeer. Großbritannien macht gegenwärtig eine seiner kühnsten und großartigsten Operationen." Das Mittelmeer würde, wenn das Gallipoliunternehmen geglückt wäre, sowohl an seinem Eingang (durch Gibraltar), als wie in der Mitte (durch Malta) und an seinen beiden Ausgängen nach Nordosten (durch die Dardanellen) und Südosten (durch den Suezkanal) englische Zwingburgen gehabt haben und tatsächlich ein englisches Meer geworden sein, zu dem Rußland so lange den ihm jetzt in Aussicht gestellten Zugang hätte benützen dürfen, als dies mit Englands Interesse vereinbar erschienen wäre. Wie die Dinge nach der Endentscheidung vom November 1918 sich gestalten werden, läßt sich heute noch nicht übersehen; aber der Stärkste ist freilich wie überall, so auch im Mittelmeer, ohne Zweifel England, das im März 1920 Konstantinopel besetzte.

Einundzwanzigstes Kapitel

Das Jahr 1916

Die Ergebnisse des Krieges zu Ende 1915 waren für unsere Gegner ohne Frage sehr unbefriedigend. Im Westen hielten die Deutschen die wertvollen und auch äußerlich nicht unbeträchtlichen Eroberungen der ersten Kriegswochen nahezu vollständig fest; im Osten hatte Rußland seine Grenzlande eingebüßt; auf dem Balkan waren die Waffen der Mittelmächte und ihrer bulgarischen und türkischen Verbündeten gegen Serbien und bald auch Montenegro und an den Dardanellen siegreich, und lediglich auf kolonialem Gebiet, im stillen Ozean, in Togo und Südwestafrika, hatten unsere Gegner Erfolge zu verzeichnen. Sie waren freilich weit entfernt die Sachlage anzuerkennen; in ihren Kundgebungen zu Neujahr 1916 schlugen sie den Ton der Siegeszuversicht an: Deutschland und seine Bundesgenossen müßten, wenn sie auch jetzt noch standhielten, im weiteren Verlauf des von England verkündeten war of attrition, des Erschöpfungskrieges, notwendig aus Mangel an Truppen und Vorräten zusammenbrechen. Bei den großsprecherischen Worten Joffres, der die Herbstschlacht in der Champagne zu einem Sieg umdichtete, wurde man ungern, da man dem tüchtigen Heerführer mehr Achtung vor den Tatsachen gewünscht und zugetraut hatte, aber unwillkürlich an die Verse aus dem siebenjährigen Kriege erinnert:

> Le coq français chante fort, s'il gagne la victoire;
> Il chante encore plus fort, quand il est bien battu —
> Des gallischen Hahnes Krähen tönt mächtig, wenn er siegt;
> Jedoch noch stärker tönet es, wenn er Schläge kriegt.

Um den Ereignissen die ersehnte und aus Rücksicht auf die eigenen Bevölkerungen und die Neutralen notwendige Wendung zum Bessern zu geben, beschloßen die Verbündeten einmal die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Feinde zu verschärfen, und dann die Einheit des kriegerischen Vorgehens, die bisher sehr mangelhaft gewesen war, herzustellen, also namentlich auf allen Kriegsschauplätzen gleich- und planmäßig vorzugehen. Während aber noch davon gesprochen wurde, überraschte die deutsche Heeresleitung die Welt durch einen deutschen

Vorstoß größten Stils gegen die stärkste französische Stellung, die von Verdun. Es galt dieses gewaltig verschanzte Lager, das ein starkes Bollwerk Frankreichs und zugleich die Ausfallspforte gegen Deutschland darstellte, womöglich zu nehmen und damit den französischen Kriegswillen zu brechen, oder wenigstens die Pforte so zu verrammeln, daß das Kohlen- und Erzbecken von Briey, das gleich zu Kriegsbeginn in deutsche Hände gefallen war, und die Stahlgebiete Deutsch-Lothringens nicht mehr der Überrennung ausgesetzt waren. Am 22. Februar durchstießen deutsche Truppen die französischen Linien auf dem rechten Maasufer, welche anderthalb Jahre lang mit aller Kunst ausgebaut worden waren, in einer Breite von 10 und einer Tiefe von 3 km; sie erstürmten die Dörfer Consenvoye und Azannes und machten dabei 3000 Gefangene. Am 25. Februar wurde der mächtige nördliche Eckpfeiler des verschanzten Lagers von Verdun, das ganz modern erstellte Panzerwerk Douaumont, das Verdun 200 m hoch überragte, von dem 24. brandenburgischen Regiment genommen; fünf wütende Gegenangriffe der Franzosen am 26. Februar wurden blutig abgeschlagen und ihnen bis dahin 15 000 Gefangene abgenommen. Eine norwegische Zeitung, das Morgenbladet von Christiania, nannte diesen deutschen Erfolg das ernsteste Ereignis seit der Schlacht an der Marne. Am 3. März fiel auch das Dorf Douaumont in die Hände der Deutschen, und deren Beute stieg bis 12. März auf 26 000 unverwundete Gefangene und 189 Geschütze. Bayerische und württembergische Landwehr-Regimenter erstürmten am 21. März den Wald von Avocourt, am 30. Malancourt, am 9. April Bethincourt; am 2. Juni fiel der Caillette-Wald, das Dorf Dupanloup und das Panzerfort Vaux, am 23. Juni das Panzerwerk Thiaumont, am 11. Juli die Schanzen vor dem Fort Souville und der Ort Laufée östlich der Maas in die Hände der Deutschen. So schritt der Angriff, trotzdem die französischen Stellungen durch die natürlichen Bodenerhebungen und die Kunst äußerst stark waren, langsam, aber stetig voran; er wurde dem Fußvolk durch die vorzügliche Vorbereitung seitens der schweren Artillerie systematisch erleichtert und fügte wegen dieser ausgezeichneten Leitung den Franzosen durchschnittlich um vierzig Prozent höhere Verluste zu, obwohl diese sich in der Verteidigung befanden und an Zahl den deutschen Angreifern doppelt überlegen waren. „Aus der offenen Wunde von Verdun strömt unaufhaltsam das Blut Frankreichs," sagte noch Ende September der Abgeordnete Roux-Costadou in der französischen Kammer. Wenn auch Verdun nicht fiel, so mußte

doch das französische Heer in steigendem Maße zur Verteidigung der Stadt eingesetzt werden: bis 20. Juli führte der in Verdun befehligende General Pétain 66 Divisionen ins Feuer. Um diese Zeit aber zwang der Riesenkampf an der Somme die deutsche Heeresleitung leider den Angriff auf Verdun einzustellen, und, wie unten erzählt werden wird, gelang es Pétains Nachfolger Nivelle im Lauf des Jahres den Deutschen den größten Teil ihrer Erfolge wieder zu entreißen.

Die Gefährdung Verduns trieb dazu, daß am 27. und 28. März in Paris gemeinsame Beratungen der vier Mächte stattfanden, um endlich die so notwendige Einheit des militärischen und wirtschaftlichen Vorgehens zu erzielen, und nach den Worten der Kundgabe über die Ergebnisse der Beratung war alles aufs beste bestellt. Ein ständiger Ausschuß in Paris sollte weiterhin das Erforderliche vorkehren. England verdoppelte inzwischen seine Gewalttaten gegen den neutralen Handel mit Deutschland und Österreich. Seine Schiffe hielten die neutralen Fahrzeuge nicht bloß auf dem Meer an, sondern führten sie in englische Häfen; namentlich wurde auch die neutrale Post angehalten, um Einblick in die Handelskorrespondenz zu erlangen, und die Schiffe, welche Post mit sich führten, nach Kirkwall auf die Orkneyinsel Pomona geschleppt, um hier durchsucht zu werden. Darüber kam es zu einem Streit mit Schweden, das nun den englischen Durchgangshandel nach Rußland sperrte; auch die Vereinigten Staaten erhoben gegen das englische Vorgehen am 24. Mai 1916 nachdrückliche Einsprache. Die Engländer ließen auch den Neutralen, besonders den Niederländern und Schweizern, Lebensmittel tunlichst nur zu deren eigenem Verbrauch zukommen, zu welchem Zweck in beiden Ländern sog. Einfuhrgesellschaften unter englischer Aufsicht gebildet wurden. Mit bitterem Hohn deutete man in der Schweiz die Worte société suisse de surveillance économique um in société de souveraineté suisse suspendue. Am 31. März 1916 erschien eine kgl. Kabinettsorder in der Londoner Gazette, wonach der Artikel 19 der Londoner Erklärung vom 26. Februar 1909 über das Seekriegsrecht, der Schiffen auf dem Weg nach einem nicht blokierten Hafen Unverletzlichkeit zusicherte, nicht mehr angewandt werden sollte, und am 28. Juli sagten sich die englische und die französische Regierung überhaupt unter dem Jubel der Kriegshetzer von der ganzen Londoner Abkunft los. „Die Maßregel ist radikal," schrieb cynisch der Correspondant vom 10. Juli 1916. „Es wird keine Gerechtigkeit in der Welt mehr geben, aber auch weniger Zweideutigkeiten." „In diesem Krieg," schrieb der

Mattino von Neapel am 5. Mai 1916, „fallen Stück für Stück alle Hüllen vom Briten ab, die in Jahrhunderte langer Entwicklung seine angeborene Wildheit bedeckt hatten."

In der Erkenntnis, daß England bisher in ungeheurem Irrtum gewesen war, wenn es geglaubt hatte diesen Krieg wie seine bisherigen unter mäßigem eigenem Bluteinsatz wesentlich mit fremden Streitkräften führen zu können, ging das Koalitions-Ministerium Asquith-Grey-Balfour — und zwar in seiner Mehrheit bitter ungern — auf den allen englischen Individualismus umstürzenden Gedanken der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein. Am 5. Mai erteilte das Unterhaus mit 328 gegen 36 Stimmen am 23. Mai das Oberhaus dem Gesetzentwurf die Zustimmung, der alle Männer von 18—41 Jahren der Wehrpflicht unterwarf, und auf Grund dieses Gesetzes wurden nun neue Divisionen für den festländischen Krieg aufgeboten. Zuständige Beurteiler schätzten das Ergebnis, das nach den schon bisher betätigten „freiwilligen" Eintritten ins Heer zu erwarten sei, auf 500000 Mann. Schon damals hoffte der Verband auch auf ein Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg, mußte aber nach der deutschen Antwortnote vom 4. Mai an Lansing diese Hoffnung vorerst begraben (S. 206 f.).

Zum Zweck des wirtschaftlichen Kriegs gegen die Mittelmächte für jetzt und für später trat am 14. Juni eine Anzahl von Vertretern der Verbündeten in Paris zusammen und beschloß, daß die Zufuhr nach den feindlichen Ländern durch einheitliche Gestaltung der Bannwarenliste und durch schärfste Aufsicht über die Einfuhr in neutrale Länder möglichst unterbunden werden solle, daß nach Abschluß des Friedens die Besiegten die Rechte meistbegünstigter Nationen während einer Reihe von Jahren nicht genießen und die Sieger einander wechselseitig eine Vorzugsstellung hinsichtlich der Zölle einräumen sollten. Der leitende Gedanke bei diesen Beratungen, welche einstweilen nur vorbereitender Natur sein und die Regierungen und Parlamente der verbündeten Länder noch nicht formell binden sollten, ging dahin, Deutschland und Österreich-Ungarn auch nach dem Krieg als geächtet zu behandeln und ihnen die Möglichkeit eines neuen Aufschwungs aus der (als sicher angenommenen) Niederlage möglichst lange abzuschneiden. Da in Deutschland und Österreich-Ungarn mit Nachdruck nach einer Befestigung der bestehenden engen Gemeinschaft durch wirtschaftlichen Zusammenschluß Mitteleuropas gestrebt wurde

und da der Bund mit Bulgarien und der Türkei die Möglichkeit eines gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Blocks von Mittel- und Südosteuropa nahe rückte, so wollten die Alliierten einen noch mächtigeren Block schaffen, der, wie ein französischer Volkswirt berechnete, an Weißen und Farbigen 800 Millionen, d. i. etwa die Hälfte des Menschengeschlechts, vereinigen werde. Freilich erhoben sich in England und Italien kritische Stimmen genug, welche die Ausführbarkeit eines solchen Riesenblocks und auch seine Nützlichkeit in Zweifel zogen, und russische Volkswirte ließen keinen Zweifel, daß Rußland zum Absatz seiner Bodenfrüchte den Handel mit dem deutschen Nachbar unbedingt bedürfe, sich also an der Achtserklärung im eigenen Interesse nicht beteiligen könne. Inzwischen wuchsen die Kriegskosten der Verbündeten ins Ungeheure; während z. B. Deutschland auf den Tag 66 Millionen Mark bedurfte, mußte England allein im Juli 1916 täglich 120 Millionen aufbringen. Wenn Lloyd George am Anfang des Kriegs höhnisch und siegessicher geäußert hatte, es handle sich um einen Krieg, der mit silbernen Kugeln gewonnen werde, und hierin sei England den Deutschen weit überlegen, so erwies sich das mehr und mehr als eine leere Prahlerei. Die „Mittelmächte", von dem größten Teil der Welt abgesperrt, bestritten den Krieg durch Anlehen im eigenen Land und brachten das geliehene Geld sofort wieder in nutzbringenden Umlauf. Die Gegner nahmen auch Anlehen in den Vereinigten Staaten auf, was freilich die nützliche Nebenwirkung hatte die Vereinigten Staaten für den Sieg ihrer Schuldner zu interessieren. Die britische Finanzwirtschaft erwies sich aber der deutschen darin überlegen, daß sie die riesigen Kriegsgewinne, welche den Lieferanten überall zufielen, sofort weit planmäßiger durch große Steuern erfaßte und ausglich, als dies in Deutschland und Österreich-Ungarn geschah. Die deutsche Finanzverwaltung hatte nämlich in der Annahme, daß der Krieg höchstens ein Jahr dauern könne, 1914 den Grundsatz aufgestellt, alle Kriegsausgaben auf den außerordentlichen Haushalt zu setzen und nur für deren Verzinsung durch sofortige Steuern zu sorgen. Erst 1916, als jene Annahme sich immer mehr als völlig trügerisch erwies, ging man zur Schaffung von eigentlichen Kriegssteuern über und führte solche auf vermehrtes Einkommen und Vermögen („Kriegsgewinnsteuer") ein und erhöhte die bisherigen Gebühren für Posten, Eisenbahnen, Telegramme, die Verbrauchsabgaben auf Bier, Tabak, Zucker und die Auflagen auf Liegenschaftsumsätze.

Während der Besprechungen und Beratungen erfolgten militärische Ereignisse, welche besonders England hart trafen. In Mesopotamien war der General Townshend bei dem Versuch, mit 20000 Mann Bagdad zu erobern, unglücklich gewesen (S. 267); er mußte sich auf Kut el Amara am Tigris zurückziehen und hier einschließen lassen. Unter der Oberleitung des Generalfeldmarschalls v. d. Goltz vereitelten die Türken in der Gegend von Felahie drei Versuche des Generals Aylmer (am 7. Januar, 12. März und 3.—9. April) die Belagerten zu entsetzen mit Verlust von 3000, 5000, 4500 Mann. Allerdings hatten die Russen davon Vorteil, daß die Türken ihre Hauptmacht am Tigris einsetzen mußten. Großfürst Nikolaus ließ unter Benutzung der längst bis nahe an die Grenze erstellten Eisenbahn ein Heer unter General Judenitsch in Türkisch-Armenien vorgehen, wo Rußland die Anlage von Schienenwegen, die ihm durch einen dem Sultan Abdul Hamid aufgezwungenen Vertrag vorbehalten worden war, arglistig unterlassen hatte, und die Russen bemächtigten sich am 16. Februar nach fünftägigem Sturme Erzerums. Anfangs April rückten sie in Musch, dann in Bitlis ein; am 10. April mußte ihnen das auch von der russischen Flotte beschossene Trebisond (Trapezunt) die Tore öffnen, nachdem das türkische Heer, das bei den mangelnden Verkehrswegen die größten Schwierigkeiten mit dem Nachschub hatte, am Kara Dere besiegt war. Zwei Tage nachher, am 21. April, starb v. d. Goltz, 73 Jahre alt am Flecktyphus — ein tragisches, in Deutschland und bei den Osmanen schmerzlich beklagtes Ende, das den hervorragenden Mann gerade in dem Augenblick ereilte, wo er die Frucht seiner Heeresleitung pflücken wollte: denn am 28. April mußte Townshend nach Erschöpfung aller Vorräte sich in Kut el Amara mit noch 13300 Mann (darunter 5 Generalen, 277 englischen und 274 indischen Offizieren) auf Gnade und Ungnade an die Türken ergeben. Es war ein Ereignis, bei dem die ganze Welt den Atem anhielt: im Osten dröhnte weithin die Kunde wieder, daß die Nation, welche den Erdball in Fesseln schlug, ihre Fahnen vor den Osmanen hatte niederholen müssen, und der Ruf der Unbesiegbarkeit der englischen Waffen war dahin. Auch in Armenien, wo die Russen am 25. Juli den bedeutenden, in einer fruchtbaren Ebene 1350 m über Meer gelegenen Waffenplatz Erzinghian besetzten, trat dann ein Umschwung ein. Izzed Pascha, der tapfere Verteidiger von Tschataldscha, nahm den Russen am 8.-9. August Musch und Bitlis wieder ab, und in Persien, von wo aus die Russen eine Zeitlang mit Erfolg

gegen Bagdad vorzudringen versucht hatten (S. 266), eroberten die Türken am 11. Juli Kermanschah zurück; am 10. August rückten sie auch wieder in Hamadan ein.

Zu dem schweren Unglück in Mesopotamien kamen nun Ereignisse zur See hinzu, welche für England sehr unerfreulich waren. Hierher gehört, daß im Januar 1916 ein deutsches Kriegsschiff, die Möwe, unter ihrem kühnen Anführer, dem Korvettenkapitän Burggrafen Nikolaus Dohna-Schlodien, im atlantischen Ozean erschien, 14 englische Kauffahrer abfing und auf einem derselben, dem Appam, 425 Reisende nach Old Point in Virginien sandte, wo das Schiff von der Regierung Wilsons als deutsche Prise anerkannt wurde und bleiben durfte. Die Möwe kehrte mitten durch die angeblich von der englischen Flotte beherrschte Nordsee glücklich nach Hause zurück. Zwar sperrten die Engländer den Kanal zwischen Dover und Calais durch Drahtnetze ab; aber der Chef des deutschen Admiralstabs v. Holtzendorff, der Nachfolger Bachmanns, sagte am 4. Februar 1916 einem Vertreter der United Press, daß unsere Unterseeboote diese Netze schon oft durchbrochen hätten. Der Staatssekretär der Marine, Großadmiral v. Tirpitz, befürwortete damals den Beginn des uneingeschränkten Unterseebootkriegs, da nach seiner Angabe (Erinnerungen, Leipzig 1919, S. 372) 205 Tauchboote entweder sofort oder im Lauf des Jahres zur Verfügung standen. Es gelte die Zeit zu nützen, so lange unsere Widerstandskraft noch ungebrochen sei und die Engländer keine wirksamen Abwehrmittel gegen die Unterseeboote besäßen. Die Besorgnis, daß man durch rücksichtsloses Torpedieren aller in der Kriegszone fahrenden Schiffe die Amerikaner zum Krieg reize, teilte Tirpitz nicht, da Wilson damals seine Wiederwahl betrieb und seine stärkste Empfehlung darin suchte, daß er den Frieden erhalten werde. Dem Staatssekretär trat der Chef des Admiralstabs v. Holtzendorff bei, ebenso der Chef des Generalstabs des Feldheers v. Falkenhayn. Die Kaiser lehnte aber auf den Rat des Reichskanzlers den Antrag ab; Bethmann wollte England nicht allzusehr reizen, sondern behielt immer die Möglichkeit einer Herstellung des guten Einvernehmens mit Großbritannien als die Grundlage deutscher Außenpolitik im Auge, und sorglichen und schweren Gemüts, wie er war, schreckte er überhaupt vor Maßregeln von rücksichtsloser Schärfe zurück, die überdies die Vereinigten Staaten in den Kampf treiben oder ihnen doch den Vorwand zur Anteilnahme am Krieg liefern könnten. So erhielt Tirpitz, der in England den eigentlichen und er-

barmungslosen Feind Deutschlands sah, am 17. März den Abschied; an seine Stelle kam Admiral v. Capelle. Zu einer großen Seeschlacht war es seit dem Zusammenstoß an der Doggerbank vom 24. Januar 1915 nicht mehr gekommen, obschon die deutsche Hochseeflotte oftmals in See gegangen war, um den Feind aufzusuchen. Der englische Oberadmiral Jellicoe hielt sich auf den Orkneysinseln zurück, um den Unterseebooten nicht Gelegenheit zu Handstreichen zu bieten, und war übrigens der Ansicht, daß das bloße Vorhandensein der überlegenen englischen Flotte genüge, um Deutschland im Blokadezustand zu halten und den Aushungerungsplan, und damit den Sieg, zu fördern. Am 17. und 18. Dezember 1915 fuhr die deutsche Hochseeflotte im ganzen Skagerrak auf und ab und hielt 52 Handelsschiffe an, ohne auf englische Seestreitkräfte zu stoßen. Erst am 31. Mai 1916 erscholl zur hellen Freude unserer blauen Jungen, die nach einer Gelegenheit zum Erweis ihrer Kraft lechzten, auf der vor dem Skagerrak kreuzenden deutschen Flotte um halb fünf Uhr abends der Ruf: Da sind sie! Die deutschen Schlachtschiffe standen unter dem Befehl des Vizeadmirals Scheer, die Aufklärungsschiffe unter dem des Vizeadmirals Hipper; ihr ausgesprochener Zweck war, die englische Flotte, die in letzter Zeit mehrfach an der norwegischen Südküste gemeldet worden war, aufzusuchen und zum Kampfe zu stellen. Zunächst entspann sich der Kampf zwischen den Kreuzern der beiden Flotten, und nach einem einstündigen Gefecht (zwischen 6—7 Uhr), worin die Briten die Schlachtkreuzer Indefatigable und Queen Mary (einen ihrer „Überdreadnoughts") und ein drittes großes Schiff verloren, wich der englische Admiral Sir David Beatty in rascher Fahrt nach Norden zurück. Die Deutschen folgten ihm, und plötzlich, gegen 8 Uhr, erschien von Nordosten her der Admiral Jellicoe mit der gesamten britischen Schlachtflotte auf dem Kampfplatz. Es standen in der Schlacht den 27 deutschen Großkampfschiffen nachgewiesenermaßen mindestens 43 große englische Schiffe entgegen (28 Großkampfschiffe, 9 Schlachtkreuzer und 6 ältere Panzerschiffe); dazu kamen bei den Briten 20 kleine Kreuzer und weit über 100 Torpedoboote und Torpedozerstörer; die Deutschen hatten von diesen Schiffsarten eine entsprechend geringere Zahl Fahrzeuge. Die Engländer waren in der Lage sofort ein schweres Feuer auf die Deutschen zu eröffnen, ehe diese in eine gute Stellung gelangen konnten, und die Beleuchtung war so, daß die deutschen Schiffe sich als Silhouetten sichtbar am Abendhimmel abhoben und ein gutes Ziel boten. „Die weltge-

schichtliche Entscheidung (so sagt der ausführliche, im Juli veröffentlichte deutsche Bericht), ob Deutschlands junge Flotte den Kampf mit der fast doppelt überlegenen Seemacht Englands aufnehmen sollte, war auf Messers Schneide gestellt. Ein Völkerschicksal war in die Hand des Führers gelegt. Der Augenblick forderte den Entschluß. Der ihn faßte, kannte Waffen und Streiter. Er lautete: Angriff." Um diesen unter günstigen Bedingungen durchführen zu können, zog Scheer zunächst die ganze Flotte durch Kehrtwendung zurück, „ein Manöver, das im tobenden Geschützfeuer nur wenige Flotten der Welt auszuführen im Stande gewesen wären" (Tirpitz, Erinnerungen S. 335); die Torpedoflottille unter Kapitän Heinrich unterstützte die Bewegung, indem sie Jellicoe's Feuer auf sich zog. Nachdem die neue Gefechtsform gebildet war, unternahm Scheer mit voller Wucht zwei Stöße nacheinander mitten in die feindliche Linie hinein, welche die Engländer die Panzerkreuzer Invincible, Black Prince, Defence und Warrior und ein Schwesterschiff der Queen Mary kosteten. Als der dritte Stoß erfolgen sollte, war der Feind verschwunden; die Tagschlacht war um halb elf Uhr (nach der seit 1. Mai 1916—18 um eine Stunde vorgerückten Sommerzeit) beendet. Nun folgte in „spukhaften Bildern" unter Einsatz namentlich der Torpedoflottillen das Nachtgefecht, wobei die Engländer wieder namhaft höhere Verluste erlitten als die Deutschen. Als das Frühroit des 1. Juni heraufdämmerte, erwarteten die Deutschen die englische Flotte zur Fortsetzung des Kampfes bereit zu finden; aber „der Horizont ringsum war leer, so weit das Auge reichte." Wie sich später herausstellte, hatten die englischen Geschwader untereinander alle Fühlung eingebüßt; ein Teil war im Norden der Nordsee in der Jammer-Bucht, ein Teil im Süden zwischen Terschelling und Hornsriff, ein dritter in der Mitte der See. Ein Geschwader von 12 älteren englischen Linienschiffen, das von Süden her in der Anfahrt war, vermochte an der Schlacht nicht mehr teilzunehmen und drehte nach Norden ab; es konnte von der deutschen Flotte nicht mehr eingeholt werden. Der Admiral Scheer ließ unter diesen Umständen — was nur der Sieger zu tun vermag — die auf Schiffstrümmern schwimmenden Engländer, im ganzen 177, auffischen und trat dann im stolzen und vollberechtigten Gefühl eines unter den schwierigsten Umständen gegen eine große Übermacht erfochtenen Sieges die Heimfahrt nach Wilhelmshaven an, wo er mit brausendem Jubel empfangen ward. Alle seine Leute, das bezeugen ihre Briefe an die Ihrigen, teilten mit ihm das

Hochgefühl eines herrlichen Sieges und bedauerten nur mit seemännischer Ritterlichkeit die tapferen Feinde, die sie mit ihren in Flammen gehüllten Schiffen hatten oft binnen weniger Minuten versinken sehen. Auf deutscher Seite waren verloren das ältere Linienschiff Pommern im Nachtgefecht, während der Tagschlacht der ganz neue Schlachtkreuzer Lützow, die leichten Kreuzer Elbing (dieser durch Zusammenstoß), Frauenlob, Rostock und Wiesbaden, dazu 5 Torpedoboote, zusammen 11 Fahrzeuge. Der englische Verlust belief sich auf 8 große Schiffe (Warspite, Prinzeß Royal*), Queen Mary, Indefatigable, Invincible, Defence, Block Prince, ein Panzerkreuzer der Eurvalusklasse), 2 kleine Kreuzer und 13 Torpedoboote, zusammen 23 Fahrzeuge. Auf Tonnen berechnet stellt sich die deutsche Einbuße auf 60 720, die britische auf 169 200 bei vorsichtigster, wahrscheinlich zu niedriger Schätzung. Die Menschenverluste betrugen auf deutscher Seite 2414 Tote und 409 Verwundete, auf britischer nach den britischen Angaben selbst 6104, nach deutscher Schätzung 8200. „Trafalgar", sagt der Admiral Foß, war billiger gewesen. Es kostete den Briten 440, den Franzosen und Spaniern 4522 Tote." Gewiß, die Seeschlacht vor dem Skagerrak war kein umgekehrtes Trafalgar; sie brachte keine gänzliche Vernichtung der englischen Hochseeflotte und beseitigte auch nicht völlig deren ziffermäßiges Übergewicht und nicht die dadurch bewirkte Blokade. Aber sie bewies, daß die Engländer die See nicht, wie sie gemeint hatten, beherrschten: das stolze afflavit, et dissipati sunt, dessen Schillers „unüberwindliche Flotte" gedenkt und das seit der Vernichtung der spanischen Armada britischer Wahlspruch war, ist damals zu Schanden geworden. Die Schlacht war unbestreitbar ein deutscher Sieg, erfochten durch die auch diesem starken und todesmutigen Feind überlegene Ausbildung und Schießsicherheit der deutschen Seeleute und die furchtbare Wirkung der deutschen Sprenggranaten, und es war vergebliche Mühe, daß die englische Admiralität erst nach zweitägigem verlegenem Schweigen sich zu einem Verricht entschloß, der noch recht kleinlaut war, und Jellicoe selbst später, von dem Ministerium gedrängt, in einer für die Öffentlichkeit berechneten Darstellung es unternahm die Niederlage in einen Sieg umzukrempeln. Der Manchester Guardian, die angesehenste englische Provinzzeitung, erklärte am 7. Juni

*) Der Verlust der beiden ersten Schiffe wird von den Engländern bestritten.

offen: „Wir können uns nicht darum herumdrücken, daß die Deutschen am 31. Mai besser abgeschnitten haben als wir.“ So bleibt es dabei: die größte Seeschlacht der Geschichte hat den Beweis erbracht, daß auch auf dem Meere nicht die Zahl entscheidet, sondern die größere Tüchtigkeit, und die junge deutsche Flotte hat ihre Feuertaufe glorreich bestanden.

Wenige Tage nach dieser Seeschlacht erlitt England einen neuen schweren Verlust: der Kriegsminister Lord Kitchener, der auf dem Kreuzer Hampshire zum Zwecke militärischer Besprechungen nach Rußland reisen wollte, ging am 6. Juni samt seinem Stab bei den Orkneys-Inseln infolge der Torpedierung des Kreuzers durch ein deutsches Tauchboot unter. Es war ein tragisches Geschick, das den ausgezeichneten Kriegsmann vor Erfüllung seiner Aufgabe hinwegraffte; aber die öffentliche Meinung in Deutschland, in Holland und im Orient fand in diesem Los ein göttliches Strafgericht für den Massenmörder der Burenfrauen und Burenkinder, für den Entweiher des allen Muselmännern heiligen Grabes des Mahdi.

Im weiteren Verlauf des Seekrieges erschien die deutsche Flotte Ende Juni wieder schlachtbereit in der Nordsee, und es gelang am 1. August deutschen Unterseebooten im Kanal die zwei kleinen englischen Kreuzer Nottingham und Birmingham zu versenken. Ein Ereignis endlich, das in den Zusammenhang des Kampfes gegen den englischen Aushungerungsplan gehört, war die glückliche Ausführung des Gedankens an Stelle der überseeischen Handelsschiffe unterseeische zu erbauen und in Betrieb zu setzen. Der kühne Hanseatengeist der von Alfred Lohrmann in Bremen geleiteten deutschen Ozean-Reederei und die technische Leistungskraft der Kruppschen Werft in Kiel brachten das Werk zustande. Am 10. Juli lief das Handelsunterseeschiff „Deutschland“, das 1900 Tonnen Inhalt und 750 Tonnen Laderaum hatte, mit einer kostbaren Fracht von Farbwaren und Arzneimitteln im Hafen von Baltimore ein, und kam, obwohl acht englische Kreuzer ihm auf seiner Rückkehr auflauerten, nach einer 23tägigen Fahrt (vom 1.–23. August) als das neue „glückhaffte Schiff“ wieder in Bremen an; es brachte dabei einen namhaften Vorrat an Gummi mit, der für Heereszwecke sehr erwünscht war. Wieder hatte der deutsche Unternehmungsgeist sich stärker erwiesen als die Anschläge unserer Feinde und hatte die Fesseln gesprengt, in welche sie uns schlagen wollten.

Ein anderes Unterseeschiff „Bremen" kehrte aber von seiner Fahrt nicht zurück, und der Bruch mit den Vereinigten Staaten und seinen Vasallen entzog dem kühnen Unternehmen die Grundlage.

Die gleichzeitige große Offensive unserer Gegner auf allen Fronten gelangte im Sommer 1916 zur Ausführung. Im Westen, im Osten, am Isonzo und am Balkan sollte mit einem Schlag eine gewaltige Übermacht gegen Deutschland und seine Verbündeten losbrechen: die Engländer unter Haig, der am 16. Dezember 1915 aus noch unbekannten Gründen der Nachfolger Frenchs geworden war und nun unter Einsetzung von 37 englischen Divisionen, von 23 französischen unterstützt, die deutschen Stellungen an der Somme, westlich von Bapaume und Peronne, berannte; die Russen unter Brussilow; Cadorna bei Görz, und die angeblich 220 000 Franzosen, 120 000 Engländer, 60 000 Serben, 20 000 Italiener und 16 000 Russen unter Sarrail bei Saloniki. Aber die gleichzeitig geplanten Angriffe kamen doch nur stufenweise zur Entwicklung. Die Russen begannen ihren Vormarsch am Styr und der Strypa am 4. Juni, die Engländer und Franzosen an der Somme am 1. Juli, im Lauf des Monats die Italiener, Sarrail am 11. August. Brussilow hatte gegen die Österreicher unleugbar große Erfolge; er entriß ihnen am 17. Juni Czernowitz zum dritten Mal, am 30. Juni Kolomea, am 10. August Stanislau, und wieder ward in den Karpathen, diesmal um den Jablonicapaß, heiß gekämpft. Brussilow wollte am 17. August 7757 Offiziere und 350 845 Soldaten gefangen und 405 Kanonen erbeutet haben; diese Zahlen waren indeß nach österreichischer Angabe drei- und vierfach übertrieben und die Erfolge mit Blutopfern erkauft, welche selbst für das an Menschen unerschöpfliche Rußland entsetzlich waren. An den deutschen Heeren v. Bothmers und v. Linsingens brach sich die russische Welle, und seit die beiden Kaiser am 2. August übereingekommen waren Hindenburg alle Heere von Riga bis Zalosczc zu unterstellen (an ihn schloß sich in Galizien und der Bukowina die Heeresgruppe des Erzherzog-Thronfolgers Karl), kam die russische Vorwärtsbewegung ins Stocken. Die Türkei sandte, in der Erkenntnis, um was es gehe, Hilfstruppen nach Galizien, die dem Heer des Erzherzogs Karl eingegliedert wurden und sich mit gewohnter Tapferkeit schlugen. Das eigentliche Ziel Brussilows, Lemberg, ist nicht erreicht worden, und insofern darf man von einem schließlichen Mißerfolg der Russen sprechen.

An der Somme griffen die Engländer und Franzosen am 1. Juli

auf einer Linie von 40 km Breite mit Truppenmassen an, welche sich auf etwa 650 000 Mann Engländer und 150 000 Franzosen beliefen und mit einem von der Kriegsindustrie fast der ganzen Welt angehäuften geradezu riesigen Material an Geschützen und Geschossen aller Kaliber versehen waren. Nach einem Trommelfeuer von vollen sieben Tagen, wobei die schwersten Geschütze mitwirkten, um die deutschen Gräben einzuebnen, und auch Gas massenhaft ausgeblasen wurde, erfolgte der Angriff des Fußvolks; aber es fand unsere stahlharten Bataillone auf ihrem Posten, und wenn auch die zwei vordersten Divisionen aus den zerschossenen Gräben in eine vor der zweiten Stellung liegende Riegelstellung zurückgehen mußten und dabei die eingebauten, aber rechtzeitig unbrauchbar gemachten Geschütze verloren gingen, so behaupteten die Deutschen im Ganzen doch ihre Linien. Nur an einzelnen Punkten hatten die Gegner Erfolg; die Franzosen drangen bis Biaches, 2 Kilometer vor Peronne, vor. Die Angriffe wurden den ganzen Sommer und Herbst fortgesetzt, und die Engländer nahmen am 26. Sept. das Städtchen Combles und das von der 26. württembergischen Reservedivision unter dem General Freiherrn v. Soden Monate lang ruhmvoll verteidigte Thiepval. Damals hat der „Manchester Guardian" ein begeistertes Lob dieser Helden gesungen, deren unterirdische Verteidigungsanlagen er „ein Meisterstück deutscher Maulwurfsarbeit" nannte; „diese kampferprobten Württemberger wichen erst, als ihnen die unmittelbare Vernichtung drohte". In den späteren Kämpfen ist es vorgekommen, daß am 23. Oktober auf den Wald von Pierre St. Vast auf einer Strecke von 3 Kilometern 20 000 Granaten und mehrere hundert Minen geschleudert wurden; zwei deutsche Maschinengewehre — eine Waffe, die mit ganz besonderem Erfolg verwendet wurde — verfeuerten damals in drei Stunden 27 000 Schuß. Ein Gefreiter, der eine Meldung überbringen sollte, lief unbeschädigt durch den Granathagel, stammelte seine Botschaft und brach dann tot zusammen — ein neuer Läufer von Marathon! Ein Mann mit zwei Beinschüssen schaffte zwei Munitionskästen nach vorn, welche 180 Pfund wogen. Alle Angriffe, welche bis Mitte November erneuert wurden, erzielten keinen Durchbruch, so daß der Kaiser am 21. Dezember dem obersten Befehlshaber an der Somme, dem Kronprinzen Rupprecht, zum Zeichen, wer als der Sieger in dieser Riesenschlacht von 4½ Monaten anzusehen sei, den Orden pour le mérite verlieh. Weniger gut verliefen die Dinge allerdings bei Verdun. Hier kam der lange Zeit so erfolgreiche Angriff teils durch anhaltendes schlechtes

Wetter, das den Boden in Morast verwandelte, teils durch die Abgabe von Truppen nach der Somme vom 11. Juli an ins Stocken, und am 24. Oktober gelang es dem General Nivelle das Fort Douaumont in Brand zu schießen und zu nehmen. Am 2. November ging auch Fort Vaux verloren, am 15. Dezember die Stellung südlich von Louvemont, womit der größte Teil unserer Erfolge zunichte gemacht war. Es darf nicht unvermerkt bleiben, daß unsere Versorgung mit Schießbedarf an der Somme und bei Verdun weit hinter der unserer von dem größten Teil der Welt unterstützten Gegner zurückstand; wesentlich daraus sind deren teilweise Erfolge zu erklären.

Die Italiener unternahmen im Juni die sechste, im Juli die siebente, am 14. September die achte und am 9. Oktober die neunte Isonzoschlacht; jede wurde mit großen Massen begonnen und Wochen lang fortgeführt. Aber trotz größter Opfer konnten sie ihre Front höchstens um 12 Kilometer vorschieben; ihr Haupterfolg war, daß sie am 9. August das fast völlig in Trümmer geschossene Görz den Österreichern entrissen.

Gegen Sarrail führten die Deutschen und Bulgaren seit dem 18. August einen sehr energischen Gegenstoß. Ihr rechter Flügel nahm Florina und Kastoria, der linke Demir Hissar, Seres, Angista und Kawala und erreichte das ägäische Meer. Der größte Teil des 4. griechischen Korps unter General Chatzakis, etwa 6000 Mann, ergab sich am 13. September, um nicht die Sache seines Königs verraten zu müssen, an die Deutschen; diese Mannschaften wurden nach Görlitz gebracht und dort als Gäste des deutschen Reiches gehalten — ein Vorgang, der auf die Stimmung des griechischen Heeres ein dem Vielverband sehr unerwünschtes Licht warf. Nun unternahm aber Sarrail einen Gegenstoß und warf die Bulgaren, die militärisch nicht viel Energie entwickelten, auf ihren Ausgangspunkt zurück. Am 18. November mußte General Otto v. Below, den Hindenburg von Kurland her nach Makedonien schickte, damit er die Bulgaren „fester in die Hand nehme", Monastir den Gegnern überlassen, da die Bulgaren nicht so rasch zu zähem Aushalten zu bringen waren. Weiter aber vermochte Sarrail nicht vorzudringen, obwohl hier und am Cernabogen viele blutige Kämpfe stattfanden, und die makedonische Front gewann wieder festen Halt.

Das Ende des August brachte nun aber das Eintreten eines neuen Feindes in den Krieg, des Königreichs Rumänien. Dort lag das

Ministerium Bratianu seit langem auf der Lauer, um in dem Augenblick, wo der Sieg sich einer Seite zuneigen werde, einen Katzensprung auszuführen und an der Seite des Siegers an der Beute teilzunehmen. Die Erfolge Brussilows erweckten die Meinung, daß Rußland doch der Stärkere sei. Den Russen selber lag nach den von den Bolschewiki veröffentlichten Geheimpapieren (laut Petersburger Mitteilung vom 19. Januar 1918) nichts an der rumänischen Hilfe, welche ihnen unnötig und sogar zwecklos erschien. Der französische Botschafter in St. Petersburg aber drängte darauf, daß man Rumänien zum Eingreifen bestimme; die Verteidigung Verduns habe bis zum Juni 310000 Mann gekostet, was angesichts der geringen Volksziffer Frankreichs ein gewaltiger Verlust sei, und im französischen Volk mache sich allmählich eine unwillkürliche Ermüdung bemerkbar. So redete man von St. Petersburg aus den Rumänen zu und drohte sogar, vielleicht auf Bestellung Bratianus, mit einem Einmarsch in Rumänien. So geschah es, daß genau einen Tag, nachdem der durch Wein und Weiber längst zugrunde gerichtete König Ferdinand zu dem österreichischen Gesandten Grafen Czernin gesagt hatte, er hoffe die Neutralität aufrecht zu halten,*) nämlich am 27. August, ein Kronrat in Bukarest abgehalten und trotz des äußersten Widerstandes des wackern Peter Carp, des Führers der konservativen „Junimisten" und früheren Ministers (1837—1919) die sofortige Kriegserklärung an Österreich-Ungarn beschlossen wurde. Auch Rumänien brach damit feierlich beschworene Bündnisverträge mit Österreich-Ungarn und dem deutschen Reich; aber „wie um Italien den Ruhm nicht zu lassen, daß es der größte Filou der Weltgeschichte sei", ging Rumänien ohne irgendwelche Versuche, sich mit den bisherigen Bundesgenossen zu verständigen, direkt zum Krieg mit diesen über. Die Hoffnung in Bukarest wie in St. Petersburg, London, Paris und Rom war, daß der Eintritt des etwa 600000 Mann starken rumänischen Heeres das Zünglein der Wage endgültig neigen werde. Die beiden romanischen Verräter bekundeten ihr inniges Sichverstehen damit, daß Italien dem Drängen seiner Raubgenossen nach Salandras Sturz (10. Juni) endlich nachgab und am 27. August 1916 auch an das deutsche Reich den Krieg erklärte (S. 249), weil Deutschland an Österreich-Ungarn Waffen und Werk-

*) Als Kronprinz hatte er am 23. September 1914 einen Verrat an den Verbündeten als größte Infamie bezeichnet, bei deren Begehung er sich als gemeiner Kerl vorkommen würde. „Aus deinem Munde richte ich dich."

zeuge für den Land- und Seekrieg liefere (was nicht einmal den völkerrechtlichen Bestimmungen über Neutralität zuwider ist) und weil deutsche Truppen an der Seite der Österreicher kämpften — daß das unfehlbar geschehen werde, hatte schon Fürst Bülow den Herren in Rom vorhergesagt. Besonders schamlos war die Beschwerde, daß Deutschland die Rentenzahlungen an italienische Arbeiter den Verträgen zuwider einstelle; denn Italien war am 2. Mai mit dem Verbot irgendwelcher Zahlungen nach Deutschland vorangegangen.

Wenn schon der bisherige Verlauf des Krieges diejenigen nicht nötigte das Haupt stumm zu senken, welche an das Walten einer höheren Gerechtigkeit in der Welt glaubten, so war das noch mehr der Fall infolge des Schicksals, das den rumänischen Verräter binnen kürzester Frist ereilte. Gewiß war die Lage der Mittelmächte überaus gefährlich; es gelang den Rumänen zu Anfang sich mit drei Heeren des Ostens von Siebenbürgen mit Kronstadt und Hermannstadt zu bemächtigen, und Tausende von Flüchtlingen suchten vor ihrem Wüten Schutz in Ungarn. Eine rechtzeitige und machtvolle Mitwirkung der Russen hätte sehr leicht die Entscheidung herbeiführen können. Aber die Russen kamen nicht, und der schwere Ernst der Stunde bestimmte Kaiser Wilhelm II. den Mann, der das unbedingte Vertrauen des deutschen Volkes besaß, und der am 2. August zum Oberfeldherrn im Osten von Riga bis Zalocze ernannt worden war, jetzt endlich, am 31. August, als Chef des Generalstabs des Feldheers mit der obersten Leitung des ganzen deutschen Heers zu betrauen: den Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der als seinen ersten Generalquartiermeister seinen in allen Lagen erprobten Gehilfen, den Generalleutnant Ludendorff, beibehielt. Am 6. September erhielt sodann durch eine von Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei unterzeichnete Abkunft der deutsche Kaiser, d. h. also tatsächlich Hindenburg, auch die oberste Leitung der uns verbündeten Heere in Europa; denn ohne einheitliche Führung war der Ansturm in Ost und West nicht zu bestehen. Erich v. Falkenhayn, dessen große unsterbliche Verdienste der Kaiser in einem Handschreiben nach Gebühr anerkannte, erhielt den Oberbefehl über die deutschen Truppen, welche nach Siebenbürgen den Österreichern zu Hilfe gesandt wurden. Die neue oberste Heeresleitung rechtfertigte die auf sie gesetzten Erwartungen; in die Kriegsführung kam die so bitter nötige Einheitlichkeit, und mit einer Umsicht und Tatkraft ohnegleichen wurden die vielseitigen Aufgaben der Beschaffung von Geschossen, Gewehren, Geschützen,

Kraftwagen, Eisenbahnwagen und vor allem an Mannschaften in Angriff genommen und mit Hilfe zahlreicher trefflicher Hilfsarbeiter nach Möglichkeit gelöst.

Den ersten Schlag auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz führte der Oberbefehlshaber auf dem Balkan, der Generalfeldmarschall v. Mackensen. Mit blitzähnlicher Schnelligkeit stürzte er sich auf die Dobrudscha, nahm am 6. September Tutrakan, wobei 25000 Mann gefangen und 100 Kanonen erbeutet wurden, und am 9. September Silistria. Am 26. September packte dann Falkenhayn die erste rumänische Armee bei Hermannstadt, schnitt ihr durch das bayrische Korps unter Kraft v. Dellmensingen den Rückzug über den Rotenturmpaß ab und fing den Entlastungsstoß der zweiten rumänischen Armee von Fogaras her erfolgreich ab. Vergeblich suchten die Russen westlich von Luzk die Stellungen der Deutschen und Österreicher zu durchbrechen und den Rumänen Hilfe zu bringen; 17 Mal liefen sie gegen die deutschen Linien der Generale v. Gerok, v. Schmidt, v. Knobelsdorff und v. d. Marwitz an, ohne etwas anderes zu ernten als riesige Verluste. Falkenhayn verfolgte seinen Sieg mit allem Nachdruck und verjagte nach heißen Straßenkämpfen die Rumänen am 8. Oktober auch aus Kronstadt. Weil nach aufgefangenen rumänischen Tagesbefehlen es in diesem Heer an der Ordnung und der Ausrüstung sehr fehlte, selbst Offiziere sich durch Übernahme von Schreibarbeit dem gefährlichen Frontdienst entzogen und „Drückeberger" unter den Soldaten zahlreich waren, griff der Vielverband mit rauher Hand ein, stellte den nichtsnutzigen König Ferdinand kalt und setzte den französischen General Berthelot zum Oberbefehlshaber über die Rumänen, damit er ihre kriegerische Haltung herstelle. Es half aber zunächst alles nichts. Mackensen eroberte, durch die 217. deutsche Division verstärkt, auf den Spuren des römischen Kaisers Trajan vordringend, der 101—106 n. Chr. die Vorfahren der Rumänen, die Daker, unterworfen hatte, die ganze Dobrudscha; weder Wassermangel noch buschiges und bergiges Gelände noch der feindliche Widerstand hielten seine deutschen und bulgarischen Regimenter auf. Am 21. Okt. besetzte Mackensen den einzigen, mit schweren Kosten ausgebauten Hafen Rumäniens am schwarzen Meer, Constanza (das Tomi Ovids), wo ungeheure Vorräte aller Art, besonders an Öl und Weizen, erbeutet wurden; am 25. Oktober nahm er Cernawoda, wo die von Bukarest herkommende Hauptbahn den Donaustrom auf einer gewaltigen Brücke überschritt, und warf die Gegner schließlich

hinter die Donau zurück. Falkenhayn aber schob nach Rückeroberung des Vulkanpasses sein Heer, bei dem das durch zwei österreichische Gebirgsbrigaden verstärkte deutsche Alpenkorps war, trotz der rauhen Jahreszeit, trotz Schnee und Eis durch die 50—60 Kilometer langen Täler der siebenbürgischen Alpen, die bis zur Höhe von 2543 Meter (ungefähre Höhe des Säntis) anstiegen, hindurch und brach in die walachische Ebene ein. Am 19. November ritten die preußischen Königin-Kürassiere (das alte ruhmreiche Regiment der Baireuth-Dragoner von Hohenfriedberg 1745) in Crajova ein; über 1900 Gefangene waren gemacht, 26 Kanonen, 117 Munitionswagen erbeutet.

Nun war der Augenblick da, wo Mackensen und Falkenhayn zusammenwirken konnten, um den Feind gemeinsam zu erdrücken. Obwohl die Donau in der Gegend von Rustschuk einen Kilometer breit und vielfach von Sümpfen umgürtet dahinströmt, überschritt Mackensen doch nach guter Vorbereitung am 23. November plötzlich den Strom, 60 Kilometer unterhalb von Sistowa, wo die Russen 1877 übergegangen waren, und nahm bei Alexandria mit Falkenhayns Vortruppen Fühlung. In Curtea Arges (sprich Ardschisch), wo König Karol und seine Gemahlin Elisabeth (Carmen Sylva) begraben liegen, haben deutsche Reiter auf Befehl Kaiser Wilhelms II. an den Gräbern der beiden, die von dem schnöden Verrat ihres Landes unbesudelt sind, Kränze dankbarer Verehrung niedergelegt. Ein erfolgreicher rumänischer Angriff auf den linken Flügel Mackensens bei Bukarest schuf am 1. Dezember eine sehr kritische Lage; deutsche Truppen, die weit vorgedrungen waren, wurden abgeschnitten; nur eine in Reserve stehende türkische Division gebot den Rumänen Halt. Aber am 3. Dezember schlug Kraft v. Dellmensingen die Rumänen gänzlich am Fluß Arges, wobei sie 8000 Gefangene und 35 Geschütze einbüßten, und das Heer des Generals Kosch, bei dem Mackensen sich selbst befand, zog am 6. Dezember siegreich in der Hauptstadt Bukarest ein, von den dort gefangen gehaltenen Deutschen und Österreichern mit hellem Jubel begrüßt. Die reichen Ölbezirke von Campina und Ploesti, die unerschöpflichen Kornfelder der Walachei gingen in den Besitz der Verbündeten über, und wenn auch von den Engländern die Ölwerke vorher nach Kräften zerstört wurden, so gelang es doch sie allmählich wieder in Betrieb zu setzen, was besonders für den Unterseebootskrieg von Wert war; von rumänischem Korn hat Deutschland 1917 einen Monat lang gelebt. Das rumänische Heer von 600 000 Mann war auf die

Hälfte zusammengeschmolzen; allein 145 000 Mann waren in Gefangenschaft geraten, von 800 Geschützen waren 422 verloren gegangen. Nun setzten die Bulgaren am 9. Dezember bei Cernawoda auf das Norduser der Donau über und stellten die einheitliche Front mit den Deutschen und Österreichern her. Falkenhayn gewann in einer fünftägigen Schlacht bei Rimnicu Sarat (22.—27. Dezember) einen neuen großen Sieg und nahm die stark verschanzte Stadt selbst ein. Erzherzog Joseph drängte die Russen das Oitoztal abwärts; am 5. Januar fiel Braila (eine Stadt von 70 000 Bewohnern) in die Hände der Deutschen, am 8. Januar Focsani. Ungefähr 100 000 qkm, über zwei Drittel von Rumänien, waren binnen vier Monaten erobert; der König Ferdinand saß in Jassy, keinen Augenblick sicher, ob er nicht auf russischem Boden ein Zuflucht suchen müsse. Nie ist ein schnöder Verrat in gleich gründlicher Weise in kürzerer Frist gezüchtigt worden; statt daß Österreich-Ungarn zusammenbrach, ereilte dies Los die Angreifer. Wie Ende 1915 Serbien und Montenegro erlegen waren, so erlag jetzt Rumänien.

Die Lage war nunmehr für die Mittelmächte durch die Abwehr der rumänischen Gefahr für den Augenblick sehr erleichtert, aber doch immer noch voll von schweren Gefahren. Namentlich war die Überlegenheit der Gegner im Westen an Material andauernd gewaltig, und deshalb galt es alle Kräfte anzuspannen, um dieses Mißverhältnis tunlichst auszugleichen. Auf Hindenburgs Drängen brachte die Regierung deshalb am 25. November das „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" beim Reichstag ein, wonach alle männlichen Deutschen vom 17. bis zum 60. Lebensjahr für die Zwecke der Industrie, Landwirtschaft und Krankenpflege in Anspruch genommen werden konnten. Hindenburg wollte ursprünglich auch die Frauen und die Jugendlichen unter 17 Jahren heranziehen und fügte sich nur ungern in die Ablehnung dieser Forderung, weil geltend gemacht wurde, daß an weiblichen Arbeitskräften in Deutschland ohnehin ein großer Überschuß vorhanden sei und die Jugendlichen wenig nützen, aber in ihrer sonstigen Ausbildung gehemmt werden würden. Der Reichstag nahm das Gesetz am 7. Dezember mit 235 gegen die 19 „unabhängigen" Sozialisten an, die des patriotischen Tones nach $2^1/_2$jähriger Dauer satt waren und, als die Fraktion den unbotmäßigen Liebknecht den Jüngeren ausstieß, ihm folgten und unter Haase und Ledebour sich 18 Mann hoch besonders auftaten. Der Reichstag verpfuschte das Gesetz da-

durch, daß er das Verbot die Arbeit zu wechseln, worauf natürlich die Wirkung des Gesetzes beruhte, abschwächte. Er beschloß nämlich, daß Arbeitswechsel bei einem „wichtigen Grunde" gestattet sei und daß die Möglichkeit höheren Lohn zu erhalten einen solchen wichtigen Grund darstelle. „Auf diesem Boden, sagt der damalige Staatssekretär des Innern Karl Helfferich („Der Weltkrieg" II 275) mußte die Lohntreiberei um so üppiger ins Kraut schießen, als das „oberste Kriegsamt" (das zur Durchführung des „Hindenburgprogramms" über Waffen- und Munitionserzeugung im Kriegsministerium unter General Gröner errichtet wurde) bei seinen Lieferungsverträgen die Preisfestsetzung offen ließ und diese erst nach Abschluß der Lieferung auf Grund der Gestaltung der Materialpreise und Löhne erfolgen sollte. Durch Verträge dieser Art wurden die Unternehmer geradezu angereizt sich gegenseitig in den Arbeitslöhnen zu überbieten." Die monatlichen Kriegskosten wuchsen infolge davon von 2 auf 4 Milliarden an, und die Frontsoldaten, welche 36 Pfennig Tagesgeld erhielten, wurden aufs äußerste erbittert, daß sie sehen mußten, daß die von der Industrie beanspruchten und also von dem Heeresdienst befreiten Arbeiter im Gegensatz zu ihnen ungeheure Löhne, 10—15 Mark täglich, einstrichen. Ludendorff nennt aus diesen Gründen das Gesetz in seinen „Kriegserinnerungen" S. 261 nicht „Fisch noch Vogel, einen Wechselbalg, der mit der Forderung, das ganze Volk für den Dienst des Vaterlandes aufzubieten und dadurch Ersatz für das Heer und die Arbeitskräfte für Heer und Heimat zu gewinnen, nichts mehr gemein hatte". Immerhin wurde die Erzeugung von Waffen und Munition durch das Gesetz sehr gesteigert und die Abwehr der Feinde erleichtert.

Die Schwere des Kriegs ließ aber den Wunsch nach dessen Beendigung immer dringlicher werden, und vor allem machte sich dies in Österreich-Ungarn geltend, dessen Kräfte mehr und mehr sich erschöpften. Kaiser Franz Joseph starb am 21. November 1916 im 87. Lebensjahr an einer Lungenentzündung, bis an sein Lebensende, wie der Vertreter der deutschen Heeresleitung in Österreich General v. Cramon als Augenzeuge verbürgt, geistig frisch und klar und gegen Deutschland von fester Bundestreue, so daß sein Tod für uns „das schwerste Ereignis seit der Marneschlacht" war. Ihm folgte sein Großneffe Karl (I 323) auf den Thron nach. In seiner Ansprache verhieß er alles tun zu wollen, was die Schrecknisse des

Kriegs ehestens bannen könne, und seine Schwiegermutter, die Herzogin von Parma, schrieb schon am 4. Dezember an ihre im belgischen Heer stehenden Söhne, die Prinzen Sixtus und Xaver von Bourbon, daß sie dringend wünsche sie zu sprechen. Der Verdacht ist sehr begründet, daß es sich dabei um die Einleitung von Sonderverhandlungen des Kaisers mit der Entente handelte, die auf den Abfall Österreichs abzielten; der Kaiser war unsteten, zerfahrenen Wesens, schwach und deshalb eingebildet und unwahrhaftig. In diese Dinge spielt auch Präsident Wilson herein, der sich plötzlich in der Rolle des Friedensengels gefiel, nachdem er den Krieg seit 1914 durch Duldung der Munitionslieferungen ernährt hatte, und, wie der deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, schon am 1. April 1916 telegraphierte, „in wenigen Monaten Frieden stiften möchte". Diese friedensfreundliche Haltung nahm Wilson mit Rücksicht auf die Volksstimmung an, weil er dadurch seine Wiederwahl zum Präsidenten fördern wollte, und in der Tat ist er am 7. November 1916 recht eigentlich als Friedensmann zum zweiten Mal gewählt worden, allerdings mit knapper Mehrheit; er erhielt 8 563 750 Stimmen, der republikanische Gegenbewerber, der Bundesrichter Hughes, der für kriegslustig galt, 8 162 754; von diesen Urwählern wurden dann 269 und 262 Wahlmänner erwählt. Aber nach der Wahl tat Wilson zur schmerzlichen Überraschung vieler gutgläubiger Deutscher nichts für den Frieden, ohne Zweifel weil er selbst innerlich Deutschland abgeneigt war und keinesfalls dessen Sieg über England zulassen wollte. In dieser Gesinnung bestärkte ihn die englandfreundliche Stimmung der östlichen Staaten der Union und die starke Verquickung der materiellen Interessen der amerikanischen Waffenindustrie mit der Sache Englands und Frankreichs. Schließlich hielt man es in Berlin mit Grund für zweifelhaft, ob der Präsident überhaupt einen Schritt unternehmen werde. Die öffentliche Meinung Deutschlands war auch einer amerikanischen Vermittlung nicht günstig, weil man mit Grund die Vereinigten Staaten als der Entente verschrieben ansah und von ihnen keinerlei den deutschen Lebensinteressen Rechnung tragende Vorschläge erwartete. So entschloß sich Kaiser Wilhelm zu selbständigem Vorgehen, obwohl Wilsons Staatssekretär des Auswärtigen, Lansing, Bernstorff gegenüber davon abriet; ein Friedensangebot Deutschlands werde als Bekenntnis der Schwäche aufgefaßt werden und so den Frieden eher verhindern als fördern. Jedenfalls

solle Deutschland möglichst viel fordern, weil das ja auch die Gegner täten, damit man bei den Verhandlungen auf einer mittleren Linie sich begegne. Deutscherseits fiel schließlich der Umstand entscheidend ins Gewicht, daß die Einnahme von Bukarest die militärische Lage als so günstig für die Mittelmächte erscheinen ließ, daß man glaubte diesen Umstand sofort verwerten zu müssen, ehe vielleicht ein Rückschlag eintrete; jetzt schien die Unterstellung unmöglich, daß Deutschland aus Schwäche den Frieden anbiete. Wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung am 14. Januar 1917 mitteilte, hat der Kaiser am 31. Oktober 1916 an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „unser Gespräch habe ich noch nachher gründlich überdacht. Es ist klar, die in Kriegspsychose (Kriegswahnsinn) befangenen, von Lug und Trug im Wahn des Kampfes und im Haß gehaltenen Völker unserer Feinde haben keine Männer, die den moralischen Mut besäßen das befreiende Wort zu sprechen. Den Vorschlag zum Frieden zu machen ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt, auch die Neutralen, von dem auf allen lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz hat für seine und die feindlichen Menschen, der unbekümmert um die allenfallsigen absichtlichen Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu, ich will es auf Gott wagen!" Demgemäß erging am 12. Dezember ein von allen vier Staaten gemeinsam unterzeichnetes Angebot an die Gegner, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Es war gesagt, daß die vier Mächte Vorschläge mitbringen, die darauf berechnet seien Dasein, Ehre und Entwicklung ihrer Völker zu sichern und eine geeignete Grundlage für einen dauerhaften Frieden zu bilden. Die Rechte und begründeten Ansprüche der vier Staaten stünden in keinem Widerspruch zu den Rechten der andern Nationen. Nach den Mitteilungen, welche die „Deutsche allgemeine Zeitung" vom 10. Mai 1919 und der Abgeordnete Sinzheimer im parlamentarischen Untersuchungsausschuß am 4. November 1919 aus den Akten gemacht haben, gingen die Friedensbedingungen Deutschlands dahin, daß 1. das Königreich Polen (s. S. 299) anerkannt werde und 2. Deutschland im Einverständnis mit Polen ein Stück von Litauen und Kurland sich einverleibe, das eine gute, von Norden nach Süden laufende strategische Grenze gegen Rußland bilde; 3. sollte ein Handelsvertrag mit Rußland wirtschaftliche Vorteile für Deutschland sichern; 4. Belgien sollte durch Verhandlungen,

die ohne fremde Einmischung direkt mit König Albert geführt werden sollten, bestimmte Bürgschaften für Deutschlands Sicherheit geben (äußersten Falls durch Abtretung Lüttichs und eines Grenzstreifens) und dann als unabhängiger Staat hergestellt werden; 5. Frankreich sollte das von uns besetzte Gebiet mit Ausnahme des Erzbeckens von Briey und Longwy zurückerhalten, dafür das von ihm besetzte Stück des Elsaßes räumen und Kriegsentschädigung und Ersatz für angerichteten Schaden leisten; 6. die deutschen Kolonien mit Ausnahme Kiautschous, der Karolinen und Marianen sollten zurückgegeben und Deutschland ein seiner Volkszahl und seinen Interessen entsprechender Kolonialbesitz, womöglich der Kongostaat oder doch ein Stück davon, zugeteilt werden; 7. die Auslandsdeutschen sollten für ihre Verluste entschädigt, der normale Handel hergestellt, die Freiheit der Meere gesichert und 8. Luxemburg in das deutsche Reich einverleibt werden, was für den Fall des Gewinns von Briey und Longwy notwendig schien. Österreich forderte 1. Unversehrtheit seines Gebiets, 2. geringfügige Grenzberichtigungen gegenüber von Rußland, 3. eine strategische Grenze gegen Rumänien, 4. Abtretung serbischen Gebiets an Österreich-Ungarn, Bulgarien, Albanien, 5. wirtschaftliche Angliederung des Rests von Serbien an Österreich-Ungarn, 6. Albaniens Selbständigkeit unter österreichischem Schutz, 7. eine strategische Grenze gegen Italien ohne eigentliche Einverleibungen. Die Akten enthalten die Bemerkung Bethmann Hollwegs, daß er die österreichischen Forderungen für übertrieben ansehe, da die Russen tief in Galizien stünden; diese Forderungen sollten also, was auch Hindenburgs Ansicht war, nicht als unabänderlich behandelt werden. Hindenburg meinte, man solle als Entschädigung für Belgiens Herstellung von England eine Kriegsentschädigung fordern; der Reichskanzler hielt aber ein solches Verlangen für aussichtslos, da England seinerseits Wiedergutmachung des angerichteten Schadens von Deutschland verlange.

Die Welt atmete auf, als das Friedensangebot bekannt wurde; es schien unmöglich, daß nicht wenigstens ein Versuch gemacht werde dem allgemeinen Blutvergießen ein Ende zu setzen. Jetzt trat der Präsident Wilson auf den Schauplatz und forderte am 18. Dezember die Kriegführenden auf ihre Bedingungen kund zu geben; am 21. wurde seine Note in London übergeben. Der Präsident hielt darin einen Frieden „ohne Sieger und ohne Besiegte“ für den einzig richtigen Ausweg aus der allgemeinen Not. Freilich war die Wilson'sche Auffassung davon, was ein Besiegter sei und was nicht, recht eigentüm-

lich. Am 22. Januar 1917 richtete er eine Botschaft an den Kongreß, worin er einmal verlangte, daß Polen ein einiges, unabhängiges und selbständiges Reich mit einem gesicherten Zugang zum Meer sein müsse; das ließ mindestens die Annahme zu, daß Preußen die, wie Wilson in seinem Buch über den Staat sich ausdrückt, „herzlose und skandalöse Teilung Polens im Jahr 1772" durch Rückgabe des, wie Wilson ebenda sagt, „gänzlich germanisierten" Westpreußen wieder gut machen solle. Bernstorff hielt diese Folgerung nicht für unbedingt gegeben, da Polen auch durch Verträge einen Handelsweg ans Meer erhalten könnte, immerhin aber für möglich. Zweitens erklärte Wilson in der genannten Botschaft, daß die von der Entente verlangten Bürgschaften und Wiederherstellungen ihm als unumgängliche Bedingungen einer befriedigenden Lösung erschienen; damit trat er auf die Seite der Entente und billigte die in diesen Worten liegende Knebelung und Mattsetzung der Mittelmächte und ihrer Verbündeten. Von ihm war also ein für uns annehmbarer Friede nicht zu erhoffen. Die Schweiz und die drei skandinavischen Staaten schlossen sich den Vereinigten Staaten an. Aber der Hoffnungsschimmer erlosch fast sofort wieder. Die Äußerungen der maßgebenden Minister des Vielverbands, wie man allmählich den ursprünglichen Vierverband nennen mußte, ließen keinen Zweifel, daß man in St. Petersburg, in London, in Paris und in Rom die augenblickliche Kriegslage als für den Vierbund zu günstig ansah, um auf ihrer Grundlage zu verhandeln, und daß man die Hoffnung nicht fahren ließ durch neue Kraftanstrengungen und Herstellung eines zielbewußten einheitlichen Vorgehens die Lage zu ändern. In London war überdies unter dem Einfluß der rumänischen Katastrophe der verzweifelte äußerste Kriegswille zum Durchbruch gekommen; das Ministerium Asquith schien für die gefährliche Lage nicht kraftvoll genug, — „die Sehnen des englischen Volkes, schrieben die Northcliffeschen Hetzblätter, sind von Stahl, sein Hirn ist von Wolle" — und Lloyd George, der vom Friedensapostel zum wütendsten Kriegsschürer sich durchgemausert hatte, forderte die Errichtung eines ganz kleinen, mit diktatorischen Vollmachten ausgestalteten Kriegsrats, der in allen Fällen rasch und wirkungsvoll sollte handeln dürfen; ausdrücklich verlangte er, daß Asquith diesem Kriegsrat, obwohl er doch Ministerpräsident war, nicht angehören solle. Diese Selbstentmannung wollte Asquith doch nicht an sich vollziehen; lieber trat er

am 6. Dezember zurück, und Lloyd George erhielt am 9. vom König Georg den Auftrag ein neues Kabinett zu bilden. In dieses wurden 3 Arbeiter aufgenommen, an ihrer Spitze Henderson. Den Kriegsrat bildeten Lloyd George, Bonar Law als Finanz- und Carson als Marineminister, dazu Lord Curzon, Lord Milner und Henderson. Mit Lloyd George gingen, bei dem Übergewicht Englands im Vielbund, Briand, Sonnino und Pokrowski zusammen, der an Stelle des auf Frieden hinarbeitenden und von Miljukow in der Duma deshalb des Verrats bezichtigten Stürmer am 22. November vom Zaren zum Minister des Auswärtigen ernannt worden war, und am 30. Dezember übermittelte Briand dem Vertreter der Vereinigten Staaten in Paris eine Note, welche die alten abgestandenen Vorwürfe gegen Deutschland und Österreich wiederholte, daß sie den Krieg verschuldet hätten. Ihr Friedensangebot wurde als bloßes Kriegsmanöver ohne Bedeutung und Aufrichtigkeit zurückgewiesen und der Frieden für unmöglich erklärt, solange nicht für die Herstellung der verletzten Rechte und Freiheiten, für die Anerkennung der Nationalitäten, für die Existenz der kleinen Staaten und für die Beseitigung der Ursachen der Bedrohung der Völker Gewähr geleistet werde. Für Belgien wurden besondere Entschädigungen und Bürgschaften für die Zukunft gefordert. Auf dieses Schriftstück hin erging am 11. Januar 1917 eine deutsche Note an die Neutralen, welche alle die zahllosen Vergewaltigungen aufzählte, die England und Rußland gegen Iren, Buren, Ägypter, Inder, Polen, Finen, Deutsche und andere „Fremdvölker“ verübt hatte, ebenso die Völkerrechtsbrüche, die Verwendung farbiger Truppen und die unmenschliche Behandlung der Gefangenen den Feinden vorhielt. Die Note Lansings vom 18. Dezember fand seitens des Vielverbands ihre Beantwortung am 12. Januar 1917, und in diesem gemeinsam ausgefertigetn Schriftstück wurde alles wiederholt, was schon am 30. Dezember von Briand gesagt war. Deutschland und Österreich seien am Krieg schuldig und hätten alle möglichen Greuel verübt*); alle von ihnen niedergeworfenen Staaten müßten hergestellt und ent-

---

*) Hiezu sei bemerkt, daß ein demokratischer Abgeordneter im parlamentarischen Untersuchungsausschuß am 7. November 1919 erklärt hat, daß die ihm überwiesenen Akten des großen Hauptquartiers erfreuliche Zeichen dafür ergäben, daß die oberste Heeresleitung die weitestgehende Rücksicht auf Menschlichkeit genommen und nicht den geringsten Anlaß für den Vorwurf barbarischer Kriegsführung gegeben habe.

schädigt werden; Deutschland müsse die den Verbündeten geraubten Gebiete (Elsaß-Lothringen, Posen und Westpreußen) zurückgeben, die Türken als ein blutige Tyrannei übendes, der westlichen Zivilisation fremdes Volk aus Europa vertrieben, die Absicht des Zaren mit Polen erfüllt werden.

Zur Kritik dieses Schriftstücks mag dienen, daß der Vielbund, für den die kleinen Völker angeblich ein Gegenstand der zärtlichsten Fürsorge sein sollten, gerade damals in Vergewaltigung eines kleinen Volks, der Griechen, das Äußerste leistete. Kein griechisches Ministerium war den Franzosen und Engländern gefügig genug; Gunaris mußte am 22. Juni 1916 Zaimis weichen; dieser machte am 16. September Kalageropulos Platz; Kalageropulos trat am 11. Oktober zurück, und der Historiker Lambros lieferte auf unbarmherziges Drängen der Entente ihr die Kriegsflotte aus und ließ den Piräeus durch die Franzosen besetzen; dann erlangten diese die Auslieferung der Artillerie und drangen in Athen ein, so daß hier ein Volksaufstand ausbrach und die im Ausstellungsgebäude (dem Zappeion) liegenden Franzosen zum Rückzug nach dem Piräeus gewungen wurden. Zur Strafe verhängte die Entente vom 8. Dezember ab die Blokade über das Land, das bei seinen vielen unfruchtbaren Gebirgen ohne Zufuhr nicht leben kann, und am Ende wurde durch den französischen Oberkommissar Jonnart, einen Mann von übelstem finanziellen Ruf und brutaler Rücksichtslosigkeit, König Konstantin, weil er sein Volk nicht in einen den griechischen Interessen gänzlich widerstrebenden Krieg hineinziehen lassen wollte, am 12. Juni 1917 aufgefordert, er und sein (der Verfassung gemäß zur Thronfolge berechtigter) erster Sohn, der Kronprinz Georg, sollten abdanken und den Thron dem Prinzen Alexander (geb. 1893) überlassen, der wegen seiner Jugend als gefügiges Werkzeug angesehen wurde. Der König, abgehetzt und krank, „bedachte wie immer Griechenlands Wohl" und verließ mit dem Kronprinzen das Land, um dieses vor der Rache der Entente zu schützen; eine förmliche Abdankung sprach der charaktervolle Fürst aber nicht aus; er wich nur der Gewalt. Von Athen begab er sich nach der Schweiz, wo ihn der Pöbel in Lugano gröblich beschimpfte, und unterzog sich in Zürich einer erfolgreichen Operation. Die Blokade wurde am 16. Juni aufgehoben. Der neue Herrscher Alexander berief am 25. Juni den mit Leib und Seele der Entente anhängenden Venizelos, der schon länger in Saloniki eine eigene Regierung gebildet hatte, als Ministerpräsidenten. Venizelos brach am 28. Juni die Beziehungen

zu Deutschland und Österreich-Ungarn ab, weil griechische Truppen bei Saloniki den Truppen der beiden Reiche feindlich gegenüberstünden; die 1915 aufgelöste, ihm gehorsame Kammer berief er wieder ein, da er Neuwahlen bei der Stimmung des Volkes nicht zu veranstalten wagte. Er konnte sich nur durch ein gewalttätiges Regiment behaupten; auf den Krieg hat er wesentlichen Einfluß zu üben nicht vermocht, weil das Heer dem verjagten König anhänglich blieb. Das Stockholmer Aftonbladet erklärte alle die Vorgänge für den schwärzesten Schandfleck unserer Tage; der französische Minister des Auswärtigen, Ribot, aber hatte die Dreistigkeit in der Kammer zu sagen, daß Frankreich und England als Griechenlands Schutzmächte seit 1864 die Pflicht hätten dort eine verfassungsgemäße Regierung sicher zu stellen — weshalb sie auch den Kronprinzen rechtswidrig vom Thron fernhielten! — und der Temps schrieb, frech und zynisch wie immer: „Die Politik der Großmächte, welche dem König gestatteten die Krone seinem zweiten Sohn zu überlassen, gibt einen starken Beweis von Großmut."

In scharfem Gegensatz zu diesem gewaltsamen Gebaren steht das Verhalten der Mittelmächte gegen Polen. Durch die Siege der deutschen und österreichischen Waffen war das ganze von Polen bewohnte Land den Russen entrissen worden, und es boten sich nun drei Möglichkeiten dar. Entweder konnte man im Frieden ganz Polen den Russen zurückgeben; dann verfügten diese nach wie vor über die reichen Hilfsquellen dieses Landes, umschlossen wis bisher in weitem Bogen die Provinz Ostpreußen und hielten auch Posen und Schlesien unter unausgesetzter Bedrohung. Dieser Weg war aber nur gangbar, wenn Rußland von der Feindschaft gegen die Mittelmächte endgültig sich lossagte, worauf allerdings der Ministerwechsel in St. Petersburg vom 3. Februar 1916, der Stürmer ans Ruder gebracht hatte, einige Aussicht eröffnete. Da aber die Folgen des Wechsels sich nicht rasch entwickelten, glaubte man offenbar damit nicht mehr rechnen zu können — in verhängnisvoller Weise durchkreuzte so Bethmann die auf Frieden hinzielende Entwicklung in St. Petersburg. Zweitens konnten Deutschland und Österreich Polen unter sich teilen; wie seit August 1915 ein preußischer Statthalter (General v. Beseler) in Warschau, ein österreichischer (General v. Kuk) in Lublin schaltete, so konnte das Land endgültig Deutschland und Österreich-Ungarn zugeschieden werden. Damit würde aber die Zahl der polnischen Preußen ungefähr verdoppelt und der deutsche Nationalstaat zwar bei weitem nicht beseitigt,

aber doch sehr stark beeinträchtigt worden sein. Etwa 64 Millionen Deutschen würden 6—7 Millionen Polen gegenübergestanden sein, denen man auf die Dauer die politische Gleichberechtigung nicht hätte vorenthalten können. Der Reichstag hätte eine polnische Fraktion von etwa 50 Mann erhalten — man braucht die Folgen nicht lange sich auszumalen, um das Unerwünschte, ja Unmögliche eines solchen Zustandes einzusehen. Dazu kommt, daß die polnische Nation sich in ihr Schicksal der Teilung unter drei Großmächte niemals ergeben hatte, sondern leidenschaftlich die Herstellung ihrer Unabhängigkeit wünschte. In Österreich aber war es seit langem Regierungsgrundsatz den Polen ein freundliches Gesicht zu zeigen und so ihren Beistand den Ministerien zu sichern, die durch den Zwist der Deutschen und der Tschechen unausgesetzt in Atem und Unsicherheit gehalten wurden. Daher suchte die kaiserliche Regierung in Wien die Zufriedenheit der Polen auch jetzt durch Eingehen auf ihren heißesten Wunsch zu erlangen, obschon dieser Wunsch auch auf die Loslösung Galiziens hinauskam. Durch die „austropolnische Lösung" der polnischen Frage, d. h. durch die Wahl des Kaisers von Österreich zum König von Polen, hoffte man in Wien eine Neugestaltung der Landkarte zu bewirken, bei der, was auf der einen Seite verloren ging, auf der andern gewonnen wurde. In Deutschland aber hielt man ganz überwiegend diesen Ausweg für äußerst gefährlich, da er Österreich völlig unter polnischen Einfluß bringen werde. So schien in der Tat kaum etwas anderes übrig zu bleiben, als den dritten Weg einzuschlagen und Polen, das durch die drei Teilungen von 1772, 1793 und 1795 völlig aus der Reihe Staaten gestrichen war, nunmehr wieder als unabhängigen Staat herzustellen. Für diese Lösung wurde geltend gemacht, daß man hoffen könne, die Polen würden erstens, um ihre Freiheit zu sichern, sofort gegen Rußland ein starkes Heer *) aufstellen (das man vollends nach Rumäniens Abfall sehr gut brauchen konnte), und sie würden zweitens, um nicht wieder bei sich bietender Gelegenheit von Rußland aufgefressen zu werden, sich dauernd an Deutschland und Österreich-Ungarn anlehnen; gehörten sie doch durch ihre Kultur und ihre römisch-katholische Religion zum Westen, nicht zum Osten. Die Polen ließen es auch nicht an gleißnerischen Zusagen fehlen, hinter

*) Daß Hindenburg und Ludendorff den Anschluß Polens aus diesen Erwägungen heraus angeregt hätten, ist jedenfalls falsch, weil sie erst am 31. August an die Spitze der Armee berufen wurden, während die Entscheidung über Polen am 13. fiel.

denen freilich Hinterhältigkeit und Anmaßung hervorblickten. Kaiser Wilhelm II. war aus Rücksicht auf die Möglichkeit des Friedens mit Rußland an sich gegen die dritte Lösung; er ließ sich aber schließlich durch die günstigen Aussichten auf die Kriegführung, wenn ein polnisches Heer auf den Schauplatz trat, für diesen Gedanken gewinnen. v. Bethmann Hollweg traf dann bei einem Besuch in Wien am 12. und 13. August mit Burian die entscheidenden Abreden, ohne auch nur die nächstbeteiligten preußischen Minister rechtzeitig zu verständigen, im Vertrauen auf die „fachmännischen" Angaben des Professors Sering und die Äußerungen des Gouverneurs v. Beseler, der auf rund 15 polnische Divisionen bestimmt rechnete — allerdings warnte Conrad v. Hötzendorf dringend vor falschen Hoffnungen, aber umsonst. „Der Schritt ist vielleicht verhängnisvoll," äußerte Bethmann, „aber er muß getan werden." Schon am 15. November 1915 war die polnische Universität Warschau hergestellt worden; dann erhielt Warschau in dem Fürsten Lubomirski einen polnischen Stadtpräsidenten, und am 5. November 1916 erließen Beseler und Kuk auf Befehl ihrer Monarchen eine gleichlautende feierliche Ankündigung, daß Polen als erbliche verfassungsmäßige Monarchie in engem Verband mit Deutschland und Österreich-Ungarn hergestellt werden solle. Im weiteren Verlauf wurde als Vertreter der Souveränität bis zur Wahl eines Königs ein Regentschaftsrat eingesetzt, bestehend aus dem Warschauer Erzbischof v. Krakowski, dem Fürsten Lubomirski und dem Herrn v. Ostrowski, und dieser Regentschaftsrat ernannte am 8. Dezember 1917 ein Ministerium unter der Leitung des Kronreferendars Kucharzewski. Die Erfahrungen, welche Deutschland mit diesem Experiment machte, waren allerdings nicht erfreulich. Ein Teil der Polen begriff zwar oder tat doch, als ob es begreife, daß das neue Polen aus triftigen Gründen eine ehrlich freundschaftliche Haltung gegen Deutschland einnehmen müsse. Ein sehr großer Teil aber hatte es gar kein Hehl, daß seine Losung laute: das ganze Polen soll es sein — einschließlich also Galiziens, Posens und Westpreußens; daß Polen einen Zugang ans Meer haben müsse, also Danzig brauche, und daß man nötigenfalls später mit Hilfe Rußlands und Frankreichs sich die fehlenden Lande zu holen gedenke. Es sah ganz darnach aus, als ob das deutsche Reich sich mit Polen einen bösen Pfahl ins Fleisch zu treiben im Begriff stehe, und der erhoffte Zulauf der polnischen Freiwilligen zu dem nationalen Heer blieb so völlig aus, daß kaum 3000 sich stellten.

Die Widersetzlichkeit der Polen wuchs immer mehr, je weniger den Polen ihr Willen nach sofortiger Durchführung ihrer staatlichen Selbständigkeit mitten im Krieg erfüllt werden konnte, und als Deutschlands Verbündete und Deutschland selbst erlagen, da ward der Dank vom Haus Polen offenbar. Die polnische Regierung brach am 13. Dezember 1918 die Beziehungen zum deutschen Reich ab, weil dieses den polnischen Interessen zuwiderhandle und mit den russischen Bolschewisten zusammengehe, und die Polen schlugen sich auf die Seite unserer Feinde, um als Hyänen des Schlachtfeldes sich am Raub deutscher Gebiete zu beteiligen.

Zweiundzwanzigstes Kapitel

Das Jahr 1917

1. Kriegerische Ereignisse

Die Ablehnung des Friedensangebots der Mittelmächte bewies, daß die Gegner nur durch die Anwendung der schärfsten Waffen gezwungen werden konnten von ihren Vernichtungsabsichten abzustehen. Eine Anfrage an die oberste Heeresleitung ergab, daß diese sich zwar für stark genug erklärte die Westfront zu halten, nicht aber, einen großen Schlag zu führen und Engländer und Franzosen zum Frieden zu zwingen. Wollte man diesen haben — und die steigende Bedrängnis der Ernährung infolge der Blokade zwang dazu —, so mußte ein anderes Mittel gefunden werden ein Ende herbeizuführen. Die Marinebehörden vertraten die Überzeugung, daß man durch den rücksichtslosen Unterseebootskrieg (d. h. durch Torpedierung aller, auch neutraler, Handelsschiffe ohne Warnung innerhalb der verbotenen Zone) England in längstens sechs Monaten auf die Knie zwingen könne. Am 9. Januar 1917 wurde in der Tat im großen Hauptquartier zu Pleß der Beginn des rücksichtslosen Unterseebootskrieges beschlossen, und am 16. Januar 1917 gab der Reichskanzler dem Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten von dem Entschluß zu dieser Kriegsart zu greifen Kenntnis. Nur der württembergische Ministerpräsident Freiherr v. Weizsäcker stimmte dagegen; die andern, obwohl mit beschwertem Herzen, dafür. Weite Kreise des deutschen Volkes, insbesondere die Alldeutschen, die Konservativen, der größte Teil der Nationalliberalen, das Zentrum (das am 7. Oktober 1916 ausdrücklich in einer Er-

klärung an den Reichskanzler die Ansicht der obersten Heeresleitung als maßgebend in dieser Frage anerkannt hatte) und selbst ein großer Teil der fortschrittlichen Volkspartei hatten dies längst verlangt, und im März, Mai und September 1916 war auch im Hauptausschuß des Reichstags in zustimmendem Sinn verhandelt worden. Im letzten Augenblick lief noch eine Depesche des Grafen Bernstorff aus Washington ein, laut deren Präsident Wilson nun amtlich eine Vermittlung unternehmen wolle, und es schien, als ob Deutschland durch den Unterseekrieg diese Möglichkeit zum Frieden zu gelangen vernichten werde. Der Reichskanzler fragte infolge dessen den Admiralstab, ob die Eröffnung des Unterseekriegs rückgängig gemacht werden könne; er bekam aber die Antwort, daß die Unterseeboote mit den erforderlichen Weisungen schon ausgelaufen seien und ein Gegenbefehl sie nicht mehr erreichen könne. So verkündigte eine Depesche an die sämtlichen Neutralen, insbesondere an die Vereinigten Staaten, vom 31. Januar 1917 den Beginn des uneingeschränkten Unterseebootskrieges. Da der Weg der Verhandlungen versperrt sei, sehe sich das deutsche Reich genötigt den ihm aufgedrungenen Krieg unter Einsetzung aller Waffen fortzuführen; andernfalls würde es sich an seinen eigenen Volksgenossen versündigen. Es werde also vom 1. Februar ab (bzw. nach Ablauf einer Frist für die noch unterwegs befindlichen neutralen Schiffe in der Nordsee vom 7., im Mittelmeer vom 12. Februar ab) jedem Seeverkehr in einem (in einer Denkschrift näher bezeichneten) Sperrgebiet um Großbritannien, Frankreich und Italien herum ohne weiteres mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Bisher hatte die oberste Leitung von dieser Maßregel abgesehen und den Krieg gegen den Seehandel in den üblichen Formen (S. 221) geführt, einmal weil bezweifelt wurde, ob Deutschland über die zu vollem Erfolg des unbeschränkten Kriegs notwendige Zahl von leistungsfähigen Tauchbooten verfüge, und dann, weil von dem Schritt das Eintreten der Vereinigten Staaten in den Krieg zu erwarten war. Jetzt mußten diese Bedenken dahinfallen, und das geschah um so eher, als immer wahrscheinlicher wurde, daß Wilson unter keinen Umständen gesonnen war Englands Unterliegen tatenlos zuzusehen; sein am 28. Januar angekündigter Schritt hat, da er von dem bevorstehenden deutschen Entschluß unterrichtet war, höchstwahrscheinlich nur den Zweck gehabt Deutschland die Schuld an der Vereitelung des Friedens zuzuschieben und so das Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg bei der

eigenen Bevölkerung zu erleichtern. Die Geschlossenheit des Angelsachsentums beider Hemisphären gegenüber dritten Nebenbuhlern trat in helles Licht; sie mochten untereinander um die Beherrschung und Ausnutzung der Welt ringen — einen andern wollten sie keinesfalls zur Krippe zulassen. Bethmann Hollweg hat übrigens an Bernstorff telegraphiert, daß Deutschland den Unterseekrieg alsbald abzubrechen bereit sei, wenn Wilson verspreche mit allem Nachdruck einen für Deutschland annehmbaren Frieden herbeizuführen.

Der Reichskanzler verlas die Depesche an die Neutralen sofort am 31. Januar 1917 im sog. Hauptausschuß des Reichstags, dessen Berufung in den Zeiten der Vertagung des Parlaments als eines Ersatzes für das Plenum zwischen den Regierungen und dem Reichstag vereinbart worden war. Allgemeine Zustimmung folgte der bedeutsamen Kundgabe, und freudig ward die Versicherung aufgenommen, daß die zuständigen Behörden, der Staatssekretär der Marine v. Capelle und der Chef der Admiralität v. Holtzendorff, der festen Überzeugung seien, die in den Erfahrungen des Unterseebootkreuzerkrieges ihre praktische Stütze finde, daß England durch diese Waffe werde zur Annahme eines brauchbaren Friedens gebracht werden. Man dürfe hoffen, daß monatlich nicht nur 400 000, sondern 600 000 Tonnen Frachtraum versenkt werden würden, was die Gegner nicht würden aushalten können. Die militärische Gesamtlage gestatte alle Folgen auf sich zu nehmen, die dieser uneingeschränkte Unterseebootskrieg nach sich ziehen könnte.

Diese deutliche Hinweisung auf das Eingreifen der Vereinigten Staaten wurde rasch bestätigt. Schon am 4. Februar brach Wilson die diplomatischen Beziehungen seines Landes zum deutschen Reiche ab, unter dem handgreiflich unwahren Vorwand, daß Deutschland seine am 4. Mai 1916 erteilten Versprechungen plötzlich und ohne vorherige Andeutung zurückziehe. Ein flüchtiger Blick in unsere damalige Note ergibt vielmehr, daß für den Fall, daß die Schritte der Vereinigten Staaten nicht den Erfolg haben sollten bei allen kriegführenden Nationen den Gesetzen der Menschlichkeit Geltung zu verschaffen, wir uns die volle Freiheit der Entschließung vorbehalten hatten. Das Verhalten Wilsons kann freilich um so weniger überraschen, als er am 19. August 1919 im Senat auf eine Anfrage Mac Cumbers, ob die Vereinigten Staaten auch ohne feindliche Handlungen Deutschlands in den Krieg eingetreten wären, ohne Zögern die Antwort gegeben hat: „Ich denke so.“ Von jeher war seine Poli-

tik direkt gegen uns gerichtet, und sein Verhalten zeigte nach einem Wort v. Tirpitz' (Erinnerungen S. 351) schon im Februar 1915 erpresserische Züge. Man durfte nun gespannt darauf sein, ob die amerikanischen Kammern und das Volk dem Präsidenten, dessen Wiederwahl zugestandenermaßen im November 1916 erfolgt war, weil man von ihm die Aufrechterhaltung des Friedens erwartete, auf seiner Bahn folgen würden. Sie sind ihm entgegen der Erwartung vieler in der Tat gefolgt. Maßgebend für den Eintritt in den Krieg war das Interesse des an der Herstellung von Kriegsstoffen interessierten Großkapitals, das, bei dem auf 1. April angekündigten Aufhören der Bestellungen seitens der Entente, die allmählich imstande war sich selbst zu versorgen, befürchten mußte ohne Verdienst zu bleiben und die gewaltigen ad hoc gemachten Anlagen veröden zu sehen. Weiter kam in Betracht der Wunsch des Großkapitals den immer drohender werdenden Lohnbewegungen der Arbeiter und ihren Ausständen mit militärischer Gewalt entgegentreten und ihnen die Spitze abbrechen zu können, wozu das kleine vorhandene Heer nicht genügte. Drittens bot das Eintreten in den Weltkrieg ein bequemes Aushängeschild für Rüstungen zu Wasser und zu Land, die sich schließlich auch gegen Japan gebrauchen ließen, ohne daß doch Japan ein berechtigter Anlaß geboten wurde sich zu beschweren. Viertens erwies es sich als immer unmöglicher aus den verschiedenartigen, über ein ganzes Festland verstreuten Volksstämmen eine einheitliche Nation zu bilden; ein großer Krieg konnte den geeigneten Schmelztiegel abgeben, „die Verdauung der zahlreichen spröden Elemente erleichtern". Fünftens fühlten sich die ganz überwiegend angelsächsischen „Neuenglandstaaten" des Nordostens innerlich zu den Engländern hingezogen, während die Menschen, je weiter es nach Westen ging, desto weniger von Europa und europäischen Dingen wußten und wissen wollten; ihr Blick war auf den stillen Ozean gerichtet und auf den dortigen Gegner Japan. Immerhin fand Wilson Anknüpfungspunkte genug für seine Kriegspolitik, und ein bedauerlicher Zwischenfall half ihm das Feuer auch da entflammen, wo das zunächst nicht gelingen zu wollen schien, im Süden, der — aus Unwillen über die Verhinderung der Ausfuhr seiner Baumwolle infolge der englischen Blokade — eher deutschfreundlich war. Der Staatssekretär Zimmermann richtete nämlich am 19. Januar an den deutschen Gesandten v. Eckhardt in Mexiko ein Schreiben, das, für den Fall die Vereinigten Staaten nicht neutral bleiben sollten, ihn an-

wies auf ein Bündnis mit Mexiko hinzuwirken; dabei sollte er den Mexikanern den Rückgewinn der 1848 von den Vereinigten Staaten ihnen entrissenen Gebiete von Neumexiko, Texas und Arizona verheißen. Gleichzeitig sollte der Gesandte Carranza veranlassen, daß er sich aus eigenem Antrieb mit Japan in Verbindung setze und damit eine Verbindung zwischen Deutschland und Japan anbahne. Die Ausübung des rücksichtslosen Unterseekrieges rechtfertige die Erwartung, daß England in einigen Monaten Frieden schließen werde. Dieses Schriftstück, das durch seine Leichtfertigkeit die schärfste Kritik herausfordert, wurde von den Amerikanern abgefangen (ebenso später eine tölpelhafte Depesche unseres Gesandten in Buenos Aires, Grafen Luxburg, worin er den argentinischen Minister des Auswärtigen einen notorischen Esel nannte). Wilson zögerte nicht es am 1. März zu veröffentlichen und erzielte damit natürlich eine für Deutschland geradezu verhängnisvolle Wirkung auf die Stimmung der Bevölkerung, namentlich der des Südens, aus dessen Haut Caranzas Riemen geschnitten werden sollten. Mexiko ließ sich, obwohl dort die Stimmung sehr für Deutschland und gegen die Vereinigten Staaten war, zu dem gefährlichen Abenteuer eines Krieges natürlich nicht bestimmen, in welchem ihm Deutschland kaum helfen konnte; die Vereinigten Staaten aber wurden gegen uns in Bewegung gesetzt. Am 5. April beschloß das Repräsentantenhaus mit 373 gegen 50, der Senat, wo Wilson bisher an Stone einen zähen Gegner gehabt hatte, gar mit 82 gegen 6 Stimmen die Kriegserklärung an Deutschland (mit der gegen Österreich-Ungarn ließ sich Wilson Zeit bis zum 7. Dezember). Nunmehr konnte man nicht mehr bestreiten, daß der persönliche Krieg Wilsons der Krieg der Nation geworden war; alle Hoffnungen, daß der sehr starke deutsche und irische Einschlag in der Bevölkerung der V. St. den Krieg verhindern werde, haben sich als völlig eitel erwiesen. Wenn auch der Bürgermeister Thompson von Chicago im Mai sich weigerte der gesucht sentimentalen und politisch würdelosen Dankesgesandtschaft von Balfour, Joffre und Viviani einen städtischen Empfang zu bereiten, da Chicago die sechstgrößte deutsche Stadt der Welt sei, und wenn auch im Dezember bei der Wahl eines Bürgermeisters für Neuyork „der Kandidat des Kaisers", der Ire Hylan, mit 435 000 Stimmen über Wilsons Schleppträger Mitchel mit nur 148 000 obsiegte — so waren das wohl Anzeichen einer Gegenströmung, die aber gegen den Präsidenten doch nicht aufkam, und Wilson schlug gegen alle sog. „Bindestrich-Amerikaner" (d. h. Deutsch- oder Irisch-Ameri-

kaner) einen äußerst gehässigen und selbst drohenden Ton an als gegen zweifelhafte Patrioten, die nur mit halbem Herzen ihr neues Vaterland liebten. Am 5. Dezember 1917 ist ein gewisser Friedrich Kraft im Staat New-Jersey zu 5 Jahren Gefängnis und 1000 Dollars Strafe verurteilt worden, weil er gesagt hatte, es sei zweifelhaft, ob die Regierung das Recht habe Truppen nach Europa zu senden — Freiheit wie in Amerika! Am 30. April stimmte das Repräsentantenhaus mit 397 gegen 24 Stimmen sogar der Bill zu, welche die Aushebung zum Kriegsdienste — statt der bisherigen Freiwilligkeit — einführte; der Senat tat dasselbe mit 81 gegen 8 Stimmen, und am 26. September unterzeichnete Wilson die „Elfmilliardenbill“, welche 7 Milliarden Dollars für die Kriegführung der Vereinigten Staaten, 4 zu Anlehen an die Verbündeten auswarf. Dem Löwen — wenn das Wort bezüglich der Vereinigten Staaten gestattet ist — folgten die Schakale; wie am 24. März China durch Drohungen und finanzielle Verheißungen (Nachlaß der Boxerstrafsummen) bewogen worden war die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen (die Kriegserklärung an Deutschland und Österreich folgte am 14. August), so brach am 7. April Cuba mit Deutschland, am 9. Panama, am 11. Brasilien, am 14. Bolivia, am 20. Mai Honduras und Nicaragua, am 29. Mai Guatemala, am 23. September Haiti und Costarica, am 9. Oktober Peru, dann Ecuador. Am 20. Oktober erklärte Brasilien uns sogar den Krieg. Neutral blieben schließlich nur Mexiko, San-Salvador, Columbia, Venezuela, Paraguay, wo die Zuneigung zu Deutschland besonders stark war, Chile und Argentinien, dieses dank seinem Präsidenten trotz der taktlosen Note Luxburgs. Festgehalten sei die schamlose Erklärung des würdigen Präsidenten Battle (angelsächsischen Ursprungs) von Uruguay, die dahin ging: sein Land sei zwar nicht unmittelbar von Deutschland beleidigt worden; es müsse sich aber den Verteidigern der Gerechtigkeit, der Demokratie und der kleinen Völker zugesellen. Man kann fragen, ob der Mann das wirklich glaubte; es liegt aber hier doch wohl ein Beispiel des Erfolgs vor, mit welchem Englands kalt berechneter und unter Leitung Northcliffe's diabolisch durchgeführter Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland, dank der bodenlosen Unwissenheit in fremden Ländern, gekrönt worden ist. Demgegenüber tut es wohl, die köstliche Satire zu lesen, welche der wackere amerikanische Oberst Emerson, der auch dem in mehrfacher Hinsicht minderwertigen Botschafter seines Landes in Berlin, Gerard, gelegentlich scharf entgegen-

getreten ist, um Neujahr 1918 in einem Artikel an Wilson übte. Danach müßten der Logik Wilsons gemäß, der Deutschland als brutalen Eroberer verschrie, die Amerikaner den Rothäuten die Gebiete zurückgeben, welche der weiße Mann diesen im Lauf der Jahrhunderte durch Waffengewalt entrissen hat, Belgien den Kongostaat an die dortigen Neger, und zwar unter Leistung von Schadenersatz für Beraubung; England müßte Irland, Indien und Ägypten, Frankreich Cochinchina, Tonkin, Annam und Siam räumen, Italien aus Libyen weichen, und so weiter in infinitum - - es sei nicht einzusehen, warum bloß für Deutschland die Wiedergutmachung von Gewalttaten verlangt werden solle. Gerechtigkeit müsse überall sein!

Das wirkliche Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg hat das ganze Jahr 1917 auf sich warten lassen. Zwar wurde alsbald eine „Renommierdivision" unter General Pershing an die flandrische Front gesandt, und Pershing rief bei der Landung in Erinnerung an den Marquis Lafayette, der 1778 als erster Freiwilliger den Amerikanern zu Hilfe gekommen war: „Lafayette, wir sind da!" und 20--30000 Mann folgten als Schanzarbeiter hinter der Front allmählich nach; aber die Beförderung der „ersten Million Amerikaner", nach der Lloyd George sehnend ausschaute, stieß doch auf sehr große Schwierigkeiten. Der verheißene Bau von 6 Millionen Tonnen Schiffsraum zum Ersatz des versenkten Schiffsraums kam nur langsam in Gang. Zuerst wollte man stählerne Schiffe herstellen, die den Torpedos trotzen sollten; als Göthals sie nicht bauen konnte, sollte Denman doch Holzschiffe beschaffen, worüber viel Zeit verstrich. Wenn selbst England, das eigentliche Land der Reederei, im Frieden nicht ganz 2 Millionen Tonnen Schiffsraum im Jahr fertig brachte, so waren die Vereinigten Staaten, welche diese Industrie erst ins Leben rufen sollten, zunächst weder mit Material noch mit geschulten Arbeitern so versehen, daß sie dem großen Bedarf genügen konnten. Noch am Ende des Jahres meinten die Pessimisten, daß die Verbündeten zu wählen hätten, was die Vereinigten Staaten ihnen schicken sollten: Truppen oder Lebensmittel; zu beiden habe man nicht Schiffe genug. Wenn alle Schwierigkeiten schließlich doch überwunden wurden und im Sommer 1918 2 Millionen Amerikaner in Frankreich waren, davon 1300000 unmittelbar an der Front; wenn im März 1918 84000, im April 120000, im Mai 246000, im Juni 279000, im Juli 306000 Mann über das Meer kamen, so verdient dieses Ergebnis alle Anerkennung. Die Überfahrten der Truppen wurden

anfangs zum größeren Teil (49%) durch englische Dampfer, zum kleineren Teil (45%) durch amerikanische besorgt; der Nachschub aber wurde vollständig durch die Amerikaner selbst bewältigt, die schließlich sich doch eine Handelsflotte von über 8 Millionen Tonnen beschafften und damit der englischen sehr auf den Hals rückten.

Die Tätigkeit der deutschen Tauchboote entsprach aber nicht bloß den Voraussagen, sondern überbot sie noch. Statt daß sie monatlich 600000 Tonnen versenkten, wie die deutsche Admiralität berechnet hatte, belief sich die Beute im Februar 1917 auf 781500 Tonnen, im März wurden es 885000, im April 1091000, im Mai 869000, im Juni 1016000, im Juli 811000, im August 808000, im September 672000, im Oktober 674000, im November 607000, im Dezember 702000. Das Gesamtergebnis der elf Monate des uneingeschränkten Unterseekriegs im Jahr 1917 stieg damit auf 8 916 000 Tonnen, das ist fast ein Fünftel des gesamten Weltschiffsraums, die Hälfte des Raums, der an großen zur Fahrt über See tauglichen Schiffe vorhanden war (17—18 Millionen Tonnen). Prozentual gerechnet wurden in jedem Monat zwischen 8,8 und 13,3% des im Sperrgebiet fahrenden Schiffsraums zerstört. Um dieses Ergebnis anschaulich zu machen, kann man sagen, daß Tag für Tag 1800 vollbeladene Eisenbahnwagen zu je 15 Tonnen (= 15 000 Doppelzentnern) mit Lebensmitteln, Kriegsmaterial, Kohlen, Erzen und Stückgütern, die sonst die Vorräte der Feinde ergänzt hätten, in der Tiefe des Weltmeers versanken. Kein Wunder, daß allmählich die Versorgung nicht bloß Englands, sondern auch Frankreichs und Italiens mit Brotkorn, Holz, Kohlen und allen möglichen anderen Artikeln immer knapper wurde. Deshalb suchte England durch Unterseebootsfallen (d. h. bewaffnete Dampfer, welche anscheinend wehrlos waren und die Tauchboote an sich lockten), durch Seeflugzeuge, durch Minen, Wasserbomben und tief nach unter reichende Fangnetze, durch Zusammenstellung von Geleitszügen unter dem Schutz von Kriegsschiffen, durch Entwicklung von Rauchwolken, welche die Schiffe verhüllten, die Unterseeboote zu vernichten oder ihre Wirksamkeit zu lähmen. Gleichwohl hielt sich die Zahl der verunglückten deutschen Tauchbooten in mäßigen Grenzen, und die deutschen Werften stellten (wie oft, zuletzt am 21. Dezember 1917, amtlich versichert worden ist) erheblich mehr Boote her als abgängig wurden. Nach der von Admiral Koch dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß am 7. November 1919 erteilten Auskunft waren an der Front im Februar 1917

103 Tauchboote, im März 121, im April 124, im Mai 128, im Juni 130, im Juli 131, im August 123, im September 132, im Oktober 134. In Bau gegeben wurden nach Kochs Auskunft vom 11. November vor dem Krieg 45 Unterseeboote, im Krieg 765, davon 186 durch Tirpitz, 579 durch Capelle. Verloren gingen 6, 2, 7, 3, 7, 4, 9 und 9 Unterseeboote. Man durfte also hoffen, daß die Waffe nicht stumpfer, sondern stets schneidiger wurde, nach Zahl und Beschaffenheit, und nach den Angaben, die der beeidigte Sachverständige, Kapitän Brüninghaus, am 11. November 1919 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß gemacht hat, wurden reichlich so viel Unterseeboote in Bau gegeben, als zur Erreichung des Ziels erforderlich war. Das Zurückgehen der Versenkungsziffern wurde nicht sowohl durch ein Nachlassen des Kriegs der Tauchboote verursacht, als, abgesehen von Witterungsumständen, durch das ständige Zusammenschmelzen des von Monat zu Monat härter getroffenen Schiffsraums selbst. Am Schluß des Jahres standen England, Frankreich und Italien vor dem Zwang ihre Brot-, Eier-, Fleisch-, Butter- und Zuckervorräte ebenso wie in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung einzuteilen, wogegen sie sich aus begreiflichen Gründen so lange als möglich sträubten. In Frankreich, dem eigentlichen Land der Brotesser, wo die Kartoffel nur als gelegentliche Zukost diente, hatte man nur noch 200 g Brot auf den Kopf und Tag (in Deutschland 180 g!), und der Verpflegungsminister Boret erklärte am 20. Dezember in der Abgeordnetenkammer, daß Frankreich bis zur neuen Ernte, d. h. bis 31. August 1918, 52 Millionen Doppelzentner Getreide benötige, aber nur 16 Millionen habe. Die fehlenden 36 Millionen müßten über See herbeigeschafft werden, wenn man nicht verhungern solle; aber die Frachtraumnot sei ungeheuer. Selbst für das Heer habe er nicht genug Brot, und in den verbündeten Ländern seien die Dinge noch viel schlimmer. Argentinien, das sonst reiche Weizenvorräte verkauft, hatte 1917 selbst eine Mißernte, so daß es ein Ausfuhrverbot erlassen mußte, und in Australien wurden 3 Millionen Tonnen, die man nicht verschiffen konnte, von den Mäusen gefressen oder verfaulten sie. Unter diesen Umständen begreift es sich, daß der amerikanische Sachverständige Johnson am 26. September in New-Republican vorhersagte: Wenn die Verbündeten es nicht dahin brächten bis Ende des Jahres den Schiffsverlust durch Neubauten auszugleichen, so müßten sie den Krieg verlieren. Aber freilich — der 1. August, auf welchen Tag die deutschen Behörden den

Erfolg des Unterseekriegs vorher verkündigt hatten, ging vorüber, ohne daß England um Frieden bat, und es konnte nicht ausbleiben, daß ein Rückschlag auf die hoch gespannten Hoffnungen eintrat, der sich steigerte, als ein Monat nach dem andern ohne das erwartete Ergebnis vorüber ging.

Die Not an Lebensmitteln, an Rohstoffen, infolge deren die Webstühle von Lancashire Ende des Jahres still zu liegen drohten, und an Grubenholz für die Kohlenbergwerke war aber nur die eine Seite der Gefahr, in der trotz allem England schwebte. Die andere lag darin, daß die Vernichtung des englischen Schiffsraums selbst verhängnisvoll war. Wie der Körper die Lungen braucht, so braucht England eine gewaltige Handelsflotte, um zu leben und seinen Unterhalt zu verdienen: wurde sie allmählich aufgerieben, so war es mit der englischen Nationalwirtschaft, die auf dem Handel beruht, zu Ende, und drohend erhob sich das Gespenst des amerikanischen und japanischen Wettbewerbs; der Schiffsbestand dieser Nationen wurde ja zunächst wenig von der Zerstörung betroffen und konnte sich auf Kosten Englands entwickeln. Es war geradeswegs zu fürchten, daß die Verbündeten zu lachenden Erben John Bulls wurden.

Dies die eine Seite der Sache. Natürlich übte die andere, das Ausbleiben einer durchschlagenden Wirkung der Tauchboote, auch ihren Einfluß; der Unterseekrieg erschien als letztes, verzweifeltes, aber nutzloses Kampfmittel der Deutschen. Man urteilte so in Bulgarien, dessen Zar Ferdinand über Stockholm mit Rußland Fühlung suchte, und in Wien wurden diejenigen immer rühriger, welche dem jungen Kaiser Karl ins Ohr raunen zu müssen glaubten: verlaß das im Sinken begriffene Schiff; rette, was du kannst. Nach einem ersten mutigen Anlauf verzagte der Kaiser; er hat von Wilhelm II. verlangt, daß, ehe noch das Angebot vom 12. Dezember beantwortet war, er ein neues Ersuchen an die Entente richte, was der Kaiser natürlich als entehrend abgelehnt hat. Schon Ende Januar 1917 war die Zusammenkunft der Schwäger des Kaisers mit ihrer Mutter (S. 293) in der Schweiz erfolgt. Prinz Sixtus übernahm die Verhandlungen mit der Entente, als deren Forderungen er, von König Albert unterrichtet, Überlassung Konstantinopels an die Russen, Rückgabe Elsaß-Lothringens mit Saarlouis und Landau an Frankreich, Herstellung Belgiens und Errichtung eines südslawischen Königreichs (Serbien, Bosnien, Montenegro, Albanien) bezeichnen konnte. Die Kaiserin Zita war auch an diesen Dingen stark beteiligt; sie war

durchaus Französin und den Hohenzollern aus nationalen, politischen und kirchlichen Gründen abgeneigt; deren Größenwahn verschulde allein die Fortdauer des Kriegs. Am 23. März war der Prinz in Wien, wo er mit dem Kaiser und dem Minister Grafen Czernin verhandelte; hinter dessen Rücken schrieb der Kaiser am 24. März einen (später im April 1918 dreist abgeleugneten) Brief an Poincaré, in dem er allein seinen Einfluß aufzubieten versprach, um Deutschland zur Abtretung von Elsaß-Lothringen zu bestimmen, auf das Frankreich ein Anrecht habe. Eine große Schwierigkeit lag aber darin, daß die Verbündeten den Italienern in dem Londoner Abkommen vom 25. April 1915 so große Zusagen gemacht hatten, namentlich bezüglich Triests und Südtirols bis zum Brenner; Graf Czernin war der Ansicht, daß Österreich sich darauf keinesfalls einlassen könne. Man hat deshalb seitens der Verbündeten vorgeschlagen, daß Österreich für jene Gebiete mit Preußisch-Schlesien entschädigt werde; es sollte also der Moral von 1915 sich anschließen und den Verbündeten, der es 1915 und 1916 herausgehauen hatte, zur schuldigen Danksagung berauben. Auch das ist angeregt worden, daß Italien Österreich durch seine Kolonie Eritrea entschädigen solle. Czernin war der Meinung, daß man Deutschland für Elsaß-Lothringen Polen mit Galizien als Ersatz anbieten könnte; um Deutschland mürbe zu machen, ließ er Kaiser Wilhelm einen Immediatbericht vom 12. April 1917 überreichen, der zunächst an Kaiser Karl gerichtet war und den Zusammenbruch Österreichs und Deutschlands als noch in diesem Jahr unvermeidlich bezeichnete; man müsse Frieden machen selbst um den Preis schwerer Opfer; andernfalls drohe der Umsturz und die Beseitigung der Dynastien. Am 19. April 1917 waren Ribot und Lloyd George mit Sonnino in St. Maurienne in Savoyen zusammen, um die Italiener zur Nachgiebigkeit zu bewegen, damit Österreich sich zum Abfall von Deutschland entschließe, stießen aber auf eine völlige Ablehnung; Sonnino bestand auf seinem Schein, und da der Kaiser und Czernin laut eines Briefs des Kaisers vom 9. Mai höchstens Welschtirol abzutreten bereit waren, zerschlug sich die ganze Sache; der Krieg dauerte mit voller Wucht fort, seitens der Verbündeten aber mit der verstärkten Zuversicht, daß Deutschlands Bundesgenossen über kurz oder lang, die Türkei nicht ausgenommen, von ihm abfallen würden und der Sieg nicht zweifelhaft sei.

Je drückender aber die Folgen des uneingeschränkten Unter-

seekriegs doch waren und je dringlicher von dieser Seite her die Möglichkeit einer Niederlage sich offenbarte, desto mehr suchten die Briten nach einem Mittel der Gefahr Meister zu werden. Sie kamen zur Einsicht, daß es gelte das Übel an der Wurzel zu fassen, indem man die Stützpunkte der Tauchboote wegnehme. Das nächste wäre gewesen durch die große englische Hochseeflotte, die angebliche Herrscherin der Meere, Wilhelmshaven und Helgoland und die sonstigen deutschen Waffenplätze an der See zu erobern. Das aber hatte man am 31. Mai 1916 im Skagerrak versucht, und die damalige schwere Abfuhr lud nicht zur Wiederholung ein. Also erhielt der Generalissimus Sir Douglas Haig den Befehl sich mit dem Landheer der flandrischen Küste zu bemächtigen und vor allem die dortigen, England zunächst liegenden Auslaufspunkte der Tauchboote, Ostende und Zeebrügge, wegzunehmen. Hindenburg hatte im Februar und März 1917 den Befehl erteilt, die deutschen Stellungen an der Ancre, bei Bapaume, Peronne und Noyon planmäßig zurückzuverlegen, um eine bessere Linie zu gewinnen und den mit ungeheuren Mitteln seit langem vorbereiteten einheitlichen Ansturm der Engländer und Franzosen gegenstandslos zu machen. Da sie keinen Feind mehr in greifbarer Nähe vor sich hatten, so waren alle ihre großen Vorbereitungen entwertet. Die militärische Lage zwang ferner die Deutschen dazu alles geräumte Gebiet systematisch zu zerstören und unwegsam zu machen, damit die Gegner in diesem Gebiet nur schwer vorwärts kommen könnten und ihre Kraft darüber erschöpften. Hinter der aufgegebenen Zone sollte eine neue sehr starke Verteidigungslinie sich erheben, welche die Deutschen stolz die Siegfriedstellung nannten; an ihr ward eifrig gearbeitet. Dazu kam eine neue Form der Kampfesführung; statt sich zäh an eine Stellung zu klammern und sie bis zum letzten zu halten, selbst um den Preis größter Opfer, sollten die vordersten Stellungen unter Umständen geräumt, aber nach Heranholung von Reserven in wuchtigen Gegenstößen wieder genommen werden (elastische Abwehrtaktik: „an die Stelle der Abwehr in Grabenlinien, sagt der schweizerische Oberst Egli, trat das Ringen in einer Kampfzone"). Nachdem Haig der veränderten Sachlage gemäß neue Maßregeln getroffen hatte, erfolgte endlich am 9. April bei Arras in 20 km Breite ein mächtiger englischer Angriff, unter dessen Wucht eine bayrische und eine württembergische Division, sowie die Hamburger 2½ km zurückgedrängt wurden und herbe Verluste erlitten. Die Engländer wollten 11000

Gefangene gemacht und 110 Kanonen erbeutet haben. Aber am 11. April schlugen die Württemberger bei Bullecourt den englischen Ansturm gründlich ab und fingen ihrerseits 1100 Engländer. Am 16. April eröffneten auch die Franzosen unter dem neuen Anführer Nivelle nach zehntägigem Trommelfeuer gegen die Front des Kronprinzen Friedrich Wilhelm einen Massenangriff an der Aisne mit 28 Divisionen in erster, 33 in zweiter, 20 in dritter Reihe in 40 km Breite. Die Absicht Nivelles war an zwei Punkten durchzustoßen und die Siegfriedstellung von Süden nach Norden aufzurollen. Dabei wirkten namentlich auf englischer Seite sog. Tanks mit, d. h. Panzerautomobile, von deren langsamem, aber unwiderstehlichem Vorankriechen sich unsere Gegner mit Sicherheit den Sieg versprachen. Aber weder bei Arras noch an der Aisne gelang der Durchbruch; trotz entsetzlicher Menschenopfer mußte Nivelle schon am Abend des 16. April erkennen, daß sein Plan völlig mißglückt war. Die Feinde gaben aber ihren Plan nicht auf; auch am 23. und wieder am 28. April geschah es, daß gewaltige, tief gestaffelte Massen von Engländern auf der Straße von Arras nach Cambrai vorbrachen, und auch die Franzosen unternahmen am 5. Mai an der Aisne abermals einen heftigen Vorstoß. Auch am sog. Damenweg, der unter Ludwig XV. für kgl. Prinzessinnen angelegt worden ist, am Cornillet- und Keilberg suchten die Franzosen am 20. Mai vergebens durchzubrechen. Die Verluste, welche sie dabei erlitten, waren so riesig, daß gegen Nivelle als den „Blutsäufer" (bouveur de sang) eine allgemeine Erbitterung losbrach, er durch Petain ersetzt und seitens der Regierung der Kammer versprochen wurde, daß man eine weitere große Offensive nicht mehr unternehmen werde. Es kam zu großen Meutereien der Truppen, die sich nicht rücksichtslos hinschlachten lassen wollten, und nach einer Angabe des Clemenceau'schen Blattes l'homme libre vom 28. Juli 1919 hat das Ministerium damals sich entschlossen einen Frieden anzustreben, der Elsaß-Lothringens Schicksal vom Ausgang einer Volksabstimmung abhängig machen sollte. Die Engländer veranstalteten am 7. Juni südlich von Ypern am sog. Wytschaete-Bogen mit Aufwand von 600 Tonnen (600 000 kg) Sprengstoffen an 19 Stellen der deutschen Linien große Sprengungen, wodurch beträchtliche deutsche Stellungen völlig zerstört und viele Soldaten lebendig verschüttet wurden; das Dorf Messines, das seit Oktober 1914 in deutschem Besitz war, und der Wytschaetebogen gingen verloren, und Haig meldete 9000 Gefangene. Über diese örtliche Wirkung aber kamen die Engländer doch nicht

hinaus, und an manchen Stellen haben die deutschen Gegenstöße verlorenes Gelände zurückgewonnen (so am 8. Mai Fresnoy). Haig erneuerte aber seine Versuche stets wieder, da die steigende Not des Tauchbootkriegs ihn unerbittlich dazu drängte. So griff er am 31. Juli mit 12 Divisionen zu Fuß und 2 zu Pferd, welche den, wie er hoffte, weichenden Feind vollends zerstreuen sollten, beiderseits von Ypern an. Am 15. August entbrannte „die zweite große Schlacht in Flandern", zwischen Bixschoote und Wytschaete, wobei uns Langemarck verloren ging, und gleichzeitig lohte die Schlacht bei Verdun mächtig auf; die Franzosen erstürmten links der Maas den so oft heiß umkämpften „toten Mann" im ersten Anlauf und die Höhe 304 nach mehrtägiger zähester Gegenwehr. Rechts des Stroms gewannen die Franzosen aber nur einen schmalen Geländestreifen zurück, und da die Deutschen die Höhen nördlich der Festung und die Ausgänge der Schluchten nach der Woëvre-Ebene behaupteten, so ist auch hier der Durchbruch mißlungen; „das Ausfalltor nach Lothringen blieb verrammelt". Am 11. September stellte der Militärberichterstatter des Berner „Bund", Stegemann (der Verfasser einer hervorragenden Geschichte dieses Krieges) fest, daß die Flandernschlacht den Briten die geringsten Erfolge gebracht habe, welche bis jetzt einer mit versammelten Kräften unternommenen Offensive beschieden gewesen seien; er schrieb dies der gesteigerten Artilleriewirkung, der glänzenden Technik der Vergasung der englischen Stellungen und der überlegenen Operationsfähigkeit des zum Gegenstoß schreitenden deutschen Fußvolks zu. Der sehr sachkundige schweizerische Oberst Egli erklärte in den „Basler Nachrichten", daß die Ausdauer der Angreifer diesmal hinter der an der Somme bewiesenen erheblich zurückstehe. Es folgten am 20. September die dritte, am 4. Oktober die vierte Flandernschlacht. Am 23. Oktober wollten die Franzosen von Soissons her den Weg nach Laon erzwingen und nahmen auch von verschiedenen Seiten herandrängend die Dörfer Allemant und Chavignon; die Engländer rannten am 2. und 26. Oktober und am 10. November bei Draaibank, Poelcapelle, am Houthoulsterwald, dessen schöne Schlösser und Parkanlagen allmählich in Trümmer sanken, bei Paschendaele gegen unsere Stellungen an. Ihr Gesamtgewinn wurde damals auf 143 qkm angeschlagen — nicht viel mehr, als das kleinste württembergische Oberamt hat. Weil die durch langes Trommelfeuer vorbereiteten Stürme nicht ans Ziel führten, vielmehr den Deutschen immer rechtzeitig anzeigten, wessen sie sich zu versehen hätten, versuchte Haig am 20. November ein neues Mittel:

er ließ sein Heer an einer sehr geschickt gewählten Stelle, da wo die deutschen Linien von Westen nach Süden sich scharf umbogen, bei Cambrai nach ganz kurzem Vorbereitungsfeuer plötzlich angreifen. Haig überraschte so die Deutschen und bemächtigte sich eines etwa 5—7 Kilometer tief in unsere Stellungen eindrängenden Sackes, in dem die Dörfer Graincourt und Marcoing lagen. Es schien nun die Aufrollung der westwärts von dieser Gegend liegenden deutschen Linie möglich, also ein erster wirklicher Erfolg errungen; in London erklangen die Glocken der Kathedrale von St. Paul zu Ehren des Sieges von Cambrai. Aber die Freude war von kurzer Dauer. Am 30. November und 1. Dezember erfolgte ein deutscher Gegenstoß gleichzeitig gegen den Norden und den Südwesten des englischen Sackes, hier auf dem rechten Ufer der Schelde, und er war von so unwiderstehlicher Wucht, daß die Dörfer Gonnelieu, Villers-Guislain, Masnières, Vacquerie, Graincourt, Anneux, Cantaing, Noyelles, eine 10 km breite und 4 km tiefe Stellung, endlich auch Marcoing teils zurückerobert, teils neu genommen wurden; die Briten verloren nämlich sogar Teile ihrer alten Linien, und von 300 Tanks mindestens 100, deren Besatzung zum großen Teil durch die Entzündung der Benzinvorräte lebendig verbrannte, dazu 9000 Gefangene und 148 Kanonen. Es war, wie neutrale Blätter feststellten, der herbste Schlag, den die Engländer je an der Westfront erlitten haben, und Haigs Ansehen empfing einen schweren Stoß, was sich auch in bitteren Kritiken, z. B. des Abgeordneten King im Unterhaus (so am 23. Januar 1918), bemerklich machte. Haig hat freilich in einer Denkschrift nicht ohne Grund erklärt, daß das Kriegskabinett ihn hinsichtlich des Mannschaftsersatzes im Stich gelassen und ihm auch ganz ungenügend ausgebildete Truppen geschickt habe. Am 15. Dezember konnte der amtliche deutsche Bericht feststellen, daß nach fast vier Monaten und nach 16 Schlachttagen die flandrische Offensive der Engländer vorläufig als beendet angesehen werden könne. Für diese Offensive seien 93 Divisionen, beinahe das ganze englische Heer, mit dem Material fast der ganzen Kriegsindustrie von vier Fünfteln der Welt eingesetzt worden. Ein Bruchteil des deutschen Heeres habe sie abgeschlagen und dem an Zahl gewaltig überlegenen Feind eine Niederlage nach der andern zugefügt. Der ganze Gewinn des Feindes bestehe in einem Streifen Land von 20 km Breite und an einigen Stellen an 7 km Tiefe, der durch Millionen schwerer Geschosse umgepflügt sei, eine trostlose Wüstenei, in der kein

Baum und kein Strauch mehr wachse. So das Ergebnis im Westen.

Im Osten herrschte den Winter über Ruhe; nur an der Aa bei Riga wurde am 5. Januar ein russischer Angriff abgeschlagen, einige russische Gräben im Gegenstoß genommen und 2000 Gefangene gemacht. Von einschneidenden Folgen war auf diesem Kriegsschauplatz der Umschwung, der sich im März in Rußland vollzog. In diesem Land war die Not des Krieges, der den Verlust von ungefähr 300 000 qkm russischen Bodens und gehäufte Niederlagen gebracht hatte, allmählich so hoch gestiegen, daß fast alles nach Frieden verlangte. Der Ministerpräsident Stürmer, der am 3. Februar 1916 ins Amt trat, war geneigt, dieses Verlangen zu erfüllen; er erwirkte am 23. Juli den Rücktritt Sasonows, der seinerzeit den Krieg hatte geschäftig entzünden helfen, und übernahm selbst das Auswärtige. Wenn der Zar, der Stürmer doch in voller Kenntnis seines Standpunktes ins Amt berufen hatte, fest zu ihm stand, war ein Ende des Blutvergießens zu erwarten, da die deutsche und österreichische Regierung es sicher an Entgegenkommen nicht fehlen ließen. Allein wieder wie in den letzten Julitagen 1914 zeigte es sich, daß dem Zaren, der nach dem Urteil des österreichischen Diplomaten Prinzen Gottfried von Hohenlohe-Schillingsfürst*) der sympathischste Privatmann gewesen wäre, wenn er als solcher hätte leben können, der zufrieden gewesen wäre an seiner Familie und der Jagd sich zu erfreuen, das Amt eines Selbstherrschers aller Reußen „nicht lag"; alle Regierungsgeschäfte und die zahlreichen Repräsentationspflichten waren ihm ein Greuel; auf ihm lastete nicht die Sorge vor Attentaten, wie man meint, sondern die Sorge vor Entschlüsse sich gestellt zu sehen. Er war eine der passivsten Naturen; er war schwach, ungewöhnlich schwach; er gab immer nach." Die Botschafter der Verbündeten und ihr russischer Anhang, die Kadetten vor allem, verlangten nachdrücklich Stürmers Sturz, und als vollends die Mittelmächte, nach langem Harren an einem Friedensschritt der Russen verzweifelnd, am 5. November 1916 die Wiederherstellung Polens verkündeten, brauste die Entrüstung der Russen hoch auf; Stürmer mußte ihr am 22. November weichen. Er wurde im Ministervorsitz durch den Verkehrsminister Trepow ersetzt, der am 2. Dezember in der Duma eine sehr kriegslustige Rede hielt und sich darauf berief, daß Rußland im April 1915 der Besitz Konstantinopels von den Verbündeten zugesagt worden sei

*) S. seine Erinnerungen in der Deutschen Revue vom 10. Januar 1920, 33 ff.

(S. 272) und dieses Kriegsziel erreicht werden müsse. Das Auswärtige Amt erhielt Pokrowski. Die Engländer und Franzosen suchten Nikolaus II. zum Einlenken in ein streng verfassungsmäßiges Regiment nach westlichem Muster zu bestimmen und so die Stellung der Kadetten, ihrer Freunde, zu befestigen; Lord Milner und der französische auswärtige Minister Doumergue gingen selbst nach Petersburg, um den Zaren zu bearbeiten. Der Zar lehnte aber die ihm unterbreiteten Vorschläge bestimmt ab. Dagegen ist damals („kurz vor dem Ausbruch der Revolution," wie der Reichskanzler Michaelis am 28. Juli 1917 der Presse mitteilte) ein neuer Vertrag zwischen Rußland und dessen Verbündeten zustande gekommen, der Frankreich Elsaß-Lothringen, das Saarbecken und die Verwandlung des linken Rheinufers in einen unabhängigen Pufferstaat, dazu Syrien zusicherte. Den Italienern wurde Landgewinn in Kleinasien, England in Palästina und Südsyrien (eventuell in Form eines jüdisch-zionistischen Staats mit Jerusalem) und damit die „Landbrücke" nach Arabien und Indien, Rußland ohne Zweifel abermals Konstantinopel und die Meerenge in Aussicht gestellt.

Der Zar sollte den Raub aber nicht eintun. Er verlor allmählich den Boden völlig unter den Füßen; er tat einerseits der Friedenssehnsucht seines Volkes nicht genug und wurde andrerseits dem „Raubverband" (wie der Schwäbische Merkur unsere Gegner seit dem Bekanntwerden ihrer geheimsten Ziele nicht ohne Recht nannte) als unsicherer Kantonist verdächtig, so daß der englische Botschafter Buchanan die Opposition zum Aufruhr antrieb. Die gleiche Halbheit wie in der äußeren Politik gab sich in der inneren kund. Bei Kriegsausbruch hatte der Zar die Semstwa und die sog. Kriegsindustrie-Ausschüsse gerne zur Hilfeleistung hereingezogen; in der ersten saßen die Führer der Liberalen, in den zweiten gewählte Vertreter der Arbeiterschaft. Dann aber keimte der Verdacht auf, daß man damit auch für die kommende Friedenszeit die Zügel aus der Hand gebe; die Männer der polizeilichen Knebelung des öffentlichen Lebens kamen wieder oben auf; Trepow wurde am 10. Januar durch den Fürsten Golizyn ersetzt, der seinen Namen herlieh, während der Minister des Innern Protopopow, ein Oktobrist, der geistig nicht gesund war, als Minister des Innern den Ton angab. Er stieß die Moskauer Stadtwahlen um, weil sie liberal ausgefallen waren, strich den Semstwa ein Teil ihrer Mittel und schloß Arbeitervereine. Inzwischen stieg die Not täglich; obwohl Ruß-

land in normalen Jahren viel mehr Korn hervorbringt, als es braucht, fehlte es doch überall in den großen Städten an Brot, weil die Verkehrsmittel zur Beförderung nicht hinreichten und die Regierung dieser Schwierigkeiten nicht Herr wurde. In Odessa z. B. war die Bevölkerung zwei Tage in der Woche ohne Brot, drei ohne Fleisch; in St. Petersburg wurde anfangs März gar kein Brot mehr gebacken. So brach in der Hauptstadt am 10. März, während der Zar in Zarskoje Selo weilte, ein Aufruhr aus; die Intendantur und 40 Bäckerläden wurden gestürmt, und es gab einige hundert Tote und Verwundete, da das Militär und die Polizei rücksichtslos von den Waffen Gebrauch machten. Das Ministerium des Fürsten Golizyn beschloß am 11. mit äußerster Strenge vorzugehen. Protopopow ließ die Arbeitervertreter, welche man zu dem sog. Hauptindustrieausschuß zugelassen hatte, verhaften und die Duma, die am 27. Februar mit Nachdruck ein Ministerium von vertrauenswürdigen Männern forderte, wurde am 11. März vertagt. Allein sie weigerte sich nunmehr mit offener Auflehnung unter dem Vorantritt ihres Präsidenten Rodzianko dem Befehl zu gehorchen, und am 12. März gingen — was für die Lage bezeichnend und ausschlaggebend war — die drei Garderegimenter zu den Aufrührern über. Ein wichtiger Punkt der Stadt nach dem andern wurde von den Revolutionären genommen, das neue Arsenal rechts der Newa beim finischen Bahnhof, das große Justizgebäude, die Admiralität und der kaiserliche Winterpalast, die beide am linken Newaufer nah beisammen lagen. Die Menge des Volkes „ergoß sich wie ein reißender Strom durch die Stadt" und machte überall die allein noch Widerstand leistenden Polizisten nieder; nur das Moskauer Regiment wehrte sich eine Zeitlang tapfer in seiner Kaserne, trat aber dann ebenfalls zur Revolution über, um sein Leben zu retten. Am 12. März nahm das Ministerium Golizyn, nachdem Protopopow entflohen war, seine Entlassung; die Duma setzte einen Vollzugsausschuß ein, während der Reichsrat geräuschlos in der Versenkung verschwand. Die Arbeiter und Soldaten Petersburgs wählten einen Rat („Sowjet") und dieser gab, indem er aber seine positive Mitwirkung versagte, seine Zustimmung dazu, daß der Vollzugsausschuß der Duma eine vorläufige Regierung einsetze. An ihre Spitze trat der Fürst Lwow, der als Vorsitzender des Verbandes der Semstwa Volkstümlichkeit genoß; der Kadettenführer Miljukow erhielt das Ministerium des Äußern. Die Macht lag aber von Anfang an nicht bei dieser Regierung, sondern bei

dem genannten Arbeiter- und Soldatenrat der Hauptstadt, der nur auf seine Zeit wartete. Das Programm der neuen Männer enthielt eine völlige Amnestie, Freiheit des Gewissens, der Presse, der Marine, das Streikrecht der Arbeiter, Abschaffung aller sozialen, religiösen und nationalen Beschränkungen, Ersetzung der Polizei durch eine unter gewählten Anführern stehende Nationalmiliz, Gemeindewahlrecht für alle 18jährigen Russen ohne Unterschied des Geschlechts und Berufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung (Sobranje) nach demselben äußerst radikalen Wahlrecht.

Da nicht anzunehmen war, daß Zar Nikolaus II. gewillt und noch weniger, daß er der Mann sei dieses neue Rußland ins Leben zu führen und zu leiten, so wurden Gutschkow, der Führer der Oktobristen, und Schulgin zu ihm, der am 14. März sich nach Pskow begeben hatte, hinausgesandt, um ihm die Notwendigkeit der Abdankung vorzustellen. Der Zar hatte sich vorher mit dem General Rußki beraten, der ihm nicht verhehlte, daß es im Interesse Rußlands liege, daß er sich füge, und der Zar gab ihm nach. Gutschkow entledigte sich seines Auftrags, wie Schulgin erzählt hat, ohne den Zaren anzusehen, die rechte Hand auf den Tisch gelegt, mit gesenktem Blick; er riet, daß der Zar zugunsten seines minderjährigen Sohnes, des kränklichen Alexej — er litt an häufigen Blutungen —, abdanke und daß er seinen Bruder Michael zum Regenten bestelle. Der Zar antwortete ruhig und gewissermaßen geschäftsmäßig, er habe diesen Entschluß bereits gefaßt; aber er könne sich von seinem Sohn nicht trennen; er danke also zugunsten seines Bruders ab. Dieser schien also nun von Rechtswegen Zar zu sein, obschon der Verzicht des Vaters für den Sohn ohne dessen Zustimmung nicht unanfechtbar war. Allein sofort erklärte der Arbeiter- und Soldatenrat, daß er die Thronbesteigung eines neuen Herrschers nicht dulde, und das Ministerium begab sich vollzählig zu dem Großfürsten, der auf die ihm gemachten Vorstellungen dann auch erklärte, daß er die Krone nur annehmen werde, wenn die Sobranje sie ihm übertrage. Damit waren die letzten dynastischen Rücksichten abgestreift, die Monarchie selbst beseitigt. Der Zar wurde mit seiner Gemahlin und seinen Kindern am 21. März in Zarskoje Selo gefangen gesetzt und am 14. August, um eine etwaige Gegenrevolution zu erschweren, nach einem Kloster in dem weit entlegenen Tobolsk in Sibirien gebracht. Es scheint wohl, daß einzelne Generäle sich vorhielten, daß ihr Treueid und ihre persönliche und militärische Ehre von ihnen forderten

den Herrscher nicht zu verlassen; keiner aber hat schließlich solchen Gewissensregungen nachgegeben, und man darf wohl sagen, daß schmählicher und ruhmloser nie eine uralte und dem Anschein nach unerschütterliche, mit religiöser Weihe umgebene Monarchie zusammengebrochen ist als die russische: zusammengebrochen, ohne daß ein äußerer Feind dazu zwang, lediglich, weil alle inneren Stützen versagten. Selbst für das portugiesische Königtum, das sein Träger Dom Manuel 1910 unmännlich preisgab, haben doch portugiesische Offiziere ihr Blut vergossen; in Rußland hob sich im Augenblick, auf den es ankam, keine Faust für den Zaren, der freilich durch seine Charakterschwäche und Haltlosigkeit viel dazu beigetragen hat, daß die längst durch eigene Fehler und den Zeitgeist unterwühlte Monarchie sang- und klanglos verschwand. Auch die englischen Minister widmeten dem Zaren im Unterhaus kaum ein paar anerkennende Worte wegen seiner Bündnistreue; die republikanischen Franzosen waren von dem Sturz der Monarchie herzlich befriedigt, und beide Mächte erkannten schon am 23. März die vorläufige Regierung an. Da die Bauern um Tobolsk dem Zaren zur Flucht verhelfen wollten, so wurde er am 5. März 1918 von seiner Familie getrennt und nach Jekaterinenburg gebracht. Hier ist er, damit sich nicht die Gegenrevolution seiner bedienen könne, am 16. Juli 1918 durch die „rote Uralrepublik“ zum Tode verurteilt worden. Es heißt, er sei auf dem Weg zum Richtplatz zusammengebrochen, aber mit Gewalt aufgerichtet, an einen Pfahl gestellt und, als er eben zu seinen Mördern und dem Volk sprechen wollte, erschossen worden. Der englische Hof legte drei Wochen Trauer um ihn an. Nach einiger Zeit wurde auch die Kaiserin mit ihren Kindern, wie es heißt, erschossen.

Die vorläufige Regierung übertrug den Oberbefehl über das Heer nicht dem Großfürsten Nikolaus, den der Zar zuletzt wieder ernannt hatte, sondern dem General Alexejew, und die Entwicklung nahm eine immer radikalere Richtung an. Der 1600 Mann starke „Sovjet“ von St. Petersburg war die Verkörperung der proletarischen Massen, deren radikalste Vorkämpfer sich Bolschewiki oder Maximalisten nannten, weil sie die Höchstforderungen des Sozialismus vertraten; sie liefen den gemäßigteren „Menschewiki“ oder Minimalisten bei weitem den Rang ab. Der Sovjet, dem bald überall im Lande Tochtervereine zur Seite traten, stellte das Programm eines „allgemeinen Friedens ohne gewaltsame Einverleibungen und Kriegsentschädigun-

gen" auf und verlangte die Ausrufung der Republik durch die Sobranje; er entwickelte sich zu einer förmlichen Nebenregierung, welche mehr galt als die eigentliche Regierung, und drängte die Nation in die Bahnen des äußersten Radikalismus. Alles, was überlieferte Autorität hieß, wurde unterwühlt und an ihre Stelle der Grundsatz verkündet, daß nur der befehlen dürfe, den die Volkswahl an seinen Posten stelle, und auch dieser sollte befehlen nur in zurückhaltender Form. Kriegsgerichte und Todesstrafe fielen; die Soldaten erhielten das Recht an allen beliebigen Vereinen teilzunehmen und ihre Offiziere nicht mehr zu grüßen — das sollte nur freiwillig geschehen; sie durften Ausschüsse bilden, um ihre Wünsche zu äußern, und diese Ausschüsse erlangten bald eine solche Macht, daß die Offiziere sich nicht mehr getrauten überhaupt Befehle zu geben, obschon die Regierung den Petersburgen Sowjet zu einem nachträglichen Erlaß bestimmte, nach welchem die Ausschüsse nur in politischen, nicht aber in militärischen Dingen etwas zu sagen haben sollten. Niemand kümmerte sich um diesen Erlaß; die Soldaten hielten fest, was sie an sich gerissen hatten, und eine schwere Niederlage am Stochod (3. April) machte offenbar, daß die Kraft des Heeres durch die Auflösung der Manneszucht zerrüttet war. Unaufhaltsam glitt die Entwicklung nach links; der Kriegsminister Gutschkow, der die Zerstörung der militärischen Ordnung nicht hinnehmen wollte, trat am 12. Mai zurück; Miljukow mußte am 16. sein Amt niederlegen, weil er die Politik der Eroberung — besonders Konstantinopels — vertrat; am 21. folgte beiden Fürst Lwow, weil er die von den Bolschewiki verlangte Beschlagnahme des Grundbesitzes der Krone, des Staates und des Adels zugunsten der Bauern nicht verantworten wollte. Vergebens suchte die Regierung und gelegentlich selbst der Petersburger Sowjet auf die Entwicklung mäßigend einzuwirken; die Massen kehrten sich nicht daran; die Fabrikarbeiter erzwangen, so handgreiflich das Bedürfnis nach Hochhaltung der Warenerzeugung auch war, die Annahme des 8stündigen, an Vortagen von Festen des 7stündigen Arbeitstags, und die Bauern lösten die Landfrage auf ihre Art, indem sie die adeligen Grundbesitzer und selbst die Hofbauern totschlugen oder wohl gar mit ihren Häusern verbrannten und das Land unter sich teilten.

Der maßgebende Mann seit Lwows Rücktritt war der erst 36jährige Rechtsanwalt Alexander Kerenskij (geb. 1881, Sohn des wirklichen Staatsrats Kerenskij, des Leiters des Schulwesens von

Turkestan), ursprünglich der Führer der Trudowiki, der kleinen Leute, der Angestellten, Handwerker und Bauern, von dem man Frieden und Volksherrschaft erhoffte. Die Partei, welche er führte, bezeichnete sich als die der Sozialrevolutionäre; indem sie ans Ruder kam, war die rein bürgerliche, die „kadettische", Phase der russischen Revolution abgeschlossen und die sozialistische eingeleitet: nach dem ehernen Gesetz aller Revolutionen ging der Weg immer weiter nach links. Kerenskij machte eine ähnliche Entwicklung durch wie in Frankreich Briand und Viviani; in dem Glauben, daß auf dem Zusammenhang mit dem demokratischen Westen, mit Frankreich und England, und auf ihrem Sieg über das militärische und selbstherrliche Deutschland auch die Zukunft der russischen Demokratie beruhe, mauserte er sich rasch zum entschiedensten Vertreter des Kriegswillens; zwischen ihm und Miljukow war ein Unterschied bald nicht mehr zu entdecken. Vergeblich betonte der deutsche Reichskanzler v. Bethmann Hollweg schon am 29. März im Reichstag, daß der deutsche Kaiser 1905 dem Zaren geraten habe berechtigten Wünschen seines Volkes nachzugeben (S. 34) und daß Deutschland nichts weniger beabsichtige als sich in Rußlands innere Verhältnisse einzumischen und den Zarismus herzustellen. Kerenskij sprengte trotzdem das Gerücht aus, daß Deutschland die Gegenrevolution fördern wolle und es deshalb gelte zum Schutz des Vaterlandes und seiner Freiheit einen neuen Stoß gegen die Deutschen zu führen. Er veranstaltete eine Abstimmung der Soldatenausschüsse über diese Frage, wobei die Mehrheit einem Angriff zustimmte, und in der Tat begann nach einem starken Trommelfeuer mit den von Kerenskij so betitelten „Regimentern des 1. Juli" an diesem Tage der Vormarsch. Zwanzig Divisionen suchten unter Führung des Generals Brussilow über Breczany auf Lemberg vorzustoßen und sich womöglich auch des Ölbezirks von Drohobycz zu bemächtigen. Im Anfang hatten die Russen auch einige Erfolge; sie nahmen am 8. Juli Stanislau, dann Halicz, am 11. Kalusz. Aber dann geschah das Unerwartete. Hindenburg entschloß sich das Hinzögern des östlichen Kriegs, das deutscher- und österreichischerseits in der Hoffnung auf einen russischen Frieden seit dem 16. März beobachtet worden war (Prinz Leopold von Bayern hatte sogar als Nachfolger Hindenburgs im Oberbefehl im Osten an General Dragomirow Waffenstillstandsvorschläge gelangen lassen), durch einen kraftvollen Vorstoß zu beendigen. Unter dem Oberbefehl des Prinzen Leopold folgte am 19. Juli ein wuchtiger Durchstoß durch die russischen Linien bei Zloczow; sie wur-

den an drei Stellen 15 km tief gesprengt und der weichende Feind mit allem Nachdruck verfolgt. Schon am 22. Juli wurde Tarnopol befreit, dann Stanislau; am 26. nahmen Bayern und Österreicher nach heißem Straßenkampf Kolomea; osmanische Truppen warfen die Russen auf den nördlichen Sereth, einen Nebenfluß des Dnjester, zurück. Am 3. September zog Erzherzog Joseph in Czernowitz ein und befreite die dreimal von den Russen eroberte Stadt endgültig vom Feinde. Ganz Galizien außer Brody und die Bukowina waren nunmehr zurückgewonnen; ja deutsche Truppen überschritten den Grenzfluß Zbrucz und drangen auf russischen Boden vor.

Bald erschollen auch aus dem Norden herrliche Siegesbotschaften, wo die Deutschen seit zwei Jahren vor Riga standen, dessen Eroberung aber niemand mehr für wahrscheinlich hielt. Im Gegenstoß gegen russische Angriffe überschritt jetzt die achte deutsche Armee unter dem General v. Hutier den mächtigen, 300 m breiten Dünastrom, eine selbst vom „Temps" bewunderte militärische Glanzleistung, und nahm am 3. September das zugleich von Westen und Südosten angegriffene Riga. Vergebens suchte die 12. russische Armee den Vormarsch der Deutschen auf der großen Straße nach Wenden aufzuhalten; sie mußte zurückweichen und den Deutschen 8000 Gefangene, 386 Kanonen und zahlloses Kriegsgerät überlassen. Am 4. September fiel auch der Hafen Rigas, Dünamünde, mit 40 Geschützen in die Hand der Deutschen, dann Friedrichsstadt und am 22. September Jakobstadt; überall mußten die Russen hinter die Düna zurück, und bis etwa 70 km nördlich von Riga wurden die deutschen Vorposten nach Livland hinein vorgeschoben. Kaiser Wilhelm hielt am 6. September unter dem Jubel der deutschen Bevölkerung, welche in den letzten Jahren unter härtestem Druck gelebt hatte und nicht mehr ein deutsches Wort hatte auf den Straßen sprechen dürfen, seinen Einzug in der alten Hansestadt und nahm in dem altehrwürdigen „Schwarzhäupterhaus" einen Imbiß ein. Der erweiterte kurländische Landtag, in dem auch eine Anzahl lettischer Abgeordneter saß, erbat am 21. September in feierlichen Worten, welche von der großen Mehrheit der Deutschen mit heiligem Ernst und festem Entschluß den Brüdern zu helfen aufgenommen worden sind, „den Schutz des deutschen Kaisers und des mächtigen deutschen Reiches"; die Stadtverordnetenversammlung und die Handelskammer Rigas sprachen sich für die Aufnahme in den Reichsverband aus. Am 21. September hat auch der „litauische Landesrat" in Wilna, der von dem

Verwaltungschef, dem wackern Fürsten v. Ysenburg-Birstein, eröffnet wurde, den Beschluß gefaßt ein unabhängiges litauisches Staatswesen zu gründen und zwar „mit Hilfe des deutschen Reiches", also im Anschluß an dieses. Alle diese Körperschaften waren unzweifelhaft die gesetzlichen Vertreter ihrer Gebiete; ihre Beschlüsse durften also als Beschlüsse der Bevölkerung gelten.

Die Krönung der Erfolge im Norden geschah dadurch, daß nach einer insgeheim mit größter Umsicht betriebenen Vorbereitung ein Unternehmen gegen die Inseln im Rigaischen Busen ausgeführt wurde. Flotte und Heer mußten dazu zusammenwirken, und sie taten das unter General v. Kathen und Vizeadmiral Erhard Schmidt in mustergültiger Weise. Nachdem die russischen Minenfelder abgesucht und beseitigt waren, landeten in der Morgendämmerung des 12. Oktober deutsche Truppen auf der größten Insel, Ösel, an mehreren Punkten, die Hauptschar im Nordwesten an der Taggabucht. Die russischen Batterien wurden durch unsere Großkampfschiffe niedergekämpft, die Mannschaften nach der Halbinsel Sworbe im Südwesten Ösels getrieben und hier zur Ergebung gezwungen. Am 17. Oktober war die ganze stattliche Insel, die 2618 qkm groß ist und 60000 Einwohner zählte, in unserer Gewalt, 10000 Gefangene gemacht und 50 Geschütze erbeutet. Auch die kleinen Inseln in der Mitte des Busens, Abro und Runo, wurden besetzt, schließlich auch Dagö, wo 1200 Russen abgeschnitten wurden, und Moon. So war binnen neun Tagen das ganze Unternehmen abgeschlossen. Von Freund und Feind wurde es als ein Meisterwerk der Kriegführung bewundert und von Neutralen nicht ohne Ironie dem so ganz gescheiterten Gallipoli-Unternehmen des Raubverbandes gegenübergestellt. Die Zahl der Truppen, welche dabei verwendet wurden, überstieg nicht 19000 Mann, die Verluste nicht die Zahl 150. Die Herrschaft über die Ostsee war erkämpft, der finische Busen verriegelt und der Welt zu wiederholten Malen dargetan, daß die deutsche Flotte trotz der Gefahr der Meuterei, die gewissenlose Wühler in ihr hervorzurufen suchten, immer noch eine nicht minder schneidige Waffe und ein Stolz der Nation war wie das Landheer.

Die Wirkung dieser Ereignisse auf den Raubverband war, wie wir aus den von den Bolschewiki veröffentlichten geheimen Berichten wissen, ein niederschmetternder — Poincaré fürchtete für St. Petersburg selbst —; und nicht minder gewaltig war der Eindruck auf die Russen. Kerenskijs Offensive hatte dasselbe Schicksal gehabt wie alle

andern; Stellungen, welche der Zar noch gehalten hatte, verlor das Heer der russischen Demokratie. Kein Wunder, wenn die innere Auflösung immer bedrohlicher fortschritt und nun allmählich den ganzen Bestand des Reiches bedrohte. Es trat zutage, daß, nachdem der eiserne Reif des Zarismus geborsten war, das Reich wie ein gelöstes Bündel auseinanderfiel; die einzelnen Bestandteile waren durch kein innerliches Band verknüpft. Die Fremdvölker oder „Randvölker", so lange von den Großrussen hart gedrückt, erhoben sich und forderten Selbständigkeit. Sogar im Innern des Reichs zeigten sich Absonderungsgelüste; der Regierungsbezirk Kostroma (84 000 qkm, größer als Bayern, 1½ Millionen Einwohner), die Städte Kirsanow, Irkutsk u. a. richteten sich als selbständige Republiken ein; Kronstadt, wo die von jeher meuterische Marine der Ostsee ihr Wesen hatte, tat dasselbe. Ebenso erklärten Sibirien, Turkestan mit seiner mehrere Millionen betragenden muselmännischen Bevölkerung, der Kaukasus, die Landschaft Georgien (russisch Grusien) mit der Hauptstadt Tiflis, die Tataren am Nordrand des schwarzen Meeres sich für unabhängig. Von Finland ist schon oben (S. 45 ff.) gesprochen. Dieser Republik erwuchsen freilich große Schwierigkeiten, weil unter bolschewistischem Einfluß die Arbeiter, zur „roten Garde" organisiert, einen Staatsstreich machten, am 28. Januar Helsingfors besetzten, den Senat (die bürgerliche Regierung) verjagten und der „weißen Garde" der Bürgerlichen Gefechte lieferten; auch lehnten England und Frankreich plötzlich ohne Angabe von Gründen die Anerkennung des finischen Staates ab. In Estland verübten zügellose Banden russischer Soldaten und einheimischer Strolche große Gewalttaten und verbrannten etliche 50 Herrensitze. Deshalb beschloß der estnische Landtag anfangs Dezember 1917 die Ausrufung der Unabhängigkeit Estlands und die Berufung einer verfassunggebenden Versammlung, und am 29. Januar rief die Ritterschaft und Landschaft von Estland und Livland durch eine dem russischen Gesandten in Stockholm Borowskij übergebene Erklärung „als verfassungsmäßige Vertretung ihrer Länder den Schutz des deutschen Reiches an". Vor allem von Bedeutung war es, daß die Rada, d. h. die aus über 300 Männern bestehende und von dem Lemberger Professor Hruschewskij geleitete regierende Landesversammlung der Ukraine (die sich näher als „das Gebiet von Kiew, Wolhynien, Podolien, Poltawa und Tschernigow" bestimmte), das Land im August unter Zustimmung Kerenskijs (19. August) für selbständig erklärte und ein „Generalsekretariat" oder Ministerium errichtete;

es zerfiel in sieben Abteilungen: Inneres, Finanzen, Landwirtschaft, Unterricht, Handel und Industrie, öffentliche Arbeiten und nationale Angelegenheiten. Die ukrainische Republik nahm für sich das Recht in Anspruch auch in auswärtigen Angelegenheiten selbständig zu handeln und ein eigenes Heer und eine eigene Flotte mit besonderer Flagge zu unterhalten. Anfangs wollte sie im Rahmen der russischen Gesamtrepublik bleiben; als aber diese sich als unmöglich herausstellte, sprach die Rada die volle Unabhängigkeit der Ukraine aus. Die Bolschewiki verkündeten offen den Grundsatz, daß alle Volksstämme das Recht hätten über ihr Schicksal durch allgemeine Abstimmung zu entscheiden, sogar ihre Trennung von Rußland zu vollziehen. Im Januar 1918 trat der bürgerlichen Regierung in Kiew eine bolschewistische in Charkow gegenüber, die von ihren Gesinnungsgenossen in St. Petersburg anerkannt und unterstützt wurde und mit den Waffen die Herrschaft in der Ukraine an sich zu reißen suchte. Die Wahlen in der Ukraine ergaben über eine Dreiviertelmehrheit für die Rada; die Bolschewiki haben nur 5%, die anderen Parteien nur 10% der Stimmen erlangen können. Zu den Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten in Brest-Litowsk, wovon bald zu sprechen sein wird, entsandte die Rada eine eigene Abordnung.

Durch alle diese Bewegungen wurde die Lage der Zentralregierung in St. Petersburg immer schwieriger. Kerenskij, der nach des Fürsten Lwow Rücktritt das Ministerium neu zusammensetzen sollte, stieß auf solche Schwierigkeiten, daß er nach der Niederlage in Galizien am 3. August einen Schreckschuß für nötig hielt und seinen Abschied erklärte. Nach einer langen Beratung der Parteien wurde er aufgefordert zu bleiben; „er sollte die demokratischen Grundsätze durchführen, aber vom Druck der politischen Parteien unabhängig sein" — was doch wohl auf eine Art von Diktatur hinauskam. Kerenskij ließ nun am 16. September, ohne den Beschluß der immer noch nicht gewählten Sobranje abzuwarten, die russische Republik ausrufen und veranstaltete den Zusammentritt eines etwa 175 Mann starken Vorparlaments, in dem bloß die Linke vertreten war. Der immer stärker hervortretenden Friedenssehnsucht des Volkes leistete er nach wie vor Widerstand; aber wenn die Russen damit unzufrieden waren, so klagte man in London und Paris über seinen Mangel an Energie, und am 9. Oktober forderten Buchanan und Paleologue den Minister des Äußeren, Tereschtschenko, auf dafür zu sorgen, daß Rußland eine Großmacht bleibt — in einem Ton, als ob sie mit

einem Vasallen sprächen, so daß Tereschtschenko beleidigt antwortete.

Um diese Zeit bereitete Graf Cadorna den zwölften Ansturm auf die österreichischen Stellungen am Isonzo vor, und es bestand Gefahr, daß er mit 3½ Millionen Soldaten und 6000 Geschützen (darunter 1000 englische und amerikanische) doch noch den Durchbruch auf Triest erzwinge. Daraus ergab sich ein Hilfegesuch der Österreicher im deutschen Hauptquartier, und Hindenburg entschied sich nunmehr dafür die Abwehr in den Angriff zu verwandeln und gründliche Arbeit zu machen. An sich boten sich zwei Hauptmöglichkeiten. Man konnte entweder am Isonzo oder von Tirol aus angreifen. In letzterem Fall war zu hoffen, daß man bis zum Meer vordrang und das ganze italienische Heer von seiner Rückzugslinie auf den Po abschnitt. Dazu gehörten aber ungeheure Truppenmassen, und solche in Tirol anzuhäufen, verbot die Rücksicht auf die Sicherheit der Westfront. Also entschied man sich für den Angriff am Isonzo, und zwar nicht am Unterlauf des Flusses, wo Cadorna des Durchbruchs auf Triest wegen sein Hauptheer versammelt hatte, sondern an dem schwächer besetzten Oberlauf. Um den Feind aber irre zu führen, gab man sich den Anschein, als ob der Stoß aus Tirol geschehen solle, und führte dort Scheinbewegungen aus, infolge deren Cadorna annahm, er müsse die Hochfläche der sieben Gemeinden (sette communi) nachdrücklich verteidigen. So warf er dorthin starke Massen, hielt aber sein Hauptheer bei Görz und am Meer beisammen, um Triest zu erobern; denn dahin ging ja seit Jahren das Sehnen der Nation: um deswillen war sie in den Krieg eingetreten. In aller Stille — ob auch vielverheißende Nachrichten da und dort durchsickerten: niemand erhob die Stimme über das Flüstern — wurde deutscherseits unter General Otto v. Below, dem in Masurenland und in Makedonien bewährten Heerführer, die 14. Armee in Kärnten aufgestellt, trotz ungeheurer durch die Natur und die vorgerückte Jahreszeit geschaffener Hindernisse. Von Klagenfurt und Villach her zogen die deutschen Regimenter über die Drau und den Oberlauf der Save hinweg ins Isonzogebiet und holten hier zum wuchtigen Angriff aus. Auf die sechste Frühstunde des 24. Oktober war in einem denkwürdigen lakonischen Tagesbefehl v. Belows der Losbruch des Orkans festgestellt, und genau auf die Minute kam er. In einer Breite von 30 km durchstießen Deutsche (darunter die Württemberger des trefflichen Generals v. Berrer, der in diesem Feldzug den Heldentod fand) und Österreicher von Flitsch über Karfreit bis Tolmein die gewaltig

ausgebauten Stellungen der zweiten Armee der Italiener unter General Capello, nicht achtend hohe Berge, nicht gehemmt durch Eis und Schnee, und jagten den Feind in wilde Flucht. Der junge Kaiser Karl erschien persönlich auf dem Schlachtfeld, und unter seinen Augen wurden 30000 Italiener gefangen und 300 Kanonen erbeutet. In Rom führte die Schreckenskunde am 25. Oktober zum Sturz des Ministeriums Boselli und zur Ernennung des Ministeriums Orlando am 30. Oktober; dieses befestigte angesichts der großen Kriegsgefahr und der durch die Ernährungsschwierigkeiten geschaffenen inneren Not (Krawall vom 22. August in Turin unter Niedermetzelung von Offizieren und Hausbesitzern) „die heilige Eintracht der Parteien“ und rief die Hilfe Englands und Frankreichs in einem Augenblick an, in welchem das Blatt des neuen französischen Ministerpräsidenten Clemenceau „l'homme libre“ zugestand: „Der Haß gegen Frankreich und England, denen man vorwirft Italien in den Krieg getrieben zu haben, scheint bereits in der italienischen Volksseele eingewurzelt.“

Cadorna schrieb die schwere Niederlage der schlechten, ja verräterischen Haltung einiger Teile der zweiten Armee zu, während der schweizerische Oberst Egli in den Basler Nachrichten die geringe Widerstandskraft großer Teile des italienischen Heeres verantwortlich machte. Jedenfalls war der Vormarsch der Sieger unaufhaltsam; auch das österreichische am Meer stehende Heer unter Boroewitsch eröffnete nun den Angriff gegen die erste italienische Armee unter dem Herzog von Aosta und befreite am 27. Oktober Görz, das fast 15 Monate italienisch gewesen war. Am gleichen Tag rückten die Württemberger, die unter v. Below standen, in der ersten italienischen Stadt Cividale ein, durch die lebendige Erinnerungen an die Langobardenzeit und Paul Warnefried geweckt wurden. Unaufhörlich, lawinenhaft stieg die Zahl der Gefangenen und der erbeuteten Geschütze, auf 60000, 100000, auf 600 und 700. Die Straßen waren besät mit Fuhrwerken, die unermeßliche Vorräte aller Art enthielten. „Es war ein furchtbarer Rückzug, sagt der Rittmeister Freiherr v. Märcken zu Geerath in den „Deutschen Kriegsnachrichten“ Nr. 170 vom 17. Dezember, für den die Kriegsgeschichte aller Zeiten kein Beispiel kennt, ein Bild völliger Auflösung noch nach Wochen, einzig in seiner stummen Beredsamkeit. Es gibt keinen Gegenstand der Bewaffnung, Ausrüstung und des Gepäcks, der hier nicht zu Tausenden und aber Tausenden wild zerstreut, rechts und links der Straße, auf freiem Feld weggeworfen worden wäre, um die Eile der Flucht zu erhöhen. Zer-

brochene Gewehre, verrostete Bajonette und Stahlhelme, zerrissene Stiefel und Wickelgamaschen, Briefschaften und gefüllte Patronentaschen, Revolver, Säbel, Mäntel, Kochgeschirre, geleerte Offizierskoffer sowie Überreste von Flugzeugen bilden auf hundert Kilometer ein wirres Chaos."

Am 29. Oktober rückten die Deutschen in einem Augenblick, wo Cadorna den Pressevertretern des Raubverbandes ein weinschweres Essen gab, in Udine ein, wo seit Ende Mai 1915 das italienische Hauptquartier gewesen war; in jäher Flucht stob alles auseinander, und damit waren die örtlichen Fäden der Oberleitung vorerst völlig durchschnitten. Noch hofften die Italiener und ihre Verbündeten, daß man sich am Tagliamento werde halten können, daß dieser zur „zweiten Marne" werden könne. Vergebliche Hoffnung — statt dessen wurden am Tagliamento 60 000 Italiener abgefangen, ehe sie sich über den reißenden Strom retten konnten, und Ludendorff konnte melden, daß die Zahl der Gefangenen auf 200 000 gewachsen sei, die der eroberten Geschütze auf 1800. Jetzt geriet auch die österreichische Front nordwärts vom Isonzo, die Armee des früheren Kriegsministers Krobatin, in Bewegung und breitete sich in der Gegend zwischen Brenta und Piave aus. Schließlich erhob sich von Trient und den sette communi her Conrad v. Hötzendorf, den der neue Kaiser am 2. März wegen seiner „Bockbeinigkeit" im Amt des Chefs des Generalstabs durch den schmiegsameren Freiherrn Arz v. Straußenburg ersetzt hatte — sein Ansehen war allerdings seit dem Fehlschlagen der Offensive gegen die Italiener im Mai 1916 schon stark erschüttert — und der dann den Oberbefehl in einem ihm vertrauten Gelände zwischen der schweizerischen Grenze und der Brenta übernahm; „frisch und munter, bezeugt Egli, wie immer." Es war wie in einer Symphonie, wo ein Instrument ums andere einfällt. Am 4. November überschritten Deutsche und Österreicher auch den Tagliamento; die italienische Nordfront brach auf 150 km Länge zusammen; am 9. November stand v. Below an der Piave. Conrad erstürmte am 5. den Col di Lana und befreite Ampezzo und San Martino di Castrozza; im Brentatal drang er gegen die obere Piave vor; Asiago geriet in seine Hände. Am 10. fielen Belluno, am 15. Primolano und Feltre in die Gewalt der Sieger; die Zahl der Gefangenen überstieg 250 000, die der gewonnenen Geschütze 2300. Cadorna mußte für den schweren Mißerfolg, der Italien aller Früchte zweiundeinhalbjähriger Kämpfe beraubte und etwa 14 000 qkm italienischen Bodens unter

fremde Herrschaft brachte, mit dem Verlust seiner Stellung büßen; er sollte — diese schonende Form der Absetzung wurde gewählt — mit dem Franzosen Foch und dem Engländer Wilson einen obersten Kriegsrat bilden. Den Oberbefehl über das Heer erhielt der General Armando Diaz, ein Neapolitaner (geb. 1861), der in Libyen und im Weltkrieg Proben von Kaltblütigkeit und strategischer Einsicht abgelegt hatte. Diaz gab als guter Royalist die Losung aus: Zu neuem Kampf und Sieg unter dem Banner des Hauses Savoyen! Mit Hilfe französischer und englischer Divisionen, die in aller Eile unter den Generalen Fayolle und Plumer über die Alpen herangeschafft wurden, behauptete er in harten Kämpfen die Verteidigungsstellung der Piave und verhinderte Conrads Durchbruch aus den Bergen, vom Grappamassiv her, in die venetianische Tiefebene, deren Osten verloren war. Das gelang Diaz aber nur, weil die Heeresleitung der Verbündeten niemals an „eine uferlose Offensive" nach Italien hinein gedacht hatte. Sie war mit den erreichten Erfolgen, der Züchtigung Italiens und der unbedingten Sicherung Triests, zufrieden und zog einen großen Teil des Heeres v. Belows aus Italien nach dem Westen. Am 29. Januar mußte Conrad nach heißen Kämpfen den Italienern den Monte del Rosso und Monte di Val Bella wieder überlassen, und Diaz stützte seine Linke auf die gigantische Bastion des Monte Pasubio.

Der Seekrieg war im ganzen Jahr 1917 sehr lebhaft. Abgesehen von dem uneingeschränkten Tauchbootkrieg, über den oben gehandelt worden ist, fanden wiederholt erfolgreiche Vorstöße deutscher leichter Seestreitkräfte in die englischen Gewässer statt, so z. B. in der Nacht zum 26. Februar und 26. April gegen die Themsemündung, wobei beide Male Margate beschossen wurde, gegen die Festung Dünkirchen, der deutsche Torpedoboote am 26. März 200 Granaten zusandten, gegen Dover und Calais, die in der Nacht zum 21. April 650 Schüsse empfingen, am 12. Dezember gegen die Mündung des Tyne. Der Hafen von Belfast auf Irland mußte am 27. April wegen Minengefahr vorübergehend gesperrt werden, und die Morning Post erklärte schwermütig: „Die britische Seeherrschaft im alten Sinn besteht nicht mehr." Auch kleinere Seegefechte fanden wiederholt statt, so am 23. Januar in den „Hoofden" vor Holland. Als am 17. November 6 englische Großkampfschiffe und viele kleine Kreuzer und Torpedoboote in die deutsche Bucht eindringen wollten, wurden sie zwischen Terschelling in Holland und dem jütischen Hornsriff durch

deutsche Schiffe zur Umkehr gezwungen. Eine besonders glänzende Tat war es, daß am 17. Oktober die zwei kleinen Kreuzer Brummer und Bremse einen von Bergen nach England fahrenden sog. Geleitzug (in dem Handelsschiffe durch Kriegsschiffe geleitet wurden) bei den Shetlandsinseln angriffen und von 11 Handelsschiffen 10 und dazu die beiden geleitenden Torpedozerstörer in Grund schossen. Am 12. Dezember widerfuhr einem zweiten in derselben Richtung fahrenden Geleitzug von 6 Dampfern und 5 Bewachungsfahrzeugen durch Kapitän Kolbe das gleiche Schicksal; der Zug wurde völlig zerstört. Daß Unterseeboote Schiffe mitten aus Geleitzügen herausschossen, war etwas ganz Gewöhnliches. Der Hilfskreuzer Möwe unter dem kühnen Burggrafen Nikolaus von Dohna-Schlodien hat 1916 und 1917 zweimal Streiffahrten im atlantischen Ozean unternommen und große Beute gemacht (das zweite Mal bis März 1917 22 Handelsdampfer und 5 Segelschiffe); ähnlich der Hilfskreuzer Wolf (Februar 1918).

Auch der Luftkrieg verlief im Großen durchaus zugunsten der Deutschen, bei denen die Offiziere Bölcke, Immelmann, v. Richthofen sich besonders auszeichneten; v. Richthofen schoß im Januar 1918 den 65. Gegner ab. Aber alle drei fanden den Heldentod. Bezeichnend sind folgende amtliche Zahlen. Im April verloren die Deutschen 74 Luftzeuge und 10 Fesselbälle, die Gegner 362 und 29; im August die Deutschen 64 und 4, die Gegner 295 und 37; im September die Deutschen 82 und 5, die Gegner 374 und 22.

Nur auf einem Kriegsschauplatz verliefen die Dinge für den Vierbund unerfreulich. Dies war der türkische. Mit ihrer gewohnten rühmlichen Zähigkeit setzten die Briten alles daran die Scharte von Kut-el-Amara auszuwetzen. Den Oberbefehl in Mesopotamien erhielt der General Maude, und er wurde nicht mehr dem Vizekönig für Indien Hardinge unterstellt, dessen Unfähigkeit man die Katastrophe von Kut-el-Amara beimaß, sondern dem Kriegsministerium in London. Eine neue Unternehmung gegen Bagdad wurde mit größter Umsicht und unter Aufgebot aller irgend verfügbaren Mittel ins Werk gesetzt. Ein ganz neuer Stadtteil entstand in Basra, mit Werften und Kais, wo die indischen Ozeandampfer, welche bisher ihre Lasten auf Flußschiffe hatten umladen müssen, unmittelbar anlegen und ihre Fracht löschen konnten; statt täglich 222 000 kg auszuladen, konnten sie nun 860 000 ans Land schaffen. Unter der Leitung von 116 technischen Offizieren und 719 Technikern wurden der Euphrat und Tigris auf einer

großen Strecke durch 2650 geschulte Arbeiter aus Indien und Nigeria eingedeicht und den für die militärischen Bewegungen hinderlichen Überschwemmungen vorgebeugt. Zwei Eisenbahnen wurden längs der Ströme angelegt, um die Heeresbedürfnisse rasch nachschaffen zu können; unmittelbar vor den osmanischen Stellungen konnten nun die Züge entladen werden. Zur wirksamen Bekämpfung der Krankheiten ließ Maude die Zahl der Betten in den Spitälern von 4700 auf 16000 vermehren. Die Überlegenheit der Türken im Luftkampf wurde durch Verstärkung der britischen Luftflotte gebrochen und ins Gegenteil verwandelt, und das Heer wurde durch Nachschub aus Indien (Lahore) sehr verstärkt. So gerüstet konnte Maude den Vormarsch mit der Gewißheit des Erfolges antreten; den Türken fehlte vor allem die Eisenbahnverbindung, um entsprechende Gegenmaßregeln treffen zu können. Sie wehrten sich, das gaben selbst ihre Feinde zu, gleichwohl mit der alten kriegerischen Tugend ihrer Rasse; aber das Spiel war zu ungleich. Am 23. Februar mußten sie Kut-el-Amara räumen; den Übergang der Engländer über den Djala, der von links her in den Tigris strömt, haben sie viermal verhindert; aber in den Flanken umgangen mußten sie am 11. März Bagdad aufgeben, wenn sie nicht abgeschnitten werden wollten. Im letzten Augenblick plünderten die kurdischen Banden die Kalifenstadt so gründlich, daß die Einwohner die einrückenden Engländer als Retter begrüßten. Maude drängte die Türken noch gegen Samarra im Norden zurück und stellte die Fühlung mit den über Hamadan und Kermanschah aus Persien vordringenden Russen her; da wo die persischen Gebirge gegen das Tigristal abfallen, bei Khanikin, 160 km nördlich von Bagdad, reichten die Kosaken Baratows den englischen Reitern die Hände. Maude starb — wie v. d. Goltz — in dem ungesunden Mesopotamien am 18. November 1917; er wird als der ruhmbedeckte Sieger von Bagdad in den englischen Jahrbüchern fortleben, und die schon lange durch Einschüchterung, durch Bestechung und durch kluges Ausspielen des arabischen Sondergeistes gegen die Türken betriebene Anglisierung Mesopotamiens machte weitere Fortschritte, seit es den Muselmännern schien, als ob Allahs Wille es sei den Fremden Sieg und Herrschaft über die Osmanen zu verleihen.

Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch die Ereignisse in Palästina. Die Engländer betrachteten die Eroberung dieses Landes wie die Mesopotamiens als eine wichtige Aufgabe, weil sie durch den Besitz Palästinas und des Zweistromlandes die berühmte „Landbrücke"

von Kairo über Jerusalem und Bagdad nach Südpersien, auf das sie seit 1907 ihre Hand gelegt hatten, und von da nach Indien herstellen konnten. War diese Landbrücke vorhanden, so war Indien noch fester an England gekettet als bisher. So wurde auch der Angriff auf Palästina mit aller Sorgfalt vorbereitet; eine Eisenbahn wurde von El Kantara am Suezkanal nach Katia und El Arisch gebaut und von da dem Meer entlang bis vor Gaza weitergeführt. Eine Wasserleitung, die aus den Süßwasserseen gespeist wurde, sorgte für Trinkwasser und selbst für eine Badegelegenheit in der Wüste der Sinaihalbinsel. Durch diese Vorbereitungen gelang es ein starkes, von der Flotte unterstütztes Heer vor die feste Stadt Gaza zu bringen, die hinter ihren Olivenhainen verborgen lag. Gaza war die alte Einfallpforte von Ägypten nach Palästina, von diesem Land aus gesehen der starke Riegel, der das Land gegen die Feinde von Süden her verschloß. Die Pharaonen, die Herrscher von Babylon und Ninive, die Diadochen Alexanders, die christlichen und muselmännischen Heerfürsten des Mittelalters hatten um den Besitz der Stadt gerungen, in deren Mauern einst nach alter Sage Simson den Verlust seines Augenlichts an den Philistern blutig gerächt hatte. Zweimal versuchten die Engländer unter General Murray im Frühjahr 1917, am 26. und 27. März und wieder am 17. April, Gaza zu erstürmen; beidemal vergeblich. Die erste zweitägige Schlacht, an der fünf türkische Divisionen unter Dschemal Pascha, deutsche Truppen (so das Regiment 146) und eine starke, durch österreichische Kanoniere bediente, Artillerie teilnahmen, ist wohl die größte Schlacht gewesen, deren die lange Geschichte des heiligen Landes gedenkt. Sie war eine große Niederlage der Briten; 3000 Tote haben die Türken gezählt und bestattet. Als auch der zweite Angriff fehl schlug, wurde General Murray durch den Reitergeneral Allenby ersetzt, der im Herbst 1914 in Nordfrankreich auch in der Niederlage Mut und Entschlossenheit betätigt hatte. Mit großen Verstärkungen versehen, besetzte er am 31. Oktober Berseba, überflügelte Dschemal von Osten her und zwang ihn so am 7. November 1917 Gaza aufzugeben. Am 10. November nahm Allenby Askalon, wobei er 1100 Gefangene gemacht haben wollte; am 18. rückte er in Jaffa (Joppe) ein, der Hafenstadt Jerusalems, das von dieser Stadt 56, von Gaza 70 km entfernt ist. Damit gerieten auch die blühenden Ansiedelungen der schwäbischen Templersekte in englische Gewalt. Bei dem Vormarsch auf Hebron und Jerusalem leisteten die Osmanen lang zähe Gegenwehr. Allenby

wandte aber hier dieselbe Überflügelungstaktik an wie bei Gaza: er schnitt Jerusalem gegen Osten von Jericho ab und griff es gleichzeitig von Westen und Südwesten an, so daß es ihm gelang über Hebron (22 000 Einwohner) und Bethlehem (8000 Einwohner) an die (von 84 000 Menschen bewohnte) heilige Stadt heranzukommen und sie von drei Seiten zu umfassen. Wollten die Türken nicht wie in einem Sack gefangen werden, so blieb ihnen nichts übrig als abzuziehen; am 8. Dezember rückte Allenby von Westen her rasch herandrängend in Jerusalem ein. Es ist bezeichnend, daß eine französische und eine italienische Abteilung zu Allenby gestoßen waren, damit die allen Christen heilige Stadt, deren kirchlicher Schutz Frankreich 1535 vom Sultan Suleiman übertragen und später vom Papst bestätigt wurde, nicht den englischen Schismatikern allein anheimfalle. Papst Benedikt XV. erklärte ohne Rücksicht auf die politische Lage im Kardinalskollegium am Weihnachtsfest, daß nun der alte Wunsch der Väter erfüllt und die heiligen Stätten, wo das Blut Christi für unsere Erlösung vergossen wurde, dem christlichen Glauben wieder gegeben seien: „Jerusalem, du himmlische Stadt, bringe Gott den Hymnus des Jubels, der Dankbarkeit und Liebe dar." Der Eindruck des Ereignisses war in der ganzen Welt groß, da Jerusalem auch den Muselmännern ehrwürdig ist. Die Bevölkerung selbst war mit dem Sturz des türkischen Regiments sehr zufrieden; hier wie in ganz Syrien war es verhaßt wegen seiner bestechlichen und habgierigen Beamtenschaft, seines Mangels an Fürsorge für die Untertanen. „Kaum waren die Engländer da, sagte man zu einem württembergischen Arzt vom 146. Regiment, so hörte der Hunger auf, an dem vorher viele Leute starben, und wurde eine Wasserleitung gebaut, wodurch die Stadt gesund wurde. Wir haben nichts gegen euch Deutsche; ihr seid anständig und tüchtig. Aber ihr seid Bundesgenossen der Türken, und so müssen wir euch die Niederlage wünschen." Nördlich und östlich von Jerusalem behaupteten sich die Türken in ihren Stellungen; das Dorf Jericho fiel indessen am 21. Februar 1918 den Engländern in die Hände.

2. Innere Veränderungen

Im Innern der kriegführenden Staaten haben sich im Lauf des Jahres 1917 erhebliche Veränderungen vollzogen. In Frankreich wurde das Ministerium Briand, das am 30. Oktober 1915 auf Vi=

viani gefolgt war und sich allmählich völlig verbraucht hatte, am 17. März aus Anlaß einer Anfrage über die technischen Einzelheiten des Luftkriegs, worüber der Kriegsminister Liautey keine Auskunft geben wollte, zum Rücktritt genötigt. Den Vorsitz übernahm nun der konservativ-liberale Ribot, der 1892 den Bund mit Rußland geschlossen hatte. Er wurde aber dadurch bloßgestellt, daß er die geheimen Verträge mit Rußland und England, obwohl er versprochen hatte sie demnächst zu veröffentlichen, fortwährend geheim hielt und daß trotzdem herauskam, daß die Regierung ohne Wissen des Parlaments die Unterwerfung des linken Rheinufers unter Frankreich ausbedungen hatte (S. 318). An sich war damit so gut wie jeder Franzose (außer etwa einem kleinen Teil der Sozialisten) einverstanden; aber die Kriegslage war damals nicht darnach, daß solche Eroberungen wahrscheinlich waren, und so dienten die Verträge nur dazu Frankreichs eigentliche Kriegsziele, seine Eroberungsgier und seine Unmacht sie zu befriedigen aller Welt offenbar zu machen. Als Ribot den Minister des Innern Malvy, das Haupt der Radikalen, der des geheimen Einvernehmens mit Deutschland und verräterischer Mitteilungen über kriegerische Dinge beschuldigt wurde, aus seinem Kabinett ausschiffte, kündigten ihm die erzürnten Radikalen die Heeresfolge auf, und Ribot mußte am 7. September Painlevé Platz machen, einem früheren Professor der Mathematik und damaligen Kriegsminister. Dieser wurde aber schon am 13. November gestürzt, indem die Kammer auf der Beantwortung einer von ihm abgelehnten Anfrage über die Lage beharrte. Nunmehr geschah, was schon lang erwartet worden war: der entschiedenste Vorkämpfer des Kriegs bis aufs Messer, der 76jährige Clemenceau (geb. 1841), der sich gern den alten Tiger nennen hörte, trat an die Spitze der Regierung. Er verkündete am 20. November „den uneingeschränkten Krieg" und erhielt unter ungeheurem Beifallssturm ein Vertrauensvotum mit 408 gegen 45 Stimmen. Am 17. Dezember verlangte er die Erlaubnis gegen den Abgeordneten Caillaux gerichtlich vorgehen zu dürfen, weil dieser versucht haben sollte den Vertrag mit England zu zerreißen und den Frieden mit Deutschland abzuschließen (S. 213); auch sollte er Beziehungen zu den „Mittelmächten" unterhalten und einen Staatsstreich geplant haben. Die Kammer gewährte die Erlaubnis um so eher, als Caillaux selbst unerschrocken eine gerichtliche Klarstellung forderte. Am 14. Januar wurde er sogar in Haft genommen und in das Gefängnis La Santé übergeführt.

Über Italien S. 329.

In Österreich wurde der Ministerpräsident Graf Stürgkh am 21. Oktober 1916, weil er in Voraussicht heftiger und in der Kriegszeit sehr gefährlicher parlamentarischer Stürme die Einberufung des seit 1914 ausgeschalteten Reichsrats beharrlich verweigerte, von einem fanatischen Sozialdemokraten Friedrich Adler am Mittagstisch in einem Wiener Gasthof erschossen. Sein Nachfolger v. Körber trat schon Mitte Dezember wieder zurück, weil er den 1917 ablaufenden Ausgleich mit Ungarn nicht ohne Zuziehung des Reichsrats erneuern wollte; diesen zu berufen scheute sich aber Kaiser Karl, weil nach allen früheren Vorgängen seitens der Slawen Kundgebungen gegen die Staatseinheit zu befürchten waren und das im Krieg äußerst ungünstig wirken mußte. Mit Körber schied der einzige Mann aus, der vielleicht den Wirrwarr hätte abstellen können. Der neue Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz (seit 22. Dezember) gehörte dem tschechischen Hochadel an, stellte sich aber auf den Standpunkt der gesamtösterreichischen Staatsidee, die die Tschechen selbst durchaus verwarfen. Da dieser Standpunkt nur von den Deutschen hochgehalten wurde, beabsichtigte Clam-Martinitz die Forderungen der Deutschen (nationale Abgrenzung innerhalb Böhmens; deutsche Staatssprache; brauchbare Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses; Sonderstellung Galiziens und damit Beseitigung der slawischen Mehrheit im Abgeordnetenhaus) gemäß dem Notparagraphen 14 der Verfassung durchzuführen und dann erst den Reichsrat zusammentreten zu lassen. Auf dieses Versprechen hin gewann er zwei zuverlässige deutsche Mitglieder für sein Kabinett, Urban für das Handelsministerium und v. Bärnreither als sog. Landsmann-Minister. Clam-Martinitz konnte aber sein Versprechen nicht einlösen, weil infolge der russischen Revolution eine neue Lage entstand. Vor dem zarenfrei gewordenen Rußland nämlich hatten die Slawen Österreichs keine Furcht mehr, sondern sie empfanden zu ihm eine dem Staatsgefühl gefährliche Zuneigung. Um sie nicht vor den Kopf zu stoßen und zu schärfstem Widerstand zu reizen, verzichteten Kaiser und Ministerpräsident auf die Anwendung des Notparagraphen 14 und entschlossen sich zur Einberufung des Reichsrats, ehe die deutschen Forderungen erfüllt waren. Daß der Reichsrat diese genehmigen werde, war nicht anzunehmen. Infolge davon schieden Urban und v. Bärnreither aus dem Ministerium aus, und ihnen folgte der polnische Landsmann-Minister Graf

Bobrzynski, weil nun auch die Sonderstellung Galiziens, welche den Polen versprochen war, fraglich werden mußte. Der deutsche Nationalverband und die Christlich-Sozialen schlossen sich zur Verteidigung der deutschen Forderungen, über welche sie sich schon am 18. Februar 1917 verständigt hatten, eng zusammen. Der am 30. Mai zusammengetretene Reichsrat rechtfertigte die schlimmsten Befürchtungen. Die slawische Mehrheit beschloß entgegen dem Herkommen die Aufnahme auch solcher Reden ins Protokoll, die nicht in deutscher Sprache gehalten wurden; die Tschechen erklärten den Fortbestand ihrer staatsrechtlichen Theorie, nach der die Länder der Wenzelskrone (Böhmen, Mähren, Schlesien, der slowakische Norden Ungarns) einen Staat im Staate bilden sollten; und ebenso verlangten die Südslawen einen besonderen Staat ihrer Nationalität innerhalb des Reiches. Ja mehr und mehr trat bei Tschechen und Südslawen die Absicht hervor den Reichsverband selbst zu lösen und sich ganz selbständig einzurichten. Clam-Martinitz trat angesichts dieser Verwicklung der Lage am 25. Juni 1917 zurück, und es wurde, da ein parlamentarisches Ministerium bei der bestehenden Zerklüftung des Reichsrats nicht lebensfähig war, ein Beamten-Ministerium gebildet, an dessen Spitze der bisherige Ackerbauminister v. Seidler trat. Dieser, an sich ohne Energie und feste Ziele, konnte nichts tun als so gut und schlecht, als es eben gehen wollte, „fortwursteln“ und wurde namentlich der steigenden Ernährungsschwierigkeiten so wenig Herr, daß es im Januar 1918 von dem selbst auf karge Vorräte angewiesenen Deutschland 450 Wagen Getreide bis Mitte März borgen und überdies die wöchentliche Mehlmenge für den Kopf von 1400 g auf 1115 herabsetzen mußte. Die Not kam gutenteils davon her, daß die Tschechen Lebensmittel an die Deutschen nicht abgaben und auch die Magyaren ihre Vorräte für sich behielten. Dabei hatte Österreich-Ungarn von dem rumänischen Getreide trotz seiner geringeren Bevölkerungsziffer 756000 t erhalten, Deutschland nur 630 000. Da die Polen dem Ministerium Seidler Galiziens wegen die Bewilligung des Staatshaushalts versagten, so gab es am 7. Februar 1917 seine Entlassung: der Kaiser lehnte sie aber am 9. ab, da das unter den schwersten Verhältnissen bewährte Ministerium sein volles Vertrauen besitze und er auf sein Verbleiben besonderen Wert lege.

Der Tod des Kaisers Franz Joseph, der am 21. November über 86jährig einer Lungenentzündung erlag, ist schon S. 292 erwähnt worden. Mit ihm starb ein Herrscher, unter dem die Doppel-

monarchie 1848, 1859, 1866, 1878, 1908 die tiefgreifendsten Wandlungen durchgemacht hatte; er hatte es vermöge einer seltenen Freiheit von Prinzipienreiterei, vielleicht auch aus Mangel an starkem Willen immer verstanden sich schmiegsam den Zeitverhältnissen anzupassen und genoß bei seinen Völkern, namentlich bei den besonders berücksichtigten Polen, eine Achtung und Liebe, welche ein starkes Gegengewicht gegen die auflösenden Bestrebungen der Nationalitäten bildete. Dem gemeinsamen Heer widmete er stets eine verständige und umsichtige Fürsorge; es gereichte ihm zur Genugtuung, daß er die magyarischen Sondergelüste doch immer wieder zu zügeln vermochte. An dem Bündnis mit Deutschland hielt er in steter Treue fest. Sein Nachfolger Karl (geb. 17. August 1887) hatte im Weltkrieg gegen die Russen befehligt und so eine harte Schule durchgemacht; er war aber aus weichem Holz geschnitzt, unüberlegt und schwach, was er namentlich durch die verhängnisvolle Amnestierung der tschechischen Hochverräter Kramarsch und Genossen bewies, von seiner Schwiegermutter und seiner Frau abhängig und von ihnen in deutschfeindlichem Sinn beeinflußt; Ehrlichkeit, Geradheit und Wahrhaftigkeit hatte er nicht. Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übertrug er am 22. Dezember 1916 dem früheren Gesandten in Bukarest, Grafen Czernin, während der schwerfällige Freiherr v. Burian das Amt des gemeinsamen Finanzministers übernahm. Graf Czernin war ein kluger und gewandter Mann, aber sehr nervös und pessimistisch; in Anbetracht der inneren Schwierigkeiten Österreichs, der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, der Unzuverlässigkeit der Tschechen und der Arbeiter strebte er den Abschluß des Friedens selbst unter großen Opfern für Deutschland und Österreich an und sah in der Errichtung des von Wilson verkündigten Völkerbundes die Rettung seines Staates. An dem Bündnis mit Deutschland hielt er fest, mehr mit dem Verstand als mit dem Herzen, da eine andere Politik „über Österreich das Schicksal Rumäniens heraufbeschwören mußte". Mit Deutschland zusammen wo immer möglich zum Frieden gelangen, wenn aber dies an dem Vernichtungswillen der Gegner scheiterte, in Gottes Namen an Deutschlands Seite weiter kämpfen — das war seine Losung, und so erklärte er wohl, den Tag mit Freuden begrüßen zu wollen, an dem österreichisch-ungarische Truppen auch im Westen eingesetzt werden würden; „wie die Deutschen für Lemberg und Triest gefochten haben, so fechten wir für Straßburg und Metz." Auch in der Leitung

des Generalstabs erfolgte ein Wechsel (S. 330), der einen selbständigen Berater des Kaisers beseitigte; an Stelle Conrad v. Hötzendorfs trat der fügsamere Arz v. Straußenburg. In Ungarn kam Graf Stephan Tisza am 23. Mai 1917 zu Fall, weil er das allgemeine gleiche Wahlrecht als für den Staat verderblich ablehnte, die Opposition dagegen an sich und vollends im Hinblick auf die Einwirkung der russischen Revolution auf die Massen dieses Zugeständnis für unabweislich erachtete. Der König pflichtete dieser Ansicht bei, und zunächst sollte der erst 36jährige Graf Esterhazy, dann, als dieser der Lage nicht gewachsen war, der oft erprobte Wekerle (seit 26. August) die Reform durchführen. Indem dieser in seiner Gesetzesvorlage die Fähigkeit des Lesens und Schreibens zur notwendigen Vorbedingung des Wahlrechts machte, hoffte er die Vorherrschaft der Magyaren, bei denen die Analphabeten weit weniger zahlreich waren als bei den „Nationalitäten", auch unter dem gleichen Wahlrecht erhalten zu können. Daß diese Vorherrschaft erhalten bleiben solle, darüber waren die Magyaren alle einig.

Im deutschen Reich wurde der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg seit langem von den Konservativen und den Alldeutschen, deren Einfluß durch den Krieg sehr gewachsen war, heftig angegriffen. Man warf ihm Schwäche vor, erstens weil er den von Scheidemann zielbewußt und energisch geführten Sozialdemokraten zu weit entgegenkomme und so die Grundlagen der Monarchie und das feste Gefüge des altpreußischen Staates gefährde, der seine gewaltige Dauerhaftigkeit und Kraft eben im Krieg glänzend bewiesen habe; Bethmann hieß wohl der Totengräber Preußens, damit aber auch über kurz oder lang des deutschen Reiches. Zweitens gab seine lang festgehaltene Ablehnung des uneingeschränkten Tauchbootkrieges Anlaß zu der Klage, daß es ihm an der nötigen Tatkraft in dieser schwersten Zeit des deutschen Volkes fehle, daß er immer noch daran denke sich mit England auszusöhnen, statt diesen unbarmherzigsten Feind Deutschlands mit eisernem Griff niederzuringen, und daß er überhaupt das Staatsschiff im Sturm steuerlos dahintreiben lasse, während Lloyd George auf der andern Seite die volle Energie des Führers bekunde. Zwar willigte Bethmann am 31. Januar in den uneingeschränkten Unterseekrieg; da aber übereifrige halbamtliche Redner infolge dieses Krieges, wie wir wissen, den Sieg auf 1. August oder höchstens einige Wochen später prophezeiten und sich doch bald ergab, daß das weit vom Ziel geschossen war, so entstand neue Verstimmung. Diese wuchs

noch mehr an durch die Ernährungsnöte; bei der schlechten Kartoffelernte von 1916 aß man fast bloß Steckrüben („Bodenkohlraben"), und es erfolgte ab 1. April 1917 eine Herabsetzung des täglichen Brotanteils auf den Kopf von 200 g auf 170, der Kartoffelmenge auf 5 Pfund wöchentlich; allerdings unter gleichzeitiger Erhöhung der wöchentlichen Fleischgabe von 250 g auf 500 g. Dies alles blieb bis 15. August in Kraft, wo dann Brot- und Fleischmenge auf den früheren Stand zurückgeführt wurden. Die Konservativen wurden durch die sog. Osterbotschaft vom 7. April noch mehr verstimmt, für die der Reichskanzler natürlich die Verantwortung trug. Sie enthielt die Zusage, daß, da nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Krieg für das Dreiklassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr sei, nach der Heimkehr der Krieger die Verfassung entsprechend geändert und die Vorbereitungen dazu unverweilt abgeschlossen werden sollten. Das gleiche Wahlrecht wurde aber nicht bestimmt in Aussicht gestellt, nur die Einführung der direkten und geheimen Stimmabgabe. Gleichzeitig sollte eine Umgestaltung des Herrenhauses, dessen Verdienste und dessen bleibende Bedeutung für den Staat kein König von Preußen verkennen werde, in der Weise vorgenommen werden, daß es im weiteren und gleichmäßigeren Umfange als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen führende Männer in seiner Mitte vereinige. In diesem Erlaß war noch der sehr verständige Standpunkt festgehalten, daß zwar eine „Neuorientierung" der inneren Politik vorgenommen werden müsse, aber erst nach Ablauf des Krieges, um nicht während des Kampfes innere Zwistigkeiten hervorzurufen und um den Kriegern selbst die Mitwirkung zu ermöglichen. Zwölf Tage nachher, am 19. April, wurde aber sofort ein Stück Neuorientierung verwirklicht: den Wünschen der katholischen Bevölkerung gemäß wurde der noch zu Recht bestehende erste Artikel des Jesuitengesetzes von 1872 durch den Bundesrat mit kleiner Mehrheit abgeschafft und damit das Gesetz vollständig beseitigt. Sein Fortbestand ist, nach der Stimmung, die der Weltkrieg erzeugt hatte, auch von der Mehrheit der Protestanten als unmöglich angesehen worden. Nachdem aber das Zentrum eine alte Forderung im Krieg selbst durchgesetzt hatte, wollte die Linke auch bezahlt sein; der Stein kam durch Bethmanns Nachgiebigkeit ins Rollen.

Als der Reichstag, dessen Wahlperiode am 12. Januar 1917 abgelaufen war, der aber wegen der Unmöglichkeit von Neuwahlen

wiederholt verlängert wurde, am 5. Juli wieder zusammentrat, herrschte eine sehr schwüle Stimmung. Der Unterseekrieg lieferte wohl gewaltige Erfolge, nicht aber -- oder noch nicht -- brachte er Englands erwarteten Zusammenbruch. Die Linke klagte über die Hinausschiebung der Wahlreform bis zur Zeit nach dem Krieg und über den Mangel einer sofortigen Zusage des gleichen Wahlrechts in der Osterbotschaft; sie wünschte ferner, daß dem Drängen der Alldeutschen und Konservativen nach Einverleibungen im Osten in den baltischen Landen und nach dauernder Festhaltung der flandrischen Küste seitens der Regierung entgegengetreten werde, weil dadurch die Gegner zu zähstem Widerstand angespornt und der Kriegseifer der Arbeitermassen, der nur der Verteidigung, nicht Eroberungen gelte, gelähmt werde. Bethmann selbst hatte zwar Gebietserweiterungen im Osten und tatsächliche Bürgschaften im Westen — ohne Aufhebung der belgischen Selbständigkeit — als sein Ziel bezeichnet; man traute ihm aber nicht die Entschlußkraft zu daran festzuhalten. Die Lebensmittelnot in den großen norddeutschen Städten und im Industrieviertel (in Bayern und Württemberg stand es wesentlich besser) rief eine Gärung in weiten Schichten hervor, welcher die Abgeordneten Rechnung tragen zu müssen glaubten; die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel wollte trotz aller Reichsbehörden, die dafür geschaffen worden waren, so des Kriegsernährungsamts unter Herrn v. Batocki am 22. Mai 1916, nicht gelingen; ein schwunghafter Schleichhandel mit Wucherpreisen verschaffte denen, welche jeden Preis anlegen konnten und wollten, reichliche Versorgung, während die mäßiger Bemittelten — nicht sowohl die Arbeiter, die von der Kriegsindustrie sehr hohe Löhne bezogen, als der Mittelstand und die Festangestellten -- darben mußten. Auch die Bekleidungsfrage wurde bei dem steigenden Mangel an Baumwolle und Wolle immer schwieriger, weshalb am 10. Juni 1916 eine Reichsbekleidungsstelle geschaffen wurde; sie ordnete an, daß Kleider nur gegen Bezugsscheine gekauft werden durften. Aus diesen Umständen erwuchs eine schwere Krisis. Der Reichstagsabgeordnete Erzberger (vom Zentrum), vom Grafen Czernin nach dessen ausdrücklicher Angabe (vom 11. Dezember 1918) dazu veranlaßt und durch Kaiser Karl selbst in den Besitz des Czerninschen Immediatberichts (S. 312) gesetzt, verlangte, ohne vorher Fühlungnahme mit der Regierung zu nehmen, am 6. Juli im Hauptausschuß, daß der Reichskanzler, da eine Aussicht auf Sieg durch das Tauchboot nicht be-

stehe und Österreich der Erschöpfung nahe sei, auf Frieden bedacht sein solle, was die günstige Kriegslage im Westen und Osten ermögliche. Der Reichskanzler fühlte sich von diesem Vorstoß „geradezu überfallen", wie Helfferich am 1. Juli 1919 in der Kreuzzeitung gesagt hat, und gab diesem Gefühl gegen Erzberger auch Ausdruck. Daraus erwuchsen Beratungen des Kaisers mit Hindenburg und Ludendorff und mit dem Kronprinzen. Die oberste Heeresleitung klagte seit langem darüber, daß der Reichskanzler aus Rücksichten innerer Politik die zur Gewinnung des Kriegs unbedingt notwendige Tatkraft hinsichtlich der Aufklärung des Volkes über die Gefahr und der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen vermissen lasse, und nahm entschieden gegen ihn Stellung. Am 11. Juli erschien ein königlicher Erlaß, welcher in Erweiterung der Osterbotschaft einen Gesetzentwurf über die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen in der Art ankündigte, daß bereits die nächsten Wahlen nach diesem Recht vollzogen werden sollten. Dieser Erlaß befriedigte die Volkspartei und die Sozialdemokratie, und auch das Zentrum hatte sich für das gleiche Wahlrecht des öfteren ausgesprochen. Da der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg den Erlaß gegengezeichnet hatte, so nahm man an, daß sein Bleiben an der Spitze der Regierung nach dem Willen des Kaisers und der Reichstagsmehrheit gesichert sei. Aber bereits am 14. Juli erfolgte seine Entlassung — ohne Zweifel war seine Stellung von rechts und links her doch so unterwühlt, daß er die Lage nicht länger meistern konnte und also nicht mehr zu halten war. Die Rechte hatte schon lange mit ihm gebrochen; nun ließen ihn die Nationalliberalen durch ihren neuen Führer, den sächsischen Abgeordneten Stresemann (Bassermann lag todkrank in Baden-Baden und starb am 24. Juli) die Gefolgschaft aufsagen, weil er in der Behandlung der Neutralen (die massenhaft Wilsons Fahnen folgten) von Mißerfolg zu Mißerfolg schreite und jedenfalls nicht der Mann sei, um einen guten Frieden zustande zu bringen. Die Linke war für ihn; aber sie wünschte eine „Parlamentarisierung" der Regierung, welche Bethmann nicht in dem verlangten Maß annehmen konnte, und da auch das Zentrum jetzt von ihm abrückte, hatte er keine Mehrheit mehr für sich. Was man auch an seiner Staatsleitung aussetzen mag, der die vor allem in dieser furchtbaren Zeit bitter notwendige bestimmende und fortreißende Kraft sicher abgingen — die unparteiische Geschichte wird es ihm doch nicht vergessen, daß er von dem Geist

des 4. August, des unzerreißbaren Zusammenschlusses der Nation auf Leben und Tod, sich leiten ließ, so lang er am Steuer stand, und daß er die daraus gebieterisch sich aufdrängende Notwendigkeit einer Neuorientierung der Regierung und der Parteien begriffen und vertreten hat. Die Parteien mögen sich prüfen, ob sie auch auf dem Boden nationaler Politik verblieben sind und nicht ihre Parteiziele zum schweren Unheil der Nation zu früh wieder hervorgeholt haben — sowohl die Rechte als auch die Linke. Die erste wollte in der Frage des Wahlrechts verblendeter Weise nicht nachgeben; die andere verlangte, daß der Schein sofort eingelöst werde, während jetzt erste und einzige Pflicht war alles Trennende hintanzusetzen und die ganze Energie des Volkes auf Kampf und Sieg einzustellen, um den Gegnern, die so verfuhren, an Wucht und Kraft des Kampfwillens gewachsen zu sein.

Der Kaiser bot die Stelle des Reichskanzlers zunächst dem Grafen v. Hertling an, der, 1843 geboren, 1883 Professor der Philosophie an der Universität in München und 1912 bayerischer Ministerpräsident geworden war. Seit 1875 gehörte er als Vertreter verschiedener Wahlkreise dem Reichstag an. Er war ein hervorragender, namentlich in den Fragen der auswärtigen Politik wohlbewanderter Führer des Zentrums, ein Mann von Geist und vielseitiger Bildung, der, so oft er das Wort ergriff, die Aufmerksamkeit des Parlaments fesselte, aber schon bei hohen Jahren und wegen seiner konservativen Grundrichtung der Linken einigermaßen verdächtig. Hertling lehnte aus verschiedenen Gründen, zum Teil wegen seines Alters, ab, und so fiel die Wahl des Kaisers auf den preußischen Staatskommissar für Volksernährung, Otto Michaelis (geb. 1857), einen Mann von entschiedener christlicher Gesinnung, der in seinem Amte sich sehr tüchtig und schneidig erwiesen hatte und dem man deshalb die erforderliche Tatkraft zutraute die schwierige Lage zu meistern.

Der sechste Reichskanzler fand freilich in hohem Grad verwickelte Verhältnisse vor. Zu den sonstigen Schwierigkeiten gesellte sich noch eine doppelte tiefe Spaltung im Parlament. Die Linke verlangte stürmisch die „Parlamentarisierung der Regierung", d. h. eine engere Verbindung zwischen Volksvertretung und Regierung, damit die erste auf die zweite mehr Einfluß gewinne; daß dieser Zusammenhang bisher gefehlt habe, sei mit die Ursache vieler Mißerfolge im Innern und Äußern. Demgemäß wollte sie die Betrauung hervorragender Abgeordneter mit Ministerposten und begründete diese Forderung auch

damit, daß das Geschrei der Gegner über die angeblich in Deutschland herrschende Autokratie der Hohenzollern widerlegt werden müsse. Die Rechte lehnte diese „Parlamentarisierung" der Regierung als einen Angriff auf die monarchische Gewalt selbst ganz entschieden ab; dem Kaiser stehe das Recht zu seine Räte nach seinem freien Ermessen zu wählen, und dieses Recht müsse ihm bleiben. Die Nationalliberalen und das Zentrum wollten keinesfalls dieses Recht des Königs und Kaisers auf die ihm gutdünkende Ernennung der Minister angetastet sehen, wenn sie auch aus praktischen Gründen für die Hereinnahme parlamentarischer Führer in die Regierung waren. Die Einzelstaaten befürchteten von der Parlamentarisierung die schließliche Errichtung von Reichsministerien, deren Inhaber sich nur dem Reichstag verantwortlich fühlen und den Bundesrat beiseite schieben, also das föderative Prinzip der Reichsverfassung mißachten würden. Die im Juli erfolgte Reise Hertlings nach Berlin wurde auch mit dem Widerspruch Bayerns gegen Reichsministerien in Verbindung gebracht. Der zweite Grund einer Spaltung des Parlaments lag darin, daß die Sozialdemokratie, die fortschrittliche Volkspartei und unter dem Einfluß Erzbergers ganz unerwarteterweise auch das bisher anders gesinnte Zentrum einen Antrag einbrachten, nach welchem der Reichstag sich für einen Verständigungsfrieden aussprechen sollte, mit welchem erzwungene Gebietserwerbungen und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar seien. Die wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Krieg, die in Paris 1916 beschlossen worden war, wurde abgelehnt, Sicherstellung der Freiheit der Meere verlangt und die Bereitwilligkeit zur Förderung internationaler Rechtsorganisationen zur Verhütung künftiger Kriege erklärt. Solange die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, werde das deutsche Volk unerschütterlich wie ein Mann zusammenstehen und für sein Recht auf Leben und Entwicklung kämpfen. Die Begründung dieses Antrags ging dahin, daß es gelte zu zeigen, daß Deutschland nicht, wie seine Gegner behaupteten, auf Vergewaltigung und Unterjochung der ganzen Welt ausgehe; auf diese Weise werde die überall, auch bei den Gegnern, vorhandene Friedenssehnsucht die Oberhand über die Kriegshetzer gewinnen und der Friede kommen.

Der Reichskanzler fand am 19. Juli, als er sich dem Parlament vorstellte, diese „Resolution" vor. Innerlich war er nicht von ihrer Richtigkeit überzeugt; aber wenn er nicht sofort einen Zusammenstoß und eine neue Krisis hervorrufen wollte, mußte er suchen mit der

Mehrheit des Reichstags zurecht zu kommen, und so erklärte er, daß er hoffe die Ziele Deutschlands im Rahmen der Resolution, „so wie er sie verstehe", durchführen zu können. Als er die Grundzüge seiner Erklärung vorher mit den Parteiführern besprach, machte er diesen Zusatz nicht; er tat dies erst auf der Tribüne, von seinem Gewissen als ehrlicher Mann gedrängt. Sofort rief er dadurch bei der Mehrheit Mißtrauen hervor, ohne die Minderheit, welche den Weg der Resolution verwarf, für sich einzunehmen; den einen bot er nicht genug, den andern zu viel. Die Konservativen, die Nationalliberalen und die eine Hälfte der (1916 aus der Reichspartei und der christlich-sozialen wirtschaftlichen Vereinigung entstandenen) „deutschen Fraktion" waren gegen die Resolution, weil, wie die bittere Erfahrung vom Dezember 1916 lehrte, jedes deutsche Friedensangebot von den Gegnern und nicht minder von unseren Verbündeten lediglich als ein Anzeichen der Schwäche aufgefaßt wurde, weil also der Kriegswille der Feinde voraussichtlich nicht vermindert, sondern im Gegenteil neu belebt wurde. Dann machte man geltend, daß unseren Vertretern bei den Friedensverhandlungen durch die Resolution förmlich die Hände gebunden würden; die Feinde wollten uns zerstückeln, unsere Diplomaten aber könnten den Gegnern nicht einmal drohen, daß wir unsere Faustpfänder schlimmstenfalls behalten würden: ihr habt ja, könne man ihnen zurufen, euer Parlament dabei nicht hinter euch! Bei der Abstimmung ergaben sich für die Resolution 212, gegen sie 126 Stimmen (darunter 5 vom Zentrum und 22 „unabhängige" Sozialisten, wie sich seit 11. Mai die aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgetretene radikale „Arbeitsgemeinschaft" umgetauft hatte; S. 291). Das Echo auf die Resolution war ganz das von der Minderheit des Reichstags vorhergesagte. Alle Reden der verantwortlichen Minister des Raubverbands liefen darauf hinaus, daß an Frieden erst zu denken sei, wenn der verbrecherische und herrschsüchtige preußische Militarismus bezwungen und Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie in der Welt vor ihm gesichert seien: ohne Phrasen: wenn Deutschland entwaffnet, das Kaisertum gestürzt, Elsaß-Lothringen, Schleswig, Posen und Westpreußen von Deutschland losgerissen, Österreich, Ungarn und die Türkei aufgelöst und auf diese Weise die kleinen Völker befreit seien; von der Befreiung der Iren, Ägypter, Indier, Cochinchinesen, Annamiten, der russischen Fremdvölker war mit keinem Wort die Rede. Der Engländer Carson verlangte im Juli, daß Deutsch-

land sofort alle besetzten ihm nicht gehörigen Gebiete, wozu er in echt englischer Unwissenheit auch das linke Rheinufer rechnete, räumen und für seine Missetaten Buße tun solle. Wilson vertrat den Standpunkt, daß man zwischen dem harmlosen deutschen Volk und seiner gewalttätigen Dynastie unterscheiden, diese stürzen und die Hohenzollern verjagen müsse, wofür er am 15. Mai vom deutschen Reichstag indes die gebührende Antwort erhielt. Hervé, der vom Antimilitaristen sich zum wildesten Kriegshetzer entwickelt hatte, schrieb in seiner Victoire: „Die Deutschen würden nicht an alle Türen anklopfen, wenn sie nicht fühlten, daß ihre Kraft zu Ende geht,“ und die Bulgaren verzweifelten nach dem Zeugnis des wohl bewanderten sozialdemokratischen Abgeordneten Wendel an Deutschlands Fähigkeit bis zum siegreichen Ende Stand zu halten; schon das Friedensangebot vom 16. Dezember 1916 hatten sie so aufgefaßt, und König Ferdinand klopfte deshalb bei dem russischen Gesandten in Stockholm an, ob man ihn nicht zu Gnaden annehmen wolle (S. 306). Um der verhängnisvollen Wirkung der Resolution vom 19. Juli entgegenzutreten, bildete sich am 2. September in Königsberg die Vaterlandspartei unter der Vorstandschaft des Großadmirals v. Tirpitz, um den Siegeswillen des deutschen Volkes zu stärken, und sie fand überall begeisterten Zustrom aus allen Parteien, namentlich allerdings von den Konservativen und Nationalliberalen. Sie wurde deshalb, obwohl sie grundsätzlich von allen inneren Fragen völlig absah, unehrlicher Weise durch die Linke als Vorkämpferin der Reaktion, besonders des Dreiklassenwahlrechts verschrieen.

Um den Wünschen nach Unterstützung des parlamentarischen Einflusses auf die Regierung entgegenzukommen, nahm Michaelis einige Veränderungen im preußischen Ministerium und den Reichsämtern vor. Der Zentrumsführer Peter Spahn, Oberlandesgerichtspräsident in Kiel, bisher der Befürworter eines Friedens mit Landgewinn im Osten und Bürgschaften im Westen, wurde preußischer Justizminister, der Nationalliberale Justizrat v. Krause Staatssekretär des Reichsjustizamts. Von dem längst mit Arbeit überlasteten Reichsamt des Innern, das der Oberbürgermeister Kölns Wallraf erhielt, wurde ein Wirtschaftsamt abgezweigt, das der der Volkspartei nahestehende Bürgermeister Schwander von Straßburg übernahm, allerdings aber aus Gesundheitsgründen nur bis 20. November behielt; sein Nachfolger wurde Freiherr v. Stein. Da vier preußische Minister das gleiche Wahlrecht nicht vertreten wollten, so wurde das Mi-

nisterium des Kultus dem Ministerialdirektor Dr. Schmidt, das der Landwirtschaft dem Landeshauptmann v. Eisenhart-Rothe, das der Finanzen dem Regierungspräsidenten Hergt und das des Innern dem Unterstaatssekretär Drews anvertraut. An die Spitze des Kriegsernährungsamts, das bisher Herr v. Batocki gehabt hatte, trat der Oberpräsident von Pommern, v. Waldow.

Die Linke war freilich mit diesen Ernennungen bei weitem nicht zufrieden, und auch der Fortgang der Friedenssache war nicht nach dem Sinn der Mehrheit vom 19. Juli. Papst Benedikt XV., der schon am 1. August 1915 eine Mahnung zum Frieden erlassen hatte, wiederholte diesen Schritt am 1. August 1916 durch ein an alle kriegführenden Staaten gerichtetes und Mitte August bekannt gegebenes Schreiben, in dem er Rückgabe aller eroberten Gebiete und einen gütlichen Vergleich über Elsaß-Lothringen und die polnischen Teile Deutschlands, die italienischen Österreichs anregte. Obwohl er damit den Franzosen und Italienern erheblich weiter entgegenkam, als Deutschland und Österreich angenehm sein konnte, so stieß er doch nur bei dem Raubverband auf Ablehnung. Deutschland richtete auf Grund eines Kronrats vom 11. September, wo die oberste Heeresleitung sich, wenn auch ungern, zur Aufgabe der flandrischen Küste und voller politischer Herstellung Belgiens bereit erklärte und nur Belgiens wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland und die Besetzung Lüttichs und der Maaslinie zum Schutz des deutschen Industrieviertels als auf einige Zeit sehr wünschenswert bezeichnete, am 19. September eine Note an den Staatssekretär der Kurie Gasparri, worin erklärt wurde, daß das Bestreben des Papstes nach Frieden von Anfang an das Kaiser Wilhelms II. und des deutschen Volkes gewesen sei und die kaiserliche Regierung brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden suchen wolle. Ähnlich äußerten sich Österreich-Ungarn, das als katholische Macht den Ton kindlicher Ergebenheit gegen den Papst anschlug, die Türkei und Bulgarien. England dagegen hat niemals an einen billigen Frieden, den Deutschland hätte annehmen können, gedacht, und Frankreich war von der Friedensneigung des Frühjahrs (S. 314) bereits zurückgekommen, da man in Paris und London, sei es durch die Unvorsichtigkeit Erzbergers, der den Czerninschen Immediatbericht im Reichsausschuß seiner Partei vorlas, sei es durch direkte Berichte über Österreich-Ungarns Erschöpfung Kenntnis erlangt hatte. So wies England seinen Gesandten beim Vatikan, Grafen Salis, an, sich

in die Verhandlungen des Papstes mit den Mittelmächten nicht einzumischen, was ihm zwecklos schien, und Ribot lehnte es gereizt ab, sich den Weg führen zu lassen, den der Vatikan weise. Vollends war gar keine Rede davon, daß der Raubverband die deutschen Forderungen: Rückgabe der Kolonien, Verzicht auf Entschädigung und auf den Wirtschaftskrieg der Zukunft, anzunehmen sich bereit erklärte. Diese Forderungen entsprachen wohl der Resolution vom 19. Juli; die Gegner aber wollten Zerschmetterung Deutschlands. Nie, so hat selbst die Revolutionsregierung des November 1918 gestanden, ist von unseren Feinden ein ernstes Friedensangebot an uns ergangen.

Am 9. Oktober bezeichnete der Reichskanzler im Reichstag die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie als eine, welche den Bestand des Reiches gefährde, also jenseits der zulässigen Grenze stehe, und brachte zum Beweis die Tatsache zur Sprache, daß Angehörige dieser Fraktion mit meuterischen Matrosen verhandelt und ihnen nur geraten hatten „ja recht vorsichtig zu sein", da die Sache sehr gefährlich sei. Der Reichskanzler hatte ein volles Recht diese Haltung als landesverräterisch anzusehen; die Abgeordneten hätten die klare Pflicht gehabt die Meuterer unbedingt von ihrem Vorhaben abzumahnen als von nacktem Hochverrat. Sie waren aber gerieben genug gewesen sich nicht allzusehr bloßzustellen (während die verhetzten Matrosen dem Kriegsgericht verfielen), und deshalb hatte der Reichsanwalt es abgelehnt gegen sie mit einer Strafklage vorzugehen, die voraussichtlich erfolglos bleiben mußte. Die ganze Sache hatte schon im Frühjahr 1917 gespielt. Man fragte sich vergeblich, aus welchem Grund der Reichskanzler den Vorfall jetzt aufgriff und ihn an die große Glocke hing, wo doch zugestandenermaßen gerichtlich nichts zu erreichen war, wohl aber im Ausland der Eindruck der Brüchigkeit der deutschen Flotte erweckt werden mußte. Im Reichstag rief deshalb der Vorstoß einen peinlichen Eindruck hervor, und leider wurde darüber die Schwere der Pflichtvergessenheit der Sozialdemokraten nicht gebührend an den Pranger gestellt. Durch den ganzen Vorfall befestigte sich die Ansicht, daß Michaelis bei all seinen Vorzügen und anerkannten Verdiensten als Beamter kein Mann der Politik sei, daß er des Geschicks zur Führung des Reichstags und der Nation ermangele. Infolge davon erhielt er in der ehrenvollsten Weise seine Entlassung, und nun ließ sich Graf Hertling doch am 2. November zur Übernahme des Reichskanzleramts bereit

finden. Es geschah das nach langen Verhandlungen mit den Parteiführern, mit denen der neue (siebente) Reichskanzler ein Regierungsprogramm vereinbarte, das fernere Reibungen zwischen Regierung und Parlament nach Möglichkeit ausschließen sollte. Dieses Programm enthielt die Annahme der auf die Antwort an den Papst vom 19. September gegründeten Politik eines sog. Verständigungsfriedens, dann die Einführung von Arbeiterkammern und die Abänderung des § 153 der Gewerbeordnung durch Sicherstellung der sog. Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Außerdem sollten, da Hertling selbst aus dem Zentrum hervorging, Vertrauensmänner anderer Parteien ihm zur Seite treten. Die Konservativen waren ohnehin in allen hohen Ämtern Preußens und des Reichs sehr stark vertreten; als Vertrauensmann der Nationalliberalen wurde der frühere Professor der Volkswirtschaft in Halle, Dr. Friedberg (geb. 1851), der Vorstand der nationalliberalen Landtagsfraktion, zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums ernannt; als Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei erhielt der frühere Präsident der württembergischen zweiten Kammer, der Rechtsanwalt Friedrich v. Payer (geb. 1847), (an Stelle Helfferichs, des früheren Staatssekretärs der Finanzen und dann des Reichsamts des Innern) die Stelle eines Vizekanzlers im Reich. Die Ernennung Friedbergs empfahl sich auch deswegen, weil Hertling als Bayer mit den preußischen Angelegenheiten naturgemäß nicht näher vertraut war und die Durchführung des gleichen Wahlrechts eine volle Kraft erforderte. Die Vorlage über die Wahlreform und die Umgestaltung des Herrenhauses wurde am 24. November im preußischen Landtag eingebracht und dort sehr zurückhaltend aufgenommen. Die Konservativen lehnten das gleiche Wahlrecht für die Einzelstaaten grundsätzlich ab, da die Einzelstaaten finanziell auf die direkten Steuern der Besitzenden angewiesen waren und das allgemeine Wahlrecht die Besitzlosen zu Herren der Lage machte. Die Nationalliberalen befürchteten, daß das gleiche Wahlrecht zum Landtag das gleiche Wahlrecht in den Gemeinden nach sich ziehen werde; dadurch würden die Gemeindevertretungen des Industrieviertels am Rhein und in Westfalen der Sozialdemokratie und den Polen ausgeliefert werden. Auch das Zentrum war bedenklich, weil das bestehende Wahlrecht eine konservativ-klerikale Mehrheit in Schulfragen und damit der Abwehr einer liberalen, antikonfessionellen Schulpolitik ermöglichte. Die Vorlage wurde vom Abgeordnetenhaus an einen Ausschuß verwiesen. Dieser beschloß zuerst die

künftige Zusammensetzung des Herrenhauses zu beraten und erst dann, wenn über diese Sache Klarheit bestehe, sich mit der Frage der Reform des Abgeordnetenhauses zu befassen. Diese Verzögerung der von der Linken mit großem Nachdruck geforderten Annahme des gleichen Wahlrechts, dann die Ernährungsschwierigkeiten, die allgemeine Kriegsmüdigkeit und (nach dem Zeugnis des volksparteilichen Abgeordneten Heckscher) englisches Geld sowie auch russische Einflüsse riefen am 28. Januar 1918 in Berlin und Umgebung, in Mannheim, Nürnberg u. a. Orten einen Ausstand der Arbeiter hervor; aber die öffentliche Meinung setzte ihm eine große Entrüstung, die Masse der Arbeiter — nach der Angabe des Ministers Drews vom 8. Februar 88% — gesunden patriotischen Sinn und die Regierung die volle Festigkeit, mit den Ausständigen selbst nicht zu verhandeln, entgegen. Infolge davon scheiterte das unpatriotische Unternehmen, das die Kraft unserer Heere zu lähmen drohte; „die Generalprobe auf die Revolution“, wie später ein Unabhängiger gestanden hat, war noch einmal mißglückt, und am 4. Februar wurde die Arbeit überall wieder aufgenommen.

3. Friedens-Verhandlungen

Die zweite Phase der russischen Revolution, die „sozialrevolutionäre“ unter der Leitung Kerenskijs, lief zu Anfang November ab. Die Verweigerung des Friedens, nach dem laut einer Äußerung des früheren russischen Botschafters in Tokio, Rosen, gegen den Schriftsteller Maxim Gorki das russische Volk geradezu lechzte, und die schweren Niederlagen in Galizien, in der Bukowina und bei Riga zerstörten das Ansehen Kerenskijs vollständig und ermutigten seine Gegner zur Linken, die Maximalisten oder Bolschewiki, zu einem Aufruhr. Geleitet von Lenin (eigentlich Wladimir Uljanow, einem Sproß aus altem Landadel) und von dem jüdischen Rechtsanwalt Braunstein aus Kijew, der sich Trotzkij nannte, verlangte der Ausschuß des maximalistischen St. Petersburger Sovjets am 6. November 1917, daß die Garnison der Hauptstadt unter seine Aufsicht gestellt werde. Als dies abgeschlagen wurde, bemächtigten sich die Bolschewiki am 7. November nach einem Gefecht mit Kerenskijs Truppen des Winterpalastes und verhafteten oder verjagten die vorläufige Regierung. Kerenskij bot Truppen auf, unterlag aber den Gegnern am 12. November bei Zarskoje Selo und flüchtete sich. Die Sieger bildeten eine neue Regierung aus „Volkskommissaren“, und der „Volkskommissar für die auswärtigen Angelegenheiten“ Trotzkij forderte am 28. No-

vember alle kriegführenden Völker auf sofort einen Waffenstillstand zum Zweck des Abschlusses eines allgemeinen Friedens zu vereinbaren. Da diese Einladung von den Engländern, den Franzosen und ihrem Anhang nicht angenommen wurde, gingen die Russen selbständig vor und schlossen am 3. Dezember mit dem Vierbund eine Waffenruhe ab, die vom 7.—17. Dezember währte und aus der am 15. Dezember ein förmlicher Waffenstillstand erwuchs. Er sollte bis 14. Januar dauern, aber von selbst weiter laufen, falls er nicht von einer der beiden Seiten sieben Tage vorher gekündigt werde. Bezeichnend an dem Schriftstück war, abgesehen von seinem Hauptinhalt, daß darin in Artikel 4 „zur Entwicklung und Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der vertragschließenden Parteien" ein geregelter Verkehr der Truppen bei Tage und für höchstens je 25 Mann gleichzeitig gestattet wurde; dabei sollten Nachrichten, Zeitungen und Waren des täglichen Gebrauchs ausgetauscht, bzw. verkauft werden dürfen. Auch die Losgabe der Zivilgefangenen, in erster Linie der Frauen und Kinder, wurde in Aussicht genommen. Besonders bedeutsam war Artikel 10, der lautete: „ausgehend von dem Grundsatz der Freiheit, Unabhängigkeit und territorialen Unabhängigkeit des neutralen persischen Reichs sind die türkische und die russische oberste Heeresleitung bereit die Truppen aus Persien zurückzuziehen. Sie werden deshalb mit der persischen Regierung in Verbindung treten, um die Einzelheiten zu regeln." Da England und Rußland 1907 Persien sozusagen unter sich geteilt hatten, so bedeutete dieser Artikel die Lossagung Rußlands von der Raubpolitik des Jahres 1907, und logischerweise mußte England dasselbe tun oder offen als alleiniger Räuber dastehen. Es konnte niemand wundern, daß es durch eine Erklärung Lord Curzons im Oberhaus vom 23. Januar 1918 das zweite tat. Curzon sagte trocken, daß England den Vertrag von 1907 als vorläufig aufgehoben ansehe, und ließ durchblicken, daß die englische Losung die sei, welche Mac Mahon nach der Einnahme des Malakoff im Krimkrieg dahin formulierte: j'y suis, j'y reste; denn er verlangte für künftig Befriedigung des persischen Nationalgefühls (!), Sicherung der Straßen und Schutz des gesetzmäßigen Handels. Das alles besorgte England nämlich am besten allein.

Die Friedensverhandlungen begannen in Brest-Litowsk am 23. Dezember. Deutschland war dabei durch den früheren Botschafter in Konstantinopel, Herrn v. Kühlmann, einen Bayern, vertreten, der am 5. August 1917 an Stelle des durch seinen schweren

mexikanischen Mißgriff (S. 305) bloßgestellten Zimmermann zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt worden war. Gemäß einer bis dahin der Öffentlichkeit und selbst den Bundesregierungen unbekannt gebliebenen und deshalb staatsrechtlich völlig unhaltbaren Abkunft zwischen Preußen und Bayern vom 14. Februar 1871, die auf die Versailler Verhandlungen zurückging, durfte Bayern in der Person des früheren Ministerpräsidenten v. Podewils einen besonderen Vertreter zu den Friedensverhandlungen entsenden, der seine Weisungen aber vom Reichskanzler erhielt; er erschien indes erst am 16. Januar in Brest-Litowsk. Für Österreich-Ungarn kam Graf Czernin, für die hohe Pforte der Minister des Auswärtigen Nessimi und später der Großwesir Talaat, der bedeutendste Kopf der Türkei, neben Enver die Stütze der Patrioten und der Kriegspartei in Konstantinopel, für Bulgarien der Justizminister Popow und später der Ministerpräsident Radoslawow. Die Russen wurden geleitet von Joffe und später von Trotzkij; in ihren Reihen war nach dem sozialdemokratischen Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter auch eine Frau Bizenko. Als Sprachen waren zugelassen Deutsch, Türkisch, Bulgarisch, Russisch und Französisch. Der Vorsitz wechselte Tag für Tag unter den Beteiligten. Auf Wunsch der Russen wurden sofort Protokolle über die Verhandlungen veröffentlicht, da die Russen als waschechte Demokraten jede Art von „Geheimdiplomatie“ verwarfen. Am 25. Dezember wurde festgestellt, daß der Vierbund die russischen Vorschläge eines Friedens ohne Annexionen und ohne Entschädigung als erörterbare Grundlage für einen allgemeinen gerechten Frieden ansehe; er lehnte aber die russische Forderung, die staatliche Zugehörigkeit staatlich unselbständiger Gruppen auf dem Weg zwischenstaatlicher Verhandlungen zu regeln, ab und behielt diese Fragen der Entscheidung jedes einzelnen Staates vor. Damit war die schablonenhafte Anwendung eines doktrinären Prinzips und eine Umorgelung halb Europas abgewehrt. Die vollständige Rückgabe der deutschen Kolonien wurde als eine Forderung des gesamten Vierbundes bezeichnet, und die Russen erkannten das als berechtigt an. Nachdem man soweit war, verlangten die Russen eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen, damit auch die andern Völker sich mit den Grundlagen des Friedens bekannt machen und, wenn sie ihnen zusagten, sich daran beteiligen könnten. Der Vierbund fand dieses Verlangen berechtigt, und so wurden die Verhandlungen bis zum 4. Januar 1918 vertagt.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Das Jahr 1918

1. Friedensschlüsse im Osten

Bis zum Weihnachtsfest 1917 lief in Brest-Litowsk alles so glatt, daß schon die frohesten Hoffnungen auf den nahen Frieden aufkeimten. Diese Hoffnungen erhielten bald einen Dämpfer, weil die Volkskommissäre die Verlegung der weiteren Verhandlungen nach Stockholm verlangten, wo sich 1917 eine internationale Sozialistenkonferenz, allerdings ohne Engländer, Franzosen und Anhang, versammelt hatte. Das Verlangen wurde vom Vierbund aber abgelehnt. Als dann die Verhandlungen am 5. Januar wieder aufgenommen wurden, stellte der Vierbund zunächst fest, daß eine Zustimmung der gegnerischen Mächte zu den vereinbarten Friedensgrundlagen nicht erfolgt sei, und somit für ihn wieder volle Freiheit des Handelns bestehe. Dann wurde mit den St. Petersburgern weiter beraten, und es ergab sich eine doppelte Meinungsverschiedenheit zwischen den Russen und dem Vierbund. Die Russen gestanden zwar allen früher im Zarenreich vereinigten Volksstämmen das Recht zu über ihre Zukunft frei zu entscheiden, selbst ihre Loslösung von dem Reich zu beschließen; aber sie forderten am 12. Januar 1918 erstens, daß hierüber eine allgemeine Volksabstimmung stattfinde, und zweitens, daß die Verbündeten die betreffenden Gebiete räumen sollten, damit diese Abstimmung frei und unbeeinflußt vor sich gehen könne. Demgegenüber machten die Deutschen im Osten nicht das Recht der Eroberer geltend, was dem Geschrei über deutsche Unterjochungssucht neue Nahrung gegeben hätte; mit kluger Staatskunst wählte Kühlmann den Weg friedlicher und gütlicher Erreichung der Ausdehnung des deutschen Einflusses im Osten durch ein Einvernehmen mit den betreffenden Ländern. Aber die Deutschen erklärten im Einvernehmen mit ihren Verbündeten, daß die verfassungsmäßig zur Vertretung ihrer Länder befugten Körperschaften, nämlich die Landesversammlung von Kurland, der Landesrat von Litauen, die Stadtverordneten von Riga, die ritterschaftlichen, landschaftlichen, städtischen und kirchlichen Vertreter von Ösel, Dagö und Moon ihr Selbstbestimmungsrecht bereits ausgeübt hätten und diese Gebiete auf Grund der gefaßten Beschlüsse gar nicht mehr zum

russischen Reich gehörten. Somit könnten Räumungsbestimmungen, welche im Frieden mit Rußland getroffen würden, auf sie gar nicht mehr angewendet werden. Die aus 80 Mitgliedern, worunter 29 Letten, bestehende Landesversammlung von Kurland hatte am 21. September auf Grund des Selbstbestimmungsrechts einstimmig sich unter den Schutz des deutschen Reiches gestellt, ebenso die Stadtverordneten von Riga; der litauische Landesrat hatte die Hilfe Deutschlands zur Errichtung eines selbständigen Litauen in Anspruch genommen. Der Chef des deutschen Generalstabs im Osten, General Hoffmann, rief am 12. Januar den Russen zu, daß sie sprächen, als ob sie siegreich im deutschen Lande stünden und die Bedingungen diktieren könnten; „die Tatsachen sind aber umgekehrt: das siegreiche deutsche Heer steht auf Ihrem Boden!" Eine allgemeine Volksabstimmung konnte Deutschland mindestens jetzt nicht annehmen, da die bis zu 70 und 80% Analphabeten zählenden Massen der Letten und Litauer hiefür offenkundig nicht reif, vielmehr der blödesten Verhetzung unterworfen waren, während die führenden Stände, bei der in Rußland um sich greifenden Auflösung, die Notwendigkeit und die Nützlichkeit eines Anschlusses an Deutschland begriffen und danach handelten. Es war auch zu befürchten, daß England — das sich schon in der Kriegszeit an der Ostsee wirtschaftlich festzusetzen versucht hatte – für den Fall, daß die Unsicherheit der Zukunft des baltischen Landes fortdauerte, versuchen würde Deutschland den Rang abzulaufen, seinen Einfluß dort zu befestigen und Deutschland in der Ostsee einzuschnüren; wie bei Belgien stand auch hier die Frage: deutsch oder englisch? zur Entscheidung. Es verlautete, daß man in London einen „nordischen Bund" — von Schweden, Norwegen, Dänemark, Finland, den baltischen Provinzen — ins Leben zu rufen und ihn unter britischen Schutz, d. h. britische Aufsicht, zu stellen trachte. Aus historischen, aus politischen und aus wirtschaftlichen Gründen konnte das deutsche Reich diese Bestrebungen unmöglich sich entwickeln lassen; um so mehr wahrte es den Standpunkt, daß die bevollmächtigten Körperschaften jener Lande ihre Entscheidung bereits getroffen hätten, und wollte höchstens später eine Bestätigung durch Volksabstimmung ins Auge fassen, wenn die Lage dafür herangereift sei.

Die Russen hielten demgegenüber ihre Forderung fest, und ihr Gebaren gestaltete sich so, daß ernste Zweifel an ihrer Friedensliebe überhaupt entstanden. Das hing mit den Vorgängen in St. Peters=

burg zusammen. Hier trat am 18. Januar die verfassunggebende Nationalversammlung zusammen, und es zeigte sich alsbald, daß die Bolschewiki die Mehrheit in ihr nicht hatten. Zum Vorsitzenden wurde nicht die von den Maximalisten vorgeschlagene Frau Spiridonowa gewählt, sondern der sozialrevolutionäre Tschernow, mit 244 gegen 151 Stimmen. Als darauf die Bolschewiki den Antrag einbrachten das Privateigentum für aufgehoben zu erklären, blieben sie mit 140 gegen 273 Stimmen in der Minderheit. Es war somit klar: die nach dem radikalsten Wahlrecht (S. 320) gewählte Versammlung war gegen die äußerste Richtung; nach dem demokratischen Grundsatz: Volkes Stimme ist Gottes Stimme! mußten Lenin und Trotzkij sich unterwerfen. Nunmehr aber kam an den Tag, was ihre Phrasen wert waren. Die Bolschewiki traten aus der Versammlung aus, mit der Erklärung, daß sie nicht eine Vertretung der Arbeiter, sondern der Bourgeois sei und die Einrichtung des Parlamentarismus sich überhaupt überlebt habe, und durch Kronstädter Matrosen, die mit Maschinengewehren anrückten, wurde die Versammlung gesprengt, noch ehe der Tag zur Neige ging. Die Macht sollte allein den Sovjets zustehen, in denen die Maximalisten den Ton angaben; die bürgerliche Republik machte endgiltig der „Räterepublik" Platz. Sofort folgten die radikalsten Erlasse; am 14. Januar war bereits die Nichtigkeit aller äußeren und inneren Staatsanlehen in der Weise verkündet worden, daß nur noch inländische Gläubiger von Posten von höchstens 10 000 Rubeln die Zinsen „als lebenslängliche Rente" erhalten sollten. Nunmehr nahm der dritte Kongreß der Sovjets anfangs Februar ein Gesetz an, das Eigentumsrechte an Grund und Boden nur noch solchen zuerkannte, welche das Land mit eigener Hand bebauten, also den Adel und die Kirche — die Krone war ja schon beseitigt — einfach vor die Türe setzte. Ein weiterer Beschluß sprach die Trennung von Kirche und Staat aus, hob alle Gehaltszahlungen an Geistliche auf, schaffte den vorschriftsmäßig von allen Kindern zu besuchenden Religionsunterricht und den religiösen Eid ab und erklärte alle Kirchengüter für eingezogen; nur die Kirchen selbst und die Kultgegenstände sollten den Religionsgesellschaften verbleiben, aber nicht etwa als Eigentum, sondern nur „zur kostenlosen Benützung".

Die Maximalisten waren wie von einem Taumel ergriffen; sie glaubten ihre Zeit überall gekommen; ein Ausstand der Arbeiter in

Österreich vom 17.—20. Januar, der dem Ministerium Seidler das Zugeständnis eines demokratischen Gemeindewahlrechts abzwang und eine „antimilitaristische" Spitze gegen General Hoffmanns mannhafte Worte in Brest-Litowsk hatte, und die Gärung in den radikalen deutschen Arbeiterkreisen, welche auch in einem Ausstand sich entlud (S. 351), bestärkten Trotzkij und seine Genossen in ihren Hoffnungen, daß die Weltenwende da sei, daß das Licht auch diesmal von Osten ausgehe. Trotzkij sprach bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk immer mehr in doktrinär-revolutionären Tönen, nicht zu Kühlmann und Czernin, sondern zum Fenster hinaus zu den Proletariermassen Europas, um sie zur Nachahmung des russischen Beispiels anzufeuern: ein Fanatiker, der der Macht der ihn erfüllenden Ideen in dieser zusammenbrechenden alten Welt und seiner gewaltigen Organisationskraft sich bewußt war. Aber vorläufig stand ihm noch überlegene Kraft gegenüber, und der Hochmut war dicht vor dem Fall. Die deutsche Arbeiterschaft begriff noch einmal, was Interesse und Pflicht ihr geboten, und machte den Streik in ihrer großen Mehrheit nicht mit; die Reichsregierung blieb fest in der Ablehnung jeder direkten Verhandlung mit den Ausständischen, und am 4. Februar war der Versuch Deutschland mit einem (kurzerhand von der Regierung aufgelösten) „Arbeiterrat" nach russischem Muster zu regieren für diesmal noch gescheitert. Dazu kam ein Zweites. Am 12. Januar erschien in Brest-Litowsk eine Abordnung der Ukrainer Rada und wurde vom Vierbund ihrem Wunsch gemäß als Vertretung eines selbständigen Staatswesens anerkannt. Geführt von dem Staatssekretär für das Handelswesen Holubowitsch, demokratisch, aber nicht bolschewistisch gesinnt, von ehrlichem Friedenswillen beseelt, erzielte sie bereits am 20. Januar mit den Staatsmännern des Vierbunds ein Einvernehmen über die wesentlichen Grundlagen des Friedens. Nun zeigte sich, daß die Maximalisten so wenig wie in Finland, wo sie damals die (von ihren roten Armbinden so benannte) „rote Garde" durch russische Soldaten gegen die bürgerliche „weiße Garde" in blutigen Kämpfen unterstützten, in der Ukraine etwas anderes gelten ließen als ihren eigenen Willen; sie waren so gewalttätig wie der Zarismus, ja noch gewalttätiger, und versuchten durch 80 Sendlinge in Charkow eine Gegenregierung gegen die Rada zu errichten. Der Versuch schlug aber vorerst fehl; die Rada, deren Kandidaten in drei Vierteln der Wahlkreise obsiegten, behauptete sich im Besitz der Macht, und Holubowitsch trat als Ministerpräsident an die

Spitze des Generalsekretariats, während Sfewrjuk die Verhandlungen in Brest-Litowsk weiter führte. Nunmehr sprach die Rada am 24. Januar, da eine russische Föderativrepublik nicht zustande gekommen sei, die volle Unabhängigkeit der „ukrainischen Volksrepublik“ aus und ihr Vertreter in Brest-Litowsk schloß am 9. Februar namens seines Staats mit dem Vierbund den Frieden ab, der die Herstellung freundschaftlicher politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zur Folge haben sollte. Oesterreich gegenüber wurden die alten Grenzen aufrecht erhalten, gegen Polen aber die Grenze über Tarnograd, Krasnostaw, Radin, Melnik, Kamenez-Litowsk, Puschany und den Wygonowskojesee gezogen, so daß Brest-Litowsk und Cholm als wesentlich ukrainisch der Ukraine zufielen. Nunmehr war Trotzkij auf den Sand gesetzt und erklärte am 10. Februar, daß Rußland unter Verzicht auf einen formellen Friedensvertrag — die Bolschewiki wollten mit den Bourgeoisstaaten nicht in förmlichem Frieden leben — den Kriegszustand mit dem Vierbund für beendigt erkläre und gleichzeitig die Zurückführung des Heers auf den Friedensfuß an allen Fronten vornehme. Einem förmlichen Friedensschluß suchte er sich zu entziehen und sich die Möglichkeit einer Revolutionierung Europas von St. Petersburg aus offen zu halten.

Natürlich ließen sich die Zentralmächte diesen Kniff nicht gefallen; sie betrachteten durch die sonderbare russische Erklärung den Waffenstillstand als gekündigt, und Deutschland nahm — während Österreich sich unter dem Druck seiner Sozialdemokratie von militärischer Tätigkeit vorerst zurückhielt — am 18. Februar den Kampf wieder auf — nicht um gewaltsame Eroberungen zu machen, sondern um den von der „roten Garde“ der Bolschewiki mit Mord und Brand heimgesuchten „Randländern“ Ukraine, Finland, Estland und Livland Hilfe zu bringen und sie so von dem Wert des guten Einvernehmens mit uns zu überzeugen. Durch besondere Botschaften, die nach Berlin entsandt wurden, oder durch Funkspruch riefen die Randländer Deutschlands Hilfe an. Mit unaufhaltsamer Wucht drangen die Deutschen unter v. Eichhorn in Livland und Estland, wo von je sechs deutschen Herrensitzen durchschnittlich fünf in Asche gelegt waren, unter v. Linsingen in die Ukraine vor. Der erstere, von der Insel Moon über das gefrorene Meer, von Riga und Jakobstadt aus mit drei Heersäulen vorstoßend, besetzte ganz Livland und Estland, am 25. Februar die alte deutsche Universitätsstadt Dorpat, wo sich alles darum riß, deutsche Soldaten ins Quartier zu bekommen, Pernau und Reval; am 4. März rückten

seine Truppen nach einem letzten, scharfen Gefecht mit der roten Garde in Narwa ein. Die Linie des Peipussees war damit erreicht; ein Traum war verwirklicht, der noch einige Wochen vorher als unausführbar erscheinen mußte. Der zweite Heerführer schob seine Truppen über Shitomir, wohin die aus Kiew von den Bolschewiki verjagte Rada geflohen war, bis zur Beresina vor; Minsk wurde besetzt und in Borissow, wo 1812 der berühmte Übergang der Reste der „großen Armee" stattgefunden hatte, wehten deutsche Fahnen. Bis zum Dnjepr drang v. Linsingen vor; am 1. März wurde Kiew von der Schreckensherrschaft der „roten Garde" durch deutsche, von Kowel her vorrückende, und ukrainische Truppen befreit. Nunmehr zogen auch die Österreicher, von dem ukrainischen Oberbeamten Podoliens und der Rada dringend um Hilfe ersucht, unter dem General Böhm-Ermolli in der südlichen Ukraine ein, um den Schienenweg von Scherminka am Bug über Balta, wo rote Banden zersprengt wurden, nach Odessa und damit die Getreidezufuhr offen zu halten; am 13. März rückten Deutsche und darauf Österreicher in Odessa, am 20. in Cherson ein. Die deutsche Beute betrug bis 1. März 2620 Kanonen, 5900 Maschinengewehre, 8000 Eisenbahnwagen, 800 Lokomotiven, über 64000 Gefangene. Überall wurden unsere Truppen von den durch die Bolschewiki mißhandelten und gequälten Einwohnern mit lautem Jubel als Erretter begrüßt; wie estnische, so wirkten ukrainische Regimenter mit den deutschen zusammen. Jetzt brach der Trotz der Großrussen zusammen; am 24. Februar früh halb 5 Uhr erklärte sich der „ausführende Hauptausschuß" in St. Petersburg mit 126 gegen 85 Stimmen zur Annahme der deutschen Friedensbedingungen auf einer neuen Zusammenkunft in Brest-Litowsk bereit. Die deutsche Regierung forderte die Annahme binnen 48 Stunden, die Unterzeichnung des Friedens binnen 3 Tagen, die Ratifikation durch die St. Petersburger Regierung binnen 14 Tagen. Es war eine herzerquickend kräftige Sprache, welche bewies, daß wir der unerträglichen Verschleppungstaktik der Russen satt waren: entweder — oder! Die Bedingungen lauteten dahin, daß 1. die Freundschaft zwischen Rußland und den Mittelmächten hergestellt werde und 2. die Gebiete westlich einer — Dagö, Moon, Ösel, Riga und Kurland einschließenden — Linie von der Hoheit Rußlands und von allen aus ihrer bisherigen Zugehörigkeit zu Rußland erwachsenden Verpflichtungen losgesprochen sein sollten. Das Schicksal dieser Gebiete — also der genannten Inseln, Rigas, Kurlands, Litauens und Polens — wollten die Mittelmächte im Ein-

vernehmen mit der Bevölkerung bestimmen. 3. Livland und Estland sollten von den russischen Truppen und der (aus einheimischem Gesindel gebildeten) „roten Garde“ unverzüglich geräumt und von einer deutschen Polizeimacht solange besetzt gehalten werden, bis durch Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt sei. 4. Rußland schließt sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik und zieht seine Truppen sowie die rote Garde unverzüglich aus der Ukraine und Finland zurück. 5. Es räumt alsbald die eroberten anatolischen Provinzen der Türkei — die Türken hatten bereits Erzinghian und Trebisond wieder eingenommen und besetzten am 12. März auch Erserum wieder — und gibt auch den Bezirken von Ardahan, Kars und Batum (also den 1878 dem Sultan entrissenen Landstrichen) die Freiheit ihre staats- und völkerrechtlichen Verhältnisse im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, besonders der Türkei, neu zu ordnen. (Unter den Nachbarstaaten waren ohne Zweifel Persien und die neue kaukasische Republik zu verstehen.) 6. Das russische Heer wird sofort auf den Friedensfuß zurückgeführt; die Handelsschiffahrt in der Ostsee und im schwarzen Meer wird sofort frei gegeben, die Minen entfernt. 7. Die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Unversehrtheit des Gebiets von Persien und Afghanistan wird von allen vertragschließenden Mächten anerkannt. 8. Auf den Ersatz der Kriegskosten und der Kriegsschäden wird gegenseitig verzichtet. 9. Betreffs der wirtschaftlichen Beziehungen sollen die vor dem Krieg bestehenden Verträge bis 1925 fortbestehen. 10. Die Russen werden sich jeder Wühlerei gegen die verbündeten Regierungen und ihre staatlichen und militärischen Einrichtungen, auch in den zur Zeit von den Zentralmächten besetzten Gebieten, enthalten. In einem „Zusatzvertrag“ wurde unter anderen überwiegend wirtschaftlichen Fragen auch bestimmt, daß der Archipel von Spitzbergen auf den 1914 von einem Ausschuß der beteiligten Mächte gelegten Grundlagen für international erklärt und die Gleichstellung aller Teile daselbst durchgeführt werden solle.

Die Unterzeichnung dieses Friedens fand in Brest-Litowsk am 3. März statt; für Deutschland unterschrieb Richard v. Kühlmann, für Österreich-Ungarn Graf Ottokar Czernin, für die Türkei der frühere Großwesir Ibrahim Hakki, für Bulgarien der Finanzminister Andrea Tontschew, für Rußland das Mitglied des Zentralausschusses der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernabgeordneten Grigori Jakowjewitsch Sokolnikow. Dieser gab die

Erklärung ab, daß Rußland wegen der begonnenen Zurückführung seines Heeres auf den Friedensfuß sich gezwungen sehe das Ultimatum anzunehmen; der Frieden sei aber kein Verständigungsfrieden; die Randvölker würden unter dem Vorwand des Selbstbestimmungsrechts dem Einfluß des Gegners unterstellt, um die dort herrschenden Klassen gegen die Revolution zu schützen; ebenso stütze der Vierbund in Finland und in der Ukraine die revolutionsfeindlichen Bestrebungen. Rußland, durch den Bruch des Waffenstillstands (!) vergewaltigt, unterzeichne, nachdem es vergeblich an die deutschen Arbeiter Berufung eingelegt habe, den Frieden, ohne in Verhandlungen über dessen Einzelheiten einzutreten. Auf diese Erklärung antworteten die Verbündeten, daß die Russen bei den zweimonatlichen Verhandlungen in Brest-Litowsk Zeit genug gehabt hätten alle Einzelheiten durchzuberaten; wenn dies nicht geschehen sei und die Russen jetzt auf abschließende Beratungen verzichteten, so treffe die Schuld ausschließlich sie selbst. Man kann den russischen Protest gegen den Frieden, der gleichwohl unterzeichnet wurde, nur ganz der Sachlage entsprechend finden. Es war wirklich ein Sieg der alten staatlichen und geselligen Ordnung, der in Brest-Litowsk über den von den Bolschewiki vertretenen allgemeinen Umsturz erfochten wurde, und auch das entspricht den Tatsachen, daß zwar nicht alle sozialdemokratischen Führer der deutschen Arbeiterschaft, wohl aber diese selbst in ihrer übergroßen Mehrheit für die Sirenenklänge der Petersburger taube Ohren gehabt und im wohlverstandenen eigensten Interesse ihre Sache nicht von der ihres Vaterlandes getrennt hatte. Der Vorwurf, daß der Friede von Brest ein „Gewaltfriede" gewesen sei, ist nur insofern zu verstehen, als der Vierbund die Russen, die sich einem förmlichen Friedensschluß entziehen wollten, dazu angehalten hat. Inhaltlich war der Friede so gemäßigt, daß er den Russen keinerlei Kriegsentschädigung an die siegreichen Staaten auflegte (nur für die in Ostpreußen und auf österreichisch-ungarischem Boden angerichteten Privatschäden haben die Russen selbst in einem Nachvertrag vom 27. August 6 Milliarden Mark zu vergüten sich bereit erklärt); auch wurde kein einziges nationalrussisches Dorf von Rußland abgetrennt. Vom deutschen Standpunkt aus war es hocherfreulich, daß die gesamten baltischen Lande, das ganze einst vom deutschen Orden seit 1226 eroberte und gutenteils kolonisierte Gebiet bis zum Peipussee und zur Narwa, den Russen entwunden war, Livland und Estland vorerst nur tatsächlich, Kurland aber auch rechtlich,

und daß unsere Truppen infolge der letzten etwa sechswöchigen, durch Mord und Brand gekennzeichneten Periode russischer Herrschaft in diesen Ländern dort nicht als Eroberer, sondern als Erretter aus Todesnot kamen und als solche begrüßt wurden. Nach dem Wortlaut des Vertrags hatten Kurland und die drei Inseln im Rigaischen Meerbusen endgültig aufgehört zu Rußland zu gehören, und der bis auf ein entschuldigtes Mitglied vollzählig versammelte kurländische Landesrat war also zu dem am 8. März in Mitau einstimmig gefaßten Beschluß voll berechtigt, den Kaiser und König Wilhelm II. zu bitten, daß er die Herzogskrone von Kurland annehme und das Land durch Verträge über Militär-, Verkehrs-, Bahn-, Münz- und Gewichtswesen möglichst enge an das deutsche Reich anschließe; auch sprach er die Hoffnung aus, daß das ganze Baltenland zu einer staatlichen Einheit im Anschluß an das deutsche Reich zusammengefaßt werde. Am 15. März erschien eine Abordnung des kurländischen Landesrats in Berlin, um den Kaiser in aller Form um die Annahme der Herzogskrone zu bitten, und sie erhielt vom Reichskanzler Grafen v. Hertling die Antwort, daß der Kaiser seiner tiefgefühlten Freude über den Beschluß vom 8. März bereits Ausdruck gegeben habe, darin ein besonderes Zeichen des unerschütterlichen Vertrauens Kurlands zu seiner Person, seinem Hause, zum deutschen Reich und Preußen erblicke und seine Entscheidung nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen treffen werde. Das selbständige Herzogtum Kurland werde im Namen des deutschen Reiches anerkannt und ihm Schutz und Schirm des Reiches bei der Einrichtung seines Staatswesens zugesichert; die Verfassung werde eine Landesverfassung auf breiter Grundlage vorsehen müssen. Was Livland und Estland betrifft, so bestimmte der Friede vom 3. März nichts direkt über ihre künftige staatliche Zugehörigkeit; aber auch sie hatten keine Lust nach der Herstellung der Ordnung und Abzug der deutschen Truppen in die Verbindung mit Rußland wieder einzutreten, dessen schwere Hand sie bis zum Schluß nochmals in einer furchtbaren Verwüstung empfunden hatten, dessen innere Verhältnisse durch die Bolschewiki in steigende Zerrüttung gerieten. Namentlich das Eisenbahnwesen, an dessen Ordnung und Ausdehnung das zarische Regiment bis zuletzt gearbeitet hatte (Linien von St. Petersburg nach der eisfreien Murmanküste, von Uralsk nach Orenburg und Ufa, Nischni Nowgorod—Wjatka usw.), fiel völligem Stillstand und fast gänzlicher

Leistungsunfähigkeit anheim; nicht ein Sechstel der tatsächlich vorhandenen Getreidevorräte konnte vom Land in die großen Städte befördert werden, so daß 1919 in St. Petersburg 1 Kilogramm Brot 800 Rubel kostete; Befehlen, nicht aber Gehorchen war die Losung. So mußten Lenin und Trotzkij schließlich mit Hilfe ihrer „roten Armee", der ein Monatssold von 4500 Rubel auf den Kopf gezahlt wurde, den allgemeinen Arbeitszwang einführen — das folgerichtige Ende des „freiheitlichen" Sozialismus. Bei solchen Aussichten beschloß der estnische Landtag am 18. April den Schutz des deutschen Reiches nachzusuchen, und am 28. faßte der „vereinigte Landesrat" von Livland, Estland, Riga und Ösel im Schloß zu Riga einstimmig mit großer Begeisterung den Beschluß den Kaiser zu bitten, daß die genannten Lande mit den vorgelagerten Inseln als ein einheitlicher, von einem konstitutionellen Herrscher regierter Staat zusammengefaßt und durch Personalunion mit der Krone Preußen an das deutsche Reich angeschlossen werden möchten; über das Heer-, Münz-, Verkehrs- und Zollwesen, über Maß und Gewicht sollten Verträge mit Deutschland vereinbart werden. Der „vereinigte Landesrat" bestand aus 58 Mitgliedern (Rittern, Gutsbesitzern, Bauern, Städtern, Geistlichen (7) und einem Vertreter der Universität Dorpat); davon waren 34 Deutsche, 16 Letten, 8 Esten. Der Kaiser sicherte am 14. April eine wohlwollende Erwägung der Wünsche zu; die Einsprache des im Ausland befindlichen radikalen „estnischen Nationalrats" schien ohne Gewicht. Livland und Estland sagten sich am 19. Mai feierlich von Rußland los, weil mit der Abdankung des Zaren ihr Untertanenverhältnis von selbst erloschen sei, und am 27. August erkannte Rußland ihre Selbständigkeit an. So schienen die alten deutschen Lande an der Ostsee nach langer Waisenschaft in den Schoß der Mutter zurückgekehrt zu sein, und Hindenburg erließ am 2. Juli eine Verordnung, wonach alle baltischen Großgrundbesitzer, die 600 Hektar und mehr hatten, ein Drittel davon der Landgesellschaft Kurland zu Friedenspreisen ablassen sollten; auf dem so gewonnenen Boden sollten deutsche Bauern angesiedelt und so das große, im 13. Jahrhundert begonnene und im 15. steckengebliebene Kolonisationswerk vollendet, das baltische Land tunlichst verdeutscht werden. Es war leider ein Traum.

Ein Anzeichen von der Stimmung der maßgebenden Schichten Livlands und Estlands waren die Telegramme, welche am 12. März die livländische Ritterschaft und die Professoren von Dorpat an Kaiser

Wilhelm II. richteten. Die erste sprach ihm ihren Dank aus für die Errettung der ältesten deutschen Kolonie aus Drangsal und Not und gelobte unwandelbare Treue; die Livländer würden immerdar bereit sein mit Gut und Blut für die Größe des deutschen Vaterlandes einzutreten. Die Professoren dankten für die Befreiung deutschen Wortes und Wesens und gelobten unverbrüchliche Treue und Ergebenheit. Unterzeichnet waren die Eingaben namens des residierenden Landesrats von Baron Stael v. Holstein und dem Ritterschaftssekretär v. Samson-Himmelstjerna, bzw. von den Professoren Dehio, Hahn und Zöge von Manteuffel (einem berühmten Chirurgen). Der Kaiser sprach in seiner Antwort an die Ritterschaft die Hoffnung aus, daß die schwere Zeit die Auferstehung des baltischen Deutschtums zu freier, freudiger Entwicklung seiner Kraft zur Folge habe; die Dorpater versicherte er, es sei ihm und dem ganzen akademischen Deutschland eine große Freude, daß die ehrwürdige alma mater Dorpatensis ihren geschichtlichen Beruf als Heimstätte deutschen Geisteslebens wieder aufnehmen könne und große Erinnerungen der Vergangenheit damit zu neuem Leben erweckt würden.

Finland, dessen auf die einheimische „weiße Garde" gestützte bürgerliche Regierung (der „Senat") Schweden und Deutschland nach der Einnahme von Helsingfors durch die „rote Garde" (28. Januar) um Hilfe anging, fand bei Schweden, dessen liberaler Ministerpräsident Professor Eden aus Furcht vor der starken sozialistischen Partei nichts zu tun wagte, keinen Beistand. Es ließ nur eine Truppenabteilung auf den (meist von Schweden bewohnten) Alandsinseln landen, deren im Krieg von den Russen angelegte Schanzen als schwere Bedrohung Stockholms empfunden wurden. Die Schweden sollten dort die Ordnung herstellen; die Finen befürchteten aber, daß Schweden einfach die Inseln behalten wolle. Die deutsche Regierung, die der Senat nun anrief, leistete Finland tatkräftig und weitblickend bewaffnete Hilfe. Am 5. März besetzten deutsche Marinetruppen die Alandsinsel Ekerö, um sie als Stützpunkt für das Vorgehen in Finland zu benutzen, und vereinbarten mit dem schwedischen Kommandanten die Abgrenzung der Besetzungszonen; übrigens zog Eden dann die Mannschaften zurück. Das hilfsbereite Verhalten Deutschlands führte am 7. März in Berlin zum Abschluß eines Friedensvertrags mit Finland, der deshalb unerläßlich war, weil Finland als dem Zaren unterworfenes Land formell im Kriegszustand mit Deutschland gewesen war. Deutschland versprach dafür

einzutreten, daß Finlands Selbständigkeit und Unabhängigkeit von allen Mächten anerkannt werde; Finland dagegen verpflichtete sich keinen Teil seines Besitzstandes an eine fremde Macht abzutreten oder einer solchen Macht ein Servitut an seinem Hoheitsgebiet einzuräumen, ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben. Damit war den englischen Versuchen sich in der Ostsee einzunisten ein neuer Riegel vorgeschoben.

Im weiteren Verlauf landeten 12000 Deutsche am 3. April bei Hangö und besetzten diesen Hafen; am 12. April lief die deutsche Flotte in Helsingfors ein, und am 4. Mai schlugen die deutschen und die finnischen Truppen (70000 Mann) unter dem General Mannerheim die rote Garde zwischen Lahti und Tavastehus vernichtend aufs Haupt; 20000 Mann mußten sich ergeben und 50 Kanonen wurden erbeutet. Der finische Landtag hatte an sich schon eine kleine bürgerliche Mehrheit, die nun, da die sozialistischen Abgeordneten meist flüchtig waren, die Lage völlig beherrschte. General Mannerheim selbst gehörte zu den Monarchisten, und der Landtag beschloß am 10. August 1918 mit 60 gegen 33 Stimmen die Beibehaltung der Erbmonarchie, die sozial ausgleichend wirke und dem Volk durch den König einen Kraftzuschuß bringe. Zum König von Finland wurde am 9. Oktober der Schwager des Kaisers, der Prinz Friedrich Karl von Hessen, gewählt; da aber eben damals unsere Niederlage sich entschied, schob er die Annahme der Wahl hinaus, und Ende Juni 1919 gab sich Finland der Not gehorchend eine republikanische Verfassung.

Auch Litauen hat eine Zeitlang im Anschluß an Deutschland sein Heil gesucht; der Landesausschuß (die Taryba) wählte am 11. Juli 1918 mit 13 von 20 Stimmen den gediegenen, gewissenhaften Herzog Wilhelm von Urach, Grafen von Württemberg, zum König. Aber auch diese Wahl konnte nach dem Zusammenbruch des Vierbunds nicht aufrecht erhalten werden.

Der Friedensschluß zwischen dem Vierbund und Rußland — den die Gesamtversammlung der Sovjets der Soldaten, Arbeiter, Bauern und Kosaken in Moskau am 16. März guthieß — übte seine Rückwirkung auf Rumänien aus. Dieses hatte sich schon genötigt gesehen dem Waffenstillstand vom 7. Dezember mit Rußland sich anzuschließen: allein auf sich gestellt konnte es ja den Kampf mit dem Vierbund nicht fortsetzen. Der Friedensschluß mit der Ukraine trennte das Land völlig von seinem großrussischen Verbündeten ab; der mit Rußland

machte seine Vereinzelung endgültig, und so blieb dem König Ferdinand nichts übrig als um Frieden nachzusuchen. Das schuldbeladene Ministerium Bratianu machte am 9. Februar einem Kabinett des Generals Averescu Platz. Am 24. Februar wurde den Bevollmächtigten des Königs in Bukarest (nach einer Zusammenkunft des Königs mit Czernin) eröffnet, daß er sich über die Annahme gewisser Bedingungen zum voraus auszusprechen habe; um dem Land gegenüber gedeckt zu sein, lehnte er nach Kenntnisnahme der Bedingungen zunächst deren Annahme ab. Als aber der Waffenstillstand am 3. März mit Wirkung für den 5. gekündigt wurde, unterwarf sich der König, und am 6. März wurde in Schloß Buftea bei Bukarest der Vorfrieden von Kühlmann, Czernin, Momtschiloff (dem Vizepräsidenten der bulgarischen Sobranje), Talaat (dem Großwesir) und rumänischerseits von Argetojanu unterzeichnet, unter Verlängerung des Waffenstillstandes um 14 Tage, während deren der endgültige Friede vereinbart werden sollte. Die Bestimmungen lauteten wie folgt: 1. Die ganze Dobrudscha, sowohl die 1878, als die 1913 durch Rumänien erworbene, wird an die vier verbündeten Mächte abgetreten — natürlich sollte sie an Bulgarien fallen; da aber die Türken, die in dem Krieg tapfer mitgefochten hatten, auch eines Lohnes wert zu sein glaubten und deshalb die Rückgabe des 1915 abgegebenen Gebietes an der Maritza von den Bulgaren forderten, so wurde die endgültige Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit der Dobrudscha vertagt. 2. Rumänien bleibt der Handelsweg über den Hafen Constanza bis ans schwarze Meer erhalten; politisch ward es von diesem Meer abgeschnitten, nicht aber wirtschaftlich. 3. Rumänien gesteht Österreich-Ungarn eine Grenzberichtigung zu (etwa 5000 qkm zu dem Zweck die Karpathenpässe in die Hand der habsburgischen Monarchie zu bringen). 4. Ebenso erfüllt Rumänien gewisse wirtschaftliche Forderungen der verbündeten Mächte (Sicherung der Zufuhr von Öl und Getreide). 5. Acht Divisionen des rumänischen Heers (die an der Serethlinie stehenden) werden sofort auf Friedensfuß gesetzt, die übrigen nach dem Abschluß des Friedens zwischen Rumänien und Rußland. Es war nämlich (weil die Bolschewiki ihre Wühlerei auch auf Rumänien ausgedehnt hatten, wo ihnen die seit den Römerzeiten unter dem Joch des Großgrundbesitzes schmachtende, hart gedrückte Bauernschaft einen wohlbereiteten Boden darbot) zu förmlichen Feindseligkeiten zwischen Russen und Rumänien gekommen, infolge deren die Rumänen in Bessarabien eindrangen und der rumänische Gesandte in Petersburg,

Diamandi, am 15. Januar auf Befehl Trotzkijs verhaftet und am 28. ausgewiesen wurde. 6. Die Rumänen räumen sofort die noch von ihnen besetzten Gebiete Österreich-Ungarns. 7. Die rumänische Regierung wird den Transport von Truppen der verbündeten Mächte über die Moldau nach Bessarabien bis Odessa eisenbahntechnisch mit allen Kräften unterstützen (um die reichen in Odessa lagernden Getreidevorräte für die Verbündeten zu sichern). 8. Die noch in rumänischen Diensten stehenden Offiziere der gegnerischen Mächte (siehe S. 289) werden alsbald mit freiem Geleit entlassen. Der Vorfrieden von Buftea besiegelte Rumäniens Züchtigung für seinen schmählichen Verrat; statt daß es größer wurde, ging es mit einem empfindlichen Gebietsverlust aus dem Krieg hervor; gleichwohl ist es sehr glimpflich davon gekommen, und die Absetzung des verräterischen Königs Ferdinand ist nicht einmal förmlich verlangt worden. Wenn übrigens der König nicht nach Verdienst beseitigt wurde, so hatte er das bloß Kaiser Karl zu danken, der ihn in hinterhältiger Weise gegen Deutschland stützte; der maßgebende Beweggrund war dabei die Sorge, daß die Absetzung des Königs das Legitimitätsprinzip untergrabe und so für alle Dynastien gefährlich sei.

Noch ist ein Wort über die Polen zu sagen. Diese Nation hatte für ihre Befreiung vom russischen Joch nur wenig getan; die Hoffnung, daß die Politik des 5. November 1916 ein großes polnisches Heer auf die Beine bringen werde, war gänzlich eitel geblieben; die polnische Legion, welche schon vorher im Lauf des Kriegs aus Freiwilligen sich gebildet und an der Seite des Vierbunds gefochten hatte, war nie sehr stark gewesen. Trotzdem hofften die Polen bei den Friedensverhandlungen mit Hilfe des Vielverbands gute Geschäfte zu machen, ihr Gebiet möglichst auszudehnen und als stets breiter Sturmbock Englands gegen Deutschland und nötigenfalls auch Rußland die britische Unterstützung und britischen Schutz zu genießen. Schon der Zusammenbruch des Zarismus und im weiteren Verlauf der Rußlands überhaupt störte diese Zirkel, da er die russische Gefahr für Deutschland (allerdings auch für England) so gut wie ausschaltete und Deutschland vor der Wiederholung eines Zweifrontenkriegs menschlich angesehen sicherte; die Polen bedeuteten infolge dieses Umschwungs viel weniger als vorher. Und nun kam die Entstehung der ukrainischen Volksrepublik und damit der Eintritt eines Volksstamms in das europäische System, der bisher von den Polen gering geschätzt war und dessen galizischer Teil von ihnen erst vor kurzem einige karge Zuge-

ständnisse erlangt hatte (I 316). Die Selbständigkeit der Ukraine bedeutete erstlich die Niederlage des Panslawismus; mit dem russischen Gespenst überhaupt verschwand auch dieses Ungeheuer, das so viel blutiges Unheil angerichtet hatte. Zweitens hatte die Errichtung des ukrainischen Staatswesens die Beschränkung der Polen auf ihren eigentlichen Bestand zur Folge; er schnitt ihre Ausdehnung nach Osten ab, und je frecher und feindseliger sich das Polentum dem preußisch-deutschen Wesen gegenüber gestellt hatte, desto mehr Grund hatte die deutsche Politik sich der Ukraine kräftig anzunehmen und ihr Gedeihen zu fördern. Das für die Polen Unerwartetste war aber, daß auch der Leiter der österreichisch-ungarischen Politik, Graf Czernin, der neuen Sachlage Rechnung trug, daß er sich sagte, Österreich-Ungarn dürfe den neuen Nachbar, die Ukraine, sich nicht von vornherein zum Feinde machen, um so weniger, als die Ukrainer mit 20—30 Millionen Menschen den Polen, die in den 1815 vom Wiener Kongreß abgezirkten „Kongreßpolen" selbst, in Österreich und in Preußen etwa 14 Millionen zählen, an Zahl etwa um das Doppelte überlegen waren. So warf Czernin entschlossen den Wagen herum und willigte in Brest-Litowsk in die als condicio sine qua non aufgestellte Forderung der ukrainischen Bevollmächtigten, daß der etwa 14000 qkm umfassende Bezirk von Cholm, dessen Einwohner in der Mehrzahl Ukrainer waren und den schon Stolypin von Kongreßpolen abgelöst hatte, zum Gebiet der Volksrepublik gehören sollte. Die Polen erhoben über diesen Artikel des ukrainischen Friedens einen ungeheuren Lärm, sprachen von einer vierten Teilung Polens, einem „schmachvollen Ereignis" (so im preußischen Abgeordnetenhaus am 6. März 1918) und kündigten der preußischen wie der österreichischen Regierung offene Fehde an. Der preußischen warfen sie an dem genannten Tag die Ankündigung ins Gesicht, daß sie an den unverjährbaren Forderungen ihrer Nation (d. h. an der Forderung eines alle Polen einschließenden Nationalstaats) festhielten; dem Ministerium Seidler in Wien bewilligten sie am 7. März den Staatshaushalt nicht, sondern enthielten sich der Abstimmung; aber auch bei ihrer Teilnahme würde die Genehmigung mit 240 gegen 121 Stimmen ausgesprochen worden sein. Am meisten erbitterte die Polen das Verschwinden der „austropolnischen Lösung" der polnischen Frage, d. h. der Wahl Kaiser Karls von Österreich zum König von Polen, als welcher er Galizien mit seinem neuen Königreich hätte vereinigen sollen. Diese Lösung wurde zwar auch von manchen deutschen Poli-

tikern befürwortet, von den meisten aber als sehr bedenklich bekämpft, weil sie aus dem dualistischen Österreich-Ungarn einen trialistischen Staat machen und die österreichische Politik in polnischem, antideutschem Sinn bestimmen werde. Diese Lösung war auch mit einem guten Verhältnis Österreichs zur Ukraine unvereinbar, weil in Galizien etwa 3 Millionen Ukrainer wohnen und diese als Teil des hergestellten Polenreichs bösen Tagen der Unterdrückung entgegengesehen hätten. Der Wunsch der Ukrainer ging vielmehr dahin, daß das ukrainische Ostgalizien zu einem selbständigen Kronland gemacht und damit seine nationale Eigenart sicher gestellt werde, wie die Deutschen Böhmens 1917 aus ähnlichen Erwägungen das Verlangen nach einem besonderen deutsch-böhmischen Kronland erhoben. Graf Czernin stellte den Polen in Aussicht, daß bei den Verhandlungen des zur genaueren Festlegung der Grenzen des Cholmer Landes niederzusetzenden Ausschusses die polnischen Wünsche tunlichst berücksichtigt werden sollten, und in einem am 4. März ausgefertigten Protokoll wurde seitens der fünf an dem Frieden vom 9. Februar beteiligten Mächte ausgesprochen, daß die Grenze zwischen Polen und der ukrainischen Volksrepublik auch östlich der am 9. Februar festgesetzten Linie gezogen werden könne und polnische Vertreter dabei mitwirken sollten. Da aber hiebei doch nur einzelne kleine Gewinne zu erhoffen waren, in der Hauptsache aber der betreffenden Artikel des Friedens erhalten bleiben mußte, so grollte die Masse der Polen auch ferner einer Politik, welche ihren ausschweifenden Hoffnungen und Ansprüchen sich versagt hatte. Wieder einmal waren, so schien es, die Polen ihre eigenen schlimmsten Feinde gewesen. Hätten sie in die dargebotene deutsche Hand rechtzeitig eingeschlagen, so würden sie bei Graf Hertling haben mehr Unterstützung finden können. So verloren sie, indem sie nach Posen und Danzig schielten, auch noch das Cholmer Land; in Berlin mußte die Losung nicht Warschau lauten, sondern Kiew. Der weitere Verlauf der Dinge hat freilich den Polen doch noch die Erfüllung ihrer Wünsche gebracht.

2. Der große Angriff im Westen

Da die Tatsache für jeden, der sehen wollte, unerschütterlich feststand, daß ein Frieden nur durch willenlose Unterwerfung der Mittelmächte unter die Bedingungen der Feinde oder durch Sieg zu erlangen war — eine Beratung des Vierverbands zu Paris gab am 30. Januar auf versöhnliche Reden des Grafen Hertling und des

Grafen Czernin zum so und so vielten Mal eine schroffe, ablehnende Antwort — so bereitete die deutsche oberste Heeresleitung seit vielen Wochen einen gewaltigen Vorstoß im Westen vor, für den die Truppen planmäßig geschult wurden, um das Ergebnis möglichst zu sichern und doch es mit mäßigen Verlusten zu erkaufen. Als alles bereit war und erstmals in diesem Krieg durch Heranziehung der im Osten entbehrlich gewordenen Streitkräfte im Westen das zahlenmäßige Übergewicht bei den Deutschen war, erfolgte am 21. März morgens 2 Uhr ein furchtbares Trommelfeuer auf der 80 Kilometer breiten Front von Cambrai bis St. Quentin und La Fère, und um 9 Uhr 40 Minuten begann der Sturm. Überall wurden die feindlichen Stellungen unter der Führung der Generale Otto v. Below und v. d. Marwitz sofort im ersten Anlauf überrannt, 25000 Gefangene gemacht und 400 Kanonen erbeutet. Am 23. März eröffnete ein bei Krupp besonders angefertigtes Geschütz aus einer Entfernung von mehr als 100 Kilometern das Feuer auf Paris; alle Viertelstunde erfolgte ein Schuß, und wenn auch die Wirkung einer einzigen Kanone natürlich nicht von Einfluß auf die Entscheidung des Kriegs sein konnte, so war doch der beabsichtigte Eindruck einer so gewaltigen Leistung sehr bedeutend. Der weitere Verlauf des Angriffs brachte die Zurücknahme der 1917 geräumten Stellungen von Bapaume und Peronne. Engländer, Franzosen und Amerikaner mußten zwischen Somme und Oise zum Teil in wilder Flucht, wobei Helme, Gewehre und Mäntel weggeworfen wurden, zurückgehen, und viele Gefangene, viele Geschütze und ungeheure Vorräte an Schießbedarf, Nahrungsmitteln, Kleidern, Schuhen und Geräten aller Art fielen in die Hände der Deutschen, an deren Seite jetzt auch zwei österreichische Divisionen fochten. Bald wurden auch die seit 1914 heiß umkämpften, aber bis dahin immer unbezwungenen Plätze Albert und Armentières (26. März, 12. April) von dem General Hutier erstürmt, das zweite trotz seiner drei betonierten Verteidigungslinien durch Umklammerung von Norden und Süden her. Die oft genannten Höhen von Wytschaete, die Ortschaften Poelcapelle, Paschendaele und Langemarck, um die so viel Blut schon geflossen war, gerieten wieder in die Hände der Deutschen, ebenso Montdidier, Bailleul, Estaires, Merville. Die Zahl der Gefangenen stieg bis Mitte April auf 120000, die der erbeuteten Geschütze auf 600. Aber das eigentliche Ziel, Amiens, durch dessen Einnahme ein Keil zwischen die Franzosen und Engländer getrieben und diese auf

das Meer zurückgeworfen werden sollten, wurde freilich nicht erreicht. Der Vierverband warf alles, was er an Truppen aufbieten konnte, das Heer von Paris, die englische Heimarmee, die eilends über den Kanal geschafft wurde, die Amerikaner, die hinter der Front gedrillt wurden, Kolonialmannschaften aus Nordafrika, in die Lücke, und sechs Kilometer vor Amiens, bei dem mehrfach eroberten und wieder verlorenen Villers Bretonneux, brach sich unter sehr schweren Verlusten der deutsche Ansturm. Dagegen nahm der General Sixt v. Armin am 26. April die hohe Warte Flanderns, den 156 Meter über die Fläche emporragenden Berg Kemmel, wobei preußische und bayerische Regimenter um den Lorbeer wetteiferten. Die Lage war für den Vierverband so drohend, daß das seit langem als nötig erkannte Radikalmittel, die Unterstellung aller verbündeten Heere unter einen einheitlichen Oberbefehl, nun endlich angewandt wurde. Alles englische Selbstgefühl niederzwingend, setzte Lloyd George es im Kriegsrat (S. 296) durch, daß am 3. April der bedeutendste Heerführer des Vielverbands, der Marschall Foch (sprich: Fosch) den Oberbefehl über Engländer, Franzosen, Amerikaner und Portugiesen erhielt; am 16. April stimmte Wilson zu. Foch erklärte, daß die Deutschen mit 200 Divisionen die Überlegenheit über die 162 englischen und französischen hätten; die Reserven der beiden Mächte würden früher erschöpft sein als die deutschen, und ein Sieg sei unmöglich, wenn nicht die Vereinigten Staaten 100 Divisionen schickten. So telegraphierte auch Lloyd George den Amerikanern, daß das schleunigste Herüberwerfen großer Massen eine Lebensfrage sei, und die Amerikaner befolgten diese Mahnung mit solcher Bereitwilligkeit, daß die zahlreichen in Frankreich fechtenden Soldaten Ende Juli glaubhaft auf 1 250 000 angeschlagen wurden. Einer meiner Lehrer, der in Brest kriegsgefangen war, hat mir erzählt, daß er mit blutendem Herzen von dem Fort Lanvéoc aus es mit ansah, wie das von den Amerikanern mit Beschlag belegte deutsche Riesenschiff „Vaterland“ (über 54000 Tonnen) nicht weniger als siebenmal an der Reede von Brest anlegte und jedesmal ungefähr eine Division landete; zur Hin- und Herfahrt brauchte es, die Landung und Ausladung eingerechnet, je 23 Tage, d. h. nicht viel über drei Wochen. So erfüllte sich die Voraussage der deutschen Marinebehörde: „Die Amerikaner werden nicht herüberkommen, und wenn sie kommen, werde eine fette Weide für unsere Tauchboote sein!“ Es war so, wie der Correspondant sagte: le secours Américain est indispensable;

mais il sera décisif: die Amerikaner haben uns schließlich erwürgt. Die deutsche Admiralität faßte, als sie der Lage inne wurde, im Juni 1918 den Plan, um die amerikanische Ostküste eine Sperre zu legen und so die Überfahrten zu unterbinden; da aber nur 3, höchstens 6 Unterseekreuzer hiefür vorhanden waren, erschien die Sache aussichtslos und höchstens geeignet durch Abschneiden des amerikanischen Handels auch die letzten Neutralen gegen uns unter die Waffen zu rufen. So lehnte der Kaiser auf den Rat Hertlings den Plan am 2. Juli ab.

Ehe die Nachschübe aber an der Front eintrafen, erfolgte am 27. Mai ein zweiter wuchtiger Vorstoß der Deutschen. Die Heeresgruppe des Kronprinzen des deutschen Reichs und Preußens, Wilhelm, brach an diesem Tage über sumpfiges Gelände hinweg, ohne ein Sprungbrett zu haben, gegen den so oft hart umkämpften Damenweg westlich von Craonne vor, nahm ihn in glänzendem Ansturm, wobei 15000 Franzosen gefangen wurden, und bemächtigte sich am 29. Mai des bisher unbezwungenen Soissons, eines Eckpfeilers der feindlichen Stellung. Ungeheure Vorräte fielen auch diesmal in die Hände der Sieger, und seit 21. März war ein Gebiet von über 7000 qkm, gleich einem starken Drittel von Württemberg oder von Westfalen, erobert. Die Zahl der Gefangenen belief sich mit den Verwundeten auf weit über 200000, wovon die größere Hälfte Engländer, die kleinere Franzosen waren; Kanonen waren 2446 erbeutet. Am 30. Mai erreichten die Deutschen den Schicksalsfluß von 1914, die Marne. Von einem dritten Vorstoß erhoffte man die Entscheidung, obwohl es auch jetzt nicht gelungen war das eigentliche Ziel zu erreichen und Compiègne, das als Bollwerk vor Paris lag, zu nehmen. Ein deutscher Erfolg war um so nötiger, als der österreichische Versuch durch Überschreitung des Piave einen großen Schlag zu führen völlig fehl geschlagen war. Wohl gelang es dem General Boroewitsch mit 33 ungarischen und 27 österreichischen Regimentern den Fluß am 15. Juni bei San Dona zu überschreiten, den Berg Montello zu erstürmen und 30000 Gefangene zu machen. Aber da auch Conrad v. Hötzendorf auf Asiago vorstieß, statt daß alle Kräfte auf das Kampffeld zwischen Brenta und Piave vereinigt wurden, „zerflatterte die Offensive", und ein Gegenstoß des Generals Diaz zerstörte alle Erfolge wieder. Es war unter den gegebenen Umständen noch eine große Leistung, daß Boroewitsch sein Heer, allerdings unter Verlust von 50 000 Mann,

wieder glücklich über den hoch angeschwollenen Fluß zurückbrachte, über den weder Nahrung noch Munition hatte nachgeschoben werden können. Conrad wurde das Opfer dieses Mißerfolgs; er wurde abgesetzt und zum „Obersten aller Garden" ernannt. Diaz war indeß außer Stande, seinerseits den Erfolg durch Vormarsch über den Piave auszunutzen.

Der dritte deutsche Angriff begann am 25. Juni, indem das Heer des Generals v. Böhn zwischen Jaulgomme und Dormans die Marne überschritt und östlich von Reims, das sich immer noch hielt, die Generale v. Mudra und v. Einem zwischen Prunay und Tahure vorstießen. Überall wurden die ersten französischen Stellungen erstürmt; östlich von Reims wurden oft umkämpfte Berge wie der Cornillet-, Keil-, Öl- und Fichtelberg ohne Widerstand besetzt. Das hatte aber seinen Grund darin, daß der General Gouraud, der ostwärts von Reims die Hochfläche von Manonvillers besetzt hielt, nach deutschem Muster in seiner ersten Linie nur schwache Posten aufgestellt und die Masse seiner Truppen hinter der sog. Römerstraße versammelt hatte. Wie sich bald ergab, waren die Franzosen — durch Verrat oder durch geschicktes Ausfragen von Gefangenen — vorher genau über Ort und Zeit des deutschen Angriffs unterrichtet und hatten in aller Ruhe ihre Gegenmaßregeln treffen können. „Die Römerstraße," sagt der Correspondant von 25. Oktober 1918, „wurde das Grab der Deutschen; in der Meinung Sieger zu sein drangen sie ahnungslos vor und wurden von unserem Feuer zermalmt." Damit war der deutsche Vorstoß, der gleichzeitig auf Epernay und Chalons zielte, auf dem linken Flügel gebrochen, und der rechte, der über die Marne vorgedrungen war, steckte in einer gefährlichen Sackgasse. Die deutsche Leitung erkannte die mißliche Lage sofort und brach den Angriff ab, um so mehr als die einzige an der Marne zur Verfügung stehende Bahn nur ein Geleise hatte und kaum für den Nachschub von Munition genügte; Essen nachzuschicken war fast unmöglich. Foch nutzte die Gelegenheit gewandt aus und warf am 18. Juli den General Mangin gegen die rechte deutsche Flanke bei Ville-en-Tardenois. „Der beste Angriff, sagt Foch in seiner Schrift de la conduite de la guerre, ist der Gegenangriff, weil er auf einen schon erschöpften Gegner trifft." Nach diesem Grundsatz ist Foch jetzt verfahren. In der Tat, die Deutschen wurden am 19. Juli von Ville Cotterets aus überrannt und auf Soissons zurückgedrängt, weil ihre Divisionen ziffernmäßig sehr schwach waren

und ihr kriegerischer Geist erschüttert war. Sie mußten am 20. Juli das rechte Marneufer wieder räumen; am 27. erwies es sich als unvermeidlich, die Front „planmäßig“, wie der deutsche Bericht mit magerem Trost sagte, nordwärts bis Ville-en-Tardenois zurückzulegen. Abermals war die Marne unser Schicksalsfluß geworden; aber diesmal waren die Folgen weit schwerer, weil unsere Kräfte am Ende waren, während wir 1914 noch über gewaltige Reserven verfügt hatten, um die Schlappe auszuwetzen.

Nun wurde es auch im Norden lebendig. Am 8. August griffen das 4. englische Heer unter Rawlinson und das 1. französische unter Deb'eney unter dem Schutz natürlicher und künstlicher Nebels und unter Einsatz von 3—400 sog. Tanks (Panzerwagen) von neuester Bauart und schneller Fahrt, denen wir nichts Ebenbürtiges entgegenzusetzen hatten, die Deutschen zwischen den Flüssen Ancre und Avre an, die bei Amiens in der Spitze eines Dreiecks sich mit der Somme vereinigen, und durchbrachen ihre Linien. Leider zeigte sich hier, daß der in den letzten Zeiten an die Front gekommene Mannschaftsersatz durch die gewissenlosen Wühlereien des kriegsgegnerischen Teils der Sozialdemokratie in seiner moralischen Verfassung völlig zerrüttet und also unzuverlässig war; Bataillonen, die nach alter Weise tapfer vorgingen, riefen diese Buben das Wort „Streikbrecher!“ zu, und Tausende liefen davon oder zu den Feinden über, um den Mühen und Gefahren der Vaterlandsverteidigung auf eine einfache, wenn auch schmachvolle Weise sich zu entziehen. Kein Wunder, daß erzählt wird, die alten wackeren Soldaten hätten über diese Waffenbrüder geknirscht und geweint. Der erste Generalquartiermeister Ludendorff hat mit Recht den schwarzen Tag des 8. August als einen ruhmlosen bezeichnet und schon am 13. in einer Beratung im großen Hauptquartier zu Spaa dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Hintze erklärt, daß die oberste Heeresleitung nicht mehr im Stande sei den Feind durch Angriff friedenswillig zu machen; durch Verteidigung allein sei dies nicht zu erreichen; der Krieg müsse also auf diplomatischem Weg zu Ende gebracht werden; durch das Versagen einiger Truppen sei Unsicherheit in die Kriegführung gekommen; man müsse unter Umständen zurückgehen. Hindenburg sah die Lage als ernst an; doch stehe man noch immer tief im Feindesland. Der Reichskanzler gab darauf seine Absicht zu erkennen mit einem Friedensangebot noch so lange zu warten, bis Fochs Offensive zum Stillstand gebracht sei, was die Feldherren

als voraussichtlich eintretend ansahen: bisher war es ja noch immer so geschehen; dann sollten Spanien oder die Niederlande um Vermittlung angegangen werden.*) Am 9. August ging Montdidier verloren, wodurch der auf Amiens gerichtete deutsche Keil entfernt war, am 22. Bapaume, bald auch Peronne, am 31. der Kemmelberg; am 3. September stand der Kronprinz wieder östlich von Soissons. Auch die Amerikaner griffen auf dem rechten Flügel der verbündeten Heere mit großen Massen an und zwangen am 12. September die Deutschen den bei Verdun tief in die französischen Stellungen hineinragenden Bogen von St. Mihiel, den die Bayern vor vier Jahren erobert hatten, wieder aufzugeben. Am 14. September erließ Burian einen Aufruf zu Friedensverhandlungen, der ohne Echo blieb. Am 26. September erfolgte nach elfstündiger Feuervorbereitung in der Champagne und zwischen Argonnen und Maas ein auf breitester Front geführter französischer und amerikanischer Angriff, der zum Verlust der Stellungen bei Tahure führte. Wohl geschahen auch gelegentliche erfolgreiche deutsche Gegenstöße, wie durch die Wiederverjagung der Amerikaner aus dem von ihnen genommenen Apremont in den Argonnen; aber im ganzen verschärfte sich die Drangsal für das deutsche Heer von Tag zu Tag mehr, so daß die oberste Heeresleitung auf ein von Ludendorff im Einklang mit allen Abteilungsvorständen erstatteten Bericht sich entschloß zu verlangen, daß endlich ohne längeres Zögern den Gegnern ein Waffenstillstand zum Behuf sofortigen Beginns von Friedensverhandlungen vorgeschlagen werde. Das deutsche Heer sollte aber stets bereit gehalten werden, um im Fall unerträglicher Bedingungen auf Tod und Leben in möglichst guten Verteidigungsstellungen weiter zu fechten.

3. Der Zusammenbruch der Bundesgenossen

Die Notlage wurde aufs höchste dadurch gesteigert, daß zwei der Verbündeten Deutschlands und Österreich-Ungarns um diese Zeit erlagen. In Palästina warfen die Engländer

*) So stellt die Sache der Sohn des Reichskanzlers der Rittmeister Karl Graf v. Hertling dar, ein Jahr in der Reichskanzlei, Freiburg 1919, S. 149. Vgl. Ludendorff, meine Kriegserinnerungen, Berlin 1919, S. 552 f. und Hindenburg, aus meinem Leben, Leipzig 1920, S. 363. Hintze hat in der Vossischen Zeitung vom 10. Sept. 1919 behauptet, daß erst am 10. Sept. das Gesuch der obersten Heeresleitung um Friedensverhandlungen einlief. Mündlich war es wohl am 13. August gestellt worden.

unter General Allenby am 20. September die Türken sowohl an der Küste als an der Bahn von Jerusalem nach Nablus, dem alten Sichem, zurück; am 21. rückten sie in Nazareth ein, machten 18000 Gefangene und trieben die Türken gegen den Jordan, dessen Tal gleichzeitig die Reiterei sperrte. In der Folge wurde die 7. und 8. türkische Armee großenteils abgeschnitten und nicht weniger als 50 000 Mann zur Waffenstreckung gezwungen. Die Schrecken des Rückzugs hat ein schwäbischer Arzt vom Regiment 146 im Juni 1919 im Schwäbischen Merkur packend geschildert: die Eilmärsche bei glühender Hitze, so daß man sie nach Möglichkeit auf die Nacht verlegte; den Mangel an Wasser, so daß Pfützen gierig ausgetrunken wurden; die beständige Verfolgung durch Flieger, so daß Mann um Mann, Pferd um Pferd, Esel um Esel, Kamel um Kamel dahinsank und das Gepäck schließlich liegen blieb; man rettete nur, was man auf dem Leibe trug. Bald ging auch Haifa verloren; am 26. September ergaben sich weitere 10000 Mann, dann, von den Beduinen Husseins, des „Königs von Hedschas", zu Tode gehetzt, 7000. Am 2. Oktober fiel Damaskus in Allenbys Hände, am 6. Beirut, worauf in Konstantinopel das Ministerium Enver's, des Kriegsministers, und Talaats, des Großwesirs, gestürzt wurde. Am 26. Oktober ritten die englischen Schwadronen in Aleppo ein, das 300 Kilometer nordwärts von Damaskus liegt.

Das gleiche Schicksal traf die Bulgaren. Ein Anzeichen des bevorstehenden Zusammenbruchs war schon der Rücktritt des Hauptträgers des Bündnisses mit Deutschland und Österreich, Radoslawows, am 17. Juni, und seine Ersetzung durch den der Entente von jeher geneigten Malinow. Man kann nicht in Abrede ziehen, daß der Glaube der Bulgaren an die Kraft ihrer Verbündeten seit der „Resolution" des deutschen Reichstags vom 17. Juli 1917 ins Wanken geraten war und daß die Zurückbehaltung der Dobrudscha (S. 366) in Sophia den übelsten Eindruck machte. Die Forderung der hohen Pforte, daß die Übergabe des Landes an Bulgarien mit der Wiederabtretung des Gebiets an der unteren Maritza (S. 252) erkauft werden müsse, wurde in Sophia als Bruch feierlicher Versprechungen aufgefaßt; jedenfalls entsprang sie einer unter den gegebenen Umständen kleinlichen Politik und entleidete den Bulgaren den Krieg, an dem sie ohnehin übergenug hatten, vollends. Mehr der nachlassende Kriegswille als das Versagen der Kraft hat nach Hindenburg (aus meinem Leben S. 368 ff.) in Bulgarien verhängnisvoll ge-

wirkt; die Generäle überzeugten sich, daß ihre Truppen nicht mehr zum Aushalten zu bewegen waren, geschweige zum Angriff. Endlich am 23. September verstand sich Talaat, der Gefahr inne geworden, zum Verzicht auf das Rückverlangen und zur Auslieferung der ganzen Dobrudscha an den Zaren Ferdinand. Es war zu spät. Malinow hatte zunächst die Verheißung gegeben, daß auch er an dem Bündnis mit den beiden Kaisern und dem Sultan festhalten wolle. Bei dem Druck, den das dem französischen General Franchet d'Esperey unterstellte englisch-französisch-italienisch-serbisch-griechische Heer nordwärts von Saloniki an der Cerna auf die Bulgaren ausübte, bat Malinow dringend um Verstärkung durch wenigstens zwei deutsche Divisionen, erhielt aber eine abschlägige Antwort, da man diese Truppen an der Westfront angesichts der dortigen Übermacht der Feinde nicht entbehren könne. So erfolgte am 15. September auf die alleinstehenden Bulgaren der große Stoß an der Cerna; in einer Tiefe von 30 Kilometern wurde die bulgarische Stellung bis Dobropolje durchbrochen und die Bulgaren in wilder Flucht über Demir Kapu auf das Labunagebirge zurückgejagt; am 25. September besetzten die Serben Istip und Kotschana. Nun bat die bulgarische Regierung am 26. September verzweifelnd um Waffenstillstand — es war zu spät, daß ihr jetzt ausgiebige deutsche und österreichische Hilfe verheißen und hastig alles nach Makedonien in Bewegung gesetzt wurde, was die Verbündeten an Truppen verfügbar machen konnten; wie es heißt, zwölf Divisionen. Während die Engländer schon in Strumitza, die Franzosen in Üsküb einrückten (29. September), wurde in Saloniki noch verhandelt; aber noch am 29. kam der Stillstand zum Abschluß, laut dessen die Bulgaren ihr noch übriges Heer sofort auf Friedensfuß setzen, auf alle 1915 gemachten Eroberungen formell verzichten, ihre Verbündeten zum Abzug anhalten und die Besetzung Sophias und des ganzen Landes durch die Sieger zugestehen mußten. Damit war der Balkan für Deutschland und Österreich völlig verloren, jede Verbindung mit der Türkei außer der ganz unzulänglichen über Odessa und das schwarze Meer abgeschnitten. Serbien wurde befreit; Zar Ferdinand dankte am 4. Oktober zu Gunsten seines wackeren und deutschfreundlichen, im Volk sehr beliebten ältesten Sohnes Boris (geb. 1894) ab und siedelte nach Coburg über. Ende des Monats erschienen die Franzosen schon in Widdin an der Donau. Nun trat auch Rumänien aus

seiner Zurückhaltung heraus und erklärte den Bukarester Frieden für erloschen. Das Ministerium Coanda (10. November) bewog den König Ferdinand wieder in den Krieg gegen die beiden Kaiserstaaten einzutreten, um an der Beute teilnehmen zu können, und am 18. Dezember wurde — ein Zeichen, wie die Dinge standen — Bratianu wieder zum Ministerpräsidenten gemacht. Die Türken schlossen am 31. Oktober Waffenstillstand und willigten ein, daß die Dardanellen und der Bosporus samt Konstantinopel von dem Vielverband besetzt, das türkische Heer auf Friedensfuß gebracht, Nordafrika, Arabien, Armenien, Syrien und Mesopotamien geräumt und alle Beziehungen zu den Mittelmächten abgebrochen wurden. In Kilikien sollte das türkische Heer hinter den Fluß Bozanti zurückgehen. Am 13. November ankerte eine englisch-französische Flotte vor Konstantinopel und der Admiral Galtherpe wurde zum britischen Oberkommissär in der Stadt bestellt. Das türkische Reich, bis jetzt trotz aller Einbußen noch eine Großmacht, war so gut wie zerstört; bereits erwogen die Sieger, ob es nicht auf das Innere von Anatolien zu beschränken sei, während es früher in zwei Weltteilen mächtig gewesen war.

In Österreich war längst die Not auf einen sehr hohen Grad gestiegen. Bereits am 12. April 1917 drang Graf Czernin insgeheim in seinen und den deutschen Kaiser, Frieden selbst unter großen Opfern zu suchen, da die militärische Kraft Österreichs ihrem Ende nahe sei und im Spätsommer, längstens im Herbst um jeden Preis Schluß gemacht werden müsse (S. 312). Im März 1918 schrieb die Wiener Arbeiterzeitung: „mit Ausnahme jener lärmgierigen Clique unter den Deutschbürgerlichen ist die Begeisterung für den Krieg auf den Nullpunkt gesunken. Er hat in den Gefühlen der Massen nicht den geringsten Stützpunkt mehr; die Völker wollen nichts als den Frieden.“ Am 18. Juni mußte der tägliche Brotanteil auf 630 Gramm herabgesetzt werden; der deutsche Volksrat in Böhmen gab bekannt, daß 1917 in Deutsch-Böhmen 1026 Menschen infolge Hungers gestorben seien, im tschechischen Teil, der erheblich größer ist, nur 21. Der Notstand wurde noch durch andere Dinge verschärft. Der Graf Czernin, der die Lage von jeher sehr schwarz ansah, aber noch am 24. Januar 1918 in der österreichischen Delegation sagte: „wir sind nicht in der Lage, daß wir lieber heute einen schlechten Frieden schließen müssen als morgen einen guten,“ geriet mit Clemenceau in eine Art von Wortwechsel, indem er am 2. April behauptete, daß

der französische Ministerpräsident vor Beginn des deutschen Angriffs im Westen bei ihm angefragt habe, ob er zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Grundlage; da die Franzosen aber auf der Rückgabe Elsaß-Lothringens bestanden seien, habe sich die Sache zerschlagen. Clemenceau bestritt am 6. April, daß er mit dem Verlangen nach Verhandlungen an Czernin herangetreten sei; vielmehr habe ein Höherer sich an ihn gewandt, und im Verlauf von Rede und Gegenrede kam heraus (S. 311 f.), daß Kaiser Karl an seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma, der in belgischen Diensten stand, jenen Brief geschrieben hatte, den Clemenceau schließlich am 12. April im vollen Text*) veröffentlichte und in dem es hieß: „keine wirkliche Verschiedenheit der Ansichten oder Ansprüche trennt mein Reich von Frankreich; meine lebhaften Sympathien für Frankreich in Verbindung mit denen, die in der ganzen Monarchie herrschen, werden ganz und gar und auf immer die Rückkehr des Kriegszustandes verhindern. In Anbetracht dessen . . . . bitte ich dich, geheim und nichtamtlich Herrn Poincaré mitzuteilen, daß ich mit allen Mitteln und mit Aufwendung meines persönlichen Einflusses bei meinem Verbündeten die gerechten Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde." Dieses Schriftstück wirft auf die Gesinnungen des Kaisers gegen Deutschland ein grelles Licht; es ist freilich von ihm als gefälscht bezeichnet worden; er habe geschrieben: er würde die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen unterstützen, wenn sie gerecht wären; das seien sie aber nicht. „Ich kämpfe, telegraphierte er an Kaiser Wilhelm, für deine Provinzen genau so, als gälte es meine eigenen Lande zu verteidigen. Keine Intriguen werden unsere Waffenbrüderschaft gefährden." Die Behauptung des Kaisers, daß eine Fälschung vorliege, stieß aber überall auf Zweifel, da die von ihm angegebene Fassung zu dem ganzen Gedankengang des Briefs nicht stimmen wollte und ihn zwecklos machen würde. Im deutschen Hauptquartier herrschte die größte Entrüstung; überall hörte man das Wort „Dank vom Hause Habsburg": der österreichische Generalstabschef Arz von Straußenburg sagte zu dem Vertreter der deutschen Heeresleitung General v. Cramon, er traue sich kaum ihm ins Auge zu sehen; zu entschuldigen sei da leider nichts. Man deckte dann in Berlin und Wien den fatalen Sachverhalt mit anscheinender Gelassenheit zu; Graf

*) Siehe ihn in meiner historisch-politischen Jahresübersicht für 1918, Stuttgart 1919, S. 209—211.

Czernin aber mußte darüber von seinem Amte zurücktreten, weil der Kaiser über ihn aufgebracht war, da Czernins Worte vom 2. April die Lawine in Bewegung gesetzt hatten. Am 14. April erfolgte die Wiederernennung des Grafen Burian zum auswärtigen Minister, was die Deutschen wegen dessen doktrinärer Schwerfälligkeit für keine gute Wahl hielten. Der trotz der Mahnung Hertlings versuchte Friedensschritt Burians vom 14. September (S. 378) rechtfertigte dieses Urteil; er blieb natürlich erfolglos. Am 12. Mai stattete Kaiser Karl im deutschen Hauptquartier zu Spaa einen Genugtuungsbesuch ab; die Villa, in der er abstieg, nannte der Lagerwitz „Villa Canossa". Um die gelockerte Verbindung der beiden Monarchien herzustellen und zu sichern, wurden Verträge über einen engeren politischen und militärischen Zusammenschluß vereinbart; die gleichmäßige Ausbildung der Heere sollte durch gegenseitige Kommandierungen von Offizieren ins andere Heer erzielt und für Beschaffung gleichwertigen Kriegsmaterials gesorgt werden. Die Polen und Tschechen waren über Czernins Sturz sehr befriedigt, die ersten, weil er den Ukrainern das Cholmer Land zugestanden hatte, die zweiten, weil er gegen die tschechischen Landesverräter eine sehr scharfe Sprache führte. Kaiser Karl hat diese 1917 übereilter Weise begnadigt, in der Meinung, dadurch die innere Versöhnung herbeizuführen; das gelang aber nicht; vielmehr verlangte eine Versammlung tschechischer Politiker, unter ihnen die begnadigten Hochverräter (S. 187) schon am 8. Januar 1918 in Prag nicht etwa nur, wie bisher, den auf der Grundlage des sog. „böhmischen Staatsrechts" aufzubauenden Bundesstaat der gleichberechtigten österreichischen Nationen, sondern die Errichtung eines nach außen und innen möglichst selbständigen tschechischen Staats unter Erstreckung auf die tschechischen Slowaken Nordungarns („Tschechoslowakei"). Darin lag, wenn es auch offen nicht ausgesprochen wurde, so doch mit unabweisbarer Folgerichtigkeit die Loslösung von der Gesamtmonarchie. Ähnliche Bestrebungen regten sich bei den Südslawen („Jugoslawen"), d. h. den Slawen in Südsteiermark, Kärnten, Krain, Istrien und Dalmatien. Verhandlungen zwischen den Deutschen und den Polen über ein gemeinsames politisches Programm ergaben, daß die Polen, falls die austropolnische Lösung ihrer Gesamtzukunft (S. 368 f) angenommen wurde, den Zusammenhalt der Monarchie gegen Tschechen und Südslawen zu sichern bereit waren; aber sie verlangten den Sturz Seidlers, weil er auch den Ukrainern entgegenkam. Die Deutschen,

denen er an der Verwaltung Böhmens durch zwölf Kreisbehörden Anteil gewähren wollte und für die er ein eigenes Kreisgericht in Trautenau errichtete, wollten ihn nicht fallen lassen. Schließlich erzwangen die Polen, die der Kaiser unter allen Umständen bei guter Laune erhalten wollte, am 22. Juli Seidlers Entlassung; an seine Stelle trat der Klerikal-Konservative Freiherr Hussarek v. Heinlin. Am 17. August aber fand in Laibach eine Zusammenkunft aller österreichischen Slawen statt, der Polen, Tschechen und Südslawen, deren Ergebnis der radikale Tschechenführer Klofatsch in die Worte faßte: „Wir haben uns die Hände gereicht, und es wird niemand gelingen, sie wieder auseinander zu reißen!" Die Losung lautete: eine slawische Gemeinschaft von Danzig bis Triest; unter dem Einfluß der jetzt zur Herrschaft gelangten demokratischen Richtung haben erstmals auch die Polen, unter Preisgabe der bisher von ihnen festgehaltenen, der Gesamtmonarchie freundlichen Haltung, an den Lostrennungsbestrebungen sich beteiligt.

4. Rücktritt Hertlings. Prinz Max von Baden. Waffenstillstand. Revolution.

Wir lassen hier den Faden vorerst fallen und kehren zu den deutschen Dingen zurück. Der Reichskanzler Graf Hertling empfing noch das Verlangen Hindenburgs nach Eröffnung von Waffenstillstandsverhandlungen; aber seine Stellung war um diese Zeit unhaltbar geworden. Die Linke hat ihm, dem vornehmen Aristokraten von konservativer Gesinnung, nie recht getraut, und die Frage der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts verwickelte ihn in einen immer tieferen Gegensatz zu der Linken. Hertling hatte keine Zweifel darüber gelassen, daß er die kaiserlichen Erklärungen von Ostern 1917 und vom 11. Juli 1917 unbedingt durchführen werde, und sein Stellvertreter im preußischen Ministerium, Friedberg, hat unter Zurückstellung seiner eigenen früher oft bekundeten Ansicht alles getan, um die Mehrheit des Abgeordnetenhauses von der Unhaltbarkeit der Klassenwahl unter den gegebenen Umständen zu überzeugen. Aber in Sorgen um die Gefahr für die Grundlagen des alten Preußen, dessen straffe Kraft Deutschland einig und stark gemacht hatte, und die auch jetzt nicht entbehrlich war; in Sorgen insbesondere um die Bewahrung der großen Städte vor ultramontanen, sozialdemokratischen und polnischen Stadtverordnetenmehrheiten und Magistraten und in Sorge um ihre eigene politische Machtstellung

lehnten die Konservativen, die Freikonservativen, die Nationalliberalen und ein guter Teil des Zentrums die Preisgabe jeder Schranke des Wahlrechts ab. So fiel die Regierungsvorlage am 2. Mai mit 235 gegen 183 Stimmen. Zur Mehrheit gehörten 15 vom Zentrum und 33 Nationalliberale; zur Minderheit 1 Konservativer und 4 Freikonservative. Die Mehrheit forderte am 11. Juni eine Zusatzstimme für das Alter von 50 Jahren, für selbständige Berufstätigkeit, für eine leitende Stellung, für die zehnjährige Bekleidung eines staatlichen oder gemeindlichen Amtes und für eine gehobene Dienststellung auch ohne leitende Stellung; auch sollte das Wahlrecht an eine zweijährige Zugehörigkeit zur Gemeinde gebunden sein, in den Industriebezirken und in den polnischen Gegenden die Verhältniswahl Platz greifen und eine Verfassungsänderung nur mit Dreiviertelmehrheit möglich sein. Am 4. Juli fand dieser Kompromiß eine große Mehrheit, zu der etliche 30 von den Nationalliberalen und ebenso viele vom Zentrum gehörten. Die Linke wollte aber von irgend welchem Nachgeben nichts wissen, bestand auf dem allgemeinen gleichen Wahlrecht und verlangte von dem Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten, daß er sofort bitteren Ernst mache und das Abgeordnetenhaus auflöse. Die Regierung wollte aber mitten im Krieg die Vornahme von Wahlen um so mehr vermeiden, als diese Wahlen voraussichtlich mit der größten Erregung der politischen Leidenschaften verknüpft waren, und hoffte mit Hilfe des Herrenhauses, das sich der Schwere der Lage in der Tat auch nicht verschloß, doch noch zu einer bejahenden Abstimmung des Abgeordnetenhauses zu kommen. Der Linken riß aber die Geduld; die Sozialdemokratie drohte in offene Opposition zu treten, falls nicht ihre sechs Forderungen bewilligt würden: uneingeschränktes Bekenntnis zu der Friedensresolution vom 19. Juli 1917, zu Völkerbund und Abrüstung; Herstellung Belgiens, Serbiens, Montenegros und Entschädigung Belgiens; Abänderung der Friedensschlüsse von Brest und Bukarest im Sinn demokratischer Selbstbestimmung der Völker; Autonomie für Elsaß-Lothringen und gleiches Wahlrecht für alle Bundesstaaten; einheitliche (parlamentarische) Regierung des Reichs, keine unverantwortliche Nebenregierung; Herstellung der Versammlungs- und Preßfreiheit, Zensur nur noch für rein militärische Dinge. Da Graf Hertling es mit seiner Überzeugung nicht vereinbaren konnte das schrankenlose parlamentarische System im Reich einzuführen, von wo es mit innerer Notwendigkeit auch auf die Einzelstaaten übergreifen mußte, so bat er

den Kaiser und König um seine Entlassung. Sie wurde ihm am 30. September in den gnädigsten Formen unter Verleihung des schwarzen Adlerordens gewährt. Er zog sich auf seinen Landsitz bei Ruhpolding zurück und starb hier schon am 6. Januar 1919, nachdem er noch die Bitternisse der Revolution hatte durchkosten müssen.

Zu Hertlings Nachfolger wurde der bevorzugte Liebling der Linken bestellt, der Prinz Max von Baden (geb. 10. Juli 1867), der Thronfolger im Großherzogtum und Präsident seiner ersten Kammer, der Verehrer des für viele eine große Autorität darstellenden religiösen Schriftstellers Johannes Müller; durch mehrere gehaltvolle, von hohem Idealismus getragene, auf Demokratie, Menschenveredelung und Menschenverbrüderung gerichtete Reden (so zur Jubelfeier der badischen Verfassung am 22. August 1918) hatte er die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt und galt nun durch seine hohe Geburt und seine fortschrittliche Denkweise als der gegebene Entwirrer der Lage.

Der Prinz sah sich vor die doppelte Aufgabe gestellt, im Innern das parlamentarische System durchzuführen, worauf die gesamte Linke drängte, und nach außen zum Frieden zu gelangen. Beide Aufgaben waren insofern verkettet, als Wilson jede Verhandlung mit einer nur auf persönlicher Willkür beruhenden Gewalt ablehnte. Der Prinz wollte ursprünglich, wie er im Dezemberheft der preußischen Jahrbücher 1918 dargelegt hat, nicht um Waffenstillstand nachsuchen, was der neuen Regierung den Vorwurf der Schwäche zuziehen mußte, sondern im Anschluß an Wilsons „14 Punkte" ein ins Einzelne gehendes Kriegszielprogramm aufstellen, wobei es allerdings ohne schwere Opfer für Deutschland nicht abgehen konnte. Wilson hatte nämlich am 8. Januar in einer Botschaft an den Kongreß folgende Sätze als für den künftigen Weltfrieden grundlegend bezeichnet: 1. Ablehnung aller Geheimdiplomatie und Geheimverträge. 2. Vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf dem Meer mit Ausnahme der durch internationale Verträge geschlossenen Meeresteile. 3. Möglichste Beseitigung der wirtschaftlichen Schranken und Gleichheit der Handelsbeziehungen unter den Völkern. 4. Herabsetzung der Rüstungen auf das niedrigste Maß. 5. Eine weitherzige, unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und gleiche Rücksicht auf die Bevölkerung der Kolonien wie auf die Rechtstitel der Regierungen, die Ansprüche erheben. 6. Räumung des russischen Gebiets durch die Truppen der Mittelmächte; unbe-

hinderte Entwicklung Rußlands. 7. Räumung und Wiederaufrichtung Belgiens. 8. Befreiung des französischen Gebiets und Wiedergutmachung des Unrechts, das Frankreich durch Preußen 1870 zugefügt wurde. 9. Berichtigung der italienischen Grenzen nach dem klar erkennbaren nationalen Bestand. 10. Autonomie für die Völker Österreich-Ungarns. 11. Räumung von Rumänien, Serbien und Montenegro; ein Zugang zur See für Serbien; freundschaftliche Regelung der Balkanfrage. 12. Autonomie für die Nationalitäten der Türkei; freie Durchfahrt aller Handelsschiffe durch die Dardanellen. 13. Unabhängigkeit eines polnischen Staats, der alle unzweifelhaft polnischen Gebiete umfassen und einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zum Meer haben sollte. 14. Bildung eines Vereins aller Nationen („Völkerbund") zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen wie der kleinen Nationen.

Diese 14 Punkte legten Deutschland ohne Zweifel den schmerzlichen Verlust Elsaß-Lothringens, von dem doch nur ein kleines Stück in den Händen der Franzosen war, und den Posens sowie einiger westpreußischer Bezirke auf; aber, ehrlich und wohlwollend ausgelegt, sicherten sie ihm die ganz von Deutschen bewohnte Ostseeküste mit Danzig, wobei nur den Polen die Benützung dieses Hafens vertragsmäßig zu gewährleisten war, ebenso den Besitz von Nordschleswig, dessen Wilson gar keine Erwähnung tat; sie eröffneten die Aussicht auf Rückgabe aller oder doch der meisten Kolonien und erfüllten einen Hauptzweck des Kampfes gegen England, die Erlangung der Freiheit der Meere. So wie leider die militärische Lage am 30. September war, kam Deutschland um herbe Opfer nicht mehr herum; aber es konnte dabei doch als Großmacht weiter bestehen. Insofern ist es zu begreifen, daß Prinz Max auf dieser Grundlage zu verhandeln bereit war. Die oberste Heeresleitung drängte immer stärker auf die Einleitung zu Friedensverhandlungen; am 1. Oktober 1 Uhr 30 Minuten telegraphierte Ludendorff, daß er die Abgabe der Erklärung noch heute Nacht für geboten halte, falls nicht die neue Regierung noch heute gebildet werde; sei dies der Fall, so sei er mit einem Aufschub bis zum 2. früh einverstanden. Nach französischen Angaben stand es so, daß die Gegner seit vier Monaten 360000 Gefangene gemacht, 500 Batterien Feldgeschütze, 515 schwere Batterien erbeutet hatten; die deutschen Kompagnien waren wahre Skelette; am 15. Juli wenigstens noch 120 Mann stark,

zählten sie jetzt noch 50; 23 Divisionen waren aufgelöst, die Zahl der Reservedivisionen war von 78 auf 17 gesunken, von welchen nur zwei noch frisch waren. Das Material war schlecht, die Ausbesserung fast unmöglich, die Munition knapp. Der Vertreter der obersten Heeresleitung erklärte im Namen Hindenburgs, daß das Heer trotz allem noch Kraft habe den Gegner Monate lang aufzuhalten, örtliche Erfolge zu erringen und die Gegner vor neue Opfer zu stellen; aber jeder Tag bringe den Feind seinem Ziel näher und mache ihn abgeneigter für einen erträglichen Frieden. Deshalb gelte es nicht zu zögern; jeder Tag koste uns Tausende braver Soldaten, ohne daß damit etwas gewonnen werde.

Prinz Max übernahm am 3. Oktober seine Würde und bildete sofort die neue Regierung aus den drei Parteien, welche seit dem 19. Juli 1917 zusammenhielten, der Sozialdemokratie, der fortschrittlichen Volkspartei und dem Zentrum. Die hervorragendsten Mitglieder waren Scheidemann von der ersten, v. Payer und Konrad Haußmann von der zweiten, Gröber und Erzberger (ein Landgerichtsdirektor und ein Tagesschriftsteller) von der dritten. Sofort richtete der Prinz in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober eine Note an die Vereinigten Staaten, an welche Österreich-Ungarn sich schon am 4. gewandt hatte, erklärte sich bereit die 14 Punkte anzunehmen und bat um Waffenstillstand — nicht wie die Heeresleitung vorgeschlagen hatte, um Frieden unter eventueller einstweiliger Fortsetzung des Krieges. Der Staatssekretär Lansing antwortete am 8. Oktober, daß er wissen müsse, ob Deutschland die 14 Punkte so annehme, daß nur noch die Einzelheiten zu regeln bleiben, und ob das Angebot für die bisherigen Regierungsgewalten gelte; der Waffenstillstand sei erst möglich, wenn die von den Deutschen besetzten Gebiete geräumt seien. Darauf erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen Solf am 12. Oktober, daß Deutschland die 14 Punkte so annehme, daß nur noch die Einzelheiten zu ordnen seien, daß es im Einvernehmen mit Österreich-Ungarn bereit sei die besetzten Gebiete zu räumen und daß die jetzige Regierung der Mehrheit des Reichstags entspreche. Damit war Lansing nicht zufrieden; er erklärte am 14., daß von Waffenstillstand nicht die Rede sein könne, solange die Deutschen zu Wasser und zu Lande unmenschliche Praktiken ausüben, und forderte die Vernichtung jeder willkürlichen Macht in Deutschland, die geheim und nach eigenem Belieben den Weltfrieden stören könne — was natürlich von unsern überaus tugend- und

gewissenhaften Gegnern nicht zu befürchten war. Diese Sprache war deutlich. Lansing verlangte nicht bloß die Aufgabe des Unterseekriegs, die auch sofort deutscherseits zugestanden wurde; sondern auch nichts mehr und nichts weniger als die Beseitigung des Kaisers, ohne daran irgend eine Zusage oder Bürgschaft einer milden Behandlung Deutschlands zu knüpfen. Früher hatte man gelegentlich zu verstehen gegeben, daß der Raubverband nicht gegen das biedere deutsche Volk kämpfe, nur gegen die Selbstherrschaft und den Militarismus. Jetzt, wo die Gegner leider Morgenluft witterten, wo Anfangs Oktober rasch nacheinander St. Quentin (1. Oktober), Lens mit seinen reichen Kohlengruben, Armentières, Cambrai (9. Oktober), der Damenweg (11. Oktober), Laon (12. Oktober) und am 18. die ganze flandrische Küste mit den Unterseebootsstützpunkten Ostende und Zeebrügge (welche der Engländer am 11. und 22. April vergebens von der See her zu nehmen versucht hatte) von dem deutschen Heer preisgegeben werden mußten: jetzt brauchte man sich nicht mehr zu verstellen, sondern konnte brutal fordern. An sich wäre Wilson wohl mit der tatsächlichen Entmannung der kaiserlichen Gewalt zufrieden gewesen und hätte die Fortdauer eines so an Händen und Füßen gebundenen Kaisertums angenommen; aber die bei der Wahlbewegung in den V. St. sich immer stärker kundgebende Gehässigkeit der Republikaner gegen das Kaisertum veranlaßte den Präsidenten die schärfsten Register aufzuziehen — was freilich nicht verhinderte, daß die Wahlen zum Repräsentantenhaus am 5. November 231 Republikaner und nur 195 Demokraten, also die Niederlage der seit 1912 herrschenden Partei ergaben und Wilsons Stellung sehr schwächten.

Man hätte denken können, daß sich der deutsche Stolz dagegen aufbäumen werde, daß die Feinde es sich herausnahmen uns über die Gestaltung unserer inneren Verhältnisse, über Regierungsform und Verfassung Vorschriften zu machen; so etwas pflegt sonst nur einem Sklavenvolk zugemutet zu werden. Aber einmal entsprach der Sturz des Kaisers, aus dem — bei den über das angebliche sittenlose Leben des Kronprinzen umlaufenden Gerüchten und bei dessen „alldeutscher" Gesinnung — angesichts der herrschenden Stimmung der Sturz des Kaisertums überhaupt erwachsen mußte, den republikanischen Ansichten der Sozialdemokratie, und auch in der Volkspartei gab es viele, die mit dem Kopf Monarchisten, mit dem Herzen Republikaner waren. Die Gelegenheit die Parteiziele durchzusetzen war

verlockend. Dann glaubten die, welche nicht alle werden, wirklich, daß durch Abschüttelung der Hohenzollern ein erträglicherer Friede zu erreichen sei, als wenn man, wie die Ahnen 1807 getan hatten, auch im Unglück sich fest um den Herrscher scharte.

Zunächst versuchte die Mehrheit des Reichstags noch die Preisgabe des Kaisers zu vermeiden. Am 20. Oktober wurde der Artikel 11 der Reichsverfassung dahin abgeändert, daß zur Erklärung eines Kriegs künftig die Zustimmung des Reichstags nötig sei, und in Artikel 15 vorgeschrieben, daß der Reichskanzler zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags bedürfe, womit das parlamentarische System, das anderswo nur tatsächlich besteht, im deutschen Reich in aller Form Rechtens festgelegt wurde. Man gab sofort von diesen Beschlüssen nach Washington Nachricht; Wilson war aber noch nicht zufriedengestellt. Am 23. Oktober antwortete Lansing, daß die Macht des Königs von Preußen die Regierung zu beaufsichtigen immer noch unerschüttert sei; die V. St. wollten aber mit der monarchischen Autorität, die Deutschland jetzt habe, nicht verhandeln; auch bezeichnete er es als notwendig die Bedingungen des Waffenstillstandes so zu fassen, daß eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch Deutschland unmöglich sei, d. h. es müsse sich wehrlos machen lassen. Der Reichstag fuhr nun in der Demokratisierung der Verfassung fort. Man hatte schon gleich zu Anfang die Bestimmung getroffen, daß die Erlangung eines Reichsamts den Verlust des Reichstagsmandats nicht mehr zur Folge haben solle, was auch zu den Grundsätzen des Parlamentarismus gehört, und daß die Staatssekretäre, auch ohne Mitglieder des Bundesrats zu sein, jederzeit dort gehört werden müßten. Artikel 9 der Reichsverfassung, welcher die Unvereinbarkeit eines Reichstagsmandats und eines Sitzes im Bundesrat ausspricht, konnte man natürlich nicht beseitigen, ohne die Selbständigkeit des Bundesrats zu vernichten. Die militärischen Behörden, die bei dem bestehenden Belagerungszustand allmächtig gewesen waren, wurden künftig für ihre Verfügungen an die Zustimmung des Oberpräsidenten, also der bürgerlichen Gewalt, gebunden. Weiter wurde dem Kaiser das Recht genommen, Offiziere der Marine und des Heeres auf Grund von Vorschlägen seines Militär- bzw. Marinekabinetts selbstherrlich zu ernennen und hinsichtlich der ersten die Gegenzeichnung des Reichskanzlers, hinsichtlich der zweiten die des preußischen Kriegsministers erfordert. Der Kaiser sprach in einem Erlaß

vom 28. Oktober es aus, daß durch diese Neuordnung wichtige Rechte des Monarchen auf das Volk übertragen seien und daß damit eine Periode abgeschlossen sei, welche vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen werde. Er und seine hohen Verbündeten treten aber den Beschlüssen mit dem festen Willen sie durchzuführen bei; das Kaisertum sei Dienst am Volke, das aus dem Dunkel der Gegenwart eine helle Zukunft gewinnen möge. Der Erlaß bekundete vor aller Welt, daß der Träger einer machtvollen Königsgewalt, von der viel Segen auf Deutschland und Preußen ausgegangen war, sich nunmehr in die Stellung des englischen Königs finden wolle, der mehr ein Zierat am Staatsbau als sein Rückgrat ist. An Lansing aber erging am 27. Oktober eine Note Solfs, worin er erklärte, daß der jetzigen deutschen Regierung die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich wie verfassungsmäßig zustehen; der Präsident möge also nunmehr die Verhandlungen über den Waffenstillstand beginnen und den Frieden der Gerechtigkeit einleiten. Es klang wie Gretchens Worte: „ich habe schon so viel für dich getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt." Die grenzenlose Schmach, welche in diesem beständigen Zurückweichen vor einem harten Feind lag, der mehr und mehr die bisher noch gezeigte Maske des Biedermanns fallen ließ, und die Gewißheit furchtbarer nationaler Verluste trieben den 82jährigen General v. Ahlborn in Braunschweig am 2. November in solche Verzweiflung, daß er sich am Fuß der Bismarcksäule erschoß. Er war zu beneiden, noch mehr mein alter Freund Theobald Ziegler, der auf einer Vortragsfahrt beim Heer im Elsaß zur Auffrischung des Kampfgeistes von der Ruhr ergriffen wurde und am 1. September starb — in einem Augenblick, wo die Lage schon sehr ernst war, aber noch niemand eine eigentliche Niederlage für möglich hielt. Einem der glänzendsten Lehrer der Straßburger Universität, der 1911 nach 25jähriger akademischer Arbeit in den Ruhestand getreten war, blieb so das Bitterste erspart, den Rückfall der Stätte seiner gesegneten Wirksamkeit, des stolzen Bollwerks am Rhein, in die Hände der Franzosen zu erleben. Wir andern hatten das durchzukosten.

Zu den Zugeständnissen an die Feinde und an die Mehrheit des Reichstags gehört auch die Entlassung Ludendorffs aus dem Amt des ersten Generalquartiermeisters oder Chefs des Generalstabs. Schon lange wurde er von der Linken als

der Gewaltmensch angegriffen, der unsere Politik bei der Willensschwäche der Reichskanzler Bethmann Hollweg und Hertling verhängnisvoll beeinflusse, starrsinnig nur auf einen vollen Waffensieg und seine schonungslose Ausnutzung ausgehe und den sonst möglichen Verständnisfrieden verhindere. Man behauptete, daß die verantwortliche Politik des Reiches von den unverantwortlichen Heerführern gegängelt werde; man verlangte, daß die Heeresleitung der politischen Führung untergeordnet werden müsse, und als der Krieg Ende Juli die geschilderte verhängnisvolle Wendung nahm, da wußten die Zivilstrategen vom grünen Tisch auch auf diesem Gebiet besser Bescheid als die Fachmänner, die seit vier Jahren einen grenzenlos ungleichen Kampf heroisch durchfochten, und nannten Ludendorff einen verwegenen Spieler, der alles auf eine Karte gesetzt und alles verspielt habe, den Krieg und die Zukunft des Reiches. Die Geschichte wird einst ihren Spruch fällen und feststellen, ob diese Anklagen berechtigt, ob sie leichtfertig waren. Für den Augenblick war der Mißerfolg entscheidend; Ludendorff erhielt am 26. Oktober in hohen Ehren seinen Abschied, und der Württemberger General Gröner trat an seine Stelle, der die Mobilmachung als Vorstand des Eisenbahnwesens meisterlich durchgeführt und seit Herbst 1916 als Leiter des Kriegsamtes die Anfertigung der Munition geleitet hatte. Die französische Halbmonatsschrift le Correspondant, die für die Geschichte der Gegenwart die wertvollsten Aufschlüsse bringt, gab Ludendorff in ihrer Nummer vom 16. November 1918, S. 524, das Ehrenzeugnis: „Foch wollte mit den Engländern links, den Amerikanern rechts, den Franzosen in der Mitte den Deutschen, die bei Amiens sich in ein Wespennest gesetzt hatten, ein kolossales Sedan bereiten; aber der Generalquartiermeister zog sich aus der Klemme durch einen Rückzug, den die Fachmänner als eine Leistung ersten Ranges bezeichnen." Nach heißen Kämpfen räumten die Deutschen am 1. November Valenciennes; „die Deutschen, rief General Gouraud aus, weichen nun Schritt für Schritt," und die „Pall Mall Gazette" schrieb: „Die Deutschen zeigen so große Tapferkeit und Entschlossenheit, daß es Wahnsinn wäre zu meinen, der Sieg sei schon errungen!" Dasselbe erklärte der Correspondant: der Feind zähle noch 3 700 000 Mann; ein solches Heer sei nicht im Handumdrehen zu beseitigen. Das war alles richtig; aber der schwerste Schaden war freilich nicht die Unterlegenheit an Zahl, Waffen, Material und an Güte des Materials, sondern die Unter-

wühlung der Front von der Heimat aus, die der langen Entbehrungen müde und innerlich zermürbt nach Frieden schrie, nach Frieden um jeden Preis. Die Unabhängigen von der Sozialdemokratie, am 1. August 1914 noch nicht abgesondert und auch von der Notwendigkeit des uns aufgezwungenen Kampfes durchdrungen, hatten sich seit 1916 von der Mehrheitspartei getrennt und die Mittel für den Krieg verweigert, in der Hoffnung so ihre Gesinnungsgenossen in den feindlichen Ländern zu gleichem Vorgehen zu bestimmen und das Ende des Krieges zu erzwingen. Seit 1916, hat ihr Führer Ledebour erklärt, arbeiteten wir daran das Volk zu revolutionieren; der große Streik der Berliner Arbeiterschaft vom 28. Januar 1918, der durch Lahmlegung der Munitionsfabriken das Heer unmittelbar aufs schwerste gefährdete, aber erfolglos blieb, sollte als Hauptprobe der Revolution dienen. Die Engländer entfalteten unter Leitung des Zeitungskönigs Harmsworth, der zum Lord Northcliffe erhoben wurde, eine zielbewußte, mit großen Geldmitteln betriebene Propaganda unter der bürgerlichen Bevölkerung Deutschlands wie unter den Truppen. Diesen redete man durch Flugblätter, die massenhaft von Fliegern abgeworfen wurden, ein, daß der Krieg nur zu Ehren des Kaisers und der Heerführer, zum Nutzen der Kapitalisten geführt werde, daß sie abfallen, überlaufen, sich empören sollten statt sich abschlachten zu lassen, daß der Krieg nicht dem deutschen Volk gelte. Hindenburg sah die schwere Gefahr, daß ihm seine Soldaten abspenstig gemacht wurden, und mahnte am 7. September in eindringlichen Worten das Heer, daß es den fremden Verführern nichts glauben solle: „Diese Giftblätter kommen vom Feinde; von diesem kommt nichts, was Deutschland frommt!“ Aber frohlockend schrieben die Times am 7. August: „Die Moral der Deutschen muß erschüttert werden; sie müssen den Glauben an sich selbst und ihre Führer verlieren! Sobald über die Möglichkeit einer erfolgreichen Abwehr nicht mehr eine Meinung besteht, wie bisher, sondern zwei, wird der Zusammenbruch der Deutschen beginnen, und dann werden wir so schnell 50 Meilen vorankommen, als heute 5.“ Mit den Feinden zusammen wirkten, durch bolschewistisches russisches Gold unter Vermittlung der Abgeordneten Cohn-Nordhausen, Barth, Haase u. a. unterstützt, mit dem russischen Gesandten Joffe in beständigem Verkehr, die „Unabhängigen“ auf die Massen. Das Mitglied ihres ausführenden Ausschusses, Vater, hat sich später in Magdeburg gerühmt, daß sie den Umsturz

systematisch seit Anfang des Jahres vorbereitet hätten; „wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt; die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriftlosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen geschickt, hauptsächlich wieder an die Front, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Das haben diese Leute getan, und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen.“ So sah es in der Heimat aus; so ward Deutschland von seinen eigenen Kindern verraten. Die alten heldenmütigen Frontsoldaten, so ist mir einmal erzählt worden, hätten ausgehalten auch das fünfte Jahr und wären lieber gestorben als daß sie den Nacken unter das Joch der Feinde gebeugt hätten; noch Ende Oktober hielten vier württembergische Kompagnien die Lisyhöhe vor Verdun, wie einst die Spartaner die Thermopylen; aber den Wackeren stieß die Heimat, die nicht den hundertsten Teil ihrer Mühen zu ertragen gehabt hatte, den Dolch in den Rücken.

Der Anfang November war die Zeit der Entscheidung; gerade jetzt erhob die Revolution ihr Haupt, und es war der Stolz Deutschlands, die Kriegsflotte, von der der Anstoß ausging. Die Admiralität beabsichtigte die Flotte an die flandrische Küste zu schicken, um das Landheer, dem gänzliche Abdrängung von dieser Küste drohte, zu unterstützen, und hoffte hier einen erfolgreichen Schlag führen zu können. Unter der Mannschaft wurde aber das Gerücht ausgesprengt, daß es gelte die Flotte auf eine Todesfahrt auszusenden, sie in einem letzten heroischen Kampf ruhmvoll untergehen zu lassen. Die Sinnlosigkeit des Gerüchts lag auf der Hand; es wäre ja Torheit gewesen einen der Trümpfe, die wir immer noch in der Hand hielten, mutwillig zu vergeuden; wir brauchten für die Erlangung eines erträglichen Friedens die Möglichkeit etwaige Kampfmittel in der äußersten Not auszuspielen. Selbst wenn aber das Gerücht begründet gewesen wäre, so würde es einer pflichttreuen Mannschaft gebührt haben, dem Befehl der Oberen zu gehorchen, diesen, die doch keine Tollköpfe waren, zu vertrauen und ihnen die Verantwortung getrost zu überlassen. Statt diesen selbstverständlichen soldatischen Standpunkt einzunehmen, erhob in Kiel die Mannschaft der Schlachtflotte, der tüchtigsten Elemente durch Abgabe an die Unterseeboote beraubt, durch tatenloses Hinliegen innerlich zermürbt und zu allem hin längst durch die

Revolutionsschürer unterwühlt (S. 349), gegen ihre Offiziere aufgehetzt und des einförmigen Lebens, immer an Bord, müde, offenen Widerstand, und als etwa 1000 Matrosen wegen Weigerung des Gehorsams zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt wurden, brach am 3. November eine wilde Meuterei los, um die Kameraden zu befreien. Auf den Schiffen Markgraf, Nassau, Oldenburg, Ostfriesland u. a. wurde schmachvoller Weise statt der schwarzweißroten Fahnen, die im Skagerrak geweht hatten, die rote Fahne gehißt; die Offiziere wurden entwaffnet und festgenommen, und ein allerdings unwahres Gerücht wollte sogar wissen, daß in Kiel 37 Offiziere ermordet worden seien. Ein Teil der Marinetruppen war bereit gegen die Aufrührer mit der Waffe vorzugehen und die Ordnung herzustellen; aber der Staatssekretär Haußmann und der sozialistische Abgeordnete Noske reisten nach Kiel, um die Aufrührer zur Ruhe zu mahnen; die Anwendung von Gewalt wurde untersagt und so nach dem Ausdruck eines Offiziers „die Revolution gerettet". Von Kiel sprang die Erhebung sofort auf die andern Seestädte Lübeck, Hamburg, Bremen über, von der Flottenbesatzung auf die proletarischen Massen, und es kam zu schweren Ausschreitungen, namentlich zu Plünderungen. Die Sozialdemokratie, in der Sorge, daß ihr die Führung der Massen durch die Unabhängigen entwunden werde, machte sich jetzt deren Forderungen zu eigen und verlangte, daß der Reichskanzler den Kaiser zur alsbaldigen Abdankung bestimme; wo nicht, so werde sie aus der Regierung austreten und in die Opposition gehen. Es heißt, daß sie einer Regentschaft, die der Prinz August Wilhelm für den (1906 geb.) ältesten Sohn des Kronprinzen führen sollte, zugeneigt war; wenn der Kaiser sofort zurücktrat, war die Monarchie vielleicht zu retten. Er tat es nicht, und die Nachrichten aus Österreich, wo Kaiser Karl in die Auflösung des Reiches willigte, ohne doch seine Krone retten zu können (S. 403) und die Hiobsbotschaften aus Konstantinopel, wo der neue Großwesir Izzet am 27. Oktober um Frieden bat, endlich das Zerreißen des Schleiers, der noch die furchtbare Sphinx des Waffenstillstands deckte, hatte die niederschlagendste Wirkung auf das Volk, das durch die lange Dauer des Kriegs, durch die Wirkungen der Hungerblokade, welche die Sterblichkeit namentlich der Kinder und Greise verdoppelte und verdreifachte, durch den Schleichhandel mit Lebensmitteln, welcher deren Preise zu unerhörter Höhe hinauftrieb, durch den Gegensatz zwischen den von der Munitionsindustrie sehr

hoch entlohnten Arbeitern und den auf feste Bezüge mit unzureichenden Teuerungszulagen angewiesenen „Festbesoldeten" schon längst in allen Schichten innerlich zerrüttet war. Die Massen gerieten in eine zunehmende Gährung; in Stuttgart fand z. B. am 4. November eine große Kundgebung von Tausenden von Arbeitern der Daimlerwerke statt, die als Generalprobe zur Revolution anzusehen war.

Der erste Losbruch erfolgte in München, wo nach einer großen Volksversammlung auf der Theresienwiese und einem Massenzug vor das königliche Schloß (am 7. November) am Tag nachher, am 8. November, die Republik ausgerufen und König Ludwig zur Flucht nach seinem Schloß Wildenwarth am Chiemsee gezwungen wurde. Der Thron der Wittelsbacher ist somit der erste gewesen, der zusammenbrach, und man kann das nicht ungerecht finden, da Ludwig III. trotz mancher löblichen Eigenschaft sich an Deutschland schwer versündigt hatte. Er führte gern patriotische Worte im Munde und war auf seine Weise wohl auch ein guter Deutscher; aber das bayrische und wittelsbachische Interesse ging ihm letzten Endes doch vor allem, und Deutschland war seinem Ermessen nach ohne sorgsamste Berücksichtigung dieses Interesses nicht wohl beraten. Den Hohenzollern war er abgeneigt, wenn auch die äußere Form gewahrt wurde, und er äußerte wohl, „es wäre besser, wenn die Kaiserkrone bei den Wittelsbachern wäre." Die Aussicht, daß die Hohenzollern das Baltikum gewinnen könnten, und der Stolz auf die Tapferkeit seiner Truppen gaben ihm die Forderung einer besonderen Belohnung oder Entschädigung ein, und er faßte hierfür das Reichsland ins Auge. Lothringen mochte an Preußen fallen; das Elsaß sollte bayrisch, Straßburg eine bayrische Landstadt werden. Durch diese Bestrebungen wurde die Stimmung der Elsaß-Lothringer, auf denen der in ihrem Land oder hart vor ihm wütende Krieg ohnehin mit schwerem Druck lastete, noch mehr verschlimmert und die Gewährung voller Selbständigkeit an das Land verhindert, welche den französischen Rückeroberungsplänen mindestens ein großes moralisches Hindernis entgegengestellt hätte. Es muß endlich von dem Chronisten gebucht werden, daß die Zeitschrift „Mitteleuropa" in ihrer Nummer 49, vom 3. Dezember 1918 den König bezichtigt hat, daß er noch in den letzten Tagen seines Regiments einen südwestdeutschen Rheinbund geplant und überdies „in kindischer Eifersucht auf Norddeutschland" die Einheit des deutschen Volks durch den Gedanken der Errichtung

eines katholischen süddeutschen Reichs (in das Deutsch-Österreich einbezogen werden sollte) abermals verraten habe. Es wurde die Veröffentlichung von Akten darüber in Aussicht gestellt. Ein galizischer Jude, der „unabhängige“ Sozialdemokrat Salomon Kosmanowski, der sich Kurt Eisner nannte, trat an die Spitze der republikanischen Regierung in München, und um nicht alles in Wirrwarr versinken zu lassen, stellten sich die Beamtenschaft und maßgebende Abgeordnete, wie der bayrische „Bauernkönig“ Georg Heim, den neuen Männern zur Verfügung, was ihm als strammem Partikularisten durch Eisners kratzbürstiges Verhalten gegen Berlin erleichtert wurde.

Dem Umschwung in München folgte unmittelbar der in Berlin. Die Haltung der Massen war so drohend, daß Prinz Max den Kaiser dringend ersuchte seine Abdankung auszusprechen; aber der Kaiser weigerte sich noch am 8. November: er verlange von jedem Offizier, daß er unter allen Umständen auf seinem Posten bleibe, und könne an sich selbst keine geringeren Anforderungen stellen; sein Haus habe Preußen und dem Reich Großes gegeben, und er habe den Treueid von Volk und Heer empfangen; gehe er, so komme der krasseste Bolschewismus. Am 9. fand eine Beratung am Sitz des Hauptquartiers zu Spaa in Belgien statt, die Hindenburg damit eröffnete, daß er den Kaiser um seine Entlassung bat, da er als preußischer Offizier nicht sagen könne, was er zu sagen habe. Der Kaiser befahl ihm zu reden, und nun mußten er und Gröner sagen, daß das Heer wohl gegen den Feind, nicht aber gegen Kameraden fechten werde, daß die revolutionäre Bewegung bereits der Bahnhöfe, Telegraphenstationen, Verpflegungsdepots und der Rheinbrücken sich zu bemächtigen beginne und nichts übrig bleibe als daß der Kaiser abdanke. Sie haben sich darauf berufen, daß alle Abteilungsvorstände und die Intendantur diese Auffassung teilten. Der Generalmajor v. d. Schulenburg, dessen Angaben übrigens von Hindenburg nicht als zutreffend anerkannt worden sind, meinte, daß es noch möglich sei nicht überall, aber an einzelnen Orten die Autorität mit Gewalt herzustellen, so in Verviers, Aachen, Köln. Der Kaiser pflichtete bei; aber Gröner erklärte, auch dazu sei es zu spät; das Heer werde geordnet zurückgehen, aber nicht unter der Führung Sr. Majestät. Es ist dann erwogen worden, daß der Kaiser wohl als Kaiser abdanken solle, aber nicht als König von Preußen, um das Heer nicht aus der Hand zu geben. Es war klar, daß das kein gangbarer Ausweg war; denn nach der

Reichsverfassung waren die kaiserliche und die königlich preußische Krone untrennbar, und die, welche den Kaiser beseitigt sehen wollten, waren natürlich nicht geneigt ihn als König zu behalten. In diesem Augenblick kam der Kronprinz angefahren, auch der Staatssekretär des Auswärtigen v. Hintze, der die Ansicht vertrat, daß bloß die Abdankung des Kaisers noch die Monarchie selbst retten könne. In der Tat hatte sich in Berlin bereits ein Soldatenrat gebildet und im Reichstag sich eingenistet. Gleichwohl erklärte sich der Kaiser nur zur Abdankung als Kaiser bereit und ließ in diesem Sinn an den Reichskanzler telephonieren. Es war um halb zwei Uhr; aber bereits hatte der Prinz Max, der immer ungestümer drängenden Bewegung weichend, die Abdankung des Kaisers bekannt gegeben und meldete dies nach Spaa; um 8 Uhr 19 Minuten abends traf die Nachricht dort ein. Der Kaiser nahm, nach dem Zeugnis v. Schulenburgs, dies „mit tiefem Ernst und vollster königlicher Würde" entgegen und erklärte, daß er auch so beim Heer bleiben werde. Das mußten aber Hindenburg und Gröner als unausführbar bezeichnen, da sie die Sicherheit des Souveräns nicht einmal für die nächste Nacht verbürgen könnten. So wurde der Entschluß gefaßt, daß der Kaiser nach Holland gehen solle; „gehe ich nach Deutschland, soll er selbst gesagt haben, so wird man glauben, ich suche Gelegenheit zu einem Putsch." Das Bedenken, daß der oberste Kriegsherr das Heer nicht verlassen dürfe, wurde dadurch entkräftet, daß das Heer seinen Kriegsherrn verlassen habe. Am 10. November wurde die Erlaubnis der holländischen Regierung nachgesucht; als sie eintraf, erfolgte am 11. früh 5 Uhr die Abreise nach dem Schloß Amerongen bei Arnheim, das von dem Besitzer, dem Grafen Bentinck, dem Kaiser zur Verfügung gestellt wurde und das er erst am 15. Mai 1920 mit Schloß Doorn vertauschte. Der Kronprinz, dessen Beseitigung allerseits als selbstverständlich behandelt wurde, nahm am 23. November seinen Wohnsitz im Pfarrhaus auf der Insel Wieringen im Westen der Zuyderzee. Die Kaiserin, deren Gesundheit durch einen Schlaganfall seit Mitte August schwer erschüttert war, kam am 28. November, um die Verbannung ihres Gemahls in ehelicher und deutscher Treue zu teilen; die Kronprinzessin Cecilie blieb ihrer Kinder wegen in Berlin, wo ihre tapfere und aufrechte, der Sachlage würdig angepaßte Haltung ihr allgemeine Hochachtung erwarb. Zunächst wollte der Prinz Max noch die Regentschaft, von der oben S. 392 gesprochen worden

ist, für den Prinzen Wilhelm errichten, der nach göttlichem und menschlichem Recht, falls Vater und Großvater verzichteten, König und Kaiser war. Aber die Zeit war auch dafür vorüber. Ohne Blutvergießen, unter dem ungeheuren Druck eines furchtbaren Schicksals, der jeden Arm lähmte, auf die Stärke der Massenbewegung hin, die alle Straßen Berlins füllte und der das Heer sich anschloß, brach nicht bloß das Kaiser- und Königtum Wilhelms II., sondern die Monarchie der Hohenzollern selbst zusammen, nachdem sie 503 Jahre lang bestanden und erst vor wenigen Jahrzehnten ihr Zenith erklommen hatte. Noch am 9. November traten der Reichskanzler Prinz Max, sein Stellvertreter v. Payer und die ganze Regierung zurück; der Prinz übertrug in vorläufiger Weise seine Nachfolge an den sozialdemokratischen Abgeordneten Ebert, der nun den Weg vom Sattlergesellen bis zum ersten Beamten des Reichs zurückgelegt hatte; Reichstag und Bundesrat verschwanden lautlos in der Versenkung.

Es ist bitter schwer für einen Royalisten, diese Dinge auch nur erzählen, noch schwerer darüber zu urteilen. Der Kaiser ist in tiefstes Unglück geraten, das seine Seele wie mit Stacheln zerreißen muß, und es gilt das lateinische Wort: res sacra miser, es ist etwas Heiliges um einen Unglücklichen, den Gott geschlagen hat und den deshalb Menschen nicht berühren sollen. Der Kaiser ist für das Leben der Gegenwart tot, und de mortuis nil nisi bene. Dieses alte, oft nachgesprochene und fast immer falsch übersetzte Wort sagt nicht, daß man von Toten nur Gutes reden soll; das hieße lateinisch bona, und das wäre eine geradezu unsinnige Zumutung. Vielmehr will das Wort sagen, daß man von solchen, die nicht mehr sind, nur in gutem, anständigem Ton reden soll. Versuchen wir dies, so ist erste Pflicht anzuerkennen, was der sozialistische Minister Landsberg am 20. Februar 1919 in schönen Worten in der Nationalversammlung anerkannt hat, daß Wilhelms II. Absichten rein und gut waren. Er wollte wirklich das deutsche Volk „herrlichen Tagen entgegenführen", wie er am 24. Februar 1892 bei einem Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtags gesagt hat. Leider ist es ihm nur eine Zeitlang gelungen; dann brach das furchtbarste äußere und innere Unheil über uns herein, das uns je betroffen hat, und, was niemand für möglich gehalten hatte, die alte preußische Monarchie wie die junge deutsche gingen an einem

Tag zu Grunde. Daran trägt der Kaiser ohne Zweifel einen großen Teil der Schuld. Er überschätzte von vornherein seine Kraft; „im Besitz von großem Wissen und ausgesprochen politischem Verstand",*) aber sprunghaft, unstät und geneigt heute zu verbrennen, was er gestern angebetet hatte, glaubte er alles selbst am besten zu wissen und zu können; so ertrug er Bismarck nicht und überhaupt keine aufrechten Männer, die ihm die Wahrheit sagten und von ihm Anerkennung auch unangenehmer Tatsachen verlangten: er zog so die Heuchelei, die geflissentliche Schönfärberei groß und wurde in den schwersten Stunden und Zeiten, wo an der Wahrheit alles hing, über den wirklichen Sachverhalt in verhängnisvoller Weise getäuscht. Er war, wie sein Großohm Friedrich Wilhelm IV., erfüllt von einem mystischen Gefühl der von Gottes Gnaden stammenden Königsgewalt und der mit ihr verbundenen, über das gewöhnliche Maß hinausragenden Einsicht; so wandelte er wie ein Träumender inmitten ungeheurer Gefahren und bedachte nicht genug, was sein schlichter und so gediegener Großvater bei seiner Einsegnung sich vorgehalten hat, daß der fürstliche Stand ihm vor anderen nicht sowohl größere Rechte als größere Pflichten auferlege. Mit der Gabe flüssiger Rede ausgestattet, berauschte er sich leicht an seinen eigenen Worten und sprach Dinge aus, die das Gefühl anderer schwer verletzten und nicht wieder vergessen wurden, Dinge, die nie gesprochen werden durften, wie jenen Zuruf an die Potsdamer Rekruten vom 23. November 1891: es könne bei den jetzigen sozialistischen Unruhen vorkommen, daß er ihnen befehle die eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen — was ja Gott verhüten möge, setzte er erschreckt über sich selbst hinzu —: aber auch dann müßten sie seine Befehle ohne Murren befolgen. Solche Möglichkeiten malt man nicht vorher an die Wand; es ist schlimm genug, wenn sie eintreten, und dann geschieht das Verlangte um so eher, je mehr es als Folge unmittelbarer Zwangslage erscheint. Man könnte nach solchen Worten meinen, der Kaiser sei ein Gewaltmensch gewesen; man würde sich aber damit sehr irren. Je klingender die Worte, desto weniger kühn die Taten; ein Franzose hat das Witzwort geprägt, das den Kern der Sache trifft: „Der deutsche Kaiser ist keine Eisenfaust im Sammthandschuh, sondern eine Sammthand im Eisenhandschuh." Wilhelms II. Oheim Eduard VII.

*) Dies hat ihm sein vorletzter Reichskanzler Graf Georg v. Hertling bezeugt. S. Karl v. Hertling, ein Jahr in der Reichskanzlei, Freiburg 1919, S. 18.

soll ungefähr gesagt haben: „laßt euch nicht von meinem Neffen imponieren; er ist im Grund ein Feigling, der vor einem festen Willen zurückweicht.“ Weil dem Kaiser dieser feste, klare Wille fehlte, konnte er sich, obwohl er sich für Rußland und gegen das lange gehätschelte England entschieden hatte, doch nicht entschließen nun rückhaltslos auf den einmal erwählten Boden zu treten und die notwendigen Folgerungen zu ziehen (S. 5–6); und so schuf er trotz seines durch tausend Belege erhärteten redlichen Friedenswillens recht eigentlich die furchtbare Lage, an der wir schließlich zu Grunde gingen. Aber wenn man nicht leugnen kann, daß er für uns ein Mann des Verhängnisses wurde, der das Ansehen der Monarchie, das sein Großvater und Bismarck so sehr gesteigert hatten, zerrüttete und so ihren Sturz vorbereitete und der unsere auswärtige Politik nicht klug an den Klippen vorüberzuleiten wußte, so ist es doch Pflicht einen großen Teil der Verantwortung auch seinen Ratgebern zuzumessen, die entweder nicht weiter sahen als er oder ihre Einsicht aus Menschenfurcht verbargen. Endlich aber ist das ungeheure Unglück von 1918 auch durch die Schuld des deutschen Volkes herbeigeführt worden, dem der unbeirrbare politische und vaterländische Sinn, den die Engländer und Franzosen entfalteten, abging und das sich so sein eigenes Grab gegraben und sich um alle Früchte seines unvergleichlichen vierjährigen Heldentums gebracht hat. Der 4. August 1914 war ein grandioser Höhepunkt, der indes nicht festgehalten wurde. Schließlich ließ das Volk, das am Anfang des Kriegs aus dem Gefühl der unbedingten Gerechtigkeit seiner Sache Riesenkräfte zog, sich von Northcliffe und von Hochverrätern im eigenen Land dahin betören, daß die Schuld am Krieg auf ihm selbst und insbesondere auf seiner Regierung laste, und es zerfleischte im Angesicht des unbarmherzigen Feindes, der ihm den Krieg aufgezwungen hatte, sich selbst. Zweifeln kann man nur, ob dieser jammervolle Mangel an politischem Sinn daher rührte, daß wir ein noch zu junges Volk waren, oder ob er, was man sich mit Grauen fragt, nicht am Ende auf einer verhängnisvollen Anlage beruht, die unausrottbar ist. Der englische Minister Lord Salisbury war dieser Ansicht. Er hat im Unterhaus 1896 die Sorge, daß wir dem britischen Reich gefährlich werden könnten, mit dem Hinweis darauf zurückgewiesen, daß die Deutschen trotz ihrer vortrefflichen nationalen und staatsbürgerlichen Eigenschaften die natürliche Kraft innerer Festigkeit, des unbedingten Aufgehens im Gedanken der Stammeseinheit und der poli-

tischen Interessengemeinschaft nicht besäßen, die zum Erfolg nationaler Politik unentbehrlich sei und die die Briten zur Vollkommenheit entwickelt hätten; diese entscheide letzten Endes das Rennen. Hat der Lord recht, so ist unser Urteil gesprochen.

Zur gleichen Zeit, da sich das Schicksal des deutschen Kaisertums erfüllte, kam auch das Unheil des Waffenstillstandes über unser Volk. Am 5. November teilte Lansing der deutschen Regierung mit, daß auch die Verbündeten Wilsons Grundsätze vom 8. Januar 1918 angenommen hätten mit Ausnahme der Forderung der Freiheit der Meere, worüber abweichende Ansichten beständen, und unter der Voraussetzung, daß die Deutschen allen der Zivilbevölkerung zugefügten Schaden ersetzten. Der Präsident sei mit dieser Forderung einverstanden. Das Gesuch des Prinzen Max, daß Wilson Verhandlungen über den Stillstand einleiten möge, wurde mit dem kühlen Bescheid beantwortet, daß Marschall Foch ermächtigt sei beglaubigte Vertreter Deutschlands von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen. Der Marschall wies die Deutschen an ihre Bevollmächtigten nach dem Wald von Compiègne zu schicken, wo er sie empfangen werde. Die Abordnung wurde von dem früheren Militärbevollmächtigten bei der deutschen Botschaft in Paris, dem General v. Winterfeldt geführt, einem ausgezeichneten Offizier von vornehmem Charakter, den ich im März 1912 in Paris bei einem Vortrag für die dortige deutsche Kolonie kennen und hochschätzen lernte, und der durch die Folgen seines im Herbst 1913 bei den französischen Manövern erlittenen Automobilunfalls von der Teilnahme am Krieg abgehalten worden war; nun hatte gerade er den bitteren Kelch bis zur Neige zu leeren. Mit ihm reiste als Vertreter des Kanzlers der Staatssekretär Erzberger. Am 7. fand die Begegnung statt, und am 9. November wurden die Bedingungen — von Verhandlungen war gar nicht die Rede — nach Berlin übermittelt. Das Wesentliche war, daß der Stillstand am 11. November mittags beginnen und 30 Tage dauern sollte. Die Deutschen mußten binnen 14 Tagen Frankreich, Belgien und Elsaß-Lothringen räumen, binnen 25 Tagen das linke Rheinufer. Dazu mußten sie 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge, 100 Unterseeboote, 8 leichte Kreuzer, 6 Schlachtschiffe, 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen, 10 000 Kraftwagen abliefern. Auf dem rechten Rheinufer wurde eine neutrale Zone von 30—40 Kilometern Tiefe gezogen. Im Osten waren alle deutschen Truppen

hinter die Grenze vom 1. August 1914 zurückzunehmen; eine Frist hiefür wurde nicht angesetzt, offenbar, weil unsere Mannschaften von Mesopotamien und Syrien bis nach Tiflis und zum Don zerstreut waren und deshalb die zur Heimkehr erforderliche Zeit sich zunächst gar nicht abschätzen ließ. Die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest wurden aufgehoben. Ostafrika, wo v. Lettow-Vorbeck immer noch unbesiegt im Felde stand, war aufzugeben. Deutsche Schiffe durften weiter gekapert werden; die Blokade blieb bestehen, obschon ihr infolge der Unterernährung nach deutschen Berechnungen schon 763 000 Menschen zum Opfer gefallen waren, besonders Greise und Kinder; die Tuberkulose forderte doppelt, ja dreifach so viel Opfer als im Frieden.

Es braucht keiner langen Worte, um die ungeheure Härte dieser Bedingungen darzutun. Foch nutzte, was freilich schließlich sein Recht und seine Pflicht war, die Lage rücksichtslos aus; ohne daß ein ernstlicher Schuß gegen Metz und Straßburg, vollends gegen Mainz, Koblenz und Köln gefallen war, gingen diese gewaltigen Bollwerke Deutschlands in den Besitz der Franzosen, Engländer und Amerikaner über. Ein französisches Gesetz erklärte Elsaß-Lothringen vom 11. November ab wieder für einen Teil Frankreichs; umsonst war es, daß die Regierung des Prinzen Max am 11. Oktober dem Reichsland die volle Selbständigkeit im Rahmen des Reiches erteilt und an Stelle des Statthalters v. Dallwitz den Straßburger Bürgermeister Schwander, der sein Reichsamt (S. 347) nicht lange bekleidete, ernannt hatte. „Was jetzt geschieht, kommt zu spät, um auf die Stimmung des Landes zu wirken, sagte der Landtagspräsident Ricklin. Rechtzeitig gewährt, konnte die Autonomie vieles bessern, vielleicht den Krieg verhüten." Daß zu einem solchen Entschluß des Reiches ein deutscheres Verhalten der um Ricklin gescharten Kreise entscheidend hätte beitragen können, unterließ er beizufügen. Jetzt sprach der Landtag, der während des Kriegs gelegentlich deutsche Worte gefunden hatte, das unvergängliche Recht des Landes auf Rückkehr zur mère patrie (!) Frankreich aus, obschon 87% der Reichsländer deutschen Stammes waren. Als die Franzosen unter Marschall Petain und General Gouraud in Metz und Straßburg (19. und 22. November) einzogen, wurden sie mit betäubendem Jubel empfangen, allerdings unter Nachhilfe reichlicher Bezahlung der Schreier. Sie erhielten dafür 5 Franken, und im ganzen wurden 5 Millionen zur Erzielung

eines Empfangs verwendet, der an Stelle einer Abstimmung gelten sollte. Eine solche wurde nicht gestattet, weil man der Sache nicht traute; „die deutsche Verwaltung, schrieb der Correspondant vom 25. Dezember, war grausam und gehässig; sie verschaffte sich mit dem Knüttel Achtung; aber sie war solid und der Gang des öffentlichen Dienstes tadellos. Seien wir darauf bedacht, daß die Bevölkerung nicht durch uns enttäuscht wird." Das geschah freilich prompt; die Franzosen wiesen nicht bloß die Altdeutschen rücksichtslos aus dem Lande aus und ließen sie nur mit höchstens 120 Mark barem Geld und 50 Kilogramm Gepäck abreisen, so selbst den 70 Jahre alten Professor der mittelalterlichen Geschichte in Straßburg, Harry Breßlau, der selber seinen Koffer über die Rheinbrücke bei Kehl schleppen mußte. Der Pöbel beschimpfte die Ausgewiesenen noch in rohester Weise. Auch sonst griffen die Franzosen rücksichtslos in ihrem Sinne durch; die herrliche Universität erhielt französische Professoren, die den deutschen nicht das Wasser reichen konnten, und sank jäh von ihrer Höhe herab. Da Arbeitslosigkeit und noch schwerere Teuerung entstand als selbst während des Krieges, so schlug die Stimmung bald um, und statt merde la Prusse, vive la France! hieß es da und dort: merde la France, vive la Prusse! Ein Mann, den die Deutschen als Franzosenfreund ein Jahr in Schutzhaft gehalten hatten, sagte nach dem Bericht eines Ohrenzeugen zu den französischen Beamten seines Orts: „Wenn es so weitergeht, so können Sie mich bald in französische Schutzhaft nehmen!" Der Ausschuß der autonomistisch gesinnten Elsaß-Lothringer, der natürlich nicht im Lande tagen konnte, legte im Juli 1919 einen geharnischten Protest dagegen ein, daß nun das Land zum drittenmal, 1648, 1871, 1918, ohne seine Zustimmung wie eine Viehherde vergeben werde, und kündigte den mit alemannischer Zähigkeit zu führenden Kampf um die Selbstbestimmung an; er werde so lange dauern, bis das Ziel erreicht sei. Vorerst waren das alles Worte; die Sieger taten, was ihnen beliebte. Dahin gehörte, daß die Rheinprovinz unter dem Vorwand besetzt wurde, es gelte die Wiederaufnahme des Kriegs durch die Deutschen unmöglich zu machen; ein Heer, das schon vorher hinsichtlich der Zahl der Geschütze den Gegnern weit unterlegen war, wurde ja schon durch die Abgabe von 5000 Kanonen völlig unfähig nochmals zu kämpfen. Das Empörendste war aber, daß zwar die Deutschen alle Kriegsgefangenen freilassen mußten, die ihrigen aber

nicht zurückerhielten, und daß die Blokade fortgesetzt wurde, obschon ihre verderblichen Wirkungen für die unbewaffnete Bevölkerung unbestritten waren. Der Mangel an Milch und Fett gefährdete die Gesundheit des heranwachsenden Geschlechts; mit Behagen schrieb ein Engländer, daß bei ihm die Knochenbildung mangelhaft sein müsse und die „englische Krankheit", die Rachitis (Weichbleiben der Knochen und dadurch Verkrümmung der Wirbelsäule) bei den Deutschen ihren Namen nun erst recht verdiene. In London ließ man sich solche Dinge nicht anfechten. Als die Nachricht von dem Abschluß des Stillstandes am 11. November eintraf, wurde Lloyd George im Unterhaus begeistert begrüßt. Er verlas den Text der Bedingungen und fügte hinzu: „Heute morgen endete der grausamste und fürchterlichste Krieg, der je die Menschheit zerfleischte. Ich hoffe, daß an diesem Morgen der letzte aller Kriege zu Ende kam. Es ist jetzt keine Zeit zum Reden, und unsere Herzen sind voll von Dankbarkeit, für die es keine Worte gibt. Ich beantrage deshalb sofort die Vertagung des Hauses, um in der Kirche jetzt Gott unsern Dank für die Befreiung aus großer Gefahr darzubringen." Darauf begab sich das ganze Unterhaus in feierlichem Zug zur Kirche. England hatte allerdings Grund zu Freude und Stolz. Es hatte Deutschland überwunden und ihm dazu noch seinen guten Namen entrissen: das Opfer erschien der Welt auch noch als Ungeheuer.

5. Die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Das Ministerium Hussarek (S. 381) war zu dem Zweck gebildet worden, die aufs neue unheildrohend hervorgetretenen nationalen Gegensätze zu mildern — freilich eine Sisyphusarbeit, an der sich zehn und zwanzig Ministerien schon alle die Jahrzehnte daher vergeblich versucht hatten. Gerade jetzt erhielten die gefährlichsten Separatisten, die Tschechen, die ihre „slowakischen" Stammesgenossen in Nordungarn zu sich rechneten, eine mächtige Förderung durch den Präsidenten Wilson, der den gleich zu Kriegsbeginn wegen Hochverrats geflüchteten Prager Professor Masaryk in Washington empfing und ihm zusicherte, daß er sich aller Unterdrückten in der ganzen Welt (mit Ausnahme natürlich unterdrückter Deutscher) annehmen werde. Wilson erkannte schon durch diesen Zwang Masaryk und den „Nationalrat", an dessen Spitze dieser Mann stand, als berechtigte Vertretung des tschechischen Volks an, und wie eine polnische Legion unter General Haller auf Seiten des Raubverbands kämpfte, so

auch tschechische Freiwillige. Die nationalistische Haltung der Tschechen rief am 10. Oktober 1918 den Zusammenschluß aller deutschen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten zu dem Zweck hervor dafür zu sorgen, daß in dem zu erwartenden föderalistischen Österreich sämtliche deutsche Gebiete zu einem einheitlichen nationalen Gemeinwesen vereinigt würden; die Unterwerfung deutscher Gebiete unter ein fremdes nationales Gemeinwesen (d. h. der Deutschböhmen unter die Tschechen) wurde unbedingt und für immer abgelehnt. Was die Deutschen erwartet hatten, trat am 16. Oktober ein: ein Manifest des Kaisers Karl „an meine getreuen Völker“ verkündete, daß Österreich dem Willen seiner Völker gemäß ein Bundesstaat werden solle, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes Gemeinwesen bilde. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Österreichs mit dem unabhängigen polnischen Staat sollte jedoch in keiner Weise vorgegriffen werden — wieder zeigte sich die alte schlotternde Angst der k. k. Staatsmänner vor den Polen, die ihnen aber jetzt sichtlich auf immer zu entschlüpfen drohten. „So möge unser Vaterland, schloß das Manifest, gefestigt durch die Eintracht der Nationen, die es umschließt, als ein Land freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen.“ Nach den halbamtlichen Begleitsätzen dieses kläglich um das Erbarmen der Nationen winselnden Manifestes sollte ein deutscher, tschechischer, ukrainischer und südslawischer Staat errichtet werden, der erste mit 9,6 Millionen Seelen, der zweite mit 6,2, der dritte mit 3,3, der vierte mit 2,04 Millionen.

Kaiser Karl, der den Boden unter seinen Füßen weichen fühlte, hoffte durch diese Kapitulation der Zentralgewalt noch in letzter Stunde seine Krone zu retten; aber umsonst. Die Lawine war schon ins Rollen geraten und durch nichts mehr aufzuhalten. Am 18. Oktober verkündete Wilson, daß die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten den tschechoslowakischen Nationalrat in Paris als eine tatsächlich Krieg führende Macht anerkannt hätten, daß also diese Regierung selbst zu bestimmen habe, welche Handlungen der österreichischen Regierung ihr als befriedigend erscheinen, welche nicht. Das hieß nichts anderes, als daß das Waffenstillstandsgesuch der Regierung Kaiser Karls vom 4. Oktober gar nicht mehr als das Gesuch einer einheitlichen, zweifellos zu Recht bestehenden und verhandlungsfähigen Regierung angesehen werde; Wilson setzte vielmehr schon die Ablösung der Tschechoslowaken von der Monarchie

voraus. Auf dies bildete sich am 21. Oktober in Wien aus den deutschen Reichsratsabgeordneten unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Volksschullehrers und Abgeordneten Seitz eine vorläufige deutsche Nationalversammlung, setzte einen Vollzugsausschuß mit dem Titel eines Staatsrats ein und schuf Staatssekretariate für Äußeres, Inneres, Heer, Unterricht, Finanzen, Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel, öffentliche Arbeiten, Volksernährung, soziale Fürsorge und Übergangswirtschaft. Diese Staatssekretariate sollten das Ministerium des Staates Deutsch-Österreich darstellen, der die unzerreißbare Stammesgemeinschaft mit den Deutschen im Reich erhalten und das eigene Schicksal mit dem des gesamten deutschen Volkes verbinden sollte. In Prag hatte Rasin mit geübter Verschwörertaktik alles trefflich für den Umsturz vorbereitet. Am 28. Oktober übergaben die militärischen Autoritäten der Stadt dem tschechoslowakischen Nationalrat die Gewalt; der Rat nahm alle Beamten eidlich in Pflicht; Offiziere und Soldaten warfen die kaiserlichen Kokarde weg; der kaiserliche Adler am Postgebäude wurde heruntergerissen und mit Füßen getreten. Masaryk, der eilig aus Paris herbeikam, wurde zum Präsidenten der tschechoslowakischen Republik ausgerufen; Kramarcz wurde Ministerpräsident. Die Südslawen hatten schon am 5. Oktober einen Zentralausschuß in Agram gebildet und schlossen sich jetzt ohne Rücksicht auf die österreichischen und ungarischen Landesgrenzen zu einem eigenen Staat zusammen. König Peter von Serbien wurde zum König dieses Staates ausgerufen, und da die große montenegrinische Landesversammlung am 29. November den 78jährigen König Nikita für abgesetzt erklärte, so waren in der Tat alle Südslawen, Serben, Slowenen und Kroaten, zu einem Staat vereinigt. Bosnien und die Herzegowina, ebenfalls rein slawische Landschaften, schlossen sich natürlich ebenfalls an diesen Staat an.

Dem Kaiser Karl zerrann sein Reich unter den Händen; die „getreuen Völker" sagten ihm eins ums andere ab, und selbst seine häuslichen Verhältnisse wurden Gegenstand gehässiger Kritik, gegen die sich die Regierung wenden mußte. Das Heer in Italien begann sich aufzulösen, und die täglich mehr zusammenschmelzenden Überreste gingen unter Zurücklassung großer Massen von Vorräten und Geräten aller Art fluchtartig zurück. In seiner Not ernannte der Kaiser statt des Freiherrn v. Burian am 24. Oktober den Grafen Andrassy zum Minister des Auswärtigen, damit dieser Frieden zustande bringe und

die Möglichkeit schaffe im Innern wieder einen Halt zu finden. Schweren Herzens richtete der Graf, der an sich die Treue gegen das Bündnis mit Deutschland vom Vater als Erbgut überkommen hatte, am 27. Oktober an Wilson das Angebot eines Sonderfriedens, zu dem Österreich-Ungarn, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen (nämlich der deutschen) abzuwarten, bereit sei. Den Entschluß dieses Angebot zu machen gab Andrassy erst am 26. Oktober in Berlin bekannt, ohne daß er über das Angebot selbst eine vorherige Besprechung mit dem deutschen Botschafter Grafen Wedel oder durch Vermittlung der Botschaft in Berlin mit dem dortigen auswärtigen Amt gehalten hätte. Das war doch wohl Treubruch: aber wer rechtet mit dem Ertrinkenden, der nach jedem Strohhalm greift? Gleichzeitig mit diesem Schritt wurde an Stelle Hussareks ein ausgesprochener Gegner des deutschen Bündnisses, der Staatsrechtslehrer an der Wiener Universität Professor Lammasch, ein Befürworter der Idee des ewigen Friedens und des Völkerbunds, zum österreichischen Ministerpräsidenten bestellt. Er sowie Andrassy fanden nichts mehr zu tun als die Auflösung der Monarchie festzustellen.

Bereits sagte sich auch Ungarn von der Dynastie los. Das Ministerium Wekerle sprach auf die Nachricht von dem kaiserlichen Manifest vom 16. Oktober, durch das der Dualismus zu Grabe getragen wurde, die völlige Selbständigkeit Ungarns aus und erkannte nur noch die Personalunion mit Österreich an. Am 22. Oktober meuterte in Fiume das kroatische Regiment Nr. 79, legte die südslawischen Farben an und besetzte den Bahnhof und die Honvedkaserne. Angesichts der durch diesen Vorgang geschaffenen Lage trat Wekerle zurück, weil er für die Berufung eines nun notwendigen Koalitionskabinetts nicht der richtige Mann zu sein glaubte. Der König entsandte nun den Erzherzog Joseph als homo regius (kgl. Bevollmächtigten) nach Ofen-Pesth, damit er die volle Unabhängigkeit Ungarns verwirkliche und das Wohl der breiten Massen zum Leitstern der neuen Regierung mache. Im Abgeordnetenhaus nahmen die Deutschen, Slowaken, Rumänen und Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch, wobei die Rumänen aber zunächst nicht an Vereinigung mit dem Königreich dachten, dessen Zustände ihnen nicht verlockend erschienen, sondern nur an innere Autonomie im Rahmen der Stephanskrone. Der Erzherzog Joseph versuchte am 30. Oktober durch ein Ministerium des Grafen Haddik die königliche Gewalt zu retten; dieser fand aber bereits die seit der

Meuterei in Fiume unabwendbar gewordene Lossagung Kroatiens vom Verband des Königreichs (29. Oktober) vor, zu dem es tausend Jahre gehört hatte, und wurde alsbald durch den demagogischen Grafen Michael Karolyi, einen geschworenen Gegner des Bündnisses mit Deutschland und Freund der Entente, ersetzt. Noch leistete Karolyi am 31. den Treueid in die Hand des homo regius; aber Tags darauf ließ er sich wieder davon entbinden, und Graf Stephan Tisza, der standhafte Vertreter der kraftvollen Monarchie und des deutschen Bündnisses, wurde am gleichen Tag durch einige meuterische Soldaten mit Revolverschüssen ermordet. Er aus dem Weg geräumt, Karolyi im Besitz der Gewalt — das waren deutliche Zeichen der Zeit. Am 16. November ist in Ofen-Pesth die Republik ausgerufen worden, zunächst die bürgerliche, dann, nach Monaten einer trostlosen Mißwirtschaft, unter dem Einfluß der äußeren Bedrängnis durch Tschechoslowaken und Rumänen, am 22. März 1919 die Diktatur des Proletariats unter dem Juden Bela Kun, der alsbald den Religionsunterricht in allen Schulen abschaffte und den Zusammenschluß mit den russischen Bolschewisten verkündete. Seine blutige Gewaltherrschaft wurde am 1. August 1919 gestürzt und durch Friedrich eine christlich-soziale Regierung errichtet.

Mit dem völligen Abfall Ungarns war auch die Fortführung des Krieges zur Unmöglichkeit geworden. Das Oberkommando leitete am 30. Oktober mit General Diaz die Verhandlungen über einen Waffenstillstand ein, die am 3. November zum Abschluß gelangten. Österreich-Ungarn hatte demnach sein Heer außer 20 Divisionen sofort auf Friedensfuß zu setzen und es hinter die Linie Umbrail-Spitze, Stilfser Joch, Etsch- und Eisacktal, Brenner, Tarvis, Schneeberg bis zur Küste, unter Preisgabe ganz Dalmatiens, zurückzunehmen. Alles militärische und alles Eisenbahnmaterial sollte in diesen Gegenden an Ort und Stelle verbleiben und den Verbündeten ausgeliefert werden. Diese erhielten das Recht der freien Bewegung ihrer Truppen auf allen Straßen, Eisenbahnen und Wässerwegen der Monarchie und des Gebrauchs aller nötigen Transportmittel; sie durften alle strategischen Punkte besetzen, solange sie es für nötig erachten würden, und gegen Bezahlung Lebensmittel eintreiben. Die Gefangenen sollten ohne Gegenseitigkeit heimbefördert werden. Die Flotte hatte 15 Unterseeboote, 3 Schlachtschiffe, 3 leichte Kreuzer, 9 Torpedozerstörer, 1 Minenleger und 6 Donaumonitore abzuliefern. Die Verbündeten erhielten das Recht

freier Schiffahrt in der Adria, auf der Donau und ihren Nebenflüssen. Die ganze Küste und alle Handelshäfen waren zu räumen, insbesondere der Kriegshafen Pola; die Luftstreitkräfte der Marine sollten in einem bestimmten Hafen vereinigt werden. Die Blokade blieb auch Österreich-Ungarn gegenüber aufrecht erhalten; seine Handelsschiffe konnten auch ferner gekapert werden. Diese Bedingungen waren von erbarmungsloser Härte; sie ließen ahnen, was erst der Frieden den Deutschen und Ungarn bringen würde, die, weil Tschechen, Polen und Südslawen als Verbündete der Entente galten, allein von der Monarchie übrig blieben, um für diese Lasten zu tragen und Rache zu erdulden. Die Bestimmung, welche den feindlichen Heeren alle Wege der Monarchie eröffnete, ermöglichte die Bedrohung Deutschlands auch von Süden her; die Österreicher, auch Kaiser Karl selbst, nahmen deshalb diesen Absatz nur mit Protest an, um ihre Ehre zu retten, was an der Sache selbst natürlich nichts änderte. Aus Furcht vor einem italienischen Vorstoß nach Südbayern besetzten bayerische Truppen am 8. November den Brennerpaß, gaben ihn aber am 10. wieder auf, da ihr Vorgehen mit dem von Deutschland abzuschließenden Waffenstillstand nicht vereinbar war. Die Serben rückten am 16. November in Temesvar, die Franzosen in Ofen-Pest, die Italiener in Innsbruck ein; die Rumänen bemächtigten sich Siebenbürgens und der Bukowina. Da nach dem Waffenstillstand vom 11. November alle deutschen Truppen im Osten aus den besetzten Gebieten zurückgenommen werden mußten, so gab Generalfeldmarschall v. Mackensen für die deutsche Balkanarmee den Befehl zum Rückzug. Nach einer zu Belgrad zwischen Karolyi und Franchet d'Esperey getroffenen Sonderbestimmung sollten diejenigen deutschen Heeresteile, die nach vierzehn Tagen noch in Ungarn stünden, dort festgehalten werden, und so wurde der Generalfeldmarschall selbst unter Bruch des von Karolyi ihm persönlich zweimal gegebenen Ehrenworts auf einem Schloß des Grafen Chotek in Ofutak in Südungarn gefangen gesetzt. Die Ungarn empfanden diese Behandlung des Heerführers, der ihr Land 1915 von den Russen befreit hatte, als eine Schmach, und über 150 Mitglieder des hohen ungarischen Adels gaben diesem Gefühl in einer Zuschrift an den Generalfeldmarschall offenen Ausdruck.

Kaiser Karl verzichtete am 11. November, „von unwandelbarer Liebe zu seinen Völkern erfüllt, um ihrer freien Entwicklung nicht

seine Person als ein Hindernis entgegenzustellen", auf jeden Anteil an den Regierungsgeschäften und enthob die Regierung Lammaschs ihres Amtes. Auf seine Krone selbst verzichtete er aber nicht. Am gleichen 11. November nahm die deutsch-österreichische Nationalversammlung, nachdem Verhandlungen mit den Tschechoslowaken ergeben hatten, daß diese, allem Selbstbestimmungsrecht der Völker zum blutigen Hohn, auf das Verbleiben der Deutschböhmen in ihrem Staat nicht verzichteten, einstimmig ein Gesetz an, das die deutsch-österreichische Republik verkündigte und sie zugleich für einen Bestandteil der deutschen Republik erklärte. Die habsburgische Dynastie und der gesamtösterreichische Staatsgedanke wurden damit auch seitens der Deutschen der Monarchie in aller Form für erledigt erklärt. Kaiser Karl begab sich am 24. März 1919 mit seiner Familie nach Schloß Gstaad in der Schweiz. Besondere Gesetze sollten die Teilnahme Deutsch-Österreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der deutschen Republik regeln, sowie die Ausdehnung des Geltungsbereichs der deutschen Gesetzgebung und der deutschen Einrichtungen auf Österreich. Das ganze Deutschland soll es sein! war die Losung in Österreich wie im Reich selbst, unter Festhaltung der die freie Entfaltung der Stämme gestattenden, auch von Bismarck als naturgemäß und historisch begründet anerkannten Form des Bundesstaats. In dieser Gestalt sollte die im Lauf der Jahrhunderte durch dynastische Entwicklungen zerstörte Einheit des deutschen Volkes wieder zur Wirklichkeit werden. Die Entente nahm aber sofort gegen den Plan der Errichtung Gesamtdeutschlands Stellung, weil sie darin eine Erschwerung für die von ihr beabsichtigte dauernde Niederhaltung des deutschen Volkes erblickte, und die Tschechen, von den italienischen und französischen Truppen gedeckt, besetzten Mitte Dezember unnter Führung englischer und französischer Offiziere, also unter Ausnützung des durch den Waffenstillstand vom 3. November für die Entente geschaffenen Wegerechts, Nordböhmen, so Karlsbad, Tetschen, Bodenbach. Sofort wurde die tschechische Einwanderung nach Deutschböhmen eifrig gefördert, um dieses wegen seiner Kohlen und seiner Industrie wichtige Land als tschechisch ausgeben zu können. Am 11. Dezember mußte die deutschböhmische Regierung ihren Sitz nach Zittau in Sachsen verlegen, und Masaryk erklärte am 22. Dezember, daß Deutschböhmen ein Bestandteil der Tschechoslowakei sei und bleibe. Bei den Wahlen zur deutsch-österreichischen Nationalversammlung am 16. Februar wurden statt 255

Abgeordneten nur 162 gewählt, weil die Tschechen die Wahlen in Deutschböhmen verhinderten. Von den 162 waren 70 Sozialdemokraten, 67 Christlichsoziale, 23 Deutschnationale, dazu 1 Jude und 1 Tschechoslowake.

Vierundzwanzigstes Kapitel
Das Jahr 1919

1. Die Ausgestaltung der deutschen Republik.

Der neue Reichskanzler Ebert erließ sofort einen Aufruf „an die deutschen Bürger", worin er alle, auch die, denen es schwer falle mit den neuen Männern zu arbeiten, einlud aus Liebe zum Vaterland mitzuwirken und ein Versagen der deutschen Organisation in dieser schweren Stunde zu verhüten. Nichts wäre in der Tat leichter gewesen als durch einen, sozialdemokratisch gesprochen, „Streik" der gesamten monarchisch gesinnten und der Monarchie eidlich verpflichteten Beamtenschaft den Männern der Revolution vor Augen zu führen, daß sie wohl einreißen, aber nicht erhalten und bauen könnten; stark und schonungslos in der Kritik, skrupellos in der Aufhetzung waren sie bettelarm an positiver Schaffenskraft. Aber der Streik der Beamten hätte allerdings das Chaos hervorgerufen und den Einmarsch der feindlichen Heere zur notwendigen Folge gehabt. Der Revolution kam es zugute, daß die Beamtenschaft das Staats- und Volksgefühl, das die Sozialisten in früheren Zeiten ihren Anhängern nach Kräften ausgetrieben hatten, in hohem Maße besaß. So liefen die Räder weiter; die Revolution behauptete sich, und am 11. November wurde aus beiden sozialistischen Parteien, die sich jetzt wieder vereinigten, eine Regierung der „Volksbeauftragten" gebildet, die schwer hätten nachweisen können, wann und wo und welches Volk ihnen einen Auftrag gegeben habe; sie verdankten ihn nur den Berliner Arbeiterräten, die einen kleinen Bruchteil des preußischen Volkes darstellten. Die maßgebenden Männer waren Ebert, der den (ihm auch nicht zukommenden) Titel eines Reichskanzlers nicht weiter führte, und Scheidemann von den „Mehrheitssozialisten", Haase und Barth von den „Unabhängigen". Neben diesen Männern blieben einige bürgerliche Staatssekretäre im Amt, der betriebsame Erzberger vom Zentrum, der natürlich nicht fehlen durfte, und Solf; die Finanzen, das dornenvollste Amt, übernahm der Nationalliberale Schiffer, das Innere Professor Preuß von der fortschrittlichen Volkspartei. Auffallend war, daß unter den neuen Männern, die jetzt nach den Zügeln der Regierung griffen, in

Deutschland und noch mehr in Österreich die Juden ziffernmäßig außer allem Verhältnis vertreten waren. In den nächsten Tagen stürzten ausnahmslos alle Throne Deutschlands zusammen, obschon das Volk kaum irgendwo Grund zu berechtigter Klage über seine Fürsten hatte, dagegen viel Anlaß zu Dankbarkeit und Liebe, wie ganz besonders die Württemberger gegen ihren gütigen und von ehrlichstem Streben für das Wohl seines Volkes und Deutschlands beseelten König Wilhelm II., die Badener gegen ihren Großherzog Friedrich II., die Sachsen gegen ihren König Friedrich August, dessen biedere, allem Geschniegelten und Gebügelten abholde Art ihn weithin populär gemacht hatte; mit der bloßen Majestät, sagte er wohl, lockt man heute keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Von Wilhelm II. von Württemberg hat das sozialistische Blatt des Landes, die schwäbische Tagwacht, 1906 gesagt, wenn man einmal einen Präsidenten für eine schwäbische Republik zu suchen hätte, so würde man ihn erwählen. Jetzt aber war die Sturzwelle der Verzweiflung an allem angesichts des furchtbaren nationalen Niederbruchs so unwiderstehlich, daß das Volk wie gelähmt war und den Umstürzlern, deren Zahl an sich äußerst gering war, freie Bahn ließ.

Die „Volksbeauftragten" erließen sofort am 12. November eine „Verfügung mit Gesetzeskraft", wodurch der Belagerungszustand (S. 178) aufgehoben, völlige Vereins- und Preßfreiheit, eine Amnestie, die Beseitigung der Gesindeordnung und der Vorschriften für die Landarbeiter, der achtstündige Arbeitstag verkündet, der Schutz des Eigentums gegen Eingriffe einzelner (also nicht des Staates!) zugesichert und die Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung (unter Teilnahme aller Deutschen vom 20. Jahr an, ohne Unterschied des Geschlechts) angeordnet wurde. Überall bildeten sich, da das von seinen Anführern unter den größten Schwierigkeiten im ganzen in musterhafter Ordnung zurückgeführte Heer beim Betreten der Heimat auch der revolutionären Ansteckung verfiel, seine Offiziere der Wahl unterwarf und Zucht und Ordnung auflöste, nach russischem Muster „Arbeiter- und Soldatenräte", die sich hohe Tagegelder bezahlen ließen und als „Vertrauensmänner des werktätigen Volks" die oberste Leitung aller örtlichen Geschäfte an sich zu reißen suchten. Sie ordneten den mindesten Lohnsatz von 25 Mark für gelernte, 20 Mark für ungelernte Arbeiter und die Errichtung einer Erwerbslosenfürsorge durch die Gemeinden an, was natürlich zum Faulenzen geradezu herausforderte, um so mehr,

als 10 Mark im Tag und noch Kindergelder bezahlt wurden. Ein von den Berliner Arbeitern und Soldaten bestellter „Vollzugsausschuß“ beanspruchte einstweilen, bis alle Arbeiter- und Soldatenräte einnen Vollzugsausschuß gewählt hätten, Träger der Souveränität zu sein und das Recht zu besitzen die Regierung zu ernennen und abzusetzen. Dieser Ausschuß suchte die Wahl einer Nationalversammlung zu verhindern. Alle Parlamente, konnte man hier hören, so z. B. durch eine Erklärung des von den Berlinern beherrschten Wolff'schen Telegraphenbüros vom 27. November, seien überlebte Einrichtungen und nur ein Werkzeug der bürgerlichen Reaktion; die Revolution habe ein neues Staatsrecht geschaffen. Das Proletariat sollte nach der Meinung dieser Leute die Diktatur an sich reißen, die „Räterepublik“ errichten, um alle Faulenzer zum Arbeiten zu zwingen, worauf dann ein fünfstündiger Arbeitstag genügen werde. Alle Vermögen über 10 000 Mark sollten eingezogen und dadurch der Kapitalismus an der Wurzel getroffen werden. Solche Gedanken vertraten besonders die Kommunisten, die sich nach dem bekannten Anführer der Fechtersklaven Spártakus, der von 73—71 vor Christus Rom als Vorkämpfer der untersten Schicht (infimae sortis homines, Florus 3, 20) in Angst und Schrecken versetzte, auch Spartakus nannten. Die Mehrheitssozialisten leisteten dieser Partei Widerstand; sie begriffen, daß das deutsche Volk sich die Tyrannei des Pöbels unter keinen Umständen auf längere Zeit gefallen lassen werde, daß also durch die Räterepublik die Reaktion geradezu herausgefordert werde, und betonten mit Nachdruck, daß die Partei durch ihren Namen schon sich zum Sozialismus, aber ebenso zur Demokratie bekenne, d. h. zur Herrschaft des ganzen Volkes, nicht zu der einer Klasse. Alle Arbeiter- und Soldatenräte, erklärten die Führer der Mehrheitssozialisten, seien nur vorübergehende Anstalten, bis die Reichsversammlung gewählt sei und die Regierung bestimme. Selbst ein Teil der Soldatenräte stellte sich auf diesen Standpunkt. Der Soldatenrat bei der obersten Heeresleitung, an deren Spitze Generalfeldmarschall v. Hindenburg auch nach dem 9. November schweren Herzens in hohem Pflichtgefühl verblieben ist, erklärte am 26. November, daß ein Schreckensregiment, ein Terror, weder von rechts noch von links geduldet werden könne, und wandte sich mit aller Kraft „gegen die erbärmlichen und gewissenlosen Versuche das Reich zu zerreißen und durch Schwärmer oder Gewaltmenschen Heimat

und Volk in den Abgrund zu stürzen." Die gleiche Ansicht bekundeten laut einem Telegramm an Ebert „500 000 Frontsoldaten der 4. Armee", die damals über den Rhein zurückging und noch militärischen Geist bewahrte.

Die in dem Telegramm vom 26. November angedeuteten Bestrebungen das Reich zu zerreißen bestanden in der Tat und sind ein besonders bedeutsames Kennzeichen der revolutionären Zeit. Sie sind zurückzuführen einmal auf die nie ganz erloschenen partikularistischen Neigungen in einzelnen preußischen Provinzen, der zu $^4/_5$ katholischen und erst 1815 an Preußen gekommenen Rheinprovinz und des erst 1866 einverleibten Hannover, wo die welfische Partei am Adel und der evangelischen Geistlichkeit Stützen und in der Masse der Bürger und Bauern starke Wurzeln hatte; als deutsche „Rechtspartei" verlangte sie die Wiedergutmachung der „Gewalttat" von 1866. Dann gossen aber die in Berlin ans Ruder gelangten extrem sozialdemokratischen Querköpfe Öl ins Feuer. Bezeichnender Weise hatte die unter dem Vorsitz von Hirsch gebildete sozialistische Regierung das Kultusministerium dem „unabhängigen" Vergolder Adolf Hoffmann übertragen, der in einer Flugschrift „nachgewiesen" hatte, daß in dem angeblichen christlichen Preußen die zehn Gebote nicht gehalten wurden (in dem Staat der Unabhängigen würden sie natürlich aufs strengste innegehalten werden), und daher der „Zehngebote-Hoffmann" hieß. Dieser Radikalste der Radikalen hatte zwar den mehrheitssozialistischen Lehrer Hänisch als Aufseher zur Seite erhalten; allein dieser teilte im Grunde seine Ansichten, und so verfügte Hoffmann, daß vom 1. April 1919 ab Staat und Kirche getrennt und die Geldbeihilfe des Staats für die Kirchen eingestellt werden sollte; auch schrieb er vor, daß der Geschichtsunterricht künftig in sozialdemokratischem Sinn zu erteilen sei. Am 27. November erklärten er und Hänisch die geistliche Ortsschulaufsicht, wo sie noch (im Namen des Staats natürlich) bestand, für abgeschafft, und am 29. hob ein Erlaß den bisherigen Religionsunterricht auf. Diese von dem engherzigsten und unduldsamsten Parteigeist eingegebenen Verordnungen brachten natürlich sowohl bei der evangelischen als noch mehr bei der katholischen Bevölkerung die größte Erbitterung hervor, und der Schrei: los von Berlin! fand überall, namentlich in der Rheinprovinz, in Westfalen und Hannover, starken Widerhall. Der bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner, dem die Berliner Leitung nicht „unabhängig" genug war, drohte mit Abbruch

aller Beziehungen zwischen München und Berlin und ließ den Bericht des bayrischen Geschäftsträgers Herrn v. Schön vom 18. Juli 1914 veröffentlichen, der beweisen sollte, daß die Berliner Leitung auch damals nichts getaugt und den Krieg verschuldet habe (S. 164); was Eisner an dem Bericht nicht paßte, ließ dieser „Historiker" kaltblütig einfach weg.*) Ebenso richtete der sozialdemokratische Ministerpräsident von Hessen, Ulrich, eine scharfe Drohung nach Berlin; er ist im Juli für eine gesonderte hessische Republik eingetreten. Früher meinte man von Berlin aus durch Junker und Offiziere tyrannisiert worden zu sein; jetzt drohte von dort die Tyrannei der Radikalisten; man war entschlossen sich diese so wenig bieten zu lassen als die frühere. Von den politischen Parteien förderte mindestens ein erheblicher Teil des Zentrums die Auflösungsbestrebungen, in der Hoffnung am Rhein und vielleicht auch in Oberschlesien eine überwiegend katholische Republik im Rahmen der deutschen Republik gründen und so die katholische Bevölkerung der Beherrschung durch das überwiegend protestantische Preußen entziehen zu können. Der dynastische Reif, der Preußen und auch das Reich zusammengehalten hatte, war geplatzt; es drohte das Auseinanderfallen beider, zumal in manchen Grenzgegenden die Erwägung angestellt wurde: wenn wir uns von Deutschland völlig lösen, so erwerben wir das Wohlwollen der Franzosen und entgehen der Pflicht die Kriegskosten Deutschlands mit auf unsere Schultern zu nehmen. Die Frankfurter Zeitung hat diese Gesinnung mit Recht schäbig genannt; aber das Elend zerstört wohl auch den Edelsinn, wie es ihn andrerseits bei guten Naturen entwickelt.

Weitere Unzufriedenheit rief die Art hervor, wie die Arbeiter- und Soldatenräte wirtschafteten. Da der Staat vorher ohne sie ausgekommen war, so erschien ihre Einsetzung überhaupt überflüssig; die organisierten Arbeiter hatten an den Gewerkschaften ohnehin schon seit langem eine sehr verständige Vertretung ihrer Interessen, die auch im Lauf des Kriegs viel Gutes geleistet hat. In einer Beratung des Berliner Soldatenrats erhoben die vernünftigeren Mitglieder selbst bittere Klagen. Ein Leutnant Müllner sagte, daß unter dem alten System viele Fehler gemacht worden seien; jetzt aber sei es noch weit schlimmer, und wenn es so fortgehe, müsse un-

---

*) S. den echten und den verstümmelten Text in den „Süddeutschen Monatsheften" September 1919, S. 480—85, von Georg Karo.

bedingt eine Reaktion erfolgen; der Vollzugsrat habe eine ungeheure Menge von Kriegsgütern und Lebensmitteln verschleudert. Der Reichsfinanzminister Schiffer bezifferte am 9. Dezember die Einbuße der Lagerbestände an Munition, Waffen, Lebensmitteln, Pferden und Geräten auf fünf Milliarden; nur drei Milliarden Heeresgut seien noch vorhanden: „alles andere ist in unverantwortlicher Weise geraubt, geplündert und gestohlen worden." Es wurde darauf hingewiesen, daß die Räte ihren Mitgliedern für die Teilnahme an einer Sitzung 50 Mark Taggeld aussetzten (das die eingeschüchterten Staats- oder Gemeindebehörden auch unweigerlich bezahlten), den Schreibfräulein 30 Mark; damit verglich man die viel niedrigeren Sätze der Kriegskrüppel. In Württemberg war anfangs Juli der Kostenbetrag für die Arbeiter- und Soldatenräte des Landes auf 392 000 Mark gestiegen, eine Summe, um welche die Regierung früher mit dem Landtag Tage lang feilschen mußte. Manche Soldatenräte waren nicht ohne einen Rest von militärischem Geist- und Pflichtgefühl; sehr viele aber waren von der gegenteiligen Gesinnung erfüllt. Der militärische Gruß gegenüber den Vorgesetzten war gleich bei Beginn der neuen „Freiheit" abgeschafft worden; in Stuttgart erlebte man es, daß französische Kriegsgefangene unsere Offiziere grüßten, an denen ihre Soldaten ohne irgend ein Zeichen der Achtung vorüberlümmelten. In Stuttgart lehnten die Soldaten es auch ab noch länger zum Dienst auszurücken; als man sie aufforderte wenigstens Sport zu treiben, Fußball zu schlagen, sollen sie geantwortet haben: ja, wenn man sie dafür bezahle. Die Lichtspieltheater dagegen waren von ihnen überfüllt, da sie für jeden Wachedienst, der doch selbstverständliche Soldatenpflicht ist, 4 Mark besondere Vergütung und täglich 1 Mark Sold neben Kost und Wohnung erhielten. Unter ihnen sah man viele Matrosen, die seit der Kieler Untreue in allen gut deutsch gesinnten Kreisen mit Gefühlen betrachtet wurden, die man nach der Schlacht vor dem Skagerrak nicht gekannt hatte. Der preußische Kriegsminister Scheuch, ein geborener Altelsässer, nahm am 15. Dezember seine Entlassung, weil die Schürung des Hasses gegen die Offiziere, von denen 39% (gegen 19% der Mannschaft) für das Vaterland gefallen seien, ihm die Herstellung der Ordnung unmöglich mache. An seine Stelle trat der württembergische Oberst Reinhardt, der schließlich aus Freiwilligen wieder eine „Reichswehr" bildete, für welche die Ernennung der Offiziere durch den Minister und die gegenseitige

Grußpflicht hergestellt wurden. Es war bezeichnend, daß das verschriene Preußen zuerst wieder eine Art von Heer aufstellte, das von berühmten alten Heerführern, wie z. B. von dem aus Ostafrika heimgekehrten v. Lettow-Vorbeck, befehligt wurde und sich als eine feste Stütze der Ordnung bewährte. In andern Staaten wurden freiwillige „Sicherheitskompagnien“ gebildet, welche zum Teil aus recht fragwürdigen Elementen bestanden; der beste Bestandteil waren die Studenten der Hochschulen, die freilich eigentlich nach vierjähriger Unterbrechung ihrer Studien durch den Krieg anderes zu tun hatten als die Revolutionsregierungen so und so oft gegen spartakistische Aufstände zu schützen. Diese brachen an vielen Orten immer wieder aus, vom 5. bis 14. Januar in Berlin, wobei 196 Menschen ihr Leben verloren, darunter die „unabhängigen“ blutrünstigen Fanatiker Liebknecht der Jüngere und Rosa Luxemburg, die von dem wütenden Volk erschlagen worden sind, dann in Bremen, Hamburg, Düsseldorf, Braunschweig, Stuttgart, München u. a. Orten. Dazu traten sinnlose Ausstände, welche das ohnehin durch die entsetzlichen Waffenstillstandsbedingungen schwer zerrüttete Wirtschaftsleben immer mehr lähmten und die Lebensmittel- und Kohlenzufuhr und damit die Lebensmöglichkeit für das Volk und für die Industrie in die äußerste Gefahr brachten. In Dresden wurde der sozialistische Kriegsminister, vorher Fabrikarbeiter, Neuring, weil er den Empfang einer Abordnung der Kriegsbeschädigten verweigerte, am 12. April von Soldaten niedergeschlagen und in die Elbe geworfen, wo er ertrank. Besonders schlimm waren die Vorgänge in München, wo Eisner am 21. Februar durch den 22jährigen Leutnant Arco Valley, „den bayrischen Tell“, der die Vergewaltigung des deutschen und christlichen Bayernvolks durch den galizischen Juden nicht länger ertrug, auf der Straße erschossen wurde. Zur Rache wurde der mehrheitssozialistische Ministerpräsident Auer von einem Metzger Lindner schwer verwundet und am 7. April die kommunistische Räterepublik errichtet. Sie ging mit den brutalsten Maßregeln gegen die „Bourgeoisie“ vor, wurde aber durch bayrische, württembergische und preußische Truppen unter blutigen Kämpfen gestürzt. Im letzten Augenblick erschossen die Spartakisten noch unmenschlicher Weise eine Anzahl in den Keller des Luitpoldgymnasiums verbrachter Geiseln, darunter die Maler und Professoren v. Seidlitz und v. Berger, einen Fürsten v. Thurn und Taxis und die Gräfin Erna Westarp, die ehrlich durch Arbeit ihr Brot verdient hatte, aber um ihres Standes willen sterben

mußte — faßt gerade die Feinsten! war die grausige Losung. Die siegreichen Truppen hatten einen Verlust von 58 Toten (darunter 8 Offiziere), 164 Verwundeten (darunter 20 Offiziere), und 10 Vermißten, die ohne Zweifel irgendwo abgeschlachtet worden sind. In Offenbach wollten die Spartakisten am Karfreitag (18. April) einen „Volksrat“ einsetzen, in welchem unter 7 Mitgliedern 6 wegen Betrugs, Unterschlagung, Hehlerei, Notzucht, sittenpolizeilicher Verfehlungen, Kuppelei, Diebstahl, Meineid, Urkundenfälschung, körperlicher Mißhandlung und Beleidigung schon Gefängnis- oder Zuchthausstrafen abgesessen hatten. Nur ein Mitglied war unbescholten. Der „Volksrat“ wurde aber durch die Bürgerschaft am Zusammentritt verhindert. Da die „Sicherheitskompagnien“ nicht überall zuverlässig waren, so bildeten sich — was die Sozialisten anfänglich aus Sorge vor einer royalistischen Reaktion mit Mißtrauen betrachteten — bürgerliche „Einwohnerwehren“ zur Unterstützung oder zum Ersatz der Sicherheitskompagnien.

Man gewinnt den trüben Eindruck, daß das deutsche Volk in diesen Revolutionsmonaten seelisch krank war. Es war mit Händen zu greifen, daß nur durch Ordnung, Sparsamkeit und vor allem durch emsige Arbeit das wirtschaftliche Leben wieder aufblühen, der trostlose Stand unseres Geldes im Ausland (schließlich kaum 5 Pfennig auf die Mark statt 100) gehoben und die Last getragen werden könne, die der Krieg und noch mehr der furchtbare Frieden auf unsere Schultern wälzten. Die Mehrheitssozialisten, nun im Besitz der Macht und also für das Schicksal von Land und Reich verantwortlich, verschlossen sich dem viel berufenen „Gebot der Stunde“ nicht. Sie, die Jahrzehnte lang die Arbeiter gegen die Unternehmer aufgehetzt, diese als Blutsauger, Vampyre, Ausbeuter verschrieen und das unbedingte „Koalitions“- oder Streikrecht der Arbeiter verfochten hatten, mahnten jetzt zur Arbeit und Pflichterfüllung. Auf sie traf zu, was Bischof Remigius einst dem König Chlodwig nach dem Chronisten Gregorius von Tours zurief, als er ihn zum Christen taufte: „beuge den Nacken, trotziger Sigamber; bete an, was du verbrannt hast, und verbrenne, was du angebetet hast.“ Sie beteten an und sie verbrannten; aber umsonst. Die giftige Saat ging jetzt üppig auf; die Massen begriffen nicht, warum sie auf einmal artig sein sollten, und sie streikten fort und verlangten immer höhere Löhne — der Telegraphenarbeiter, der vor dem Krieg 1500 Mk. bezog, erhielt im

Juli 1919 volle 7800 — und trieben damit die Preise aller Artikel zu immer größerer, schwindelnder Höhe hinauf. Die Butter, die wir in Stuttgart vor dem Krieg mit 3,20 Mark das Kilo bezahlten, stieg schließlich auf 9,12; der gute schwäbische Landwein, den wir früher im Wirtshaus um 1,20 bis 1,60 das Liter getrunken hatten, kostete im Sommer 1919 nicht weniger als 10—12 Mark; ein guter Männeranzug, den man einst um 80—90 Mark haben konnte, stand zu Anfang 1918 schon auf 225 Mark, bald auf 5—600, 1920 gar auf 1500. Das Pfund Fleisch, vor dem Krieg um 90—100 Pfg. feil, kostete im Juni 1920 8,80; die Milch 165 statt 26 Pfg. das Liter. Im Industrieviertel waren alle Preise noch erheblich höher. Das Brot blieb allein, infolge der staatlichen Bewirtschaftung, lange Zeit billig, 50 Pfg. der 2pfündige Laib statt 36; im Mai 1920 aber kostete er auch 2,50. Da die Arbeiter ihre Löhne auf 30—40 Mark im Tag hinauftrieben, waren sie weit besser gestellt als die akademisch gebildeten Beamten; gleichwohl waren sie nicht zufrieden, und da ihre Führer und die Obrigkeit, wenn auch unter lebhaften Klagen, ihnen immer wieder nachgaben, so wurden die Dinge stetig schlimmer. Im Unmut darüber schrieb der sozialdemokratische Führer Winnig im März in der „Glocke", einer kritischen Wochenschrift: „die feige Nachgiebigkeit gegenüber populären Schlagworten ist das Erbübel unserer Partei; so jetzt gegenüber dem Verlangen die Räte nicht abzuschaffen, sondern sie in der Verfassung zu verankern, was die Revolution in Permanenz erklären heißt; denn die andern Klassen werden sich einer solchen Bevormundung nicht fügen. Wir müssen dann aufhören uns eine demokratische Partei zu nennen. Es ist beschämend und empörend, wenn man täglich sehen und hören muß, wie sich die reife politische Erfahrung dem faseligen Geschrei des Novemberhaufens unterwirft und wie sehr der Mannesmut, der vor Fürstenthronen eine revolutionäre Tugend war, vor diesem Geschrei ins Gegenteil umschlägt." Und die Frankfurter Zeitung bemerkte in ihrer Wochenausgabe vom 17. April: „Die bittere Enttäuschung, die sich der Arbeiterschaft über die bisherigen Ergebnisse der Revolution bemächtigt, bildet den denkbar günstigsten Nährboden für die radikale Propaganda. Nicht ungestraft hat die sozialistische Agitation Jahrzehnte lang ihren Anhängern die lockendsten Bilder von dem Augenblick vorgegaukelt, da alle politische Macht in die Hände des Proletariats übergegangen sein würde. Der Gegensatz zwischen Versprochenem und Erfülltem, zwischen der Zu-

kunftsmusik von einst und dem wirklich Erreichten war zu groß, als daß er nicht in steigendem Mißmut hätte Ausdruck finden müssen." Die Arbeiter verlangten endlich, daß Betriebsräte errichtet werden sollten, mit dem Recht in das Innerste des Betriebs der Fabriken Einblick zu nehmen, bei der Annahme und der Entlassung von Arbeitern mitzuwirken, die finanziellen Verhältnisse mit zu regeln. Dem Unternehmer blieb bei dieser Umwandlung des Privatbetriebs in Gesellschaftsbetrieb schließlich nichts als das geschäftliche Risiko schlechter Jahre zu tragen, den Gewinn guter Jahre dagegen größtenteils abzugeben. Daß dies den Betrieb selbst schließlich erwürgen mußte, leuchtet ein.

Die Versuche der Radikalen nach russischem Vorbild die Wahl und den Zusammentritt der Nationalversammlung zu hintertreiben hatten indessen doch keinen Erfolg. Am 3. Januar 1919 traten die „unabhängigen" Mitglieder des Kollegiums der Volksbeauftragten zurück, und an ihrer Stelle übernahmen die Mehrheitssozialisten allein die Regierung im Reich und in Preußen. Ein längeres Zusammengehen der feindlichen Brüder war zur Unmöglichkeit geworden. Nachdem dann am 5. Januar Wahlen zu einer badischen, am 12. zu einer württembergischen und bayerischen Landesversammlung stattgefunden hatten, wurden am 19. Januar die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vollzogen, durch alle deutschen Männer und Frauen, die über 20 Jahre alt waren, in großen Wahlbezirken nach der Verhältniswahl; Württemberg bildete z. B. mit Hohenzollern einen einzigen Wahlkreis. Das Ergebnis war, wie in den gesamten Ländern, so im Reich, zwar eine starke Zunahme der Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten, was sich aus der Zulassung der jugendlichen Jahrgänge und aus der revolutionären Grundstimmung der Massen erklärt; aber gleichwohl kam eine sozialistische Mehrheit dort wie hier nicht zustande. Es wurden nämlich gewählt 163 Mehrheitssozialisten und 22 Unabhängige, zusammen also 185; dann 88 von der christlichen Volkspartei, wie sich das Zentrum nannte, 75 von der deutschen demokratischen Partei (zu der die frühere fortschrittliche Volkspartei und der größere Teil der Nationalliberalen sich verschmolzen hatte, in der Absicht, das bürgerliche Element zusammenzufassen und so zu stärkerer Geltung zu bringen), 21 von der deutschen Volkspartei (so nannten sich die Nationalliberalen, die ihre Selbständigkeit bewahrten, was besonders in Sachsen, Westfalen, Hessen und Hannover der Fall war), 42 von der deutschnationalen

Volkspartei (dies war der Name der vereinigten Konservativen und Freikonservativen). Dazu kamen 10 Wilde (nämlich 4 Welfen, 4 bayerische Bauernbündler, 1 holsteinischer und 1 braunschweigischer). Zusammen waren also unter 421 Abgeordneten 236 Bürgerliche; somit betrug die bürgerliche Mehrheit 51 Stimmen. In Elsaß-Lothringen ließen die Franzosen Wahlen nicht zu, da das Land nach den Bestimmungen des Waffenstillstands schon ein Bestandteil Frankreichs war. Die Wahlen zur preußischen Landesversammlung vom 21. Januar wurden auch nach dem gleichen Wahlrecht vollzogen und hatten ein den Reichswahlen ähnliches Ergebnis. Da in Berlin wegen der erwähnten spartakistischen Unruhen, die noch einige Zeit nachzitterten, unter Umständen schwere Störungen der Tätigkeit der Reichsversammlung zu befürchten waren, so wurde der Sitz der Versammlung nach Weimar verlegt. Sie hielt ihre Beratungen in dem früheren großherzoglichen Theater, vor dem das herrliche Doppelstandbild Schillers und Goethes von Rietschels Meisterhand steht, und der „Geist Weimars" wurde oft bei der Versammlung angerufen als Mahner zu hohem Sinn und hohem Tun, auch wohl in blöden Gegensatz zum „Geist von Potsdam" gestellt.

Die Versammlung gab zunächst dem Reich ein Oberhaupt, indem sie mit 277 von 379 abgegebenen Stimmen Ebert zum Reichspräsidenten erwählte. Der ehemalige Sattlergeselle, ein übrigens ernster und wohlmeinender Mann, der, soweit seine Laufbahn und sein Bildungsstand das zuließ, der hohen Stellung nach Kräften gerecht zu werden sich bemühte, stand nunmehr auf dem Posten, den bisher die Hohenzollern eingenommen hatten — es war das ein Bild, das den ganzen Umschwung, der in Deutschland eingetreten war, mit erschütternder Wucht vor Augen führte. An die Spitze des Reichsministeriums, wie man nunmehr sagte, trat der Führer der Mehrheitssozialisten Philipp Scheidemann (geb. 1865, gelernter Buchdrucker). Er setzte das Kabinett dem Pakt vom 19. Juli 1917 gemäß aus der Sozialdemokratie, der Demokratie und dem Zentrum zusammen. Das Auswärtige erhielt der bisherige Gesandte in Kopenhagen, Graf Brockdorff-Rantzau, der wegen seiner demokratischen Ansichten der Linken sehr genehm war; die Finanzen übernahm der frühere Nationalliberale, jetzige Demokrat Schiffer, das Reichswehrministerium Noske, der einzige tatkräftige Mann unter den Mehrheitssozialisten. Weil die Sozialdemokratie die beiden höchsten Posten im Reich inne hatte, so kam

an die Spitze der Versammlung der frühere Präsident des Reichstags, der badische Abgeordnete Fehrenbach vom Zentrum.

Das Ministerium Scheidemann lieferte durch seinen Bestand schon den Beweis, daß trotz der starken bürgerlichen Mehrheit der Versammlung doch nicht beabsichtigt war die Geschäfte im Sinn des bürgerlichen Zusammenschlusses unter Ausscheidung der Sozialdemokratie zu führen. Dazu war die durch den Bruch von 1909 und durch die preußische Wahlrechtsfrage zwischen Rechts und Links entstandene Kluft zu tief. Dann war die Sozialdemokratie auch so stark, daß man von ihr gar nicht absehen konnte und durfte. Es wäre überaus unklug gewesen ihr die verhältnismäßig leichte Oppositionsstellung, die sie bisher gehabt hatte, wieder einzuräumen und sie auch ferner auf die Kritik zu beschränken; sie sollte vielmehr jetzt genötigt werden als stärkste Partei zu zeigen, was sie positiv zu leisten vermöge, und sollte die Verantwortlichkeit für den Lauf der Dinge tragen. Natürlich kam es ihr vor allem darauf an zu zeigen, daß sie die Hauptforderung des Parteiprogramms, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, durchzuführen vermöge; nur so konnte sie die Wähler bei ihrem Banner festhalten und deren Abfall zu den radikaleren „Unabhängigen" verhüten, die sie höhnisch als die Hausknechte des Kapitalismus angriffen. Aber sobald man freilich der Sozialisierung praktisch näher trat, zeigte sich die große Schwierigkeit der Sache an sich und besonders angesichts der durch den Krieg und die Abschneidung Deutschlands vom Weltverkehr entstandenen Notlage der Industrie. Die Zeit war nicht angetan zu grundstürzenden Neuerungen, zu einer Ausschaltung der bisher so wirkungsvoll gewesenen privaten Unternehmertätigkeit; das alte Wort des Aristoteles, daß die Gemeinschaft des Besitzes gegen die menschliche Natur sei, erwies dem tiefer Blickenden sofort seine Wahrheit. Aber der rasende See mußte ein Opfer haben, und so wurde im März trotz eindringlicher Warnung der Rechten die Sozialisierung der gesamten Kohlenbergwerke beschlossen. Die Kohlenförderung und -Verteilung sollte einem Kohlenrat von hundert Mitgliedern unterstellt werden, von welchem 25 seitens der Betriebsleitungen, 25 seitens der Arbeiter, 25 von den Verbrauchern und 25 vom Reich ernannt werden sollten. In dieses Kapitel gehört auch die „Verankerung" der Arbeiterräte in der Verfassung (S. 418 f. 422).

Die Hauptaufgabe der Nationalversammlung war die Ausarbeitung einer Verfassung und die Entscheidung über

die Frage des Kriegs oder Friedens. Über diese wird unten gesprochen werden. Die Verfassung bestimmte, daß ein Reichspräsident (Alter mindestens 35 Jahre) auf sieben Jahre direkt vom Volk gewählt werden solle. Zu diesem Amt sind entgegen dem Antrag der Unabhängigen, der am 31. Juli mit 198 gegen 141 Stimmen fiel, auch die Angehörigen der abgesetzten Herrscherhäuser zugelassen; man wollte den Grundsatz nicht durchbrechen, daß alle Deutschen gleiche Rechte haben. Die Befugnisse des Reichspräsidenten wurden dahin bestimmt, daß er völkerrechtlich das Reich vertritt, alle Reichsbeamten und Offiziere ernennt, selbst oder durch Vertreter, den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht zu Wasser und zu Lande ausübt, daß er den Belagerungszustand verhängen, das Begnadigungsrecht ausüben und einen ihm bedenklich erscheinenden Beschluß des Reichstags binnen eines Monats direkt dem Volk zur Abstimmung vorlegen kann. Der „Volksentscheid" wurde nach schweizerischem Vorbild auch dann vorgesehen, wenn 1% des stimmberechtigten Volkes selbst ein Gesetz verlangt, und wenn gegen ein Gesetz im Reichstag ein Drittel der Stimmen abgegeben wird und 1/2% des stimmberechtigten Volkes den Volksentscheid fordert. Alle Anordnungen des Reichspräsidenten bedürfen der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder die zuständigen Reichsminister; diese bedürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstags. Die Richtung der Politik bestimmt der Reichskanzler; jeder Minister leitet aber seinen Geschäftszweig selbständig. Das Reich hat die ausschließliche Gesetzgebung über die Beziehungen zum Ausland, über das Kolonialwesen, die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit, die Ein- und Auswanderung, die Auslieferung; über die Wehrverfassung, das Münz- und Zollwesen sowie die Einheit des Zoll- und Handelsgebiets, über die Posten, Telegraphen und Telephone; über die Eisenbahnen (die auf 1. April 1920 alle in seinen Besitz übergingen). Das Reich legt ferner die Steuern auf, deren es zu seinem Bestand bedarf, und die gesamte Steuerveranlagung und -Erhebung fiel schließlich an das Reich, das den Einzelstaaten („Ländern") die ihnen zukommende Summe auszahlt. Wie man sieht, sind diese Bestimmungen erheblich straffer gefaßt als die Reichsverfassung von 1871; es machte sich sogar ein Streben nach dem vollen Einheitsstaat geltend, das ohne das Gebahren der Berliner spartakistischen und unabhängigen Kreise noch sehr viel mehr Zugkraft entfaltet haben würde. Bayern und Württemberg tra-

ten der norddeutschen Biersteuergemeinschaft unter Aufgabe ihres Reservats bei; Bayern verzichtete auch auf sein Postreservat und seine eigenen Briefmarken. Neben dem Reichstag steht als Vertretung der einzelnen Bundesstaaten der Reichsrat, dessen Zustimmung zur Vorlage von Gesetzen an den Reichstag erforderlich ist. Kommt über ein Gesetz zwischen Reichstag und Reichsrat Übereinstimmung nicht zu Stande, so kann der Reichspräsident den Volksentscheid anordnen; tut er es nicht, so gilt das Gesetz als nicht zu Stande gekommen. Im Reichsrat hat jeder Staat eine Stimme, größere auf eine Million Einwohner je eine; doch darf kein Staat (d. h. Preußen) über 2/5 aller Stimmen haben. Die Teilnahme Deutsch-Österreichs wurde ausdrücklich offen gehalten; der betr. Artikel 61 mußte aber auf Verlangen der Entente so lange für ungültig erklärt werden, bis der Völkerbund den Zusammenschluß gutheiße. Der Artikel 17 der Verfassung schrieb vor, daß jedes zum Reich gehörige Land eine freistaatliche Verfassung und eine nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht erwählte Volksvertretung haben müsse. Der lange Kampf der Mecklenburger um eine solche Volksvertretung, der trotz aller Anläufe noch Ende Oktober 1913 mit einem völligen Fiasko und einer schweren Demütigung der reformfreundlichen Großherzöge von Schwerin und Strelitz geendet hatte, war nun durch das Eingreifen des Reichs endlich entschieden. Das Wahlrecht zum Reichstag war das gleiche, wie es für die Nationalversammlung festgesetzt worden war: allen Deutschen, Männern wie Frauen, im Alter von 20 Jahren wurde es zuteil. Die Wahl der Richter durch das Volk, welche die Unabhängigen am 10. Juli beantragten, wurde mit Recht verworfen und die Ernennung auf Lebenszeit vorgeschrieben; das gleiche wurde über die Beamten verfügt. Auch über das Kirchen- und Schulwesen wurden in der Verfassung Bestimmungen getroffen, während diese Dinge nach der alten Verfassung den Einzelstaaten vorbehalten gewesen waren. Die Volksschulpflicht sollte 8 Jahre dauern, die Fortbildungsschule bis zum 18. Jahre; auf einer gemeinsamen Grundschule sollte sich das mittlere und höhere Schulwesen organisch aufbauen. Die Sozialisierung „der dazu geeigneten Betriebe" sollte das Ziel sein; die Übertragung aller Privatregale und Mutungen auf den Staat wurde aber am 31. Juli mit 170 gegen 132 Stimmen verworfen. In den industriellen Betrieben sollten Arbeiterbetriebsräte eingeführt werden, aus denen ein Reichsarbeiterrat hervorgeht; mit den Unter-

nehmern zusammen soll ein Reichswirtschaftsrat gebildet werden, dem sozialpolitische Gesetze zur Begutachtung vorzulegen sind. Das Eigentum wurde gewährleistet; sein Gebrauch soll aber zugleich Dienst sein für das gemeine Beste; am Erbgut hat der Staat einen Anteil; allen Deutschen wird ein menschenwürdiges Dasein und eine gesunde Wohnung verheißen. Den Kirchen wurde die Eigenschaft öffentlich-rechtlicher Körperschaften mit dem Recht ihre Angehörigen zu besteuern gewährleistet; im übrigen wurde ihre Verbindung mit dem Staat aufgehoben. Der Religionsunterricht soll ein regelmäßiges Fach des Lehrplans sein; zur Teilnahme an ihm und an gottesdienstlichen Handlungen kann aber kein Deutscher gezwungen werden. Betreffs des religiösen Charakters der Schulen sollen nach einem Kompromiß der Sozialisten, Demokraten und des Zentrums die Erziehungsberechtigten entscheiden, ob neben der Simultanschule, welche die Regel bildet, konfessionelle oder weltliche, d. h. religionslose Schulen errichtet werden sollen; im Falle öffentliche konfessionelle Schulen nicht vorhanden sind, sollen Privatschulen dieser Art gestattet sein.

Von besonderer Bedeutung war die Frage, ob der Bestand der zurzeit vorhandenen Länder verändert werden dürfe. Hierüber setzt die Verfassung fest, daß bei allseitigem Einverständnis der sich loslösenden Gebiete und der Länder ein einfaches Reichsgesetz genügt. Ist das Einverständnis nicht vorhanden, so kann auf Grund eines mit $^3/_5$ der Abstimmenden gefaßten Beschlusses das Reich die Abtrennung auch gegen den Willen des betreffenden Landes durch Gesetz verfügen. Doch sollte vor Ablauf von zwei Jahren, bis wo man eine ruhigere Stimmung erhoffte, keine solche Maßnahme zulässig sein. Die preußische Regierung setzte allen Versuchen Preußen um die Rheinlande oder Hannover zu verkleinern entschiedenen Widerstand entgegen.

Als Farben des Reichs wurden auf Drängen der Sozialdemokratie, welche das alte und neue Reich recht deutlich voneinander scheiden wollte, am 31. Juli in zweiter Lesung mit 262 gegen 75 Stimmen (Konservative und Nationalliberale) Schwarz-Rot-Gold bestimmt. Die ruhmvollen Farben Schwarz-Weiß-Rot, unter denen unsere Helden vier Jahre gesiegt hatten und gefallen waren, sollten nur als Handelsflagge weiter geführt werden. In dritter Lesung wurde dieser tief bedauerliche Entschluß ohne namentliche Abstimmung aufrecht erhalten.

Die Verfassung, die gegenüber der früheren durch das Streben nach größerer Einheitlichkeit und durch Betonung sozialer Gedanken gekennzeichnet ist, wurde am 31. Juli mit 262 Stimmen gegen 75 der Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei und der Unabhängigen angenommen. Die Rechte lehnte die Verfassung ab, weil sie die Herrschaft der parlamentarischen Mehrheit in Reinkultur, ohne irgend eine Beschränkung durch ein Oberhaus oder ein ernsthaftes Veto des Reichspräsidenten, durchführte und so die Minderheit jeden Schutzes beraubte. Den Unabhängigen war sie noch viel zu bourgeoismäßig. Datiert ist die Verfassung vom 13. August; in Kraft trat sie am 13.; die Verteidigung des vorläufigen Reichspräsidenten erfolgte am 21. August.

2. Der Friede von Versailles.

So hart auch die Bedingungen des Waffenstillstandes vom 11. November waren, so wurden sie von den Deutschen doch trotz aller Schwierigkeiten pünktlich durchgeführt. Daß die über drei Millionen Mann zählenden Heere, welche noch an der Westfront standen, in der kurzen Frist von 25 Tagen durch die oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Gröner von Tournai und Sedan her, fast durchweg zu Fuß, rechtzeitig auf das rechte Rheinufer hinübergebracht wurden, ist eine Leistung militärischer Umsicht, Manneszucht und Ausdauer, die die höchste Anerkennung verdient. Wenn auch leider sehr große Werte an Material aller Art bei dem eiligen Rückmarsch zurückgelassen oder in der Erkenntnis, daß sie doch nur dem Feinde anheimfallen würden, von den Soldaten um Schleuderpreise den Belgiern verkauft wurden, so brachte das Heer doch im ganzen die notwendige Ausrüstung über den Rhein zurück.

Nach Ablauf des 30tägigen Stillstandes wurde er wiederholt erneuert, aber unter beständiger Verschärfung der Bedingungen. Bei der ersten Erneuerung am 13. Dezember, die in Trier verkündet wurde und bis zum 17. Januar dauern sollte, mußten die Deutschen versprechen, daß sie zum Zweck der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln 2,5 Millionen Tonnen Schiffsraum „unter Kontrolle der Alliierten zur Verfügung stellen", also ihre Handelsflotte tatsächlich ausliefern wollten, wenn auch grundsätzlich die Schiffe Eigentum Deutschlands bleiben sollten. Der Staatssekretär Erzberger

war mit verhängnisvoller Leichtherzigkeit überzeugt, daß man es auf dieshin wagen dürfe die Schiffe herzugeben. Ferner behielten sich die Alliierten, „um sich neue Sicherheiten zu verschaffen“, die Besetzung der neutralen Zone nördlich des Kölner Brückenkopfes bis zur niederländischen Grenze vor. Bei der zweiten Erstreckung des Stillstandes, die wieder in Trier, am 16. Februar, stattfand, mußte den Polen, die sich nach dem Zusammenbruch der Mannszucht im deutschen Heer und bei der Schwäche der Berliner Machthaber fast der ganzen Provinz Posen bemächtigt hatten, gegen die nun aber die oberste Heeresleitung unter Hindenburg von Kolberg aus den sog. „Ostschutz“ durch Freiwillige organisierte, in Posen völlig freie Hand gelassen werden, statt daß Posen dem annoch rechtmäßigen Besitzer, dem preußischen Staat, der am 11. November als solcher anerkannt war,*) zurückgegeben wurde. Die Deutschen mußten hinter eine militärische Grenzlinie zurückgehen, durch deren Lauf die deutschen Städte Birnbaum und Bentschen den Polen überlassen wurden. Die Dauer des Waffenstillstandes wurde diesmal nicht bestimmt; er konnte jederzeit mit dreitägiger Frist gekündigt werden. Tatsächlich wurde er indessen nicht gekündigt, weil die gestellten Bedingungen deutscherseits erfüllt wurden, und am 14. März wurde in Brüssel ein Abkommen vereinbart, nach dem Deutschland ab 15. April für fünf Monate je 370000 Tonnen Lebensmittel erhalten, aber nunmehr seine Handelsflotte den früheren Zusagen gemäß den Alliierten zur Verfügung stellen sollte.

Die Verhandlungen über den Frieden wurden von den „alliierten und assozierten Nationen“ unter sich am 18. Januar, einem natürlich mit Absicht gewählten Tag, in Paris eröffnet. In der Begrüßungsansprache wies Poincaré auch ausdrücklich darauf hin, daß das am 18. Januar 1871 in Versailles ausgerufene deutsche Kaiserreich aus der Ungerechtigkeit geboren worden sei und nun in Schmach geendet habe. Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde auf Vorschlag Wilsons, der selbst aus Washington herüberkam und (mit einer kurzen Unterbrechung wegen der Eröffnung des neu gewählten amerikanischen Repräsentantenhauses) den Verhandlungen bis zum Schluß anwohnte, der französische Ministerpräsident Clemenceau bestimmt. Er, Wilson, Lloyd George und Orlando bildeten den engsten

*) Weil dieser Vertrag die Zurücknahme der deutschen Truppen hinter die Grenzen vom 1. August 1914 anordnete. Diese Bestimmung ließ Deutschland eine bisherigen Grenzen.

„Rat der Vier“, in dem alle wichtigen Fragen beraten und tatsächlich souverän entschieden wurden. Die Deutschen erhielten erst Ende April die Einladung nach Versailles zu kommen, nicht um mündliche Verhandlungen zu pflegen, wie das sonst bei Friedensschlüssen immer der Fall zu sein pflegt und wie das Bismarck 1871 mit Favre und Thiers in der entgegenkommendsten Weise getan hat, sondern einfach, um die festgelegten Bedingungen entgegenzunehmen und mit Ja oder Nein zu beantworten. Am 30. April traf Graf Brockdorff-Rantzau mit den übrigen Bevollmächtigten in Versailles ein, wo ihnen ein eng umschränkter Bewegungsraum zugewiesen war und wo sie auch vor Pöbelangriffen und Steinwürfen nicht gesichert waren, wie sich bei der Abreise zeigte. Aber erst am 7. Mai erfolgte im Hotel Trianon die Eröffnung der Bedingungen durch Clemenceau, in Gegenwart von Lloyd George, Wilson und der übrigen Diplomaten der mit Deutschland im Krieg befindlichen Völker. Der Optimismus, der trotz aller bösen Vorzeichen, selbst nach dem am 5. Mai erfolgten Austritt der beiden letzten Sozialisten aus dem französischen Ministerium, einen Teil der deutschen Abordnung beseelt hatte, brach angesichts des Textes der Bedingungen völlig zusammen. Es war ersichtlich, daß, wenn auch Widerstände stattgefunden hatten, durch den eisernen Willen Clemenceaus schließlich der französische Standpunkt durchgedrungen war und Wilsons 14 Punkte, auf die hin Deutschland die Waffen gestreckt hatte, nach Lansings Worten „keine Rolle spielten“. Allerdings haben die nationalistischen Blätter in Paris erklärt, daß ein „Clemenceaufriede“ nicht bloß die Wiedergutmachung des Unrechts von 1871 gegen Frankreich und des Unrechts gegen Polen und Dänen bedeutet hätte, sondern die Züchtigung jedes von Preußen begangenen Unrechts (Frankreich hat ja niemals gegen irgend jemand ein Unrecht begangen) auch in Deutschland selbst, also die Zerstückelung Preußens durch die Herausnahme namentlich Hannovers. Clemenceau habe diese Forderung nur nicht durchsetzen können; der Friede sei noch zu gemäßigt ausgefallen.

Dieser gemäßigte Friedensvertrag war in 15 Teile gegliedert, deren erster die Bestimmungen über den künftigen Völkerbund enthielt, der Kriege verhüten und in aller Öffentlichkeit auf Gerechtigkeit und Ehre abzielende Beziehungen der Völker pflegen sollte. Zu diesem Zweck sollten die Rüstungen auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden. Der Sitz des Bundesrats sollte Genf sein. Im

wesentlichen lief der Völkerbund auf eine Knebelung der Welt durch die Verbündeten, insbesondere durch England hinaus, das letzten Endes maßgebend wurde; der Bund ermöglichte jede englische Einmischung in die Verhältnisse der anderen Staaten. Dann folgten (auf 208 Seiten und in endlosen, im ganzen 440, Artikeln) folgende Bestimmungen. Die Grenzen Deutschlands werden dadurch verändert, daß Belgien das bisher neutrale Moresnet (mit 3500 meist deutschen Einwohnern) und die rheinpreußischen Kreise Eupen und Malmedy erhält — Bezirke, in welchen rund 52000 Deutsche und 10000 (gut preußisch gesinnte) Wallonen wohnen; eine schriftliche Abstimmung blieb den Einwohnern vorbehalten. Frankreich erhält Elsaß-Lothringen, das für frei von allen Staatsschulden erklärt wird, und darf das Gebiet an der Saar bis St. Wendel und Homburg fünfzehn Jahre lang besetzt halten, um sich mit den dortigen Kohlen für die Zerstörung von nordfranzösischen Kohlengruben durch die Deutschen schadlos zu halten. Nach fünfzehn Jahren sollen die Bewohner darüber abstimmen, ob sie zu Deutschland gehören wollen, oder zu Frankreich. Stimmen sie für das erste, so hat Deutschland die Kohlengruben von Frankreich in Gold zurückzukaufen. Polen erhält Oberschlesien, fast ganz Posen mit Bromberg und Schneidemühl, ferner Teile von Pommern und fast ganz Westpreußen mit Hela, Karthaus, Tuchel, Schwetz, Thorn und Graudenz, damit es einen Zugang zum Meer hat. Polen hat den Deutschen Durchfahrt durch das abzutretende Gebiet nach Ostpreußen zu gewährleisten, und den Minderheiten, die ihm überantwortet werden, ihre religiösen und nationalen Rechte zu verbürgen. Danzig wird Freistaat unter Bürgschaft des Völkerbundes, mit einem Gebiet, das bis hart vor Elbing reicht, muß aber den Polen den freien Gebrauch der Hafenanlagen, Docks und Kais gestatten, dem polnischen Zollgebiet beitreten und seine auswärtigen Angelegenheiten durch Polen besorgen lassen. Die Stadt Memel, obwohl ganz überwiegend deutsch, und der litauische Teil Ostpreußens werden an die Verbündeten abgetreten, die später über die Staatszugehörigkeit dieses Gebiets Bestimmung treffen werden. In einem südlichen Streifen Ostpreußens, der Marienburg, Marienwerder, Osterode, Allenstein, Lyck einschloß, sollte Volksabstimmung stattfinden. Ebenso wird verfügt, daß in Schleswig abgestimmt werden sollte, um über die Zugehörigkeit des Landes zu Deutschland oder Dänemark zu entscheiden. Die Abstimmung erfolgt in drei Abschnitten, im Norden des Landes, in der Mitte (von Sylt bis Flensburg) und im Süden (bis zur

Eider), unter Aufsicht eines von den Verbündeten, Norwegen und Schweden zu bestellenden 5köpfigen Ausschusses. Im Norden wird im ganzen abgestimmt, wodurch die Deutschen in Apenrade, Hadersleben, Tondern voraussichtlich glatt erdrückt wurden, in den zwei südlichen Bezirken nach Gemeinden, wodurch die Möglichkeit entstand überall im deutschen Gebiet dänische Enklaven zu schaffen. Deutschland verzichtet ferner auf alle seine Kolonien und alle Kabel. Die Kolonien gingen in den Besitz der „alliierten und assoziierten" Mächte über. Nach Art 22 erschien als bester Weg das Wohlergehen der Eingeborenen zu sichern der, daß der Völkerbund die Vormundschaft über sie fortgeschrittenen Nationen übertrage. Danach war ein solches Mandat auch für Deutschland möglich, falls es zu den fortgeschrittenen Nationen gerechnet würde. Natürlich war aber in Aussicht genommen unter der Firma des Völkerbundes die Kolonien unter die Sieger aufzuteilen. Schließlich fiel die Verwaltung von Ostafrika an England und Belgien, die von Westafrika an die südafrikanische Union; über Kamerun und Togo einigten sich Frankreich und England am 2. Juli dahin, daß Frankreich Lome, die Hauptstadt Togos, und vier Fünftel von Kamerun erhielt, England den Rest und den Süden von Togo. Kiautschou mit allen deutschen Rechten in Schantung und den deutschen Inseln nördlich vom Äquator fielen nach den Zusagen vom Herbst 1914 an Japan, Samoa an Neuseeland, Neuguinea mit Anhängseln an Australien. Deutschland verzichtet auf alle Rechte in Marokko und erkennt die Schutzherrschaft Frankreichs über dieses Land, die Englands über Ägypten an. Die evangelischen deutschen Missionen blieben als Missionen erhalten, kamen aber unter englische oder andere alliierte Verwaltung; die katholischen Missionen — das setzte Papst Benedikt XV. durch — durften unter Personen stehen, die der Papst bevollmächtigte.

Weiter wurden Deutschland eine Reihe wirtschaftlicher und finanzieller Lasten schwerster Art auferlegt. Deutschland hatte allen angerichteten Schaden zu ersetzen. Hiefür hafteten alle seine Vermögenswerte und Einnahmen. Als Bürgschaft und Anerkennung seiner Schuld hatte es eine erste Zahlung von 20 Milliarden in Gold bis 1. Mai 1921 zu leisten, bis 1926 weitere 40, dann nochmals 40 Milliarden. Die Gesamtsumme der zu zahlenden Entschädigung sollte ihm aber erst später mitgeteilt werden; sie konnte also schließlich beliebig hoch angesetzt werden. Die Besteuerung in Deutsch-

land sollte um nichts geringer sein als die in irgend einem der verbündeten Staaten, also das höchstmögliche Maß aus Deutschland herausgepreßt werden. Offensichtlich stellte dieser Artikel das deutsche Steuerwesen unter die Aufsicht der Sieger. Ferner hatte Deutschland 90000 Milchkühe an Frankreich, 50000 an Belgien zu liefern (obschon die Milch in Deutschland sehr knapp war und Erwachsene meist überhaupt keine erhielten); dann 500 Zuchthengste und 30000 Stuten. Es hatte alle Handelsschiffe über 1600 Tonnen abzuliefern, von denen zwischen 1000 und 1600 Tonnen die Hälfte, von den Fischerfahrzeugen ¼, von den Flußschiffen ⅕. Alle Rechte der Polizei und der Beaufsichtigung über Fischerboote der alliierten Mächte werden auch in deutschen Gewässern durch die Alliierten ausgeübt (also der Schutz der deutschen Fischerei gegen fremde Übergriffe aufgehoben). Die Waren der Verbündeten haben freien Durchgang auf den deutschen Verkehrswegen (Eisenbahnen, schiffbaren Wasserläufen oder Kanälen), ebenso die der neu entstandenen Staaten, in deren Gebiet die deutschen Flüsse Rhein, Elbe, Oder entspringen, und internationale Ausschüsse (für die Elbe, tschechisch Labe, z. B. ein 10köpfiger Ausschuß von 4 Deutschen, 2 Tschecho-Slowaken, 1 Briten, 1 Franzosen, 1 Italiener und 1 Belgier) haben über die Schiffahrt auf diesen Flüssen die Aufsicht. Alle deutschen Rechte, Besitztümer und Kapitalanlagen in den feindlichen Staaten, Rußland eingeschlossen, sind verfallen; die Schadloshaltung der bisherigen Eigentümer wird dem deutschen Reich aufgebürdet. Ein Wiedergutmachungsausschuß (commission des réparations) unter dem Vorsitz des Franzosen Loucheur sollte alle Schadensanmeldungen annehmen und nach dem 1. Mai 1921 von Zeit zu Zeit Deutschlands Leistungsfähigkeit prüfen, um möglichst viel aus ihm herauszupressen. Deutschland ist gehalten von sich aus alles anzuordnen, was die vollständige Erfüllung dieses Teils des Vertrags sichern kann. Zu seinen Pflichten gehört auch die Zahlung von Unterstützungen an die Familien Gefallener, und von Renten an die Kriegsbeschädigten der Alliierten. Die allgemeine Wehrpflicht wird im deutschen Reich abgeschafft. Das deutsche Heer zählt nicht mehr als 70000 Mann zu Fuß und 30000 Reiter, darunter 4000 Offiziere; es hat nur 288 leichte Geschütze, 1134 Maschinengewehre. Der große Generalstab wird aufgehoben. Nur die unentbehrlichen Offiziersschulen, je eine für jede Waffe, bestehen fort. Erziehungsanstalten aller Art, auch die Universitäten, dürfen ihre Mitglieder nicht

im Gebrauch an Waffen unterrichten und ausbilden. Die Anzahl der Polizisten darf jeweils nur der Zunahme der Bevölkerung entsprechend erhöht werden (also nicht etwa gemäß dem Wachstum der Verbrechen). Frankreich hat das Recht in Deutschland Rekruten für seine Fremdenlegion zu werben. Auf dem linken Rheinufer sind alle Festungsanlagen zu schleifen, und auf dem rechten dürfen in 50 Kilometer Abstand vom Strom keine angelegt werden. Am 2. Juli vereinbarten sodann England und die Vereinigten Staaten mit Frankreich, daß sie ihm, falls diese Vorsichtsmaßregeln nicht genügen sollten, gegen einen nicht herausgeforderten deutschen Angriff beistehen werden. Die deutsche Flotte besteht nur aus 6 Schlachtschiffen von 10000 Tonnen nach dem Muster der „Deutschland", 6 leichten Kreuzern von 6000 Tonnen, 12 Zerstörern und 12 Torpedobooten. Unterseeboote und Luftstreitkräfte zu Wasser und zu Land darf Deutschland nicht haben. Die Befestigungen von Helgoland werden zerstört und dürfen nicht hergestellt werden. Endlich ist Deutschland verpflichtet den Kaiser wegen höchster Verstöße gegen die internationale Moral und die Heiligkeit der Verträge, sowie eine noch näher zu bestimmende Anzahl von Personen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Kriegsgebräuche auszuliefern, damit ein Gericht, das von England, Frankreich, Italien, den Vereinigten Staaten und Japan eingesetzt wird, über sie ein Urteil sprechen kann. Entgegen aller Billigkeit wurden also die Kläger zugleich als Richter bestellt.

Dies sind die wesentlichsten Bedingungen. Es braucht nicht näher ausgeführt zu werden, daß sie in Deutschland mit dem größten Entsetzen und der größten Erbitterung aufgenommen wurden; enthielten sie doch nichts anderes, als die Verstümmelung Deutschlands um etwa ein Zehntel seines Gebiets, seine Wehrlosmachung und seine völlige wirtschaftliche und finanzielle Knebelung zum Vorteil der Sieger, bezw. ihrer Großkapitalisten. Allen denen, welche sich seit dem 19. Juli 1917 in dem Traum von der Möglichkeit eines gerechten „Verständigungsfriedens" „ohne erzwungene Erwerbungen und finanzielle Vergewaltigungen" gewiegt hatten, fielen nunmehr die Schuppen von den blöden Augen. Als Prinz Max von Baden die Annahme der vierzehn Punkte Wilsons zugesagt hatte, da war die selbstverständliche Voraussetzung, daß auch unsere Gegner diese Punkte als Grundlage des Friedens annähmen; Wilson hatte das zum Überfluß am 5. November ausdrücklich bestätigt, abgesehen von der

Frage der Freiheit der Meere (S. 399), und es war also gewiß richtig zu sagen, daß Deutschland durchaus nicht bedingungslos kapituliert hatte, daß vielmehr gewisse Bürgschaften für Deutschland gegeben waren, wenn es nach Recht und Ehrlichkeit ging. Vergleicht man aber nun die Bedingungen mit den vierzehn Punkten, so springt sofort in die Augen, daß aufs schnödeste verletzt waren Punkt 5, 8, 9 und 13. Im 5. Punkt war eine „weitherzige, unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche und gleiche Rücksicht auf die Bevölkerung der Kolonien wie auf die Rechtstitel der Anspruch erhebenden Regierungen" gefordert. Diese „weitherzige Schlichtung" bestand darin, daß alle deutschen Kolonien — auf welche nach Artikel 11 der von allen beteiligten Staaten angenommenen Kongoakte von 1885 europäische Kriege gar nicht hätten übergreifen dürfen — Deutschland endgiltig abgesprochen, auch nicht ein Quadratmeter ihm belassen wurde. Als Grund gab der Raubverband an, daß die Deutschen ihre Kolonien unmenschlich behandelt hätten (während natürlich Franzosen, Engländer, Italiener in den ihrigen stets mit musterhafter Menschlichkeit verfahren waren). Dieser Behauptung konnte deutscherseits u. a. das Urteil des holländischen Paters van der Burgt von den „weißen Vätern" gegenübergestellt werden, der schrieb: „ich kenne Deutschostafrika seit 1892, war bis 1913 ununterbrochen dort tätig und kann mein Urteil dahin zusammenfassen: die deutsche Kolonialtätigkeit ist der größte Segen für Land und Leute. Dagegen haben die Engländer von 1914—17 die Schuld auf sich geladen, daß in Uganda 200000 Menschen zu Grunde gingen, ebensoviel in Nyassaland. Der ehemals deutschfeindliche Pater Smulders hat mir gesagt, daß, wenn die Neger wählen dürften, sie alle für die Deutschen stimmen würden. Diese haben sie nämlich gut behandelt und alles bezahlt, auch im Kriege." Damit stimmt, daß eine große Anzahl ostafrikanischer Häuptlinge bei v. Lettow-Vorbeck bis zuletzt getreulich aushielten, daß dasselbe von den Tausenden der Askari's, der afrikanischen Krieger, gilt, und daß 117 Kameruner Häuptlinge, obwohl sie in die Gewalt der Engländer und Franzosen geraten waren, dennoch die Bitte aussprachen, man möge sie wieder unter deutsche Herrschaft stellen. Unter ihnen war der König von Jaunde, Karl Atangana, der im Oktober 1919 dem Madrider Blatt El Dia sagte: „ich habe in Berlin studiert. Ich liebe die Deutschen sehr. Sie haben meinem Lande die Zivilisation gebracht und uns stets mit Liebe und Achtung behandelt." Gerade während der Ver-

handlungen in Versailles kam auch die Nachricht aus Südwestafrika, daß 1916, also während der englischen Herrschaft, im Ovamboland die Hungersnot große Verheerungen unter der einheimischen Bevölkerung angerichtet hatte, daß der als Gefangener in Südwest anwesende deutsche Gouverneur Seitz die Engländer auf die großen vorhandenen Vorräte hinwies, daß aber lediglich nichts zur Linderung der Not geschah; es erlagen 25 000 Menschen dem Mangel an Nahrung, ein sehr großer Teil der sehr dünnen Bevölkerung, und am 15. Juli stand im schwäbischen Merkur ein Bericht aus Südwestafrika, laut dem die Eingeborenen von wenigen abgesehen stets deutsch gesinnt waren, von den Engländern, welche ihnen das verheißene Land nicht gaben, mit Verachtung sprachen und die Versuche eine Abstimmung zu Gunsten Englands zu veranstalten fehlschlugen. Alles war umsonst; gestützt auf Ausschreitungen, die im Anfang unserer kolonialen Arbeit da und dort sich zugetragen hatten — wie bei allen kolonisierenden Völkern dies geschehen ist — gaben die Engländer schon 1917 ein durchaus gehässiges und lügenhaftes Blaubuch über unsere angebliche Mißwirtschaft in Afrika heraus und erklärten das Verfahren alsbald für geschlossen. So behielten die Alliierten unsere mit saurer Mühe auf eine verheißungsvolle Bahn der Entwicklung gebrachten Kolonien für sich; die nackte Raubgier triumphierte.

Nun zum 8. Punkt Wilsons. Dieser verlangte die Wiedergutmachung des durch Preußen 1871 an Frankreich begangenen Unrechts, d. h. die Rückgabe von Elsaß-Lothringen. Man hätte wohl fragen können, wenn schon von Unrecht die Rede war, ob im Jahr 1552, als König Heinrich II. von Frankreich mit Gewalt Metz besetzte, und 1648 und 1681 von Ludwig XIV., als er im westfälischen Frieden das Oberelsaß und später Straßburg mit seinen Heeren zur Unterwerfung zwang, nicht auch Unrecht begangen worden sei, und zwar ein sehr viel größeres, weil die Franzosen damals ein kerndeutsches, alemannisches Volk gegen dessen Willen ihrem andersstämmigen Reich einverleibten. Es soll aber sein: wir hatten die 14 Punkte in unserer Not angenommen und mußten Elsaß-Lothringen, wenn auch mit blutendem Herzen, abermals herausgeben; das Straßburger Münster, die Stadt Metz, die noch 1548 als fast einziger Reichsstand ihre Reichspflichten getreulich erfüllt hatte, verfielen wieder den Welschen. Das Saargebiet aber war von jeher (mit einer auch durch Gewalt vollzogenen Ausnahme von 68 Jahren) ein durchaus deut-

sches Land, dessen Einwohner 1814 mit Nachdruck ihre Rückkehr zu Deutschland verlangt hatten. Die Kohlenschätze an der Saar wurden auf 11 Milliarden Tonnen berechnet, während Frankreich den durch die Zerstörung seiner Kohlengruben erlittenen Schaden auf höchstens 200 Millionen Tonnen beziffern konnte; es verlangte also einen vielfältig höheren Betrag „schwarzer Diamanten". In zehn Jahren war durch deutsche Lieferungen aus den Saargruben der Schaden mit Bestimmtheit gutzumachen; Frankreich, das das Land gar nicht zu besetzen brauchte, wollte aber fünfzehn Jahre dort bleiben, natürlich in der Hoffnung durch Zuckerbrot und Peitsche die Bewohner in dieser Zeit mürbe zu machen und sie mit den 1860 in Nizza und sofort 1918 seit der Besetzung erprobten Mitteln — darunter auch die Ausweisung aller unbequemen Personen — zur Abstimmung für die französische Staatsangehörigkeit zu bestimmen. Mit Recht wurde von den Deutschen gesagt, daß die Verbündeten versuchten, zu rein materiellen Zwecken, durch vorläufige Unterstellung eines national gar nicht strittigen Gebiets unter den „Völkerbund", tatsächlich unter Frankreich, dieses Gebiet vom Vaterland loszureißen; die Einwohner wurden geradezu als Zubehör zu den Kohlen behandelt. Wo blieben da die von Wilson und den andern bei jeder Gelegenheit betonten Menschenrechte?

Ebenso stand es bei Punkt 9, der die Deutsch-Österreicher in Südtirol betraf und hier auch gleich erwähnt sein soll. Dieser Punkt sicherte den Italienern eine Grenzberichtigung „nach dem klar erkennbaren nationalen Bestand" zu; sie hatten aber das ganze Land bis zum Brenner mit den gut deutschen Städten Meran und Bozen, der Heimat Walthers v. d. Vogelweide, in Besitz genommen und unterwarfen damit etwa 250000 Deutsche einer fremden Herrschaft. Dasselbe traf endlich bei Punkt 13 zu, nach welchem der polnische Staat „alle unzweifelhaft polnischen Gebiete und einen gesicherten, freien, zuverlässigen Zugang zum Meer" erhalten sollte. Dadurch war allerdings der größere Teil von Posen verloren; damit galt es sich abzufinden, so schmerzlich auch der Verlust eines wichtigen landwirtschaftlichen Überschußgebiets von den Deutschen empfunden wurde. Aber der Westen und Norden Posens, Oberschlesien und Westpreußen waren keine „unzweifelhaft polnischen Gebiete", sondern entweder gemischt oder rein deutsch; in ganz Westpreußen machten die Deutschen sogar zwei Drittel der Bevölkerung aus, und Danzig vollends war eine uralte, nach Sprache und

Kultur rein deutsche Stadt, was die Feinde selbst nicht bestritten, in der Polen nur auf Grund der im deutschen Reich herrschenden Freizügigkeit hatten Wohnung nehmen können. Oberschlesien hatte nur bis 1163 zum polnischen Reich gehört; wenn es auch eine überwiegend polnische Einwohnerschaft hatte, so waren doch die Städte noch deutsch. Ebenso stand es mit Memel, das sogar ganz überwiegend deutsch war; die preußischen Litauer waren zudem evangelisch, im Gebrauch ihrer Sprache unbehindert und gute preußische Patrioten, die bei den Wahlen meist konservativ wählten, niemals in protestlerischem Sinn. Ebenso stand es mit den evangelischen Polen, den Masuren Ostpreußens; nie waren sie der polnischen Propaganda ins Garn gegangen. Trotz alledem verlangten nun die Alliierten, daß zahlreiche ganz deutsche oder überwiegend deutsche Ortschaften und Gegenden kurzerhand, ohne daß sie auch nur gefragt wurden, an Polen angegliedert werden sollten; nur der oben genannte südliche Streifen Ostpreußens sollte eine Abstimmung vornehmen dürfen. Das war geradezu himmelschreiend und um so weniger zu rechtfertigen, als der „gesicherte freie Zugang zum Meer" auch ohne eine Gebietsabtretung, durch welche Ostpreußen völlig von Deutschland abgeschnitten wurde, gewährt werden konnte. Die Zubilligung des Charakters einer Freistadt an Danzig war mehr formell als tatsächlich ein Zugeständnis, da die Polen vermöge des Rechts auf den Hafen dort jedenfalls sich fest einnisten konnten; ohne Zweifel sollte die Stadt — gleich Memel — auch als englisches Eingangstor nach Polen dienen und wurde darum erbarmungslos vom deutschen Reich losgerissen.

Die Verurteilung dieses Friedens war nicht nur in Deutschland allgemein, sondern auch bei den Neutralen, und es erhoben sich sogar in den Ländern der Entente Stimmen dagegen. Das italienische Blatt Corriere della sera, empört darüber, daß Wilson Fiume den Südslawen zugeteilt wissen wollte und die Verbündeten von 1915 sich ihm trotz ihrer damaligen Zusagen nicht energisch genug widersetzten, schrieb Mitte Mai: „Der französische Ministerpräsident hat zwar einen diplomatischen Sieg ohnegleichen errungen, indem er Frankreich unter seiner Faust hielt, England von der Richtigkeit seiner Politik überzeugte, Wilsons Widerstand unterdrückte und Italien ins Schlepptau nahm. Sein Sieg ist aber ein Pyrhussieg. Es ist eine gefährliche Sache den Deutschen Provinzen, Schiffe, Kanonen und Gold wegzunehmen. Dieser Vertrag ist eine Höllenmaschine, die

später unbedingt einmal explodieren muß." Das niederländische Blatt Het Vaterland sagte: „Deutschland hat den Krieg verloren und Wilson den Frieden." Der Nieuwe Courant von Rotterdam urteilte: „Zum Recht des Besiegten gehört es nichts anzunehmen, was er nicht erfüllen kann. Dieser Friedensvertrag ist gar keiner; er setzt den Krieg fort und vernichtet die Hoffnung auf eine bessere Weltordnung; denn er zerteilt die Welt in Völker erster, zweiter und dritter Klasse, in Herrschervölker, in mehr oder weniger Freie und in Verstoßene." (Dieses Urteil bezieht sich auf die société des nations, den von Wilson gehätschelten Gedanken des Völkerbundes, der nach dem französisch-englischen Konzept Deutschland vorerst nicht umfassen und wesentlich zur Knechtung der Welt dienen sollte.) Während die nationalistische Presse Frankreichs den Vertrag heuchlerisch als noch zu milde gegen die deutschen Verbrecher bezeichnete und der Petit Parisien die Frechheit hatte gar zu behaupten, die 14 Punkte Wilsons seien gewissenhaft beobachtet, erklärte die sozialistische Humanité, deren Partei aber im Parlament völlig einflußlos war: „es ist ein Friede der Gewalt und des Unrechts. Kein sozialistischer Abgeordneter darf dieses Schriftstück unterzeichnen, das die Geschichte als eine verbrecherische Verletzung gegebener Versprechen und als einen Schlag gegen Moral und Völkerrecht bezeichnen wird. Wir fordern die Deutschen des Saargebiets auf mit Heroismus der Gewalt und Korruption Widerstand zu leisten und sich ihren nationalen Sinn zu erhalten. Die französischen Sozialisten werden für sie einstehen, wie für alle unterdrückten Völker. Ebenso schlimm ist der Raub der deutschen Kolonien. Das volkreiche, arbeitsame Deutschland braucht Kolonien wie jedes andere große Volk. Wilson hat den größten Fehler begangen, als er diesem Raub zustimmte." Die englische Arbeiterpartei erließ ein Manifest, in welchem sie die Abtrennung des Saargebiets verwarf und in Elsaß-Lothringen, in Posen und Westpreußen eine Volksabstimmung und für Deutsch-Österreich das Selbstbestimmungsrecht verlangte. Einige Mitglieder des von Wilson mitgebrachten amerikanischen Friedensausschusses legten ihre Stellen nieder, weil sie sich betrogen sahen, und eines von diesen Mitgliedern, Bullitt, richtete an Wilson folgendes Schreiben: „ich bin einer von den Millionen, die rückhaltlos Ihrer Führerschaft vertrauten und glaubten, daß Sie nichts Geringeres wollten als den dauernden Frieden der Welt auf der Grundlage restloser Gerechtigkeit. Aber die Regierungen haben sich nun entschlossen die leidenden Völker der

Welt neuen Unterdrückungs- und Zerstückelungsangriffen auszusetzen und ein neues Jahrhundert der Kriege zu eröffnen. Ungerechte Beschlüsse wie die über Schantung, Tirol, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, das Saarbecken und die Preisgabe wichtiger Häfen führen unvermeidlich zu neuen Zusammenstößen. Meiner Überzeugung nach ist der Völkerbund viel zu machtlos, um diese Kriege zu verhindern. Deshalb ist es Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten zum Besten ihres Volks und zum Glück der Menschheit die Unterschrift und die Genehmigung des ungerechten Vertrags durch Nichtbeitritt zum Völkerbund und damit ein engeres Verhältnis zu Frankreich abzulehnen. Es ist nur allzu bekannt, daß Sie sich selbst am meisten den ungerechten Abmachungen widersetzten und daß Sie ihnen nur unter dem stärksten Druck beipflichteten. Trotzdem geht meine Überzeugung dahin, daß Sie, wenn Sie den Kampf offen statt hinter verschlossenen Türen ausgefochten hätten, die öffentliche Meinung der Welt auf Ihrer Seite gehabt hätten und in die Lage versetzt worden wären allen Ansinnen zu widerstehen, mit welchen Sie nicht einverstanden waren." Man hat sich in Deutschland wohl gefragt, ob Wilson ein abgefeimter Heuchler und Betrüger war, der uns durch seine 14 Punkte nur täuschen und zur Niederlegung der Waffen verlocken wollte, oder ob er ein Schwächling war, der zwar ursprünglich einen ehrlichen und gerechten Frieden zustande bringen wollte, aber von den stärkeren Naturen Clemenceau und Lloyd George überwältigt wurde. Bullitts Ansicht kommt offenbar auf das Zweite hinaus, und der Engländer Keynes, Professor in Cambridge, Mitglied der englischen Abordnung nach Versailles, der in seinem Buch the economic consequences of the war 1920 ein vernichtendes Urteil über den Frieden gefällt und gleich Bullitt seine Stellung niedergelegt hat, sagt: „Wilson war ein Mann mit guten Absichten, mit viel Schwächen und ohne jenen beherrschenden Verstand, der unbedingt nötig war, um in jene furchtbare Ränke- und Menschlichkeitswirtschaft in Frankreich hineinzuleuchten. Er hatte in keiner Weise die Fähigkeit des Sicheinfühlens, wie sie Lloyd George in hervorragendem Maße besaß. Er hat in seiner Ungeschicklichkeit und Halsstarrigkeit gewissermaßen Blindekuh gespielt und war von vornherein zum Opfer der andern ausersehen. Die Unwissenheit über die tatsächlichen Verhältnisse teilte er mit Lloyd George. Dieser hatte bei den Wahlen von 1918 sich einflüstern lassen, daß nur ein ganz schroffes Auftreten gegen

Deutschland ihm den Sieg sichere; Northcliffe und Hughes (der von Kriegswut erfaßte australische Ministerpräsident) sagten dies zu ihm, und so versprach er den Wählern völlige Entschädigung Englands durch Deutschland, und war nun gebunden. Dazu kam, daß Orlando nicht Englisch, Wilson nicht Französisch sprach; Clemenceau aber beherrschte beide Sprachen. Er überragte alle, und wie es für Perikles nur Athen gab, so für ihn nur Frankreich. Den Deutschen traute er keine Ehrlichkeit zu, und so wollte er mit ihnen nicht verhandeln, nur diktieren, ihnen einen karthagischen Frieden auferlegen, Deutschland vernichten. Das ist die Politik eines alten Mannes, dessen Gedanken nicht in die Zukunft gehen, sondern nur in die Vergangenheit. Europa war ihm nichts."

Wir fügen den Stimmen der Verurteilung endlich noch eine letzte an: die derjenigen Elsaß-Lothringer, welche ihr Land und Volk nicht wie eine willenlose Viehherde behandelt sehen wollten. Die Franzosen behaupteten zwar, daß der Jubel, mit dem ihr Heer in der zweiten Novemberhälfte im Reichsland empfangen wurde, eine Abstimmung als überflüssig erscheinen lasse; aber jeder kaltblütige Beurteiler wird das ablehnen, weil er weiß, wie leicht ein solcher Jubel gemacht werden kann, und wie er tatsächlich gemacht wird; weil das Unterlassen der Abstimmung selbst zur Genüge beweist, daß die Herren in Paris dem Ausgang nicht trauten. Nach dem Dafürhalten sachkundiger Männer war infolge des langen Kriegsdrucks zwar keine Mehrheit für Deutschland zu erwarten, aber auch keine für Frankreich, wohl aber eine solche für völlige Autonomie des Landes, vielleicht auch für den Anschluß an die Schweiz, wie das auch in Vorarlberg die Stimmung der Mehrheit des Volkes war. Bezeichnend sind aber für die Stimmung in mindestens einem Teil des Landes folgende Schriftstücke. Am 24. April richtete der Graf v. Rapp, Abgeordneter der elsässischen Autonomisten, an Wilson einen Anruf. „Sowohl der Friede von 1871 als der von 1648 waren Machtfrieden. Nie ist das elsaß-lothringische Volk um seine Meinung gefragt, sondern beide Male wie eine wehrlose Sache verschachert worden. Als Paris kaum 10000 Einwohner zählte und Berlin noch ein slawischer Sumpf war, blühten schon höchste Kunst und Wissenschaft im Elsaß. Wir lassen uns unsere heiligsten Rechte nicht rauben, und wir werden so lange kämpfen, auf Leben und Tod, bis das elsässische Problem im Sinn der Bevölkerung gelöst sein wird. Eigenes Ministerium in Straßburg, eigene Gesandte. Kein einziger Franzose darf

bei uns ans Ruder kommen!“ Und als dieser Anruf, wie alle andern, auf Wilson ohne sichtbare Wirkung blieb, da erließ „der Vollzugsausschuß des Freistaats Elsaß-Lothringen“ am 6. Juli einen Aufruf (S. 401), in welchem er sagte: „zum drittenmal in unserer Geschichte werden wir, ohne unsern eigenen Willen bekunden zu dürfen, der Willkür des stärkeren Nachbars preisgegeben. Kein Friede ist möglich, ehe die geschädigten Rechte und Freiheiten unseres Landes hergestellt sind und der Grundsatz der Nationalitäten und der unabhängige Bestand der kleinen Staaten anerkannt ist. Wir werden dem Joch, das sich auf uns legt, unsern trotzigen und unbeugsamen alemannischen Nacken entgegenstemmen. Kein ehrlicher Elsaß-Lothringer will heute französisch werden. Auch die zweihundert Jahre unter französischem Regiment haben uns nicht verwelschen können. Der am 9. November 1918 in Straßburg ausgerufene Freistaat Elsaß-Lothringen bildet die einzige Grundlage, auf der wir national und wirtschaftlich ein unabhängiges Leben führen können.“

Die deutsche Abordnung in Versailles nahm den Text des Friedensentwurfs zur Kenntnis und setzte sich schriftlich und persönlich mit der Reichsregierung ins Einvernehmen. Graf Brockdorff-Rantzau verfuhr nach dem Grundsatz: „schicket euch in die Zeit; denn es ist böse Zeit“, und trat mit einer gewissen (aber doch nicht würdelosen) Schmiegsamkeit der übermütigen Stimmung der Entente gegenüber, indem er Deutschlands Mitschuld am Krieg nicht abstritt, aber auch die Gegner auf ihren Teil an der Schuld hinwies. Der Graf arbeitete dann Gegenvorschläge aus, die am 29. Mai Clemenceau mit einer Begleitnote (einer sog. Mantelnote) übergeben wurden; denn mündliche Verhandlungen wurden den Deutschen auch jetzt nicht gewährt. Die Gegenvorschläge gingen davon aus, daß die vorgeschlagenen Bedingungen nicht den erhofften Frieden des Rechts brachten und die an Deutschland gestellten Zumutungen über die Kraft des deutschen Volks gingen. Deutschland sei bereit mit der eigenen Entwaffnung allen Völkern voranzugehen, die allgemeine Wehrpflicht aufzugeben und sein Heer auf 100000 Mann zu verringern. Es verzichte auf Elsaß-Lothringen, wünsche aber daselbst eine freie Volksabstimmung, und auf den größten Teil von Posen. Es wolle den Polen durch Einräumung von Freihäfen in Danzig, Königsberg und Memel, durch eine Weichselschiffahrtsakte und durch besondere Eisenbahnverträge freien und sicheren Zugang zum Meer unter internationaler Bürgschaft gewähren. Frankreich solle bis zur Herstellung seiner Berg-

werke deutsche Kohlen, besonders aus dem Saargebiet, erhalten. Die vorwiegend dänischen Gebiete Schleswigs werden, obwohl Wilson in seinen 14 Punkten ihrer nicht ausdrücklich gedacht habe, aus Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auf Grund einer Volksabstimmung Dänemark überlassen. Deutschland verlange aber, daß das Selbstbestimmungsrecht auch zugunsten der Deutschen in Österreich und Böhmen geachtet werde. Seine Kolonien wolle es der Gemeinschaftsverwaltung des Völkerbundes unterstellen, wenn es als dessen Beauftragter anerkannt werde. Die ihm obliegenden Zahlungen wolle es bis zur Höchstsumme von 100 Millionen in Gold leisten, 20 bis zum 1. Mai 1926, die restlichen 80 in unverzinslichen Jahreszielern. Den Arbeitern solle im Friedensvertrag das Recht gesichert werden über die Sozialpolitik und die Sozialversicherung selbst entscheidend mitzubestimmen. Ein unparteiischer Ausschuß, der das Recht erhalte alle Archive einzusehen und alle hauptbeteiligten Personen verantwortlich zu vernehmen, solle die Schuld am Kriege und während des Kriegs feststellen. Alle diese Vorschläge wurden, soweit nötig, in sorgfältiger Weise im einzelnen begründet. Aber der Rat der Vier hielt in seinem am 16. Juni erteilten Bescheid fast alle seine Forderungen aufrecht. Zugeständnisse wurden nur bezüglich Schleswigs und Oberschlesiens gemacht. Dort ließ man die Abstimmung im südlichen Bezirk zwischen Schlei und Eider fallen; hier sollte eine Volksabstimmung im Lauf von 6—18 Monaten erfolgen; damit aber deutsche Beeinflussung wegfalle, wurde Oberschlesien unter einen alliierten Überwachungsausschuß gestellt und bestimmt, daß alle deutschen Beamten und Truppen aus dem Land zurückgezogen werden müßten; dafür rückten französische Regimenter ein. Die Folge mußte sein, daß die bisher von der deutschen Regierung ausgeübte Macht gegen die Deutschen gekehrt wurde, daß die deutschen Vereine aufgelöst und „lästige" Deutsche ausgewiesen wurden. Was unter solchen Umständen das Ergebnis der Abstimmung sein werde, ließ sich voraussehen; selbst die Befürchtung der polnischen Arbeiter, daß sie durch die Zuteilung zu Polen der sozialen Bürgschaften, die Deutschland eingeführt hatte, verlustig gehen würden, mußte übertäubt und die polnische Propaganda übermächtig werden. Ferner gestand der Rat der Vier zu, daß die deutliche Bemessung der von Deutschland zu leistenden Entschädigungen nicht auf lange Zeit vertagt werde, sondern daß Deutschland selbst binnen drei Monaten Vorschläge machen solle; könne man sich dann binnen weiterer zwei

Monate einigen, so solle die genaue Feststellung erfolgen. Die von der deutschen Abordnung gewünschte Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, gegen den sich aber viele Bedenken erhoben und dem z. B. die Schweiz als einer Fessel für ihre Selbständigkeit nur zögernd beitrat, sollte vollzogen werden, sobald Deutschland seine endgültige Abkehr von der Angriffspolitik und seine Umwandlung in ein friedliches Volk bewiesen habe.

Ausdrücklich wurde dieser Bescheid als das letzte Wort der Verbündeten bezeichnet und ein klares Ja oder Nein gefordert. Damit war der entscheidende Augenblick gekommen, an dem das deutsche Volk sich zu entschließen hatte, ob es den Gewaltfrieden auf sich nehmen oder ihn ablehnen wolle. Es war ein unsagbar schwerer Entschluß, der jetzt zu fassen war. Auf der einen Seite stand die Erwägung, daß der Friede unerträglich und unerfüllbar sei, daß ein Ja die Zustimmung zur Lostrennung mehrerer Millionen verzweifelnder Volksgenossen im Westen, Norden und Süden und zur schmachvollen Preisgabe des Kaisers und der ruhmgekrönten Heerführer bedeute. Alles verloren, nur die Ehre nicht! so hatte einst der König Franz I. von Frankreich gerufen, als er bei Pavia 1525 nach tapferem Kampfe in die Hände der Landsknechte Georgs v. Frundsberg fiel: jetzt sollte das deutsche Volk, das eine einzigartige Machtstellung verloren hatte, auch das letzte opfern, seine nationale Ehre. Auf der andern Seite fragte man sich, ob alles Sperren und Widerstreben jetzt, wo die Revolution das tapferste Heer, das unbesiegte, völlig zerrüttet hatte, wo wir nicht einmal Frankreich allein mehr gewachsen waren, irgend etwas helfen könne, ob nicht die zum Einmarsch bereiten Heere Fochs vordringen würden, so weit es ihnen beliebte, und ob nicht das Ende sein werde, daß der Süden ganz vom Norden losgerissen würde und man dann doch werde unterzeichnen müssen, und zwar unter noch schlimmeren Bedingungen, als selbst die jetzt gestellten waren. Wohl hofften die ewig Hoffenden, daß die Truppen der Entente, des Krieges müde, den Vormarsch verweigern würden, oder gar, daß die völlige Verzweiflung den Bolschewismus in Deutschland entfesseln, die Lohe auch Frankreich und England ergreifen und das internationale Proletariat den Völkerfrieden erzwingen werde. Aber man sagte sich, daß der Vormarsch ins gehaßte, wehrlose Deutschland den Truppen der Feinde eine Genugtuung bereiten werde, und daß der Bolschewismus zwar über besiegte und verzweifelte Völker Macht gewinne, nicht aber über siegreiche Na-

tionen. Die Unabhängigen, welche immer gegen den Krieg gewesen waren und vom Sieg des internationalen Proletariats träumten, verlangten das Ja, und ihr Anhang wuchs auf Kosten der Mehrheitssozialisten von Tag zu Tag, je dürftiger die positiven Errungenschaften der Revolution wurden und das Eintreten einer „zweiten Revolution“ als notwendige Folge der ungenügenden ersten den Massen vorgespiegelt wurde. Am 21. Juni trat das Ministerium Scheidemann zurück, der noch am 7. Mai ausgerufen hatte, daß die Hand verdorren solle, die den Gewaltfrieden unterschreibe, und der Mehrheitssozialist Bauer bildete ein neues Kabinett aus sieben Sozialisten und vier Mitgliedern des Zentrums; die deutsche demokratische Partei nahm an dieser Regierung nicht teil. Das Auswärtige wurde dem Sozialisten Hermann Müller übertragen, da der Graf Brockdorff-Rantzau die Unterzeichnung des Vertrags ablehnte. Am 22. Juni beschloß die Nationalversammlung mit 237 gegen 138 Stimmen, daß sie mit der Unterzeichnung des Friedens einverstanden sei. Die Mehrheit bestand aus den beiden Regierungsparteien und etwa 6 Demokraten, die Minderheit aus den Deutsch-Nationalen, der deutschen Volkspartei, der großen Mehrheit der Demokraten und etwa einem Dutzend Bayern vom Zentrum unter Führung von Georg Heim. Die Regierung erhielt ein Vertrauensvotum mit 236 gegen 89 von den Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei; 68 Demokraten enthielten sich. Die Regierung antwortete dann nach Versailles, daß sie bereit sei den Frieden zu unterzeichnen, ohne jedoch anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung über Artikel 227—230 (Auslieferung des Kaisers und anderer Personen) zu übernehmen. Als die Nachricht von dem Ende des Waffenstillstandes nach England kam, versenkten die deutschen Seeleute, die mit den infolge des Waffenstillstands abgelieferten Kriegsschiffen in der Bucht von Scapa Flow auf den Orkney-Inseln waren, auf Befehl des Admirals v. Reuter, der pflichtgemäß seine Schiffe nicht in Feindeshand fallen lassen wollte, durch Öffnen der Ventile alle Schlachtschiffe außer der „Baden“, die infolge Versagens der Technik nicht sank, fünf leichte Kreuzer und die meisten Zerstörer; 3 leichte Kreuzer und 18 Zerstörer liefen auf den Strand; 4 Zerstörer blieben wie die „Baden“ schwimmend. Die stolze Flagge schwarz-weiß-rot wehte an den Masten, als die Flotte, die vor dem Skagerrak gesiegt hatte, in die Tiefe des Meeres versank; die Schmach von Kiel war von den braven Blau-

jacken gesühnt, und die Feinde, die sich über die Verteilung unserer Schiffe gezankt hatten, durften die deutsche Flotte nicht durch Hochziehen ihrer Banner schänden.

Der Versuch der deutschen Regierung wenigstens der Selbstentwürdigung sich zu entziehen war ohne Erfolg. Clemenceau antwortete am 23. Juni, daß die zwei Vorbehalte nicht angenommen würden, und obwohl der Abgeordnete Gröber vom Zentrum für diesen Fall ein Nein in Aussicht gestellt hatte, nahm die Nationalversammlung am 28. Juni, einige Stunden, ehe die Frist ablief, mit derselben Mehrheit wie Tags zuvor, ohne die von den Deutschnationalen geforderte namentliche Abstimmung den Frieden bedingungslos an. Um 4 Uhr 40 Minuten übergab der deutsche Bevollmächtigte in Versailles, der Gesandte v. Haniel, die folgende Erklärung: „durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen fehlt dem deutschen Volk nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik, daß sie bereit ist die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen zu unterzeichnen." Noch kostete es große Mühe jemand zu finden, der diese Unterzeichnung auf sich nahm. Aber es war naturgemäß, daß der Minister des Auswärtigen, dessen Amt es war, sich dazu hergab. So reisten Hermann Müller und der Kolonialminister Bell (vom Zentrum) nach Versailles und setzten zwischen 3 und 4 Uhr am 29. Juni in demselben Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles, in dem am 18. Januar 1871 das deutsche Kaisertum ausgerufen worden war, ihre Unterschrift unter den Vertrag . Dasselbe taten die Vertreter Frankreichs (Clemenceau), der Vereinigten Staaten (Wilson), Englands (Lloyd George), Italiens (Orlando), dann die Bevollmächtigten von Belgien, von Griechenland, von Polen, Portugal, Rumänien, von der Tschechoslowakei, den vier englischen Dominions (Canada, der südafrikanischen Union, Australien, Neuseeland), die von Japan, Siam, Cuba, Brasilien, Bolivia, Uruguay, Peru, Panama, Nicaragua, Honduras, Haiti, Guatemala, Ecuador, Liberia und Hedschas, zusammen 30 Staaten. China verweigerte seine Unterschrift, weil es die Auslieferung von Kiautschou und die Übertragung der deutschen Rechte in Schantung an Japan als eine schwere Schädigung seiner Inter-

essen ansah. Mit Costarica wurde am 20. Mai 1920 in Berlin der Friedenszustand als eingetreten erklärt.

An die Stelle des Friedens von Frankfurt vom 10. Mai 1871 trat somit der Friede von Versailles vom 29. Juni 1919 bzw. vom 10. Januar 1920, da erst an diesem Tage der Austausch der Urkunden in Versailles (die sog. Ratifikation) erfolgte, nachdem Deutschland den Artikel 61 seiner Verfassung über den Zusammenschluß mit Österreich aufgehoben, seine von den Letten gegen die Bolschewisten zu Hilfe gerufenen Soldaten aus dem Baltikum zurückgezogen und als Entschädigung für die am 21. Juni in Scapa Flow versenkte deutsche Flotte (S. 441) sich zur Auslieferung von etwa 3000000 Tonnen Bagger, Krahnen, Schlepper, Schwimmdocks (von 530000 Tonnen im ganzen) bereit erklärt hatte. Es braucht nicht mehr als die Gegenüberstellung von Frankfurt und Versailles, um den ungeheuren Umschwung zu kennzeichnen, den der riesenhafteste Krieg der Weltgeschichte zur Folge gehabt hat. Nicht bloß Deutschlands Vormachtstellung, wie sie 1871 erkämpft und bis zuletzt immer noch behauptet worden war, sank dahin; bange fragte man sich überall im Reich, ob auch nur die Großmachtstellung des deutschen Volkes erhalten bleiben könne. Wie war dieser Ausgang möglich geworden? Das ist die Frage, welche der Historiker zu beantworten hat. Versuchen wir einige Gedanken hierüber vorzulegen.

Gewiß hat die Leitung unserer auswärtigen Politik unter Kaiser Wilhelm II. schwere Mißgriffe begangen, die sich endlich furchtbar rächen mußten. Durch Unstetigkeit und Ziellosigkeit wurde das Vertrauen zum deutschen Reich untergraben, auch wo es bestanden hatte, und indem wir nicht im Stande waren festen Kurs zu halten und entweder mit England oder mit Rußland uns dauernd ins Einvernehmen zu setzen, beschworen wir schließlich das allgemeine Kesseltreiben gegen Deutschland herauf. Die innere Politik war wohl etwas besser als die äußere, insofern die Sozialgesetzgebung im ganzen folgerichtig ausgebaut und die Arbeitermassen am Bestand des Staates interessiert wurden; aber auch hier gab es einen Zickzackkurs, der 1890 zur Umschmeichelung der Massen, 1895 zu ihrer Bekämpfung führte. Die Gegensätze zwischen rechts und links brachen immer wieder heftig und zerrüttend hervor, und während die Linke über Junkerherrschaft und Militarismus schrie und emsig den Nähr-

boden für Englands Lügenfeldzug im Weltkrieg vorbereitete, klagte die Rechte über zu viel Entgegenkommen gegen die Demagogie und über Zerrüttung der Grundlagen der Staatsautorität und des alten kraftvollen Preußens. Eine Regierung, welche zügelnd und führend durchgegriffen hätte, hatten wir nicht, und die Reden des Kaisers waren mehr als einmal seine schlimmsten Taten. Im Weltkrieg selbst haben Heer und Volk vier Jahre lang eine Heldenkraft und Ausdauer ohnegleichen betätigt, und Führer ersten Ranges haben Siege erfochten und Abwehrschlachten geschlagen, deren ruhmvolles Gedächtnis niemals erlöschen wird. Ob und welche Fehler in der Führung des Krieges vorgekommen sind, das wird erst später mit voller Bestimmtheit klar werden. Die politische Leitung aber war auch hier nicht kraftvoll und zielbewußt. Sie beging unmittelbar vor und bei Kriegsausbruch verhängnisvolle Fehler, indem sie an die Möglichkeit glaubte den serbischen Krieg zu lokalisieren, indem sie das längst dem Gegner verfallene Belgien als unschuldiges Opferlamm anerkannte und die Kriegserklärung an Frankreich und Rußland aussprach, statt diesen Mächten die Verantwortung für den Kriegsausbruch zuzuschieben, was eine gewandte Diplomatie doch wohl fertig gebracht hätte. Später kam das verhängnisvolle Schwanken in der Frage des unbeschränkten Unterseekriegs, der 1916 verschoben und dann 1917 in einem Zeitpunkt unternommen wurde, wo er Wilson Anlaß zur Klage über deutsche Unzuverlässigkeit gab und wo es bereits angesichts der auf die Neige gehenden Kräfte Deutschlands und noch mehr seiner Bundesgenossen zu spät war. Ein Feind nach dem andern trat gegen uns auf, und unsere Staatsmänner, statt dem rechtzeitig entgegenzuarbeiten, haben diese Entwicklung durch Torheiten wie die mexikanische Depesche (S. 305) noch gefördert. Man tröstete sich etwa wie Kaiser Ferdinand II. beim Eingreifen Gustav Adolfs in den dreißigjährigen Krieg mit dem Wort: „wir haben halt a neues Feindl bekommen", und unterschätzte die moralische Wirkung, die das unausgesetzte Wachsen und Sichrunden des feindlichen Kreises um Deutschland im Inland und Ausland hervorbrachte.

Aber was man auch gegen den Kaiser und seine Ratgeber vorbringen mag — es wäre überaus ungerecht und irreführend, wenn man bloß ihnen die Schuld an der Katastrophe aufbürden wollte. Eine nicht mindere Schuld lastet auf dem Volk selbst. Weite Schichten desselben haben die moralische Probe nicht bestanden, welche der Krieg mit

sich gebracht hat. Durch Wehleidigkeit auch gegenüber erträglichen Entbehrungen, durch Beschaffen von Nahrungsmitteln auf den krummen Wegen des Schleichhandels, der eine ungeheure Preissteigerung zur Folge hatte, durch Habgier und Wuchergeist, der in Stadt und Land ohne Rücksicht auf das öffentliche Wohl und den Nebenmenschen nur Geld, Geld und nochmals Geld zu erraffen strebte, haben sich Unzählige schwer versündigt und haben den Willen und die Möglichkeit zu widerstehen weithin untergraben. Der Soldat im Felde setzte Tag für Tag bei knapper Löhnung sein Leben und seine Gesundheit aufs Spiel; daheim bezog der kaum erwachsene Munitionsarbeiter das Vier- und Fünffache der früheren Bezahlung und verpraßte das Geld in üppigster Weise wieder. Die Stuttgarter Weinwirtschaften hatten nie glänzenderen Absatz als da der Wein fünfmal mehr kostete als früher, und es waren, wie immer und immer wieder gesagt wurde, Leute aus dem Volk, die ihn tranken, jedenfalls nicht Festbesoldete und Beamte, deren Bezüge erst spät und anfangs auch da nur kärglich vermehrt wurden. In den Etappen, fern vom Schuß, haben auch Offiziere viel Abscheuliches und sogar Böses getan, solche von der zweiten Garnitur, während die Frontoffiziere durchschnittlich Wohl und Wehe mit ihren Mannschaften redlich teilten und 39% von ihnen, über ein Drittel (S. 414), fürs Vaterland fielen. Die gebildeten Schichten Deutschlands, die Träger des politischen Denkens sind, haben gewiß viel Pflichtgefühl betätigt und die Stimmung lange aufrecht gehalten. Aber auch in ihnen war der Parteigeist nicht erstorben, und nach den ersten Monaten des einheitlichen Aufschwungs regte er sich zum Unheil des Reiches mehr und mehr. Die Konservativen wollten das Dreiklassenwahlrecht nicht fahren lassen, und die Linke bestand auf ihrem Schein und forderte dessen Einlösung. Es wäre geboten gewesen, daß die Reform in bindendster Gestalt von der Regierung zugesagt, von den Konservativen angesichts der seit dem 4. August 1914 geschaffenen Lage rückhaltslos angenommen und dann die Ausführung bis nach Schluß des Kriegs zurückgestellt worden wäre, da Neuwahlen mitten im Krieg um des so dringend nötigen Burgfriedens willen unbedingt vermieden werden mußten. Statt so zu verfahren, wurde durch Schuld von rechts und links der Parteihader in einem Maße geschürt, daß der Zusammenhalt der Nation darüber völlig in die Brüche ging. Der Gedanke, daß der Frieden nicht durch maßlose Forderungen unmöglich gemacht werden dürfe, war berechtigt; der Wunsch, daß der Friede wenn

immer möglich in etwas die ungeheuren Opfer lohne, daß wir unsere Brüder in den baltischen Landen in die nationale Gemeinschaft aufnehmen und in Belgien durch Förderung der flandrischen Bewegung eine Bürgschaft gegen die Engländerei und Französelei schaffen möchten, war nicht minder berechtigt. Die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 war gut gemeint, hat aber unheilvoll gewirkt, weil sie, entgegen der Meinung der Antragsteller, überall als Zeichen unseres beginnenden Niederbruchs aufgefaßt wurde. Sie schwächte das Vertrauen unserer Bundesgenossen auf uns und gab den Hoffnungen der Feinde einen neuen mächtigen Antrieb. Als dann die Vaterlandspartei zu dem einzigen höchst nötigen Zweck gegründet wurde den erlahmenden Kampf- und Siegeswillen des Volks zu stärken, da wurde sie von der furchtsamen Regierung Hertlings abgelehnt und von der Linken bewußt oder vielleicht auch unbewußt mit geradezu schmachvoller Verleumdung ihrer ehrlichen Absichten bekämpft. Wir süddeutschen Vaterlandsparteiler waren ausnahmslos der Ansicht, daß die Annahme des gleichen Wahlrechts in Preußen, möge man zu ihm grundsätzlich stehen wie man wolle, eine unbedingte Notwendigkeit geworden sei; trotzdem hat man uns, und obwohl die Vaterlandspartei alle und jede Stellungnahme zu inneren Fragen ausdrücklich in ihren Satzungen ablehnte, als Anhänger der Junkerwirtschaft verschrieen. Lichterloh loderte der innere Streit in dem Augenblick empor, da es galt alle Kräfte restlos zusammenzufassen, um den wütenden Ansturm unserer Todfeinde abzuwehren. Die Deutschen hatten anderes zu tun als ihr Volk und die Zukunft ihrer Kinder zu retten; sie mußten sich selbst zerfleischen, ihren Kaiser stürzen, Heer und Flotte zerrütten, das „alte System", unter dem trotz seiner Gebrechen Deutschland sozial, blühend und groß geworden war, als „verrucht" verschreien, um ihr Gewissen zu übertäuben, ein „neues System", den „Volksstaat" errichten, unter dem der Bürgerkrieg in blutiger oder unblutiger Form eine stehende Erscheinung wurde, alles ohne Rücksicht darauf, ob überhaupt noch ein Volk für diesen Staat mit seinen Freiheiten vorhanden sein werde. Bei unsern Gegnern übten Lloyd George und Clemenceau eine diktatorische Macht aus; mit eiserner Faust wurden alle Flaumacher als Defaitisten, als Leute darnieder gehalten, die la défaite, die Niederlage herbeiführen wollten. Bei uns wütete man über die „Kriegsverlängerer", die mahnten, daß man hart auf hart setze und sich nicht von denen betören lasse, welche von der Mög-

lichkeit sprachen mit den erbarmungslosen Feinden zu einem „Verständigungsfrieden" zu gelangen. Unsere Gegner huldigten nur der Losung: Jusqu'au bout! bis zum Ziel! right or wrong, my country! Recht oder Unrecht — es geht um mein Land! Bei uns aber stellte man tiefsinnige Erwägungen an, ob man nicht an Belgien schnödes Unrecht begangen habe und ob man es verantworten könne durch Unterseeboote mit den Waren und den Munitionskisten, deren Inhalt unsere Brüder und Söhne töten sollte, auch einige Menschen zu versenken, die trotz aller Warnung auf den Schiffen fuhren. In all dem offenbarte sich eine erschreckende politische Unreife unseres Volkes, die im Kampf mit reifen Völkern notwendig zu seinem Verderben ausschlagen mußte, und man kann nur fragen, ob diese Unreife eine Folge unserer jungen politischen Entwicklung und unserer durch den Bundesstaat auf halbem Weg stehen gebliebenen Einheit sei, oder ob sie im Volkscharakter selbst wurzle (S. 398 f). Bang habe ich mich das oft gefragt, und wenn das zweite zuträfe, dann hätte unser schwedischer Freund Professor Kjellén Recht: man müßte alle Hoffnung auf bessere Zeiten und auf einen Wiederaufschwung begraben. Er wird, wenn überhaupt, jedenfalls nur dann kommen, wenn wir aus unserem furchtbaren Geschick lernen, wenn uns Gott wieder Führer schickt, wie wir sie vor 60 Jahren gehabt haben, und wenn unser Volk diesen Führern mit festem Entschlusse und gespannter Kraft nachfolgt, in dem Gefühl für das eine, was not tut.

3. Der Friede mit Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei

Die deutsch-österreichischen Bevollmächtigten für die Friedensunterhandlungen wurden von Clemenceau eingeladen sich in St. Germain einzufinden und reisten am 12. Mai aus Wien ab. An ihrer Spitze stand der Führer der Sozialdemokraten, Staatskanzler Renner. Die Bevollmächtigten mußten aber fast drei Wochen warten, bis der Rat der Vier endlich über die Bedingungen sich verständigt hatte. Am 2. Juni wurden sie den Österreichern mitgeteilt, und es ergab sich, daß sie durchaus nach dem Muster der Friedensbedingungen für Deutschland abgefaßt waren. Die Grundsätze Wilsons wurden genau so angewandt wie gegenüber dem deutschen Reich, d. h. sie sollten nur für die Slawen gelten, nicht aber für die Deutschen. Alle slawischen Gebiete wurden von jeder Verbindung mit Deutsch-

Österreich losgelöst, zahlreiche deutsche Minderheiten dagegen slawischer Herrschaft unterstellt. Deutsch-Österreich, das einen Staat von 10—11 Millionen Deutschen hätte bilden müssen, wurde auf etwa 6—7 Millionen und etwa 85 000 qkm beschränkt. Die Vereinigung mit Deutschland wurde ihm untersagt, es sei denn, daß der Völkerbund sie gestatte. Deutsch-Österreich hatte die vollständige Unabhängigkeit des tschechoslowakischen und des südslawischen Staates anzuerkennen, die eine Bevölkerung von etwa 20 Millionen und ein Gebiet von 668 000 qkm erhielten. Der tschechoslowakische Staat befaßte Böhmen und Mähren, einschließlich von 3½ Millionen Deutschen, dazu Teile von Schlesien, Nordungarn und Niederösterreich. Den Italienern wurde Deutschsüdtirol, dem südslawischen Staat erhebliche Teile von Südsteiermark und Kärnten zugeteilt, so daß der Nordabhang des Gebirgszuges der Karawanken, der im allgemeinen die Völkerscheide bildet, mit den deutschen Städten Klagenfurt, Villach, Marburg und Radkersburg den Slawen zufiel. Wie schreiend die Ungerechtigkeit dieser Bestimmungen war, lehrt die Tatsache, daß bei den Reichstagswahlen von 1911 in Marburg (25 000 Seelen) 4736 deutsche und nur 340 slowenische Stimmen abgegeben wurden und in Villach unter 19 300 Einwohnern nur 57 Slowenen waren. Noch 1918 haben von 262 kärtnischen Gemeinden, worunter 71 gemischte waren, 238 sich für die Unversehrtheit des Landes ausgesprochen, nur 24 für Einverleibung in einen südslawischen Staat. Die genauere Grenzlinie sollte durch einen siebenköpfigen Ausschuß festgestellt werden, zu dem die Entente fünf Mitglieder entsenden sollte, die jeweils beteiligten beiden Staaten je eines. Die Religions- und Sprachenrechte der Minderheiten sollten geschützt, auch Sicherheit für die Durchfuhr von Waren gewährleistet werden. Die österreichischen Bahnen wurden durch die Grenzführung tatsächlich freilich alle zu Sackbahnen. Alle Kriegsschiffe und die ganze Handelsflotte sollten ausgeliefert werden, nicht minder die Luftflotte. Die allgemeine Wehrpflicht sollte, wie in Deutschland, abgeschafft und das Heer auf 30 000 Söldner (davon 1500 Offiziere) herabgesetzt werden. Der Betrag der Kriegsentschädigung sollte später festgesetzt werden. Österreich hatte allen Abmachungen, die mit der Türkei und Bulgarien getroffen werden würden, zum voraus zuzustimmen und in die Aufhebung der Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest zu willigen. Von einer Bestrafung des Kaisers Karl wurde Abstand genommen, da

mehr gegen ihn als von ihm gesündigt worden sei und man ihn nicht für die Sünden Franz Josephs büßen lassen wolle — das war der Lohn für den Sixtusbrief. Deutsch-Österreich sollte ungeheure Entschädigungssummen bezahlen, als Nachfolger der Gesamtmonarchie, während Tschechoslowaken und Südslawen davon befreit blieben. Der Reparationsausschuß wurde auch für Österreich zur maßgebenden Behörde in allen Finanzsachen.

Die österreichische Regierung erhob gegen diese unglaublich harten Forderungen Einsprache, worauf der Rat der Vier nochmals Erwägungen anstellte. Am 21. Juli gab er seine Antwort, die aber nur geringe Zugeständnisse enthielt. Der Klagenfurter Teil des kärtnischen Gebiets, der abgetreten werden sollte, erhielt das Recht der Abstimmung, und zwar sollte eine nördliche und eine südliche Abstimmungszone geschaffen werden; falls die südliche sich für Österreich ausspreche, sollte die nördliche ohne weiteres auch an Österreich fallen. Von Westungarn wurde der deutsche Teil mit Ödenburg und dem Neusiedler See zu Österreich geschlagen. Alle andern Gebietsfestsetzungen wurden aufrecht erhalten. Bis 1. Mai 1921 sollte Österreich eröffnet werden, wieviel Entschädigung es zu zahlen habe; an der Kriegsschuld wurden 1500 Millionen, ein geradezu lächerlich kleiner Teil, den „Successionsstaaten" der habsburgischen Gesamtmonarchie aufgebürdet, die Hälfte den Tschechen, die andere den Polen, Rumänen und Südslawen. Für die produktiven Domänen des alten Staats, die den Successionsstaaten zufielen, hatten diese eine Abfindung zu entrichten. Der „Temps" betonte bei Besprechung dieser Antwort selbst, daß Österreich die verlangten Zahlungen nicht leisten könne, daß also die Entente das gesamte wirtschaftliche und finanzielle Leben Österreichs unter ihre Aufsicht nehmen müsse. Auch die übrige Pariser Presse fand den Vertrag sehr hart, und die sozialistische Humanité forderte zu seiner Verwerfung auf, namentlich weil er 3½ Millionen Deutsche den Tschechoslowaken überantworte. Der Rat der Vier setzte eine Frist von zehn Tagen für die Annahme oder Ablehnung der Bedingungen fest. Sie lief am 31. Juli ab. Abermals wurde verhandelt; schließlich gab die Entente Radkersburg und die Gemeinden auf dem linken Murufer an Österreich — diesen Namen zwang man dem deutsch-österreichischen Staat auf — zurück, bestand aber sonst auf ihren Forderungen. Die Nationalversammlung in Wien nahm den Frieden am 6. September mit 97 gegen 23 Stimmen, freilich unter Protest gegen die Mißachtung

des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volks, an, und am 10. September wurde er in St. Germain unterzeichnet. Der Freistaat Österreich ging derselben harten Zukunft entgegen wie das deutsche Reich; sie war eher noch härter, weil diesem Staat die natürlichen Lebensbedingungen noch mehr unterbunden waren als dem deutschen.

Die Jugoslawen, deren Ansprüche nicht voll erfüllt waren, verweigerten zunächst ihre Unterschrift, ebenso wie die Rumänen den Frieden mit Ungarn nur annehmen wollten, wenn ihnen außer Bessarabien, Siebenbürgen und der Bukowina, die ihnen unbestritten waren, auch noch das ganze Banat, nicht bloß das halbe, überwiesen werde; sie standen darüber in schärfstem Gegensatz zu den Jugoslawen. Der Frieden mit Ungarn, das über drei Millionen Magyaren an Tschechoslowaken, Rumänen und Südslawen verlor und auf das Tiefland an Donau und Theiß beschränkt wurde, ist nach hartem Widerstand des stolzen Magyarenvolkes am 4. Juni 1920 im Hotel Trianon zu Versailles zu Stande gekommen; auch ein Gewaltfrieden schlimmster Art.

Im Namen des Zaren Boris, der am 4. Oktober 1918 an Stelle seines zurückgetretenen Vaters Ferdinand den Thron bestiegen hatte, erschienen am 17. Juli 1919 in Neuilly an der Seine bulgarische Unterhändler, denen am 17. September die Bedingungen mitgeteilt wurden. Die Nordgrenze des Landes gegen Rumänien sollte bleiben, wie sie 1913 festgesetzt worden war; an Serbien und Griechenland aber mußte Thrakien, d. h. etwa das Gebiet westlich der Maritza bis zur Struma, abgetreten werden, mit einem Zugang zu dem an Griechenland fallenden Hafen von Dedeagatsch für Bulgarien. Das Land hatte als Kriegsentschädigung bis 1. Juli 1958 die Summe von 2½ Milliarden Franken zu entrichten; auch mußte es eine gewisse Menge Vieh und wegen der Beschädigung der serbischen Kohlenbergwerke fünf Jahre lang je 50000 Tonnen Kohlen abliefern. Das bulgarische Heer wurde auf 20000, mit den Landjägerkorps auf 30000 Mann eingeschränkt, die Flotte auf 4 Torpedoboote und 6 unbewaffnete Dampfer. Den bulgarischen Bewohnern Thrakiens und Makedoniens wurden ihre Sprache und Religion verbürgt. Am 27. Oktober fand der Friedensschluß in Neuilly statt.

Der Abschluß des Friedens mit der Türkei zog sich sehr lang hinaus, da die Sieger über die Beute sich nicht einigen konnten. Bei den Beratungen, die Lloyd George, Clemenceaus Nachfolger Millerand (seit 22. Januar 1920) und Orlandos Nachfolger Nitti

(seit 20. Juni 1919) vom 19. bis 26. April 1920 in San Remo abhielten, wurde endlich festgesetzt, daß der Sultan Mehemed VI. auf Konstantinopel und Kleinasien beschränkt und Konstantinopel von den Engländern besetzt werden solle; Armenien, Kurdistan, Syrien, Arabien, Mesopotamien, Palästina sollten „selbständig“ werden, Smyrna den Griechen, eine wirtschaftliche Einflußsphäre um Adalia den Italienern zugeteilt werden. Gegen diesen Frieden erhob sich aber unter Kemals Führung das osmanische Volk, und eine Nationalversammlung in Angora kündigte den äußersten Widerstand an.

4. Das Ergebnis des Weltkriegs

Betrachten wir zum Schluß das Ergebnis des riesenhaftesten Kriegs der Weltgeschichte, soweit es sich überhaupt unmittelbar nach dem Abschluß des Krieges aus nächster Nähe und unter der Wucht des unmittelbaren Eindrucks feststellen läßt. Da bietet sich als restlos größtes dar, daß der eigentliche Sieger Großbritannien ist, wie es der Hauptmacher des Krieges war. Es hat mit seiner überall erprobten Zähigkeit den deutschen Wettbewerber niedergerungen und Kitcheners Wort vom Anfang des Krieges wahr gemacht: „Wo die englische Dogge einmal ihre Zähne eingeschlagen hat, da läßt sie nicht mehr los, bis der Gepackte erledigt ist.“ Außerdem, daß Deutschlands politische, militärische und wirtschaftliche Stärke völlig vernichtet war, hat England seine Herrschaft über den Planeten mit noch festeren Klammern ausgestattet. Es hat Ägypten vor jeder Bedrohung von Asien her gesichert, indem es die Türkei zerschlug und sich Palästinas bemächtigte; es hat durch seinen Vasallen, den neugebackenen „König von Hedschas“, Hussein, Mekka und Arabien unter seinen Einfluß gebracht, dazu Mesopotamien besetzt und so die „Landbrücke“ von Kiel zum Indus hergestellt, die ihm den Besitz Indiens in noch erhöhtem Maße gewährleistet; es ist der Herr des Bosporus und der Dardanellen. Endlich hat es durch die Erwerbung des größten Teils der deutschen Kolonien für sich oder seine Dominions seinen ohnehin riesenhaften überseeischen Landbesitz noch weiter vermehrt und herrscht jetzt in Afrika, wonach es bislang umsonst gestrebt hatte, vom Kap bis Kairo. Seine Flotte ist des stärksten Gegenparts, der deutschen Flotte, ledig geworden, und wenn es England einmal gut scheinen sollte, so würden auch Frankreich und Italien binnen kürzester

Frist aufgehört haben Kolonialmächte zu sein, da die englische Flotte sie gerade so von ihrem überseeischen Besitz abzuschnüren vermag, wie dies Deutschland 1914 widerfuhr. Daß der einst so gefährliche russische Feind auf absehbare Zeit erledigt ist, das hat als besonderer Glücksfall für England zu gelten. Es ist durch diesen Krieg von allem Wettbewerb eines gleich Starken befreit worden; der Leopard kann auf seiner Beute sich ausstrecken. Allerdings geht das Wesen des britischen Weltreiches einer erheblichen Veränderung entgegen; indem die Dominions das Mutterland in einer Weise unterstützten, welche auf den Endsieg einwirkte, haben sie ihre eigene Stellung sehr verstärkt; sie mußten zur Unterzeichnung des Friedens gleich selbständigen Staaten zugelassen werden, und das Weltreich gleicht jetzt einem Staatenbund gleichberechtigter Gemeinwesen. Die Bedeutung des Königs als des sichtbaren Bindemittels dieser fünf Staaten, zu dem bald das am 23. Dezember 1919 mit einer Verfassung ausgestattete Indien treten wird, ist damit wesentlich erhöht worden.

Frankreich hat den lange gehegten Rachetraum verwirklicht und nicht bloß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen, sondern hegt die stille oder wohl auch halblaut geäußerte Hoffnung, daß ihm schließlich auch das Saarbecken und das ganze linke Rheinufer zufallen werde. Freilich hat es diesen Erfolg mit ungeheuren Blut- und Geldopfern bezahlt und steht an Macht und Sicherheit des Besitzes weit hinter England zurück. Seine Finanzen sind völlig zerrüttet, und die deutsche Herrschaft von 1871—1918 hat im Elsaß das Gefühl nationaler Eigenart so gekräftigt, daß auf die Dauer der Rückkehr des Landes zum angeblichen Mutterland, welches diese Eigenart mißachtet, nur sehr hoffnungsselige Optimisten rechnen können. Ob Frankreich in Syrien, das unter Emir Feisal sich selbständig gemacht hat, sich gegen die Eingeborenen und die stille Mißgunst Englands zu behaupten vermag, steht auch dahin.

Italien hat seine Irredenta in Trient und Triest erlöst und dazu noch auch Deutsch-Tirol südlich des Brenners und zum Teil slawische Gebiete auf dem Ostufer der Adria gewonnen. Aber es hat mit seinem Treubruch vom Mai 1915 den Rückhalt preisgegeben, den der Dreibund ihm gewährte, und ist in Mittelmeerfragen künftig mehr oder weniger auf den guten Willen seiner stärkeren Genossen angewiesen, statt ihnen gegenüber Forderungen aufstellen und vertreten zu können. Die Frage, wem Fiume gehören soll, den Italienern oder den Südslawen, ist noch ungeregelt.

Japans tatkräftige und rücksichtslos nur von seinen eigenen Interessen geleitete Politik hat von Deutschland dessen chinesischen und ozeanischen Besitz nördlich vom Äquator davon getragen und im Lauf des Kriegs seine Stellung in China außerordentlich verstärkt; seine Truppen haben Wladiwostok inne; auch hat es seinen Wohlstand durch Kriegslieferungen an Rußland beträchtlich gesteigert. Es darf neben England als Hauptkriegsgewinner angesehen werden.

Die Vereinigten Staaten konnten der Natur der Sache nach einen direkten Kriegsgewinn nicht erstreben, haben aber die ungeheure Genugtuung, erstens die mit Posaunenstößen verkündigte Sache der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, ihrer wirklichen oder angeblichen Absicht nach, selbstlos vertreten und zweitens ihr unzweifelhaft zum Sieg verholfen zu haben. Denn es steht so: ohne Amerikas Hilfe hätte Deutschland selbst des großen Friedrichs unerhörtes Heldentum noch überboten und das Unmögliche möglich gemacht, sich gegen vier Großmächte zu behaupten. Amerikas Munitionslieferungen haben den Krieg gespeist, der sonst noch 1914 aus Mangel an Vorräten zu Ende gegangen wäre, und Amerikas unverbrauchte riesige Kraft, gegen das erschöpfte Deutschland im letzten Augenblick eingesetzt, hat den langen Krieg endlich entschieden. Welche materiellen Früchte dieser Sieg den Vereinigten Staaten noch eintragen mag, wird sich zeigen. Einstweilen hat sich die „angelsächsische Gemeinbürgschaft" erfolgreich bewährt; die Welt gehört den Angelsachsen, nicht, wie der Dichter sang, den Germanen, die überdies in ihrer angeborenen Gutmütigkeit und Billigkeit gar nie nach dem Besitz der Welt gestrebt hätten, auch im Traume nicht, sondern mit einem kleinen Stückchen des Erdballs völlig zufrieden gewesen wären.

Der Friede von Versailles hätte unter einer Voraussetzung das werden können, was Optimisten und Traumwandler von ihm erhofft hatten, ein Frieden wirklicher Versöhnung, eine Grundlage für eine neue Welt: wenn nämlich die Menschen aufgehört hätten Menschen, wenn Engländer und Franzosen aufgehört hätten Engländer und Franzosen zu sein. Die Deutschen hätten vielleicht einen solchen Frieden der Gerechtigkeit und Billigkeit sich abgerungen; unsere Gegner dachten nicht eine Sekunde daran. Mit aller Absicht und unter zielbewußter Verkehrung der Dinge in ihr direktes Gegenteil hatten sie der Welt eingeredet und eingehämmert, daß

eine herrsch- und blutgierige Militärkaste in Deutschland, deren Führer oder deren Werkzeug der deutsche Kaiser gewesen sei, nach Unterjochung der Welt getrachtet habe, und daß nun, nachdem ihre finstern Pläne vereitelt worden seien, das deutsche Volk verdienter Maßen dafür gezüchtigt werden müsse, daß es jener Kaste seinen Arm geliehen habe. Unter diesem Aushängeschild wurden Gerechtigkeit, Billigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sofern es sich nämlich um deutsche Völker handelt, mit Füßen getreten und eine deutsche Irredenta an allen Grenzen Deutschlands geschaffen, in Schleswig, am Rhein, an Mosel und Saar, an Etsch und Eisack, an Elbe und Oder, an Weichsel und Nogat. So wurde die Saat zu neuen furchtbaren Kriegen ausgestreut, die nur dann nicht ausbrechen würden, wenn das deutsche Volk allein von allen Völkern so stumpf und so bar völkischen Sinns wäre, daß es sich das bieten ließe, was Franzosen und Italiener, was Dänen, Polen und Tschechen sich nicht bieten lassen wollten. So tief auch jetzt unser Volksempfinden herabgedrückt ist, es wird sich wieder regen, und um so gewisser, je brutaler es überall von unsern Feinden mißachtet worden ist. Es wird so sein und es muß so sein, wie es der deutschnationale Abgeordnete, der tapfere Pfarrer Gottfried Traub, in der Sitzung der Nationalversammlung vom 9. Juli 1919, da der Friede endgültig mit 208 gegen 115 Stimmen angenommen wurde, ausgedrückt hat: „Wir geloben es: die Wunde dieses Friedensschlusses *kann* nie vernarben; sie *soll* nie vernarben."

Zeittafel

1871. Frankfurter Friede. Kommune in Paris. Dreikaiser-Verhältnis. Aufhebung der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium. Beginn des Kulturkampfs. Kanzelparagraph. Ministerium Hohenwart in Österreich.

1872. Schulaufsichts- und Jesuitengesetz. Kreisordnung in Preußen.

1873. Preußische Maigesetze. Thiers gestürzt; Mac Mahon Präsident; Scheitern der royalistischen Restauration in Frankreich. Republik in Spanien. Österreichisches Abgeordnetenhaus auf unmittelbare Wahlen gegründet. König Albert von Sachsen.

1874. Kirchengesetze in Österreich. Alfons XII. in Spanien; Karlistenkrieg. Attentat auf Bismarck in Kissingen. Weltpostverein.

1875. Sieg der Republik in Frankreich; Verfassung. Sperrgesetz in Preußen. Zivilehe in Deutschland. Aufhebung aller Orden in Preußen außer derer für Krankenpflege. Ankauf der Suezkanalaktien durch England. Aufstand in Bosnien und der Herzegowina. Kalman Tisza.

1876. Gerichtsreformgesetze in Deutschland. Ende des Karlistenkriegs. Aufstand in Bulgarien. Türkische Verfassung. Die Linke kommt in Italien ans Ruder.

1877. Bulgarischer Krieg; Plewna, Osman Pascha. Transvaal englisch.

1878. Tod Pius IX.; Leo XIII. König Humbert I. von Italien. Stellvertretungsgesetz. Berliner Kongreß. Attentate; Sozialistengesetz. Bosnien und Herzegowina von Österreich besetzt. Maybach Minister.

1879. Grevy Präsident. Zolltarif in Deutschland. Falks Rücktritt. Antisemiten in Berlin; Stöcker. Ministerium Taaffe. Deutsch-österreichisches Bündnis. Ketschwayo besiegt. Afrikanderbond.

1880. Samoavorlage gescheitert. Sezessionisten. Deutscher Schulverein.

1881. Sieg der Buren am Majubaberg. Karl von Rumänien König. Ermordung Alexanders II. von Rußland; Alexander III. Unterwerfung der Turkmenen unter Rußland. Franzosen in Tunis. Kaiserbotschaft über die Sozialreform an den Reichstag. Italiener in Assab. Gladstones irische Landbill.

1882. Dreibund. Ablehnung des Tabakmonopols. Engländer in Ägypten. Konfessionslose Volksschule in Frankreich. Tod Gambettas. Milan von Serbien König. Teilung der Prager Hochschule.

1883. Krankenversicherung in Deutschland.

1884. Deutsche Unfallversicherung. Deutsche Kolonien. Berliner Afrikakonferenz. Dreikaiserzusammenkunft in Skierniewice. Gladstones Wahlreform. Londoner Vertrag zwischen der südafrikanischen Republik und England. Paul Krüger. Russen in Merw.

1885. Kongostaat. Deutsche Postdampferlinien. Ostrumelien mit Bulgarien vereinigt. Listenwahl in Frankreich (bis 1889). Friede von Tientsin; Tonkin französisch. Abtretung von Diego Suarez seitens der Königin Ranavolo III. an Frankreich. Karolinenstreit. Alfons XII. von Spanien stirbt. Gordons Tod in Chartum. Italien besetzt Massaua. Birma englisch.

1886. Erste Polenvorlage. Abschaffung des Kulturexamens in Preußen. Tod Ludwigs II. von Bayern; Luitpold Regent. Evangelischer Bund. Alfons XIII. Alexander von Bulgarien gestürzt. Boulanger Kriegsminister. Gladstones erste Homerule-Vorlage.

1887. Septennatswahlen in Deutschland. Ende des Kulturkampfs; Wiederzulassung beschaulicher Orden; Anzeigepflicht von der Kirche anerkannt. Erste Erneuerung des Dreibunds. Deutscher Rückversicherungsvertrag mit Rußland. Ferdinand von Bulgarien. Grevy zum Rücktritt gezwungen. Carnot Präsident.

1888. Tod Kaiser Wilhelms I. Kaiser Friedrich. Kaiser Wilhelm II. Panamaskandal in Frankreich (bis 1893). Demokratische Ortsverwaltung in England eingeführt; Grafschaftsräte. Übertragung des Bahnbaus von Ismid bis Angora an die deutsche Bank.

1889. König Alexander von Serbien. Gesetz über Alters- und Invaliditätsversicherung in Deutschland.

1890. Sturz Bismarcks. Caprivi Reichskanzler. Vertrag über Sansibar und Helgoland. „Colonia Eritrea“ Italiens.

1891. Deutsche Handelsverträge mit Österreich und anderen Staaten. König Wilhelm II. von Württemberg. Französisch-russisches Bündnis. Zweite Erneuerung des Dreibunds.

1892. Zedlitzsches Schulgesetz in Preußen. Kleinstellengesetz in England. Ralliés in Frankreich. Französisch-russisches Heeresabkommen. Münzreform und Barzahlung in Österreich.

1893. Gladstones zweite Homerule-Vorlage. Zweijährige Dienstzeit in Deutschland. Bund der Landwirte. Miquels Steuerreform. Taaffes Sturz. Dahome französisch. Vertrag Frankreichs mit Siam.

1894. Bismarck beim Kaiser. Perier Präsident. Dreyfusprozeß. Chinesisch-japanischer Krieg. Zivilehe in Ungarn. Caprivis Sturz; Hohenlohe Reichskanzler. Zar Nikolaus II.

1895. Faure Präsident. Ministerium Salisbury in England. Kaiser-Wilhelms-Kanal. Friede von Shimonoseki. Pamirvertrag zwischen Rußland und Afghanistan. Aufstand auf Kuba.

1896. Jamesons raid. Meneliks Sieg über die Italiener bei Abba Garima. Badeni schafft eine fünfte Kurie des österreichischen Abgeordnetenhauses. Deutsches bürgerliches Gesetzbuch. Aschanti englisch.

1897. Griechisch-türkischer Krieg. Lueger Bürgermeister von Wien. Russisch-österreichische Vereinbarung über den Balkan. Madagaskar französisch. Kiautschou deutsch. Badenis Sprachenverordnungen; sein Sturz.

1898. Erstes deutsches Flottengesetz. Zweite Polenvorlage. Abschaffung aller nichtmagyarischen Ortsnamen. Kitcheners Sieg bei Omdurman. Faschoda. Bismarcks Tod. Wilhelm II. in Jerusalem. Militärstrafprozeß-Reform. Spanisch-amerikanischer Krieg; Pariser Friede; Ende des spanischen Kolonialreichs. Los von Rom! in Österreich.

1899. Loubet Präsident. Karolinen, Marianen, Upolu und Sawaii deutsch. Dreyfus begnadigt. Erste Haager Konferenz. Burenkrieg. Unterdrückung Finlands.

1900. Lord Roberts Sieg bei Paardeberg über Cronje. Viktor Emanuel III. Einführung des bürgerlichen Gesetzbuchs. Zweites deutsches Flottengesetz. Bülow Reichskanzler. Boxerunruhen; Europäer in Peking; Waldersee Generalissimus.

1901. Common wealth von Australien. Englische Bündnisanträge an Deutschland. Eduard VII. Roosevelt Präsident der Vereinigten Staaten. Friede von Peking. Französisches Vereinsgesetz (gegen die Orden). Vollendung der sibirischen Bahn.

1902. Friede von Pretoria; Ende der Burenstaaten. Alfons XIII. volljährig. Dritte Polenvorlage. Italiens Abkommen mit Frankreich. Dritte Erneuerung des Dreibunds. Erstes englisch-japanisches Bündnis. Obstruktion im Reichstag; Zolltarif in Deutschland. König Georg von Sachsen.

1903. Sturz Crailsheims in Bayern. Unterdrückung der Orden in Frankreich durch Combes. Irische Landankaufsbill. Chamberlains Plan eines Reichzollvereins. Alexander von Serbien ermordet; König Peter. Ungarische Krisis; Stephan Tisza. Papst Pius X.

1904. Aufstand der Herero und Witboi. Russisch-japanischer Krieg. Engländer in Lasa. Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. Englisch-französischer Vertrag über Ägypten und Marokko; entente cordiale. Loubet in Rom; Bruch zwischen Frankreich und der Kurie. Erste Reichssteuerreform in Deutschland. Direkte Wahl in Baden. Roosevelts Wiederwahl. Friedrich August III. von Sachsen.

1905. Fall von Port Arthur und Mukden. Wilhelm II. in Tanger. Tsuschima. Zweites englisch-japanisches Bündnis. Friede von Portsmouth. Neue Handelsverträge Deutschlands. Russische Revolution; Oktobermanifest Nikolaus II.; Gewährung des allgemeinen Wahlrechts. Zweijährige Dienstzeit in Deutschland. Aufhebung der Union zwischen Schweden und Norwegen. Sturz der Liberalen in Ungarn. Trennung von Kirche und Staat in Frankreich. Rücktritt des Torykabinetts; liberales Ministerium Bannerman.

1906. Wahlsieg der englischen Liberalen. Direkte Wahl in Bayern. Konferenz von Algeciras. Diäten für den Reichstag. Zweite Reichssteuerreform. Verfassungsreform in Württemberg. Erste Duma. Auflösung des deutschen Reichstags. Parlament in Persien.

1907. Reichstagswahlen; konservativ-liberaler Block. Allgemeines Wahlrecht in Österreich. Ende des südwestafrikanischen Kriegs. Zweite Haager Konferenz. Zweite und dritte Duma in Rußland; Abänderung des Wahlrechts. Verträge Frankreichs und Rußlands mit Japan. Russisch-englischer Vertrag über Persien, Afghanistan und Tibet. Encyclica pascendi.

1908. Ermordung Karls I. von Portugal. Vierte Polenvorlage; Zwangsverkaufsrecht. Reichsvereinsgesetz. Asquith Nachfolger Bannermans. Zusammenkunft Eduards VII. und Nikolaus II. in Reval. Türkische Revolution; Herstellung der Verfassung. Sieg Mulai Hafids über seinen Bruder Abdul Asis bei El Kelaa. Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in Österreich. Bulgarien erklärt seine Unabhängigkeit. Artikel des Daily Telegraph über Äußerungen Kaiser Wilhelms II.; Erklärung des Kaisers vom 17. November. Vertrag zwischen Japan und den Vereinigten Staaten über den stillen Ozean. Wahl Tafts zum Präsidenten der Vereinigten Staaten.

1909. Eduard VII. in Berlin. Deutsch-französischer Vertrag über Marokko. Anerkennung der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in Österreich-Ungarn durch die Großmächte und Serbien. Sturz Abdul Hamids; Mehemed V. Sultan. Dritte Reichsfinanzreform in Deutschland; Sprengung des Blocks; Rücktritt Bülows; v. Bethmann Hollweg Reichskanzler. Absetzung des Schahs Mohammed Ali Mirza; Achmed Mirza Schah.

1910. Herstellung der Beziehungen zwischen Rußland und Österreich. Kaiserin Taitu in Abessinien gestürzt. Georg V. von England. Borromäusenzyklika. Scheitern der preußischen Wahlreform. Südafrikanischer Einheitsstaat. Sieg der „nationalen Arbeiterpartei" unter Graf Khuen-Hedervàry in Ungarn über die Unabhängigkeitspartei. Aufhebung der Selbständigkeit Finlands. Montenegro Königreich. Korea japanisch. Reichsausschuß in China. Antimodernisteneid. Eisenbahnerstreik in Frankreich durch Briand unterdrückt. Portugal Republik. Zusammenstoß von Oberhaus und Unterhaus in England; zweimalige Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Zusammenkunft Wilhelms II. und Nikolaus II. in Potsdam. Sieg der Demokraten in den Vereinigten Staaten.

1911. Wertzuwachssteuer, elsaß-lothringische Verfassung, Reichsversicherungsordnung in Deutschland. Franzosen in Fes, Spanier in Larasch, Deutsche in Agadir. Allgemeines direktes Wahlrecht in Hessen. Zerstörung der Macht des englischen Oberhauses; Besoldung der Mitglieder des Unterhauses. Deutsch-russischer Vertrag über Persien. Türkisch-italienischer Krieg. Deutsch-französisches Abkommen über Marokko und den Kongo.

1912. China Republik. Asquiths Homerule-Bill. Heeresverstärkung in Deutschland. Tod des Kaisers Mutsuhito von Japan; Thronbesteigung Yoshihito's. Russisch-französisches Flottenabkommen. Friede von Lausanne; Tripolis und Cyrenaica italienisch. Balkankrieg; Zusammenbruch der Türkei. Spanisch-französischer Vertrag über Marokko. Der Demokrat Wilson zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Canalejas. Ludwig Regent von Bayern.

1913. Ermordung Georgs I. von Griechenland. Londoner Friede. Zweiter Balkankrieg. Friede von Bukarest. Wehrvorlage und Wehrbeitrag in Deutschland. Dreijährige Dienstzeit in Frankreich. Ludwig III. König von Bayern. Unruhen in Zabern.

1914. Polnisch-ruthenischer Ausgleich. Demokratische Verfassungsreform in Dänemark. Ministerium Hammarskjöld in Schweden. Einkommensteuer in Frankreich. Homerule für Irland angenommen. Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajewo. Ausbruch des Weltkriegs. Vorstoß der Deutschen bis hart vor Paris. Tannenberg. Marneschlacht. Verlust Togos und der deutschen Kolonien im großen Ozean. Eingreifen der Türkei. Stellungskampf an der Yser und in der Champagne. Fall von Lodz. Ägypten britischer Schutzstaat. Benedikt XV. Papst.

1915. Italiens Treubruch und Eintritt in den Weltkrieg. Chinas Unterwerfung unter japanische Vormundschaft. Eroberung Kurlands, Litauens und Polens durch die Mittelmächte. Verlust von Deutsch-Südwest-Afrika. Herbstschlacht in der Champagne. Bulgariens Anschluß an die Mittelmächte. Eroberung von Serbien. Fehlschlag des Angriffs auf die Dardanellen.

1916. Verlust Kameruns. Eroberung von Montenegro. Angriff auf Verdun. Deutschlands Kriegserklärung an Portugal. Kut el Amara. Deutscher Seesieg vor dem Skagerrak über die englische Hochseeflotte. Schlacht an der Somme. Kriegserklärung Italiens an Deutschland. Rumäniens Abfall zum Vierverband. Eroberung der Dobrudscha und der Walachei. Lloyd George Ministerpräsident.

1917. Uneingeschränkter Unterseekrieg. Kriegserklärung der Vereinigten Staaten. Sturz des Zarismus. Osterbotschaft in Preußen. Alexander König von Griechenland. Schlachten in Flandern. Sturz Bethmann Hollwegs; Michaelis; Hertling. Niederlage der Italiener bei Tolmein und am Tagliamento. Clemenceau Ministerpräsident. Verlust Deutsch-Ostafrikas.

1918. Friede mit der Ukraine, Rußland, Rumänien, Finland. Großer Vorstoß im Westen. Umschwung des Glücks. Zusammenbruch Bulgariens, der Türkei, Österreichs, Deutschlands. Sturz des Kaisertums und der Monarchie in Deutschland und Österreich-Ungarn. Auflösung Österreichs; „Nachfolgestaaten" Österreich, Tschechoslowakei, Jugoslavien. Waffenstillstand.

1919. Ebert Reichspräsident. Spartakistische Unruhen in Deutschland. Räterepublik in Ungarn. Friede von Versailles. Neue deutsche Verfassung. Friede von St. Germain. Friede von Neuilly. Verfassung für Indien.

1920. Austausch der Urkunden über den Frieden von Versailles am 10. Januar. Friede von Trianon mit Ungarn.

Tabellen

1. Deutsche Kaiser.
1870—1888 Wilhelm I.
1888 Friedrich (III. bezw. I.).
1888—1918 Wilhelm II.

2. Kaiser von Österreich, König von Ungarn.
1848—1916 Franz Joseph.
1916—1918 Karl.

3. Zaren von Rußland.
1855—1881 Alexander II.
1881—1894 Alexander III.
1894—1917 Nikolaus II.

4. Sultane der Türkei.
1861—1876 Abdul Asis.
1876 Murad († 1904).
1876—1909 Abdul Hamid II.
1909 Mehemed V.
1918 Mehemed VI.

5. Könige von Griechenland.
1863—1913 Georg I.
1913 Konstantin I.
1917. Alexander.

6. Herrscher von Serbien.
1868—1889 Milan, 1882 König.
1889—1903 Alexander.
1903 Peter.

7. Herrscher von Bulgarien.
1886 Ferdinand, 1908 König.
1918 Boris.

8. Könige von Italien.
1861—1878 Victor Emanuel II.
1878—1900 Humbert.
1900 Victor Emanuel III.

9. Könige von Spanien.
1871—1873 Amadeus.
(1873—1874 Republik.)
1874—1885 Alfons XII.
1886 bezw. 1900 Alfons XIII.

10. Könige von Portugal.
1861—1889 Ludwig I.
1889—1908 Karl I.
1908—1910 Manuel II.
1910 portugiesische Republik.

11. Könige von England.
1837—1901 Victoria I.
1901—1910 Eduard VII.
1910 Georg V.

12. Könige von Dänemark.
1863—1906 Christian IX.
1906 Friedrich VIII.
1912 Christian X.

13. Könige von Schweden.
1859—1872 Karl XV.
1872—1907 Oskar II.
1907 Gustav V.

14. Könige von Norwegen.
1905 Haakon VII.

15. Päpste.
1846—1878 Pius IX.
1878—1903 Leo XIII.
1903—1914 Pius X.
1914 (seit 3. Sept.) Benedikt XV.

16. Präsidenten der französischen Republik.
1871—1873 Thiers.
1873—1879 Mac Mahon.
1879—1887 Grevy.
1887—1894 Carnot.
1894—1895 Perier.
1895—1899 Faure.
1899—1906 Loubet.
1906 Fallières.
1913 Poincaré.
1920 Deschanel.

17. Präsidenten der Vereinigten Staaten.
1869—1877 Grant.
1877—1881 Hayes.
1881 Garfield (ermordet).
1881—1885 Arthur.
1885—1889 Cleveland.
1889—1893 Harrison.
1893—1897 Cleveland.
1897—1901 Mac Kinley (ermord.).
1901—1909 Roosevelt.
1909—1913 Taft.
1913 Wilson.

18. Deutsche Reichskanzler.

1871—1890 Bismarck.
1890—1894 Caprivi.
1894—1900 Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst.
1900—1909 Fürst Bülow.
1909 v. Bethmann Hollweg.
1917 Michaelis. Hertling. Vizekanzler v. Payer, Vizepräsident in Preußen Friedberg.
1918 Prinz Max von Baden. Ebert.

19. Preußische Kultusminister.

1862—1872 Mühler.
1872—1879 Falk.
1879—1881 Robert v. Puttkamer.
1881—1891 Gustav v. Goßler.
1891—1892 Graf v. Zedlitz und Trützschler.
1892—1899 Bosse.
1899—1907 Studt.
1907—1909 Holle.
1909 v. Trott zu Solz.
1917 Schmidt.
1918 Hoffmann. Hänisch.

20. Preußische Finanzminister.

1869—1878 Camphausen.
1878—1879 Hobrecht.
1879—1882 Bitter.
1882—1890 Scholz.
1890—1901 Miquel.
1901—1910 Georg v. Rheinbaben.
1910 Lentze.
1917 Hergt.
1918 Südekum.

21. Preußische Minister des Innern.

1862—1878 Graf Friedrich Eulenburg.
1878—1881 Graf Botho Eulenburg.
1881—1888 Robert v. Puttkamer.
1888—1892 Herrfurth.
1892—1894 Graf Botho Eulenburg.
1894—1895 Ernst v. Köller.
1895—1899 v. der Recke.
1899—1901 Georg v. Rheinbaben.
1901—1905 Hans Freiherr v. Hammerstein.
1905—1907 v. Bethmann Hollweg.
1907—1910 Graf Friedrich v. Moltke.
1910 v. Dallwitz.
1914 v. Löbell.
1917 Drews.
1918 Heine.

22. Preußische Kriegsminister.

1859—1873 Graf v. Roon.
1873—1883 v. Kameke.
1883—1889 Paul Bronsart v. Schellendorf.
1889—1890 Verdy du Vernois.
1890—1893 v. Kaltenborn-Stachau.
1893—1896 Walter Bronsart v. Schellendorf.
1896—1903 Heinrich v. Goßler.
1903—1909 v. Einem, genannt Rothmaler.
1909 v. Heeringen.
1913 v. Falkenhayn.
1915 Wild v. Hohenborn.
1916 v. Stein.
1918 Scheuch. Reinhardt.

23. Preußische Generalstabschefs.

1858—1888 Helmut v. Moltke I.
1888—1891 Waldersee.
1891—1906 Schlieffen.
1906—1914 Helmut v. Moltke II.
1914—1916 Falkenhayn.
1916—1919 Hindenburg.

24. Österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen.

1866—1871 v. Beust.
1871—1879 Graf Andrassy.
1879—1881 Freiherr v. Haymerle.
1881—1895 Graf Kalnoky.
1895—1906 Graf Goluchowski.
1906 Freiherr v. Ährenthal.
1912 Graf Berchtold.
1915 Burian.
1916 Graf Czernin.
1918 Burian. Andrassy.

25. Österreichische Ministerpräsidenten.

1868—1871 Fürst Carlos Auersperg.
1871 Graf Hohenwart.
1871—1879 Fürst Adolf Auersperg.
1879—1893 Graf Taaffe.
1893—1895 Fürst Windischgrätz. Graf Kielmannsegg.
1895—1897 Graf Badeni.
1897 Gautsch v. Frankenthurn.
1898 Graf Thun-Hohenstein.
1899 Graf Clary. Wittek.
1900—1904 v. Körber.
1904—1906 Gautsch v. Frankenthurn.
1906 Prinz Konrad Hohenlohe.
1906—1908 Freiherr v. Beck.
1908—1911 Freiherr v. Bienerth.
1911 Gautsch v. Frankenthurn.
1911. Stürgkh.
1916 Körber. Clam-Martinitz.
1917 Seidler.
1918 Lammasch.

26. Ungarische Ministerpräsidenten.

1867—1871 Andrassy.
1871—1872 Lonyay.
1875—1890 Kalman Tisza.
1890—1892 Szapary.
1892—1895 Wekerle.
1895—1899 Banffy.
1899—1903 Szell.
1903—1905 Stephan Tisza.
1905—1906 Fejerváry.
1906—1910 Wekerle.
1910 Khuen-Hedervárx.
1912 Lukács.
1913 Stephan Tisza.
1917 Esterhazy. Wekerle.
1918 Karolyi.
1919 Friedrich.

27. Russische Minister des Auswärtigen.

1856—1882 Gortschakow.
1882—1895 v. Giers.
1895—1896 Graf Lobanow.
1897—1900 Graf Murawiew.
1900—1906 Graf Lamsdorff.
1906—1910 Iswolski.
1910 Sasonow.
1916 Stürmer. Pokrowsky.

28. Englische Ministerpräsidenten.

1868—1874 Gladstone.
1874—1880 Disraëli.
1880—1885 Gladstone.
1885—1886 Salisbury.
1886 Gladstone.
1886—1892 Salisbury.
1892—1894 Gladstone.
1895—1902 Salisbury.
1902—1905 Balfour.
1905—1908 Campbell Bannerman.
1908 Asquith.
1915 Asquith Vorsitzender des liberal-konservativen Koalitions-Kabinetts.
1916 Lloyd George.

29. Wichtigere französische Ministerpräsidenten.

1875—1876 Buffet.
1876—1877 Jules Simon.
1877 Herzog Albert v. Broglie.
1877—1879 Dufaure.
1879—1880 Freycinet.
1880—1881 Ferry.
1881—1882 Gambetta.
1882 Freycinet.
1883—1885 Ferry.
1885—1886 Brisson.
1887 Rouvier.
1890—1893 Freycinet.
1896—1898 Meline. Brisson.
1899—1902 Waldeck-Rousseau.
1902—1905 Combes.
1905—1906 Rouvier.
1906—1909 Clemenceau.
1909—1911 Briand.
1912 Poincaré.
1913 Barthou.
1914 Viviani.
1915 Briand.
1917 Ribot. Painlevé. Clemenceau.
1920 Millerand.

30. Italienische Ministerpräsidenten.

1869 Lanza.
1873 Minghetti (letztes Kabinett der Rechten).
1876 Cairoli.
1878 Depretis.
1879 Cairoli.
1881 Depretis.
1887 Crispi.
1891 Rudini.
1892 Giolitti.
1893 Crispi.
1896 Rudini.
1898 Pellour.
1900 Saracco.
1901 Zanardelli.
1903 Giolitti.
1905 Fortis.
1906 Sonnino.
1906 Giolitti.
1909 Sonnino.
1910 Luzzatti.
1911 Giolitti.
1914 Salandra.
1916 Boselli.
1917 Orlando.
1919 Nitti.

Register

I = Erster Band. II = Zweiter Band.





Bismarck
Sein Leben und sein Werk

von

Gottlob Egelhaaf

Mit einem Bismarckbild

Zweite vermehrte Auflage, 1918.

Ein starker Band gebunden Mk. 20.—
und Teuerungszuschlag des Sortiments

Der Verfasser, der sich u. a. durch seine „Geschichte der neuesten Zeit“ einen guten Ruf als Historiker und durch die „Politischen Jahresübersichten seit 1908“ allgemein anerkannte Verdienste erworben hat, ist bei der Abfassung seines neuesten Werkes von dem Gedanken ausgegangen, daß wir recht wenig nicht zu knapp und nicht zu reichlich gehaltene Darstellungen von wissenschaftlichem Wert über das Leben, Wesen und Wirken

des ersten deutschen Reichskanzlers besitzen. Diesem, auch von mancher anderen Seite schon lange empfundenen Mangel will Egelhaaf durch sein Bismarckbuch abhelfen. Die Bismarckliteratur, welche im letzten Jahrzehnt einen riesigen Umfang angenommen und neben vielem Wertvollem auch manch Unbedeutendes und Überflüssiges gezeitigt hat, erfährt durch das vorliegende Buch des Stuttgarter Historikers eine begrüßenswerte Bereicherung. Bismarcks Jugendjahre, seine Gymnasiasten- und Studentenzeit, seine Betätigung als Landwirt und Deichhauptmann, die schon den großen Staatsmann späterer Tage ahnen ließ, seine Ehe mit Johanna von Puttkamer, sein Auftreten als Mitglied des Vereinigten Landtags, als Gesandter Preußens beim Bundestag, als Botschafter in Petersburg und Paris, sein Wirken als preuß. Minister und Reichskanzler und sein Verhalten nach seiner Entlassung werden uns auf Grund der einschlägigen Literatur in großzügiger objektiver Darstellung vergegenwärtigt. Das mit einem vorzüglichen Porträt des verewigten Fürsten geschmückte, vornehm ausgestattete Buch ist mit einem Personen- und Sachregister versehen; auch sind einige wichtige Dokumente (Entlassungsgesuch Bismarcks, vom 18. März 1890, Schreiben des Kaisers an Bismarck vom 20. März 1890) eingefügt. Möchten recht viele Deutsche aus dem Studium dieses Werkes, das zugleich ein Stück Geschichte der neuesten Zeit des Deutschen Reiches darstellt, Nutzen ziehen.

Deutsches Literaturblatt.

Das Buch, geschrieben mit der Begeisterung des Patrioten, der Gründlichkeit des Gelehrten, der Wissenschaftlichkeit des Forschers, dem Weitblick des Politikers und der Großzügigkeit des Künstlers, ist eine Bismarckbiographie ersten Ranges. Kurz und knapp in der Darstellung bewältigt es den umfassenden Stoff, ohne der Klarheit der Schilderung Eintrag zu tun, und versteht trefflich, die Probleme im Leben und Charakter unseres ersten Kanzlers in oft überraschender Weise zu behandeln und wichtige Aufschlüsse über Werdegang und Entwicklung des Deutschen Reiches zu geben. Und gerade darin besteht nicht zuletzt sein hoher Wert zumal angesichts der gegenwärtigen Zeitlage. — Es sei dem eingehenden Studium warm empfohlen und als ein prächtiges Geschenk vorgemerkt.

Bücherschau.

